

DIE WIRTSCHAFTSORDNUNGEN DER WELTMÄCHTE

**Entwicklung und gegenwärtige Gestalt der Volkswirtschaften der
Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der
Sozialistischen Sowjetrepubliken.**

INAUGURAL-DISSERTATION

zur Erlangung des Doktorgrades

der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät

der Johann Wolfgang Goethe - Universität

Frankfurt am Main

1963

vorgelegt von

Erhard Hruschka

aus Dresden

1964

DIE WIRTSCHAFTSORDNUNGEN DER WELTMÄCHTE

**Entwicklung und gegenwärtige Gestalt der Volkswirtschaften der
Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der
Sozialistischen Sowjetrepubliken.**

INAUGURAL-DISSERTATION

zur Erlangung des Doktorgrades

der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät

der Johann Wolfgang Goethe-Universität

Frankfurt am Main



vorgelegt von

Erhard Hruschka

aus Dresden

1964

Erstgutachter: Prof. Dr. A. F. Napp-Zinn

Zweitgutachter: Privatdozentin Dr. L. Kullmer

Tage der mündlichen Prüfung: 22. 4. und 24. 7. 1963

Tag der Promotion: 27. 7. 1963

Inhaltsverzeichnis

Seite

I. Grundlagen.	1
1) Das Thema.	1
II) Zusammenfassung und wirtschaftswissenschaftliche Ausgangspunkte:	2
a) Der Begriff der Wirtschaftswissenschaften.	2
b) Die Wirtschaftswissenschaften als Wissenschaften der menschlichen Handlung.	3
c) Die Wirtschaftswissenschaften als Wissenschaften der menschlichen Handlung.	3
d) Die Wirtschaftswissenschaften als Wissenschaften der menschlichen Handlung.	3
e) Die Wirtschaftswissenschaften als Wissenschaften der menschlichen Handlung.	3
f) Die Wirtschaftswissenschaften als Wissenschaften der menschlichen Handlung.	3
III) Die Bedeutung dieser Arbeit und der Aufbau der weiteren Untersuchung.	4
a) Die Bedeutung der Untersuchung.	4
b) Der Aufbau der Untersuchung.	4
IV) Zusammenfassung und wirtschaftswissenschaftliche Ausgangspunkte:	5
a) Die Bedeutung der Untersuchung.	5
b) Der Aufbau der Untersuchung.	5
V) Zusammenfassung und wirtschaftswissenschaftliche Ausgangspunkte:	6
a) Die Bedeutung der Untersuchung.	6
b) Der Aufbau der Untersuchung.	6
VI) Zusammenfassung und wirtschaftswissenschaftliche Ausgangspunkte:	7
a) Die Bedeutung der Untersuchung.	7
b) Der Aufbau der Untersuchung.	7
VII) Zusammenfassung und wirtschaftswissenschaftliche Ausgangspunkte:	8
a) Die Bedeutung der Untersuchung.	8
b) Der Aufbau der Untersuchung.	8
VIII) Zusammenfassung und wirtschaftswissenschaftliche Ausgangspunkte:	9
a) Die Bedeutung der Untersuchung.	9
b) Der Aufbau der Untersuchung.	9
IX) Zusammenfassung und wirtschaftswissenschaftliche Ausgangspunkte:	10
a) Die Bedeutung der Untersuchung.	10
b) Der Aufbau der Untersuchung.	10
X) Zusammenfassung und wirtschaftswissenschaftliche Ausgangspunkte:	11
a) Die Bedeutung der Untersuchung.	11
b) Der Aufbau der Untersuchung.	11
XI) Zusammenfassung und wirtschaftswissenschaftliche Ausgangspunkte:	12
a) Die Bedeutung der Untersuchung.	12
b) Der Aufbau der Untersuchung.	12
XII) Zusammenfassung und wirtschaftswissenschaftliche Ausgangspunkte:	13
a) Die Bedeutung der Untersuchung.	13
b) Der Aufbau der Untersuchung.	13
XIII) Zusammenfassung und wirtschaftswissenschaftliche Ausgangspunkte:	14
a) Die Bedeutung der Untersuchung.	14
b) Der Aufbau der Untersuchung.	14
XIV) Zusammenfassung und wirtschaftswissenschaftliche Ausgangspunkte:	15
a) Die Bedeutung der Untersuchung.	15
b) Der Aufbau der Untersuchung.	15
XV) Zusammenfassung und wirtschaftswissenschaftliche Ausgangspunkte:	16
a) Die Bedeutung der Untersuchung.	16
b) Der Aufbau der Untersuchung.	16
XVI) Zusammenfassung und wirtschaftswissenschaftliche Ausgangspunkte:	17
a) Die Bedeutung der Untersuchung.	17
b) Der Aufbau der Untersuchung.	17
XVII) Zusammenfassung und wirtschaftswissenschaftliche Ausgangspunkte:	18
a) Die Bedeutung der Untersuchung.	18
b) Der Aufbau der Untersuchung.	18
XVIII) Zusammenfassung und wirtschaftswissenschaftliche Ausgangspunkte:	19
a) Die Bedeutung der Untersuchung.	19
b) Der Aufbau der Untersuchung.	19
XIX) Zusammenfassung und wirtschaftswissenschaftliche Ausgangspunkte:	20
a) Die Bedeutung der Untersuchung.	20
b) Der Aufbau der Untersuchung.	20
XX) Zusammenfassung und wirtschaftswissenschaftliche Ausgangspunkte:	21
a) Die Bedeutung der Untersuchung.	21
b) Der Aufbau der Untersuchung.	21
XXI) Zusammenfassung und wirtschaftswissenschaftliche Ausgangspunkte:	22
a) Die Bedeutung der Untersuchung.	22
b) Der Aufbau der Untersuchung.	22
XXII) Zusammenfassung und wirtschaftswissenschaftliche Ausgangspunkte:	23
a) Die Bedeutung der Untersuchung.	23
b) Der Aufbau der Untersuchung.	23
XXIII) Zusammenfassung und wirtschaftswissenschaftliche Ausgangspunkte:	24
a) Die Bedeutung der Untersuchung.	24
b) Der Aufbau der Untersuchung.	24
XXIV) Zusammenfassung und wirtschaftswissenschaftliche Ausgangspunkte:	25
a) Die Bedeutung der Untersuchung.	25
b) Der Aufbau der Untersuchung.	25
XXV) Zusammenfassung und wirtschaftswissenschaftliche Ausgangspunkte:	26
a) Die Bedeutung der Untersuchung.	26
b) Der Aufbau der Untersuchung.	26
XXVI) Zusammenfassung und wirtschaftswissenschaftliche Ausgangspunkte:	27
a) Die Bedeutung der Untersuchung.	27
b) Der Aufbau der Untersuchung.	27
XXVII) Zusammenfassung und wirtschaftswissenschaftliche Ausgangspunkte:	28
a) Die Bedeutung der Untersuchung.	28
b) Der Aufbau der Untersuchung.	28
XXVIII) Zusammenfassung und wirtschaftswissenschaftliche Ausgangspunkte:	29
a) Die Bedeutung der Untersuchung.	29
b) Der Aufbau der Untersuchung.	29
XXIX) Zusammenfassung und wirtschaftswissenschaftliche Ausgangspunkte:	30
a) Die Bedeutung der Untersuchung.	30
b) Der Aufbau der Untersuchung.	30
XXX) Zusammenfassung und wirtschaftswissenschaftliche Ausgangspunkte:	31
a) Die Bedeutung der Untersuchung.	31
b) Der Aufbau der Untersuchung.	31

Meinen lieben Eltern

in Dankbarkeit



Digitized by the Internet Archive
in 2026

Inhaltsverzeichnis

	<u>Seite</u>
A) Grundlegung.	21
I) Zum Thema.	21
II) Terminologische und verfahrenstechnische Ansatzpunkte.	22
a) Der Begriff der Wirtschaftsordnung.	22
b) Die Erkenntnis konkreter Wirtschaftsordnungen: mögliche Ansatzpunkte.	28
ba) Erkenntnis einer Wirtschaftsordnung durch Kenntnis ihrer Elemente: Wirtschaftssysteme.	28
bb) Darstellung und Vergleich von 'Economic Systems' in der Literatur.	37
III) Die Konzeption dieser Arbeit und der Aufbau der weiteren Untersuchung.	40
a) Die Darlegung der Konzeption.	40
b) Der Aufbau der weiteren Untersuchung.	43
B) Hauptteil I: Die Wirtschaftsordnung der USA.	45
I) Historische Grundlagen zum Verständnis der gegen- wärtigen Wirtschaftsordnung der USA.	45
a) Die Grundlagen der Staatwerdung.	45
b) Geist und Satzung des neuen Staates: Unabhängigkeitserklärung und Verfassung.	46
c) Wirtschaftsordnungen im Wandel: Etappen wirtschaftlicher Gestaltung und die ihnen zugrunde liegenden Kräfteverhältnisse: 1789 - 1945.	50
ca) Von 1789 bis zum Bürgerkrieg.	50
cb) Vom Ende des Bürgerkriegs bis zur Weltwirtschaftskrise.	51
cc) Die Periode des 'New Deal'.	53
II) Die gegenwärtige Wirtschaftsordnung der USA: Teilordnungen.	57
a) Allgemeines.	57

b) Private Initiative und staatliche Wettbewerbspolitik in Industrie und Handel.	58
ba) Die staatliche Grundidee.	58
bb) Die private Gestaltung von Industrie und Handel als Herausforderung des Staates zur Durchsetzung seiner Grundidee.	60
1) Die Entstehung von Machtpositionen.	60
2) Die gegenwärtige Struktur von Industrie und Binnenhandel in den USA, betrachtet unter dem Gesichtspunkt der Konzentration.	63
2.1 Die Industrie.	63
2.2 Der Binnenhandel.	68
bc) Die staatliche Politik zur Erhaltung des Wettbewerbs.	70
1) Der Kampf des Staates gegen Wettbewerbsbeschränkungen.	70
1.1 Das bloße Bestehen von Riesenunternehmen.	71
1.2 Das bloße Bestehen eines Oligopols.	72
1.3 Unternehmenszusammenschlüsse	72
1.4 Monopolistische Praktiken.	74
1.5 Unfaire Wettbewerbsmethoden.	77
2) Die staatliche Politik zur Förderung des 'Small Business'.	77
bd) Zusammenfassung.	79
c) Wettbewerbsstruktur und staatliche Förderungsinterventionen in der Landwirtschaft.	80
ca) Probleme und Daten.	80
cb) Landwirtschaft und Grundidee.	83
cc) Grundzüge der gegenwärtigen Agrarpolitik der USA.	86
1) Die Preisstützung.	87

2) Anbaubeschränkungen.	88
3) Absatzbeschränkungen.	89
3.1 Absatzkontingente.	89
3.2 Absatzordnungen und Absatzvereinbarungen.	90
4) Importbeschränkungen.	90
5) Nachfragesteigerung.	90
6) Spezielle Maßnahmen der Agrarpolitik der USA zur Verbesserung der finanziellen und sozialen Lage der einzelnen landwirtschaftlichen Betriebe.	91
6.1 Die Ernteversicherung.	91
6.2 Kredit- und Finanzierungshilfen.	92
6.3 Spezielle Hilfen für 'Low-Income'-Farmer.	93
6.4 Allgemeine Verbesserungen des Wohlstands in der Landwirtschaft.	94
cd) Die Teilordnung der Landwirtschaft in den USA: ein System staatlicher Förderungen und seine Gegenkräfte.	95
d) Die Erhaltung der natürlichen Ressourcen: staatliche Vorkehrungen gegen eine kurzfristige private Gewinnmaximierung im Interesse der Allgemeinheit.	99
e) Die Ordnung im Verkehrsbereich: das nationale Verkehrssystem der USA.	101
ea) Die Besonderheiten des Verkehrswesens und einer privatwirtschaftlichen Verkehrsgestaltung.	101
eb) Die staatliche Regulierung des privaten Verkehrswesens.	102
1) Ziele der Regulierung.	102
2) Träger der Regulierung.	103
3) Die Grundzüge der Verkehrsregulierung und ihre Entwicklung bis zur Gegenwart.	105

ec)	Staatliche Hilfen für die Verkehrsträger.	116
ed)	Die Teilordnung des Verkehrs: Das Problem der Koordination.	117
f)	Das Geld- und Bankwesen der USA.	120
fa)	Allgemeine Struktur- und Ordnungsmerkmale.	120
fb)	Die Entwicklung des Geld- und Bankwesens der USA bis zur Gegenwart (in Grundzügen)	121
fc)	Die gegenwärtige Struktur des Bankwesens der USA.	126
	1) Das Zentralbanksystem.	126
	2) Sonstige private Banken.	127
	3) Die öffentlichen Finanzierungsinstitute.	128
fd)	Die Regulierung des privaten Bankwesens in den USA.	131
	1) Ziele der Regulierung.	131
	2) Art und Umfang der Regulierung des privaten Geld- und Bankwesens.	131
	2.1 Die Regulierungsbefugnisse des 'Board of Governors'.	131
	2.2 Die Regulierungskompetenzen der Zentralbanken.	133
	2.3 Der 'Comptroller of the Currency'.	133
	2.4 Die 'Federal Deposit Insurance Corporation' und die 'Federal Savings and Loan Insurance Corporation' als Banküberwachungsbehörden	134
	2.5 Die Regulierung durch einzelstaatliche Behörden.	135
fe)	Die Teilordnung im Geld- und Bankwesen der USA.	135
g)	'Public Utilities' und Wirtschaftsunternehmen der öffentlichen Hand.	138
ga)	Wirtschaftssektoren im 'öffentlichen Interesse': Merkmale und Bereiche der 'Public Utilities'.	138
	1) Zur Charakterisierung der 'Public Utilities'.	138

2) 'Public Utilities'-Sektor	140
g) Grundzüge der Regulierung der privaten 'Public Utilities'.	141
1) Regulierungsinstanzen.	141
1.1 Gemeinden und Gemeindeverbände.	141
1.2 Die Einzelstaaten.	142
1.3 Der Bund.	143
1.4 Zuständigkeitsauseinandersetzungen zwischen Bund und Einzelstaaten.	144
2) Regulierungsbereiche: allgemeiner Überblick.	145
2.1 Die Betriebsdienste.	145
21.1 Markteintritt und -austritt.	145
21.2 Leistungsauflagen.	146
2.2 Die Preisbildung.	146
2.3 Die Finanzierung der 'Public Utilities'.	147
2.4 Die Konzentration im 'Public Utility'-Sektor.	148
gc) Die öffentliche Hand als Unternehmer.	148
1) 'Public Utilities' im Gemeindeeigentum und -betrieb.	148
2) Wirtschaftsunternehmen der Einzelstaaten.	149
3) Wirtschaftsunternehmen des Bundes.	149
gd) 'Public Utilities' und Staatsbetriebe in der Wirtschaftsordnung der USA.	150
1) Die ordnungspolitische Diskussion um das 'Public Utility'-Konzept.	150
2) Staatsbetriebe und Grundidee.	152
II) Die Sektoren des Wirtschaftskreislaufs und ihre wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politi- schen Beziehungen in der Wirtschaftsordnung der USA.	160

	<u>Seite</u>
a) Allgemeine Vorbemerkungen.	160
b) Die Beziehungen zwischen Haushalten und Unternehmen.	163
ca) Nachweis der Quellen, aus denen die privaten Haushalte in der Geldwirtschaft der USA die zur Güternachfrage erforderlichen Mittel beziehen.	163
cb) Beziehungen, die sich aus der Art der Einkommenserzielung ergeben.	164
1) Die Stellung der selbständigen Unternehmer.	164
2) Kapitalbeziehungen zwischen Haushalten und Unternehmen.	165
3) Die Beziehungen auf dem Arbeitsmarkt.	166
<u>Exkurs:</u> Lohnhöhe und Arbeitsbedingungen als Ergebnis der Machtverhältnisse am Arbeitsmarkt.	167
cc) Die Nachfrage der Haushalte nach Unternehmensleistungen und ihre Fernwirkungen.	171
d) Die Beziehungen zwischen Haushalten und Banken.	173
e) Die Beziehungen zwischen Haushalten und Staat.	174
ea) Beziehungen wirtschaftlicher Art.	174
eb) Die politischen Beziehungen.	182
IV) Entwicklung und gegenwärtige Gestalt der Wirtschaftsordnung der USA: Versuch einer wirtschaftssystematischen Charakterisierung und eine diese ergänzende Wertung.	183
a) Charakterisierung mit Hilfe von Wirtschaftssystemen.	183

aa) Die Grundlage: Die Wirtschaftssysteme nach Napp-Zinn.	183
ab) Die Anwendung dieser Wirtschaftssystematik.	184
1) Der Ansatz.	184
2) Die Entwicklung der Wirtschaftsordnung der USA und ihr Wandel im Zeitablauf: wirtschaftssystematische Deutung anhand von zwei Beispielen ("Prozeßanalyse").	185
3) Kritische Beurteilung der Aussagefähigkeit einer "prozeßanalytischen" Verwendung der Wirtschaftssystematik.	188
4) Die konkrete Gestalt der Wirtschaftsordnung der USA in der Gegenwart: Versuch einer Deutung mit Hilfe einer Wirtschaftssystematik ("Zeitpunktanalyse").	188
5) Kritische Betrachtung der Aussagefähigkeit der wirtschaftssystematischen "Zeitpunktanalyse".	193
b) Gestaltungskritische Wertung der Wirtschaftsordnung der USA, vorgenommen nach ausgewählten Problemkreisen.	195
C) Hauptteil II: Die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der Sowjetunion.	205
I) Historische Grundlegung.	205
a) Vorbemerkungen.	205
b) Triebkräfte des Umsturzes: Die Grundlagen der Februarrevolution von 1917.	206
ba) Der politische Widerstand gegen die unbeschränkte Herrschaftsgewalt der Zaren.	206
bb) Die Unzufriedenheit der Bauern.	206
bc) Probleme der Industrialisierung.	207

bd) Die Nationalitätenfrage.	208
be) Die innere Schwäche des Regimes.	208
c) Von der Februarrevolution zur Diktatur der Sowjets.	209
d) Die Grundidee der Herrschaftsträger der UdSSR über die Gestaltung von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft in ihren Wandlungen von 1917 bis zur Gegenwart.	211
da) Die Konzeption Lenins.	211
db) Die Interpretation der Grundidee unter Stalin.	215
dc) Die Grundidee in der Gegenwart.	217
e) Wirtschaftsordnungen im Wandel: Etappen wirtschaftlicher Gestaltung von 1917 bis zur Gegenwart.	220
ea) Vorbemerkung: Die Ideen Lenins zur Neuordnung der Wirtschaft nach dem Sieg der Revolution.	220
eb) Von der Oktoberrevolution bis zum Ende der Periode des Kriegskommunismus (November 1917 bis März 1921).	222
ec) Die Periode der 'Neuen Ökonomischen Politik' - NEP - (1921 bis 1928).	224
ed) Die Periode der Fünfjahrespläne (1928 bis 1958).	225
II) Die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der UdSSR in der Gegenwart.	229
a) Die formale und die reale Macht im Staate.	229
aa) Die formale Herrschaftsgewalt in der Sowjetunion in ihren Grundzügen.	229
ab) Die Schwäche der (nach der Verfassung) höchsten Staatsgewalten.	230
1) Der Oberste Sowjet der UdSSR.	230

2) Das Präsidium des Obersten Sowjets.	231
3) Der Ministerrat der UdSSR.	231
ac) Die Kommunistische Partei der Sowjetunion als die führende Kraft des Sowjetstaats.	232
ad) Der 'zentrale Wille' innerhalb der KPdSU und der gesamten Sowjetunion.	234
b) Die zentralgeleitete Wirtschaft: genereller Überblick.	237
ba) Die Grundlagen.	237
bb) Institutionen der Wirtschaftslenkung.	238
1) Der Ministerrat der UdSSR und sein Präsidium.	238
2) Die obersten Planinstanzen.	241
2.1 Das 'Staatliche Plankomitee des Ministerrats der UdSSR (Gosplan UdSSR)'.	241
2.2 Der 'Staatliche Wissenschaftlich- Wirtschaftliche Rat (Gosekonom- sowjet)'.	242
3) Der zentrale Kontrollapparat.	242
4) Wirtschaftslenkung und Koordination auf der mittleren Ebene.	243
4.1 Volkswirtschaftsräte (Sownarcho- sen).	243
4.2 Republikanische Volkswirtschafts- räte.	244
4.3 Wirtschaftsräte	245
bc) Die Probleme und Aufgaben der zentralen Wirtschaftslenkung in der Sowjetunion.	246
c) Die zentralgeleitete Wirtschaft: ihre Be- reiche und Funktionen im gesamtwirtschaft- lichen Lenkungssystem.	249

ca) Die Industrie.	249
1) Allgemeines.	249
2) Die Industrie im Lenkungssystem, dargestellt am Beispiel eines Industriebetriebs.	255
2.1 Die Mitwirkung des sowjetischen Industriebetriebs bei der Planerstellung.	255
2.2 Die Planaufgaben.	260
2.3 Die Bereitstellung der Mittel zur Planausführung.	261
2.4 Die Planausführung.	262
24.1 Vom 'Betriebsplan' zum innerbetrieblichen Plan.	262
24.2 Die leitenden und mitwirkenden Instanzen und ihre Kompetenzen.	263
242.1 Der Betriebsdirektor.	263
242.2 Der Chefingenieur und der Hauptbuchhalter.	266
242.3 Die Partei- und Gewerkschaftsorganisationen auf Betriebsebene.	267
242.4 Die 'Ständigen Produktionsberatungen' in den Betrieben der UdSSR.	268
24.3 Die Betriebsautonomie in den Grenzen des Plans: die 'Wirtschaftliche Rechnungsführung' und das 'Prinzip der materiellen Interessiertheit'.	269
2.5 Bezugs- und Absatzprobleme des sowjetischen Industriebetriebs.	274
2.6 Die Kontrolle der Arbeit des Industriebetriebs und seiner Planerfüllung.	276
cb) Die Landwirtschaft.	279
1) Die natürlichen Gegebenheiten.	279

2) Der Status der russischen Landwirtschaft vor der Oktoberrevolution von 1917.	280
3) Die Grundidee der Bolschewiki in bezug auf die Ordnung der Landwirtschaft.	282
4) Die Ordnung der sowjetischen Landwirtschaft.	286
4.1 Merkmale und Probleme in der Periode des Übergangs (von der Oktoberrevolution bis zum Beginn der Zwangskollektivierung).	286
4.2 Die Neuordnung der sowjetischen Landwirtschaft entsprechend der Grundidee.	291
42.1 Der Grund für die Neuordnung.	291
42.2 Die Durchsetzung der Neuordnung in der sowjetischen Landwirtschaft.	292
42.3 Die neuen Ordnungsformen in der Landwirtschaft.	294
423.1 Die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (Kolchosen).	294
423.2 Die Maschinen-Traktoren-Stationen (MTS).	296
423.3 Die Staatsgüter (Sowchosen).	297
42.4 Zur Charakterisierung der landwirtschaftlichen Neuordnung in der Periode von 1929 bis 1950.	298
4.3 Auf dem Wege zur kommunistischen Ordnung: Merkmale und Probleme der sowjetischen Landwirtschaft und Agrarpolitik von 1950 bis zur Gegenwart.	300
43.1 Die Zielsetzungen der sowjetischen Agrarpolitik in dieser Periode.	300

43.2	Die Wege zur Hebung der Leistungsfähigkeit der sowjetischen Landwirtschaft von 1950 bis zur Gegenwart.	301
432.1	Die Schaffung allgemeiner Grundlagen zur Erhöhung der landwirtschaftlichen Marktproduktion.	301
432.2	Anreize zur Erhöhung der Marktleistung der Kolchosen.	305
432.3	Die agrarpolitische Behandlung des Privatlandes der Kolchosbauern.	309
432.4	Maßnahmen zur Hebung der Leistungsfähigkeit der Sowchosen.	311
43.3	Das Fazit: Die sowjetische Landwirtschaft nach dem zweiten Weltkrieg.	313
433.1	Die Ordnung.	313
433.2	Die Produktionsleistung.	315
cc)	Der Handel.	317
1)	Die Grundformen des Handels in der UdSSR und ihre Stellung im sowjetischen Planungssystem.	317
1.1	Der Außenhandel.	317
1.2	Der Binnenhandel.	320
12.1	Die Grundformen des sowjetischen Binnenhandels.	320
12.2	Der 'organisierte' sowjetische Binnenhandel und seine Stellung im Planungssystem der UdSSR.	324

2) Das Bemühen um eine Steigerung der Effizienz des sowjetischen Binnenhandels im Interesse der wirtschaftlichen Entwicklungspolitik der UdSSR.	327
2.1 Das Problem.	327
2.2 Die Lösungsversuche.	328
22.1 Die Nachfrage-und Marktforschung.	328
22.2 Die Verbesserung des Bezugs der Handelsorganisationen.	330
22.3 Maßnahmen zur Absatzförderung.	333
22.4 Die Hebung der Leistungsfähigkeit des sowjetischen Handelsbetriebs.	334
cd) Das Verkehrswesen.	336
1) Die Grundlagen der Verkehrsordnung in der UdSSR.	336
1.1 Zentralgeleitete Wirtschaft und Verkehr.	336
1.2 Verkehr und (Wirtschafts-)geografie.	337
1.3 Das Erbe aus dem Kaiserreich.	338
2) Grundzüge und Probleme der sowjetischen Verkehrspolitik von 1917 bis zur Gegenwart.	340
3) Verkehrswesen und Planwirtschaft in der UdSSR (spezielle Probleme).	348
3.1 Die Koordinierung der Verkehrsträger.	348
3.2 Die Lenkung der Verkehrsströme.	354
32.1 Die staatliche Tarifpolitik.	354
32.2 Die Standortpolitik und die Wirtschaftsorganisation.	355
3.3 Die Verbesserung der Verkehrsleistungen.	356
33.1 Die staatliche Investitionspolitik.	356
33.2 Verkehrswirtschaft und Verkehrsbetrieb im Plan.	358

ce) Geld, Finanzen und Kredit.	359
1) Allgemeines.	359
2) Das Geld und seine Funktion in der Sowjetwirtschaft.	360
2.1 Das Geld und die gesellschaftliche Grundidee der Fñhrung der Sowjetunion.	360
2.2 Das Geld in der Wirtschaftspraxis der UdSSR.	364
3) Das Finanzwesen des Sowjetstaates.	367
3.1 Die Etappen der sowjetischen Finanzwirtschaft und Finanzpolitik.	367
31.1 Das Erbe aus der Zeit vor der Oktoberrevolution.	367
31.2 Die sowjetische Finanzwirtschaft und Finanzpolitik bis zum Ende der Periode des Kriegskommunismus.	368
31.3 Das Finanzwesen des Sowjetstaates vom Beginn der NEP-Periode bis zum 'Sieg des Sozialismus' (1921 bis 1936).	370
31.4 Die Finanzwirtschaft des Sowjetstaates vom 'Sieg des Sozialismus' bis zur Gegenwart.	372
3.2 Der Staatshaushalt der Sowjetunion in der Gegenwart.	374
32.1 Seine Stellung im gegenwärtigen Planungssystem.	374
32.2 Der Aufbau des Staatshaushalts der UdSSR.	376
32.3 Die Aufgaben des Staatshaushalts der UdSSR, dargestellt anhand seiner Einzelpositionen.	377
323.1 Die Ausgabenseite.	377
323.2 Die Einnahmenseite.	378

4) Das Bank- und Kreditwesen in der UdSSR.	380
4.1 Bedeutung und Funktionen des Kredits in der sowjetischen Wirtschaft.	380
4.2 Prinzipien, Arten und Technik des Kredits in der sowjetischen Wirt- schaft.	382
4.3 Der Kreditapparat: Die Banken der UdSSR.	386
cf) Die Arbeits- und Sozialverfassung.	389
1) Der Mensch, die Grundidee des Staates und die Wirtschafts- und Gesellschafts- verfassung der UdSSR.	389
2) Einzelaspekte der gesellschaftlichen Regu- lierung in der UdSSR.	393
2.1 Die Arbeitspolitik.	393
2.2 Die Erziehungs- und Bildungspolitik.	401
2.3 Die Sozialpolitik.	411
III) Die konkrete Gestalt der Wirtschaftsordnung der UdSSR in der Gegenwart: Versuch einer Deutung mit Hilfe einer wirtschaftssystematischen Zeitpunkt- analyse und eine diese ergänzende Wertung.	416
a) Charakterisierung mit Hilfe von Wirtschafts- systemen.	416
b) Gestaltungskritische Wertung der Wirtschaftsord- nung der UdSSR, vorgenommen nach ausgewählten Problemkreisen.	420
D) Zusammenfassende Schlußbetrachtung: Die Wirtschaftsordnungen der Weltmächte.	427

Vorwort

Mit dem Fortschreiten der Differenzierung der wirtschaftsordnungspolitischen Vorstellungen der Herrschaftsträger in den einzelnen Staaten der Erde eröffnet sich nach Meinung des Verfassers der Lehre von der Wirtschaftspolitik ein neuer Aufgabenbereich. Das Bemühen um die Erkenntnis von Gestalt, Werden und Wandlungen verschiedener Wirtschaftsordnungen wird in seinen Ergebnissen die Grundlage für wirtschaftswissenschaftliche Forschungen aus neuer und erweiterter Sicht schaffen.

Vieles ist auf diesem neuen Wege bereits geschehen, mehr bleibt noch zu tun. Einen Beitrag zur wirtschaftsordnungspolitischen Forschung will der Verfasser in der vorliegenden Arbeit leisten, indem er zur Frage der Verwendbarkeit der bisherigen Ansätze zur Systematisierung konkreter Wirtschaftsordnungen und deren Klassifizierung Stellung nimmt. Daneben versucht er, realisierte Wirtschaftsordnungen als das Ergebnis des Kräftespiels der um ihre Gestaltung bemühten Gruppen aufzufassen und darzustellen.

Der Verfasser möchte an dieser Stelle seinem verehrten Lehrer, Herrn Professor Dr. Napp-Zinn, seinen Dank ausdrücken für das Interesse, das er stets dem Werden und der Gestaltung der vorliegenden Arbeit entgegengebracht hat, für seine ständige Bereitschaft, die bei der Bearbeitung des Themas auftretenden Probleme zu diskutieren.

Frau Privatdozentin Dr. Kullmer hat durch eine konstruktive Kritik an der Konzeption dieser Arbeit zur Klärung wesentlicher Aspekte beigetragen und wertvolle Anregungen gegeben. Seiner Frau dankt der Verfasser für ihre Anteilnahme am Entstehen dieser Schrift und für ihre unermüdliche Bereitschaft zur Mithilfe bei der Materialsammlung. Sie hat auch zum technischen Entstehen der vorliegenden Veröffentlichung einen wesentlichen Beitrag geleistet.

A) Grundlegung.

I) Zum Thema.

Die Darstellung der Organisation des Wirtschaftslebens, der ihr zugrunde liegenden ideellen Konzeptionen sowie der sie gestaltenden materiellen Kräfte in den Vereinigten Staaten von Amerika (USA) und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR) ist Gegenstand dieser Arbeit.

Mit dieser Interpretation des Themas kann gleichzeitig der Begriff der Wirtschaftsordnung vorläufig umschrieben werden. Unter Wirtschaftsordnung wollen wir hier zunächst die konkrete Gestalt der Wirtschaft eines Landes verstehen, wie sie durch die Einwirkung verschiedener Faktoren in einem bestimmten Zeitpunkt ausgebildet ist.

Die Auswahl der Untersuchungsobjekte und ihre Klassifizierung als 'Weltmächte' erfordert eine Erklärung. Die USA und die UdSSR wurden ausgewählt, weil eine Analyse ihrer wirtschaftlichen Organisation im gegenwärtigen Zeitpunkt besonders aktuell erscheint. Beide Staaten sind als Weltmächte anzusehen: sie stellen politisch wie wirtschaftlich die in der Welt führenden Kräfte dar und sind als Repräsentanten der zwei bedeutendsten Machtblöcke dieser Erde zugleich die Träger völlig unterschiedlicher Ideen über die Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft. Beide Staaten versuchen, im Kräftespiel der Weltpolitik ihre schon starken Stellungen zu erhalten, sie nach Möglichkeit auszubauen und dadurch ein Übergewicht über den Konkurrenten zu gewinnen.

Wenn dieser Wettstreit auch weitgehend auf der politischen Ebene ausgetragen wird, so liegen doch Schwerpunkte ebenfalls auf wirtschaftlichem und geistigem Gebiet: Jeder der beiden Staaten versucht, durch die Stärkung der eigenen wirtschaftlichen Position und die Ausbreitung seiner Wirtschafts- und Gesellschaftsideologie als Vorbild erfolgreicher Organisation zu erscheinen, dadurch eventuell 'blockfreie' Länder auf seine Seite zu ziehen und so Umfang und Macht des eigenen Lagers zu erhöhen und seinen politischen Einfluß in der Welt zu steigern.

II) Terminologische und verfahrenstechnische Ansatzpunkte.

a) Der Begriff der Wirtschaftsordnung.

Es gilt zunächst, diesen für unsere Untersuchung zentralen Begriff inhaltlich zu bestimmen.

In der nationalökonomischen Literatur findet sich eine Vielzahl von Definitionen des Begriffs 'Wirtschaftsordnung'. Ritschl weist darauf hin,¹⁾ daß seit etwa 200 Jahren in den wissenschaftlichen Lehrsystemen die Frage nach der Wirtschaftsordnung unter zwei verschiedenen Aspekten eine bedeutende Rolle spielt: einmal geht es den Autoren um die vollkommene Ordnung der Wirtschaft als Zielbild, um die Erkenntnis einer etwa vorgegebenen oder gestaltbaren Harmonie im Bereich des Ökonomischen, zum anderen ist die Wirtschaftsordnung als konkrete Gestaltung der Wirtschaft eines Landes oder einer Epoche Erkenntnisobjekt.

Hier interessiert diese letztere Fassung: Wir wollen zunächst fragen, welche Inhalte der Begriff der Wirtschaftsordnung in neuerer Zeit bei einer Reihe nationalökonomischer Autoren findet.

Für Max Weber ist Wirtschaftsordnung die "Art der Verteilung und Verwendung der ökonomischen Güter und Leistungen." ²⁾

Die Ordnung erhält Gestalt durch die "Regelmäßigkeiten des Sichverhaltens" ³⁾ in einer Wirtschaftsgesellschaft. Die hieraus entstehende Ordnung der Wirtschaft eines Landes folgt nach Max Weber nur zum verschwindenden Teil aus der Orientierung an Rechtsregeln. Wenn diese "Regelmäßigkeiten" nicht bloß der Gewöhnung entspringen, sondern an 'Regeln' orientiert sind, dann sind es teilweise solche der Sitte und Konvention, weitgehend jedoch Maximen subjektiv zweckrationalen Handelns im eigenen Interesse der Beteiligten, auf dessen Wirksamkeit sie zählen und oft auch kraft spezieller Einverständnisse objektiv zählen

1) Ritschl, Hans: Die Grundlagen der Wirtschaftsordnung: Tübingen 1954, S. 106. Ritschls ideengeschichtlicher Rückblick auf die Entfaltung der Lehre von der Wirtschaftsordnung findet sich ebenda, S. 106-115.

2) Weber, Max: Wirtschaft und Gesellschaft; 4. Auflage, Tübingen 1956, 2. Halbband S. 531.

3) Ebenda, 1. Halbband S. 190.

können.¹⁾

Eine Einschränkung macht Max Weber für 'moderne' Wirtschaftsordnungen. Diese sind "ohne eine Rechtsordnung von sehr besonderen Eigenschaften, wie sie praktisch nur als "staatliche" Ordnung möglich ist, zweifellos nicht durchführbar." ²⁾

Max Weber erklärt dies aus der zurückgegangenen Bedeutung von Konvention und Sitte sowie mangelndem Eigeninteresse an der "Vertragslegalität". Außerdem verlange die moderne Verkehrsgeschwindigkeit ein durch die stärkste Zwangsgewalt garantiertes Recht.³⁾

An diese Variante des Weberschen Ordnungsbegriffs lassen sich weitere Definitionen anknüpfen. So spielt sich nach Sombart das Wirtschaftsleben im Rahmen einer Ordnung ab, die das wirtschaftliche Verhalten der einzelnen regelt. Die Wirtschaftsordnung ist für ihn der "Inbegriff aller das Verhalten der wirtschaftenden Personen bestimmenden Sätze oder Normen." ⁴⁾

Sombart unterscheidet zwischen drei Hauptbestandteilen der Wirtschaftsordnung: der Rechtsordnung (staatlich), der Konventionalordnung und der Sittenordnung.⁵⁾

Nach Maier⁶⁾ bildet sich eine Wirtschaftsordnung aus den "Vorschriften, Regeln und Gewohnheiten, die bewirken, daß das Wirtschaftsleben einer Gemeinschaft und jedes ihrer Glieder in bestimmten Bahnen verläuft." ⁷⁾ Träger der Wirtschaftsordnung sind dabei nicht nur die rechtsetzende Gewalt, sondern auch die Einzelwirtschaften und ihr Verhalten. ⁸⁾

Andere Autoren betrachten die Wirtschaftsordnung ebenfalls als den Rahmen des Wirtschaftslebens; nur wird für sie dieser Rahmen gegeben durch die 'Grundformen der Organisation' des Wirtschaftslebens. Als grundsätzlich mögliche Organisationsformen

1) Weber, M.: Wirtschaft und Gesellschaft; a.a.O., 1. Halbband S. 190.

2) Ebenda, 1. Halbband S. 198.

3) Ebenda, 1. Halbband S. 198.

4) Sombart, Werner: Die Ordnung des Wirtschaftslebens; 2. Auflage, Berlin 1927, S. 2.

5) Ebenda, S. 2/3.

6) Maier, Karl Friedrich: Transformation der Wirtschaftsordnung; in: E.v. Beckerath, F.W. Meyer, A. Müller-Armack (Herausgeber): Wirtschaftsfragen der freien Welt; 2. Auflage, Frankfurt a.M. o.J. (1958), S. 151.

7) Ebenda, S. 151.

8) Ebenda, S. 151.

bezeichnet z.B. Adolf Weber die Marktwirtschaft einerseits, die Befehlswirtschaft andererseits.¹⁾ Zu einer ähnlichen Definition kommt Haller.²⁾

Wirtschaftsordnung als eine Gestaltungskombination von Grundformen wirtschaftlicher Organisation könnte man die Bestimmung des Begriffs bei Eucken und Ritschl nennen, wenngleich beide Autoren von verschiedenen Ausgangspositionen hierzu gelangen.

Eucken versteht unter Wirtschaftsordnung "die Gesamtheit der Formen, in denen die Lenkung des alltäglichen Wirtschaftsprozesses in concreto...erfolgt."³⁾ Als Lenkungsformen bezeichnet er die mit Hilfe seiner Methode der pointierend-hervorhebenden Abstraktion aus der konkreten Wirtschaft gewonnenen reinen Ordnungsformen. Deren in der Wirtschaft eines Landes zu einer bestimmten Zeit vorgefundene Kombination bildet nach Walter Eucken die konkrete Wirtschaftsordnung.

Für Ritschl bedeutet Wirtschaftsordnung die konkrete geschichtliche Gestalt der Wirtschaft eines Landes oder einer Zeit. Diese Wirtschaftsordnung ist für Ritschl ein Sinngefüge; sie konstituiert sich aus "materialen Systemen",⁴⁾ wobei er mit Kant Systeme als "nach Prinzipien geordnete Gantheiten"⁵⁾ bezeichnet. Die Wirtschaftssysteme ordnen jeweils einen Teilbereich des Wirtschafts- und Soziallebens nach einheitlichen Prinzipien.⁶⁾ Die Wirtschaftsordnung ist monistisch, wenn sie in ihrer Gesamtheit nach einem einheitlichen Prinzip ausgerichtet ist. Abgesehen von diesem Extremfall, in dem Wirtschaftsordnung gleich Wirtschaftssystem ist, bildet sich eine Wirtschaftsordnung meist aus zwei Wirtschaftssystemen; sie ist dann als dualistisch zu bezeichnen.⁷⁾

1) Weber, Adolf: Marktwirtschaft und Sowjetwirtschaft; 2. Auflage, München 1951, S. 9.

2) Haller, Heinz: Ordnungspolitische Vorstellungen im Wandel; in: 'Der Volkswirt', Sonderheft: Die deutsche Wirtschaft an der Jahreswende 1959/60, S. 118.

3) Eucken, Walter: Die Grundlagen der Nationalökonomie; 7. Auflage, Berlin 1959, S. 167.

4) Ritschl, H.: Die Grundlagen...; a.a.O., S. 148.

5) Ebenda, S. 148.

6) Ritschl, Hans: Die Prinzipien der Gemeinwirtschaft; in: W. Weddigen (Herausgeber): Untersuchungen zur sozialen Gestaltung der Wirtschaftsordnung; Berlin 1950, S. 1/2.

7) Ritschl, H.: Die Prinzipien...; a.a.O., S. 1/2

An die Bestimmungen des Begriffs der Wirtschaftsordnung bei Adolf Weber und Haller knüpfen die drei folgenden Definitionen an. Sie unterscheiden sich von den ersteren jedoch dadurch, daß hier bewußt der Staat als Ordner der Wirtschaft herausgestellt wird. Nach Wessels¹⁾ ist die Wirtschaftsordnung eines Landes immer ein Geschöpf der Politik. Ihre Form wird bestimmt durch die Grundsätze, nach denen der Staat jeweils die Koordination der Einzelwirtschaften durchführen will.²⁾ Hierzu setzt das zentrale politische Organ Normen, die den Koordinationsprozeß regulieren und in ihrer Gesamtheit die Wirtschaftsordnung bilden.³⁾

Böhm sieht die Aufgabe von Wirtschaftsordnungen darin, ein "volkswirtschaftliches Gesamtgeschehen nach einer operativen Idee verfahrensmäßig (zu) organisieren!"⁴⁾ Wirtschaftsordnungen können nach Böhm nur das Ergebnis eines bewußten politischen Willens, einer sachkundigen Führungsentscheidung⁵⁾ sein. Ausdruck dieses politischen Willens sind einmal die politischen Verfassungen, die den Spielraum festlegen, "innerhalb dessen sich die technischen Wirtschaftsordnungen zu bewegen haben,"⁶⁾ zum anderen die Wirtschaftsverfassungen (als Inbegriff "von Normen, deren Zweck es ist, das wirtschaftliche Verhalten der einzelnen und Gruppen in einem bestimmten Sinn zu beeinflussen, vor allem aber... das **Z u s a m m e n w i r k e n** der einzelnen und der zusammengesetzten Einheiten untereinander zu **o r d n e n** ." ⁷⁾ Erst dann kann man nach Böhm von Wirtschaftsordnung sprechen, wenn der Staat dazu übergeht, eine bewußte Wirtschaftspolitik systematischer Art zu treiben.⁸⁾

Seraphim schließt sich dieser Auffassung weitgehend an. Die konkrete Gestaltung des Wirtschaftslebens wird nach ihm erst dann zu einer Ordnung, wenn ein oberstes Gestaltungsziel vor-

1) Wessels, Theodor: Einführung in die Volkswirtschaftslehre; in: K. Hax und Th. Wessels (Herausgeber): Handbuch der Wirtschaftswissenschaften, Köln 1959, Band II.

2) Ebenda, S. 946.

3) Ebenda, S. 946.

4) Böhm, Franz: Die Ordnung der Wirtschaft als geschichtliche Aufgabe und rechtsschöpferische Leistung; Stuttgart 1937, S. 56.

5) Ebenda, S. 56.

6) Ebenda, S. 60.

7) Ebenda, S. 54/55.

8) Ebenda, S. 56.

handen ist.¹⁾ Dieses wird realisiert in allen Ordnungen vom obersten Ordnungsträger. Wenn dies dem "obersten Träger von Wirtschaftspolitik" nicht immer einheitlich möglich ist, so erklärt dies Seraphim einmal aus dem Widerstand von Trägern ökonomischer Macht gegen den obersten Träger von Wirtschaftspolitik,²⁾ zum anderen aus dem Dualismus der Gestaltungsformen konkreter Wirtschaftsordnungen.³⁾

Nach diesem Überblick über die Inhalte, die einzelne Autoren dem Begriff der Wirtschaftsordnung geben, soll nun der in dieser Arbeit zu verwendende Begriffsinhalt entwickelt werden. Betrachten wir die Wirtschaft eines Landes, so können wir feststellen, daß der Ablauf des wirtschaftlichen Geschehens bestimmte Regelmäßigkeiten zeigt: eine bestimmte Ordnung liegt ihm zugrunde. Diese Ordnung kann dadurch entstanden sein, daß überlieferte Gewohnheiten des Wirtschaftens akzeptiert werden durch Gewöhnung oder Einverständnis. Eine in der Gesellschaft herrschende Konventional- und Sittenordnung wird anerkannt oder zumindest befolgt, alle Wirtschaftler handeln nach bestimmten Maximen, die allgemein bekannt sind und deren Einhaltung vorausgesetzt werden kann. Die in diesem Falle bestehende Ordnung der Wirtschaft hat als Grundlage ein Einverständnishandeln aller mit nur moralischem Zwangscharakter. Diese Ordnung der Wirtschaft eines Landes kann dadurch institutionalisiert werden, daß die rechtsetzende obrigkeitliche Gewalt einen Teil der Verfahrensregeln mit Zwangscharakter ausstattet. Entsprechen diese jetzt gesetzten Verfahrensgrundsätze den bisherigen Gepflogenheiten, so kann von einer Festigung der bisherigen Ordnung in der Wirtschaft gesprochen werden.

Die rechtsetzende Gewalt - meist der Staat - kann nun aber eine Idee von der Wirtschaftsgestaltung haben und durchzusetzen wünschen, die der bisherigen Wirtschaftsübung nicht oder nur teilweise entspricht. Sie wird in diesem Falle versuchen, ihre Gestaltidee durchzusetzen und dem Wirtschaftsprozeß den Ablauf und der Wirtschaftsstruktur diejenige Gestalt zu geben, die ihrer Ordnungsidee entspricht. Inwieweit ihr die

1) Seraphim, Hans-Jürgen: Theorie der allgemeinen Volkswirtschaftspolitik; Göttingen 1955, S. 135.

2) Ebenda, S. 135.

3) Ebenda, S. 283.

gelingt, hängt von dem Grad der Abweichung ihrer ordnungspolitischen Vorstellungen von den bisherigen ökonomischen Gepflogenheiten, von der Richtung des Gestaltungswillens anderer Wirtschaftseinheiten und den Machtproportionen zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Gestaltern der Wirtschaft ab.

Entspricht die Ordnungsvorstellung des Staates weitgehend der bisher auf gegenseitigem Einverständnis beruhenden Ordnung und den Intentionen der anderen ökonomischen Machtträger, so wird sie der Staat leichter durchsetzen können, als wenn sie der bisher geübten Praxis stark zuwider läuft.

Untersuchen wir diesen letzteren Fall. Die Durchsetzung der staatlichen Ordnungsidee hängt hier weitgehend von der politischen und ökonomischen Macht des Staates ab. Der Staat muß sich gegen den anders gerichteten Gestaltungswillen der anderen ökonomischen Machtträger behaupten. Je besser ihm dies gelingt, desto stärker wird die letztlich konkretisierte Ordnung der Wirtschaft die Züge seiner Ordnungsidee tragen.

Ein anderer gewichtiger Widerstand erwartet den Staat, wenn die Durchführung seiner Ordnungsidee in Bereiche eindringt, die den wirtschaftlichen Existenz- und Selbsterhaltungswillen des Individuums berühren und eine Ordnung zeigen, die der menschlichen Natur wesensgemäß ist. Will der Staat auch hier seine wirtschaftliche Ordnungsidee realisieren, so muß seine Macht politisch wie ökonomisch so umfassend wie nur möglich sein, um die wirtschaftlichen Lebensäußerungen und -interessen der Individuen in Bahnen lenken zu können, die deren Intentionen nicht oder nur teilweise entsprechen.

Zusammenfassend können wir für alle diese Alternativen feststellen, daß eine Ordnung in der Wirtschaft durch gesellschaftliches Handeln entsteht, wobei die Gestalt dieser Ordnung entscheidend bestimmt wird durch die Art, Macht und Richtung der sie formenden Kräfte. Hieraus wollen wir den Begriff der Wirtschaftsordnung ableiten und in dieser Arbeit darunter verstehen:

die Gestaltung des Wirtschaftsprozesses und der Wirtschaftsstruktur einer Volkswirtschaft, wie sie sich aus dem Kräfte-spiel der die Wirtschaft formenden Faktoren ergibt.

Wir können dabei von einer Gesamtordnung bzw. von einer Teilordnung sprechen, je nach dem, ob die Ordnung ganzer Volkswirtschaften oder von Teilbereichen des Wirtschaftslebens Untersuchungsgegenstand ist.

Die obige Definition von 'Wirtschaftsordnung' erfordert noch drei Erläuterungen.

Unter Wirtschaftsstruktur wollen wir im folgenden die Gesamtheit aller in einer Volkswirtschaft in einem Zeitpunkt realisierten Betriebs- und Organisationsgebilde (i.w.S.) verstehen. Diese Strukturformen als wirtschaftende Einheiten bilden die 'Kerne', zwischen denen sich alle wirtschaftlichen Beziehungen abspielen.

Wirtschaftsprozeß ist danach die Gesamtheit aller Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Wirtschaftseinheiten, den Strukturformen.

Die Kräfte, die bestrebt sind, die Wirtschaft eines Landes oder Teile davon nach ihren Vorstellungen zu gestalten, sind einmal der Staat mit seiner Ordnungs idee, zum anderen die Träger ökonomischer Macht sowie allgemein alle wirtschaftenden Einheiten.

b) Die Erkenntnis konkreter Wirtschaftsordnungen:
mögliche Ansatzpunkte.

ba) Erkenntnis einer Wirtschaftsordnung durch Kenntnis ihrer Elemente: Wirtschaftssysteme.

Wir wollen im folgenden untersuchen, inwieweit das Erkenntnisobjekt Wirtschaftsordnung (im Sinne unserer Definition) erreicht werden kann durch die Verwendung einer Systematik des Wirtschaftslebens, wie sie unter anderen Eucken, Sombart, Ritschl und Seraphim entwickelt haben.

(1) Euckens Untersuchungen zur Erkenntnis von Wirtschaftsordnungen und seine Methodik zur Betrachtung des konkreten Wirtschaftsablaufs⁽¹⁾ bieten einen möglichen Ansatzpunkt für einen Vergleich von Wirtschaftsordnungen.

Grundlage der Analyse von Wirtschaftsordnungen können die von Eucken durch die Methode der pointierend-hervorhebenden Abstraktion gewonnenen idealtypischen Wirtschaftssysteme in ih-

1) Eucken, W.: Die Grundlagen...; a.a.O.

ren Erscheinungsformen sein. Zur Erkenntnis der Wirtschaftsordnung eines Landes wäre dann mit der Methode der generalisierenden Abstraktion zu arbeiten: die Wirtschaft des betreffenden Landes wäre für eine bestimmte Zeit zu überblicken und die überwiegend realisierten Ordnungsformen festzustellen. Deren Gesamtheit bildet dann - eingefügt in den jeweiligen gesamtgeschichtlichen Zusammenhang - die konkrete Wirtschaftsordnung.¹⁾ Die anhand der vorher gewonnenen Idealtypen aufgestellten theoretischen Sätze könnten daran anschließend den Ablauf des Wirtschaftsprozesses in der zu untersuchenden Volkswirtschaft deutlich machen.²⁾

Euckens Methodik erscheint uns nicht geeignet zur Erkenntnis von Wirtschaftsordnungen im Rahmen dieser Arbeit. Würde man sich z.B. der gewaltigen Aufgabe unterziehen, für eine große pluralgesteuerte Wirtschaft alle in ihr realisierten Marktformen, Geldsysteme und Formen zentral geleiteter Wirtschaft herauszuheben und die theoretischen Sätze zur Erkenntnis des Wirtschaftsablaufs auf sie anzuwenden, so würde uns die Vielfalt der gefundenen Formen noch keinen Aufschluß geben können über die Kräfte, die die Konkretisierung dieser Formen bewirkt haben; wir würden nichts erfahren über die historische Entstehung dieser Art von Wirtschaftsordnung. Was bliebe, wäre eine Momentfotografie einer Vielzahl von Ordnungsformen. Herkunft und Entwicklungstendenz, die Verknüpfung der Formen und ihre unterschiedliche Bedeutung im Rahmen des Ganzen müßten uns verborgen bleiben.

(2) Sombart gebührt das Verdienst, die pseudohistorische Bildung von Wirtschaftsstufen überwunden zu haben durch eine systematische Erfassung wirtschaftlicher Gestaltungsformen. Seine Arbeiten zeigen uns zwei mögliche Ansatzpunkte für unsere Untersuchung: einmal sind Wirtschaftsordnungen, zum anderen Wirtschaftsverfassungen für ihn Erkenntnisobjekt.

(2.1) Wirtschaftsordnungen.

Sombart unterscheidet, wie wir gesehen haben, zwischen drei Hauptbestandteilen einer Wirtschaftsordnung³⁾:

der Rechtsordnung, der Konventionalordnung und der Sittenordnung. Der in jeder Wirtschaftsordnung herrschende Geist

1) Eucken, W.: Die Grundlagen...; a.a.O., S. 168/169.

2) Ebenda, S. 172.

3) Sombart, W.: Die Ordnung...; a.a.O., S. 2/3.

äußert sich in der Befolgung einer bestimmten Rechtsgesinnung.¹⁾ Wird dieser Geist der Wirtschaftsordnung durch die rechtsetzende Gewalt verliehen, so spricht Sombart von einem "wirtschaftspolitischen System", worunter er "die Einheit der mannigfachen Einzelbestimmungen einer wirtschaftlichen Rechtsordnung"²⁾ versteht. Diese Einheit kommt nach Sombart zustande entweder durch die grundsätzlich einheitliche Einstellung auf den Zweck oder durch die grundsätzlich einheitliche Wahl der Mittel zur Erfüllung des Zwecks der Wirtschaftspolitik.³⁾ Sombart kommt hieraus zu drei Gruppen wirtschaftspolitischer Systeme:⁴⁾

- (a) solchen nach der Zweckeinstellung (wessen Wohl soll im Vordergrund stehen?),
- (b) solchen nach der Mittelwahl (wie soll die individuelle Wirtschaftsführung reguliert werden?),
- (c) gemischten wirtschaftspolitischen Systemen (mit verschiedenen Zweckeinstellungen oder verschiedener Mittelwahl nebeneinander).

Diese hier dargestellte Systematik erscheint uns brauchbar zur Erkenntnis von Wirtschaftsordnungen. Als ein Nachteil für unsere Zwecke erscheint die Tatsache, daß diese Systematik uns zwar die Lenkungsprinzipien, nicht hingegen die nach ihnen erfolgten Gestaltungen wirtschaftlicher Wirklichkeit erkennen läßt.

Dies könnte durch

(2.2) Sombarts Idee des Wirtschaftssystems

erreicht werden. Mit ihrer Hilfe will Sombart die Gestalt aller erdenklichen Wirtschaftsverfassungen erkennen.^{5) 6)}

Wirtschaftssystem ist für Sombart eine Wirtschaftsweise, in der deren Elemente Wirtschaftsgesinnung, Wirtschaftsorganisation und Technik eine einheitliche Ausrichtung haben. Er gibt eine Darstellung von alternativen Erscheinungsformen jedes dieser drei Elemente⁷⁾ und glaubt, hiermit alle vorstell-

1) Sombart, W.: Die Ordnung...; a.a.O.; S. 3 u. 52.

2) Ebenda, S. 52.

3) Ebenda, S. 52.

4) Ebenda, S. 52/53.

5) Ebenda, S. 14.

6) Wirtschaftsverfassung von Sombart verstanden im Sinne von Gestalt, Zustand der Wirtschaft.

7) Sombart, W.: Die Ordnung...; a.a.O., S. 15-20.

baren Möglichkeiten sinnvoller Wirtschaftsgestaltung umschrieben zu haben. Der Analyse folgt bei Sombart die Synthese dieser Erscheinungsformen zu sinnvollen Wirtschaftssystemen.¹⁾ Deren Zahl ist nach Sombart einmal begrenzt durch die begrenzte Zahl der Gestaltungsmöglichkeiten, jedes Grundbestandteils (Wirtschaftsgesinnung, Organisation, Technik) der Wirtschaft, zum anderen durch die "Beschränktheit der Möglichkeiten sinnvoller Vereinigung jener Gestaltungsmöglichkeiten" ²⁾ zu Wirtschaftssystemen.

Alle historischen und zukünftigen Wirtschaftsweisen sind nach Sombart zwangsläufig Verknüpfungen der von ihm dargelegten Gestaltungsmöglichkeiten.³⁾

Jede Wirtschaftsepoche wird nach seiner Meinung geprägt von den Merkmalen, die das in ihr vorherrschende Wirtschaftssystem besitzt. Neben diesem reift meist ein zweites in einer Wirtschaftsepoche heran und seine Merkmale beginnen sich langsam gegenüber denen des herrschenden durchzusetzen. Daneben bestehen noch die Merkmale früher einmal dominierender Wirtschaftssysteme teilweise weiter.⁴⁾

Sombarts Ansatz erscheint für die Zwecke unserer Untersuchung brauchbarer als der Euckens. Die Verbindung der Grundbestandteile Wirtschaftsorganisation und Technik mit dem Grundbestandteil Wirtschaftsgesinnung für jedes Wirtschaftssystem ermöglicht es, die gefundenen Prinzipien wirtschaftlicher Organisation und Technik mit den geistigen Grundlagen des Ökonomischen im Zusammenhang zu erkennen. Die Verwendung der Sombartschen Systematik bietet zudem den Vorteil einer einheitlichen Untersuchungsbasis für die vergleichende Betrachtung mehrerer Volkswirtschaften.

Ein prinzipieller Einwand vom Gesichtspunkt unseres Untersuchungszweckes läßt sich jedoch gegen die Sombartsche Methodik wie gegen alle ähnlichen Ansätze zur Systematisierung des Wirtschaftslebens erheben. Ausgehend von einem Katalog aller denkbaren Wirtschaftsprinzipien und den mit ihnen verbundenen Gestaltungsformen gelingt es den Systembildnern, für eine Volks-

1) Sombart, Werner: Die drei Nationalökonomien; München 1930, S. 207.

2) Sombart, W.: Die Ordnung...; a.a.O., S. 15.

3) Ebenda, S. 15.

4) Ebenda, S. 32.

wirtschaft Ketten von zusammengehörigen Gestaltungsformen herauszuheben, denen einheitliche Wirtschaftsprinzipien zugrunde liegen: sie finden Wirtschaftssysteme in jeder konkreten Wirtschaftsordnung. Da in modernen Wirtschaftsordnungen verschiedene Wirtschaftssysteme nebeneinander bestehen, bei Dominanz eines Wirtschaftssystems, so geschieht die Erkenntnis einer Wirtschaftsordnung durch die Erkenntnis der in ihr im Gemenge liegenden Wirtschaftssysteme. Die Systembildner bieten so einen brauchbaren, jedoch recht allgemeinen Überblick über die Strukturelemente einer Volkswirtschaft.

Was durch diese Methode nicht befriedigend erkannt werden kann, ist die Volkswirtschaft als wirtschafts- und ordnungspolitische Einheit. Viele individuelle Erscheinungen in einer Wirtschaft sind nur richtig zu verstehen durch die Erkenntnis der ordnenden Kräfte, die die Gestalt einer Volkswirtschaft bestimmen. Ferner kann das Auffinden eines Nebeneinander von Wirtschaftssystemen in einer Wirtschaftsordnung nicht deren Stellung in der Zeit charakterisieren. Wieso kam es zu eben diesen Gestaltungsformen der Wirtschaft welche gestaltenden Faktoren bewirkten jene Veränderungen? Welche Entwicklungsrichtung wird die Volkswirtschaft in nächster Zeit einschlagen, welche Einzelveränderungen werden sich ergeben? Auf diese und ähnliche Fragen können die Systembildner keine befriedigende Antwort geben. Ihre Ergebnisse sagen nichts über die gestaltenden Kräfte einer Wirtschaftsordnung und nichts über deren Entwicklung, eine Aufgabe, die gerade die vorliegende Arbeit zu bewältigen versuchen will.

1) Ritschls Systematik ist der Comberts in vielen ähnlich. Eine Wirtschaftsordnung besteht nach Ritschl aus "nach einheitlichen Prinzipien geordneten Ganzheiten"¹⁾, aus Wirtschaftssystemen. Diese Wirtschaftssysteme ordnen jeweils einen Teilbereich des Sozial- und Wirtschaftslebens nach einheitlichen Prinzipien. Ist die Gesamtordnung der Wirtschaft nach einheitlichen Prinzipien gestaltet, so liegt eine monistische Ordnung vor. Ist dies nicht der Fall, so besteht eine Wirtschaftsordnung aus zwei oder mehreren Wirtschaftssystemen.

1) Ritschl, H.: Die Grundlagen...; a.a.O., S. 148.

2) Ritschl, H.: Die Prinzipien...; a.a.O., S. 1.

Deren Herausarbeitung als System ist die Aufgabe, die Ritschl sich stellt.¹⁾

Aus der Aufdeckung der in einer Vielzahl historischer Wirtschaftsordnungen beobachteten Prinzipien des Wirtschaftens und wirtschaftlichen Gestaltungsformen gewinnt Ritschl einen Katalog von geistigen Wirtschaftsprinzipien und von Gestaltungsformen der Wirtschaft und Technik für alle denkbaren Bereiche wirtschaftlicher Aktivität.²⁾ Mit Hilfe des so gewonnenen Apparats ist für Ritschl eine Strukturanalyse moderner Wirtschaftsordnungen möglich. Die Wirtschaftssysteme gewinnt er wie Sombart durch die Kombination systemgleicher Elemente seines Katalogs.

Die Strukturanalyse führt ihn zu dem Ergebnis, daß sich in modernen Volkswirtschaften zwei Wirtschaftssysteme, nach entgegengesetzten Prinzipien gestaltet, zu einer Wirtschaftsordnung ergänzen.³⁾ Die modernen Wirtschaftsordnungen sind dualistisch; ihre konstitutiven Wirtschaftssysteme sind das der Marktwirtschaft und das der Gemeinwirtschaft.

Ritschls Systematik, obgleich nicht voll ausgebaut, wäre brauchbar für die Zwecke unserer Untersuchung. Wir haben gegen sie jedoch die gleichen Einwände wie gegen Sombarts Ansatz vorzubringen, bei grundsätzlicher Anerkennung der Methode für eine generelle, überschauende Betrachtung.

(4) Obgleich Seraphim in erster Linie an einer Systematisierung des geschichtlichen Geschehens als Ansatz für eine spätere wirtschaftspolitische und wirtschaftstheoretische Betrachtung historischer Epochen arbeitet,⁴⁾ ist sein Vorgehen auch für die Zwecke unserer Untersuchung interessant. In jedem, die wirtschaftliche Wirklichkeit durch Heraushebung des Wesentlichen vereinfachenden Querschnitt durch eine vollendet ausgebildete historische Epoche findet Seraphim die gleichen Grundelemente, wenn auch in jeweils verschiedener Zusammenordnung.⁵⁾ Er unterscheidet zwischen konstanten Grundelementen⁶⁾ als naturgegebenen Tatbeständen und variablen Grundelementen⁷⁾.

1) Ritschl, H.: Die Grundlagen...; a.a.O., S. 148.

2) Ebenda, S. 152-158.

3) Ebenda, S. 158.

4) Seraphim, H.-J.: Theorie...; a.a.O., S. 137/138.

5) Ebenda, S. 139.

6) Ebenda, S. 140.

7) Ebenda, S. 140.

zu denen der Mensch als dynamische und gestaltende Kraft seiner Umwelt zählt.

Diese Grundelemente sind nach Seraphim Bausteine der 'wirtschaftlichen Grundgestalten', die er definiert als "sinnvolle Kombination und Zusammenordnung von Grundelementen, die die entscheidenden Ausprägungen sozialökonomischen Lebens bestimmen, zu einem Ganzen." ¹⁾ Die Kombination der Grundelemente geschieht nach Seraphim durch den 'obersten Träger von Wirtschaftspolitik'. ²⁾

Es finden sich Parallelen zwischen den wirtschaftlichen Grundgestalten und Sombarts Wirtschaftssystemen: Die Grundgestalten werden geformt von den obersten Zielen, die die Menschen sich setzen (vgl. Sombarts 'Wirtschaftsgesinnung'), und den Mitteln, die zu ihrer Erreichung von Menschen eingesetzt werden (Mittel entsprechen Sombarts 'Technik'). ³⁾

Der 'oberste Träger von Wirtschaftspolitik' ordnet die Wirtschaft (vgl. Sombarts 'Wirtschaftsorganisation'); hierbei ergeben sich zwei Beziehungszusammenhänge: einmal die 'Mitweltverhältnisse' als sozialer Bereich zwischenmenschlicher Beziehungen in der Wirtschaft. Die Mitweltverhältnisse haben in allen wirtschaftlichen Grundgestalten verschiedene Inhalte, ⁴⁾ die wiederum abhängen von den Zielsetzungen des 'obersten Trägers von Wirtschaftspolitik', seiner ökonomischen Macht und politischen Gewalt. Zum anderen stehen die wirtschaftenden Individuen in Beziehungen zu den sie umgebenden konstanten Elementen. ⁵⁾ Dieser von Seraphim 'Umweltbeziehungen' genannte Zusammenhang wird von den Mitweltbeziehungen her ausgerichtet. Die Umweltbeziehungen werden vom 'obersten Träger von Wirtschaftspolitik' in einen Gesamtzusammenhang eingeordnet. ⁶⁾

Die Anwendung der Seraphimschen Systematik auf die Erkenntnis konkreter Wirtschaftsordnungen könnte dadurch erfolgen, daß der Realtypus einer wirtschaftlichen Grundgestalt ermittelt wird. Hierzu gehört die Charakterisierung des 'obersten Trä-

1) Seraphim, H.-J.: Theorie...; a.a.O., S. 139.

2) Ebenda, S. 139.

3) Ebenda, S. 141.

4) Ebenda, S. 143.

5) Ebenda, S. 143.

6) Ebenda, S. 143.

gers von Wirtschaftspolitik', seiner Zielsetzungen und Mittel sowie die Betrachtung, wie er die Mit- und Umweltbeziehungen ordnet und welche Träger ökonomischer Macht ihm dabei entgegenwirken.

Seraphims Konzeption, obgleich nicht voll ausgearbeitet, bietet einen interessanten Ansatzpunkt für die vergleichende Betrachtung von Wirtschaftsordnungen. Der grundlegende Unterschied zur Systematik von Sombart und Ritschl liegt darin, daß Seraphim Ziele und Mitteleinsatz, die Gestaltung der Mit- und Umweltverhältnisse, auf das Wirken einer gestaltenden Kraft zurückführt und damit eine Einheit der Gestaltung erkennt, die Sombarts und Ritschls Ansatz fehlt. Interessant ist die Erkenntnis Seraphims, daß die konkreten Ordnungen nicht in jedem Falle den Intentionen des 'obersten Trägers von Wirtschaftspolitik' entsprechen müssen, sondern meist aus einem Kräfte-messen zwischen der obersten ordnenden Instanz und nichtstaatlichen Trägern ökonomischer Macht als Gegenkräften resultieren. Wir haben bereits bei der Erarbeitung unseres Begriffs der Wirtschaftsordnung ähnliche Zusammenhänge herausgestellt. Unsere späteren Darlegungen zur Schaffung des Rahmens für eine Betrachtung konkreter Wirtschaftsordnungen werden verwandte Gedankengänge zeigen.

(5) Ein neuerer Beitrag zur Erkenntnis konkreter Wirtschaftsordnungen durch die Aufstellung und Anwendung sinnvoller Wirtschaftssysteme stammt von Napp-Zinn.¹⁾

Wie Eucken und Ritschl ist Napp-Zinn der Meinung, daß in realisierten Wirtschaftsordnungen regelmäßig verschiedene Wirtschaftssysteme nebeneinander vertreten sind.²⁾ Wesentlich erscheint dabei seine Feststellung, "daß ein Wirtschaftssystem, das in einer Wirtschaftsordnung überwiegt, stärker das Wesen der Wirtschaftsordnung bestimmt, als seinem Anteil entspricht (Gesetz der Prävalenz des dominierenden Wirtschaftssystems)".³⁾

1) Napp-Zinn, Anton Felix: Wirtschaftssysteme und Verkehr; in: Berkenkopf, Paul (Herausgeber): Der Verkehr in der wirtschaftlichen Entwicklung des Industriezeitalters (Festschrift zum 40jährigen Jubiläum des Instituts für Verkehrswissenschaft an der Universität Köln); Köln 1961, S. 16 ff.

2) Ebenda, S. 22/23.

3) Ebenda, S. 24.

Unter Verwendung ihm brauchbar erscheinender Teile früherer Systematisierungsversuche (Eucken, Sombart) entwickelt Napp-Zinn eine Wirtschaftssystematik mit Hilfe von drei Merkmalsgruppen: 1)

- (a) Institutionen,
- (b) die sie durchdringenden Geisteshaltungen,
- (c) der sie umschließende Datenkranz.

Im Zentrum der Wirtschaftsformenlehre Napp-Zinns stehen "bestimmte Institutionen, die das Gerippe und den Ablauf der Wirtschaft bestimmen." 2) Ausgangspunkt bei der Auffindung sinnvoller 'Institutionen' ist bei Napp-Zinn - wie bei Eucken - die Frage nach dem Träger der Planung. Im weiteren Aufbau des Institutionensystems weichen beide Autoren jedoch teilweise erheblich von einander ab, da Napp-Zinn bemüht ist, offensichtliche Schwächen der Euckenschen Formulierung und Systematisierung zu vermeiden und daneben die Vielfalt der essentiellen Organisationstypen der Wirtschaft besser in den Griff zu bekommen. 3)

Als wesentlicher Systematisierungsgesichtspunkt kehrt bei Napp-Zinn die von Sombart eingeführte und bei Eucken vermiedene Kategorie der 'Geisteshaltungen' wieder, 4) ohne deren Heranziehung ein Verständnis der vormals behandelten Institutionen nicht möglich erscheint.

Die Systematik Napp-Zinns findet Abschluß und Abrundung durch die Aufstellung eines die 'Institutionen' umschließenden Datenkranzes. Napp-Zinn ergänzt dabei die Daten Euckens durch drei weitere, die "die Struktur der wirtschaftlichen und politischen 'Umgebung'" 5) miteinfassen.

Es soll an dieser Stelle weder eine Detaillierung noch eine kritische Betrachtung der von Napp-Zinn entworfenen Systematik erfolgen. Beides wird nachgeholt werden, wenn - nach den Darstellungen der Wirtschaftsordnungen der USA bzw. der UdSSR - die praktische Verwendbarkeit dieses Systematisierungsversuchs und seine Aussagefähigkeit untersucht werden wird. 6)

1) Napp-Zinn, A.F.: Wirtschaftssysteme...; a.a.O., S. 20-25.

2) Ebenda, S. 20.

3) Ebenda, S. 20-23.

4) Ebenda, S. 24/25.

5) Ebenda, S. 25.

6) Siehe hierzu unten S.183 ff. bzw. S.416 ff.

bb) Darstellung und Vergleich von 'Economic Systems' in der Literatur.

Nach der Darstellung möglicher Ansatzpunkte zum Vergleich von Wirtschaftsordnungen ist nach den in der Literatur schon ausgeführten Vergleichen von mehreren Wirtschaftsordnungen und deren Methodik zu fragen. Bei den in diesen Bereich fallenden Untersuchungen handelt es sich nur zum geringen Teil um Vergleiche von Wirtschaftsordnungen im Sinne unserer Definition. In der Mehrzahl der Fälle werden in diesen Arbeiten Wirtschaftsgestaltungen theoretischer oder verwirklichter Art einander gegenübergestellt, die jeweils nach einheitlichen Prinzipien organisiert sind. Für diese Vergleichsobjekte wird in der amerikanischen Literatur, die das Gros dieser Studien stellt, der Begriff 'Economic Systems' (Ökonomische Systeme) verwendet, den wir an dieser Stelle übernehmen wollen.

Der Anlaß, verschiedene ökonomische Systeme miteinander zu vergleichen, besteht erst seit relativ kurzer Zeit. Vor dem ersten Weltkrieg herrschte in allen führenden Industriestaaten der Welt eine Wirtschaftsweise in prinzipiell gleicher Form: der Kapitalismus, gekennzeichnet durch die Grundsätze der Vertragsfreiheit, der Steuerung des Wirtschaftsprozesses durch autonome Entscheidungen der einzelnen Wirtschaftssubjekte, durch Privateigentum an den Produktionsmitteln und andere Merkmale. Sieht man von den Überresten des Feudalismus ab, der in einzelnen Ländern noch teilweise die Wirtschaftsgestaltung beeinflusste, so kann die Wirtschaftsweise des Kapitalismus als charakteristisch für die Zeit von etwa 1860 bis 1914 angesehen werden. Ein Vergleich von ökonomischen Systemen war zu dieser Zeit ohne eine neben dem Kapitalismus realisierte Wirtschaftsweise gegenstandslos. Lediglich das theoretische System des Sozialismus, aus der Kritik am Kapitalismus heraus konzipiert, bot eine Grundlage für vergleichende Untersuchungen und eine Wertung der beiderseitigen Effizienz.

In der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen änderte sich dieser Sachverhalt. Neben die Wirtschaftsweise des Kapitalismus traten in einzelnen Staaten andere Organisationsformen des Wirtschaftens, so u.a. in der Sowjetunion, in Italien, Deutschland und Spanien. Sie zeigten teilweise, wie in der Sowjetunion, dem Ka-

pitalismus entgegengesetzte Wirtschaftsprinzipien, teilweise nur Modifizierungen der kapitalistischen Wirtschaftsweise unter Hervortreten des Staates als lenkendem Gestalter der Wirtschaft. Die Volkswirtschaften, die weiterhin nach dem Prinzip des Kapitalismus organisiert blieben, veränderten ihre Gestaltungsformen unter dem Einfluß wirtschaftlicher Rückschläge und den daraus folgenden Staatseingriffen in die vorher weitgehend staatsfreie Wirtschaft.

Mit dem Ende des zweiten Weltkriegs verschwanden mit dem Faschismus in Italien und dem Nationalsozialismus in Deutschland zwei Spielarten des 'gelenkten Kapitalismus'. Dafür trat in Großbritannien für einige Jahre unter der Labourregierung eine Wirtschaftsweise in den Vordergrund, die prinzipielle Freiheit wirtschaftlicher Gestaltung, Vertragsfreiheit und überwiegendes Privateigentum an Produktionsmitteln mit sozialistischen Prinzipien der Wirtschaftsführung zu vereinbaren suchte. Die Tendenz zur Veränderung der alten kapitalistischen Formen des Wirtschaftens setzte sich auch in den Ländern mit vorherrschend marktwirtschaftlicher Wirtschaftsgestaltung fort: Der Staat entwickelte sich zum mehr oder weniger stark hervortretenden Regulator der Wirtschaft auch dort, wo trotz aller Veränderungen eine Reihe von Grundprinzipien der kapitalistischen Wirtschaftsweise erhalten geblieben waren.

Dieser Überblick über das Entstehen neuer ökonomischer Systeme neben dem einst allein herrschenden Kapitalismus und dessen Wandlungen zeigt, daß seit der relativen Festigung der neuen Wirtschaftssysteme - besonders des sowjetischen - und der stärker werdenden Veränderungen in denen mehr konventioneller Art, ein Vergleich ökonomischer Systeme sinnvoll und nützlich geworden ist. Wir finden die wohl erste größere Darstellung auf diesem Gebiet im Jahre 1938.¹⁾

Betrachten wir im folgenden einige Methoden der Darstellung und des Vergleichs von mehreren ökonomischen Systemen. Ausgangspunkt der Untersuchungen sind für die meisten Autoren 'reine' Formen wirtschaftlicher Gestaltung, bezeichnet als Kapitalismus, Sozialismus, Kommunismus etc. Die konkreten Wirtschaftsweisen in den einzelnen Ländern werden in Beziehung ge-

1) Loucks, W.F. und Hoot, J.W.: Comparative Economic Systems; New York 1938.

setzt zu diesen reinen Formen. Je nach dem Grad der vermeintlichen Übereinstimmung zwischen beiden erhalten diese die gleichen oder mehr oder weniger abgewandelte Bezeichnungen. So benennen einige Autoren die konkrete Wirtschaftsweise in den USA Kapitalismus, die der UdSSR Sozialismus, während andere diese Begriffsverbindungen als durch die tatsächliche Entwicklung überholt oder ganz allgemein als irreführend bezeichnen.¹⁾

Beispiele für Abwandlungen sind die Namen 'autoritärer Kapitalismus'²⁾ oder 'indirekte Befehlswirtschaft'³⁾ für die Wirtschaftsgestaltung im nationalsozialistischen Deutschland 'Teilsocialismus'⁴⁾ oder 'Britischer Sozialismus'⁵⁾ für das ökonomische System in Großbritannien unter der Labourregierung.

Es gibt einmal Untersuchungen auf Länderbasis. Die Wirtschaftsordnungen oder ökonomischen Systeme⁶⁾ einzelner Staaten werden in getrennten Untersuchungen dargestellt, wobei die jeweiligen Merkmale in Darstellungen einzelner Wirtschaftsbereiche und/oder einzelner Lenkungsprobleme herausgehoben werden, oft auch in Verbindung mit einer politischen Grundlegung und einer Betrachtung der geschichtlichen Entwicklung und der geografischen etc. Rahmenbedingungen.⁷⁾ In anderen Arbeiten werden die Länderdarstellungen in Beziehung gesetzt zu entsprechenden reinen Systemen wirtschaftlicher Gestaltung oder den Zielen politisch-wirtschaftlicher Bewegungen.⁸⁾ Eine Variante dieses Ansatzes bietet eine Arbeit von Halm,⁹⁾ der verschiedene Vergleichsmethoden miteinander kombiniert, wirtschaftliche Organisationsmodelle aufstellt, konkrete Wirtschaftsordnungen auf ihre Sy-

1) Suranyi-Kinger, Theodor: Comparative Economic Systems; New York 1952, S. 89/90. Und: Lauterbach, Albert: Sicherheit und Freiheit in Wirtschaft und Gesellschaft; 2. deutsche Auflage, Stuttgart 1957, S. 103.

2) Halm, George N.: Wirtschaftssysteme; Berlin 1960, S. 262 ff.

3) Weber, Adolf: Marktwirtschaft...; a.a.O., S. 180 ff.

4) Blodgett, Ralph H.: Comparative Economic Systems; 2. Auflage, New York 1949, S. 675 ff.

5) Loucks, W.N. und Hoot, J.W.: Comparative Economic Systems; 3. Auflage, New York 1948, S. 345 ff.

6) Eine scharfe Abgrenzung im Sinne unserer Definition findet sich hierbei meist nicht.

7) Letztere Gesichtspunkte besonders bei: Blodgett, R.H. und Kemmerer, D.D.: Comparative Economic Development; New York 1956.

8) Loucks, W.N. und Hoot, J.W.: Comparative...; a.a.O., und: Hoover, Calvin B.: The Economy, Liberty and the State; New York 1959.

9) Halm, G.N.: Wirtschaftssysteme; a.a.O.

stemelemente hin untersucht und schließlich die Lösung einiger ökonomischer Probleme in verschiedenen ökonomischen Systemen betrachtet.

Andere Vergleiche derartiger Systeme gehen stärker von funktionalen Gesichtspunkten aus. Sie stellen einige grundsätzliche Lenkungsprobleme oder einzelne Wirtschaftsbereiche in den Vordergrund und untersuchen ausgewählte ökonomische Systeme daraufhin, wie in ihnen gestellte Fragen nach der wirtschaftlichen Organisation beantwortet werden. Diese Einzeluntersuchungen werden dann oft abgeschlossen durch einen zusammenfassenden Überblick über die Merkmale der ausgewählten Systeme.¹⁾ Diese Art der Darstellung geschieht meist in Verbindung mit einer mehr oder weniger ausgebauten Betrachtung des außerökonomischen Rahmens.²⁾

III) Die Konzeption dieser Arbeit und der Aufbau der weiteren Untersuchung.

a) Die Darlegung der Konzeption.

Die Ordnung der Wirtschaft, so hatten wir festgestellt, ist das Ergebnis gesellschaftlichen Handelns. Dieses kann in einer Volkswirtschaft erfolgen durch alle Individuen, die als Wirtschaftssubjekte in der Lage sind, autonome Gestaltungsakte vorzunehmen. Je nach ihrer Position in Wirtschaft und Gesellschaft werden sie durch ihr Handeln einen mehr oder minder großen Einfluß auf die Ordnung der Wirtschaft ihres Landes ausüben können. Wenn wir den Grenzfall ausschließen, daß alle autonom Handelnden die gleiche Vorstellung von der Ordnung der Wirtschaft haben und dementsprechend wirken, so bleibt als Alternative, daß die Wirtschaftsordnung das Ergebnis eines Kräftespiels ist: Es werden sich im Regelfall verschiedene Gruppen herauskristallisieren, die jeweils der Volkswirtschaft die Gestalt zu geben versuchen, die ihren Vorstellungen entspricht. Dieser Einfluß kann sowohl auf die Gesamtgestaltung der Volkswirtschaft gerichtet sein als auch nur auf Teilbereiche.

1) Blodgett, R.H.: Comparative...; a.a.O. und: Oxenfeldt, Alfred R.: Economic Systems in Action; New York 1952.

2) Oxenfeldt, A.R.: Economic Systems...; a.a.O., und: Surányi-Unger, T.: Comparative...; a.a.O.

Wir haben nun die einzelnen Gruppen der die Wirtschaft gestaltenden Kräfte sowie ihre Einflußbereiche zu charakterisieren.

An die Spitze dieser Einflußfaktoren wollen wir die Institutionen der Staatsgewalt setzen. Diese hat neben anderen Befugnissen die Möglichkeit, auf die Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft einzuwirken, und ist im Normalfall der Einflußfaktor mit dem größten Machtbereich. Dieser oberste Herrschaftsträger wird bestimmte Vorstellungen über die Ordnung der Wirtschaft des Landes haben: einmal, was die Gesamtwirtschaft und ihre Gestaltung anbelangt, zum anderen über sein Verhältnis zu anderen möglichen Ordnungsträgern.

Die Vorstellungen des Herrschaftsträgers werden bestimmt sein durch die Art und Herkunft seiner Macht und werden in einer Beziehung stehen zu den allgemeinen Staatslenkungsgrundsätzen. Sie werden nicht nur auf den ökonomischen Bereich i.e.S. gerichtet sein, sondern in gleicher Weise die ökonomischen Aspekte der Rechts- und Sozialordnung mit einschließen. Wir wollen die Gesamtheit dieser Vorstellungen als die ökonomische Grundidee des Staates bezeichnen und diese definieren als

die Gesamtheit der Vorstellungen des Hoheitsträgers über die Gestaltung (d.h. über Form und Ablauf) der ökonomischen Aktivität in seinem Herrschaftsbereich.

Diese Grundidee wird der Hoheitsträger mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln zu realisieren suchen.

Hierzu hat er einmal zu entscheiden, wer die Ordnung der Wirtschaft im einzelnen in erster Linie bestimmen soll und zum anderen, wie diese Ordnung in ihren Grundzügen aussehen soll.

Mit der Beantwortung beider Fragen legt der Staat zugleich den Rahmen seiner ökonomischen Aktivität weitgehend fest.

Entsprechend seiner Grundidee wird der Herrschaftsträger mit Hilfe seiner rechtsetzenden Gewalt versuchen, dem Wirtschaftsleben einen 'Ordnungsrahmen', eine Verfassung, zu geben, die die Aktionsbereiche der wirtschaftenden Einheiten abstecken soll.

Unter 'Wirtschaftsverfassung' soll im folgenden verstanden werden

der mit der Macht und Autorität des Herrschaftsträgers ausgestattete öffentliche Rahmen des Ökonomismus, ergänzt durch vom Herrschaftsträger gestillte und übernommene Bedürfnisse und Regeln.

Dieser Wirtschaftsverfassung wird es dann gelingen, eine der staatlichen Grundidee vollkorrespondierende Ordnung der Wirtschaft herbeizuführen, wenn entweder alle Wirtschaftssubjekte sie akzeptieren oder wenn sie so umfassend und mitwirkungscharakter ausgestattet ist, daß sich keine Ausweichmöglichkeiten bieten. Dies wird im allgemeinen nicht der Fall sein. Es werden sich wohl in jeder Volkswirtschaft Wirtschaftssubjekte finden, die Intentionen verwirklichen wollen, die der Grundidee des Staates und seiner Wirtschaftsverfassung nicht entsprechen. Zudem ist letztere meist nicht elastisch genug, um alle in Gegenwart und Zukunft denkbaren Eventualitäten vorherzusagen. Die Folge wird sein, daß die Ordnung der Wirtschaft nicht allein vom obersten Herrschaftsträger bestimmt werden wird, sondern daß wieder andere Gestaltungsfaktoren neben sich sehen wird. Seine Durchsetzungsmöglichkeit wird in erster Linie von seiner politischen und ökonomischen Macht abhängen. Je umfassender diese ist, desto besser wird es ihm gelingen, der konkreten Wirtschaftsordnung die von ihm gewünschte Gestalt zu geben.

Die der Verwirklichung des Wirtschaftens dienende öffentliche Gestaltungsträger zu nennen. Dieser repräsentiert einmal die Vielzahl der wirtschaftenden Einzelnen, die bestrebt sind, im vollen Maßbereich ihre eigenen Grundansprüche zu realisieren und diese innerhalb wie außerhalb der Wirtschaftsvorfassung durchzusetzen. Die Individuen besitzen jedoch im Normalfall nicht die Machtfülle des Staates. Sie können also nicht immer wirkungsvoll seiner Macht Widerstand leisten. Dieser Widerstand kann dann erheblich sein, wenn die Individuen in der Erkenntnis neuer Gestaltungswege außerhalb der Wirtschaftsvorfassung Aktivität entfalten. Der Staat ist dann gezwungen, die Wirtschaftsverfassung zu korrigieren, was nicht ausschließt, daß sich an anderer Stelle Lücken ergeben, da, wie gesagt, eine Wirtschaftsverfassung wohl nie über die Zeit vollkommen sein wird.

Ein anderer Ansatz eines wirksamen Widerstandes besteht dort, wo der Staat an die Grenze der Existenz- und Selbsterhaltungsmöglichkeit der Individuen stößt. Hier hat er unter Umständen stärksten Widerstand zu erwarten. Schließlich sei noch eine dritte Gruppe von möglichen Gestaltungsträgern genannt: nichtstaatliche Träger ökonomischer Macht, deren Einfluß mehr oder weniger stark den individuellen übertrifft und entweder aus der Aggregation von Einzelmacht stammt oder sich aus einer Einzelposition heraus entwickelt hat. Diese Träger ökonomischer Macht haben in der Regel eigene Vorstellungen von der Ordnung der Gesamtwirtschaft oder eines Teilbereichs. Entsprechen diese nicht den staatlichen Vorstellungen, so können sich gerade von diesen Gruppen starke Widerstände gegen die Durchsetzung des staatlichen Gestaltungswillens ergeben.

Haben wir bisher in erster Linie die Individuen und nichtstaatlichen ökonomischen Machtträger als mögliche Kräfte gegen die Realisierung des staatlichen Ordnungswillens genannt, so muß daneben auch ein Widerstreit zwischen den wirtschaftlichen Ordnungsvorstellungen der Träger nichtstaatlicher ökonomischer Macht und der wirtschaftenden Individuen, zwischen denen verschiedene Träger nichtstaatlicher ökonomischer Macht und zwischen denen verschiedener Individuen angenommen werden, wobei sich gleichfalls Rückwirkungen auf die Ordnung der Wirtschaft ergeben werden. Auch Widerstreite zwischen den Ordnungsvorstellungen verschiedener Staatsebenen bzw. -sektionen erscheinen denkbar.

Unsere Darstellung der Wirtschaftsordnungen der genannten Länder wird erfolgen durch Aufzeigen der Ergebnisse des Kräftespiels der die Wirtschaft gestaltenden Faktoren, wobei den Ausgangspunkt der jeweiligen Untersuchungen die Grundidee des Staates bilden wird.

b) Der Aufbau der weiteren Untersuchung.

Wir werden die folgenden Untersuchungen für jede Volkswirtschaft getrennt durchführen, weil wir der Meinung sind, daß nur so die Einheit des Betrachtungsobjekts voll gewahrt bleibt. Wir werden dabei für die USA und die UdSSR jeweils von der staatliche

Grundidee über die Gestaltung der Wirtschaft ausgehen, wobei zunächst deren ökonomische und außerökonomische Grundlagen zu erläutern sind. Die geschichtliche Entwicklung dieser Idee ist daran anschließend von einem sinnvollen Ausgangspunkt bis zur Gegenwart zu verfolgen, wobei die Betonung auf die zwei Hauptfragen der Grundidee (wer soll nach Ansicht des Herrschaftsträgers die Ordnung der Wirtschaft in erster Linie bestimmen, und wie soll die Ordnung nach dieser Meinung aussehen) gelegt wird. Dabei sind Art und Herkunft des Herrschaftsträgers zu erläutern sowie die Art der anderen wichtigsten Gestaltungskräfte und deren Aktionen in großen Zügen zu schildern.

Für die Gegenwart ist, anschließend an die Darlegung der herrschenden Konstellation der Gestaltträger und der staatlichen Grundidee, für jede Volkswirtschaft für eine Reihe wichtiger Wirtschaftsabteilungen und Bereiche der Wirtschaftsgesellschaft die gegenwärtige Ordnung der Wirtschaft aus dem Kräftespiel der gestaltenden Faktoren zu erklären. Abschließend wird für die USA und die UdSSR eine Zusammenfassung der Wesensmerkmale jeder Volkswirtschaft und ihrer Organisation sowie ein ordnungstheoretischer Vergleich beider Wirtschaftsordnungen erfolgen.

B) Hauptteil I: Die Wirtschaftsordnung der USA.

I) Historische Grundlagen zum Verständnis der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung der USA.

a) Die Grundlagen der Staatwerdung.

Die Entstehung der Vereinigten Staaten von Amerika gegen Ende des 18. Jahrhunderts mußte dem aufgeklärten europäischen Beobachter jener Zeit als die Verwirklichung der Vision einer 'vernünftigen' Gesellschaftsordnung erscheinen.

Menschen der verschiedensten sozialen Schichten und Bestrebungen waren im Laufe des 17. und 18. Jahrhunderts in die 'Neue Welt' gekommen, um der konventionellen Enge Europas zu entgehen und in Amerika politische und religiöse Freiheit und die ungehinderte Möglichkeit zur Entfaltung ihres Tatendranges zu finden. Sie hatten sich auf kommunaler und regionaler Ebene zu Gemeinschaften zusammengeschlossen, die ihre Angelegenheiten in Eigenverwaltung (Home Rule) zu regeln gewohnt waren und sich teilweise Verfassungen auf der Grundlage freiheitlich-naturrechtlicher Ideen gegeben hatten.¹⁾

Trotz der festzustellenden Heterogenität der Bestrebungen und Zielvorstellungen der Siedler und ihrer korporativen Zusammenschlüsse lassen sich doch gemeinsame Gestaltungsideen in bezug auf die Organisation von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft finden. Es sind dies hauptsächlich der Wunsch nach Sicherung vor dem Einfluß einer zu starken, die freie Entfaltung hemmenden zentralen Herrschaftsgewalt; das Streben nach einer weitreichenden privaten Freiheitssphäre für den Einzelnen und einem angemessenen Selbstverwaltungsbereich für gewachsene regionale Gemeinschaften; die Bereitschaft zur Toleranz Andersdenkender und zum Kompromiß, wenn ohne ihn keine befriedigende Ordnung des sozialen Lebens möglich ist;

1) Als frühe Beispiele: Die 'Fundamental Orders of Connecticut' vom 14.1.1639 und die 'Declaration of Liberties' von Massachusetts vom 10.6.1661. Texte bei: Commager, Henry St. (Herausgeber): Documents of American History; 6. Auflage, Band I, New York 1958, SS. 22-24 bzw. 34.

das Recht auf Beseitigung einer Regierung, wenn sie den Wünschen der Mehrheit der Regierten nicht mehr entspricht.

Dieser Überblick über die Gestaltideen macht deutlich, warum die nach 1763 starker in das Eigenleben der Kolonien eingreifende englische Oberverwaltung schließlich abgeschüttelt wurde. Er läßt daneben die Schwierigkeiten verständlich werden, die sich auf dem Weg von den selbständigen Kolonien zum Staatenbund (1781)¹ und von diesem zum Bundesstaat (1789) ergaben. Endlich ist der Einfluß nicht zu übersehen, den die genannten Gestaltungsvorstellungen bis zur Gegenwart auf die Ordnung des gesellschaftlichen Lebens in den USA ausgeübt haben.

b) Geist und Satzung des neuen Staates:

Unabhängigkeitserklärung und Verfassung.

Die Unabhängigkeitserklärung der nordamerikanischen Kolonien vom englischen Mutterland (4.7.1776) und die Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika (1789) spiegeln in etwa die Gestaltungsvorstellungen wider, die wir als grundlegend für den Weg der unabhängigen Kolonien zum Bundesstaat erkannt haben.

Die Unabhängigkeitserklärung stellt, ihrem Ideengehalt nach, eine Verbindung des Zeitgeistes der Aufklärung mit den staatsrechtlichen Prinzipien dar, wie sie von den Philosophen des Naturrechts entwickelt worden waren. Das Revolutionäre an ihr ist, daß sie diese Ideen aus dem Bereich philosophischer Spekulation heraushebt und zur politischen Rechtfertigung der Trennung von England heranzieht. wieweil diese Unabhängigkeitserklärung mehrere Quellen hat, so ist doch der Einfluß von John Locke unverkennbar, dessen 'Two Treatises of Government' knapp 90 Jahre vorher als nachträgliche Rechtfertigung der englischen Revolution von 1688 geschrieben worden waren.² Die zentrale Aussage der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung von 1776 ist die Behauptung, daß die als Gleiche geschaf-

1) Siehe hierzu die Verfassung des Staatenbundes (Articles of Confederation). Textwiedergabe bei: Commager, H. St. (Herausgeber): Documents...; a.a.O., S. 111-115. Ferner hierzu: Evans, Allan: Stichwort 'Articles of Confederation' in: Adams, James T. (Herausgeber): Dictionary of American History; 2. Auflage, Band I, New York 1951, S. 126

2) Laslett, Peter (Herausgeber): John Locke: Two Treatises of Government; Cambridge 1960.

fenen Menschen von ihrem Schöpfer als unveräußerliche Rechte das Leben, die Freiheit und das Streben nach Glück verliehen bekommen haben. Zur Sicherung dieser Rechte werden "unter den Menschen Regierungen errichtet, die ihre berechtigten Befugnisse aus der Zustimmung der Regierung herleiten."¹⁾ Wiederum in Anlehnung an Locke ²⁾ folgert die Unabhängigkeitserklärung aus Vorstehendem, "...daß, wann immer irgend eine Art von Regierung für diese Ziele verderblich wird, das Volk das Recht hat, sie zu ändern oder abzuschaffen und eine neue Regierung einzusetzen, die ihren Bestand auf Grundsätze stützt und ihre Machtmittel in einer Weise organisiert, die dem Volk am meisten geeignet scheinen sollen, seine Sicherheit und sein Glück zu verwirklichen."³⁾

Die Verfassung der Vereinigten Staaten, lange Zeit als das Ergebnis der Besitzinteressen einer relativ kleinen Zahl einflußreicher Personen bezeichnet, die durch die Stärkung der politischen Zentralgewalt eine Aufwertung ihrer Besitzansprüche erreichen wollten,⁴⁾ ist inzwischen durch neuere Forschungen amerikanischer Historiker in soweit rehabilitiert worden, als die nur-ökonomische Deutung ihrer Entstehung heute als zu einseitig und unbewiesen verworfen wird.⁵⁾ Waren sich die Verfassungsschöpfer einig über die im allgemeinen Interesse notwendige Stärkung der politischen Zentralgewalt, so wachten sie in gleicher Weise eifersüchtig darüber, daß die Rechte der Einzelstaaten dabei im größtmöglichen Maße gewahrt blieben, daß die Kompetenzen der Zentralgewalt auf bestimmte aufgezählte Tatbestände beschränkt bleiben und die nichtdelegierten Aufgaben den Einzelstaaten bzw. dem Volk zufallen sollten.⁶⁾

1) Nach der deutschen Fassung: bei: Bruckberger, Raymond L.: Amerika - Die Revolution des Jahrhunderts; Frankfurt am Main 1960, S. 86.

2) Laslett, Peter (Herausgeber): John Locke...; a.a.O. SS.424, 426, 430, 444/445.

3) Nach der deutschen Fassung bei: Perry, Ralph B.: Amerikanische Ideale; Nürnberg 1947, S.147.

4) Prominentester Vertreter dieser Auffassung ist Beard, Charles A.: An Economic Interpretation of the Constitution of the United States; New York 1925.

5) Harper, L.A.: Recent Contributions to American Economic History; in: The Journal of Economic History, Nr. 1/1959, S.7. Und: McDonald, Forrest: We the People. The Economic Origins of the Constitution; Chicago/Ill. 1958.

6) Siehe hierzu das Amendment X zur Verfassung der USA.

Die Verfassung der USA sieht ein ausgewogenes System gegenseitiger Kontrollen und des Gleichgewichts (checks and balances) zwischen allen Repräsentativorganen dergestalt vor, daß nicht durch eine Gewaltenteilung, sondern vielmehr durch eine 'Gewaltstenverschränkung' jede Ausübung einer Regierungsgewalt durch ein Staatsorgan die Zustimmung eines anderen Staatsorgans braucht, um wirksam werden zu können.¹⁾ Dieses System sucht nicht nur die Staaten gegen eine übermächtige Bundesgewalt zu schützen, es will in gleicher Weise ein Gleichgewicht zwischen der Legislative und der Exekutive, zwischen diesen beiden Gewalten und der Rechtssprechung herstellen. Ferner bietet die Verfassung einen den Prinzipien der Unabhängigkeitserklärung entsprechenden Schutz der Bürger vor der Staatsgewalt auf Bundes- und Staatsebene (civil liberties) sowie Ansätze zu einem Schutz der Bürger der USA vor Willkürakten ihrer Mitbürger (civil rights), wenngleich hier die Regelungen weitgehend den Einzelstaaten überlassen und von diesen unterschiedlich ausgeführt sind. Die Bürger der USA kontrollieren durch Wahlen wiederum die staatlichen Instanzen von der kommunalen bis zur Bundesebene. Besonderes Gewicht hat der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten (Supreme Court), der sich in eigener Interpretation der Verfassung seit 1803 zu deren Hüter gemacht hat und die Verfassungsmäßigkeit der Gesetze von Kongreß und Einzelstaaten zu überprüfen als seine wichtigste Aufgabe ansieht.²⁾

Ohne hier auf Einzelbestimmungen der Verfassung eingehen zu wollen, sei festgestellt, daß die für eine agrarische Gesellschaft bestimmte Verfassung in der Lage war, auch unter völlig veränderten sozialen Umständen oberste Richtlinie der Herrschaftsgestaltung in den USA zu sein. Dies hauptsächlich deshalb, weil neben dem Text der Verfassungsurkunde ein auf Präjudizien beruhendes ungeschriebenes amerikanisches Verfassungsrecht besteht, das für die Elastizität der Verfassung gesorgt hat.³⁾

- 1) Fraenkel, Ernst: Das amerikanische Regierungssystem; Köln 1960, SS. 221/222 und 226.
- 2) Siehe hierzu eine grundlegende Stellungnahme von Oberrichter Marshall im Fall Marbury v. Madison (1803). Wiedergabe bei: Commager, H.St. (Herausgeber): Documents...; a.a.O., SS. 191-195.
- 3) Fraenkel, E.: Das amerikanische Regierungssystem; a.a.O., SS. 21 und 23.

Dieses ungeschriebene Verfassungsrecht besteht einmal aus der Verfassungsübung, aus dem Gebrauch, den die Gewaltenträger im Laufe der Geschichte von den ihnen im Verfassungstext zugewiesenen Zuständigkeiten gemacht haben.¹⁾

Hieraus ist ein akzeptiertes politisches Gewohnheitsrecht geworden.²⁾ Daneben ist das ungeschriebene Verfassungsrecht sehr stark von den Textinterpretationen des Obersten Gerichtshofs beeinflusst worden, die versucht haben, den Geist der geschriebenen Verfassung auf die Gegebenheiten der Gegenwart zu übertragen, und so die Verfassung flexibel gehalten haben.

Wir haben mit der Unabhängigkeitserklärung und der Verfassung der USA zwei Dokumente kennengelernt, die uns als Schlüssel zum Verständnis der amerikanischen Wirtschaftsordnungspolitik dienen sollen. Wir entnehmen ihnen einen Geist der Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft in den USA, der die Integrität des Individuellen in den Vordergrund stellt³⁾ und alle gesellschaftlichen Formationen von ihm ableitet. Der Staat ist nach diesen Vorstellungen keine absolute Größe, sondern eine Übereinkunft zwischen allen Mitgliedern der Gesellschaft und wird in allen seinen Funktionen von der Zustimmung einer Mehrheit getragen. Ein ausgeklügeltes System gegenseitiger Kontrollen und eines Gleichgewichts der Kräftegruppen im Staat dient als eine Bremse gegen den Machtmißbrauch einzelner Interessenvertretungen. Die Betonung der natürlichen Rechte des Menschen, das Verständnis des Staates als eines auflösbaren Vertrages zwischen Regierenden und Regierten sowie die Erkenntnis von der vernunftgemäßen Gestaltbarkeit aller Dinge durch den seiner Unmündigkeit entwachsenen, aufgeklärten Menschen sind die Gedanken des 17. und 18. Jahrhunderts, die durch die beiden grundlegenden Dokumente der amerikanischen Geschichte noch in der Gegenwart Sinn und Gestalt behalten haben.

1) Loewenstein, Karl: Verfassungsrecht und Verfassungspraxis der Vereinigten Staaten; Berlin 1959, S. VII/VIII.

2) Fraenkel, E.: Das amerikanische Regierungssystem; a.a.O., S. 22.

3) Dies äußert sich in der Beschränkung der öffentlichen Gewalt, die den Staatsorganen nur die Aktionen gestattet, die ihnen die Verfassung zuweist. Den Bürgern steht frei zu tun, was ihnen nicht verboten ist. Nach: Loewenstein, K.: Verfassungsrecht...; a.a.O., S. 15.

c) Wirtschaftsordnungen im Wandel:

Etappen wirtschaftlicher Gestaltung und die ihnen zugrunde liegenden Kräfteverhältnisse: 1789 - 1945.

ca) Von 1789 bis zum Bürgerkrieg.

Die ordnungspolitische Szene wird in dieser Periode beherrscht von der Diskussion um die Grundfragen der Gestaltung von Staats-, Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung und deren Fernwirkungen (Hamilton-Jefferson-Kontroverse).¹⁾

Die Stellungnahme der jeweiligen Präsidenten bzw. der Mehrheit der Repräsentanten in dieser grundsätzlichen Auseinandersetzung bestimmt besonders das Ausmaß der Staatsinterventionen und den Grad der Zentralisierung der Staatsmacht in dieser Periode.

Generell betrachtet lassen sich diese siebenzig Jahre nach der Entstehung des neuen Bundesstaates als die Epoche eines - wenn auch teilweise gezügelten - 'Laissez-faire'-Liberalismus charakterisieren: die dominierende wirtschaftsgestaltende Kraft ist die - vom Eigennutz angetriebene - Aktivität der Individuen, hinter der die wirtschaftsordnende Betätigung des Staates als Unternehmer, daneben als Förderer, Überwacher und Regulator der Privatwirtschaft an Bedeutung zurücktritt.

Unternehmerisch tätig werden in dieser Periode hauptsächlich die Einzelstaaten (Verkehrswegebau,^{2) 3)} während sich der

- 1) Hatte sich die Regierung Washington-unter dem Einfluß von Finanzminister Hamilton-für eine starke Zentralregierung eingesetzt, die zur Schaffung einer vielseitigen wirtschaftsgestaltung eine aktive Förderung des Finanzwesens, des Handels und der Industrie betreiben soll (Siehe Hamiltons "Report on the Public Credit" vom 1.1.1790 und seinen "Report on the Subject of Manufacturers" vom 1.12.1791; beide wiedergegeben bei: Morris, Richard P. (Herausgeber): Alexander Hamilton and the Founding of the Nation; New York 1957, SS. 289-303 bzw. 310-374), so sprach sich Präsident Jefferson gegen eine starke Zentralregierung, gegen eine aktive Förderung der Industrialisierung des Landes durch die Regierung, gegen die Verstaatlichung und gegen ein ausgebautes zentrales Finanzwesen aus (Siehe Jeffersons Briefe an Jay (1785) Hogendorf (1785), Jay (1804) und seine "Notes on Virginia"; wiedergegeben bei: Fadover, Saul K. (Herausgeber): Democracy by Thomas Jefferson; New York 1939, SS. 105-109).
- 2) Meist auf Drängen privater Interessenten und von Gemeinden, die den Anschluß an den entstehenden kontinentalen Markt suchte.
- 3) Diese unternehmerische Betätigung der Einzelstaaten endete in den meisten Fällen mit dem Börsenkrach von 1837 und seinen Folgen. Siehe hierzu: Goodrich, Carter: The Revulsion against Internal Improvements; in: 'The Journal of Economic History', Nr. 2/1950, S. 145 ff, besonders SS. 146-148. Und: Faulkner, Harold U.: Geschichte der amerikanischen Wirtschaft; Düsseldorf 1957. 283

Bund als bedeutendster Förderer einzelstaatlicher und privater Vorhaben zur Verbesserung der Infrastruktur erweist.¹⁾

Einzelne Bundesstaaten beginnen allerdings in recht begrenztem Umfang Überwachungs- und Regulierungsfunktionen zur Ordnung der Wirtschaft auszuüben; betroffen hiervon werden vor allem das Bankwesen, die privaten Eisenbahn- und Versicherungsgesellschaften.²⁾

cb) Vom Ende des Bürgerkriegs bis zur Weltwirtschaftskrise.

Diese Periode zeigt im Vergleich zur vorigen eine Reihe weitgehender Veränderungen auf ordnungspolitischem Gebiet. Die Privatwirtschaft, vorher vom Staat gefördert und durch Strukturverbesserungsmaßnahmen ermutigt, entwickelt sich zu nationalem Umfang, begünstigt durch die abgeschlossene Besiedlung und die weitgehende verkehrsmäßige Erschließung des Kontinents. Sie beginnt, ihrer wachsenden Stärke bewußt, ein selbständiger Gestalter der Wirtschaftsordnung zu werden.

Die Funktion des Staates als Förderer der Wirtschaft tritt an Bedeutung zurück: Er beschränkt sich auf Hilfsmaßnahmen indirekter Art für Wirtschaftszweige, die mit der allgemeinen Expansion nicht Schritt halten können (Landwirtschaft), sowie auf die Sorge für die Erhaltung des Rahmens für die privatwirtschaftliche Aktivität (Sicherung des Eigentumsrechts und der Vertragsfreiheit, Garantie eines funktionierenden Geldsystems, Schaffung eines Patentrechts, Zollschutz nach außen etc.). Der Staat bekennt sich in dieser Periode nachdrücklich zum 'amerikanischen System' einer Wirtschaftsgestaltung durch frei handelnde, private Unternehmer (free and private enterprise system), sieht sich aber gerade wegen dieses Bekenntnisses genötigt, die private Wirtschaftstätigkeit zu zügeln. Die Gestaltungsfreiheit der Privatwirtschaft hatte, besonders

1) Faulkner, H. U.: Geschichte...; a.a.O., S. 282. Und: Taylor, George R.: The Transportation Revolution 1815-1860; New York 1958, S. 94/95. Und: Goodrich, Carter: Government Promotion of American Canals and Railroads 1800-1890; New York 1960, S. 170.

2) Dorfman, Joseph: The Economic Mind in American Civilization; Band III, New York 1959, S. 3. Und: Johnson, E. A. J. und Kroos, Herman S.: The Origins and Development of the American Economy; New York 1953, S. 332.

in Industrie und Handel sowie im Verkehrswesen, seit etwa 1870 zur Entstehung mächtiger Organisationsgebilde auf Kapitalbasis geführt, die weite Bereiche der Wirtschaft unter ihre Kontrolle gebracht hatten und ihre Macht zur Einschränkung der Handlungsfreiheit anderer Wirtschaftseinheiten gebrauchten. Im Eisenbahnwesen, das bisher vom Staat in vieler Hinsicht gefördert worden war,¹⁾ zeigten sich - bewirkt durch die nach privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten erfolgte Streckenführung - erbitterte Konkurrenzkämpfe auf Parallelstrecken und eine monopolistische Ausbeutung der Verlader in Nichtkonkurrenz-Relationen.²⁾

Diese Entwicklungen bewirkten, daß der Staat in dieser Periode das Schwergewicht seiner wirtschaftspolitischen Aktivität von der Förderung auf die Regulierung der Privatwirtschaft zu verlegen gezwungen war, um den Wettbewerb in der Wirtschaft zu erhalten. Die staatliche Regulierung, die sich in erster Linie gegen die Wettbewerbsbeschränkungen durch die Eisenbahnen, die Industrie und den Binnenhandel richtete, zeigte eine Verschiebung im Umfang der Interventionen auf den einzelnen Ebenen gegenüber der vorigen Periode. Der Bund tritt als Regulator der Wirtschaft immer stärker in den Vordergrund, wenngleich sich die ersten Ansätze zur Regulierung auf einzelstaatlicher Ebene finden. Dieses Hervortreten des Bundes ist in der Ausweitung der privatwirtschaftlichen Tätigkeit auf nationalen Umfang begründet. Der der Bundesgesetzgebung vorbehaltene "Wirtschaftsverkehr zwischen den Staaten"³⁾ erhält in dieser Periode überragendes Gewicht. Darüber hinaus gibt die Auslegung der Verfassung dem Bund das Recht, auch im innerstaatlichen Wirtschaftsverkehr zu intervenieren, falls dies zur Regulierung des zwischenstaatlichen Wirtschaftsverkehrs notwendig erscheint.⁴⁾ Den Einzelstaaten verbleibt durch die

1) Goodrich, C.: Government Promotion...; a.a.O., S. 269 u. 271.

2) Fainsod, Merle, und Gordon, Lincoln: Government and the American Economy; New York 1941, S. 229/230.

3) Art. 1 Abschnitt 8 der Verfassung: "The Congress shall have power...to regulate Commerce...among the several States." Quelle: United States Code; a.a.O., S. XLI.

4) Corwin, Edward S. u. Peltason, Jack W.: Understanding the Constitution; New York 1949, S. 23.

ihnen vorbehalten^e sowie die konkurrierende Gesetzgebung noch ein weites Feld wirtschaftlicher Betätigung,¹⁾ wobei neben Regulierungs- und Förderungsinterventionen besonders erste Ansätze einer einzelstaatlichen Sozial- und Arbeitspolitik Bedeutung haben. Das Primat der wirtschaftspolitischen Aktion ist jedoch in dieser Periode endgültig auf den Bund übergegangen.²⁾ Zu wichtigen Mitgestaltern der Wirtschaftsordnung beginnen sich die Interessenverbände der einzelnen Wirtschaftszweige zu entwickeln. Die Stellung der Gewerkschaften hat sich in der betrachteten Zeitspanne zwar gefestigt, wirtschaftliche Rückschläge sowie eine Reihe gewerkschaftsfeindlicher Gerichtsurteile lassen sie jedoch noch nicht zu einem bedeutenden Machtfaktor in der Wirtschaft werden.³⁾

Die die Wirtschaftsordnung dieser Periode entscheidend bestimmenden Kräfte sind einmal das 'Big Business', zum anderen der die wettbewerbsbehindernden Praktiken bekämpfende Bund. Wenngleich letzterer diesen Kampf zeitweise mit großer Energie geführt hat, so zeigt sich rückblickend doch die Beweglichkeit der privaten Machteinheiten als überlegen:

Auswüchse des Machtmißbrauchs konnte der Staat verhindern, die Konzentration der Wirtschaft ging jedoch in Etappen weiter, begünstigt durch die teils zögernde, teils uneinheitliche Haltung von Staatsorganen und Gerichten, sowie durch die offen konzentrationsfreundliche Einstellung einzelner Staaten.

cc) Die Periode des 'New Deal'.

Die Neuorientierung der Wirtschaftsordnungspolitik des Bundes unter der Regierung F.D.Roosevelt bringt den Staat weit stärker als bisher zu Interventionen in das wirtschaftliche Geschehen. Er beschränkt sich nicht mehr auf punktuelle Eingriffe bei prinzipieller Anerkennung der Gestaltungsfreiheit der Wirtschaftseinheiten, sondern wird zum Organisator und zur zentralen Kraft im Bemühen um die Überwindung des wirtschaftlichen

1) Siehe hierzu die Übersicht bei: Koontz, Harold, u. Gable, Richard W.: Public Control of Economic Enterprise; New York 1956 S.26.

2) Über den Umfang der Regulierungstätigkeit des Bundes aufgrund der 'Commerce Clause' unterrichtet: Steiner, George A.: Government's Role in Economic Life; New York 1953, S.106.

3) Soule, George: Prosperity Decade; New York 1947, S.217-228.

Rückgang, von dem die Volkswirtschaft der USA im Jahre 1929 getroffen worden war.

Auch die neue Administration will nicht auf die Vorteile einer Privatwirtschaftlichen Gestaltung der Wirtschaft verzichten und das Privateigentum an Produktionsmitteln, die Vertragsfreiheit in Rahmen der Gesetze sowie die Grundzüge des bisherigen Verteilungs- und Gewinnsystems erhalten.¹⁾ Angesichts der schweren Depression sieht sich der Staat jedoch veranlaßt, eine praktische Beschäftigungspolitik durch außergewöhnliche Maßnahmen zu betreiben. So tritt er mit einem umfassenden Programm öffentlicher Arbeiten gegen die privaten Wirtschaftseinheiten, stellt großzügig Wiederaufbaukredite durch 'deficit spending' zur Verfügung²⁾ und will durch die Aussetzung der Antitrustpolitik und die Schaffung von Selbstregulierungsinstanzen in der Wirtschaft³⁾ diese für ein gemeinsames Vorgehen mit der Regierung zur Überwindung der Krise gewinnen. Die Bedeutung dieser Aktivität des Staates geht jedoch weit über den Anlaß der Depressionserkennung hinaus: er beginnt, eine seiner Hauptaufgaben in der Erhaltung eines Gleichgewichts der Gesamtwirtschaft zu sehen. Überall dort, wo Ungleichgewichte entstehen, muß er sich verpflichtet einzugreifen. So wird das Bestreben um die Vermeidung von Arbeitslosigkeit von jetzt an zu einer Hauptverantwortung des Staates. Die Stellung der Gewerkschaften wird gestärkt, sie werden zu gleichberechtigten Partnern.⁴⁾ Arbeits- und sozialpolitische Gesetze sollen die soziale Sicherheit der Bevölkerung heben und der Wirtschaft Auftrieb geben.⁵⁾ Das Verkehrswesen wird zur Überwindung seiner Notlage - besonders der der Eisenbahnen - unterstützt; seine Zweige werden zu einer Zusammenarbeit im Interesse der verstärkten Nationalisierung veranlaßt.⁶⁾ Eine Koordinierung

1) Faulkner, H.U.: Geschichte...; a.a.O., S. 677.

2) In erster Linie durch die bereits unter der Regierung Hoover gegründete 'Reconstruction Finance Corporation' (1932).

3) U.a. durch den 'National Industrial Recovery Act' (NIRA) vom 16.6.1933.

4) Hierfür sollte die 1935 gegründete 'National Recovery Administration' sorgen, sowie besonders der 'National Labor Relations Act' vom 5.7.1935.

5) Speziell hierzu der 'Social Security Act' vom 14.8.1935 und der 'Fair Labor Standards Act' vom 25.6.1938.

6) 'Emergency Railroad Transportation Act' vom 16.6.1933.

sämtlicher Verkehrsträger soll auch im Verkehr ein Gleichgewicht schaffen.¹⁾ Der notleidenden Landwirtschaft wird durch Strukturverbesserungsmaßnahmen geholfen; durch ein System der Angebotsbeschränkungen und eine Politik der Nachfrageexpansion soll ihr ein befriedigendes Arbeitseinkommen gesichert werden.²⁾ Der Staat selbst betätigt sich auf allen seinen Ebenen durch öffentliche Arbeiten, die die Kräfte und Anlageinteressen der Privatwirtschaft übersteigen.³⁾

Als die Selbstregulierung der gewerblichen Wirtschaft in bezug auf Konzentration und wettbewerbsbehindernde Absprachen nicht zum gewünschten Erfolg führt, greift der Staat auch hier ein und nimmt ab 1937/38 die Antitrustpolitik energisch wieder auf,⁴⁾ wobei er diese Politik zur Stärkung des Wettbewerbs mit finanziellen Unterstützungsmaßnahmen für das 'Small Business' verbindet.⁵⁾

Widerstände gegen diese Politik zur Schaffung eines gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zeigten sich an vielen Stellen. Hier sind einmal die verstärkten Konzentrationstendenzen in der Wirtschaft (ab 1936) zu nennen, ferner Widerstände der Unternehmer gegen die Hebung der Macht der Gewerkschaften und besonders der Kampf des Obersten Gerichtshofs gegen eine Reihe von Bundesgesetzen, die ganz oder teilweise für verfassungswidrig erklärt wurden.⁶⁾ Zur Beseitigung der wiederauflebenden monopolistischen Praktiken unterstützte das Gericht ab 1936 die Regierung jedoch durch eine Reihe konzentrationsfeindlicher Urteile.

-
- 1) Schaffung des Amtes eines 'Federal Coordinator of Transportation' durch das unter 6) genannte Gesetz. Ferner: der 'Transportation Act' vom 18.9.1940.
 - 2) Besonders durch den 'Agricultural Adjustment Act' (sog. 1.AAA) vom 12.5.1933.
 - 3) Hier besonders Projekte zum Schul- und Straßenbau, zur Erhaltung der natürlichen Hilfsquellen und große Energieprojekte (TVA u.a.).
 - 4) Von Präsident Roosevelt eingeleitet in seinen Empfehlungen an den Kongreß "to Curb Monopolies and the Concentration of Economic Power" vom 29.4.1938. Quelle: Rosenman, Samuel, I. (Herausgeber): The Public Papers and Addresses of Franklin D. Roosevelt; Band 1938, New York 1941, SS. 305-320.
 - 5) Aus Mitteln der 'Reconstruction Finance Corporation'.
 - 6) Als Wichtigste: 'National Industrial Recovery Act' vom 16.6.1933 und 'Agricultural Adjustment Act' vom 12.5.1933. Siehe hierzu: Steiner, G.A.: Government's Role...; a.a.O., S. 110.

Überblickt man die Periode des New Deal, deren zeitliche Erstreckung im Vorstehenden vereinfachend mit den Amtszeiten von Franklin D. Roosevelt als Präsident der USA (1933-1945) gleichgestellt wurde,¹⁾ so kann man den Willen des Staates erkennen, die privatwirtschaftliche Organisation zu erhalten und zu fördern, Ungleichgewichte in der Wirtschaft zu bekämpfen und seine wirtschaftspolitischen Mittel zur Sicherung einer stetigen Aufwärtsentwicklung der Gesamtwirtschaft einzusetzen.

-
- 1) In der Literatur werden vielfach als Periode des New Deal die Jahre von 1933 bis 1936 bzw. 1938/39 bezeichnet, in welchem die Regierung Roosevelt ihre wichtigsten Reformprogramme durchsetzte. Für eine Ausdehnung dieser Periode bis zum Jahre 1945 spricht jedoch die Tatsache, daß nach 1933/39 keine Abkehr von den Zielsetzungen des New Deal zu erkennen war, sondern diese im Gegenteil auf der Basis der vorher geschaffenen gesetzlichen Grundlagen weiterverfolgt wurden. (Siehe hierzu die Ausführungen zu den Teilordnungen der Wirtschaft der USA.) Der New Deal im Sinne einer Neuorientierung des Staates in Richtung auf eine aktive Wirtschaftsordnungspolitik progressiver Natur ließe sich sogar bis zur Gegenwart verlängern; seine Begrenzung auf das Jahr 1945 erst ist lediglich deshalb, weil in diesem Jahr Präsident Truman mit seiner Konzeption des 'Fair Deal' an die Öffentlichkeit trat. Als Vertreter einer engeren zeitlichen Fassung der New Deal-Periode seien genannt: Eritsch, Bruno: New Deal; in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Band 7, Göttingen 1961, S. 574. Schlesinger, Arthur M.: Das New Deal am Werk. 1933-1939; Offenbach 1947.

II) Die gegenwärtige Wirtschaftsordnung der USA: Teilordnungen.

a) Allgemeines.

Überblicken wir die Vorstellungen des Staates über die Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft von der Staatwerdung bis zur Gegenwart, so zeigt sich ein unvermindertes Festhalten an dem im 18. Jahrhundert aufgestellten Bekenntnis zu den naturrechtlichen Freiheitsidealen. Die außerordentlichen Veränderungen der Wirtschaftsstruktur des Landes sowie die unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Anschauungen der jeweiligen Regierungen haben jedoch bedeutende Unterschiede in Art und Richtung der wirtschaftspolitischen Aktivität gezeigt.

Wir werden im folgenden die gegenwärtige Wirtschaftsordnung der USA betrachten, indem wir zunächst auf Teilgebieten das Kräftespiel der die Wirtschaftsordnung formenden Faktoren herausarbeiten und die Ergebnisse der jeweiligen Einflußkonstellationen aufzeigen. Ausgangspunkt der Betrachtungen wird jeweils die ökonomische Grundidee des Staates sein, deren Kern der aus dem New Deal heraus entstandene Gedanke der staatlichen Verantwortung für das Gleichgewicht in der Wirtschaft bildet. Eine solche Anknüpfung erscheint vertretbar, da das Bemühen um ein Gleichgewicht der Wirtschaftskräfte unter staatlicher Mithilfe - bei gleichzeitiger Intervention des Staates zugunsten einer stetigen Aufwärtsentwicklung der Gesamtwirtschaft, Vollbeschäftigung, erhöhter sozialer Sicherheit und dem grundsätzlichen Bekenntnis zu einer pluralen Steuerung der Wirtschaft dort, wo sie wirkungsvoll und sinnvoll erscheint - sowohl den Kern des 'Fair Deal'-Programms der Regierung Truman¹⁾ als auch der wirtschaftspolitischen Konzeption der Regierung Eisenhower²⁾ bildet.

-
- 1) Truman, Harry: a) 21-Punkte-Programm an den Kongreß vom 6.9. 1945; wiedergegeben in: Facts on File Yearbook, Band 5, S.285.
b) 'State-of-the-Union-Message' an den Kongreß vom 5.1.1949; siehe: Ebenda, Band 9, S.4/5.
 - 2) Eisenhower, Dwight D.: Public Papers of the Presidents of the United States: 1957; Washington 1958. a) Jährliche Budgetbotschaft für Fiskaljahr 1958 vom 16.1.1957; siehe Ebenda, SS. 39,40/41,49.
b) Wirtschaftlicher Jahresbericht an den Kongreß vom 23.1. 1957; siehe: Ebenda, SS. 66,68,70.

b) Private Initiative und staatliche Wettbewerbspolitik in Industrie¹⁾ und Handel.

ba) Die staatliche Grundidee.

Wenn zur Charakterisierung der Wirtschaftsordnung der USA - zumindest vom Jahre 1870 bis zur Periode des New Deal, aber auch noch später - die Bezeichnungen 'free enterprise system' oder 'private enterprise system' verwendet werden, um die plurielle Steuerung der Wirtschaft durch private Einheiten zu betonen, so beziehen sich diese Bezeichnungen in erster Linie auf die Wirtschaftsbereiche der Industrie und des Binnenhandels.²⁾ Beide Sektoren gelten als Mustereispiele einer wirtschaftlichen Expansion, die ihre Erfolge herleitet aus dem freien Wirken privater Unternehmer und dem für die Gesamtheit so fruchtbaren Wettbewerb zwischen ihnen. Die Institute des Privateigentums, der Vertragsfreiheit und des freien Zugangs zum Gewerbe sollen dem Unternehmensgeist unabhängiger Wirtschaftler die Grundlage bieten für eine 'eigennützige' Tätigkeit, die zugleich als dem Wohl der Allgemeinheit am besten dienend angesehen wird.

Um die spezielle Grundidee des Staates über die Gestaltung der Teilordnungen von Industrie und Handel noch zu verdeutlichen, seien eine Erklärung des 83. Kongresses sowie eine offizielle Äußerung von Präsident Eisenhower aufgeführt. Der Kongreß erläutert die Grundlagen seiner Wirtschaftspolitik wie folgt:³⁾

"The essence of the American economic system of private enterprise is free competition. Only through full and free competition can free markets, free entry into business, and opportunities for the expression and growth of personal initiative and individual judgement be assured. The preservation and expansion of such competition is basic not only to the economic well-being but to the security of this nation."

1) Hierunter wollen wir das 'manufacturing' sowie die nicht-landwirtschaftliche Urproduktion verstehen.

2) Auf die Tatsache, daß eine Reihe anderer Wirtschaftszweige schon vor längerer Zeit als mit dem 'öffentlichen Interesse' verbunden erkannt wurde und einer öffentlichen Aufsicht oder Stützung unterliegt, wird in den folgenden Kapiteln einzugehen sein.

3) 83. Kongreß, 1. Sitzungsperiode 1953: Public Law 163, Title II, Section 202; in: United States Statutes at Large 1953, Volume 67, Washington 1953, S. 232.

Präsident Eisenhower äußerte sich ähnlich:¹⁾

"The Federal Government's contribution toward preservation and strengthening the institutions of our competitive enterprise system...is of special importance. Open markets perform the essential task of channeling economic resources into the uses that businessmen and consumers deem most satisfactory; in this way, they contribute to productiveness of our economy and to the quality of our living. They should remain free of unwarranted restraints..."

The competitive nature of this system is closely linked to our ideals of freedom and individual initiative, which have far more than economic significance. A free society, free political institutions, and a free economy are interdependent and reinforce each other."

Als wichtige Elemente der speziellen staatlichen Grundidee für Industrie und Binnenhandel wollen wir festhalten:

- (1) Im Mittelpunkt der staatlichen Gestaltungsvorstellungen steht die Erhaltung des Wettbewerbs, dem eine über den Rahmen des Ökonomischen hinausgehende Bedeutung für die freiheitliche Gesellschaftsordnung beigemessen wird.
- (2) Der der Grundidee zugrundeliegende Wettbewerbsbegriff ist der eines 'gangbaren Wettbewerbs' (workable competition). Er unterscheidet sich sowohl vom klassischen Konzept des vollkommenen Wettbewerbs als auch von den Vorstellungen eines unvollkommenen bzw. monopolistischen Wettbewerbs. Das theoretische Konzept der 'workable competition', zuerst formuliert von J.M. Clark,²⁾ besagt, daß ein 'gangbarer Wettbewerb' immer dann noch als gegeben angesehen wird, "wenn weder Anbieter noch Nachfrager auf einem Markt von Gütern und Dienstleistungen in der einen oder anderen Richtung in dem Sinne abhängig sind, daß sie keine Ausweichmöglichkeiten auf andere Anbieter bzw. Nach-

1) Eisenhower, Dwight D.: Economic Report of the President. Transmitted to the Congress January 20, 1960; Washington 1960, S. 5.

2) Clark, John M.: Toward a Concept of Workable Competition; zuerst veröffentlicht in: 'The American Economic Review', Nr. 2/1940, S. 241-256. Hier verwendet der erweiterte Wiederabdruck in: Readings in the Social Control of Industry; Philadelphia 1947, SS. 452-475, besonders S. 455.

fragende mehr haben."¹⁾

(3) Der Staat fühlt sich verantwortlich für die Erhaltung und Stärkung des Wettbewerbs im eben genannten Sinne und ist erschlossen, hierzu aktiv auf die Wirtschaft einzuwirken.

(4) Dies schließt den Willen des Staates ein, für eine konkurrenzwirtschaftliche Preisbildung durch ungestörtes Wirken von Angebot und Nachfrage einzutreten und auf dieser Basis ein privatwirtschaftliches Streben nach Gewinnmaximierung anzuerkennen.

bb) Die private Gestaltung von Industrie und Handel als Herausforderung des Staates zur Durchsetzung seiner Grundidee.

1) Die Entstehung von Machtpositionen.

Die Entstehung von privaten Machtpositionen auf breiter Basis in der amerikanischen Wirtschaft fällt in die Zeit nach dem Bürgerkrieg.

Hatten bereits die Anforderungen des Bürgerkrieges die Industrialisierung beschleunigt, so brachte die Nachkriegszeit einen bedeutenden Nachholbedarf. Der dadurch hervorgerufene Preisauftrieb wurde durch den bestehenden Geldüberhang noch verstärkt. Die Wirtschaftsverfassung bot dem Unternehmer alle Chancen einer freien Betätigung, der Markt dem findigen Geschäftsmann alle Möglichkeiten freien privaten Gewinnstrebens. Die äußeren Umstände waren denkbar günstig: Die Besiedlung hatte alle Teile des Kontinents erfasst, die Eisenbahn sie miteinander verbunden, so daß ein großer einheitlicher Markt entstanden war. Daneben verfügte das Land über einen unerschöpflich scheinenden Vorrat an natürlichen Hilfsquellen: die technischen Erfindungen der Zeit regten zu unternehmerischen Kombinationen an.²⁾ Nach außen war der Inlandsmarkt durch hohe, um die Jahrhundertwende nochmals wachsende Zollmauern abgesichert.

Alle diese Faktoren führten nicht nur zu einer schnellen Ex-

1) Böckli, Hans Rudolf: Was ist Antitrust? Rüschlikon/Schweiz 1959, S. 56.

2) Nach: Faulkner, H.U.: Geschichte...; a.a.O., S. 403 ff. und: Fainsod, M. und Gordon, L.: Government...; a.a.O., S. 6/7 und S. 433.

3) Das durchschnittliche Zollniveau betrug: 1860=20 %, 1865=47 %, 1890=weiterer leichter Anstieg, 1897=57 %. Berechnungsmodus: Verhältnis 'Duties paid' zu 'value of dutiable imports'. Nach: Wright, Chester W.: Economic History of the United States; New York 1941, SS. 689-705.

pansion von Industrie und Handel auf nationaler Grundlage, sie begannen auch, die Struktur der Wirtschaft entscheidend zu verändern. Der kontinentale Umfang des Marktes ließ einer Reihe von Unternehmern die Vorteile einer kapitalintensiven Großproduktion deutlich werden. Die Großbetriebe hatten bessere Kapitalbeschaffungsmöglichkeiten. Dies war von Bedeutung wegen der relativen Knappheit des Faktors Arbeitskraft. Sie waren in der Lage, Massenartikel bei niedrigen Stückkosten herzustellen und damit die Konkurrenz kleinerer und technisch zurückgebliebener Betriebe aus dem Feld zu schlagen. Bessere Forschungsmöglichkeiten gewährten ihnen wegen des Patentschutzes auf Teilbereichen Monopolstellungen.

Diese Entwicklung zu Großbetrieben führte zu Veränderungen in der Unternehmungsform: Kapitalgesellschaften (Corporations) traten mehr und mehr an die Stelle der vorher dominierenden Einzelunternehmen und Personalgesellschaften (Partnerships).¹⁾ Entscheidend für die Entwicklung der Struktur von Industrie und Handel in den USA bis zur Gegenwart waren die hieraus entstandenen Weiterungen. Die rein technischen Vorteile der größeren Einheiten verbanden sich mit dem Streben einiger Unternehmer nach größerem wirtschaftlichen Prestige: Es bildeten sich Machtstellungen in der Wirtschaft, die zur Beschränkung des Wettbewerbs ausgenutzt wurden.

Diese Machtpositionen entstanden einmal durch das bloße Wachstum der sich im Vorteil befindenden Großbetriebe; dies führte zum Ausscheiden schwächerer Wettbewerber, so daß auf vielen Märkten schließlich nur wenige Großproduzenten dominierten. Die Großbetriebe erweiterten sich daneben entweder in vertikaler Richtung (Bezug, Absatz) oder konnten einen beherrschenden Einfluß auf Zulieferer oder Abnehmer ausüben. Neben dieser - weitgehend zwangsläufigen - technisch bedingten Konzentration trat seit etwa 1870 die bewußte Schaffung von Wettbewerbsbeschränkungen und wirtschaftlichen Machtpositionen in vielen Wirtschaftszweigen in den Vordergrund.

Durch vertikale und/oder horizontale Zusammenschlüsse in Form von Fusionen oder Mehrheitsbeteiligungen entstanden Großunternehmen mit stärkerer Marktstellung, wobei sich ab 1879 bzw. 1889

1) Fainsod, M. und Gordon, L.: Government...; a.a.O., S. 433.

in vielen Fällen auch Trusts (trusts proper)¹⁾ und Holdinggesellschaften als stärkste Formen der kapitalmäßigen Beherrschung und wirtschaftlicher Konzentration bildeten.

Neben diesen festen Konzentrationsformen entstanden nach 1870 in den USA weitere wettbewerbsbeschränkende Tatbestände, u.a. durch Absprachen zur Monopolisierung von Märkten. Zu nennen sind hier die Ausnützung von Patentrechten zur Erreichung von monopolistischen Stellungen für ihre Innhaber.²⁾ Verträge mit Klauseln, die Abnehmer oder Nachfrager in ihrer Handlungsfreiheit binden (tying clauses),³⁾ Ausschließungsverträge⁴⁾ und preisfixierende Absprachen.⁵⁾

Schließlich zeigten sich neben diesen, meist vertikalen Wettbewerbsbehinderungen noch solche horizontaler Art, als 'loose combinations' bezeichnet. Hierzu zählen alle Kartellbildungen, Preisfixierungen durch Preisführerschaft und durch stillschweigendes Gleichhandeln (parallel action) der Oligopolisten sowie Preisdiskriminierungen. Als Sonderfälle von Kartellabsprachen sind schließlich die Preisinformationsstellen (open-price system, später oft mißbrauchliche Ausnutzung der Trade Associations⁶⁾) sowie die Anwendung des 'Basing-Point System'⁷⁾ zu nennen.

1) Hiervon ist die landläufige Bezeichnung 'Trust' zu unterscheiden, die allgemein ein wirtschaftliches Machtgebilde bezeichnet, das durch Zusammenschluß kleinerer Einheiten entstanden ist und wegen seiner Größe einen bedeutenden Machtfaktor in der Wirtschaft darstellt. Quelle: Curti, Eugen: Das Antitrustrecht der Vereinigten Staaten von Amerika; Zürich 1955, S.66.

2) Curti, E.: Das Antitrustrecht...; a.a.O. S. 92/93.

3) Engelmann, Fritz: Der Kampf gegen die Monopole in den USA; Berlin 1951, S. 82.

4) Ebenda, SS. 80-81. Hier dürfen z.B. die Abnehmer keine Waren von Konkurrenten des Lieferanten vertreiben.

5) Curti, E.: Das Antitrustrecht...; a.a.O., SS.95-97.

6) Diese, als Selbstkontroll- und Informationsorgane einzelner Wirtschaftszweige anerkannt, haben ihre Informationen gelegentlich zu Preisfestlegungen mißbraucht. Hierzu Koontz, H. und Gable, R.W.: Public Control...; a.a.O., S.386.

7) Hier werden die Lieferpreise auf einen bestimmten Standort bezogen und die Frachtkosten von diesem Punkt bis zum Standort des Abnehmers berechnet, ohne Rücksicht auf den Ort der Produktion. Quelle: Burns, Arthur R.: The Decline of Competition; New York 1936, S. 290 ff.

- 2) Die gegenwärtige Struktur von Industrie und Binnenhandel in den USA, betrachtet unter dem Gesichtspunkt der Konzentration.

Es erscheint nicht möglich, Aussagen über den Umfang der Verbreitung der vorstehend genannten Wettbewerbsbeschränkungen in der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung der USA zu machen, da Zahl und Bedeutung der wettbewerbsbeschränkenden Abreden und Verträge nicht feststellbar sind. Es soll deshalb im folgenden lediglich versucht werden, einige Angaben über die bestehende Konzentration in den genannten Wirtschaftszweigen wiederzugeben, die teilweise Schlüsse auf eine 'Vermachtung' der Privatwirtschaft der USA zulassen.

2.1 Die Industrie.

Rein zahlenmäßig dominieren im amerikanischen 'Manufacturing' die Kleinbetriebe weitaus: am 1.1.1956 hatten hier 76,2 % aller Firmen weniger als 20, 43,0 % weniger als 4 Beschäftigte.¹⁾ Die überragende Bedeutung der Großbetriebe - gemessen am Anteil an der Gesamtbeschäftigtenzahl, an der Wertschöpfung, am Ausstoß und an der Kapitalausstattung - zeigen dagegen die folgenden Zahlen:

76,4 % aller in der Industrie Beschäftigten arbeiteten am 1.1.1956 in den 5 % der größten Firmen, 58,8 % in den 1 % der größten Firmen.²⁾

Vom Gesamtwert der industriellen Produktion (value of output)³⁾ entfielen auf

	<u>1935</u>	<u>1950</u>
die größten 50 Firmen	26 %	27 %
die größten 100 Firmen	32 %	33 %
die größten 200 Firmen	38 %	40,5 %

1) Churchill, Betty C.: Size of Business Firms; in: United States Department of Commerce, Office of Business Economics (Herausgeber): Survey of Current Business, September 1959, SS. 15 und 16.

2) Ebenda, S. 17.

3) Rosenbluth, Gideon: The Trend in Concentration and its implications for Small Business; in: 'Law and Contemporary Problems', Nr. 1/1959, S. 203.

Der Anteil an der gesamten industriellen Wertschöpfung (value added by manufacture) betrug bei¹⁾

	1935	1954
den größten 50 Firmen	19 %	23 %
den größten 100 Firmen	25 %	30 %
den größten 200 Firmen	31 %	37 %

Die Bedeutung der Großbetriebe ist eng verbunden mit ihrer rechtlichen Organisationsform als Kapitalgesellschaften. Die breite Kapitalbasis der großen Corporationen sichert ihnen Markteinfluß und bildet den Grundstock für weiteres Wachstum.²⁾

Das Gewicht der großen Kapitalgesellschaften - gemessen an der Höhe der Aktiva - zeigt folgende Übersicht:³⁾

Klasse der Aktiven	Industrielle Unternehmen		Gesamte Aktiva	
	<u>F i r m e n</u>		<u>Mrd. \$</u>	<u>%</u>
	Zahl	%		
Kleinere Nicht-kapitalgesellschaften.....	3.265.200	90,0	46	20,1
Kapitalgesellschaften unter \$ 500.000.....	330.706	9,1	30	13,0
Mittlere Kapitalgesellschaften \$ 500.000- \$ 50 Mio.	33.564	0,9	82	35,6
Große Kapitalgesellschaften \$ 50 Mio. und mehr	361	0,0	72	31,3
	3.629.831	100,0	230	100,0

1) Rosenbluth, G.: The Trend...; a.a.O., S.203.

2) So haben nach einem Bericht der National Science Foundation 15.500 Firmen Forschungs- und Entwicklungslaboratorien. Die größten sieben von ihnen beschäftigten 20 % des Forschungspersonals aller dieser Betriebe und gaben 26 % der Forschungsaufwendungen dieser Gruppe für Forschungs- und Entwicklungszwecke aus. Quelle: Kaysen, Carl: The Corporation: How much power? What Scope? In: Mason, Edward S. (Herausgeber): The Corporation in modern Society; Cambridge, Mass. 1960, S. 86.

3) Kaplan, A.D.H.: Big Enterprise in a Competitive System; Washington 1954, S.117. Zahlen für 1948.

In gleiche Richtung weist die Feststellung, daß von den 413 Mrd. \$ Aktiva von 525.000 'non-financial'-Kapitalgesellschaften (1955) 40 % die größten 202 Unternehmen besitzen.¹⁾

Die Bedeutung der industriellen Großbetriebe zeigt sich ebenfalls in der Zahl der von ihnen abhängigen Arbeitnehmer, Zulieferer und Abnehmer. So wirkt der Einfluß der General Motors Corporation mit ca. 557.000 Beschäftigten²⁾ auf weitere 400.000 Personen, die im Verkäufer- und Verteilerapparat für GMC-Erzeugnisse tätig sind, und ferner auf (geschätzt) eine Million Beschäftigte in Zulieferbetrieben.³⁾ Die Zuliefer- und Abnehmerbetriebe hängen dabei in sehr starkem Maße in ihrer betrieblichen Existenz von der Zusammenarbeit mit der Großfirma ab.

Ein wichtiger Indikator zur Erkenntnis der Wettbewerbslage in einzelnen Bereichen der Industrie ist der Marktanteil der größten 3 (4;8) Unternehmen einer Branche. Gemessen am Reinvermögen betrug der prozentuale Anteil der jeweils größten vier Unternehmen für 1947:⁴⁾

<u>Industriezweig</u>	<u>%</u>	<u>Industriezweig</u>	<u>%</u>
Linoleum	93,6	Kraftfahrzeuge	70,7
Aluminium (3)	100,0	Zigaretten	87,8
Landmaschinen	75,4	Fleischkonserven	69,3
Büromaschinen	74,3	Gummibereifungen	88,3

Für 1954 zeigt eine Untersuchung von 426 Industriezweigen,⁵⁾ daß, gemessen am Wert der versandten Waren, die vier größten Unternehmen der einzelnen Branchen

in 22 Industrien einen Marktanteil zwischen 80 und 100 %,
in 52 Industrien einen Marktanteil zwischen 60 und 79 %,

- 1) Kaysen, C.: The Corporation...; a.a.O. S. 86.
- 2) Durchschnittszahl der Beschäftigten 1959. Quelle: 'Der Volkswirt', Nr. 28/1960, S. 1441.
- 3) Maurer, H.: The Age of the Managers; in: Mulcahy, Richard E. (Herausgeber): Readings in Economics from Fortune; New York 1957, S. 39.
- 4) Federal Trade Commission: The Concentration of Productive Facilities, 1947, Washington 1949, S. 21. Wiedergegeben bei: Koontz, H.: u. Gable, R.W.: Public Control...; a.a.O., S. 305/306.
- 5) Wiedergabe einer Untersuchung eines Senatsausschusses über: 'Concentration in American Industry' (1957) bei: Watson, Donald S.: Economic Policy: Business and Government; Boston 1960, S. 237.

in 98 Industrien einen Marktanteil zwischen 40 und 59 %, in 143 Industrien einen Marktanteil zwischen 20 und 39 %, in 111 Industrien einen Marktanteil von weniger als 20 % haben. Kayser schätzt, daß zwei Drittel aller Märkte - und damit 50 % des industriellen Ausstoßes - deutlich oligopolistische Züge tragen.¹⁾

Die herausragende Bedeutung und Marktstellung der industriellen Großunternehmen auf Kapitalbasis, ihr bedeutender vertikaler Einflußbereich, die Möglichkeiten zu oligopolistischer Konspiration auf den vielen oligopolistisch strukturierten Märkten sowie eine Vielzahl von Kapital- und Personalverflechtungen bilden eine ständige Gefahr für eine bewegliche Konkurrenzwirtschaft, wie sie vom Staat erstrebt wird. Hinzu kommen noch zwei weitere Gesichtspunkte: das Fortdauern der Konzentrationsbewegung und die Machtstellung der Manager im amerikanischen Wirtschaftsleben.

Das Ausmaß der Konzentrationsbewegung in der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung der USA ist nicht zu unterschätzen.²⁾ Im Gegensatz zu früheren Zusammenschlußwellen - so z.B. der der Jahre 1890 bis 1904 - handelt es sich jedoch nicht mehr um Fusionen zwischen Riesenunternehmen, sondern meist um den Erwerb von kleineren Unternehmen durch große in vertikaler oder horizontaler Richtung.

Der Schwerpunkt der Angliederungen liegt dabei seit 1948 bei aufnehmenden Betrieben der Größenklassen (Aktiva) 'zwischen \$ 10 Mio. und \$ 49,99 Mio.' sowie '\$ 50 Mio. und mehr'.³⁾

Als Gründe für die Fusionswelle in der Nachkriegszeit nennt Harris:⁴⁾

1) Halter des Marktanteils. Bei Erreichung der Produktions-

1) Kayser, E.: The Corporation...; a.a.O. S. 89.

2) Fusionen im Manufacturing und im Bergbau (ohne kleinere Fusionen): 1945 bis 1949: 1608; 1950 bis 1954: 1424; 1955 bis 1959: 2009. Quelle: Statistical Abstract of the United States, 1960, S. 500.

3) Auf diese beiden Größenklassen entfielen prozentual folgende Erwerbungen bzw. Aufnahmen: 1948 bis 1956: 66,0 %; 1957: 69,1 %; 1958: 67,2 %; 1959: 72,8 %. Quelle: Statistical Abstract of the United States, 1960, S. 501.

4) Harris, William B.: The Urge to Merge; in: Mulcahy, R.E. (Herausgeber): Readings in Economics...; a.a.O., S. 46/47.

grenze auf dem eigenen Spezialgebiet gliedern sich die Unternehmen andere Produktionsgebiete an, um am Gesamtwachstum teilzuhaben.

(2) Anpassung an die Wandlungen des Marktes. Verschiebungen der Nachfrage, Geschmacksveränderungen, neue Techniken, neue Absatzgebiete veranlassen zur Aufnahme von Betrieben mit entwicklungsfähiger Produktionsrichtung.

(3) Steuerliche Gründe. Die Aufnahme einer überschuldeten Gesellschaft verspricht steuerliche Vorteile.

(4) Zusammenarbeit von zwei oder mehreren schwächeren Unternehmen, um sich am Markt behaupten zu können.

Die zunehmende Macht der Manager ist eine strukturverändernde Erscheinung, die nicht auf die Wirtschaft der USA und deren privaten Sektor beschränkt ist.¹⁾

Berle und Means²⁾ haben für letzteren bereits im Jahre 1932 auf den Prozeß der breiter werdenden Aktienstreuung hingewiesen; ein Vorgang, der sich bis zur Gegenwart fortgesetzt hat.³⁾

Die dadurch entstehende Vermögenskonzentration bildet nun jedoch kein Gegengewicht zum oben festgestellten Fortschreiten der Unternehmenskonzentration: Die Aktionäre der großen Publikumsgesellschaften betrachten ihre Beteiligungen häufig lediglich als günstige Möglichkeit zur Vermögensanlage⁴⁾ und sind an einer Mitwirkung bei der Festlegung der Unternehmenspolitik und an der Kontrolle der Geschäftsleitung weniger interessiert.⁵⁾ Infolge ihrer ungenügenden Information und angesichts der Stimmrechtszersplitterung sehen sie andererseits meist auch keine andere Möglichkeit, als den Vorschlägen des Management in bezug auf die Unternehmensführung zu folgen.

1) Burnham, James: Das Regime der Manager; Stuttgart 1951.

2) Berle, Adolf A. und Means, Gardiner C.: The modern Corporation and Private Property; New York 1932, S. 47 ff.

3) Zahl der Aktionäre von Gesellschaften mit weitgestreutem Aktienbesitz: American Telephone and Telegraph Co.: 1.619.000 (1958); General Motors Co.: 640.473 (1957); Standard Oil (N.J.): 403.000 (1957); General Electric: 366.524 (1957). Quelle im ersten Fall: 'Der Volkswirt', Nr. 29/1959, S. 1542. Sonst: Gibson, George D.: How Fixed are Class Shareholder Rights? In: 'Law and Contemporary Problems', Nr. 2/1958, S. 289.

4) Rostow, Eugene V.: To whom and for what Ends is Corporate Management responsible; in: Mason, E.S. (Herausgeber): The Corporation...; a.a.O., S. 53/54.

5) Ebenda, S. 53.

Dies vergrößert die Vollmachten der Manager, die in vielen Fällen ohne Eigentumsrechte an den von ihnen geleiteten Unternehmen sind. Es kommt zu einer Trennung von Eigentumsrechten und Kontrolle über dieses Eigentum: Die Manager werden zu maßgebenden Lenkern von Vermögensmassen, die ihnen nicht gehören.¹⁾

2.2 Der Binnenhandel.

Auch im Bereich des Einzel- und Großhandels der USA dominieren zahlenmäßig die Kleinbetriebe, und zwar starker, als dies in der Industrie der Fall ist.²⁾ Dies bewirkt einen geringeren Beschäftigtenanteil in den größten 1 % bzw. 5 % der Handelsfirmen.³⁾ Die Zahlen für den Einzelhandel liegen dabei höher als die des Großhandels, weil in ersterem eine Reihe von Großbetrieben und Versandhäusern tätig sind.

Die Bedeutung der unterschiedlichen Organisationsformen im Einzelhandel zeigt folgende Übersicht (Prozentzahlen für 1954):⁴⁾

<u>Unternehmungsformen</u>	<u>Firmen</u>	<u>Umsätze</u>	<u>Jahreslohnsumme</u>
Einzelunternehmen	69,9	33,5	24,9
Personalgesellschaften	16,0	16,4	13,5
Kapitalgesellschaften	13,4	48,4	60,4
Genossenschaften	0,4	1,0	0,7
Andere Formen	<u>0,3</u>	<u>0,7</u>	<u>0,5</u>
	100,0	100,0	100,0

Charakteristisch für die Marktverhältnisse im Einzelhandel der USA ist, daß der Anteil der Verkaufserlöse der Kettenläden und

- 1) Burnham, J.: Das Regime...; a.a.O., S. 122-128. Burnham stellt an dieser Stelle eine Zunahme der Macht der Manager auch in Unternehmen fest, die sich ganz oder zum größten Teil im Eigentum von 'Großkapitalisten' befinden.
- 2) Am 1.1.1956 hatten im Großhandel 92,6 % aller Betriebe weniger als 20, 61,9 % weniger als 4 Beschäftigte. Im Einzelhandel waren es 97,7 % bzw. 79,2 %. Quelle: Churchill, B.C.: Size...; a.a.O., S. 10.
- 3) Zahlen per 1.1.1956: Großhandel: 32,1 % aller Beschäftigten in den größten 1 %, 53,6 % in den größten 5 % der Großhandelsfirmen. Im Einzelhandel waren es 45,4 % bzw. 62,0 %. Quelle: Ebenda, S. 17.
- 4) Quelle: Statistical Abstract of the United States, 1960, S. 833.

Versandhäuser am Gesamtverkaufserlös von 1929 bis 1950 bei etwa 22 % im Durchschnitt konstant geblieben ist.¹⁾ Neuere Zahlen über den Anteil der Einzelhandelsbetriebe mit einer oder mehreren Filialen am Gesamtverkaufserlös des Einzelhandels zeigen dagegen eine leichte Vergrößerung der Umsatzanteile dieser 'Multiunits' auf Kosten der anderen Einzelhandelseinheiten.²⁾

<u>Jahr</u>	<u>Betrag (Mio. \$)</u>	<u>Umsätze der Filialunternehmen</u>	
	<u>Gesamtumsätze</u>	<u>Absolut</u>	<u>%</u>
1951	156.548	28.536	18,2
1953	169.094	30.929	18,3
1955	183.851	33.918	18,4
1957	200.002	41.899	20,9
1959	215.413	46.673	21,7

Die vorstehenden Zahlen lassen darauf schließen, daß sich die unabhängigen Einzelhandelsbetriebe der starken Konkurrenz der Kettenläden und Postversandhäuser sowie der großen Filialunternehmen zu erwehren gewußt haben, unter Ausnutzung der vielfach gegebenen Standortvorteile, durch eine wirtschaftliche Betriebsführung oder durch die Erschließung neuer Absatzwege (Diskontverkauf etc.³⁾). Das Auftreten der Großunternehmen des Handels in den meisten Gemeinden der USA hat ohne Zweifel zur Stärkung des Wettbewerbs in diesem Bereich beigetragen.

Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Postversandhäuser und großen Filialunternehmen zeigt sich an der Tatsache, daß acht von ihnen zu den - an den Aktiva gemessen - 100 größten 'Industrial Corporations' der USA gehören.⁴⁾ Das größte Versandhaus der USA hält (1960) den 14. Platz unter den führenden Industrie- und Handelsunternehmen des Landes mit Aktiven in Höhe von \$ 2,204 Mrd.⁵⁾ Es hat rund 10.000 Zulieferbetriebe, die insgesamt etwa 1,6 Millionen Menschen beschäftigen.⁶⁾

1) Adelman, M.A.: The Measurement of Industrial Concentration; in: 'The Review of Economics and Statistics', Nr.4/1951, S.293.

2) Quelle: Statistical Abstract of the United States, 1960, S.831.

3) Siehe hierzu: Ith, Hans: Das Diskontheus in den USA; Freiburg/Schweiz 1961. Und: Falk, Baldhard G.: Diskontheil wird gesellschaftsfähig; in: "Der Volkswirt", Nr.38/1962, S.2068-2070.

4) Nach einer Übersicht bei: Kaplan, A.D.H.: Big Enterprise...; a.a.O., S.153/154. Zahlen für 1948.

5) Nach Übersichten der Zeitschrift 'Fortune', Heft Juli 1961, S.168 und Heft August 1961, S.134.

6) Maurer, H.: The Age...; a.a.O., S.39.

bc) Die staatliche Politik zur Erhaltung des Wettbewerbs.

Die vorstehend aufgezeigte Gestaltung der Wirtschaft hat in vielen Punkten den Widerstand des Staates herausgefordert. Er sucht seine Grundidee zu realisieren, indem er die Wirtschaftsverfassung der Gegebenheiten der Wirtschaftsgestaltung anpaßt und sie zur Erhaltung einer wettbewerbsfähigen Konkurrenzwirtschaft einsetzt. Als Ziele der staatlichen Politik lassen sich dabei herausstellen:¹

- (1) Förderung einer erwünschten wirtschaftlichen Gestaltung (Wettbewerbsfähiges Verhalten, verbunden mit wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und Wachstum),
- (2) Beschränkung der Marktmacht privater Einheiten,
- (3) Erzwingung der Einhaltung einer Norm für faires wirtschaftliches Verhalten,
- (4) Verringerung der gesellschaftlichen Machtpositionen der großen und Erhöhung des Einflusses der kleineren Wirtschaftseinheiten.

Wir wollen uns bei der Darstellung der staatlichen Wettbewerbspolitik auf zwei Hauptbereiche beschränken: auf den Kampf des Staates gegen Beschränkungen des Wettbewerbs und auf die staatlichen Bemühungen um die Stärkung der Position des 'Small Business'.

(1) Der Kampf des Staates gegen Wettbewerbsbeschränkungen.

Die wirtschaftsverfassungsrechtlichen Grundlagen bilden die Gesetze. Die zentralen Bestimmungen finden sich jedoch in nur drei grundlegenden Gesetzen:

- (1) dem 'Sherman Act' von 1890, in der Fassung vom 7.7.1955,
 - (2) dem 'Federal Trade Commission Act' von 1914, in der Fassung vom 2.9.1958,
 - (3) dem 'Clayton Act' von 1914, in der Fassung vom 28.8.1958.
- Zwei Behörden sind mit der Verwaltung und Durchführung der Antitrustgesetze betraut:

- (1) Das Justizministerium der USA mit seiner Antitrustabteilung,
- (2) Die 'Federal Trade Commission', eine unabhängige Verwal-

¹ Keynes, Carl und Turner, Donald E.: Antitrust Policy. An Economic and Legal Analysis: Cambridge/Mass. 1959, SS. 12 und 44.
² OECC: Guide to Legislation...; vol. II, Teil U.S., O.S.8.

tungsbehörde, geschaffen durch Abschnitt 1 des 'Federal Trade Commission Act'.

Daneben befassen sich weitere Behörden mit der Bekämpfung von Wettbewerbsbeschränkungen in anderen Sektoren der Wirtschaft.¹⁾

Neben den Bundesgesetzen bestehen in 41 Staaten der USA Vorschriften gegen Wettbewerbsbeschränkungen im innerstaatlichen Wirtschaftsverkehr, teils in Gesetzesform, teils in den Verfassungen.²⁾

Eine wichtige Rolle im Kampf gegen die Wettbewerbsbeschränkungen spielen die Gerichte, die durch ihre Interpretation der bestehenden Antitrustgesetze deren Durchschlagskraft weitgehend bestimmen können.

1.1 Das bloße Bestehen von Riesenunternehmen

ohne die mißbräuchliche Ausnutzung ihrer Machtstellungen wird in der Rechtsprechung nicht als ein Verstoß gegen die Antitrustgesetze angesehen. Hatte ein Urteil von 1904³⁾ noch das bloße Bestehen einer mächtigen Gesellschaft als eine Bedrohung und eine Beschränkung der Wirtschaftsfreiheit betrachtet und verurteilt, so wurden vom Gericht 1911⁴⁾ nur noch solche Handelsbeschränkungen als Verstoß gegen die Antitrustgesetze bezeichnet, die als 'unvernünftig' anzusehen waren. Der Rechtsatz der 'Rule of Reason' beherrscht seitdem die Antitrustrechtsprechung. Auf das Bestehen von Riesenunternehmen angewendet besagt diese Regel, daß die bloße Größe eines Unternehmens noch keinen Verstoß gegen die Antitrustgesetze darstellt, wenn die zweifellos vorhandene Marktmacht nicht rechtswidrig (Restraint of Trade) ausgenutzt wird.⁵⁾

Gewisse Abweichungen von dieser Einstellung zeigen sich in neueren Verfahren gegen Unternehmen mit hohem Marktanteil. So unterstellte das Gericht im Urteil gegen die Aluminium Corporation of America (Alcoa) 1945, daß die Monopolstellung einer Un-

1) Curti, E.: Das Antitrustrecht...; a.a.O., S.39.

2) Koontz, H. und Gable, R.W.: Public Control...; a.a.O., S.327/328.

3) Im Fall: Northern Securities Co. v. United States. Urteils-wiedergabe siehe: Ebenda, S.338/339.

4) Im Fall: Standard Oil Co. v. United States.

5) Darlegung des Gerichts im Fall: United States v. United States Steel Co. (1920). Wiedergegeben bei: Heflebower, R.B.: Monopoly and Competition in the United States of America; in: Chamberlin, E. (Herausgeber): Monopoly and Competition and their Regulation; London 1954, S.132.

ternehmung praktisch nie zufalle, sondern meist das Ergebnis einer entsprechenden Unternehmenspolitik sei. Außerdem verzeihe das Gesetz nicht guten Trusts und verdamme böse, sondern es verbiete Trusts ganz allgemein. Der Unterschied zwischen der Macht über die Preisgestaltung und der Ausübung dieser Macht sei überdies rein formaler Natur.¹⁾ Bezüglich des statthaften Marktanteils erklärte das Gericht, ohne sich auf Prozentsätze festlegen zu lassen: "90 % sind genügend, ein Monopol zu errichten. Ob 60 oder 64 % ausreichen würden, ist zweifelhaft; 33 % sind bestimmt nicht genügend."²⁾

Die in neuerer Zeit entschiedene Haltung der Gerichte gegen Unternehmen mit hohen Marktanteilen und die Auslegung der Antitrustgesetze, daß bereits die Schaffung einer Machtstellung, auch ohne deren Ausnutzung, ein verbotenes Monopolisieren (Abschnitt 2 Sherman Act) bedeutet,³⁾ bildet eine Abschreckung, den Marktanteil zu stark zu vergrößern.

1.2 Das bloße Bestehen eines Oligopols

bietet keinen Ansatzpunkt für die Anwendung der Antitrustgesetze, wenn das Verhalten der Oligopolisten keinen Mißbrauch ihrer Marktmacht oder einen Versuch zur Monopolisierung zeigt. Zur Anklage wegen Monopolisierens genügt es, daß die Oligopolisten sich verständigt haben, um die Macht zum Ausschluß von Wettbewerbern zu erlangen. Es ist dabei weder der Beweis erforderlich, daß die Oligopolisten ihre Macht zum Ausschluß von Wettbewerbern ausgeübt haben, noch der, daß sie vorhandene oder potentielle Wettbewerber tatsächlich ausgeschaltet haben.⁴⁾

1.3 Unternehmenszusammenschlüsse (close combinations)

stellen einen Vorstoß gegen die Antitrustgesetze dar, wenn sie geeignet sind, den Wettbewerb erheblich einzuschränken. Grund-

- 1) Wiedergabe der Urteilsbegründung des Gerichts bei: Watson, D.S.: Economic Policy...; a.a.O., S.270.
- 2) Böckli, H.R.: Was ist Antitrust? a.a.O., S.65.
- 3) Kaskell, Joseph: Überblick über das Antitrustrecht der USA; in: Müller-Henneberg, Hans und Schwartz, Gustav: Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen. Kommentar; Köln 1958, S.88.
- 4) Wiedergabe des Urteils im Fall American Tobacco Company v. United States (1946) bei: Pegrum, Dudley F.: Public Regulation of Business; Homewood/Ill. 1959, S.333.

lage der Rechtssprechung hierzu war bis 1914 der Sherman Act (Abschnitt 2), der allerdings den Nachweis der Absicht zur Monopolisierung oder zu einer Beschränkung des Wettbewerbs voraussetzt.¹⁾ Der Abschnitt 7 des Clayton Act geht darüber hinaus und bestimmt, daß der Erwerb von Aktien einer Gesellschaft durch eine andere untersagt ist, wenn als Wirkung eine erhebliche Minderung des Wettbewerbs auftritt.²⁾ Diese Vorschrift wurde bis 1950 meist dadurch umgangen, daß nicht Aktien, sondern Aktiva einer anderen Gesellschaft erworben wurden, um einen Einfluss auf die Unternehmensführung dieser Gesellschaft ausüben zu können.

Die Neuformulierung des Clayton Act durch das Celler-Kefauver Amendment von 1950 schließt diese Lücke: neben dem Aktienerwerb ist auch der Erwerb von Aktiva einer Gesellschaft durch eine andere untersagt, wenn die Wirkung in einer erheblichen Minderung des Wettbewerbs in einem Markt besteht. Das Verbot gilt auch dann, wenn keine Beschränkung des Wettbewerbs beabsichtigt ist.³⁾ Zur Beurteilung der Wirkung auf den Wettbewerb werden dabei nicht nur die Veränderungen der horizontalen Konkurrenz berücksichtigt; ein Gericht hat 1957⁴⁾ den Abschnitt 7 des Clayton Act auch auf den vertikalen Aktien- oder Aktivaerwerb ausgedehnt.

Die Einrede, daß eine Fusion unter Umständen auch günstige Wirkungen auf den Wettbewerb haben könne, wenn z.B. durch den Zusammenschluß zwei Produzenten wirkungsvoller mit der größten Marktpartei konkurrieren können, wurde 1958 von einem Gericht mit der Begründung verworfen, daß dadurch die Zahl der Marktparteien verringert, die Konzentration vergrößert und die Möglichkeiten zum Machtmißbrauch erhöht würden, was einen Verstoß gegen Abschnitt 7 des Clayton Act darstelle.⁵⁾ Seit 1961 scheint

- 1) Martin, David D.: Mergers and the Clayton Act; Berkeley/Cal. 1959, S. 273.
- 2) Ausnahmen hiervon im Abschnitt 7, Clayton Act: z.B. der Aktienerwerb für Investitionszwecke, zur Gründung von Tochtergesellschaften etc., wenn hierdurch keine erhebliche Minderung des Wettbewerbs eintritt. Text nach: ...OEEO: Guide to Legislation...; Vol. II, Teil US. 1.2, S. 5.
- 3) Ebenda, S. 5.
- 4) Im Fall United States v. E.I. duPont de Nemours and Co. et al. Wiedergabe bei: Watson, D.S.: Economic Policy...; a.a.O. S. 273-277.
- 5) Betrifft die für 1958 geplante Fusion zwischen dem zweitgrößten und dem sechstgrößten Stahlproduzenten der USA. Quelle: Watson, D.S.: Economic Policy...; a.a.O., S. 277/278.

sich hier gegen eine Meinungsänderung anzubahnen.¹

Die neue Fassung dieses Abschnitts und die strengere Interpretation durch die Gerichte in jüngerer Zeit haben dazu geführt, daß man wieder in Clayton Act den "schlafenden Riesen im Antitrustrecht" zu erkennen glaubt. Zweifellos bietet diese Gesetz viele Möglichkeiten zu einer energischen Antikonzentrationspolitik. Man wird jedoch die weiteren Gerichtsurteile abwarten müssen, um die Grenzen klarer erkennen zu können.² Interessant dürfte hierbei sein, welcher Marktanteil schon als eine "erhebliche Veränderung des Wettbewerbs" angesehen werden wird.

Neben dem Abschnitt 7 stellt der Abschnitt 8 des Clayton Act, der das Innehaben eines Direktorpostens bei mehreren im Wettbewerb miteinander stehenden Unternehmen, von denen eines ein Aktienkapital von über 1 Mio.\$ hat, dann verbietet, wenn die Aufhebung des Wettbewerbs durch Vereinbarung zwischen ihnen eine Verletzung der Antitrustgesetze darstellen würde,³ eine beträchtliche Rolle. Einmal verbietet das Gesetz keine Interessengemeinschaft zwischen den betreffenden Unternehmen, zum anderen ist ein Ausweichen über Strohmänner leicht möglich.

1.4 Monopolistische Praktiken

stellen einen wichtigen Anwendungsbereich der Antitrustgesetze dar. Hierunter fallen alle Tätigkeiten eines einzelnen Unternehmens, die auf die Monopolisierung eines Marktes hinwirken. ferner alle Praktiken von Oligopolisten und Kartellen, die darauf gerichtet sind, Außenseiter aus dem Markt zu drängen und/oder die Preise zu fixieren.

Auch auf die Frage monopolistischer Praktiken wird die 'Rule of Reason' angewandt. Allerdings mit der Besonderheit, daß bestimmte wettbewerbsbeschränkende Verhaltensweisen als 'an sich unvernünftig' (Per Se Violations) von der Rechtsprechung be-

1) Lemisch, Werner: "U-Entfusions-Verfahren"; in: "Wirtschaft und Wettbewerb", Nr.10/1961, S.701.

2) Harrison, Robert W.: "The Clayton Act: Sleeping Giant of Antitrust"; in: "The American Economic Review", Nr.1 1958, S.92.

3) Ebenda, S.104.

4) A.A.P.C.: Guide to Legislation...; Vol.11, Teil U.S. 1.2, S.7.

5) Pegrum, D.F.: Public Regulation...; a.a.O., S.380.

trachtet werden. Liegt eine solche Verhaltensweise vor, so entfällt eine Prüfung ihrer Vernünftigkeit, der Frage nach dem guten Glauben oder der Wirkungen.¹⁾ Zu diesen 'Per se'-Verletzungen der Antitrustgesetze gehören praktisch alle Kartellvereinbarungen, speziell u.a.:²⁾

- (1) Boykottvereinbarungen, auch wenn sie zum Zwecke der Bekämpfung unlauteren Wettbewerbs erfolgen;
- (2) alle Verständigungen über Preise, auch wenn sie das angestrebte Ziel auf indirektem Wege zu erreichen suchen;
- (3) Vereinbarungen über die Aufteilung von Absatzgebieten und über Produktionsbeschränkungen.

Einige Beispiele zur Rechtsprechung und Politik gegen monopolistische Praktiken:

- (1) Gegen den Monopolisierungsversuch einer einzelnen Unternehmung wendet sich eine Klage der Regierung gegen die General Motors Corporation. Letzterer wird vorgeworfen, ihre wirtschaftliche Macht zur Monopolbildung auf einem Markt dadurch mißbraucht zu haben, daß sie 84,1 % des Marktumsatzes an sich gezogen, zwei Wettbewerber aus dem Markt gedrängt und andere weitgehend ausgeschaltet habe.³⁾

Ausschließlichkeitsverträge (exclusive dealing arrangements), die den Abnehmer einer starken Marktpartei dadurch binden, daß ihm Käufe von Konkurrenten des Produzenten untersagt werden, sind verboten nach Abschnitt 3 des Clayton Act, wenn hierdurch der Wettbewerb erheblich vermindert werden oder ein Monopol auf einem Markt entstehen könnte.⁴⁾

Preisdiskriminierungen gegenüber Käufern von Waren gleicher Art und Qualität sind nach Abschnitt 2 Clayton Act verboten, wenn die Preisunterschiede nicht in unterschiedlichen Herstellungskosten begründet sind oder es sich um leichtverderbliche Güter handelt. Voraussetzung des Verbots sind wieder die Beschränkung des Wettbewerbs oder die Tendenz zum Monopol (Verdrängung von Wettbewerbern).⁵⁾

1) Watson, D.S.: Economic Policy...; a.a.O., S.323.

2) Kaskell, J.: Überblick...; a.a.O., S.87.

3) Benisch, Werner: US 'Antifusions-Verfahren'; in: 'Wirtschaft und Wettbewerb', Nr.10/1961, S.701/702.

4) Burns, Joseph W.: A study of the Antitrust Laws; New York 1958, S.59.

5) ...OEEC: Guide to Legislation...; Vol.II, Teil U.S. 2.3, S. 14/15.

Das gleiche gilt für den Mißbrauch von Patent- und Abdrucksrechten zum Ausbau der monopolistischen Stellung ihrer Inhaber.¹⁾

(2) Als monopolistische Praktiken von Oligopolisten gelten u.a. die Preisführerschaft der stärksten Marktpartei. Schon das bloße Parallelhandeln der Oligopolisten ohne direkte Absprachen wird seit einem Urteil von 1946 als ein Verstoß gegen die Antitrustgesetze betrachtet, mit der Begründung, daß nicht die Form oder die Mittel der Zusammenarbeit, sondern nur das Ergebnis für die Beurteilung entscheidend ist.²⁾

Direkte Preisabsprachen zwischen Oligopolisten gelten als 'Per se'-Verletzungen der Antitrustgesetze.

(3) Da praktisch alle Kartellabsprachen als 'Per se'-Verletzungen der Antitrustgesetze verboten sind, seien hier lediglich zwei Grenzfälle genannt:

Lieferpreissysteme³⁾ (Basing Point System, Multiple Basing Point System, Zone Pricing System) wurden bisher von der Rechtsprechung unterschiedlich behandelt: Ein Urteil von 1936 verurteilt sie nur dann, wenn sie mit preisfixierenden Absprachen zum Ausschluß von Wettbewerbern verbunden sind.⁴⁾ Dies wurde von Gerichten in einer Reihe von Nachkriegsurteilen nachgewiesen⁵⁾ und dürfte auch der wichtigste Grund für die Einführung der Lieferpreissysteme sein. Das 'System der offenen Preise' (Open-Price System) stellt einen Grenzfall zur Preisfixierung dar und kann vom Gericht nur entsprechend dem jeweils vorliegenden Sachverhalt beurteilt werden. Hierbei handelt es sich meist um Preismitteilungen bzw. Bekanntmachung preispolitischer Pläne führender Unternehmen einer Branche, die im Rahmen der sonst anerkannten 'Trade Associations' den einzelnen Unternehmen der Branche zukommen und Einfluß auf deren Preisgestaltung haben werden. Da die Informationen meist nur indirekt geschehen, ist die Beurteilung derartiger Vorgänge oft schwierig.⁶⁾

1) Curti, E.: Das Antitrustrecht...; a.a.O., S. 92-95.

2) Nach der Wiedergabe des Urteilsspruchs im Fall: American Tobacco Co. v. United States (1946) bei: Papandreou, Andreas G. und Wheeler, John T.: Competition and its Regulation; New York 1954, S. 245.

3) Siehe hierzu die Erläuterungen oben S. 62 Fußnote 7.

4) ...CEEC: Guide to Legislation...; Vol. II, Teil U.S. 2.3., S. 17.

5) Ebenda, S. 17.

6) Watson, D. S.: Economic Policy...; a.a.O., S. 231. Beispiele bei: Edwards, Corwin D.: Maintaining Competition; New York 1949, S. 24 ff.

Gegen

1.5 Unfaire Wettbewerbsmethoden

vorzugehen ist die Aufgabe der Federal Trade Commission (FTC). Deren Hauptbetätigungsgebiete liegen in der Erhaltung des Wettbewerbs und dem Schutz der Wettbewerber sowie in der Bewahrung der Öffentlichkeit vor unlauteren Wirtschaftspraktiken.¹⁾

Um einschreiten zu können, mußte die FTC bis zum Jahre 1938 eine Verbindung zwischen unfairen Methoden der Wirtschaftstätigkeit und deren Wirkungen auf den Wettbewerb nachweisen. Zudem waren ihr von der Rechtsprechung bestimmte Merkmale unfairer Wettbewerbsmethoden vorgegeben.²⁾ Seit der Ergänzung des 'Federal Trade Commission Act' durch den 'Wheeler-Lea Act' von 1938 ist bereits eine 'betrügerisch-irreführende und unfaire Wirtschaftspraxis' verboten, ohne daß der Wettbewerb durch sie eingeschränkt sein muß, wenn ein Schaden der Öffentlichkeit vorliegt und der zwischenstaatliche Wirtschaftsverkehr berührt wird. Arbeitsgebiete der FTC sind hier u.a.³⁾

- (1) der Kampf gegen irreführende Werbungsmethoden,
- (2) gegen falsche Produktbezeichnungen (Herkunft, Qualität) und
- (3) gegen irreführende Produktaufmachungen.

Schließlich veranstaltet die FTC von Zeit zu Zeit sogenannte 'Trade Practice Conferences', auf welchen in Zusammenarbeit mit Vertretern der Wirtschaft Regeln für faires und angemessenes wirtschaftliches Verhalten kodifiziert werden, die die Regierung dann im Normalfall bestätigt.⁴⁾

2) Die staatliche Politik zur Förderung des 'Small Business' .

Um ein Gegengewicht gegen die Machtpositionen in der Wirtschaft zu schaffen, ist der Staat bestrebt, die der Zahl nach stark überwiegenden Kleinunternehmen bewußt zu fördern. Als Kleinbetrieb wird ein Betrieb angesehen, der, unabhängig in Eigentum

- 1) Festgelegt im Federal Trade Commission Act, Abschnitt 5a-1-. Nach: ...OEEC: Guide to Legislation...; Vol. II, Teil U.S. 1.1, S. 1.
- 2) Koontz, H. und Gable, R.W.: Public Control...; a.a.O., S. 371/372.
- 3) Ebenda, S. 373/374.
- 4) Ebenda, SS. 376-378.

und Leitung, in seinem Arbeitsbereich keine dominierende Stellung innehat. Als weitere Kriterien werden - von Industrie zu Industrie verschiedene - Richtsätze nach den Beschäftigtenzahlen und/oder der Kapitalausstattung sowie nach dem Umsatz herangezogen.¹⁾

Das Studium der Verhältnisse und Probleme des Small Business durch die Bundesregierung begann mit Nachdruck im Jahre 1941 mit der Schaffung einer 'Small Business Unit' im Handelsministerium.²⁾ Im Krieg sorgte die 'Smaller War Plants Corporation' dafür, daß die Kleinbetriebe Rüstungsaufträge und Darlehen zu deren Ausführung erhielten.³⁾

Nach dem zweiten Weltkrieg trat das 'Office of Small Business' an die Stelle der vorgenannten Institution. Die neue Behörde hatte u.a. Klein- und Mittelbetriebe in Fragen der Betriebsführung zu beraten, sie über die Möglichkeit der Beteiligung an staatlichen Beschaffungsprogrammen zu informieren und ihre finanziellen Probleme zu studieren. Daneben sollte sie Vorschläge für Steuererleichterungen zugunsten des Small Business ausarbeiten und sich um den Schutz von Betrieben dieser Kategorie vor monopolistischen Praktiken anderer Unternehmenseinheiten bemühen.⁴⁾

Zur Förderung aller Belange des Small Business wurde 1953 eine unabhängige Behörde, die 'Small Business Administration' (SBA) geschaffen, die 1958 durch den 'Small Business Act' zu einer ständigen Einrichtung gemacht wurde.⁵⁾

- 1) Laut Definition eines 'Small Business Concern' im 'Small Business Act' vom 18.7.1958. Entnommen dem: United States Code Annotated (USCA) 15 §§ 631 ff. Supplement 1959, S.45. Eine Nennung der Stützzahlen und -maßstäbe für einzelne Wirtschaftszweige findet sich bei: Watson, D.S.: Economic Policy...; a.a.O. S. 519.
- 2) Barnes, Wendell: What Government Efforts are being made to assist small business; in: 'Law and Contemporary Problems', Nr. 1/1959, S.3/4.
- 3) Bis Januar 1946 gingen dadurch an die Kleinbetriebe 54.000 Direktaufträge mit zusammen über 6 Mrd. \$ und Darlehen von über einer halben Milliarde \$. Quelle: Barnes, W.: What Government Efforts...; a.a.O., S.5.
- 4) Ebenda, S.5.
- 5) Über die Organisation der SBA sowie über die Förderungsmaßnahmen aufgrund des Small Business Act informiert: Erdmann, F.K.: Staatliche Förderung von Klein- und Mittelbetrieben in USA; in: RKW-Auslandsdienst: Sicherung des Marktanteils für Klein- und Mittelbetriebe; München 1959, SS. 22-31.

Im Jahre 1956 wurde daneben vom Präsidenten der USA das 'Cabinet Committee on Small Business' geschaffen, das ihm laufend Empfehlungen zur Förderung sowie zur Gesetzeseinbringung zugunsten des Small Business vorlegen soll. Ein Ergebnis dieser Bemühungen waren u.a. steuerliche Vergünstigungen für das Small Business durch den 'Technical Amendments Act' von 1958.

Im Mittelpunkt der Tätigkeit der SBA steht die Gewährung von Kredithilfen bzw. die Garantieübernahme für private Mittelstandskredite bei privaten Banken.¹⁾

Um die Kapitalquellen für das Small Business noch zu vermehren, wurde 1958 vom Gesetzgeber der 'Small Business Investment Act' verabschiedet. Durch dieses Gesetz wird die SBA ermächtigt, Small Business-Finanzierungsgesellschaften zu konzessionieren und zu überwachen, die nur für das Small Business tätig sein dürfen. Diese Finanzierungsgesellschaften erhalten ihre Mittel durch die Vergabe von Schuldtiteln an die SBA oder durch Darlehensaufnahme von dort. Nach dem 'Small Business Investment Act' erhält die SBA die Ermächtigung, einen 'revolving fund' in Höhe von \$ 250 Mio. zur Darlehensgewährung an die neugeschaffenen Small Business-Finanzierungsgesellschaften zu verwenden, sowie zur Finanzierung staatlicher und örtlicher Entwicklungsgesellschaften. Die Empfänger dieser Gelder sollen damit wiederum Klein- und Mittelbetrieben langfristige Finanzhilfen geben oder ihnen solche vermitteln.²⁾

bd) Zusammenfassung

Überblicken wir die Teilordnung von Industrie und Handel in den USA, so zeigt sich die private Aktivität als der - mit staatlicher Billigung - hervorragende Gestalter. Der Staat hat, mit Unterstützung der Rechtsprechung, der privaten Wirtschaftstätigkeit auf einigen Gebieten Grenzen gesetzt, um die Institution des als vorteilhaft für die Gesamtwirtschaft erkannten Wettbewerbs zu erhalten.

Schwierigkeiten für den Staat bei der Behauptung dieser Grenzen liegen einmal darin, daß er nicht in der Lage und willens ist,

1) Bis Ende 1958 hat die SBA 8.977 Darlehen zugestimmt in einer Gesamthöhe von 443 Mio. \$. Davon gab die SBA 342 Mio.\$, private Institute den Rest. Quelle: Barnes, W.: What Government Efforts...; a.a.O., S.12.

2) Ebenda, S. 19.

alle privatwirtschaftlichen Handlungen zu kontrollieren und auf ihre Rechtmäßigkeit zu überprüfen, und daß er der Beweglichkeit privater Initiative in den meisten Fällen einen unzureichend mit Mitteln versehenen, schwerfälligen Verwaltungsapparat entgegenstellen muß. Dies hat den Staat in die Rolle eines - allerdings machtvollen - Korrektors gedrängt, der sich bisher damit begnügen mußte, unerwünschte Entwicklungen in der Privatwirtschaft nachträglich zu unterbinden, soweit sie überhaupt bekannt wurden.

Man könnte diesen Gang der Dinge als den Preis für die Entscheidung des Staates zugunsten einer freien privaten Gestaltung der Wirtschaft bezeichnen, wenn nicht Anzeichen dafür sprächen, daß eine energisch betriebene Wettbewerbspolitik, eine in der Entwicklung gradlinige, im Einzelfall bewegliche Rechtsprechung sowie eine immer stärker vervollkommnete Gesetzgebung in der Lage sein können, die Gestaltungen privater Wirtschaftler in den gewünschten Grenzen zu halten. Daß der Staat nicht bereit ist, auf dem Gebiet der Wettbewerbspolitik ständig in der Defensive zu bleiben, beweist seine aktive Small Business-Politik.

c) Wettbewerbsstruktur und staatliche Förderungsinterventionen in der Landwirtschaft.

ca) Probleme¹⁾ und Daten.

Wie in Industrie und Binnenhandel, so dominiert in der Landwirtschaft der USA die privatwirtschaftliche Gestaltung, gekennzeichnet durch Privateigentum an den Produktionsmitteln, einzelwirtschaftliche Planungen und deren Ausführung durch autonom handelnde Wirtschaftseinheiten. Der Unterschied zu den vorher besprochenen Sektoren liegt in den Marktverhältnissen. Nicht das Vorhandensein von Machtpositionen ist für den landwirtschaftlichen Markt kennzeichnend, sondern das Aufeinandertreffen einer großen Zahl von Anbietern und Nachfragern, von denen keiner allein Einflüsse auf die Preisbildung ausüben kann. Eine Marktgestaltung, wie sie der Staat mit Hilfe seiner Wirtschaftspolitik auf dem Gebiet von Industrie und Binnenhandel zu erreichen sucht, ist in der Landwirtschaft verwirklicht, ohne daß dadurch eine den

1) Auf die durch die Maßnahmen der amerikanischen Agrarpolitik entstandenen Probleme wird an dieser Stelle nicht eingegangen werden.

Vorstellungen des Staates entsprechende Ordnung realisiert wäre. Im Gegenteil: Die sich aus der Marktlage in der Landwirtschaft ergebenden Konsequenzen haben den Staat, besonders seit dem Ende der zwanziger Jahre, immer wieder zu Interventionen veranlaßt, deren Ausmaß das der Eingriffe in die schon behandelten Sektoren weit übersteigt.

Dieses 'Paradoxon der amerikanischen Landwirtschaft'¹⁾ erklärt sich aus den bekannten Besonderheiten der landwirtschaftlichen Produktion bzw. des Absatzes, die sich aus den Merkmalen: Naturabhängigkeit der Produktion, starke Preisschwankungen der Endprodukte und starke Schwankungen der Einkommen der Produzenten, Unelastizität der Nachfrage nach landwirtschaftlichen Produkten (in bezug auf die Einkommen), geringe Elastizität der Nachfrage in bezug auf die Preise, kurzfristig geringe Preiselastizität des Angebots²⁾ ableiten lassen.

Die aus diesen Marktreaktionen sich ergebenden Wirkungen auf Preise und Einkommen lassen sich gut am Beispiel der Marktbedingungen in der amerikanischen Landwirtschaft während und nach dem ersten Weltkrieg verfolgen, einer Zeit, in der das gegenwärtige Dilemma der amerikanischen Agrarpolitik entstanden ist.

Durch die Mechanisierung der landwirtschaftlichen Produktion, staatliche Forschungs- und Entwicklungshilfen³⁾ und ein für die Landwirtschaft günstiges Verhältnis zwischen Erzeuger- und Beschaffungspreisen (einschließlich Löhnen) hatte die amerikanische Landwirtschaft in den Jahren vor dem ersten Weltkrieg insgesamt gesehen eine günstige Einkommenslage. Diese wurde durch die europäische Nachfrage noch stabilisiert. Der hohe Bedarf an Lebensmitteln und Rohstoffen während und kurz nach dem Krieg führte zu steigenden Preisen für Agrarerzeugnisse und dadurch

1) Koontz, H. und Gable, R.W.: Public Control...; a.a.O., S.637.

2) Neuere Untersuchungen haben gezeigt, daß die Elastizität des Angebots nicht negativ oder null, sondern schwach positiv ist. Quelle: Griliches, Zvi: Estimates of the aggregate U.S. Farm Supply Function; in: 'Journal of Farm Economics', Nr.2/1960, S.293.

3) Fainsod, M. und Gordon, L.: Government...; a.a.O., S.110-112.

zu einer Ausweitung und Intensivierung der Produktion.¹⁾

Diese Lage änderte sich entscheidend ab 1920. Die ausländische Nachfrage ging beträchtlich zurück, die normale Inlandsnachfrage konnte die gestiegene Erzeugung nicht aufnehmen.²⁾ Da die Beschaffungspreise und Löhne wesentlich weniger nachgaben,³⁾ verschlechterte sich die Einkommenslage der Landwirtschaft. Die Besonderheiten des Agrarmarkts trugen dazu bei, daß die Schwierigkeiten für den Agrarsektor der USA bis heute die gleichen geblieben sind: Die Nachfrage reagiert auch auf stark sinkende Preise nicht mit einer wesentlichen Zunahme, die Prosperität in den nicht-landwirtschaftlichen Produktionszweigen in den zwanziger Jahren und nach dem zweiten Weltkrieg teilte sich der Landwirtschaft nur schwach mit, die Anpassungsversuche der Anbieter an die reduzierte Nachfrage erwiesen sich als relativ unwirksam. Die Abwanderung von Grenzlandwirten,⁴⁾ der (schwierige) Abbau der - meist familieneigenen - Arbeitskräfte und die Einschränkung der Anbauflächen, die meist zum Ausscheiden der weniger ertragreichen Böden führte, erhielten ein Gegengewicht in der Intensivierung der Bebauung der Restflächen, im Einsatz leistungsfähigerer Maschinen und in verbesserten Anbaumethoden. Daneben trug die stärkere Verwendung von Kunstdünger, besserem Saatgut und Pflanzenschutzmitteln zur Erhöhung der Produktivität der landwirtschaftlichen Erzeugung wesentlich bei⁵⁾ und führte dazu, daß die zögernden Restriktionsmaßnahmen der Anbieter weit überkompensiert wurden (Production Revolution). Die hieraus resultierenden Preis- und Einkommenseffekte brachten ein permanentes Zurückbleiben der Landwirtschaft hinter der Entwicklung in anderen Sektoren mit sich und veranlaßten den Staat zu umfassenden Interventionen.

Hinter diesen allgemeinen Problemen der Landwirtschaft verber-

- 1) Die gleiche Entwicklung zeigte sich auch während des zweiten Weltkriegs.
- 2) Soule, G.: Prosperity Decade; a.a.O., S.99-102 u.103/104.
- 3) Siehe die tabellarische Übersicht bei: Faulkner, H.U.: Geschichte...; a.a.O., S.647.
- 4) Die landwirtschaftliche Bevölkerung hatte 1930 einen Anteil von 25 % an der Gesamtbevölkerung. 1957 betrug dieser Anteil nur noch 12 %. Quelle: Watson, D.S.: Economic Policy...; a.a.O., S.666.
- 5) Brandt, Karl: Guidelines for a Constructive Revision of Agricultural Policy in the Coming Decade; in: 'Journal of Farm Economics', Nr.1/1961, S.4.

gen sich noch solche, die aus den Strukturgegebenheiten her-
rühren. Während in einzelnen Gebieten der USA ein relativ pros-
perierender Landbau möglich ist (günstige Größenverhältnisse,
Wirtschaftlichkeit der Betriebsführung durch ein günstiges Ver-
hältnis von Landfläche zu Beschäftigten, befriedigende Kapital-
ausstattung), herrscht in anderen Gegenden der Kleinbetrieb vor,
mit häufig anzutreffender personeller Überbesetzung, geringer
Kapitalausstattung etc.¹⁾

Die Bedeutung der Leistungsgröße der einzelnen Betriebe zeigt
folgende Übersicht:²⁾

Von den rund 4,8 Mio. Farmen (1954) haben 30,4% nur eine unbedeu-
tende oder keine Marktproduktion (non-commercial farms). Diese
30,4 % stellen nur 2 % der gesamten wertmäßigen Agrarproduktion
dar. 27 % aller Farmen - Jahresumsatz von \$ 5.000 und mehr -
tragen dagegen mit 78,7 %, davon die 2,8 % größten Farmen allein
mit 31,3 % zur wertmäßigen Produktion aller Farmen bei.
Auch zur Verbesserung der landwirtschaftlichen Betriebsstruktur
intervenierte der Staat, mit dem Ziel einer Wohlstandshebung für
die gesamte Landwirtschaft.

cb) Landwirtschaft und Grundidee.

Für die Landwirtschaft der USA gilt ebenfalls das Streben des
Staates nach einem wirtschaftlichen Gleichgewicht. Das Problem
ist hier jedoch anders gelagert: nicht ein innersektorales
Gleichgewicht erstrebt der Staat in erster Linie, sondern ein
Gleichgewicht zwischen der Landwirtschaft als Ganzes und den
anderen Sektoren der Volkswirtschaft. Ein durch das Wirken von
Natur- und Markt'gesetzen' benachteiligter Wirtschaftsbereich
soll gesund und lebensfähig erhalten werden.

Die staatliche Aktivität zugunsten der Landwirtschaft ist nach
nur in der starken Vertretung der Landwirtschaft in der Legisla-
tive, besonders im Senat, begründet. Die Leistungsfähigkeit

-
- 1) So leben nach einer neueren Untersuchung in 1960 Countys
der USA - meist im Süden - über die Hälfte der Landwirte mit
den dürftigen Ertragnissen kleiner Farmen. 41 % der Farm-
familien im Süden haben ein Nettoeinkommen aus allen Einkunfts-
arten von weniger als 1000 \$ jährlich. Quelle: Welton, Frank:
The Evolving Low-Income Problems in Agriculture; in: 'The Ame-
rican Economic Review', Nr. 2/1960, S. 231.
- 2) Watson, D.S.: Economic Policy...; a.a.O., S. 682.

Landwirtschaft, auch in Kriegszeiten für eine ausreichende Rohstoffbasis und eine vielseitige Lebensmittelversorgung garantieren zu können, hat der Schutzwürdigkeit der amerikanischen Landwirtschaft weitgehende Anerkennung verschafft.

Wenn als Ziele der amerikanischen Agrarpolitik u.a. genannt werden

- (1) die Versorgung der Konsumenten mit Grundprodukten (Baumwolle, Weizen, Mais, Tabak, Reis und Erdnüsse) ständig zu fairen Preisen zu gewährleisten,¹⁾
- (2) den Farmern zu helfen, soweit möglich, Paritätspreise für die angebauten Grundprodukte zu erhalten,²⁾
- (3) für ein Paritätseinkommen in der Landwirtschaft zu sorgen³⁾ und
- (4) die landwirtschaftlichen Einkommen und Preise zu stabilisieren, zu stützen und zu schützen,⁴⁾

so steht dabei im Vordergrund das Bestreben des Staates, der Landwirtschaft einen Wohlstand zu verschaffen und zu sichern, der dem der übrigen Wirtschaftszweige vergleichbar ist (Welfare Equity).⁵⁾ Als Maß des Wohlstands dient das Einkommen aus landwirtschaftlicher Tätigkeit, verglichen mit dem aus nichtlandwirtschaftlicher Tätigkeit. Diese 'Einkommensparität' strebt die Agrarpolitik des Staates nicht direkt an: sie bildet ein Fernziel, das man durch die Schaffung bestimmter Bedingungen allmählich und auf indirektem Wege erreichen will.

Das wichtigste Mittel, der Einkommensparität nahe zu kommen, ist die Garantie eines Paritätspreises⁶⁾ bzw. eines der Pari-

-
- 1) Siehe Abschnitt 2 des 'Agricultural Adjustment Act' vom 16.2.1938. Quelle: United States Department of Agriculture: Compilation of Statutes relating to Soil Conservation, Marketing quotas and Allotments, Soil Bank, Commodity Credit Corporation, Price Support, Export and Surplus Removal, Crop Insurance, Sugar Payments and Quotas, Marketing Agreements and Orders, and related Statutes as of January 1, 1959; Washington 1959, S.21.
 - 2) Ebenda, S.21.
 - 3) Ebenda, S.21.
 - 4) 'Commodity Credit Corporation Charter Act' Abschnitt 2 vom 29.6.1948. Quelle: ...Compilation of Statutes...; a.a.O., S.110.
 - 5) Schultz, Theodore W.: Production and Welfare of Agriculture; New York 1950, SS.11-13.
 - 6) Definition im Agricultural Adjustment Act (AAA) v.1938 in der Fassung des Agricultural Act (AA) von 1949; in: ...Compilation of Statutes...; a.a.O. S.23 ff.

tät angenäherten Preises für Grunderzeugnisse¹⁾ der Landwirtschaft. Die Paritätspreise sollen dem Farmer Erzeugerpreise gewähren, die der Kaufkraft für landwirtschaftliche Bedarfsgüter (einschließlich Arbeitskräfte) in einer (günstigen) Basisperiode entsprechen. Der Grundgedanke dabei ist folgender: Im Durchschnitt der Jahre 1909 bis 1914 sorgte das Verhältnis zwischen Erzeugerpreisen und Preisen für landwirtschaftliche Bedarfsgüter (einschließlich Löhne) für eine günstige Einkommenslage der Landwirtschaft. Die Preise dieser Periode werden deshalb seit 1933 als Bezugsbasis für preispolitische Maßnahmen betrachtet. Die auf ihrer Basis entwickelte Paritätspreisformel lautet in vereinfachter Form:²⁾

$$\begin{array}{lcl} \text{Weizenpreis der} & & \text{Index d.Beschaff.} \\ \text{Basisperiode}^{3)} & \times & \frac{\text{Preise heute}}{\text{Index d.Beschaff.}} = \text{Neuer Paritäts-} \\ & & \frac{\text{Preise im Durch-}}{\text{schnitt 1909-1914}} \text{preis für Wei-} \\ & & = 100 \text{zen} \end{array}$$

Als Zahlenbeispiel: $\$ -.88 \times \frac{200}{100} = \$ 1.76.$

Diese Formel ist zwangsläufig unvollkommen, da sie die Lenkungsfunction der Preise blockiert, indem sie die Preisrelationen der Basisperiode verewigt und die Bedarfsstruktur der Landwirtschaft in der Zeit vor dem ersten Weltkrieg auf die Gegenwart überträgt. Die gegenwärtig⁴⁾ gültige Formel sucht diese Mängel auszugleichen; sie lautet:⁵⁾

$$\begin{array}{lcl} \text{Paritätspreis} & & \text{korrigierter Basis-} \\ \text{einer Ware zu} & = & \text{preis dieser Ware} \\ \text{einer Zeit} & & \text{zu dieser Zeit} \end{array} \quad \times \quad \begin{array}{l} \text{Paritätsindex} \\ \text{für diese} \\ \text{Zeit.} \end{array}$$

1) Baumwolle, Weizen, Mais, Tabak, Reis und Erdnüsse.

2) Quelle: Weiler, E.T. und Martin, W.H.: The American Economic System; New York 1957, S.519.

3) Basisperiode bis zum AA von 1949: August 1909 bis Juli 1914.

4) Seit 1.1.1950. Ohne Berücksichtigung der Anpassungskorrekturen für die Zeit nach 1950.

5) Siehe Titel III, Untertitel A Abschnitt 301 des AA von 1938 in der Fassung des AA von 1949. Quelle:... Compilation of Statutes...; a.a.O., S.23/24.

Man versteht hierbei:

(1) Unter dem 'korrigierten Basispreis':

den durchschnittlichen Erzeugerpreis einer Ware in den zehn Jahren vor Berechnung der neuen Parität, dividiert durch das Verhältnis des allgemeinen Niveaus landwirtschaftlicher Erzeugerpreise in dieser Periode zu dem allgemeinen Niveau der Erzeugerpreise in der neu festgelegten Basisperiode (1.1.1910 bis 31.12.1914).

(2) Unter dem 'Paritätsindex':

das Verhältnis des allgemeinen Niveaus der landwirtschaftlichen Beschaffungspreise und Löhne im Kalendermonat vor der Neuberechnung, dividiert durch das allgemeine Niveau dieser Preise und Löhne in der neuen Basisperiode.¹⁾

Als Beispiel: Paritätspreis für Weizen per 1.2.1951²⁾ =

$$= \frac{\text{Durchschnittl. Erz. Preis f. Weizen 1941 - 1950}}{\text{Allgem. Niveau lw. Erz. Preise 1941 - 1950}} \times \frac{\text{Allgem. Niveau lw. Besch. Preise u. Löhne Jan. 1951}}{\text{Allgem. Niveau lw. Besch. Preise u. Löhne 1910-1914}}$$

$$= \frac{140}{150} \times \frac{200}{100} = \frac{1400}{15} \times 2 = \frac{2800}{15} = \$ 186.67.$$

Nachdem wir mit der Darstellung der Preisparität das wichtigste Mittel des Staates zur Realisierung seiner Grundidee für die Landwirtschaft kennengelernt haben, wollen wir uns im folgenden mit der gegenwärtigen Agrarpolitik der USA in ihren Grundzügen befassen.

cc) Grundzüge der gegenwärtigen Agrarpolitik der USA.

Die staatliche Hilfe für die Landwirtschaft hat als Zentrum ein Programm von Preisstützungen, die sich am Paritätspreis orientieren und über diesen einen positiven Einkommenseffekt zu be-

1) Siehe Titel III, Untertitel A Abschnitt 301 a(1) A-C des AAA von 1938 in der Fassung des AA von 1949. Quelle: Ebenda, S. 23/24.

2) Fingierte Zahlen.

wirken suchen.

Da nach den Erfahrungen mit einer Preisstützung allein kein Erfolg erzielt werden kann,¹⁾ wird die Preisstützung begleitet von einem System von Anbau- bzw. Angebotsbeschränkungen. Daneben wirkt in gleicher Weise ein Programm zur Nachfragehebung. Eine Reihe weiterer Interventionen zugunsten einer finanziellen und sozialen Unterstützung der Landwirtschaft wird abschließend zu besprechen sein.

1) Die Preisstützung.

Diese bezieht sich in erster Linie auf die sechs Grundprodukte, daneben auf eine Reihe weiterer Erzeugnisse.²⁾ Ansatzpunkt ist ein vom Kongreß als Prozentsatz des Paritätspreises festgelegter Stützungspreis (z.B. 90 % der Parität) oder eine Preisspanne (z.B. 75-90 % der Parität³⁾). Ausgehend vom Verhältnis zwischen der zu Beginn eines Jahres geschätzten Anlieferung und der 'normalen Marktlieferung' werden die einzelnen Stützungspreise in Prozent des Paritätspreises festgelegt. Je mehr die geschätzte Anlieferung die 'normale' zu übersteigen droht, desto geringer werden die Stützungspreise angesetzt, wobei die Untergrenze von 75 % der Parität allerdings nicht unterschritten werden darf.⁴⁾⁵⁾

Die praktische Durchführung der Preisstützungsaktion liegt bei der 1933 gegründeten, 1948 mit einer Bundescharter ausgestatteten 'Commodity Credit Corporation' (CCC).⁶⁾ Das gebräuchlichste Verfahren ist die Gewährung eines Warenkredits mit Abnahmeverpflichtung durch die CCC an den Landwirt, wenn dieser einen solchen Kredit beantragt und sich an einer Produktionsbeschrän-

1) Jesness, O.B.: Changes in the Agricultural Adjustment Program in the Past 25 Years; in: 'Journal of Farm Economics', Nr. 2/1958, S. 255/256.

2) Unter anderem: Wolle, Mohairwolle, Honig, Tugnnüsse, Milch und Butterfett.

3) Entspricht der gegenwärtigen Regelung für die Grundprodukte. Quelle: Der Europäische Wirtschaftsrat in Paris (OEEC): Agrarstruktur-Marktregelung-Preisstützung in Europa und Nordamerika; Bonn 1959, S. 499.

4) ...OEEC: Agrarstruktur...; a.a.O., S. 498/499.

5) Gilt nur für die Grundprodukte.

6) ...Compilation of Statutes...; a.a.O., S. 108/109

kungsaktion beteiligt hat.¹⁾ Er erhält dann für die auf der beschränkten Anbaufläche erzeugten Produkte den Gegenwert in Höhe des Stützungspreises als Vorschuß. Steigen die Marktpreise über den Stützungspreis, so hat der Landwirt die Möglichkeit, die Produkte am Markt zu verkaufen und den Kredit zurückzuzahlen. Sinken die Preise unter den Stützungspreis, so wird der Farmer seine Produkte der CCC zur Verfügung stellen und wird so seiner Kreditverpflichtung ledig.²⁾

Bei leicht verderblichen Gütern wird meist eine Ankaufsvereinbarung zwischen den Landwirten und der CCC getroffen, nach der letztere eine festgesetzte Höchstmenge zum Stützungspreis über einen Händler kauft, der die Differenz zum Marktpreis von der CCC erstattet erhält.

Da die Preisstützungspolitik eine Nachfrage vortäuscht, die in Wirklichkeit nicht vorhanden ist, muß ihr Erfolg durch Beschränkungen von Anbau und Angebot gesichert werden.

2. Anbaubeschränkungen.

Diese wurden bereits 1935 durch den ersten 'Agricultural Adjustment Act' eingeführt. Nachdem sie mit anderen Teilen dieses Gesetzes 1935 für verfassungswidrig erklärt worden waren, wurden sie unter der Devise der Bodenerhaltung fortgeführt.³⁾ Die Neuregelung des AAA von 1938 und des AA von 1949 überträgt dem Landwirtschaftsministerium die Festlegung von Anbauflächenbeschränkungen für bestimmte Produkte.⁴⁾ Ausgehend von Erfahrungswerten des Ertrags und der Schätzung der zum Stützungspreis voraussichtlich absetzbaren Menge wird auf Bundesetone eine Hochstanbaumenge für jedes Produkt ermittelt. Diese wird in Ackerfläche umgerechnet und dann nach unten bis auf die einzelnen Betriebe verteilt. Die Nichteinhaltung der auferlegten An-

1) Siehe hierzu unten S. 88-90.

2) Der Europäische Wirtschaftsrat in Paris (OEEC): Agrarpolitik in Europa und Nordamerika; Rad Godesberg 1956, S.356.

3) Die gesetzliche Grundlage bildete der 'Soil Conservation and Domestic Allotment Act' vom 27.4.1935. Quelle:...Compilation of Statutes...;a.a.O., S. 1ff.

4) Die Anwendung von Anbaubeschränkungen ohne Ergänzung durch Absatzkontingente ist auf Mais, Weizen und Reis beschränkt geblieben. Quelle:...OEEC:Agrarstruktur...;a.a.O.,S.501.

bauquoten durch die Farmer hat für diese eine wesentliche Herabsetzung des Mindeststützungspreises zur Folge.¹⁾

Ergänzende Maßnahmen sieht der 'Soil Bank Act' vom 18.5.1956 vor. Nach ihm sollen durch das 'Acreage Reserve Program'²⁾ Böden über das von den Vorschriften über Anbauflächenbeschränkungen betroffene Maß hinaus stillgelegt werden, wofür der Farmer eine Entschädigung erhält. Durch das 'Conservation Reserve Program'³⁾ sollen Brachlegungen von Land mit Bodenerhaltungs- und -verbesserungszwecken zusammen erreicht werden, wobei u.a. Aufforstungen finanziell begünstigt werden. Auch hier erhalten die Nichtproduzenten bei Einhaltung der Verträge staatliche Ausgleichszahlungen.

3) Absatzbeschränkungen.

3.1 Absatzkontingente⁴⁾

werden meist zusammen mit Anbaubeschränkungen angewandt; sie bilden teilweise die Grundlage von deren Berechnung. Allein wird dieses Mittel eingesetzt, wenn die tatsächliche Produktion die als Maßstab verwendete Normalernte um einen bestimmten Prozentsatz übersteigt oder der Marktpreis wesentlich unter dem Stützungspreis bleibt.⁵⁾ In diesem Falle legt der Landwirtschaftsminister ein Absatzkontingent auf nationaler Ebene fest, das dann nach unten aufgeteilt wird. Seine Anwendung hängt von der Zustimmung von zwei Dritteln der Produzenten des betreffenden Gutes ab. Lehnen diese ab, so wird der Preisstützungssatz wesentlich gekürzt. Verstoßen Landwirte gegen die gebilligten Kontingente, so führt dies für sie zum Ausschluß von der Preisstützung sowie zu Geldstrafen.⁶⁾

1) ...OEEC:Agrarstruktur...;a.a.O.,S.503.

2) Soil Bank Act, Untertitel A, Abschnitte 103-106. Quelle: ...Compilation of Statutes...;a.a.O.,SS.96-99.

3) Soil Bank Act, Untertitel B, Abschnitte 107-113. Quelle: Ebenda, SS.99-103.

4) Eingeführt für Weizen, Reis, Baumwolle, Erdnüsse und Tabak; Quelle:...OEEC:Agrarstruktur...;a.a.O.,S.501.

5) Für Weizen z.B. dann, wenn die Weizenernte die sogenannte Normalernte um 20 % oder mehr übersteigt oder der Marktpreis mindestens drei Monate lang unter 66 % der Parität bleibt. Quelle:...Compilation of Statutes...;a.a.O.,S.53.

6) ...OEEC:Agrarstruktur...;a.a.O.,S.503.

Da die Absatzkontingente die Lagerung von Agrarprodukten voraussetzen, sind sie nur auf dauerhafte und lagerfähige Güter anwendbar. Für leichtverderbliche Güter sollen

3.2 Absatzordnungen und Absatzvereinbarungen¹⁾

eine ähnliche Wirkung erzielen. Meist gemeinsam angewendet haben sie das Ziel, die Marktbeflieferung gleichmäßig über die Wirtschaftsperiode zu verteilen und so die Marktpreise stabil zu halten.

Absatzordnungen beinhalten u.a. Mengen-, Zeit-, Qualitäts- und Mindestpreisvorschriften für das Güterangebot. Sie werden vom Landwirtschaftsminister erlassen und bedürfen zum Wirksamwerden der Zustimmung von zwei Dritteln der Produzenten und Marktlieferanten mit mindestens 50 % Marktanteil.²⁾

Absatzvereinbarungen als freiwillige Verträge zwischen Produzenten und dem Landwirtschaftsministerium dienen dem gleichen Zweck wie die Absatzordnungen, binden jedoch nur die Vertragspartner.³⁾

4) Importbeschränkungen

für landwirtschaftliche Produkte bilden eine sinnvolle Ergänzung zu den bisher geschilderten Marktregulierungsmaßnahmen. Ermächtigungen hierzu erhält der Präsident der USA aus einer Reihe gesetzlicher Vorschriften, falls die innere Marktlage es erfordert.⁴⁾

5) Nachfragesteigerung.

Die vorstehend genannten Maßnahmen sollen das Dilemma der amerikanischen Landwirtschaft von der Angebotsseite her beseitigen.

1) Die gesetzliche Grundlage bildet der 'Agricultural Marketing Act' von 1937. Quelle: ...Compilation of Statutes...; a.a.O., S.217 ff.

2) ...Compilation of Statutes...; a.a.O., S.219-226.

3) Ebenda, S.219.

4) Als Beispiel: Ermächtigung durch den 'Agricultural Marketing Agreement Act' von 1937, Abschnitt 22, und durch den 'Agricultural Act' von 1956, Abschnitt 204;

Quelle: ...Compilation of Statutes...; a.a.O., SS. 236 bzw. 147.

gen. In gleicher Richtung wirken die Bestrebungen, dem Problem von der Nachfrageseite her beizukommen.

Hier sind zu nennen einige Programme zur Erforschung und Förderung neuer Verwendungsmöglichkeiten für landwirtschaftliche Produkte.¹⁾ Daneben sollen die Programme zur nationalen Schulspeisung²⁾ und zur Lebensmittelverteilung an Bedürftige den Abbau der staatlichen Vorräte mit sozialen Diensten koppeln.³⁾ Wie letzteres Programm, so wird auch die Förderung des Exports landwirtschaftlicher Produkte durch Subventionen aus Zolleinnahmen finanziert.⁴⁾

- 6) Spezielle Maßnahmen der Agrarpolitik der USA zur Verbesserung der finanziellen und sozialen Lage der einzelnen landwirtschaftlichen Betriebe.

6.1 Die Ernteversicherung⁵⁾

soll die Landwirte vor unverschuldeten Verlusten bewahren. Nach einigen Fehlschlägen wurde sie nach dem zweiten Weltkrieg auf eine neue Basis gestellt: Die Zahl der versicherbaren landwirtschaftlichen Erntegüter wurde begrenzt⁶⁾ und es wurden bisher nur einzelne Gebiete der USA erfaßt; ferner beschränkte man die Versicherung auf Fälle höherer Gewalt.⁷⁾ Die von der - dem Landwirtschaftsministerium unterstehenden - 'Federal Crop Insurance Corporation' betriebene Ernteversicherung war bis 1958⁸⁾ ein Verlustgeschäft; dies ist u.a. darin begründet, daß sie sich noch im Experimentierstadium befindet und die Beteiligung der

-
- 1) Koontz, H. und Gable, R.W.: Public Control...: a.a.O., S. 665/666.
2) Seit 1935. Seit 1946 auf der Basis des 'National School Lunch Act' vom 4.6.1946. Quelle:...Compilation of Statutes...; a.a.O., S. 243 ff.
3) Einen Überblick über die Kosten und die verteilten Mengen pro Jahr findet sich in: United States Department of Agriculture: Agricultural Statistics 1959; Washington 1960, S. 531.
4) Gesetzliche Grundlage: Public Law 320, Abschnitt 22, vom 24.8.1935.
5) Gesetzliche Grundlage ist der 'Federal Crop Insurance Act' als Titel V des AAA von 1938 in der Fassung vom 23.7.1957. Quelle:...Compilation of Statutes...; a.a.O., S. 183 ff.
6) Quelle: United States Department of Agriculture: Directory of Organization and Field Activities of the Department of Agriculture 1960; Washington 1960, S. 33.
7) Quelle:...Compilation of Statutes...; a.a.O., S. 187.
8) Neuere Zahlen liegen nicht vor.

Farmer noch relativ gering ist.¹⁾

6.2 Kredit- und Finanzierungshilfen.²⁾

Die staatliche Förderung der Kreditbeschaffung für die Landwirtschaft besteht seit dem 'National Farm Loan Act' von 1916. Sie will die Schwierigkeiten bei der Kreditnahme durch Landwirte beseitigen, für die private Bankkredite wegen der Kürze der Kreditfristen, der Höhe der Zinssätze und der Abhängigkeit der Rückzahlungsmöglichkeit vom Ernteausschlag schwer zu erlangen und zurückzuzahlen sind.

Spitzenorganisation für Landwirtschaftskredite ist die 'Farm Credit Administration' (FCA), die die Kreditgewährung der einzelnen landwirtschaftlichen Kreditinstitute überwacht und koordiniert. Ihre Spitze hat die FCA im aus 13 Personen bestehenden 'Farm Credit Board'.

Das gesamte Gebiet der USA ist in 12 'Farm Credit Districts' eingeteilt. In jedem dieser Bezirke befinden sich als übergeordnete Kreditinstitute:³⁾

Eine Federal Land Bank

Eine Federal Intermediate Credit Bank

Eine Bank for Cooperatives.

Die 'Federal Land Banks' sind genossenschaftlich organisiert: ihr Kapital ist zu 100 % im Besitz der etwa 860 'National Farm Loan Associations' (NFLA), deren Kapital die Mitglieder-Kreditnehmer aufbringen. Die Farmer erhalten langfristige Kredite von den NFLA gegen den Erwerb von Anteilen in Höhe von 5 % der Kreditsumme. Die NFLA refinanzieren sich bei der zuständigen Land Bank.

Die 'Federal Intermediate Credit Banks' (FICB) geben Kredite mit einer Laufzeit bis zu fünf Jahren. Sie erhalten ihre Mittel hierzu durch die Ausgabe von Wertpapieren am freien Kapitalmarkt. Ursprünglich im Staatseigentum, ist das Kapital der FICB seit dem 1.1.1957 weitgehend in den Händen der 'Production Credit Associations' (PCA), die ihrer Überwachung unterstehen. Die PCA sind die eigentlichen direkten Kreditgeber für mittel- und langfristige Kredite an die Farmer und befinden sich im Ei-

1) Beteiligung 1958 etwa 330.000 Farmer (Vergleichszahl: 1954 = 4,8 Mio. Farmen).

2) Folgendes nach: United States Government Organization Manual 1959-1960; Washington 1959, SS. 373-378.

3) Stand seit dem 1.1.1957.

gentum ihrer Farmer-Mitglieder. Sie beschaffen sich die notwendigen Kreditmittel durch Rediskont der von den Farmern ausgestellten Schuldtitel bei der zuständigen FICB.

Die 'Banks for Cooperatives' (BfC) dienen als Finanzierungsquelle für landwirtschaftliche Genossenschaften. Die zentrale Genossenschaftsbank gibt Kredite an die in den einzelnen Bezirken bestehenden BfC. Diese finanzieren die örtlichen Genossenschaftsbanken, deren Kapital zum Teil von den kreditnehmenden Genossenschaften aufgebracht wird.

Die folgende Übersicht zeigt die Aufteilung der im Jahre 1958 von den Farmern und ihren Genossenschaften in Anspruch genommenen Kredite in Höhe von rund

3,4 Mrd.\$ auf die einzelnen Kreditquellen:

0,429 Mrd.\$ gelangten aus dem 'Land Bank System' an die Farmer. Kreditmittler waren die NFLA mit insgesamt 368.000 Mitgliedern. 2,200 Mrd.\$ gingen von den FICB über die PCA an deren 492.000 Mitglieder.

0,220 Mrd.\$ gaben die FICB als direkte Kredite an landwirtschaftliche Genossenschaften.

0,559 Mrd.\$ erhielten 2,500 landwirtschaftliche Genossenschaften von den BfC.

6.3 Spezielle Hilfen für 'Low-Income'-Farmer.

Wie schon kurz angedeutet,¹⁾ ist die Ertragslage der amerikanischen Farmbetriebe recht unterschiedlich. In einzelnen Teilen des Landes leben viele Landwirte von den dürftigen Erträgen personell überbesetzter, kapitalarmer Kleinbetriebe. Sie profitieren kaum von den staatlichen Preisstützungen, da ihre Marktproduktion meist minimal ist. Niedriger Bildungsstand sowie die Gewöhnung an den niedrigen Lebensstandard schaffen hier echte Notstandsgebiete.²⁾

Die 'Farmers Home Administration' (FHA) sucht einen Teil der Probleme zu bewältigen und die notleidenden Betriebe wirtschaftlicher zu machen. Sie beschafft Kredite zur Vergrößerung der Farmen und zur Aussiedelung mit dem Ziel der Schaffung lei-

1) Siehe oben S. 82.

2) Welch, F.: The Evolving Low-Income Problems...; a.a.O., S. 231 und 233/234.

stungsstarker Familienbetriebe.¹⁾ Betriebskredite sollen den Landwirten die Möglichkeit geben, durch die Beschaffung von Betriebsmitteln wirtschaftlicher zu arbeiten; Eigentumskredite sollen den bisher abhängigen Farmer oder Farmarbeiter zum selbständigen Unternehmer machen.²⁾

Der 'Farm Placement Service' sucht die Besitzer von unrentablen Kleinbetrieben zu Wanderarbeitern für die Zeit zu machen, in der sie keine Beschäftigung auf dem eigenen Hof haben.³⁾

Das 'Rural Development Program' des Bundes will seit 1955 in Gebieten landwirtschaftlichen Notstands die städtischen und landwirtschaftlichen Wirtschaftler zur Selbsthilfe ermuntern. Die in den einzelnen Gebieten liegenden Entwicklungsmöglichkeiten sollen mit staatlicher Unterstützung und in Zusammenarbeit aller städtischen und ländlichen Organisationen und Institutionen genutzt werden im Selbstinteresse aller Beteiligten.⁴⁾

Schließlich fördert die Abwanderung von unterbeschäftigten und schlecht verdienenden Landwirten in andere Wirtschaftszweige,⁵⁾ in denen sie sich einer produktiveren Beschäftigung zuwenden können, wenigstens teilweise die Einkommenslage der verbleibenden Farmer. Es fehlt hier an einer zielbewußten staatlichen Politik, um die Abwanderung zu fördern und zu steuern und dadurch volkswirtschaftlich positive Wirkungen zu erzielen.⁶⁾

6.4 Allgemeine Verbesserungen des Wohlstands in der Landwirtschaft.

Hier arbeitet die 'Farmers Home Administration' besonders auf dem Gebiet der Gesundheitsfürsorge und der 'sanitären Aufrüstung des Dorfes' und fördert daneben den Wohnungsbau in Landgemeinden.⁷⁾

1) Welch, F.: The Evolving...; a.a.O., S. 237.

2) ...Department of Agriculture: Directory of Organization...; a.a.O., S. 34.

3) Welch, F.: The Evolving Low-Income Problems...; a.a.O., S. 235.

4) Ebenda, S. 239/240.

5) Von 1920 bis 1959 sind in den USA etwa 25 Millionen Menschen aus landwirtschaftlichen Berufen in andere angewandert. Quelle: Hathaway, Dale E.: Migration from Agriculture: The Historical Record and its Meaning; in: 'The American Economic Review', Nr. 2/1960, S. 379.

6) Ebenda, S. 379.

7) Aufgrund des 'Rural Housing Act' von 1949.

Die 'Rural Electrification Administration' ist seit 1936¹⁾ mit dem Ausbau und der Finanzierung der Stromversorgung auf dem Lande beschäftigt; sie betreibt daneben seit 1949 die Finanzierung und den Ausbau des Telefonnetzes in Landgemeinden und berät in allen mit ihrem Arbeitsbereich zusammenhängenden Fragen.²⁾

Schließlich hat 1954 eine Ergänzung der Sozialversicherungs-gesetzgebung eine Ausdehnung der Alters- und Hinterbliebenenversicherung auf drei Millionen Farmer und zwei Millionen Farmarbeiter bewirkt.³⁾

cd) Die Teilordnung der Landwirtschaft in den USA: ein System staatlicher Förderungen und seine Gegenkräfte.

Die vorstehenden Ausführungen haben uns mit dem Staat und seiner Landwirtschaftspolitik erst einen Gestalter der Teilordnung der Landwirtschaft gezeigt. Wir haben gesehen, daß die staatlichen Interventionen zugunsten der Landwirtschaft ein umfassendes, in sich weitgehend geschlossenes System bilden, das trotz seines Ausmaßes die private Aktivität nicht ersetzen will, sondern sie zu erhalten und zu fördern sucht. Daß dieses System trotz allen Aufwandes bisher nicht die erwünschten Ergebnisse gezeigt hat,⁴⁾ liegt einmal an den systemimmanenten Mängeln, zum andern aber daran, daß Staatsinterventionen in von privaten Entscheidungen gelenkten Wirtschaftszweigen der Mitarbeit der privaten Wirtschaftler bedürfen, um die gewünschte Wirkung zu erzielen.

Zu den Mängeln im System gehört in erster Linie der verfehlte Ansatz. Die Preisstützungsmaßnahmen waren gedacht zur Hebung der Einkommen in der Landwirtschaft. Ihre Verknüpfung mit der Marktproduktion begünstigt jedoch zu einseitig die größeren

1) Aufgrund des 'Rural Electrification Act' von 1936.

2) United States Government Organization Manual 1959-1960; a.a.O., S.273/274.

3) Koontz, H. und Gable, R.W.: Public Control...; a.a.O., S.651.

4) Benson, der Landwirtschaftsminister der Regierung Eisenhower, sprach 1959 sogar von einem Zusammenbruch der zentralen Maßnahmen des Systems, der Preisstützung und der Anbauflächenbeschränkungen. Wiedergabe einer Ansprache von Benson bei: Penn, R.J.: Federal Agricultural Price and Income Policy 1955-1959; in: 'Journal of Farm Economics', Nr. 2/1959, S.185/186.

Marktproduzenten, während die Notlage vieler Kleinbetriebe nicht gemildert wurde. Als Nebenwirkung der Preisstützung wachsen die Vorräte an Stützungsprodukten bei den staatlichen Stellen und damit die Kosten des Programms.¹⁾ Das Ergebnis ist eine Subventionierung meist leistungsfähiger Betriebe durch die Allgemeinheit und eine indirekte Förderung der Substitutionskonkurrenz (Baumwolle) und ausländischer Anbieter.²⁾

Die Einkommen aus Farmen mit geringer Marktproduktion werden durch die Preisstützung kaum erhöht; die Maßnahmen zur Strukturverbesserung, Betriebsvergrößerung, die Kreditprogramme zur Betriebsmittelbeschaffung etc. stehen nur am Rande der staatlichen Maßnahmen und werden zu langsam vorangetrieben. Ferner sind die Auswirkungen von Gesetzen wie dem 'Soil Bank Act' bedenklich, die Landwirten u.a. dafür Zahlungen zusagen, daß sie auf bestimmten Flächen nichts produzieren.

Die im System liegenden Widerstände lassen sich dahingehend zusammenfassen, daß das erstrebte Ziel der Einkommenshebung nicht befriedigend durch die globalen Preisstützungen und die mit ihnen verbundenen Maßnahmen erreicht werden kann, da eine Hinlenkung der Mittel auf die bedürftigen Betriebe nicht erfolgt und die bedeutenden strukturellen Schwächen der amerikanischen Landwirtschaft durch sie nicht beseitigt werden können.

Erhebliche Gegenwirkungen gehen von den privaten Landwirten und ihren individuellen Plänen aus. Die als sinnvolle Ergänzung der Preisstützung gedachten Anbaubeschränkungen werden von den Landwirten teilweise dadurch durchkreuzt, daß sie auf den verbliebenen geringeren Flächen³⁾ einen umso intensiveren Landbau mit größerem Betriebsmitteleinsatz betreiben. Das Er-

1) Siehe hierzu die Übersichten 12 und 13 in: ...OEEC: Agrarstruktur...; a.a.O., S. 528/529.

2) Brandt, K.: Guidelines...; a.a.O., S. 4.

3) So sank die abgeerntete Baumwollanbaufläche von 44,6 Mio. acres im Jahre 1926 auf 21,9 Mio. acres im Durchschnitt der Jahre 1947 bis 1956 und auf 11,9 Mio. acres 1958. Entsprechende Zahlen für Weizen: 76,6 Mio. acres im Jahre 1949, 53,6 Mio. acres im Jahre 1958. Für Mais: 110,5 Mio. acres im Jahre 1932, 73,5 Mio. acres im Jahre 1958. Quelle: Benedict, Murray R.: The Supply, Price and Income Dilemma; in: 'Journal of Farm Economics', Nr. 2/1959, S. 175.

gebnis sind stetig steigende Ernteerträge.¹⁾ Dieses indirekte Zuwiderhandeln der Landwirte erscheint einzelwirtschaftlich durchaus sinnvoll, da sie den Stützungspreis als ein Datum hinnehmen und zu diesem Preis ihre Erzeugung zu maximieren suchen. Das Gleiche gilt für die Beteiligung an den Brachlegungsaktionen aufgrund des 'Soil Bank Act'. Ferner bringen die Anbau- und Absatzbeschränkungen die Farmer zum Ausweichen auf andere, nicht in das Stützungsprogramm einbezogene Produkte: Die Menge der angebotenen nichtregulierten Waren ist im Steigen und hat auf bisher noch nicht manipulierten Märkten zu einem Überangebot geführt.²⁾ Andererseits verzichten viele Farmer auf den Anbau von Futtermitteln zu Veredlungszwecken, da die Preise hierfür relativ niedrig liegen; sie versuchen statt dessen, die betreffenden Getreidemengen der CCC zum hohen Stützungspreis anzubieten.³⁾

Bereits diese wenigen Beispiele zeigen deutlich, welche Schwierigkeiten eine Wirtschaftspolitik zu überwinden hat, wenn sie selbst die Betroffenen vorwiegend begünstigende - Lenkungsmaßnahmen einführen will, ohne die Bewegungsfreiheit privater Wirtschaftler aufzuheben. Da sie den Erfolg ihrer Maßnahmen nicht mit Gewalt oder einem überdimensionierten Überwachungsapparat durchzusetzen beabsichtigt, ist sie darauf angewiesen, die Maßnahmen gesetzlich so fundieren zu müssen, daß alle denkbaren Tatbestände erfaßt, die möglichen Gegen- oder Ausweichreaktionen der privaten Wirtschaftler schon im Voraus einkalkuliert und durch eine geschickte Verfahrenstechnik die privaten

) Siehe die Übersicht in: Woytinsky, W.S. und E.S.: Vereinigte Staaten von Amerika; in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Band 11, Göttingen 1961, S.42:

Produkt	Anbaufl. (Mio. ha)		Ha-Ertr. (dz)		Ges. Ertr. (Mio. t)	
	1949	1956	1949	1956	1949	1956
Weizen	31,1	20,2	10,0	13,6	31,2	27,2
Reis	0,8	0,6	23,5	33,9	1,9	2,2
Mais	34,6	30,7	23,7	28,5	82,2	87,7
Baumwolle	11,1	5,5	3,1	5,3	3,5	2,9
Tabak	0,6	0,4	15,0	25,0	0,9	1,0

) Brandow, G.E.: Reflections on Farm Policy, Past and Future; in: 'Journal of Farm Economics', Nr. 2/1959, S.178.

) Brandt, K.: Guidelines....; a.a.O., S.5.

Interessen und die des Staates möglichst gleichgerichtet werden.

Dies ist der amerikanischen Landwirtschaftspolitik allem Anschein nach bisher nicht gelungen. Das Hauptziel, der Einkommensparität näherzukommen oder sie zu erreichen, ist trotz dreißigjähriger Bemühungen wegen des unvollkommenen Mitteleinsatzes nur zu einem geringen Teil erreicht worden. Wie groß die Differenz zwischen den Einkommen aus landwirtschaftlicher und nichtlandwirtschaftlicher Tätigkeit heute noch ist, zeigen die folgenden abschließenden Übersichten.

Eine Berechnung von Shepherd schätzt die Einkommensunterschiede ausgehend von Zahlen, die sich auf den Landesdurchschnitt beziehen, für 1958 und 1959.

Danach beträgt das Einkommen pro Person 1959 aus allen Quellen in der Landwirtschaft § 960, in der übrigen Wirtschaft § 2.202.¹⁾ Das Einkommen pro Arbeitskraft für 1958 beträgt für die Landwirtschaft § 2.129 (im Durchschnitt unter Einbeziehung der staatlichen Preisstützungen), für den 'Fabrikarbeiter' § 4.342. Gemessen an diesem letzten Betrag belauft sich das Durchschnittseinkommen pro Farmbetriebsleiter bzw. -eigentümer nur auf 69 %, nämlich 2.990 §.²⁾

Shepherd verweist jedoch auf die geringe Aussagekraft, die solche Durchschnittszahlen gerade für die amerikanische Landwirtschaft haben. Während die landwirtschaftlichen Einkommen in einzelnen Gebieten sogar die der Fabrikarbeiter übersteigen, liegen sie in anderen sehr viel niedriger.³⁾

Der folgende Vergleich der Zahl der Familien und ihres Gesamteinkommens zwischen Farmbesitzerfamilien und Nichtfarmfamilien (Prozentberechnungen, aufgegliedert nach Jahreseinkommensklassen) ist gleichfalls unter dem Vorbehalt der verringerten Aussagekraft von Durchschnittszahlen aufzunehmen.⁴⁾

1) Shepherd, Geoffrey: Farm Programs for Farm Incomes; in: 'Journal of Farm Economics', Nr. 3/1960, S. 639.

2) Ebenda, S. 641.

3) Ebenda, S. 648.

4) Goldsmith, Selma F.: Size Distribution of Personal Income 1956-1959; in: ... Survey of Current Business, Januar 1960, S. 13.

Die Landwirtschaft der USA im Vergleich

Familien- jahreseinkommen (vor der Besteuerung)	Farmerfamilien			Nichtfarmerfamilien		
	Zahl		Gesamteinkommen	Zahl		Gesamteinkommen
	1955	1958		1955	1958	
Unter \$ 2.000	31,5	24,8	10,0	6,3	6,1	1,0
\$ 2.000 - 2.999	19,1	17,5	12,1	7,6	6,2	2,2
\$ 3.000 - 3.999	15,2	14,6	13,4	13,5	10,5	5,0
\$ 4.000 - 4.999	10,7	11,6	12,3	16,0	13,4	8,2
\$ 5.000 - 5.999	7,5	8,7	10,5	14,8	13,5	10,1
\$ 6.000 - 7.499	6,6	8,8	11,2	16,9	17,5	16,0
\$ 7.500 - 9.999	4,7	6,9	10,3	12,8	16,3	10,1
\$ 10.000 - 14.999	3,0	4,5	9,2	7,6	10,5	17,2
\$ 15.000 - 19.999	0,8		3,6	2,2		5,7
\$ 20.000 - 24.999	0,4	2,6	2,0	0,9	6,0	21,2
\$ 25.000 - 49.999	0,4		3,5	1,1		5,6
\$ 50.000 - und mehr	0,1		1,9	0,3		3,7
	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

d) Die Erhaltung der natürlichen Ressourcen:

staatliche Vorkehrungen gegen eine kurzfristige private Gewinnmaximierung im Interesse der Allgemeinheit.

Die privatwirtschaftliche Bestallungsreinheit führt, wie wir am Beispiel der staatlichen Politik gegen Wettbewerbsbeschränkungen gesehen haben, dann zu Interventionen des Staates, wenn sie die als schutzwürdig erkannten Interessen Dritter verletzt. Dieser Fall war angesichts der rücksichtslosen Ausbeutung der natürlichen Hilfsquellen durch Private und deren kurzfristige Gewinnmaximierungsabsichten besonders in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gegeben. Die unerschöpflich scheinenden natürlichen Hilfsquellen nahmen in bedrohlichem Maße ab, die Schäden vergrößerten sich durch Rückwirkungen auf andere Zweige der Wirtschaft (Beispiel: Raubbau am Wald stört den Wasserhaushalt des Bodens und bringt Schäden für die Landwirtschaft mit sich).¹⁾ Den privaten Erträgen aus diesem Verhalten standen hohe 'Social Costs' gegenüber.²⁾

Die Aktionen des Staates gegen diese Wohlstandsminderung für die Allgemeinheit begannen auf Einzelgebieten nach dem Bürgerkrieg, ausgelöst durch Warnungen der Fachleute an Staatsvertretung und Öffentlichkeit.³⁾ Zu einer breiten Bewegung wurden die Erhaltungsaktionen erst durch die Maßnahmen der Regierung Th. Roosevelt und der nachfolgenden Administrationen nach der Jahrhundertwende, wobei das Schwergewicht auf die Erhaltung des Waldbestandes gelegt wurde.⁴⁾

Der Umfang der Vorkehrungen des Staates zur Erhaltung der natürlichen Hilfsquellen vergrößerte sich in der Folgezeit ständig, die New Deal-Periode mit ihren anfanglich hohen Arbeitslosenziffern bot der 'conservation minded' Regierung F.D. Roosevelt eine günstige Möglichkeit zur Intensivierung der Erhaltungsbestrebungen, die auch genutzt wurde.⁵⁾

1) Faulkner, H.U.: Geschichte...; a.a.O., S. 597/598.

2) Smith, Guy-Harold (Herausgeber): Conservation of Natural Resources; New York 1950, S. VII.

3) Ebenda, S. 4/5. Und: Fainsod, M. und Gordon, L.: Government...; a.a.O., S. 737/738.

4) Smith, G.H. (Herausgeber): Conservation...; a.a.O., S. 5 und: Fainsod, M. und Gordon, L.: Government...; a.a.O., S. 743-746.

5) Hier ist besonders die 1933 erfolgte Gründung des 'Civilian Conservation Corps' zu nennen, dessen Hauptaufgabe in der Ausführung von Erhaltungsvorhaben lag.

Seit dem Ende des zweiten Weltkriegs besteht ein umfangreiches Programm staatlicher Interventionen zur Erhaltung der natürlichen Hilfsquellen im Sinne einer langfristigen Wohlstandssicherung für die gesamte Nation.¹⁾ Während ein Teil dieser Maßnahmen reine Erschließungsaufgaben sind (Bewässerung bisher für die Kultivierung unbrauchbaren Landes, Entwässerung von Sümpfen zum gleichen Zweck, Ausnutzung des wassers zur Kraftgewinnung, Regulierung der Flüsse und ihre Reinhaltung, Erhaltung des Tierreichs, Schaffung von Erholungsstätten in der Natur etc.), haben andere einen speziellen Einfluß auf die Wirtschaftsordnung der USA, weil sie den Staat als Regulator und Förderer privatwirtschaftlichen Intentionen zeigen: Der Staat fördert die Privatwirtschaft durch Unterstützung bei der Auffindung und Erschließung neuer Bodenschätze, hilft der Landwirtschaft durch Ent- und Bewässerungen, Aufforstungen, Bodenerhaltungsmaßnahmen von seiten öffentlicher Stellen oder durch Finanzhilfen und zieht die öffentlichen Ländereien zu Erhaltungsmaßnahmen mit heran. Er versucht, durch ein Programm von praktischen Demonstrationen, Vorschlägen etc. die Privatwirtschaft zu einer - im Interesse der Allgemeinheit liegenden - sparsamen Ausbeutung der Bodenschätze zu bewegen und die Verarbeitung und den Verbrauch effektiver zu gestalten. Finanzielle Entschädigungen sollen denjenigen privaten Wirtschaftseinheiten zukommen, die die staatlichen Konservierungsvorschläge befolgen oder zur Erhaltung und Erweiterung des Waldbestandes beitragen.

Weiterhin sind einzelstaatliche Gesetze zur Regulierung der Ausbeute von Bodenschätzen zu erwähnen, die den privatwirtschaftlichen Unternehmen bestimmte Auflagen machen (Produktionsquoten etc.) und deren Einhaltung überwachen. Der Bund ist bemüht, die Staaten bei der Durchführung und Einhaltung dieser Gesetze zu unterstützen.²⁾

Neben seinen direkten Ausgaben zur Erhaltung der natürlichen

1) Eisenhower, D.D.: Economic Report... 1960; a.a.O., S. 60/61.

2) So verbietet z.B. ein Bundesgesetz vom 22.2.1955 den zwischenstaatlichen Verkehr mit Erdöl, wenn der Produktion eine Verletzung der einzelstaatlichen Gesetze zugrundeliegt. Quelle: Secretary of the Interior: Partnership in Resource Conservation and Development, 1955 Annual Report, Washington 1955, S. 217..

Hilfsquellen gibt der Bund Zuschüsse an die Einzelstaaten zur Finanzierung ihrer Entwicklungsvorhaben. Er arbeitet in einer Reihe von Abteilungen des Innen- und Landwirtschaftsministeriums Möglichkeiten für eine bessere Erhaltung und den Ausbau der natürlichen Hilfsquellen aus.

Der Staat überläßt - soweit es sich nicht um Erhaltungsmaßnahmen auf den recht umfangreichen staatlichen Domänen handelt¹⁾ - die wirtschaftliche Aktivität den Individuen. Er reguliert deren Tätigkeit jedoch immer dort, wo er es im Interesse der Nation für notwendig erachtet. Wenngleich diese Regulierung noch nicht den erforderlichen Umfang hat und der Staat in vielen Bereichen noch auf die - allerdings für die privaten Wirtschaftler oft mit Ertragnissen verbundene - Mitarbeit der Privaten angewiesen ist,²⁾ so zeichnet sich doch in der Nachkriegszeit ein Ausbau der staatlichen Überwachung und Förderung ab, der in verstärktem Maße durch die Notwendigkeit einer dauernden Verteidigungsbereitschaft der USA mitbestimmt wird.

e) Die Ordnung im Verkehrsbereich: das nationale Verkehrssystem der USA.

ea) Die Besonderheiten des Verkehrswesens und einer privatwirtschaftlichen Verkehrsgestaltung.

Das Verkehrswesen der USA nimmt unter allen Wirtschaftsbereichen des Landes eine Sonderstellung ein, die sich einmal aus den allgemeinen Besonderheiten des Verkehrssektors, zum anderen aus der überwiegend privatwirtschaftlichen Organisation des Verkehrsapparates der USA erklärt.

(1) Da das Verkehrswesen in einer arbeitsteiligen Volkswirtschaft das unerlässliche Bindeglied zwischen allen wirtschaftenden Einheiten darstellt und daneben "auch allgemeine staatspolitische, bevölkerungs- und siedlungspolitische, soziale,

1) Im Jahre 1950 waren 25 % der Waldflächen der USA in staatlichem Besitz. Quelle: Smith, G.-H.: Conservation...; a.a.O., S.203.

2) Diese fehlt allerdings oft, da z.B. die hohen Inlandspreise für Erdöl, die Importbeschränkungen etc. einen Anreiz zu einer Steigerung der Produktion bieten und zudem einzelne Staaten diesen Raubbau noch unterstützen. Quelle: Nelson, James, R.: Prices, Costs and Conservation in Petroleum; in: 'The American Economic Review', Nr.2/1958, S.502 ff.

kulturelle und militärische Zielsetzungen"¹⁾ zu erfüllen hat, sind Öffentlichkeit und Staatsorgane an einer Gestaltung des Verkehrswesens interessiert, die ihren wirtschaftlichen und außerwirtschaftlichen Ansprüchen voll gerecht wird.

(2) Die Besonderheiten der Verkehrsmärkte²⁾ wirken nicht von selbst auf ein stabiles Wettbewerbsgefüge hin, sondern begünstigen in Verbindung mit hohen Fixkosten Konzentrationen, wettbewerbsmindernde Absprachen oder die Neigung zu einem Ausschaltungswettbewerb.

(3) Vorgenannte Probleme ergeben sich besonders für den Verkehrsbereich der USA, weil in ihm überwiegend private Einheiten tätig sind und der Staat sich die Erhaltung des Wettbewerbs zwischen unabhängigen Wirtschaftseinheiten zum Ziel gesetzt hat.

eb) Die staatliche Regulierung des privaten Verkehrswesens.

1) Ziele der Regulierung.

Die eben dargestellten Besonderheiten im privaten Verkehrswesen der USA haben den Staat - seit etwa 1870 - veranlaßt, regulierend in den Verkehrsbereich einzugreifen. Als wichtigste Zielsetzungen lassen sich dabei herausstellen:

(1) Sicherstellung einer geregelten Verkehrsbedienung im öffentlichen Interesse und Schutz der Öffentlichkeit vor einer Ausbeutung durch monopolistische Praktiken der Verkehrsträger.

(2) Erhaltung des Wettbewerbs innerhalb eines Verkehrszweiges.

(3) Erhaltung des Wettbewerbs zwischen verschiedenen Verkehrsträgern.

Diese Gesichtspunkte lassen sich zusammenfassen unter:

(4) Schaffung eines in sich ausgewogenen, den Privatinteressen dienenden, jedoch dem Gemeininteresse verpflichteten Verkehrssystems der USA.³⁾

1) Meyer, H.R.: Der Verkehr und seine grundlegenden Probleme ; Basel 1956, S.45.

2) Keine Vorratsproduktion möglich, notwendiger Kompromiß zwischen Bewältigung der Nachfragespitzen und dem Verlust der ungenutzter Kapazität, Unpaarigkeit der Verkehrsströme, geringe Preiselastizität der Nachfrage nach Verkehrsleistungen, schwierige Anpassung des Verkehrsbetriebs an eine sinkende Nachfrage nach Verkehrsleistungen, die nach Richtung und Dringlichkeit stark durch außerpreisliche Faktoren bestimmt wird. Vorstehendes in Anlehnung an: Heimes, A.: Marktgerechte Verkehrsentgelte; in: 'Der Güterverkehr', Nr. 2/1961, S.28.

3) Die unter (4) genannte Zielsetzung ist das Hauptanliegen der amerikanischen Verkehrspolitik seit dem 'Transportation Act von 1940. Siehe hierzu die Präambel dieses Gesetzes in: United States Code; Vol.5, Titel 49; a.a.O., S.7107/7108.

2) Träger der Regulierung

sind der Bund, die Einzelstaaten und - in besonderen Fällen¹⁾ - auch Bezirks- und Gemeindebehörden. Der Bund leitet seine Regulierungsbefugnisse für den Verkehr zwischen den Einzelstaaten aus der 'Commerce Clause' der Verfassung ab,²⁾ den Einzelstaaten bestätigt der 10. Zusatz zur Verfassung das Recht auf Überwachung und Kontrolle des rein innerstaatlichen Verkehrs.³⁾

Abgrenzungsschwierigkeiten ergaben sich zunächst insofern, als einzelne Staaten vor 1887 - der Bund hatte sich in die Regulierung des Verkehrs noch nicht eingeschaltet - ihre Überwachungskompetenzen auszuweiten suchten, und später, als der Bund seine Regulierung teilweise auch auf den innerstaatlichen Verkehr ausdehnte, weil ihm dies zur lückenlosen Überwachung des zwischenstaatlichen Verkehrs notwendig erschien. Die Rechtsprechung hat die Zuständigkeitsbereiche inzwischen insoweit abgegrenzt, als die Einzelstaaten - auch beim Fehlen von Bundesvorschriften - sich auf die Regulierung des rein innerstaatlichen Verkehrs zu beschränken haben,⁴⁾⁵⁾ während dem Bund das Einwirkungsrecht auch auf den innerstaatlichen Verkehr eingeräumt wird, wenn dies zu einer geregelten Überwachung des zwischenstaatlichen Verkehrs unbedingt notwendig erscheint.⁶⁾

Bund und Einzelstaaten schaffen in ihren gesetzgebenden Körperschaften die Grundlagen für die ihnen zustehende Regulierungstätigkeit. Ausführende Organe sind Verkehrsüberwachungskommissionen in allen Einzelstaaten sowie die 'Interstate Commerce Commission' (ICC), der 'Civil Aeronautics Board' (CAB)

1) Hauptsächlich beim motorisierten Straßenverkehr.

2) Text siehe oben S.52, Fußnote 3

3) 10. Zusatz zur Verfassung: "The Powers not delegated to the United States by the Constitution, nor prohibited by it to the States, are reserved to the States respectively, or to the people." Quelle: United States Code; Vol. 1; a.a.O., S. XLV.

4) Die Staaten dürfen ihre Regulierungsbefugnisse nur dann auf den zwischenstaatlichen Verkehr ausdehnen, wenn dieser (a) nur lokale Bedeutung hat (z.B. Fährbetrieb) oder (b) der Bund ausdrücklich zustimmt. Quelle: Daggett, Stuart: Principles of Inland Transportation; 4. Auflage, New York 1955, S. 587.

5) Ein Urteil zur Beschränkung der einzelstaatlichen Regulierungsbefugnis ist wiedergegeben bei: Locklin, Philip D.: Economics of Transportation; 5. Auflage, Homewood/ Ill. 1960, S. 266.

6) Urteile des Supreme Court von 1913 und 1914. Wiedergabe siehe: Ebenda. S. 266/267.

und der 'Federal Maritime Board'(FMB) für die Verkehrsregulierungsaufgaben des Bundes.

Die einzelstaatlichen Kommissionen arbeiten auf der Grundlage einzelstaatlicher Regulierungsgesetze als Verwaltungsbehörden mit (begrenzter) Rechtsetzungsgewalt. Sie legen die Gesetze aus, wenden sie auf den Einzelfall an und erlassen im Rahmen ihrer Zuständigkeiten eigene Regulierungsvorschriften, deren Einhaltung sie überwachen. Als technische und Expertenkommissionen entlasten sie die Parlamente von schwieriger Detailarbeit, was sich wegen ihrer besseren Sachkenntnis, ihrer größeren Beweglichkeit und dem unmittelbaren Kontakt mit der Verkehrspraxis oft als ein Vorzug erweist.¹⁾

Die ICC²⁾ - geschaffen durch den 'Act to Regulate Commerce' von 1887 - arbeitet als unabhängige Bundesbehörde zur Überwachung des - der Bundeskontrolle vorbehaltenen - Verkehrs in ähnlicher Weise wie die Staatskommissionen, jedoch mit einem wesentlich umfangreicheren Aufgabenkreis. Der Kongreß überträgt ihr durch Gesetz bestimmte Zuständigkeiten mit der Verpflichtung, die Ziele, die er sich in der Verkehrspolitik gesteckt hat, mit der notwendigen Sachkenntnis, Beweglichkeit und Anpassungsfähigkeit zu realisieren.³⁾

Als 'Quasi-Legislative' kann die ICC innerhalb des ihr gewährten weiten Ermessensspielraums Vorschriften setzen und deren Einhaltung überwachen; sie kann als 'Quasi-Jurisdiktion' über die Rechtmäßigkeit bestimmter Praktiken urteilen und durch ihre Entscheidungen die Verkehrsträger weitgehend binden. Neben ihrer administrativen Tätigkeit ist ihr noch die Aufgabe gestellt, die vom Kongreß festgelegten Leitsätze für eine nationale Verkehrspolitik der USA⁴⁾ "in ständiger Anpassung an die wechselnden Bedingungen und Umstände weiterzubilden."⁵⁾

- 1) Entscheidend für die Qualität der Regulierungsarbeit einer einzelstaatlichen Kommission ist jedoch letztlich die Qualifikation ihrer Mitglieder. Quelle: Daggett, S.: Principles...; a.a.O., S. 589.
- 2) Die Darstellung der Funktionen der ICC erfolgt stellvertretend auch für die der beiden anderen Verkehrsregulierungsbehörden des Bundes.
- 3) Precht, Georg M.: Eine Interstate Commerce Commission für Europa; in: Brandt, Leo (Herausgeber): Schiene und Straße 1959, Dortmund 1959, S. 86.
- 4) Unter anderem niedergelegt in der Präambel zum 'Transportation Act' von 1940. Quelle siehe oben S. 102, Fußnote 3.
- 5) Precht, G.M.: Eine Interstate Commerce Commission...; a.a.O., S. 87.

3) Die Grundzüge der Verkehrsregulierung und ihre Entwicklung bis zur Gegenwart.

Der Ausbau eines nationalen Eisenbahnnetzes war um die Mitte des vergangenen Jahrhunderts in vollem Gange. von der Öffentlichkeit stürmisch begrüßt und von Bund, Staaten und Gemeinden durch großzügige Unterstützungen stark gefördert.

Die privatwirtschaftliche Verkehrsbedienung der Eisenbahnen wurde jedoch in den Jahren nach dem amerikanischen Bürgerkrieg mehr und mehr zum Ansatzpunkt einer sich steigernden Kritik und Erbitterung der Verkehrsnutzer: Während die Eisenbahnen in einzelnen Relationen praktischen Verkehrsmonopole hatten und sich dementsprechend verhielten,²⁾ kam es auf Parallelstrecken häufig zu einem ruinösen Wettbewerbs konkurrierender Eisenbahngesellschaften, mit allen Vorteilen, die ein Verkehrsnutzer daraus ziehen kann. Hatte sich jedoch die stärkere Bahn allein behauptet oder hatten sich die Konkurrenten verstanden, so kam es auch hier zur monopolistischen Ausnutzung der Marktlage.³⁾

Wegen dieses Verhalten der Eisenbahngesellschaften wehrten sich zunächst besonders die landwirtschaftlichen Gebiete, die sich von dem Anschluss an das Eisenbahnnetz wesentliche Vorteile versprochen hatten. Vier westliche Staaten⁴⁾ erließen zwischen 1871 und 1874 Gesetze zur Regulierung des Eisenbahnverkehrs in ihren Bereichen. Vorgeschriebene Höchsttarife und das Verbot, für Transporte auf kürzeren Strecken höhere Preise als für gleiche Transporte auf längeren Strecken zu fordern (Long-and-short-haul-clause), sollten die Öffentlichkeit vor monopolistischer Ausbeutung schützen. das Verbot der Vereinigung konkurrierender Linien den Wettbewerb erhalten.⁵⁾

Diese einzelstaatlichen Regulierungsgesetze erwiesen sich jedoch aus einer Reihe von Gründen als wenig wirksam,⁶⁾ nicht zuletzt deshalb, weil die Staaten keine Möglichkeit hatten, auf den zwischenstaatlichen Verkehr einzuwirken.

-
- 1) Fair, Marvin L. und Williams, Ernest W.: Economics of Transportation; Revised Edition, New York 1959, S. 427/428.
 - 2) Ebenda, S. 430.
 - 3) Bigham, Truman C.: Transportation. Principles and Problems; 1. Auflage, New York 1947, SS. 112-114.
 - 4) Illinois, Iowa, Wisconsin und Minnesota.
 - 5) Bestimmungen nach: Locklin, P. D.: Economics...; a. a. O., S. 198-200.
 - 6) Ebenda, S. 200/201.

Nach längeren Vorbereitungen griff schließlich der Bund im Jahre 1887 mit dem Erlaß des 'Act to Regulate Commerce'¹⁾ in die Verkehrsüberwachung ein.

Von 1887 bis zum Jahr 1920 dauert die erste Etappe der Verkehrsregulierung durch den Bund. Eisenbahnen und Rohrleitungen sind die Hauptobjekte der Bundeskontrolle.

Kennzeichnend für diese Periode ist der Versuch der ICC, einen leistungsfähigen Überwachungsapparat aufzubauen, die Regulierung schrittweise den praktischen Erfordernissen anzupassen und - gegen den zeitweisen Widerstand des Obersten Gerichtshofs²⁾ - im Interesse einer angemessenen öffentlichen Verkehrsbedienung sowie einer Politik zur Erhaltung des Wettbewerbs im Eisenbahn- und Rohrleitungsverkehr mit überwiegend restriktiven Maßnahmen die Bewegungsfreiheit der Verkehrsträger einzuschränken. Nach den Eisenbahnen werden 1906 auch die Rohrleitungen zu öffentlichen Verkehrsträgern (Common Carriers)³⁾ erklärt und sind als solche allen Interessenten zu vernünftigen Bedingungen offenzuhalten. Der Wettbewerb soll durch das Verbot des Poolens zwischen Eisenbahngesellschaften sowie durch das Untersagen aller persönlichen und sachlichen Diskriminierungen erhalten werden. Die 1887 eingeführte 'Long-and-short-haul-clause' wird seit 1910 noch strenger angewendet. Neben einer Verpflichtung zu einheitlicher Buchführung und jährlichen Berichten an die ICC müssen die Eisenbahn- und Rohrleitungsbetriebe 'gerechte und vernünftige' Tarife (Just and reasonable rates), die keinerlei ungerechtfertigte Vor- oder Nachteile für die Verkehrsnutzer schaffen dürfen, setzen, veröffentlichen und einhalten. Anstelle ungesetzlicher Tarife darf die ICC seit 1906 Höchststraten festlegen.⁴⁾

Während die Regulierung des Rohrleitungsverkehrs sich in der Folgezeit mit speziellen Problemen dieses Verkehrsträgers befaßt - so z.B. mit der Frage der Mindesttransportmengen, des

1) Im Folgenden wird dieses seither vielfach abgeänderte und ergänzte Gesetz unter seinem späteren Namen 'Interstate Commerce Act' (ICA) zitiert.

2) Siehe hierzu den Überblick über die Perioden der Eisenbahnregulierung durch den Bund bei: Locklin, P.D.: Economics...; a.a.O., S. 258/259.

3) Ausgenommen sind die Rohrleitungen für Wasser und Gas und solche, nach denen keine öffentliche Nachfrage besteht.

4) Vorstehendes nach der Wiedergabe der einschlägigen Gesetzesinhalte bei: Locklin, P.D.: Economics...; a.a.O., SS. 208-222.

damit zusammenhängenden Ausschlusses von Konkurrenten und einer Tariffestsetzung, die als 'vernünftig' anzusehen ist und den Rohrleitungsbetrieben einen angemessenen Ertrag des eingesetzten Kapitals sichert¹⁾ - . beginnt auf dem Sektor der Eisenbahnregulierung nach dem Ende des kriegsbedingten Staatsbetriebs im Jahre 1920 eine Periode mit neuen verkehrspolitischen Aspekten, die bis zur Gegenwart andauert.

Die Überwachungsvorschriften werden durch den 'Transportation Act' von 1920 zunächst noch ausgebaut: Anstelle eines als unrechtmäßig erkannten Tariffs darf die ICC einen Festtarif vorschreiben,²⁾ zur Erhaltung eines echten Wettbewerbs darf sie Mindesttarife setzen,³⁾ die gemeinsame Benutzung von Bahnhofsanlagen anordnen⁴⁾ und Netzerweiterungen dann verbieten, wenn dadurch bestehende Linien geschädigt werden könnten.

Neben diese restriktiven Bestimmungen tritt seit 1920 eine Vielzahl anderer, die das Ziel verfolgen, den Eisenbahnen eine rentable Wirtschaftsführung im Interesse der Erhaltung ihrer Leistungsfähigkeit und der des gesamten Transportsystems zu ermöglichen.

Zentrales Problem ist dabei die Tarifgestaltung. Der Transportation Act von 1920 sieht vor, daß die Beurteilung der 'Vernünftigkeit' bestehender oder zukünftiger Tarife durch die ICC unter anderem anhand der Kostenlage der Gesamtzahl aller Eisenbahnen bei wirtschaftlicher Arbeitsweise erfolgen und daß ihnen insgesamt eine angemessene Verzinsung des eingesetzten Kapitals ermöglicht werden soll (Fair-Return-on-Fair-Value).⁶⁾ Im Jahre 1933⁷⁾ wird diese Fassung insoweit abgeändert, als die ICC als Maßstab für die Tarifbeurteilung die Wirkung auf das Verkehrsaufkommen zu berücksichtigen hat: Die zur adäquaten Leistungserstellung gerade noch erforderlichen Minimalkosten eines leistungsfähigen Betriebs und die hierzu notwendigen Einnahmen sind dabei als Kriterien heranzuziehen. Im Transportation Act von 1940 wird der Situation der Eisenbahnen ge-

1) Zu den Problemen der Regulierung des Rohrleitungsverkehrs siehe: Locklin, P.D.: Economics...; a.a.O., S. 606-611.

2) Ebenda, S. 236.

3) Ebenda, S. 231.

4) Ebenda, S. 235.

5) Ebenda, S. 232.

6) Neuer Abschnitt 15a des 'Interstate Commerce Act'; Quelle: Locklin, P.D.: Economics...; a.a.O., S. 228.

7) Im 'Emergency Transportation Act' von 1933. Quelle: Ebenda, S. 247/248.

genüber dem Aufkommen starker Konkurrenten insofern Rechnung getragen, als die Tariffestsetzungen nur die Lage der Eisenbahnen berücksichtigen dürfen und nicht das Verkehrsaufkommen anderer Verkehrsträger begünstigen sollen.¹⁾ Im Transportation Act von 1958 wird dieser Tatbestand nochmals betont in der Absicht, den Eisenbahnen die Möglichkeit zu geben, der Konkurrenz anderer Verkehrsträger wirkungsvoller als vorher begegnen zu können.²⁾

Ferner erhält die ICC im Jahre 1920 das Recht, innerstaatliche Tarife anzuheben, wenn dies für einen ordnungsgemäßen zwischenstaatlichen Verkehr notwendig erscheint.³⁾ Der Transportation Act von 1958 erleichtert den Eisenbahnen die Aufgabe unrentabler Relationen im zwischen- und innerstaatlichen Personenverkehr.⁴⁾

Neben Hilfsmaßnahmen zugunsten notleidender Eisenbahnen im 'Emergency Transportation Act' von 1933 und neuerdings im Transportation Act von 1958 gewinnen die Bestrebungen zur Schaffung rentabler Betriebe durch Zusammenlegung von Eisenbahnunternehmen und ihrer Streckennetze an Bedeutung. Nach dem Gesetz von 1920 kann die ICC Poolungsabkommen dann genehmigen, wenn es im Interesse besserer Dienste für die Öffentlichkeit liegt, die Wirtschaftlichkeit des Betriebsdienstes erhöht und den Wettbewerb nicht ungebührlich einschränkt.⁵⁾ Der Zusammenschluß von Eisenbahnen darf seit 1920 entsprechend einem von der ICC vorzulegenden Plan erfolgen. Im Jahre 1940 kommt diese Einschränkung in Wegfall: Die Zusammenlegung von Netzen bedarf jedoch weiterhin der Zustimmung der ICC, die diese vom Vorliegen eines öffentlichen Interesses abhängig macht.⁶⁾

Die vorstehenden Ausführungen haben einige Elemente der Überwachung von Eisenbahnen und Rohrleitungen durch den Bund herausgestellt. Die einzelstaatliche Regulierung der Rohrleitungen ist dagegen praktisch bedeutungslos, die der Eisenbahnen ist auf eine konsultative Mitwirkung bei der ICC-Regulierung

1) Im 'Emergency Transportation Act' von 1933. Quelle: Ebenda, S. 251.

2) Ebenda, S. 257/258.

3) Ergänzung zu Abschnitt 13 des 'Interstate Commerce Act'. Quelle: Ebenda, S. 234.

4) Neuer Abschnitt 13a zum 'Interstate Commerce Act' durch den 'Transportation Act' von 1958. Quelle: Locklin, P.D.: Economics...; a.a.O., S. 256/257.

5) Ebenda, S. 231.

6) Ebenda, S. 250/251.

beschränkt.¹⁾ Daneben verbleiben den einzelstaatlichen Regulierungsinstanzen in der Hauptsache die Kontrollen über die Beendigung von Eisenbahndiensten im innerstaatlichen Verkehr sowie über innerstaatliche Tarife, soweit hier nicht die ICC zum Schutz und zum Wirksamwerden der Regulierung des zwischenstaatlichen Verkehrs Eingriffsrechte hat.²⁾

Die Wandlungen in der Einstellung der Regulierungsträger zu den Eisenbahnen von 1871 bis zur Gegenwart haben ihren wichtigsten Grund in den Veränderungen auf dem Verkehrsmarkt. Die Eisenbahnen sind aus nur an der Gewinnmaximierung interessierten Monopolisten zu einem Verkehrsträger geworden, der sich - trotz seiner gestiegenen Leistungsfähigkeit - in den meisten einträglichen Relationen einer starken Konkurrenz zu erwehren hat, die seine Rentabilität stark schmälert. Erleichterungen für die Eisenbahnen, die es ihnen ermöglichen sollen, diesem Wettbewerb wirkungsvoller begegnen zu können, und eine schärfere Regulierung der übrigen Verkehrsträger sind die Mittel, mit deren Hilfe sich Bund und Einzelstaaten um ein Gleichgewicht im Verkehrswesen bemühen.

Einige wesentliche Merkmale der Regulierung von motorisiertem Straßenverkehr, Binnenschifffahrt und Luftverkehr seien im folgenden dargestellt.

Wie bei der Regulierung der Eisenbahnen, so ging auch bei der des motorisierten Straßenverkehrs die Initiative von den Einzelstaaten aus.³⁾ Anlaß hierzu war jedoch nicht ein öffentliches Aufbegehren gegen monopolistische Praktiken, sondern in erster Linie die Notwendigkeit, die Straßen vor übermäßiger Beanspruchung schützen und die Verkehrssicherheit gewährleisten zu müssen. Hinzu kamen als weitere Gesichtspunkte die Sicherstellung einer geregelten Verkehrsbedienung der Öffentlichkeit, die Vorsorge gegen einen ruinösen Wettbewerb zwischen den Kraftverkehrsbetrieben sowie die Notwendigkeit einer Koordinierung des Straßenverkehrs und der anderen Verkehrsträger.⁴⁾

Gemeindebehörden und Bezirksverbände regulieren den Straßenverkehr durch die Setzung von Benutzungsrichtlinien für lokale

1) Daggett, S.: Principles...; a.a.O., S. 597.

2) Locklin, P.D.: Economics...; a.a.O., S. 263 und 268.

3) Harper, Donald V.: Economic Regulation of the Motor Trucking Industry by the States; Urbana/Ill. 1959, S. 26.

4) Ebenda, S. 26/27.

Straßen und Verhaltensvorschriften für alle Verkehrsteilnehmer. Sie befassen sich ferner mit allen Problemen des Baus und der Unterhaltung von Straßen und wirken speziell auf den 'Verkehr für Andere'¹⁾ durch die Setzung von Betriebsvorschriften ein.²⁾

Die einzelstaatliche Regulierung des innerstaatlichen Straßenkraftverkehrs - obschon recht uneinheitlich - läßt sich wie folgt klassifizieren. Es bestehen einmal Regulierungsvorschriften für alle Arten des motorisierten Straßenverkehrs³⁾, betreffend Besteuerung, Geschwindigkeitsbegrenzungen, Betriebssicherheit, Größen- und Gewichtsbegrenzungen, Lizenztransfer etc.

Die Regulierung der 'Common Carriers' dient dem Zweck, die öffentliche Verkehrsbedienung sicherzustellen, die der 'Contract Carriers' soll als Ergänzung hierzu einmal den Common Carriers ein Ausweichen auf unregulierte Tätigkeitsgebiete unmöglich machen, zum anderen die stärker auf den Dienst an der Öffentlichkeit eingestellten Common Carriers davor bewahren, durch beweglichere - weil weniger stark regulierte - Konkurrenten geschädigt zu werden.⁴⁾

Die einzelstaatliche Regulierung des 'Verkehrs für Andere' beinhaltet u.a.:⁵⁾

(1) Common Carriers brauchen zur Betriebsaufnahme ein Zeugnis der einzelstaatlichen Regulierungsbehörde, daß der beabsichtigte Verkehrsdienst dem öffentlichen Interesse dient und in diesem notwendig ist (Certificate of Public Convenience and Necessity).

(2) Für Contract Carriers genügt eine Bestätigung, daß die Betriebsaufnahme sich mit dem öffentlichen Interesse verträgt (Permit). Außerdem unterliegt der Vertragsinhalt als der Grundlage der Tätigkeit der Regulierung.

(3) Für Common und Contract Carriers gelten u.a. gemeinsam: Die Regulierung der Beförderungspreise, Tarife und Gebühren; die Überwachung ihrer Finanzgebahrung, ihrer Fahrpläne, Strecken und bedienten Gebiete, ihrer Betriebsgröße und even-

1) Dieser umfaßt die (privaten) öffentlichen Verkehrsbetriebe mit Betriebspflicht (Common Carriers) sowie den gewerblichen Straßenkraftverkehr auf Vertragsbasis (Contract Carriers).

2) Hudson, William J. und Constantin, James A.: Motor Transportation Principles and Practices; New York 1958, SS. 471-473.

3) Ebenda, S. 471.

4) Ebenda, SS. 467-469.

5) Ebenda, S. 471.

tueller Zusammenschlüsse, ihrer Betriebseinrichtungen, der Dienststunden und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten, der Einhaltung der Versicherungspflicht.

Die bis 1925 von den Einzelstaaten ausgetübte Kontrolle auch über Teilbereiche des zwischenstaatlichen Verkehrs wurde durch Entscheidungen des Obersten Gerichtshofs in diesem Jahr unterbunden.¹⁾ Die Folge war, daß viele bisher innerstaatlichen Straßenverkehr betreibende Unternehmen auf den zwischenstaatlichen Verkehr auswichen, um den einzelstaatlichen Vorschriften wenigstens teilweise zu entgehen. Mit dem 'Motor Carrier Act' von 1935 schloß der Bund diese Lücke in der Regulierungsgesetzgebung. Dieses Gesetz, 1940 als Teil II in den 'Interstate Commerce Act' aufgenommen, regelt die Überwachung des zwischenstaatlichen motorisierten Straßenverkehrs und unterstellt dessen Betriebe der Aufsicht der ICC.

Während der private Eigenverkehr (auch als Werkverkehr) nur der Regulierung zur Erhaltung der Verkehrssicherheit unterworfen ist (Überwachung der Qualifikation und der Einhaltung der erlaubten Höchstzahl an Arbeitsstunden der Angestellten, Kontrolle der Betriebssicherheit und der vorgeschriebenen Ausrüstung), unterliegt der 'Verkehr für Andere' sowohl der Sicherheits- als auch der wirtschaftlichen Regulierung. Die schärfste Kontrolle trifft die Common Carriers. Neben den für die Private Carriers geltenden Sicherheitsvorschriften besteht die wirtschaftliche Regulierung der öffentlichen Verkehrsbetriebe aus folgenden Hauptpunkten:

(1) Zur Betriebsaufnahme ist ein 'Certificate of Public Convenience and Necessity' erforderlich, wobei neben dem öffentlichen Interesse an der Betriebsaufnahme auch geprüft wird, ob der Bewerber 'fit, willing and able' ist, den öffentlichen Dienst adäquat zu erfüllen.²⁾

(2) Zusammenschlüsse und kapitalmäßige Beherrschung können von der ICC dann genehmigt werden, wenn sie mit dem öffentli-

1) Hudson, W.J. und Constantin, J.A.: Motor Transportation...; a.a.O., S. 469.

2) Taff, Charles A.: Commercial Motor Transportation, Revised Edition, Homewood/Ill. 1955, S. 485.

3) Locklin, P.D.: Economics...; a.a.O., S. 685/686.

chen Interesse zu vereinbaren sind.

(3) Die Finanzgebarung unterliegt einer Kontrolle, bestimmte Transaktionen sind genehmigungspflichtig.

(4) Es besteht eine weitreichende Versicherungspflicht.

(5) Tarife für die Güter- und Personenbeförderung müssen 'vernünftig' sein und dürfen keine ungerechtfertigten Diskriminierungen enthalten. Sie sind zu veröffentlichen, strikt einzuhalten und dürfen erst nach einer Wartefrist geändert werden.

(6) Anstelle ungerechtfertigter Tarife darf die ICC Höchst-, Mindest- oder Festtarife setzen.

(7) Die ICC hat die Rechtsprechungsbefugnis über die Ordnungsmäßigkeit der Betriebsdienste; sie kann Berichte verlangen und eine einheitliche Buchführung vorschreiben.¹⁾

Die Contract Carriers unterliegen in bezug auf Sicherheitsvorschriften, Berichtspflicht, Buchführung, Finanzgebarung und Zusammenschlüsse den eben genannten Bestimmungen in gleicher Weise. Unterschiede in der Regulierung bestehen darin, daß

(1) für sie ein 'Permit' zur Betriebsaufnahme genügt. Es wird hierfür lediglich verlangt, daß der neue Betrieb dem öffentlichen Interesse nicht entgegensteht,

(2) die Vorschriften über Vereinbarungen weniger weitreichend sind,

(3) die ICC lediglich Mindesttarife vorschreiben darf,

(4) seit 1957 die Contract Carriers ihre tatsächlichen Tarife zu veröffentlichen und einzuhalten haben.²⁾

Die einzelstaatliche Regulierung der amerikanischen Binnenschifffahrt³⁾ ist praktisch unbedeutend.⁴⁾ Die Bundesregulierung hat einige Bedeutung erst seit dem 'Transportation Act' von 1940. Vorher hatte der 'Shipping Act' von 1916 die zwischenstaatliche Schifffahrt auf den Großen Seen der Aufsicht des 'United States Shipping Board' unterstellt, allerdings dabei nur die Common Carriers erfaßt: Konferenzabsprachen erklärte er für gültig, wenn die Überwachungsbehörde ihre Zu-

1) Locklin, P.D.: Economics...; a.a.O., S. 669-671.

2) Ebenda, S. 671.

3) Hierunter wollen wir verstehen die Schifffahrt auf den Großen Seen, dem Flußsystem des Mississippi (mit Ohio), die Küstenschifffahrt und die auf den Strömen, die kurz vor ihrer Mündung befahrbar sind.

4) Daggett, S.: Principles...; a.a.O., S. 596.

stimmung gegeben hat: zur Erhaltung des Wettbewerbs und zur Verhinderung einer ruinösen Konkurrenz verbot er Tarifierhöhungen, wenn vorher mit gesenkten Tarifen eine Ausschaltungskonkurrenz betrieben worden war. Er untersagte diskriminierende Praktiken und Kampfmaßnahmen gegen konkurrierende Linien. Zum Schutz der Verfrachter vor monopolistischem Verhalten verlangte das Gesetz die Veröffentlichung 'vernünftiger' Höchsttarife und deren Einhaltung. Die Tarife hatten 'gerecht und vernünftig' zu sein. Anstelle 'unvernünftiger' Höchsttarife durfte der 'Board' neue festsetzen.¹⁾

Seit dem Transportation Act von 1940 liegt die Überwachung des zwischenstaatlichen Binnenschiffsverkehrs in den Händen der ICC. Von Teil I dieses Gesetzes gelten für die Binnenschifffahrt die - der Eisenbahnregulierung entsprechenden - Vorschriften über die 'Long-and-short-haul-clause', über Poolungsabkommen und über Zusammenschlüsse.²⁾ Der der Binnenschifffahrt vorbehaltene Teil III des Gesetzes unterscheidet bei der Regulierung zwischen Common und Contract Carriers.

Für erstere gelten die von Eisenbahn- und Straßenverkehr bekannten Regulierungsvorschriften ('Certificate of Public Convenience and Necessity' ist zur Betriebsaufnahme erforderlich: Tarife sollen 'gerecht und vernünftig' sein und keine Diskriminierungen und Bevorzugungen enthalten. Anstelle ungerechtfertigter Tarife darf die ICC Höchst-, Mindest- oder Höchst- und Mindesttarife festsetzen, diese jedoch nicht so bestimmen, daß ein anderer Verkehrsträger dadurch begünstigt wird. Berichtspflicht der Betriebe und Verpflichtung zur Einhaltung von Buchführungsrichtlinien).³⁾

Die Regulierung der Contract Carriers weist dagegen folgende Unterschiede auf: es genügt ein 'Permit' zur Betriebsaufnahme, 'vernünftige' Mindesttarife sind zu veröffentlichen und einzuhalten, die ICC darf solche gegebenenfalls vorschreiben.⁴⁾

Nur in Ausnahmefällen darf die ICC genehmigen, daß Binnenschiffahrtbetriebe sowohl ein 'Certificate' als 'Common Carrier' als auch ein 'Permit' als 'Contract Carrier' besitzen.⁵⁾

1) Vorstehendes nach Locklin, P.D.: Economics..., a.a.O., S. 733-736.

2) Ebenda, S. 741.

3) Ebenda, S. 743/744.

4) Ebenda, S. 745.

5) Ebenda, S. 745/746.

Die Regulierungsvorschriften für die Binnenschifffahrt sind jedoch von einer Vielzahl von Ausnahmen durchbrochen: nach einer Schätzung der ICC gelten sie nur für etwa 10 % der auf den Binnenwasserwegen beförderten Gütermenge.¹⁾ Ausnahmen bestehen z.B. für bestimmte Massengütertransporte, für Contract Carriers, wenn sie in keinerlei Konkurrenzbeziehungen zu Common Carriers stehen, für Flüssigkeitstransporte in Tankschiffen und für alle Arten von privatem Eigenverkehr (auch Werkverkehr).²⁾

Die Regulierung des Luftverkehrs wird von Bund und Einzelstaaten ausgeübt und umfaßt die Überwachung der Verkehrssicherheit und der wirtschaftlichen Aktivität der Luftverkehrsbetriebe. Die einzelstaatliche wirtschaftliche Regulierung des Luftverkehrs wird von den einzelnen Staaten sehr unterschiedlich gehandhabt; einige Staaten verzichten sogar auf sie. Da der Bund keine Überwachung des innerstaatlichen Luftverkehrs auf wirtschaftlichem Gebiet ausübt, steht den Staaten offen, auf folgenden Gebieten regulierend einzugreifen:

- (1) Sie können die Betriebsaufnahme von dem Besitz eines von ihnen auszustellenden Zertifikates abhängig machen.
- (2) Sie haben die Möglichkeit, die Tarife zu kontrollieren, regelmäßig Berichte zu verlangen sowie die Betriebsdienste, die Finanzgebarung und Zusammenarbeit und Zusammenschlüsse zwischen den Luftverkehrsunternehmen zu regulieren.³⁾

Die wirtschaftliche Regulierung des zwischenstaatlichen Luftverkehrs durch den Bund beginnt erst eigentlich mit dem 'Civil Aeronautics Act' von 1938. In früheren Gesetzen befaßte sich der Gesetzgeber in erster Linie mit der Vorschrift von Entwicklungs-, Förderungs- und Sicherheitsüberwachungsmaßnahmen; Regulierungsvorschriften wirtschaftlicher Art betrafen nur die postfördernden Luftverkehrsbetriebe.⁴⁾ Auf der Grundlage des 'Civil Aeronautics Act' von 1938 und des 'Federal Aviation Act' von 1958 wird die Regulierung des zwischenstaatlichen Luftverkehrs ausgeübt vom 'Civil Aeronautics Board' (CAB) (für wirtschaftliche Fragen) und von der 'Federal Aviation Agency' (FAA)

1) Locklin, P.D.: Economics...; a.a.O., S.742.

2) Fair, M.L. und Williams, E.W.: Economics...; a.a.O., S.477.

3) Daggett, S.: Principles...; a.a.O., S.604/605.

4) United Research Incorporated: Federal Regulation of the Domestic Air Transport Industry; Cambridge/Mass. 1959, S.A-1/A-2.

(Aufgabenbereich: Flugsicherung, ...¹⁾) Als wirtschaftliche Regulierung befaßt sie sich - im Gegensatz zu der der anderen Verkehrsträger - nur mit den Common Carriers im Luftverkehr sowie allen postbefördernden Fluggesellschaften. Für diese Gruppen bestehen u.a. folgende Vorschriften:

- (1) Zur Betriebsaufnahme ist ein 'Certificate of Public Convenience and Necessity' erforderlich.
- (2) Tarife für die Beförderung von Gütern und Personen sind zu veröffentlichen, dem CAB mitzuteilen und strikt einzuhalten. Falls die Tarife nicht 'gerecht und vernünftig' sind, darf der CAB an ihrer Stelle Festraten, Höchst- oder Mindestraten oder Höchst- und Mindestraten festlegen.
- (3) Ungebührliche Bevorzugungen oder Benachteiligungen von Benutzern sind untersagt.
- (4) Stilllegungen von Strecken sowie Abmachungen über Zusammenarbeit oder Fusionen bedürfen der Genehmigung des CAB.
- (5) Die Gesellschaften haben für einen ordnungsgemäßen Betriebsdienst zu sorgen und die Ausrüstungsvorschriften einzuhalten.
- (6) Es besteht eine Berichtspflicht an den CAB; Richtlinien für eine einheitliche Buchführung der Luftverkehrsbetriebe sind einzuhalten.
- (7) Der CAB hat das Recht, gegen unfaire Wettbewerbsmethoden vorzugehen sowie gegen eine Irreführung der Benutzer; er kann gegen solche Praktiken 'Cease-and-Desist-Orders'²⁾ erlassen.³⁾

Als Grundlage einer Beurteilung der Rechtmäßigkeit von Tarifen hat der CAB u.a. in Betracht zu ziehen:

- (1) Die Wirkung der Tarife auf das Verkehrsaufkommen,
- (2) die Notwendigkeit, im öffentlichen Interesse eine adäquate und leistungsfähige Verkehrsbedienung zu möglichst niedrigen Kosten zu erreichen,
- (3) die einer Beförderung durch Flugzeuge innewohnenden Vorteile,
- (4) die für die Luftverkehrsbetriebe bestehende Notwendigkeit, Einnahmen in der Höhe zu erzielen, daß bei wirtschaftlicher und korrekter Betriebsführung ein leistungsfähiger Betrieb er-

1) Locklin, P.D.: Economics...; a.a.O., S. 792.

2) Hierdurch wird den Betrieben auferlegt, die verurteilten Praktiken in Gegenwart und Zukunft zu unterlassen.

3) Locklin, P.D.: Economics...; a.a.O., SS. 789-791.

möglichst wird.¹⁾

Eine Besonderheit gegenüber den Regulierungsvorschriften für die anderen Verkehrsträger ist die Ausnahmeregelung, daß der CAB einzelne Luftverkehrsbetriebe oder Gruppen von solchen von jeder der genannten restriktiven Bestimmungen befreien darf, wenn diese eine unzumutbare Belastung der Betriebe bedeuten würden.²⁾

ec) Staatliche Hilfen für die Verkehrsträger.

Die staatlichen Eingriffe in den Verkehrsbereich sind zwar vorwiegend beschränkender Art; daneben finden sich jedoch in den Grundsatzserklärungen des Gesetzgebers zur Verkehrspolitik mehrfach Hinweise auf das Ziel einer staatlichen Förderungspolitik zugunsten einzelner Verkehrsträger und des gesamten Verkehrsapparats.³⁾

Die Praxis der staatlichen Förderung erfaßt alle Verkehrszweige. Neben den schon erwähnten Unterstützungen für die Eisenbahnen, die von den Landschenkungen im 19. Jahrhundert bis zu den Bundesbürgschaften für Darlehen an notleidende Eisenbahnen im Transportation Act von 1958 reichen, haben auch die Rohrleitungsunternehmen von den Landschenkungen des Staates - wenn auch in wesentlich geringerem Maße als die Eisenbahnen - profitiert.⁴⁾ Die bedeutenden Investitionen der öffentlichen Hand im Straßenbau haben die Grundlage für das schnelle Wachstum des motorisierten Straßenverkehrs in nationalem Ausmaß gelegt. Der Binnenschiffahrt wird durch die Abgabefreiheit der Binnenwasserstraßen und die beträchtlichen Aufwendungen des Staates zu ihrem Ausbau und ihrer Unterhaltung ein beachtlicher Wettbewerbsvorteil gewährt.⁵⁾ Schließlich⁶⁾ ist hier noch die Luftfahrt zu nennen, die in starkem Maße von der staatlichen Förderung abhängt: Neben den Finanzierungshilfen für Einrich-

1) Locklin, P.D.: Economics...; a.a.O., S.791.

2) Quelle: United States Code; Vol.5; a.a.O., S.7226.

3) Beispiele: Präambel zum Transportation Act von 1940 (Quelle: United States Code; Vol.5; a.a.O., S.7107/7108) und die 'Declaration of Policy' des Civil Aeronautics Act von 1938 (Quelle: Ebenda, S.7204).

4) Koontz, H. und Gable, R.W.: Public Control...; a.a.O., S.634.

5) Fair, M.L. und Williams, E.W.: Economics...; a.a.O., S.124.

6) Die Seeschiffahrt wurde als nicht zum Binnenverkehr zählend ausgeklammert.

tung, Erhaltung, Ausbau und Betrieb von Flughäfen¹⁾ erhalten die Luftverkehrsgesellschaften Betriebssubventionen, die einmal als (großzügige) Ausgleichszahlungen für Posttransportdienste praktisch allen Luftlinien zukommen, zum anderen besonders dem lokalen Zubringerflugverkehr eine ausreichende Existenzgrundlage bieten sollen.²⁾

ed) Die Teilordnung des Verkehrs: Das Problem der Koordination

Die in den beiden vorhergehenden Abschnitten gebotene Übersicht über das Ausmaß der staatlichen Interventionen im Verkehrssektor zeigt den Willen der verantwortlichen Staatsorgane, die Aktivität der privaten Verkehrsträger gemäß ihren Zielsetzungen³⁾ in bestimmte Bahnen zu lenken. Der Staat erstrebt eine Koordination aller Verkehrszweige im Interesse einer optimalen Verkehrsbedienung der Öffentlichkeit und der Erhaltung des Wettbewerbs im Verkehr, ohne dabei die einer privatwirtschaftlichen Tätigkeit innewohnenden Vorteile zerstören zu wollen.

Wir haben bereits bei der Behandlung anderer Wirtschaftsbereiche auf die besonderen Schwierigkeiten hingewiesen, die dem gleichzeitigen Anstreben dieser beiden Zielsetzungen im Wege stehen: Die privaten Betriebe haben - im Rahmen der Regulierungsvorschriften - weiterhin ihre volle Bewegungsfreiheit und nützen diese, indem sie im zwangsläufig lückenhaften Regulierungsschema immer wieder Möglichkeiten suchen, eine vom Gesetzgeber nicht gewünschte, aber in den Statuten nicht immer untersagte Aktivität im Interesse ihrer Gewinnmaximierung zu entfalten.

Trotz der Beweglichkeit der Regulierungskommissionen und der Vielzahl ihrer Vollmachten ist das amerikanische Verkehrswesen in der Praxis noch nicht zu dem 'Nationalen Verkehrssystem' geworden, das der Gesetzgeber seit dem Transportation Act von 1940 erreichen will.

1) Grundlage: 'Federal Airports Act' von 1946. Über das Ausmaß der Staatshilfen informiert: Staff Report on Federal Aid to Airports; o.G., Juni 1955, S. 7 ff.

2) Von den für Nicht-Postsubventionen 1959 aufgewendeten \$ 51 Mio. ging praktisch der gesamte Betrag an die lokalen planmäßigen Dienste von Fluggesellschaften, während in diesem Jahr erstmals die 12 Hauptlinienbetriebe mit planmäßigem Verkehr (Trunklines) ohne diese Subventionen auskommen konnten. Quelle: Annual Report of the Civil Aeronautics Board 1959; Washington 1960, S. 18-20.

3) Über die Zielsetzungen siehe oben S. 102.

Nach der Darstellung der beschränkenden und fördernden Maßnahmen des Staates wollen wir die Ordnung im Verkehrswesen der USA dadurch erkennen, daß wir - am Beispiel von Einzelproblemen der amerikanischen Verkehrspolitik - die Diskrepanzen zwischen den Ordnungsvorstellungen des Staates und den praktischen Auswirkungen der Gesetze aufzeigen.¹⁾

(1) Regulierungsfreistellung für die Private Carriers.

Der reine Privatverkehr einschließlich des Werkverkehrs wird von der wirtschaftlichen Regulierung praktisch nicht erfaßt. Die Folge ist, daß den regulierten Common und Contract Carriers dadurch eine unlautere Konkurrenz - z.B. durch den 'unechten Werkverkehr' - entsteht, und daß sich 'graue Märkte' für Verkehrsleistungen bilden. Hierdurch wird die Rentabilität der stärker der Öffentlichkeitsarbeit verpflichteten Verkehrsbetriebe geschmälert und dadurch ihre Leistungsfähigkeit beeinträchtigt.

(2) Private und Contract Carriers gefährden die Öffentlichkeitsarbeit der Common Carriers.

Neben der Freiheit der Private Carriers von der Regulierung führt die relativ schwache Überwachung der Contract Carriers dazu, daß diese Gruppen im Interesse ihrer Gewinnmaximierung versuchen, in Arbeitsbereiche der Common Carriers einzudringen. Da letztere durch ihre Betriebspflicht und das Ausmaß der Regulierung sehr stark gebunden sind und diesem Wettbewerb nicht wirkungsvoll begegnen können,²⁾ hat sich für die Common Carriers eine echte Notlage ergeben.

(3) Die Eisenbahnen ein Monopolbetrieb?

Trotz einer Vielzahl von Erleichterungen wird die Regulierung der Eisenbahnen immer noch am strengsten durchgeführt. Beobachter führen dies auf die starre Haltung der verantwortlichen Stellen zurück, die in den Eisenbahnen immer noch den früheren

-
- 1) Die folgenden Darlegungen sind eine Auswahl von Problemen, die von den an der Verkehrspolitik interessierten Kreisen in Zeitschriften, Gutachten und Büchern aufgegriffen und meist mit dem Ziel veröffentlicht wurden, Schwächen der bisherigen Förderungs- und Regulierungsprogramme darzulegen und Wege zu einer Neuorientierung zu weisen.
 - 2) So bindet ihnen z.B. die 'Long-and-short-haul-clause' sowie der fehlende Spielraum in der Tarifpolitik die Hände und verhindert eine Beweglichkeit im Wettbewerb.

Monopolisten sehen, dessen Willkür es einzuschränken gilt. In Wirklichkeit haben die Eisenbahnen ihre Monopolstellung nicht nur längst verloren, sie sind sogar wegen der günstigen Entwicklungsbedingungen anderer Verkehrsträger und der Strenge der Regulierungsbestimmungen in die Defensive gedrängt worden. Maßgebende Kritiker der gegenwärtigen verkehrspolitischen Maßnahmen fordern für die Eisenbahnen wie für die Common Carriers ganz allgemein größere Freiheiten, um dem Wettbewerb besser begegnen zu können und ihre eigene Leistungsfähigkeit voll zur Entfaltung bringen zu können. Beschränkung der Tariffestlegungen auf die Setzung vernünftiger Höchst- und Mindesttarife, innerhalb derer die Common Carriers tarifpolitisch freie Hand haben sollen, wird als ein Ausweg aus der Kalamität empfohlen.

(4) Ausnahmebestimmungen schwächen die Common Carriers.

Hier sind besonders die Regulierungsausnahmen für Massengütertransporte auf den Binnenwasserstraßen sowie für den Transport landwirtschaftlicher Güter zu nennen. Durch sie werden ertragreiche Verkehrsströme von den öffentlichen Verkehrsträgern der Binnenschifffahrt, der Eisenbahnen und des motorisierten Straßenverkehrs abgelenkt.

(5) Die Einstellung von Diensten ist erschwert.

Sind den Common Carriers durch die Konkurrenz nicht oder weniger scharf regulierter Verkehrsträger Verluste entstanden, die bestimmte Betriebsdienste unrentabel machen, so ergeben sich für die öffentlichen Verkehrsbetriebe erhebliche Schwierigkeiten, wenn sie diese Dienste aufgeben wollen. Die Verluste bis zur Aufgabeerlaubnis schwächen die Common Carriers.

(6) Durch gewerkschaftlichen Druck auf Eisenbahn- und Kraftverkehrsunternehmen wegen Arbeitszeitverkürzungen ist es in beiden Verkehrszweigen zu Übersetzungen mit Arbeitskräften gekommen, was die Wettbewerbslage beider Bereiche beeinträchtigt.

(7) Ungleiche Belastungen und Förderungen verzerren die Wettbewerbsstruktur.

Als Beispiel mögen die Verhältnisse bei Eisenbahn und Binnenschifffahrt dienen. Letztere ist weitgehend von der Regulierung befreit, während die Eisenbahn als Konkurrent einer starken Kontrolle und Beschränkung unterliegt. Während erstere - wie

teilweise auch der Luftverkehr und der motorisierte Straßenverkehr - für ihre Wegekosten nicht aufzukommen hat, müssen diese von den Eisenbahnen in voller Höhe selbst getragen werden. Dieser Tatbestand führte zu der Forderung nach Tarifen, die die echten volkswirtschaftlichen Kosten jedes Verkehrsträgers zur Grundlage haben.

Die Subventionen stellen gleichfalls eine Verzerrung der Wettbewerbsstruktur dar.

(8) Die gegenwärtige Regulierung behandelt die erfaßten Verkehrsträger durch ein weitgehend einheitliches System von Bestimmungen. Hierdurch wird der Tatsache nicht Rechnung getragen, daß die einzelnen Verkehrsträger mit völlig verschiedenen Voraussetzungen in den Wettbewerb eintreten.

(9) Eine einheitliche Verkehrsregulierungsbehörde.

Die Koordination der Verkehrspolitik der USA wird u.a. dadurch erschwert, daß mehrere Regulierungskommissionen nebeneinander bestehen und auf verschiedene Bereiche der Verkehrswirtschaft Einfluß nehmen. Die Schaffung einer einheitlichen Verkehrsregulierungsbehörde kann eine bessere Möglichkeit zur Koordination bringen.

Auch der Verkehrssektor zeigt uns nach Vorstehendem eine private Wirtschaftsführung mit starken und umfassenden Interventionen des Staates zur Verwirklichung seiner Ordnungsvorstellungen für diesen Bereich. Die Praxis zeigt jedoch, daß der aus verschiedenen Ursprüngen zusammengewachsene Eingriffsapparat bis zur Gegenwart nicht in der Lage war, eine befriedigende Koordination aller Verkehrsträger zu einem 'nationalen Verkehrssystem' zu erreichen.

f) Das Geld- und Bankwesen der USA.

fa) Allgemeine Struktur- und Ordnungsmerkmale.

Wie der Wirtschaftsbereich des Verkehrs, so hat auch das Geld- und Bankwesen eines hochentwickelten Landes eine überragende gesellschaftliche und speziell wirtschaftliche Bedeutung.

In beiden Sektoren dominieren in den USA die privaten Wirtschaftseinheiten, allerdings jeweils in der freien Gestaltung ihrer Wirtschaftsführung beschränkt durch eine Vielzahl von

Vorschriften öffentlicher oder quasi-öffentlicher Institutionen. Unterschiede in der Wirksamkeit dieser Reglementierungen der beiden Wirtschaftsbereiche erklären sich aus ihrer verschiedener Struktur sowie aus der Anlage der Regulierung. So gelingt es der öffentlichen Hand, durch die Einspannung der Bankbetriebe in einen vielschichtigen Aufsichtsapparat und durch die Schaffung von Abhängigkeitsverhältnissen ein wirkungsvolles Regulierungs-'System' aufzubauen, was im Verkehrswesen bisher nicht gelungen ist.

Der Staat sieht im Geldwesen ein Instrument zur Erreichung der allgemeinen Zielsetzungen seiner Wirtschaftspolitik und zur Steuerung der Gesamtwirtschaft. Daneben versucht er - seit dem ersten Weltkrieg und in verstärktem Maße seit der Weltwirtschaftskrise -, mit öffentlichen Bank- und Kreditinstitutionen - gemäß seiner auf Ausgleich gerichteten ökonomischen Grundidee - spezielle Förderungsaufgaben zu erfüllen. Wir haben deshalb im Geld- und Bankwesen der USA zu unterscheiden zwischen einem öffentlichen und einem privaten Bereich, wobei in letzterem staatliche Eingriffe und Vorschriften sowie - für die knappe Hälfte¹⁾ der Bankinstitute zutreffend - eine Steuerung der Geschäftspolitik durch eine öffentliche Oberinstanz zu finden sind.

fb) Die Entwicklung des Geld- und Bankwesens der USA bis zur Gegenwart (in Grundzügen).

Die Verfassung der Vereinigten Staaten gibt dem Bund das Recht, "Geld zu prägen und dessen Wert zu regeln".²⁾ gestattet ihm jedoch nicht ausdrücklich, ein eigenes Bankensystem aufzubauen. Die Verleihung einer auf 30 Jahre befristeten Konzession an die 'First Bank of the United States' durch den Kongreß (1791) rief deshalb alle Gegner einer Stärkung der Bundesmacht auf den Plan die u.a. die Verfassungswidrigkeit dieser Zentralbank behauptete-

1) Diese 'knappe Hälfte', die Mitgliedsbanken des 'Federal Reserve System', hält jedoch rund 85 % der Sichtdepositen aller Banken. Quelle: Land, James N.: The Federal Reserve Act; in: Prochnow, Herbert V. (Herausgeber): The Federal Reserve System; New York 1960, S. 31.

2) Artikel I Abschnitt 8, der Verfassung. Quelle: United States Code; Vol. I; a.a.O., S. XLI.

ten.¹⁾ Die gegensätzlichen ordnungspolitischen Auffassungen von Hamilton und Jefferson²⁾ prallten in diesem Streit hart aufeinander. Die zu vier Fünfteln in Privatbesitz befindliche Bank wirkte bis 1811 als Kassenhalter des Staates und als Notenbank, gab in begrenzter Höhe Kredite und bemühte sich, durch ihre Einwirkungsmöglichkeit auf die Banknotenausgabe der einzelstaatlich konzessionierten Bankinstitute, um die Schaffung gesunder Währungsverhältnisse.³⁾

Diese Zentralbank scheiterte jedoch - ebenso wie die für die Zeit von 1816 bis 1836 vom Bund konzessionierte 'Second Bank of the United States' - am permanenten Widerstand der Verfechter der einzelstaatlichen Bankenhöheit und verschiedener privater Interessen, die in den Präsidenten Jefferson und Jackson einflußreiche Persönlichkeiten auf ihrer Seite hatten.⁴⁾

Neben diesen mißglückten Versuchen des Bundes, das Geld- und Bankwesen des Landes durch die Errichtung einer Zentralbank zu ordnen, ist für die Periode von etwa 1785 bis 1863 die einzelstaatliche Bankenpolitik von Bedeutung.

Bis zum Jahre 1838 war zur Begründung einer (privaten) Bankgesellschaft auf Kapitalbasis eine einzelstaatliche Charter erforderlich, die durch ein besonderes Gesetz verliehen werden mußte.⁵⁾

Im Jahre 1838 begann sich im Staate New York - und bald darauf in einer Reihe weiterer Staaten - das System des 'Free Banking' zu etablieren: zum Betrieb einer Bankgesellschaft war nicht mehr die Erlangung einer Charter durch besonderen Gesetzesakt erforderlich; die von den einzelnen Banken ausgegebenen Noten waren durch Staatsobligationen zu decken, zur Sicherung der Einlagen wurde das Halten von Reserven vorgeschrieben. Schließlich hatten sich die Banken der regelmäßigen Überprüfung ihrer Geschäftsgebarung durch einzelstaatliche Organe zu unterwerfen.⁶⁾

Diesem System gelang es jedoch nicht, eine gesunde Bank- und

1) Geisler, Rudolf: Notenbankverfassung und Notenbankentwicklung in USA und Westdeutschland; Berlin 1953, S. 22.

2) Hierzu siehe oben S. 50, Fußnote 2.

3) Geisler, R.: Notenbankverfassung...; a.a.O., S. 22/23.

4) Kroos, Herman E.: The Historical Background of the Federal Banking System; in: Prochnow, H.V. (Herausgeber): The Federal Reserve System; a.a.O., SS. 4 und 8.

5) Hart, Albert G.: Money, Debt and Economic Activity; New York 1948, S. 25.

6) Kroos, H.E.: The Historical Background...; a.a.O., S. 10.

Währungsordnung zu schaffen. Die staatliche Überwachung wurde in den meisten Staaten sehr lax durchgeführt, mit dem Ergebnis, daß die Nichtbeachtung der Vorschriften und betrügerische Manipulationen seitens vieler Banken zu einer starken Unsicherheit im Geldwesen führten. Hierzu kamen alle Mängel, die aus dem Fehlen der Koordination des Bankwesens rührten: der Währung fehlte die Einheitlichkeit und Wertbeständigkeit (excessive Notenausgabe durch die Banken ohne Beachtung der Deckungsvorschriften), Schwierigkeiten im Clearing bestanden, die Banknotenfälschung nahm einen starken Aufschwung, begünstigt durch die Vielzahl der umlaufenden Notenarten.¹⁾²⁾

Die Schädigungen der Öffentlichkeit hierdurch veranlaßten den Bund im Jahre 1863, erneut einen Versuch zur Ordnung des Bank- und Währungswesens zu unternehmen. Der 'National Banking Act' von 1863 sah den Aufbau eines Systems vom Bund konzessionierter und überwachter 'Nationalbanken' (National Banks) vor. Diese Banken sollten als private Institute einer Bundesaufsicht unterstehen,³⁾ Mindestkapitalerfordernissen genügen und in ihren Geschäften an bestimmte Richtlinien (hinsichtlich Deckungsvorschriften etc.) gebunden sein. Nachdem im Jahre 1866 die Notenausgabe der 'State Banks' einer prohibitiven Besteuerung unterworfen worden war, hatten die Nationalbanken praktisch das Monopol der Banknotenausgabe.⁴⁾ Dies veranlaßte eine Vielzahl von State Banks zum Eintritt in das Nationalbankensystem, obgleich die Überwachung und Reglementierung durch den Bund wesentlich strenger war als die durch die Einzelstaaten. Die Neuorganisation brachte die Vorteile einer Einheitlichkeit der Noten und einer größeren Sicherheit im Bankwesen. Ihre Nachteile lassen sich in folgenden Punkten zusammenfassen:⁵⁾

(1) Die Nationalbanken bildeten nur hinsichtlich der einheit-

-
- 1) Niessner, Richard: Zur Geschichte des amerikanischen Bankwesens; in: 'Österreichisches Bank-Archiv', Nr. IX/1954, S. 301.
 - 2) Im Jahre 1861 war die Zahl der Banken auf 1.600 gestiegen. Diese gaben über 7.000 verschiedene Notenarten aus. Man rechnet, daß daneben über 5.000 gefälschte Sorten bestanden. Quelle: Geisler, R.: Notenbankverfassung...; a.a.O., S. 26.
 - 3) Als Aufsichtsbehörde wurde das Amt des 'Comptroller of the Currency' geschaffen.
 - 4) Kroos, H.E.: The Historical Background...; a.a.O., S. 11.
 - 5) Quellen: Ebenda, S. 12 und: Niessner, R.: Zur Geschichte...; a.a.O., S. 302/303.

lichen Überwachungsvorschriften ein System; sie betrieben ihre Geschäfte als unabhängige Einzelinstitute. Die fehlende Zusammenarbeit zwischen ihnen ließ eine ihnen übergeordnete Zentralbank mit Koordinierungsaufgaben stark vermissen.

(2) Die Vorschrift, daß die ausgegebenen Noten voll durch Staatsanleihen gedeckt sein mußten, führte zu einer Unelastizität der Währung. Die Banken konnten die Notenausgabe nicht den Erfordernissen der Wirtschaft anpassen, sondern mußten sie an der Verfügbarkeit der Deckungsmittel ausrichten. Die Folgen waren mangelnde Kreditexpansionsmöglichkeiten im Aufschwung und Schwierigkeiten bei der Kreditkontraktion im Abschwung.

(3) Die Nationalbanken hatten die Auflage, für ihre Einlagen in bestimmter Höhe Reserven zu halten. Sie deponierten diese meist gegen Zinsertrag in New Yorker Instituten, die diese Mittel wiederum ausliehen. Sahen sich die Banken gezwungen, ihre Reserven aus New York zurückzurufen, so ergaben sich hierdurch regelmäßig krisenhafte Auswirkungen, da die New Yorker Banken Kredite kündigen mußten, was eine Reihe weiterer Kontraktionen bewirkte.

Das Bankwesen der USA blieb bis zum Jahre 1914 weiterhin ohne eine einheitliche Organisation. Neben den Nationalbanken und den einzelstaatlich konzessionierten Banken als Handelsbanken (Commercial Banks) erreichten in den Jahrzehnten zwischen Bürgerkrieg und erstem Weltkrieg die Privatbankhäuser den Höhepunkt ihrer Bedeutung für das Wirtschaftsleben der USA. Ihre Zahl übertraf zwischen 1880 und 1900 die der Nationalbanken;¹⁾ sie betätigten sich besonders auf dem Gebiet des Anlagekredits und es gelang ihnen zeitweise, bedeutende Teile von Industrie und Handel unter ihre Kontrolle zu bringen.²⁾

Das Jahr 1914 brachte eine weitere Reform des Geld- und Bankwesens durch den Bund. Auf der Grundlage des 'Federal Reserve Act' von 1913 entstand ein - bis heute im Prinzip beibehaltenes - zweistufiges dezentralisiertes Zentralbankensystem.³⁾

- 1) Übersicht bei: Geisler, R.: Notenbankverfassung...; a.a.O., S. 41 ff.
- 2) Furth, J. Herbert: Nationale Banksysteme, VI: Vereinigte Staaten von Amerika; in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Band 1, Göttingen 1956, S. 622.
- 3) Folgendes nach: Hohlfield, Hans H.: Ausländische Bankensysteme; in: Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, 3. Auflage, 1956, Stuttgart 1956, Spalte 510/511. Ferner: Geisler, R.: Notenbankverfassung...; a.a.O., S. 41-47 und S. 56 ff. Und: Land, J. H.: Federal Reserve Act; a.a.O., S. 19 ff.

Dessen Mittelpunkt bilden 12 Zentralbanken (Federal Reserve Banks), die jeweils für einen der 12 neugeschaffenen Zentralbankbezirke¹⁾ zuständig sind. Das Kapital der Zentralbanken wird vollständig von den privaten Mitgliedsbanken ihres Bezirks aufgebracht. Für Nationalbanken ist die Mitgliedschaft im 'Federal Reserve System' obligatorisch, State Banks und Spezialbankinstitute können ihm freiwillig beitreten, wenn sie sich den Mitgliedsbedingungen unterwerfen. Die Zentralbanken betätigen sich als 'Bank der Banken' und haben das alleinige Notenausgaberecht in ihrem Bezirk; sie betreiben ihre Geschäfte mit öffentlichen Stellen, mit Bankinstituten des Auslands und mit Mitgliedsbanken.

Die Arbeit der einzelnen Zentralbanken wird von einer öffentlichen Behörde, dem 'Federal Reserve Board'²⁾ als der Spitzeninstitution des Zentralbanksystems, überwacht, gelenkt und koordiniert. Der 'Board' stellt - mit seinen vom Präsidenten der USA ernannten und vom Senat bestätigten Mitgliedern - die öffentliche Leitungskomponente des Zentralbanksystems dar. Letzteres ist seiner Anlage nach dem Dienst an der Allgemeinheit verpflichtet und darf den Grundlinien der staatlichen Wirtschaftspolitik nicht entgegenwirken, hat allerdings in diesem Rahmen weitgehende Bewegungsfreiheit. Der bis zur Banken- und währungspolitischen Reform des 'New Deal' (1933-1935) lediglich mit Aufsichts- und Kontrollrechten betraute 'Board' erhielt durch sie weitgehende Einwirkungsrechte auf die einzelnen Zentralbanken, besonders die Verfügungsgewalt über alle Instrumente der Kreditpolitik, und ist seither - trotz verschiedener Spannungen zwischen ihm und dem Schatzamt - die maßgeblich die Währungspolitik bestimmende Institution der USA.

Die in erster Linie auf eine Zentralisierung der Überwachungs- und Lenkungsbefugnisse im Federal Reserve System abgestellten Reformen in den Jahren nach 1933 haben es nicht vermocht, ein einheitliches Bankwesen zu schaffen. Neben dem Federal Reserve System bestehen weiterhin einzelstaatlich konzessionierte Banken und Spezialinstitute, die der Lenkung des 'Board of Gover-

1) Deren Grenzen decken sich nicht mit einzelstaatlichen Grenzen.

2) Seit 1935 'Board of Governors of the Federal Reserve System' genannt.

nors' und der Zentralbanken nicht unterstehen, dafür jedoch zum größten Teil von der Überwachung der im Jahre 1933 vom Bund geschaffenen Einlagenversicherung für Geschäftsbanken und Sparkassen (Federal Deposit Insurance Corporation - FDIC) oder der für Bausparkassen (Federal Savings and Loan Insurance Corporation - FSLIC) erfaßt werden.¹⁾

Die Unternehmen des öffentlichen Bank- und Finanzierungsbereichs bilden keine Konkurrenz zu den obengenannten privaten Banken. Sie sollen vielmehr deren Tätigkeit ergänzen und - im Sinne der staatlichen Ordnungsidee - Finanzierungsaufgaben erfüllen, die nach Art und Umfang die Möglichkeiten der privaten Banken übersteigen und nicht in deren Interessenbereich fallen.

fc) Die gegenwärtige Struktur des Bankwesens der USA.

1) Das Zentralbanksystem.

An seiner Spitze steht - ohne selbst Bankgeschäfte zu betreiben - als Lenkungs- und Koordinierungsorgan für das gesamte System der 'Board of Governors of the Federal Reserve System'. Bei der Auswahl von dessen sieben Mitgliedern ist dem Präsidenten auferlegt, die Interessen der einzelnen Wirtschaftsgruppen der USA sowie die geografische Struktur des Landes zu berücksichtigen.²⁾³⁾

Dem 'Board' beigeordnet sind:

(1) Das 'Federal Open Market Committee', bestehend aus den Mitgliedern des 'Board' und fünf Vertretern der einzelnen Zentralbanken, das über die Offenmarktpolitik des Systems beschließt und

(2) der 'Federal Advisory Council', bestehend aus je einem Vertreter der - privaten - Geschäftsbanken jedes Zentralbankbezirks, der den 'Board' hinsichtlich seiner Politik beraten soll.⁴⁾

Den Anordnungen des 'Board' sind die 12 Zentralbanken (Federal Reserve Banks) unterstellt, die für je einen der 12 Zentralbankbezirke des Landes zuständig sind und insgesamt 24 Zweig-

1) Näheres hierzu siehe unten SS.127,129/130, 134.

2) Federal Reserve Act. Quelle: United States Code; Vol. I; a.a.O., S.1266.

3) Die Amtszeit der einzelnen Mitglieder beträgt jeweils 14 Jahre, bei sukzessiver Ablösung von einem Mitglied alle zwei Jahre.

4) Zu den Funktionen der dem 'Board' beigeordneten Gremien siehe: Land, J.N.: The Federal Reserve Act; a.a.O., S.28/29.

niederlassungen haben. Die Zentralbanken arbeiten mit öffentlichen Stellen (Schatzamt) und mit ihren Mitgliedsbanken, wobei sie in den Geschäftsbeziehungen zu letzteren weitgehende Bewegungsfreiheit haben.

Die Mitgliedsbanken werden - was für die vom 'Board' festgelegten Reservehaltungsvorschriften für Lichtdepositen von Bedeutung ist - in drei Klassen eingeteilt:

- (1) Die Mitgliedsbanken in den 'Federal Reserve Cities' (New York und Chicago): 25 Banken,
- (2) Die Mitgliedsbanken in den 'Reserve Cities' (Bankplätze von mittlerer Bedeutung): 215 Banken,
- (3) Die Mitgliedsbanken an anderen Orten (Country Banks): 5.924 Banken.¹⁾

Nach der Herkunft ihrer Konzessionierung kann man bei den Mitgliedsbanken unterscheiden zwischen Nationalbanken und State Banks. Dem System gehörten am 31.12.1960 an:²⁾

4.530 Nationalbanken
1.644 State Banks.

Von den zu diesem Zeitpunkt in den USA bestehenden 13.984 Banken waren also rund 44 % Mitglied des Zentralbanksystems.³⁾

2) Sonstige private Banken.

Die Nichtmitgliedsbanken⁴⁾ gliedern sich in:

7.300 'Commercial and Stock Savings Banks and nondeposit Trust Companies'

rund 510 'Mutual Savings Banks' (Sparkassen auf Gegenseitigkeit).

Von diesen rund 7.800 Banken und Sparkassen waren am 31.12.1960 freiwillige Mitglieder der Einlagenversicherung des Bundes:⁵⁾

325 der 'Mutual Savings Banks' und rund

7.000 der 'Commercial' etc. Banks, so daß von der Gesamtzahl aller privaten Banken der USA nur knapp 4 % von der Einla-

- 1) Zahlenangaben aus: Board of Governors of the Federal Reserve System (Herausgeber): 'Federal Reserve Bulletin', Nr. 2/1961, S. 182. Stand vom 25.1.1961.
- 2) Ohne Berücksichtigung der Zweigstellen. Quelle: Ebenda, S. 230.
- 3) Über die Bedeutung der Mitgliedsbanken siehe oben S. 121, Fußnote 1.
- 4) Samtlich als private Banken mit einzelstaatlicher Konzession und unter einzelstaatlicher Überwachung.
- 5) Die Banken des Zentralbanksystems sind Pflichtmitglieder.

genversicherung durch die FDIC nicht erfaßt wurden.¹⁾

Neben diesen Banken i.e.S. bestehen als bankähnliche Institute in privater Hand:²⁾ Investment Trusts und Investitionsfinanzierungsgesellschaften, Personal-, Teilzahlungs- und Bodenkreditinstitute sowie lokale Kreditgenossenschaften. Auch die privaten Versicherungsgesellschaften sind als bedeutende Kapitalsammelstellen hier zu nennen.³⁾

3) Die öffentlichen Finanzierungsinstitute.⁴⁾

(1) Die 'Export-Import Bank of Washington' gewährt Finanzierungshilfen für spezielle Arten von Außenhandelsgeschäften.⁵⁾

(2) Die 'Small Business Administration' hat die Aufgabe der Förderung von Klein- und Mittelbetrieben. Sie gewährt neben anderen Hilfen Darlehen zum Betriebsaufbau und zur Erweiterung bestehender Anlagen, finanziert Studien über Probleme des Small Business und hilft Betrieben dieser Kategorie aus unverschuldeten Notlagen. Sie gewährt ihre Kredite teilweise direkt, teilweise über Darlehen an 'Small Business Investment Companies' und an Einzelstaaten.⁶⁾

(3) Die 'Farm Credit Administration' ist die Spitzenorganisation für Landwirtschaftskredite. Sie vergibt durch ein über das ganze Land verteiltes Finanzierungssystem Kredite an Landwirte und deren genossenschaftlichen Organisationen.⁷⁾

(4) Die 'Housing and Home Finance Agency'⁸⁾ leitet als Oberbehörde eine Reihe öffentlicher Institutionen, die sich mit der Finanzierung von Bauaufgaben der verschiedensten Art befassen. Hierher gehören:

1) Federal Deposit Insurance Corporation (Herausgeber): Report to insured Banks, December 31, 1960; Washington 1961, S.1.

2) Jedoch unter Konzessionierung und Überwachung durch Bund bzw. Einzelstaaten.

3) Über deren Regulierung durch die Einzelstaaten unterrichtet: Koontz, H. und Gable, R.W.: Public Control...; a.a.O., S.439 ff.

4) Folgendes nach: United States Government Organization Manual 1959-1960, a.a.O.

5) Ebenda, S.372/373.

6) Näheres siehe oben S.78/79.

7) Der Aufbau dieses Kreditsystems ist oben S.92-93 ausführlich dargestellt.

8) Quelle: United States Government Organization Manual 1959-1960; a.a.O., S.427-435.

(4.1) Die 'Community Facilities Administration', deren Aufgaben die Finanzierung von Schulbauten, die Darlehensvergabe an einzelstaatliche und lokale Behörden zur Finanzierung öffentlicher Arbeiten sind.

(4.2) Die 'Urban Renewal Administration', die Kredite zur Finanzierung von Altstadtsanierungen zur Verfügung stellt.

(4.3) Die 'Federal Housing Administration', die auf dem Gebiet der Verbesserung der örtlichen Wohnverhältnisse arbeitet und Sanierungsprogramme finanziert. Daneben fördert sie die Hypothekenversicherung und bemüht sich um die Stabilisierung des Hypothekenmarktes.

(4.4) Die 'Public Housing Administration', die sich mit der Verwaltung des vom Bund unterstützten Niedrigmieten-Hausprogramms befaßt und Gemeinden Mittel zur Verbesserung der Wohnverhältnisse einkommensschwacher Schichten zur Verfügung stellt.

(5) Das 'Federal Home Loan Bank System',¹⁾ bestehend aus elf regionalen 'Federal Home Loan Banks', stellt Kreditmittel für Baufinanzierungsgesellschaften zur Verfügung, und zwar über vom Bund konzessionierte und überwachte 'Federal Savings and Loan Associations' (Bausparvereinigungen). Die 'Federal Savings and Loan Insurance Corporation' versichert die Einlagen der Mitglieder ihr angeschlossener Bausparvereinigungen bis zu einem Betrag von \$ 10.000 je Konto.²⁾

(6) Die 'Federal Deposit Insurance Corporation'³⁾ erfüllt die gleichen Aufgaben wie die FSLIC für die Einlagen (in gleicher Versicherungsöhe) bei den ihr angeschlossenen Banken und Sparkassen. Für die Mitglieder des Zentralbank-

1) Hierzu: United States Government Organization Manual 1959-1960; a.a.O., S. 380, 381. Vgl. auch: Ilse: Die amerikanischen Federal Home Loan Banks; in: 'Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen', Nr. 14/1957, S. 556/557.

2) aunge, Hans Jovelin: Versicherte Bauspareinlagen in den USA; in: 'Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen', Nr. 4/1958, S. 134/135.

3) United States Government Organization Manual 1959-1960; a.a.O., S. 386, 387. Vgl. auch: Ilse: Die Folgen der Depositenversicherung; in: 'Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen', Nr. 17/1958, S. 736-740.

stems besteht Versicherungspflicht; andere Bankinstitute können freiwillige Mitglieder werden, wenn sie den Aufnahmeanforderungen genügen und sich der Überwachung durch die FDIC unterwerfen.

(7) Die 'Veterans Administration'

gewährt ehemaligen Soldaten und besonders Kriegsteilnehmern neben einer Vielzahl sozialer Hilfen u.a. Garantien und Versicherungen für aufgenommene Darlehen für Hausbau, Landwirtschafts- und Geschäftsbetrieb, in besonderen Fällen auch direkte Kredite.¹⁾

(8) Die 'Farmers Home Administration' (FHA)²⁾

stellt über ihre örtlichen Zweigstellen Kredite an Landwirte zur Verbesserung von deren Betriebs- und Wohnverhältnissen zur Verfügung, wenn Mittel anderweitig nicht zu vernünftigen Bedingungen zu erhalten sind. Beispiele für Kredithilfen sind: Betriebsmittelkredite für Familienfarmen und Aussiedlungshilfen für diese, Darlehen an Pächter, Landarbeiter etc. zum Eigentumserwerb an Grund und Boden, Kredite für Bodenerhaltungs- und Bewässerungszwecke sowie für den Bau landwirtschaftlicher Gebäude. Daneben garantiert die FHA Darlehen von anderer Seite und gewährt Überbrückungshilfen an Landwirte im Falle unverschuldeter Verluste.

(9) Die 'Rural Electrification Administration'³⁾

fördert durch Darlehen die Versorgung landwirtschaftlicher Gebiete mit Elektrizität und finanziert daneben den Ausbau des Telefonnetzes in ländlichen Bezirken.

Aus der beinahe unübersehbaren Vielzahl öffentlicher Institutionen, die sich mit Finanzierungsaufgaben befassen,⁴⁾ sei schließlich noch

(10) die 'Commodity Credit Corporation'(CCC)⁵⁾

1) United States Government Organization Manual 1959-1960;a.a.O., S.517.

2) Ebenda,S.271-273.Siehe auch oben S.93/94.

3) Siehe oben S.94/95.Und:United States Government Organization Manual 1959-1960;a.a.O.,S.273/274.

4) Mehr als 100 Regierungsstellen sind gegenwärtig mit der Kreditgewährung, Darlehensversicherung und Bürgschaftsübernahme betraut.Quelle:G.V.:Die amerikanische Bundesregierung als Bankier;in:'Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen',Nr.22/1957, S.866.

5) Siehe oben S.87.Und:United States Government Organization Manual 1959-1960;a.a.O.,S.268.

hervorgehoben, die als Hauptaufgabe die Preisstützungskäufe landwirtschaftlicher Produkte betreibt und deren Absatz zu organisieren hat.

fd) Die Regulierung des privaten Bankwesens in den USA.

1) Ziele der Regulierung.

Drei Ziele der Regulierung lassen sich herausstellen:

- (1) Die Erreichung der obersten Ziele der staatlichen Wirtschaftspolitik im Interesse einer stetigen prosperierenden Entwicklung der Gesamtwirtschaft. Die Regulierung wird hier zum Instrument der Konjunkturpolitik.
- (2) Die Erhaltung eines gesunden und leistungsfähigen Bank- und Geldwesens als eine der Grundlagen einer modernen arbeitsteiligen Wirtschaft.
- (3) Der Schutz der Einleger und die Erhaltung des Vertrauens der Öffentlichkeit zu den privaten Bankinstituten.

2) Art und Umfang der Regulierung des privaten Geld- und Bankwesens.

2.1 Die Regulierungsbefugnisse des 'Board of Governors'.

Der Federal Reserve Act gibt dem 'Board' die Ermächtigung, alle die Lenkungsvorschriften und Verhaltensregeln zu erlassen, die notwendig sind, um seine gesetzlich festgelegten Aufgaben erfüllen zu können.¹⁾ Diese generelle Vollmacht sowie die Vielzahl spezieller Zuständigkeitsbereiche²⁾ machen den 'Board' zur übertragenden Lenkungsinstanz für das gesamte Bank-, Geld- und Kreditsystem der USA. Der Gesetzgeber hat - wie im Verkehrsbereich auf eine detaillierte Eigenlenkung durch die Legislative verzichtet, um die Beweglichkeit und Praxisnähe des Kontroll- und Lenkungsapparates zu erhalten.

Auf der Grundlage der Generalermächtigung und gesetzlicher Regelungen hat der 'Board' sogenannte 'Regulations' verkündet, Wei-

-
- 1) Die allgemeine Bevollmächtigung hierzu erteilt der Abschnitt 11, Untertitel (i) des 'Federal Reserve Act'. Textgrundlage: Board of Governors of the Federal Reserve System (Herausgeber): The Federal Reserve Act; Washington o.J., S. 34.
 - 2) Die speziellen Aufgaben des 'Board' sind einmal im gleichen Abschnitt des genannten Gesetzes aufgezählt (Ebenda, SS. 32-39) zum anderen in einer Reihe von Spezialgesetzen genannt (z.B. im 'Securities Exchange Act' von 1934).

sungen an und Vorschriften für das Bankwesen, die jeweils den wirtschaftlichen Verhältnissen bzw. den Überwachungserfordernissen angepaßt werden.¹⁾

Von den im Jahre 1961 bestehenden 23 'Regulations'²⁾ seien als wichtigste genannt:

Regulation A regelt die Kreditgewährung der Zentralbanken an ihre Mitgliedsbanken sowie die Diskontsatzpolitik.

Regulation B behandelt die Offenmarktpolitik.

Regulation C enthält quantitative Vorschriften über das Rediskontmaterial.

Regulation D legt die Mindestreservesätze der Mitgliedsbanken fest.

Regulation F bestimmt, unter welchen Bedingungen Nationalbanken Trustabteilungen unterhalten dürfen, und gibt Verfahrensregeln für solche.

Regulation H nennt die Erfordernisse, die für eine einzelstaatlich konzessionierte Bank gegeben sind, wenn sie dem Zentralbanksystem angehören will.

Regulation Q regelt die Zinszahlungen für die einzelnen Depositenarten,

Regulation S die Bedingungen für die Kreditgewährung von Zentralbanken an Wirtschaftsunternehmen.

Regulation Y, beruhend auf dem 'Bank Holding Company Act' von 1956, ist von besonders aktueller Bedeutung. Dieses Gesetz besagt, daß Gesellschaften, die direkt oder indirekt 25 % oder mehr der Stimmrechtsaktien von zwei oder mehr Banken oder einer Bank Holding Company besitzen, bis 1958 ihre Nichtbankenanteile abzustoßen haben,³⁾ und daß ohne vorherige Genehmigung des 'Board' keine neue Bank-Holdinggesellschaft gegründet oder eine bestehende erweitert werden darf.⁴⁾

1) Siehe hierzu z.B. die Änderungen der 'Regulations' für 1960 in: Forty-Seventh Annual Report of the Board of Governors of the Federal Reserve System; Washington 1961, SS.76-88.

2) Folgendes nach einer Zusammenstellung der 'Regulations', Stand 1961, für den internen Dienstgebrauch der Deutschen Bundesbank. Und: Wilson, C.W.: Regulations of the Board of Governors; in: Prochnow, H.V.: The Federal Reserve System; a.a.O., S.254-272.

3) Das Gleiche gilt nach Abschnitt 4(a) des Gesetzes auch für später gegründete Bank-Holdinggesellschaften. Text nach: 'Federal Reserve Bulletin', Nr.5/1956, S.446.

4) Mit wenigen Ausnahmen. Quelle: Ebenda, S.445.

Die Regulierungsbefugnisse des 'Board' geben ihm nicht nur Einwirkungsmöglichkeiten auf die einzelnen Zentralbanken und deren Mitgliedsinstitute, sie erfassen u.a. auch Effektenmakler und -händler (hinsichtlich ihrer Kreditgewährung an Effektenkäufer; nach Regulation T¹⁾) sowie öffentliche Finanzierungsinstitute (gemäß Regulation V²⁾).

2.2 Die Regulierungskompetenzen der Zentralbanken.

Die Federal Reserve Banks werden überwacht von Prüfungsorganen des 'Board'³⁾ und unterstehen dessen Regulations, die sie ihrerseits auf den Verkehr mit ihren Mitgliedsbanken anwenden. Sie haben das Recht, die Geschäftsführung der Mitgliedsbanken ihres Bezirks zu überprüfen, beschränken diese Kontrolle jedoch praktisch auf die ihnen angeschlossenen State Banks.⁴⁾ Die Zentralbanken überwachen besonders die Einhaltung der Mindestreservevorschriften. Sie entscheiden daneben u.a. über die Kreditgewährung an die Mitgliedsbanken, auf welche letztere keinen Rechtsanspruch haben.⁵⁾

2.3 Der 'Comptroller of the Currency',

eine Abteilung des Schatzamtes der Vereinigten Staaten, hat seit dem Jahre 1863 die Aufgabe, die Geschäftsführung der Nationalbanken laufend zu überprüfen.⁶⁾ Das Ergebnis der Prüfung teilt diese Behörde dem 'Board' und der zuständigen Zentralbank mit, die daraufhin meist auf eigene Kontrollen verzichten. Die weiteren Aufgaben des 'Comptroller' sind die Begutachtung der Anträge von Banken auf eine Charter als Nationalbank, Überprüfung der Erfordernisse hierzu und die Entscheidung über die Konzessionierung. Daneben sind u.a. Zusammenschlüsse von Nationalbanken vom Amt des 'Comptroller' zu genehmigen.

1) "Credit by Brokers, Dealers, and Members of National Securities Exchanges". Neuester Stand: 28.7.1960.

2) "Loan Guarantees for Defense Production". Stand vom 27.9.1950.

3) Gesetzliche Grundlage ist Abschnitt 21 des Federal Reserve Act. Quelle: Board of Governors.... The Federal Reserve Act. a.a.O., S. 106.

4) Quelle: Forty-Seventh Annual Report.... a.a.O., S. 89/90.

5) Siehe Abschnitt 10 (b) des Federal Reserve Act; Quelle: Board of Governors.... The Federal Reserve Act; a.a.O., S. 32.

6) Aus dem 'National Banking Act' von 1863 als Abschnitt 21 in den Federal Reserve Act übernommen. Ebenda, S. 103 ff.

2.4 Die 'Federal Deposit Insurance Corporation' und die
'Federal Savings and Loan Insurance Corporation' als
Banküberwachungsbehörden.

Diese Institutionen üben die Aufsicht über die ihrem Versicherungssystem angeschlossenen Banken, Sparkassen und Bausparkassen aus. Ziel der Regulierung ist hier in erster Linie, die Einleger zu schützen und Vertrauenskrisen vorzubeugen. In letzterer Hinsicht hat ihre Intervention Bedeutung für die gesamtwirtschaftliche Stabilität.

Die Regulierungs- und Prüfungsbefugnisse der FDIC¹⁾ erstrecken sich auf alle bei ihr versicherten Mitglieds- und Nichtmitgliedsbanken des Zentralbanksystems. Auf der Grundlage ihrer durch Gesetz festgelegten Zuständigkeiten hat die FDIC eine Vorschriften-sammlung 'Rules and Regulations' für ihre Mitgliedsbanken herausgegeben, die die versicherten Institute hinsichtlich ihrer Geschäftsführung festlegt.²⁾ Die Prüfungsrechte der FDIC haben in soweit besondere Bedeutung, als sie auch die meisten der nicht dem Zentralbanksystem angeschlossenen Banken, die freiwillige Mitglieder der Versicherung sind, betreffen. Die FDIC darf - ebenso wie die FSLIC - auch schon vor der Zahlungseinstellung in die Bankgeschäfte 'kranker' Unternehmen eingreifen und diesen Geschäftsführungsvorschriften machen.³⁾

Die FSLIC erfaßt als Pflichtmitglieder die mit einer Bundescharter ausgestatteten Bausparkassen; als freiwillige Mitglieder können ihr die von Einzelstaaten und Gebietskörperschaften konzessionierten Bausparkassen beitreten sowie sonstige private Bausparvereinigungen und genossenschaftliche Wohnungsbaugesellschaften. Zur freiwilligen Beteiligung ist eine eingehende Überprüfung der betreffenden Institute durch die FSLIC Voraussetzung. Die freiwilligen Mitglieder müssen sich - wie die Pflichtmitglieder - deren Regulierungsbestimmungen hinsichtlich ihrer Geschäftsführung unterwerfen und die regelmäßige Revision durch Organe der FSLIC gestatten.⁴⁾

1) Siehe Abschnitt 12 A des Federal Reserve Act; Quelle: Ebenda, SS.40-72, besonders S.55/56.

2) Hierzu:Cahn,E.I.:Der Segen der Depositenversicherung;a.a.O., S.737.

3) Ebenda, S.738.

4) Vorstehendes nach:Runge,H.J.:Versicherte Bauspareinlagen...;a.a.O.,S.134/135.

2.5 Die Regulierung durch einzelstaatliche Behörden.

Die Regulierung der mit einzelstaatlicher Konzession errichteten Banken erfolgt gelegentlich - bei Mitgliedern des Zentralbanksystems - und regelmäßig - bei Nichtmitgliedern - durch einzelstaatliche Überwachungsbehörden. Diese kontrollieren u.a. die Einhaltung der in den einzelstaatlichen Gesetzen vorgeschriebenen Bedingungen für die Geschäftsaufnahme, verlangen Berichte, behalten sich die Genehmigung für Zusammenschlüsse von Banken vor und überprüfen die Geschäftsführung.¹⁾

Von Bedeutung ist die einzelstaatliche Kontrolle über die Gründung von Zweigniederlassungen durch die Banken. Seit der Krise von 1837 sind die Möglichkeiten hierfür stark eingeschränkt worden, wobei die Regelung sehr unterschiedlich ist: von den 48 Bundesstaaten (1956) erlaubten 18 die Eröffnung von Zweigniederlassungen ohne Beschränkungen, 17 gestatteten sie in bestimmten Gebieten, 9 Staaten verboten sie und in 4 Staaten wurden keine diesbezüglichen Bestimmungen erlassen.²⁾ Diese einzelstaatlichen Niederlassungsregelungen gelten auch für die vom Bund konzessionierten Nationalbanken.

Probleme ergeben sich aus den Bestimmungen des 'Bank Holding Company Act' von 1956, der es Banken gestattet, nach Genehmigung durch den 'Board' mit Instituten eines anderen Zentralbankbezirks innerhalb des gleichen Bundesstaates Bank-Holdinggesellschaften zu gründen. Es bleibt abzuwarten, wie sich die Regulierungskompetenzen des 'Board' und der Einzelstaaten hier abgrenzen werden.³⁾ Von Bedeutung ist ferner die einzelstaatliche Überwachung der privaten Versicherungsgesellschaften, die hinsichtlich der Geschäftsaufnahme und der Geschäftsführung teilweise recht umfassend ist.⁴⁾

fe) Die Teilordnung im Geld- und Bankwesen der USA.

Eine Analyse dieses Sektors unter ordnungspolitischen Gesichtspunkten läßt vier wesentliche Ordnungsmerkmale hervortreten.

- 1) Koontz, H. und Gable, R.W.: Public Control...; a.a.O., S. 424/425 u. S. 430.
- 2) Ebenda, S. 430.
- 3) Hierzu: Baumann, Wolfgang: Expansionsprobleme amerikanischer Banken; in: 'Sparkasse', Nr. 8, 1959, S. 159-161. Und: Klebaner, B.J. The Bank Holding Company Act of 1956; in: 'The Southern Economic Journal', Nr. 3/1958, S. 313 ff.
- 4) Koontz, H. und Gable, R.W.: Public Control...; a.a.O., SS. 440-443.

(1) Im Bank- und Kreditwesen steht ein öffentlicher Bereich neben einem privaten. Beide haben verschiedene Aufgabengebiete und stehen nicht in Konkurrenz.

(2) Es fehlt im privaten Bereich weitgehend an einem Gegeneinander von privatem Gestaltungswillen und der vom Staat errichteten Leitungsorganisation. Dies erklärt sich hauptsächlich aus der dualistischen Struktur des Bankwesens der USA, die der Mehrzahl der Banken die Wahl läßt zwischen freiwilliger Unterordnung unter eine straff organisierte und umfassend überwachende Lenkungs-hierarchie und freierer Gestaltungsmöglichkeit durch geringere Regulierung, mit möglichen Nachteilen in Status und Prestige.

(3) Eine Alternative zu diesem dualistischen Aufbau des Banksystems der USA wäre eine einheitliche Ordnung für alle Geschäftsbanken. Durch eine solche würde erreicht, daß die Wettbewerbsregeln für alle Banken Geltung hätten, daß die kreditpolitischen Maßnahmen der Spitzeninstitutionen des Geld- und Kreditwesens alle Banken in gleicher Weise trafen und erst dadurch zur vollen Wirksamkeit gelangten. Schließlich würde eine einheitliche Kontrolle aller Banken eine größere Sicherheit für das Publikum bewirken, da bisher die wirtschaftlich anfälligsten Banken stets die nur gering überwachten waren.¹⁾

Gegenüber diesen Vorzügen eines einheitlich organisierten Bankenapparates lassen sich jedoch auch stichhaltige Argumente zugunsten des dualistischen Systems finden. So kann man den souveränen Einzelstaaten wohl nicht das Recht nehmen, Banken in eigener Verantwortlichkeit zu konzessionieren. Ferner ist festzustellen, daß die Freiheit zum Experiment auch im Bankensektor zur Vervollkommnung des Systems beigetragen hat. Schließlich zwingt die den Banken gebotene Möglichkeit, auf die einzelstaatliche Konzession auszuweichen, den Kongreß, die Bankenregulierung nicht zu überspannen.²⁾

Diese Gegenüberstellung dürfte deutlich gemacht haben, daß das dualistische Banksystem mehr als eine aus dem Experiment entstandene Notlösung ist. Die Vorteilhaftigkeit der Wahlfreiheit für

1) Kemmerer, Donald L.: The proper Structure of the System: Member Institutions; in: Bell, James W. und Spahr, Walter E. (Herausgeber): A proper monetary and banking System for the United States; New York 1960, S.82/83.

2) Ebenda, S.85/86.

die Banken und der relativ geringe Geschäftsumfang der nicht dem Zentralbanksystem angeschlossenen Institute lassen es nicht als notwendig erscheinen, den bisherigen Aufbau des Bankapparates zu ändern.¹⁾

(4) Ein echtes Ordnungsproblem besteht im Verhältnis Zentralbanksystem - Schatzamt hinsichtlich der Kapitalmarktpolitik und der Verfolgung wirtschafts- und sozialpolitischer Zielsetzungen. Das Zentralbanksystem will sich seine Unabhängigkeit in soweit bewahren, als es ohne Beeinflussung durch Staatsorgane seine Politik festzulegen und durchzuführen bestrebt ist.²⁾ Es ist bereit, Zielsetzungen der Regierung auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet zu unterstützen, soweit dies nicht seine Hauptaufgabe, die Erhaltung der Stabilität des Geldwertes und eines gesunden Geldwesens, gefährdet.³⁾

Demgegenüber wünscht die Regierung - was ihr in einem Bericht der vom (privaten) 'Committee for Economic Development' (CED) eingesetzten 'Commission on Money and Credit' konzidiert wird - zur Koordinierung der nationalen Wirtschaftspolitik und der Erreichung ihrer Zielsetzungen einen stärkeren Einfluß als bisher auf die Kreditpolitik zu nehmen.⁴⁾ Eine Reihe von Vorschlägen der Kommission zielt in diese Richtung; sie sollen daneben eine stärkere Zentralisation der Entscheidungsbefugnisse im Geld- und Kreditsystem bewirken.⁵⁾ Es wird sich erweisen müssen, welche der beiden Kräftegruppen sich in diesem Kompetenzstreit durchsetzen wird.

1) Kemmerer, D.L.: The proper Structure...; a.a.O., S.86.

2) Hierzu: Wiegand, G. Carl: The Central Banking System and the Government: Lessons taught by the Experiences of other Central Banks; in: Bell, J.W. und Spahr, W.W. (Herausgeber): A proper monetary...; a.a.O., S.156/157. Und: Niehaus, Fred R.: The Central Banking System and the Government: Fundamental Principles and their Application for the United States; Quelle: Ebenda, S.162/163.

3) Wiegand, G.C.: The Central...; a.a.O., S.157.

4) Nach einem ersten Bericht über die Veröffentlichung des Kommissionsgutachtens in: 'The Statist', Nr.4348/1961, S.61.

5) Ebenda, S.61.

g) 'Public Utilities' und Wirtschaftsunternehmen der öffentlichen Hand.

ga) Wirtschaftssektoren im 'öffentlichen Interesse':
Merkmale und Bereiche der 'Public Utilities'.

1) Zur Charakterisierung der 'Public Utilities'.

Wie im Verkehrssektor, so bestehen auch in einer Reihe anderer Wirtschaftsbereiche der USA Strukturbesonderheiten, denen der Staat bei seiner Beeinflussung der Wirtschaft gemäß seinen ordnungspolitischen Zielsetzungen Rechnung tragen muß. Vergleichbar dem Common Carrier-Konzept im Verkehrswesen, das die als solche klassifizierten, mit einem monopolähnlichen Status ausgestatteten Verkehrsbetriebe einer weitgehenden Regulierung unterwirft und sie der Öffentlichkeitsarbeit verpflichtet, sind in den USA - nach ersten frühen Ansätzen¹⁾ in verstärktem Maße seit etwa 1880 - einzelne Wirtschaftsunternehmen oder Gruppen von solchen als mit dem öffentlichen Interesse besonders verbunden erkannt und einer entsprechend weitreichenden staatlichen Überwachung unterstellt worden.

Die Sonderbehandlung, die diese - als 'Public Utilities' bezeichneten, meist privaten - Wirtschaftseinheiten durch die Ordnungspolitik des Staates erfahren, findet ihre Begründung in den Besonderheiten der betreffenden Unternehmen:²⁾

(1) Es handelt sich bei den Public Utilities um Unternehmen, die solche Güter oder Leistungen erstellen, die in einer fortgeschrittenen Volkswirtschaft als grundlegend und unbedingt notwendig für das gesellschaftliche Leben und einen hohen Stand wirtschaftlicher Entwicklung angesehen werden.

(2) Diese Leistungen werden in der Regel von Unternehmen angeboten, die eine - zumindest regionale - Monopolstellung innehaben.

(3) Diese Monopolstellung hat u.a. folgende Ursachen:

(3.1) Zur Leistungserstellung ist hier meist ein besonders hoher Aufwand an fixem Kapital erforderlich, das in spezialisierten An-

1) Siehe hierzu eine ausführliche Darstellung bei: Glaeser, Martin G.: Public Utilities in American Capitalism; New York 1957, SS.31-39 u. 57 ff.

2) Folgendes in Anlehnung an: Pegrum, D.F.: Public Regulation...; a.a.O., SS.599-601.

liegen investiert ist und eine lange Umschlagsdauer hat. Eine Konkurrenzwirtschaftliche Organisation würde es allen Wettbewerbern unmöglich machen, genügend tief in die Zone der Kostendegression vorzustößen. Die Folge wäre eine ungebührlich hohe Belastung der Abnehmer auf direktem oder indirektem¹⁾ Wege, was aus sozial- und wirtschaftspolitischen Gründen meist nicht erwünscht ist. Bei wirtschaftlicher Gestaltungsfreiheit würde die Konkurrenz in einen ruinösen Wettbewerb ausarten, der mit der Erlangung der Monopolstellung durch den wirtschaftlich Stärksten enden müßte.

(3.2) Da die Produkte der meisten Public Utilities nicht stapelbar sind, weist der dadurch bewirkte Zwang zu erhöhter Kapitalvorhaltung für den Spitzenbedarf in die gleiche Richtung.

(3.3) Für die Beziehungen zwischen Produzenten und Abnehmern von Public Utility-Leistungen ist in vielen Fällen kennzeichnend, daß zur Leistungsübertragung eine physische Verbindung zwischen den Anlagen der Produzenten und den Abnahmeeinrichtungen der Konsumenten bestehen muß. Eine Leistungserstellung in Konkurrenz zwischen verschiedenen Anbietern würde Abnehmer und Gesamtwirtschaft durch eine Vervielfachung des Verbindungsapparates (Telefonnetze, Versorgungsleitungen etc.) ungebührlich belasten.

Der Staat zieht in seiner Ordnungspolitik gegenüber den Public Utilities die Konsequenzen aus deren strukturellen Eigenarten. Das Monopol wird von ihm im Gesamtinteresse als adäquate Marktform für diese Wirtschaftsbereiche anerkannt und gefordert.²⁾

Allenfalls wird jedoch die Public Utility-Unternehmung in Privatbesitz gehalten, um aus anderen Gründen einer weitreichenden Regulierung unterworfen zu werden. Das monopolistische Marktverhalten (in bezug auf die Preisbildung etc.) zu verhindern und eine Unternehmenspolitik "wie unter Wettbewerbsbedingungen"³⁾ zu erreichen.

1) Eine indirekte Belastung ergibt sich, wenn die Abnahmepreise durch Konventionen vor dem öffentlichen Band künstlich niedrig gehalten werden.

2) Anderson, Thomas J., Jr.: Our Competitive System and Public Policy; Cincinnati 1958, S. 1.

3) Clemens, E.W.: Economics and Public Utilities; New York 1958, S. 153. Zitiert nach: v. Mader, Hans K.: Public Utility-Kontrolle in den Vereinigten Staaten - ihre leitenden Prinzipien und die Ergebnisse ihrer Anwendung; Institut für Wirtschaftspolitik an der Universität Köln (Herausgeber): Wirtschaftspolitische Chronik, Nr. 2/1958, S. 1.

Im besonderen, noch zu erwähnenden Fällen betätigt sich die öffentliche Hand - auf allen ihren Ebenen - als Public Utility-Unternehmer.

2) 'Public Utilities': Bereiche.

Das Public Utility-Konzept ist von der Rechtsprechung formuliert, weiterentwickelt und angewendet worden. Anlaß hierzu boten Maßnahmen öffentlicher Körperschaften, die private Monopole, deren Tätigkeiten die Gemeininteressen besonders berührten, einer öffentlichen Kontrolle unterstellen wollten. Die betroffenen privaten Unternehmer wehrten sich, meist unter Berufung auf das Recht der freien Verfügungsmacht über ihr Eigentum, gegen die Versuche einer staatlichen Reglementierung, so daß die Streitfälle von den Gerichten entschieden werden mußten. Diese beurteilten von Fall zu Fall, ob das öffentliche Interesse an den betreffenden Einrichtungen als so relevant anzusehen sei, daß eine öffentliche Aufsicht geboten erschien.

Die Kasuistik dieser Entscheidungen bewirkte, daß einzelne Unternehmen und Teilbereiche verschiedener Wirtschaftszweige aus dem betreffenden Gesamtsektor herausgehoben und als Public Utilities klassifiziert wurden; dabei bleibt die Möglichkeit offen, daß jederzeit weitere Bereiche zu Public Utilities erklärt oder andere aus dieser Kategorie entlassen werden können. Dieser Sachverhalt erschwert eine systematische Erfassung der Public Utilities und macht eine exakte Definition dieses Begriffs unmöglich. Man kann nur feststellen:

Public Utilities sind alle diejenigen Wirtschaftsbereiche, die von gesetzgebenden Körperschaften und den Gerichten zu solchen erklärt worden sind.¹⁾

Die folgende Aufzählung der Sachgebiete, bei denen Gerichte der USA die Public Utility-Eigenschaft bejaht oder verneint haben, erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Die oft zu den Public Utilities gezählten, von Gesetzgebung und Rechtsprechung im allgemeinen auch wie solche behandelten Common Carriers des Verkehrs wollen wir in diesem Zusammenhang hier nur erwähnen, später jedoch nicht mehr auf sie zurückkommen.

1) Watson, D.S.: Economic Policy...; a.a.O., S.425.

Durch Gerichtsentscheid wurde in einzelnen oder mehreren Fällen zeitweilig oder auf Dauer, in lokalem Bereich, für das Gebiet eines oder mehrerer Bundesstaaten oder für den Gesamtbereich der USA, die Public Utility-Eigenschaft bejaht bei:¹⁾

Autostraßen, Kanälen, Eisenbahnen, Dampfschiffahrtsgesellschaften, Fähren, Pipelines, Express-Transportgesellschaften, dem Straßenverkehr für Personen und Güter;

Schlafwagengesellschaften, Brücken, Gepäckträgerdiensten, Flößerei-betrieben, Kaianlagen, Docks, Schiefen Ebenen (als Verladeinstrumente);

Warenbörsen, Getreidelager- und -ladeeinrichtungen, Lagerhäuser Speicherarbeitern, Viehhöfen, telegrafischen Marktnachrichterdiensten, Telegrafengesellschaften, Telefongesellschaften, Funknachrichtendiensten, Rundfunk und Fernsehen;

örtlichen Wasserversorgungs- und Bewässerungsanlagen, Gasversorgungsbetrieben und -leitungen, Elektrizitätsversorgungsbetrieben, Fernheizungen, örtlichen Verkehrsdiensten (Straßenbahnen, Taxidiensten etc.); Gastwirten, Getreidemüllern, ambulanten Händlern, Pfandleihern, Bäckern;

Schlachthöfen, dem Betrieb von Baumwollentkernungsmaschinen, Versicherungsgesellschaften und -agenten, Banken, der Milchversorgung, dem Absatz landwirtschaftlicher Erzeugnisse, Bergbaubetrieben.

Verneint wurde der Public Utility-Status u.a. bei:²⁾

Mühlern, Gießereien, Kohlenlagern, Gaststätten, Apartmenthäusern, Theaterkartenvermittlungen, Autovermietungen, Taxien, der Fleischwarenverpackungsindustrie, der Lederherstellung, dem Benzinverkauf und Arbeitsvermittlungen.

gb) Grundzüge der Regulierung der privaten Public Utilities.

1) Regulierungsinstanzen.

1.1 Gemeinden und Gemeindeverbände

haben ihre ursprüngliche Bedeutung als autonome Regulierungsinstanzen für private Public Utilities seit der Entstehung und Vervollkommenheit einzelstaatlicher Überwachungsorgane weitgehend eingebüßt.

1) Nach einer Zusammenstellung bei: Barnes, Irston R.: The Economics of Public Utility Regulation; New York 1947, S. 20.

2) Barnes, I.R.: The Economics...; a.a.O., S. 21.

Folgende Gründe waren u.a. hierfür maßgebend:

- (1) Die bis in das erste Jahrzehnt dieses Jahrhunderts übliche Verknüpfung von Leistungsauflagen (Höchsttarife, Betriebsstandards etc.) mit der Gewährung von Betriebs-, Wege- und Ausschließlichkeitsrechten durch lokale Behörden hatte sich als ungeeignet für eine wirkungsvolle Regulierung erwiesen: In diesen meist langfristigen und starren Abmachungen war eine befriedigende Berücksichtigung des wirtschaftlichen und technischen Fortschritts und damit der Interessen von Public Utility-Unternehmern und Leistungsabnehmern zugleich nicht gewährleistet.¹⁾
- (2) Die kommunalen Behörden waren meist nicht in der Lage, ein nach wissenschaftlichen Kriterien ausgerichtetes Regulierungssystem aufzubauen und in Betrieb zu halten.
- (3) Die im Laufe ihrer Entwicklung oft über die Gemeindegrenzen hinauswachsenden Public Utility-Unternehmen ließen deren alleinige Kontrolle durch lokale Behörden fragwürdig erscheinen.²⁾
- (4) Public Utility-Unternehmern gelang es in einer Reihe von Fällen, einen lenkenden Einfluß auf örtliche Überwachungsbeauftragte zu nehmen.³⁾

Seit Beginn dieses Jahrhunderts zeigt sich ein eindeutiger Zug von der lokalen zur einzelstaatlichen Überwachung der Public Utilities. Erstere ist in der Gegenwart nur noch dort von Bedeutung, wo sie - generell oder in speziellen Bereichen - den örtlichen Stellen von den einzelstaatlichen Legislativen ausdrücklich gewährt worden ist (Home Rule).⁴⁾

1.2 Die Einzelstaaten

haben die umfassendsten Kompetenzen zur Public Utility-Regulierung. Die Grundlage zu deren Ausübung bildet das Recht eines souveränen Staates, alles zur Erhaltung des Wohlstands in seinem Bereich zu unternehmen (Police Power). Grenzen bilden die

1) Barnes, I.R.: The Economics...; a.a.O., SS. 218/219 und 222-227.

2) Glaeser, M.G.: Public Utilities...; a.a.O., SS. 119-121.

3) Hughes, Harold: Public Utilities; in: The Encyclopedia Americana Band 22, New York 1959, S. 777.

4) In rund 10 Bundesstaaten gewähren deren gesetzgebenden Körperschaften einzelnen Kommunen Regulierungsbefugnisse in verschiedenem, genau festgelegtem Umfang. Quelle: Glaeser, M.G.: Public Utilities...; a.a.O., S. 121/122 und: Barnes, I.R.: The Economics...; a.a.O., S. 195/196.

vor der Verfassung dem Bund gegebenen Aufsichtsrechte¹⁾ sowie die 14. Ergänzung zur Verfassung.²⁾

Nachdem sich zunächst die Gerichte mit der Regulierung der Public Utilities auf der Grundlage des Common Law befaßt und um die Jahrhundertwende die einzelstaatlichen Legislativen diese umfangreiche Materie zu bewältigen versucht hatten, entwickelte sich seit 1907 nacheinander in den einzelnen Staaten das System der Public Utility-Kontrolle durch Einschaltung einzelstaatlicher Expertenkommissionen mit weitreichenden Vollmachten,³⁾ deren Stellung im Verkehrsbereich wir bereits kennengelernt haben.⁴⁾ Diese Regulierungskommissionen haben - als 'Public Service Commission', 'Public Utilities Commission', 'Utilities Commission', 'Corporation Commission' oder unter ähnlicher Bezeichnung⁵⁾ - unterschiedliche Kompetenzen, je nach dem Willen der jeweiligen Legislativen, denen sie unterstellt sind. Sie erfassen im allgemeinen eine Vielzahl von Public Utility-Bereichen im engeren Sinn sowie meist Teile des Verkehrssektors.⁶⁾

1.3 Dem Bund

verbleiben Regulierungsbefugnisse über Public Utilities innerhalb der ihm von der Verfassung übertragenen Aufgabenbereiche; in erster Linie ist hier die Überwachung des zwischenstaatlichen Wirtschaftsverkehrs⁷⁾ zu nennen. Eine Grenze der Regulierungstätigkeit des Bundes zieht die 5. Ergänzung zur Verfassung.⁸⁾ Die Regulierung durch den Bund erfolgt durch spezielle Kommissionen, die dem Kongreß unterstehen, jedoch von diesem weitreichende Vollmachten erhalten haben.⁹⁾ Beispiele für die Überwachungstätigkeit des Bundes¹⁰⁾ sind:

1) Artikel I Abschnitt 8 der Verfassung. Quelle: United States Code; Vol. I; S. XLI.

2) Quelle: Ebenda, S. XLIV.

3) Hughes, H.: Public Utilities; a.a.O., S. 777/778.

4) Hierzu siehe oben S. 102-104.

5) The Council of State Governments: The Book of the States 1960-61; Chicago 1960, S. 500.

6) So z.B. die Ratenregulierung. Quelle: Ebenda, S. 501.

7) Grundlage: Artikel I Abschnitt 8 der Verfassung; Quelle: United States Code; Vol. I; a.a.O., S. XLI.

8) Quelle: Ebenda, S. XLIV.

9) Siehe als Beispiel die Ausführungen über die ICC, oben S. 104.

10) Nach einer Zusammenstellung bei: Hughes, H.: Public Utilities; a.a.O., S. 778.

die Regulierung des zwischenstaatlichen Nachrichtenverkehrs (durch Kabel, Telegraf, Telefon, Rundfunk und Fernsehen) durch die 1934 geschaffene 'Federal Communications Commission'; die Kontrolle der Finanzgebarung von Gas- und Elektrizitäts-Holdinggesellschaften im zwischenstaatlichen Verkehr durch die 'Securities and Exchange Commission' seit 1935; die Überwachung von Gas- und Elektrizitätsproduktions- und -verteilungsgesellschaften sowie von Naturgas - Leitungsgesellschaften im zwischenstaatlichen Verkehr durch die 1920 gegründete 'Federal Power Commission'.

1.4 Zuständigkeitsauseinandersetzungen zwischen Bund und Einzelstaaten

ergeben sich aus der Art der Public Utility-Leistungen: in vielen Fällen können innerstaatliche und zwischenstaatliche Dienste nicht klar voneinander getrennt werden.¹⁾ Der Bundesgesetzgeber hat in einigen grundlegenden Gesetzen²⁾ versucht, die Regulierungshoheit zwischen Bundes- und einzelstaatlichen Institutionen aufzuteilen, um Kompetenzschwierigkeiten von vornherein zu vermeiden.

Die Tendenz bei der Public Utility-Regulierung geht jedoch dahin, daß die Bundesregulierung in verstärktem Maße neben die einzelstaatliche tritt, ohne diese zu ersetzen. Die Bundeskommissionen, meist mit besserem Fachpersonal ausgestattet als die einzelstaatlichen, unterstützen letztere in vielen Fällen u.a. durch die Bereitstellung von Forschungsunterlagen.³⁾

) Regulierungsbereiche: allgemeiner Überblick.⁴⁾

2.1 Die Betriebsdienste.

2.1.1 Markteintritt und -austritt.

Die Betriebsaufnahme durch ein Unternehmen, das Public Utility-

) Beispiele: örtlicher und Fernverkehr im Telefondienst, innerstaatliche Public Utilities betreiben die zwischenstaatliche Verteilung von Naturgas und Elektrizität. Nach: Koontz, H. und Gable, R.W.: Public Control...; a.a.O., S. 215/216.

) Beispiele: 'Communications Act' von 1934, 'Public Utilities Act' von 1935, 'Natural Gas Act' von 1938.

) Koontz, H. und Gable, R.W.: Public Control...; a.a.O., S. 216.

) Bei der Darstellung der Regulierungsbereiche wollen wir uns auf einen kurzgefaßten Überblick beschränken, da die für die Public Utilities geltenden Regulierungsprinzipien weitgehend denen für die Common Carriers des Verkehrs entsprechen. Der

Leistungen zu erbringen beabsichtigt, ist von der Gewährung einer staatlichen Genehmigung abhängig (Certificate of Public Convenience and Necessity). Diese wird gewährt, wenn nachgewiesen ist, daß die Betriebsaufnahme im öffentlichen Interesse liegt und der Bewerber in der Lage ist, adäquate Leistungen für die Öffentlichkeit zu erstellen und sonstige staatliche Auflagen zu erfüllen. Ist das Unternehmen auf die Benutzung öffentlicher Einrichtungen (Straßen etc.) angewiesen, so hat es eine wiederum mit staatlichen Auflagen verbundene Konzession zu erlangen.¹⁾ Eine von der Public Utility-Unternehmung gewünschte Betriebsausdehnung ist meist von der Gewährung eines besonderen Zertifikats abhängig. Die einzelstaatlichen Kommissionen haben daneben oft das Recht, von Public Utilities eine Betriebserweiterung zu verlangen, wenn diese im öffentlichen Interesse liegt und in der ursprünglichen Genehmigungsurkunde eine solche vorgesehen war.²⁾

Die vollständige oder teilweise Betriebsaufnahme ist gleichfalls in den meisten Fällen genehmigungspflichtig. Sie führt oft dann zu Auseinandersetzungen, wenn das Unternehmen in allen oder einzelnen Bereichen mit Verlust arbeitet, sich jedoch in einem längerfristigen Vertrag gebunden hat und die Öffentlichkeit an einer Weiterführung des Betriebes mit adäquaten Leistungen interessiert ist. In diesen Fällen haben oft die Gerichte das letzte Wort, sofern die Unternehmung nicht vorzeitig finanziell zusammenbricht.³⁾

21.2 Leistungsauflagen.

Den Public Utilities ist in den meisten Fällen auferlegt, alle Nachfrager zu den angegebenen 'vernünftigen' Bedingungen in gleicher Weise zu bedienen.⁴⁾ Die Kommissionen wachen "darüber, daß weder boykottähnliche noch preisdiskriminierende Praktiken angewandt werden."⁵⁾

Überblick kann nur allgemeiner Art sein, da die Regulierung des Bundes und der Einzelstaaten in ihren Vorschriften Unterschiede zeigt. Siehe hierzu oben S.105-116.

1) Koontz, H. und Gable, R.W.: Public Control...; a.a.O., S.219.

2) Ebenda, S.220.

3) Ebenda, S.220-222.

4) Ebenda, S.222/223.

5) Schneider, H.K.: Public Utility-Kontrolle...; a.a.O., S.9.

Daneben werden den Public Utilities der einzelnen Sachgebiete technische Standards als Leistungsnormen gesetzt, deren Einhaltung von den Kommissionen kontrolliert wird.¹⁾

2.2 Die Preisbildung

stellt das am häufigsten diskutierte Problem in der Literatur über die Public Utilities dar. Der Grund hierfür liegt darin, daß man den meist als Monopole organisierten Public Utilities aus wirtschafts- und sozialpolitischen Erwägungen nicht zugehen will, Monopolpreise zu fordern.

Durch die Regulierung der Public Utility-Preise wird eine Preisgestaltung angestrebt, wie sie sich unter Wettbewerbsbedingungen eingestellt hätte.²⁾ Dieses Ziel sucht man durch detaillierte Vorschriften und die ständige Kontrolle von deren Einhaltung zu erreichen. Eine Schwierigkeit liegt dabei darin, daß es in einschlägigen Gesetzen des Bundes und der Staaten sowie in der Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofs an eindeutig fixierten Normen für das Vorgehen bei einer Preiskontrolle fehlt.³⁾

In einer Vielzahl von Gerichtsentscheidungen findet sich die Formulierung, daß die Abgabepreise für Public-Utility-Leistungen 'gerecht und vernünftig' sein sollen (fair rates), und zwar sowohl für den Abnehmer als auch für die Produzenten, denen sie einen 'fairen Ertrag' zur Deckung der Betriebs- und 'angemessenen' Kapitalkosten und zur Erhaltung der finanziellen Stabilität des Unternehmens gewähren sollen. In einer bis heute als grundlegend angesehenen Entscheidung vertrat der Oberste Gerichtshof der USA im Jahre 1944 den Standpunkt, daß jede angewandte Preisbildungsmethode dann gerechtfertigt sei, wenn sie dieses 'faire' Ergebnis bewirke.⁴⁾

Der Streit um die anzuwendenden Preisbildungsmethoden zwischen Public Utility-Unternehmen und den Überwachungskommissionen ist damit noch nicht beigelegt, da der Begriff des 'fairen Abgabepreises' nach wie vor unbestimmt bleibt. Grundsätzlich ist zu sagen, daß die Preiskontrolle sich an den Betriebskosten des

1) Barnes, I.R.: The Economics...; a.a.O., S. 744-753.

2) Siehe hierzu oben S. 139.

3) Schneider, H.K.: Public Utility-Kontrolle...; a.a.O., S. 10.

4) Die entscheidende Stelle des Urteilspruches im 'Hope Natural Gas Case' ist wiedergegeben bei: Pegrum, D.F.: Public Regulation...; a.a.O., S. 639.

Public Utility-Unternehmens orientiert und zu diesen eine angemessene Kapitalverzinsung addiert, die bisher zwischen 4 % und 8 % angesetzt wurde, je nach der Lage des besonderen Falles.

Abgesehen von der in beinahe jedem Einzelfall auftretenden Kontroverse über die Höhe des konzedierten Kapitalertrags treten bei der Berücksichtigung der Betriebskosten Bewertungs- und Abschreibungsprobleme auf, zu denen meist noch die Auseinandersetzungen über die Vernünftigkeit und Angemessenheit der Betriebsausgaben kommen. Die Regulatorik versucht, unter Zuhilfenahme der einzelnen Public Utilities arbeiten, verbieten generelle Rezepte für die Preisbildung bei Public-Utility-Unternehmen. Die Überwachungskommissionen haben jedoch - mit Hilfe der Gerichte - eine Reihe von Standards herausgearbeitet, die ihnen - bei Anpassung an die Verhältnisse des konkreten Falles - helfen können. Daneben erleichtert ihnen die Möglichkeit, von den Public Utilities gleicher Bereiche eine einheitliche Buchführung sowie laufende Berichte und statistische Unterlagen verlangen zu können,¹⁾ ihre Arbeit, ohne daß eine allseits befriedigende Klärung dieses kontroversen Sachgebietes bisher erreicht werden konnte.

2.3 Die Finanzierung der 'Public Utilities'.

Die meisten Staatskommissionen sowie die 'Securities and Exchange Commission' überwachen die gesamte Finanzgebarung der Public Utilities. Zur Verhinderung einer Überkapitalisierung wird dabei die Begebung von Wertpapieren kontrolliert. Hierdurch erfolgt eine indirekte Investitionskontrolle, da die Public Utilities anzugeben haben, für welche Zwecke sie die hereinkommenden Mittel verwenden wollen. Schließlich wird die Kapitalstruktur der Unternehmen überprüft, um ein angemessenes Verhältnis zwischen Eigen- und Fremdkapital zu erreichen.⁴⁾

1) Pegrum, D.F.: Public Regulation...; a.a.O., S. 638.

2) Zu diesen Problembereichen finden sich ausführliche Stellungnahmen bei: Pegrum, D.F.: Public Regulation...; a.a.O., S. 623-652. Watson, D.S.: Economic Policy...; a.a.O., S. 432-441. Glaeser, M.G.: Public Utilities...; a.a.O., S. 270-402. Barnes, I.R.: The Economics...; a.a.O., S. 621-627.

3) Hierzu ausführliche Angaben bei: Glaeser, M.G.: Public Utilities...; a.a.O., S. 254-261.

4) Vorstehendes nach: Schneider, H.K.: Public Utility-Kontrolle... a.a.O., S. 11.

2.4 Die Konzentration im 'Public Utility'-Sektor.

Diese ist gleichfalls Gegenstand der staatlichen Regulierung. So sind Zusammenschlüsse und losere Verflechtungen zwischen Public Utilities von einer Genehmigung der zuständigen Überwachungskommission abhängig, die die Wirkung der geplanten Maßnahme auf den Wettbewerb und das öffentliche Interesse prüfen wird,¹ bevor sie ihre Zustimmung gibt.

Gegen die bis 1935 auf dem Public Utility-Sektor stark hervorgetretenen Holdinggesellschaften auf den Gebieten von Elektrizität und Gas²⁾ wendet sich der 'Public Utility Holding' Company Act' von 1935, der Holdinggesellschaften der ersten und zweiten Stufe (einfache Holdinggesellschaften und solche, die eine Kontrolle über die Beherrschung einer zwischengeschalteten Holdinggesellschaft ausüben) einer Registrierungspflicht bei der mit der Ausführung des Gesetzes beauftragten 'Securities and Exchange Commission' unterwirft und sie deren Überwachung unterstellt. Holdinggesellschaften dritter oder höherer Stufe verbietet das Gesetz und verordnet deren Entflechtung bis zur zulässigen Größenordnung.³⁾

gc) Die öffentliche Hand als Unternehmer.

1) 'Public Utilities' im Gemeindeeigentum und -betrieb.

Neben den staatlich konzessionierten Public Utilities im Privatbesitz finden sich in den USA solche, die - nach dem Willen der örtlichen Selbstverwaltungsorgane - in Gemeindeeigentum stehen und von den Kommunen betrieben werden.

Diese Eigenbetriebe entstanden dort, wo entweder keine Möglichkeit zu einer anderweitigen Versorgung mit der gewünschten Public Utility-Leistung gegeben war, oder in den Fällen, in denen sich die Gemeindevertretungen trotz privater Leistungserstellung für den Eigenbetrieb entschieden.

Die Möglichkeit eines Übergangs von bestehenden privaten zu staatlichen Public Utility-Unternehmen ist z.B. gegeben:⁴⁾

1) Koontz, H. und Gable, R.W.: Public Control...; a.a.O., S. 280/281.

2) Ebenda, S. 281/282.

3) Ebenda, S. 283-285. Und: Watson, D.S.: Economic Policy..., a.a.O., S. 369-371.

4) Quelle: Glaeser, M.G.: Public Utilities...; a.a.O., S. 442/443.

- (1) Wenn die Konzession für den Privatunternehmer einen solchen Eigentumswechsel vorsieht;
- (2) beim Auslaufen einer zeitlich begrenzten Konzession für den Privatbetrieb;
- (3) bei einer Konzession von unbestimmter Dauer durch einen Volksentscheid zugunsten des Eigenbetriebs und
- (4) wenn die Gerichte bei einem ausschließlichen Betriebsrecht des Privatunternehmers die Notwendigkeit eines Übergangs auf den kommunalen Betrieb bejahen und ein Volksentscheid diesen fordert.

In allen diesen Fällen ist eine angemessene Entschädigung des Privatunternehmers üblich, deren Höhe durch Übereinkunft oder durch Gerichtsurteil festgesetzt wird.

Schließlich ist noch der Fall denkbar, daß ein Eigenbetrieb als Konkurrenzunternehmen zu einer Public Utility gegründet wird, wenn deren Konzession nicht ausschließlicher Natur ist.

Der Übergang von einer bestehenden Versorgung mit Public Utility-Leistungen durch Private auf den kommunalen Eigenbetrieb ist oft dadurch erschwert, daß es den Gemeinden nicht möglich ist, die Mittel zum Erwerb des Public Utility-Unternehmens aufzubringen oder einen Unternehmer, der einen größeren Bezirk - z.B. mit Elektrizität - versorgt, für sämtliche Verluste aus der Aufgabe eines Teilabsatzbereichs angemessen zu entschädigen.¹⁾

Die folgende Übersicht zeigt - absolut und relativ - die Zahl der Gemeinden der USA mit über 5.000 Einwohnern, die 1959 eigene Public Utility-Einrichtungen der verschiedenen Arten besaßen und betrieben.²⁾³⁾⁴⁾

1) Glaeser, M.G.: Public Utilities...; a.a.O., S.443/444.

2) Quelle: The International City Managers' Association (Herausgeber): The Municipal Year Book 1959; Chicago 1959, S.97.

3) Für das 'Municipal Year book 1960' wurde keine neue Erhebung vorgenommen.

4) Die Zahlenangaben beziehen sich auf die 2.492 Gemeinden der genannten Größenklasse, die die an sie gerichteten Fragebogen beantwortet haben.

Art der Utility	Alle Gemeinden mit über 5.000 Einwohnern.	
	Zahl	v.H.d. antwortenden Gemeinden
Wasserversorgung und -verteilung...	1.677	67,2
Nur Wasserverteilung.....	155	9,1
Elektrizitätserzeug.und -verteilung	279	11,2
Nur Elektrizitätsverteilung.....	223	8,9
Gaserzeugung und -verteilung.....	41	1,6
Nur Gasverteilung.....	86	3,6
Kanalisation.....	1.286	51,6
Flughäfen.....	530	21,3
Krematorien.....	425	17,1
Stadthallen (Auditorien).....	413	16,6
Hafenanlagen.....	76	3,0
Bus- oder Obussysteme.....	33	1,3
Straßenbahnen.....	7	0,3
Gemeinden, die keine dieser Einrichtungen besitzen.....	311	12,5
Gemeinden, die keine Berichte abgeben.....	71	2,8

Kennzeichnend für die im Gemeindebesitz befindlichen öffentlichen Utilities ist, daß ihre Betriebsführung meist durch Organe der gleichen Gemeinde gelenkt und überwacht wird. Nur in einigen Staaten der USA findet sich eine Regulierung dieser öffentlichen Unternehmen durch Staatskommissionen, die je nach der Gesetzgebung ihres Staates Regulierungsbefugnisse unterschiedlichen Ausmaßes haben.¹⁾²⁾

2) Wirtschaftsunternehmen der Einzelstaaten.

Der Besitz und Betrieb von Wirtschaftsunternehmen durch Einzelstaaten der USA hat zu keiner Zeit größere Ausmaße angenommen.

1) Koontz, H. und Gable, R.W.: Public Control...; a.a.O. S. 501.
2) ...The Book of the States 1960-61; a.a.O. S. 501.

Nach ersten Engagements der Staaten zu Beginn des 19. Jahrhunderts entledigten sich die meisten von ihnen nach der Krise von 1837 wieder ihrer Unternehmungen: in einer Reihe von Staatsverfassungen wurde den Exekutiven verboten, sich an Wirtschaftsunternehmen zu beteiligen oder solche zu betreiben.¹⁾

Ogleich einzelne Staaten eine Betätigung der öffentlichen Hand in der Wirtschaft ausdrücklich gestatten, finden sich bis zur Gegenwart nur vereinzelte Beispiele für Wirtschaftsunternehmen der Einzelstaaten:

(1) In 16 der 50 Bundesstaaten besteht ein Monopol für den Einzelhandelsverkauf abgepackter alkoholischer Getränke. Diese werden in staatlichen 'Liquor Stores' abgesetzt.²⁾

(2) Im Besitz und Betrieb von Einzelstaaten befindet sich eine Vielzahl von Flughafen und Landeplätzen.³⁾ Das Bestreben der Einzelstaaten geht dahin, weitere Fluganlagen in eigene Regie zu übernehmen.⁴⁾

(3) Einige Einzelstaaten besitzen und betreiben Getreidesilos, andere unterhalten eigene Hafenanlagen und Lagerhäuser, California und Kansas haben Staatsdruckereien.⁵⁾

(4) Beispiele für Elektrizitätserzeugungsgesellschaften von Einzelstaaten sind die 'Grand River Dam Authority' in Oklahoma und die 'Platte River Public Power' in Nebraska.⁶⁾

(5) Schließlich ist als bedeutendes Beispiel für ein einzelstaatliches Wirtschaftsunternehmen die 1921 von den Staaten New York und New Jersey gemeinsam gegründete 'The Port of New York Authority' zu nennen, die als finanziell und administrativ selbständige Behörde eine Vielzahl von Bahnhofs-, Verlade- und Verkehrseinrichtungen betreibt und dabei den Schiffs-, Flug, Ei-

1) Siehe hierzu oben S.50/51.

2) Koontz, H. und Gable, R.W.: Public Control...; a.a.O., S.699. Und: ...The Book of the States 1960-61; a.a.O., S.178/179.

3) Eine Aufstellung für 12 Bundesstaaten nennt 9 Großflughäfen, 44 mittlere und 55 kleinere Flugplätze als Eigentum der Einzelstaaten. Daneben befinden sich z.B. in Alaska 317 und in Rhode Island sämtliche öffentlichen Flugplätze in Staatseigentum und -betrieb. Quelle: ...The Book of the States 1960-61; a.a.O., S.333.

4) Ebenda, S.333.

5) MacDonald, Austin W.: State and Local Government in the United States; New York 1955, S.528/529.

6) Nissen, Hans-Joachim: Die öffentliche Wirtschaft des Auslandes; in: Handbuch der öffentlichen Wirtschaft, Band 1, Stuttgart 1960, S.122.

senbahn-, Bus- und Straßenverkehr sowie den größten Teil des Umschlags an Personen und Gütern im erweiterten Hafengebiet von New York erfaßt.¹⁾

3) Wirtschaftsunternehmen des Bundes.

Die Betätigung des Bundes als wirtschaftlicher Unternehmer erfaßt einen wesentlich weiteren Bereich als die Aktivität der Einzelstaaten in der Wirtschaft. Dennoch kann man auch beim Bund nicht von einem homogenen Besitzstand an wirtschaftlichen Unternehmen sprechen: die meisten von ihnen sind unter besonderen Umständen (Weltkriege, Depressionen) in Bundesbesitz gekommen und dort - teilweise ohne die hinreichende Notwendigkeit ihrer Weiterführung als öffentliche Unternehmen - verblieben.

In der folgenden Aufstellung sollen nur die wirklichen Wirtschaftsunternehmen des Bundes aufgeführt werden, aufgegliedert nach den für sie zuständigen Bereichen der Exekutive. Die nachfolgend zitierte Feststellung zweier Experten auf dem Gebiet der Staatsverwaltungsorganisation der USA soll erklären, warum die Aufzählung keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben kann:²⁾

"After two years of study the Commission on Organization of the Executive Branch of the Government was unable to discover the full extent of the business enterprises owned and operated by the Government. No one knows how much goods and services are produced by them or how much profit or loss they make in any year."

(1) Wirtschaftsunternehmen des Bundes im Bereich des Verteidigungsministeriums.

In Eigentum und Betrieb durch die Streitkräfte standen 1955 rund 2.500 verschiedene Industrie- und Handelseinrichtungen. Unter den etwa 50 verschiedenen Betriebsgebieten seien genannt: Bekleidungsfabriken, Filmstudios, Bäckereien, Sägemühlen, chemische Fabriken, Kraftanlagen, Luft- und Seetransportdienste, die 'Panama Railroad' und die 'Panama Canal Company'.³⁾

1) The Port of New York Authority(Herausgeber):The Port of New York; New York 1956.

2) Macneil,Neil und Metz,Harold W.:The Hoover Report 1953-55; New York 1956, S.154.

3) Ebenda,S.157 und 158-162.

Das 'Army Corps of Engineers' befaßt sich mit dem Bau und der Erhaltung von Stromregulierungsanlagen sowie solchen zur Kraftgewinnung.¹⁾

- (2) Wirtschaftsunternehmen des Bundes im Bereich des Justizministeriums.

Hier ist die 'Federal Prison Industries Inc.' zu nennen, der alle industriellen Unternehmen innerhalb von Haftanstalten des Bundes unterstehen.²⁾

- (3) Das Postministerium des Bundes

ist für die meisten seiner Tätigkeitsbereiche als wirtschaftliches Bundesunternehmen anzusehen.

- (4) Wirtschaftsunternehmen des Bundes im Bereich des Innenministeriums.

(4.1) Die 'Alaska Railroad'

betreibt Eisenbahnlinien in Alaska, besitzt eine Küstenschiffahrtslinie, Hafen- und Bahnhoftanlagen sowie Einrichtungen für ihre Bediensteten.³⁾

(4.2) Das 'Bureau of Mines'

produziert Helium und fördert strategisch wichtige Metalle.⁴⁾

(4.3) Die 'Virgin Islands Corporation'

hat die Aufgabe der wirtschaftlichen Erschließung dieser Inseln. Sie produziert und verarbeitet Zucker, erzeugt Elektrizität und betreibt Arbeiten zur Bodenerhaltung.⁵⁾

(4.4) Die 'Bonneville Power Administration',
die 'Southeastern Power Administration',
die 'Southwestern Power Administration'

befassen sich mit der Produktion und dem Absatz von elektrischer Energie und den damit zusammenhängenden Fragen. Daneben sind sie mit der Erhaltung und dem Ausbau ihrer Kraftanlagen

1) The Hoover Commission Report on Organization of the Executive Branch of the Government; New York o.J.(1955?), S.408/409.

2) United States Government Organization Manual 1960-1961; Washington 1960, S.218.

3) Ebenda, S.246/247.

4) Ebenda, S.244.

5) Ebenda, S.547/548.

betr. ¹⁾

(5) Wirtschaftsunternehmen des Bundes im Bereich des Landwirtschaftsministeriums.

Hier seien lediglich die schon besprochenen Einrichtungen der Ernteversicherung, ²⁾ des landwirtschaftlichen Hausbaus und der Elektrifizierung ³⁾ nochmals erwähnt.

(6) Wirtschaftsunternehmen des Bundes im Bereich des Wirtschaftsministeriums.

Hier ist lediglich das 'Bureau of Public Roads' als die Straßenbaubehörde des Bundes zu nennen. ⁴⁾

(7) Wirtschaftsunternehmen unabhängiger Abteilungen der Exekutive.

(7.1) Die 'Atomic Energy Commission' betreibt Produktionsstätten für Atomenergie. ⁵⁾

(7.2) Das 'Canal Zone Government' erstellt eine Vielzahl ziviler Leistungen für die in der Panamakanalzone Beschäftigten. ⁶⁾

(7.3) Die 'Export-Import Bank of Washington'. ⁷⁾

(7.4) Die 'Farm Credit Administration' und das ihr unterstellte System landwirtschaftlicher Kreditbanken. ⁸⁾

(7.5) Die 'Federal Deposit Insurance Corporation' und die 'Federal Savings and Loan Insurance Corporation'. ⁹⁾

(7.6) Das 'Federal Home Loan Bank System'. ¹⁰⁾

(7.7) Die 'Farmers Home Administration'. ¹¹⁾

(7.8) Die 'Federal Reserve Banks'. ¹²⁾

1) United States Government Organization Manual 1960-1961; a.a.O., S. 252-254.

2) Siehe oben S. 91.

3) Siehe oben S. 95.

4) United States Government Organization Manual 1960-1961; a.a.O., S. 306/307.

5) Ebenda, S. 365-368.

6) Ebenda, S. 369.

7) Siehe oben S. 128.

8) Siehe oben S. 92-93.

9) Siehe oben S. 127, 129/130, 134.

10) Siehe oben S. 129.

11) Siehe oben S. 93/94 und 130.

12) Siehe oben S. 124/126 und 133.

(7.9) Die 'General Services Administration'

arbeitet als Beschaffungsorganisation für den öffentlichen Dienst und unterhält einige Dienstleistungsbetriebe (Gebäudereinigung, Transport etc.). Daneben produziert oder fördert sie Materialien für die strategische Reserve der USA.¹⁾

(7.10) Die 'Housing and Home Finance Agency'.²⁾

(7.11) Die 'Small Business Administration'.³⁾

(7.12) Die 'Tennessee Valley Authority',

als Betriebsgesellschaft 1933 für das bedeutendste Mehrzweck-Erschließungsprojekt des New Deal vom Bund geschaffen, hat folgende Hauptaufgaben: die Erzeugung und Verteilung der aus den Wasserkraftanlagen des Tennesseebeckens gewonnenen elektrischen Energie, die Disposition über überschüssige Energie, die Sorge für die Schiffbarkeit und die Regulierung der zum Projekt gehörenden Ströme sowie die Produktion und Verteilung des in eigenen Anlagen hergestellten Kunstdüngers.⁴⁾

(7.13) Die 'Veterans Administration'.⁵⁾

(7.14) Die 'Commodity Credit Corporation'.⁶⁾

gd) 'Public Utilities' und Staatsbetriebe in der Wirtschaftsordnung der USA.

1) Die ordnungspolitische Diskussion um das
'Public Utility'-Konzept.

Mit der breiteren Anerkennung des Public Utility-Konzepts durch die Verwaltungspraxis und dem Ausbau der Regulierung aufgrund dieses Prinzips beginnen dessen Lücken sichtbar zu werden. Die Schwierigkeit, eine allgemeine Wertgrundlage für die Tarifregulierung zu finden, die fehlende Einheitlichkeit in der Regulierungsarbeit der einzelnen Staatsebenen, das ungelöste Problem der Erfassung der Public Utility-Holdinggesellschaften sowie die

1) Macneil, N. und Metz, H.W.: The Hoover Report...; a.a.O., S. 170-172.

2) Siehe oben S. 128/129.

3) Siehe oben S. 78/79.

4) United States Government Organization Manual 1960-1961; a.a.O., S. 502-507.

5) Siehe oben S. 130.

6) Siehe oben S. 87 und: United States Government Organization Manual 1959-1960; a.a.O., S. 268.

Schwäche einzelner Regulierungsinstanzen gegenüber den mächtigen Public Utility-Organisationen werden in der politischen und Fachdiskussion der 1930er Jahre hervorgehoben.¹⁾ Eine völlige Reorganisation der Regulierungsarbeit oder aber eine allmähliche Überleitung der Public Utilities in Staatsbesitz werden dabei in Erwägung gezogen.²⁾

Charakteristisch für die Richtung der Kritik am Public Utility-Konzept sowie am bisherigen Modus der Public Utility-Regulierung ist ein vielbeachteter Aufsatz von Gray aus dem Jahre 1940.³⁾ Der Verfasser kritisiert einmal die Anwendung des Public Utility-Konzepts in der Praxis: Aus der ursprünglichen Absicht, die Konsumenten vor den Machtäußerungen der Public Utility-Monopole zu schützen, sei ein Schutz der Kapitalisten geworden, die in großer Zahl versucht hätten, sich vor dem kühlen Wind des Wettbewerbs in die Sicherheit des Public Utility-Bereichs zu retten, wo ihnen Schutz vor den Antitrustgesetzen, die staatliche Anerkennung ihrer Monopole, das Zugeständnis eines angemessenen Ertrags und die Sicherung ihrer Eigentumsrechte verbürgt seien. Von dort aus hätten sie - mit Unterstützung willfähriger Regulierungskommissionen - alles unternommen, um aufkommende Konkurrenz privater, staatlicher oder genossenschaftlicher Unternehmen zu verhindern.

Der staatlichen Regulierung sei es zum anderen nicht gelungen, die privilegierten Public Utilities zu einer gemeinnützigen Aktivität zu bewegen, weil die Regulierungsgesetze lediglich Verbots- und sonstige einschränkende Bestimmungen enthalten. So sei es den privaten Public Utility-Unternehmern nicht zu verdenken, daß sie ihre Profitinteressen über die - von ihnen meist nicht verlangten - Dienste an der Allgemeinheit stellten. Im Public Utility-Konzept sei es versäumt worden, die Public Utilities durch positive Vorschriften z.B. zu einer vorausschauenden Erhaltung der natürlichen Hilfsquellen, zur Anwendung der modernsten technischen Verfahren, zu erweiterter Forschung, zur Bedienung auch wenig profitabler Gebiete, zu einer

1) Zwicky, J. Friedrich: Public Utilities; Jena 1937, S. 160-164.

2) Ebenda, S. 164-166.

3) Gray, Horace M.: The Passing of the Public Utility Concept; zuerst erschienen in: 'The Journal of Land and Public Utility Economics', Nr. 1/1940, S. 8-20. Hier Bezugnahme auf den Wiederabdruck in: The American Economic Association (Herausgeber): Readings in the Social Control of Industry; Philadelphia 1942, S. 280-303.

effizienten Kapitalnutzung und zum Ausbau gesellschaftlich wertvoller Projekte (Bewässerung, Flußregulierung etc.) zu bewegen.

Gray fordert deshalb eine Neuorientierung der Public Utility-Politik und eine Anpassung derselben an die Bedürfnisse einer modernen Gesellschaft. 'Gesellschaftlich höherstehende Institutionen' sollen die Public Utility-Bereiche wirklich den Interessen der ganzen Gesellschaft dienstbar machen, wobei der Verfasser u.a. an eine staatliche Gesamtplanungskonzeption für die genannten Bereiche denkt, eventuell an eine Sozialisierung der Public Utilities, und in den großen Mehrzweckprojekten des Bundes (Tennessee Valley Authority u.a.) erste Ansatzpunkte für neue Lösungen sieht.

Das wirtschaftspolitische Klima nach dem zweiten Weltkrieg hat die Akzente in der Diskussion über die Public Utilities etwas verschoben. Die Fehler und Nachteile der bisherigen Public Utility-Regulierung werden weiterhin erkannt und scharf verurteilt. Man sieht jedoch in der Verfolgung der wirtschaftspolitischen Zielsetzung, soviel Wettbewerb als nach der Natur des Public Utility-Sektors möglich in diesem zuzulassen und anzuregen, einen neuen gangbaren Weg zur Verringerung der bestehenden Mängel.²⁾ Erst wenn dieser Versuch einer Wiederbelebung des Wettbewerbs nicht die gegenwärtigen Machtpositionen der Public Utility-Monopole zu brechen in der Lage ist, soll als letzter Ausweg eine Verstaatlichung der genannten Bereiche erwogen werden, obgleich auch hierin "keine allgemeine Lösung des Problems der Maximierung der menschlichen Freiheit in wirtschaftlichen Dingen" zu sehen ist.³⁾

2) Staatsbetriebe und Grundidee.

Wir wollen im folgenden prüfen, inwieweit das Bestehen von Staatsunternehmen sich mit der allgemeinen Konzeption des Staates über die Gestaltung der Wirtschaft entsprechend seiner

- 1) Beispiele: Adams, Walter und Gray, Horace M.: Monopoly in America; New York 1955, Kapitel 3. Und: Keyes, Lucile S.: The Protective Functions of Commission Regulation; in: 'The American Economic Review', Nr. 2/1958, S. 544-552.
- 2) Adams, W. und Gray, H.M.: Monopoly...; a.a.O., S. 58 und 69-72. Und: Adams, Walter: The Role of Competition in the Regulated Industries; in: 'The American Economic Review', Nr. 2/1958, S. 542-543.
- 3) Adams, W. u. Gray, H.M.: Monopoly...; a.a.O., S. 59.

Grundidee verträgt. Letztere stellt ab auf die Wettbewerbswirtschaft mit pluraler Steuerung dort, wo sie im Interesse des Fortschritts sinnvoll erscheint, vertritt die 'eigennützige' Aktivität privater Wirtschaftler im Interesse der Allgemeinheit und bejaht die Intervention des Staates zur Erhaltung des wirtschaftlichen Gleichgewichts und einer funktionierenden Wettbewerbswirtschaft.

Ein kurzer Überblick über die Zusammenstellung der wirtschaftlichen Staatsunternehmen zeigt, daß es sich bei ihnen nicht um erste Ansätze zu einer Sozialisierung größeren Ausmaßes handelt, sondern in den meisten Fällen um Staatstätigkeiten, die im Rahmen der Grundidee liegen, wie sie durch die Ideen des New Deal weiterentwickelt wurde.

Die Wirtschaftsunternehmen der Gemeinden sind - gemessen an europäischen Beispielen - der Zahl nach relativ gering; die kommunale Aktivität empfängt ihre Berechtigung aus dem oft fehlenden Interesse privater Produzenten an teilweise unrentablen Versorgungs- und Erschließungsaufgaben. Eine endgültige Bejahung der kommunalen Wirtschaftsaktivität muß in jedem Einzelfall davon abhängen, ob durch sie bessere Leistungen für die Allgemeinheit zu günstigen Bedingungen für diese erstellt werden können.

Den wirtschaftlichen Unternehmen der Einzelstaaten ist wegen ihrer geringen Zahl ordnungspolitisch wenig Bedeutung zuzuerkennen. Das Interesse der Einzelstaaten an dem Betrieb von Verkehrsflughäfen in eigener Regie sowie das Großprojekt der 'Port of New York Authority' zeigen jedoch, daß einzelstaatliche Einzel- oder Gemeinschaftsunternehmen recht sinnvoll zur Erstellung von solchen Leistungen für die Allgemeinheit eingesetzt werden können, die nicht in die Interessenssphäre der Privatwirtschaft fallen.

Die Wirtschaftsunternehmen des Bundes sind zur ordnungspolitischen Beurteilung in verschiedene Kategorien einzuteilen: (1) Unternehmen, die aus Anlaß eines Krieges oder der Verteidigungsbereitschaft geschaffen wurden, sind nach ihrer ökonomischen Zweckmäßigkeit nicht zu beurteilen. Zu kritisieren ist jedoch, wenn solche Betriebe auch nach dem Wegfall ihres Entstehungsgrundes noch oft jahrzehntelang als Staatsbetriebe fort-

geführt werden.¹

(2) Das Bestehen anderer Wirtschaftsunternehmen des Bundes erhält seine Legitimation durch die Tatsache, daß es Ordnungspolitische Gesichtspunkte waren, die auf die Gründung dieser Unternehmen eingewirkt haben (Beispiel: Die Federal Reserve Bank).

(3) In anderen Fällen sah der Bund im Staatsbetrieb die einzige Möglichkeit, bestimmte geografische Gebiete zu erschließen, zu fördern und den wirtschaftlichen Wohlstand ihrer Einwohner zu heben. Für die private Wirtschaft boten sich hierbei auch langfristig keine Erfolgsaussichten (Beispiele: Alaska Railroad, Virgin Islands Corporation).

(4) In Konkurrenz zu privaten Unternehmen gründete der Bund Gesellschaften, die Großprojekte der inneren Entwicklung betreiben sollten. Besondere Vorteile für die Allgemeinheit durch den Staatsbetrieb dieser Projekte ließ die Heranziehung privater Unternehmer ausscheiden. Gemeinnützigkeitserwägungen bestimmen die Handlungen der meisten dieser Staatsunternehmen (Beispiel: Tennessee Valley Authority).

(5) Als die wohl wichtigste Gruppe wirtschaftlicher Unternehmen des Bundes sind diejenigen zu nennen, die er zur Erfüllung seiner ökonomischen Ausgleichsfunktion und zur Erhaltung des wirtschaftlichen Gleichgewichts zwischen einzelnen Bevölkerungs- und Wirtschaftsgruppen geschaffen hat. Meist in der Periode des New Deal entstanden, haben diese Bundesunternehmen umfassende Hilfs- und Forderungsaufgaben, hauptsächlich als Kreditmittler (Beispiele: Hilfen vielseitiger Art für die Landwirtschaft, in Notstandsgebieten des Landes, die Veteranen etc.).

Die Tatsache, daß kaum eines dieser wirtschaftlichen Bundesunternehmen entgegen der allgemeinen Ordnungskonzeption des Bundes geschaffen wurde, schließt jedoch nicht aus, daß an ihnen zum Teil heftige Kritik geübt wird. Ansatzpunkte zu dieser Kritik bilden zum Beispiel die Hypertrophie mancher Bundesunternehmen, ihre oft schwerfällige Arbeitsweise, komplizierte Organisation und die Behauptung, daß viele Tätigkeiten der Bundesunternehmer von der Privatwirtschaft im Interesse der Allgemeinheit besser erledigt werden könnten.

1) Macneil, N. und Metz, H. W.: The Hoover Report...; a. a. O., S. 154/155

III) Die Sektoren des Wirtschaftskreislaufs und ihre wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Beziehungen in der Wirtschaftsordnung der USA.

a) Allgemeine Vorbemerkungen.

Nachdem zu Beginn dieses Hauptteils die Grundlagen der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung der USA dargestellt und daran anschließend Teilordnungen in einzelnen Wirtschaftsbereichen betrachtet wurden, soll im folgenden Teil eine partielle Querschnittsbetrachtung der Wirtschaftsordnung der USA das bisher gewonnene Bild ergänzen. Partieller Art wird diese Betrachtung deshalb sein, weil aus der Fülle der möglichen inner- und zwischensektoralen Beziehungen zwischen den Bereichen

I. Haushalte

III. Banken

II. Unternehmen

IV. Staat

nur diejenigen Relationen untersucht werden sollen, die Essentielles zur Ergänzung der bisherigen Ausführungen beitragen. Ausgewählt wurden:

A: Die Beziehungen zwischen Haushalten

B: Haushalte - Unternehmen

C: Haushalte - Banken

D: Haushalte - Staat.

b) Die Beziehungen zwischen Haushalten.¹⁾

Ein Verständnis der sozialen Beziehungen zwischen Individuen bzw. Haushalten der USA erscheint nicht denkbar ohne Berücksichtigung des Einflusses, den gesellschaftliche Normen auf diese Beziehungen haben. "Die Gesellschaft ist der Gott", ist das Maß aller Wertungen.

Bereits das Erziehungssystem ist in den USA weitgehend darauf abgestellt, den Schülern gesellschaftliche Institutionen und Zusammenhänge zu erläutern und ihnen Kenntnis von den vielfältigen Funktionieren ihrer eigenen Gesellschaft zu geben.³⁾ Sie

1) Unter 'Haushalt' soll in diesem Abschnitt eine Grundeinheit der gesellschaftlichen Organisation verstanden werden, nicht eine bloße Konsumgemeinschaft.

2) v. Borch, Herbert: Die unfertige Gesellschaft; Herbolz, München 1964.

3) Ebenda, S. 137.

sollen durch eine theoretische wie praktische Ausbildung dieser Art lernen, sich in das bestehende System gesellschaftlicher Normen einzuleben, um später ein 'angepaßter' Teil des sozialen Gesamtprozesses werden zu können.

Die Orientierung des Verhaltens von Individuen oder Haushalten - in ihren Beziehungen zueinander - an gesellschaftlichen Maßstäben wollen wir anhand von drei Beispielen erläutern.

(1) Das Streben nach sozialem 'Status'.

Die besondere Betonung des Denkens in sozialen Kategorien im amerikanischen Erziehungssystem sowie eine häufig festzustellende Unsicherheit des Einzelnen über den Eigenwert seines 'Ich'¹⁾ lassen die Amerikaner - nach Meinung von Soziologen - "Sicherheit und eine Definition ihrer Persönlichkeit"²⁾ in äußeren, leistungsbezogenen Merkmalen suchen. Lerner spricht in diesem Zusammenhang von einem 'Fünfzielsystem' der Lebenszwecke der Amerikaner, dessen Komponenten Erfolg, Geltung, Geld, Macht und Sicherheit gleichberechtigt nebeneinanderstehen³⁾ und sämtlich umweltbezogen sind.

Zur Messung des sozialen Status' des Einzelnen in der Gemeinschaft dienen "in der sozial mobilen amerikanischen Gesellschaft weniger die familiäre Herkunft, als vielmehr die berufliche Position, "Einkommen, die Art des Geldausgebens, Kleidung, Wagen, Wohnung, Klub- und Gruppenzugehörigkeit."⁴⁾ Diese Merkmale, mit Hilfe von unwagbaren Wertungen auf einen gemeinsamen Nenner gebracht,⁵⁾ legen das gesellschaftliche Prestige des Einzelnen weitgehend fest.

"Durch 'Status'. nach dem sie auf Wegen und Umwegen streben, durch wirkliches oder künstliches Prestige, das sie sich zu schaffen suchen,...versuchen die Amerikaner...,ein eigenes Wertbewußtsein zu etablieren, ohne das der Mensch, wie es scheint, auch bei größter Güterfülle nicht sinnvoll leben kann oder will."⁷⁾

1) Davis,Kingsley, Bredemeier,Harry C. und Levy,Marion J.jr.: Stability and Instability in American Society;in:Davis,K., Bredemeier,H.C. und Levy,Marion J.jr.(Herausgeber):Modern American Society;New York 1949, S.711.

2) Lerner,Max:Amerika-wesen und Werden einer Kultur;Frankfurt am Main 1960, S.642.

3) Ebenda,S.642.

4) Ebenda,S.642.

5) Ebenda,S.642.

6) v.Borch,H.:Die unfertige Gesellschaft;a.a.O.,S.262-267.

7) Ebenda,S.267-268

(2) Sozialer Wettbewerb.

Der Haushalt, der seinen wirtschaftlichen Erfolg an dem von 'Konkurrenten' mit ungefähr gleicher Ausgangsposition zu messen gewohnt ist, um hierdurch seinen relativen gesellschaftlichen Erfolg zu erkennen, wird bemüht sein, den erlangten Status zumindest zu erhalten, ihn nach Möglichkeit jedoch noch zu steigern. Die Folge ist ein 'sozialer Wettbewerb' zwischen Haushalten ähnlicher Lebensverhältnisse und ähnlicher Lebensbestrebungen (To keep up with the Joneses).¹⁾ Die Wahl der Wohngegend und der Einkaufsquellen, der Preis und die Einrichtung des Wohnhauses, die Qualität der Kleidung, Art und Maß der Luxusausgaben etc. richten sich nach dem Verhalten der 'Konkurrenzfamilie' und legen den um Anpassung bemühten Haushalt in vielen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebensäußerungen fest.²⁾

Ist es dem Haushalt gelungen, eine höhere Einkommensstufe zu erreichen, so verlangt die Erhaltung dieses gesellschaftlichen Erfolgs den 'sozialen Wettbewerb' und das Schritthalten mit den jetzt etwa Gleichgestellten.³⁾ Ein wesentliches Kennzeichen amerikanischer Verhaltensweisen, besonders in 'Suburbia' festgesetzt, ist der 'soziale Anpassungswettbewerb auch nach unten': das Vermeiden jedes Anscheins einer gesellschaftlichen Herausforderung der Gleichgestellten oder weniger Begünstigten, jedes offensichtlichen Übertrumpfens. Man will den Maßstäben, die in der eigenen Gruppe von Gleichen in Geltung sind, lediglich so nahe wie möglich kommen (Inconspicuous Consumption; To keep down with the Joneses).⁴⁾ Die Maßstäbe sind dabei nicht starr, sondern dauernd in Bewegung: "It is the group that determines when a luxury becomes a necessity."⁵⁾

(3) Der Wille zur Konformität,

wie er sich bereits aus Vorstehendem ergibt, ist von modernen Soziologen als ein dominierendes Merkmal des gesellschaftlichen

1) Lerner, M.: Amerika...; a.a.O., S. 490 und 494-498.

2) Gorer, Geoffrey: Die Amerikaner. Eine völkerpsychologische Studie; 3. Auflage, Hamburg 1958, S. 129-134. Und: Schoeck, Helmut: USA-Motive und Strukturen; Stuttgart 1958, S. 104.

3) Whyte, William H.: The Organisation Man; London 1959, S. 158/159.

4) Ebenda, S. 313/314.

5) Ebenda, S. 314 und ff.

Verhaltens in den USA erkannt worden. Das Bemühen des Einzelnen, sich anzupassen, sich so zu verhalten, wie die Gesellschaft es von ihm erwartet,¹⁾ ist Ausdruck dieser Einstellung. Die Furcht, gegen den Willen der Mehrheit zu stehen, gesellschaftliche Tabus zu verletzen, nicht dem - meist von den Massenmedien vorgegebenen - Bild des 'normalen' Amerikaners zu entsprechen, sind einige Gründe für die soziale Konformität, für die 'ritualisierten Verhaltensweisen'²⁾ vieler Amerikaner. Der in letzter Zeit viel zitierte 'Konformismus in Suburbia' sei hier als Beispiel lediglich erwähnt.

Riesman kommt - nach einer ausführlichen Behandlung des Problems der Konformität in den Vereinigten Staaten - zu folgender Schlußfolgerung:

"Die Idee, daß die Menschen frei und gleich geschaffen sind, ist wahr und zugleich irreführend: die Menschen sind verschieden geschaffen und sie verlieren ihre soziale Freiheit und ihre individuelle Autonomie, wenn sie versuchen, einander gleich zu werden."³⁾

c) Die Beziehungen zwischen Haushalten und Unternehmen.

Diese Beziehungen stehen sämtlich im Zusammenhang mit dem Problem der Bedürfnisbefriedigung. Die privaten Haushalte fragen am Markt Güter und Leistungen nach, die ihrer Bedürfnisbefriedigung dienen, private Wirtschaftseinheiten⁴⁾ bieten als Unternehmen des Handels, der Konsumgüterproduktion und des Dienstleistungsgewerbes solche Güter und Leistungen an. Die sich hieraus ergebenden Zusammenhänge, die direkten und Fernwirkungen dieser Beziehungen, werden im folgenden in gebotener Kürze dargestellt werden.

ca) Nachweis der Quellen, aus denen die privaten Haushalte in der Geldwirtschaft der USA die zur Güternachfrage erforderlichen Mittel beziehen.

Persönliches Bruttoeinkommen vor Abzug der Steuern und Sozialversicherungsabg.⁵⁾ 366.028 Mio. \$ = 100%

1) Riesman, David: Die einsame Masse; Hamburg 1958, S. 252

2) Ebenda, S. 318.

3) Ebenda, S. 320.

4) Öffentliche Unternehmen dieser Art können wegen ihrer relativ geringen Bedeutung unberücksichtigt bleiben.

5) Persönliches Einkommen = Einkommen von Einzelnen, von Nicht-Kapitalgesellschaften und von Einzelfirmen sowie von gemeinnützigen Institutionen aus allen Quellen. Quelle: Statistical Abstract of the United States, 1960, S. 306.

Fortsetzung der Tabelle von S.163:

Davon aus:

Unselbständiger Arbeit.....	248.699 Mio. \$ = 67,9%
Selbständiger Tätigkeit.....	46.555 Mio. \$ = 12,7%
Vermietung etc.....	11.819 Mio. \$ = 3,2%
Dividenden.....	12.409 Mio. \$ = 3,4%
sonst. Zinseinkommen.....	20.447 Mio. \$ = 5,6%
Transferzahlungen (Sozialversicherungen, Pensionen etc.).....	26.099 Mio. \$ = 7,1% ¹⁾

cb) Beziehungen, die sich aus der Art der Einkommenserzielung ergeben.

1) Die Stellung der selbständigen Unternehmer.

Die prinzipielle Gewerbefreiheit in den USA gibt Einzelnen die Möglichkeit, allein oder gemeinsam mit anderen Produktions-, Handels- und Dienstleistungsbetriebe zu eröffnen, um eine vermutete Nachfrage anderer Wirtschaftseinheiten zu befriedigen. Ziel der selbständigen Unternehmer ist es, aus dem Gewinn, den der eigene Betrieb erwirtschaften soll, Mittel zur Bedürfnisbefriedigung zu erlangen.

Von den - im März 1960 - 64,267 Millionen Erwerbspersonen in den USA waren 10,114 Millionen oder 15,7% selbständig Wirtschaftende oder unbezahlte mithelfende Familienangehörige.²⁾ Ob sich die selbständigen Unternehmer im Markt behaupten können, hängt ab von der Nachfrage nach ihren Leistungen. Besteht eine solche Nachfrage, so wird die Art des Leistungsangebots von Konkurrenzbetrieben (Kriterien: Preis, Qualität, Standort etc.) den Marktanteil des selbständigen Unternehmers bestimmen. Erschwert wird in den USA die Geschäftsaufnahme als selbständiger Unternehmer in Industrie und Handel durch die starke Marktposition der Großunternehmen auf Kapitalbasis (Corporations), die durch die Vorteile der Massenproduktion bzw. des Großein-

1) Rundungsdifferenz = 0,1 %.

2) In der Landwirtschaft waren im März 1960 73,6 % aller landwirtschaftlich Tätigen selbständig Wirtschaftende oder unbezahlte mithelfende Familienangehörige; in den nichtlandwirtschaftlichen Bereichen waren es 11,3 % aller hier Tätigen. Quelle: Statistical Abstract of the United States, 1960, S.216.

kaufs preisgünstig anbieten können und durch ihre besseren Finanzierung- und Forschungsmöglichkeiten einen Vorstoß in den Markt eintretenden Nicht-Kapitalgesellschaften gegenüber.¹⁾ Im Einzelhandel können sich - bei relativ geringen Kapitalerfordernissen - kleinere Betriebe u.a. durch einen günstigen Standort und durch die Attraktionswirkung individueller Bedienung (Ma-und-Pa-Läden) meist einen Kundenstamm halten.²⁾ Die Unterschätzung der Kapitalerfordernisse führt jedoch gerade im Einzelhandel zu starken Fluktuationen.³⁾

2) Kapitalbeziehungen zwischen Haushalten und Unternehmen.

Ein Teil der amerikanischen Haushalte finanziert seine Konsumwünsche - ganz oder teilweise - aus dem Ertrag von Kapitalhergaben an Unternehmen.

Die Finanzierung von Einzelunternehmen in Form der Leihhaberschaft oder des Kredits, der Kauf von Industrieobligationen oder von Aktien der Kapitalgesellschaften sind hier in erster Linie zu nennen. Besonders die letztere Anlageart hat in der USA seit den Boomzeiten der 1920er Jahre stärkere Verbreitung gefunden. Die Zahl der Aktienbesitzer ist von 6,5 Mio. (1952) auf 12,5 Mio. (1959) gestiegen. 11,6 % der erwachsenen Bevölkerung der USA (über 19 Jahre) waren damit im Jahre 1959 im Besitz von mindestens einer Aktie, wobei rund 54 % der privaten Aktienbesitzer über ein Jahreseinkommen bis zu \$ 7.500 verfügten.⁴⁾

In einer Reihe von Großunternehmen der USA übersteigt die Zahl der Aktionäre beträchtlich die der Gesellschaftsmitglieder.

1) Siehe hierzu oben S.61 und 63-65.

2) Siehe hierzu oben S.68/69.

3) Im Jahre 1958 bestanden in den USA 1.955 Mio. Einzelhandelsfirmen (mit Kapitalgesellschaften). Es wurden in diesem Jahr rund 160.000 neue Einzelhandelsfirmen gegründet, rund 138.000 beendeten ihre Geschäftstätigkeit und rund 248.000 wechselten den Besitzer. Quelle: Statistical Abstract of the United States. 1960. S.484.

4) Quelle: Ebenda, S.24 und 469.

5) Beispiele: E.I. duPont de Nemours & Co.: Aktionäre: 227.000, Beschäftigte: 88.000 (Quelle: 'Der Volkswirt', Nr.17/1961, S.745); General Electric Co.: Aktionäre: 417.000, Beschäftigte: 251.000 (Quelle: 'Der Volkswirt', Nr.18/1961, S.793); American Telephone and Telegraph Co.: Aktionäre: 1.911.000, Beschäftigte: 736.000 (Quelle: 'Der Volkswirt', Nr.26/1961, S.1251.) Zahlen sämtlich für 1960

Die Tendenz zum Aktienerwerb hat ihre Begründung in erster Linie in dem Wunsch der Anlagensuchenden, am wirtschaftlichen Wachstum teilzuhaben, im Streben nach einem Schutz vor der schleichenden Geldentwertung, die vor der Kapitalanlage in festverzinslichen Werten nicht haltmacht:

3) Die Beziehungen auf dem Arbeitsmarkt.

Die überwiegende Mehrheit der Erwerbspersonen in den USA (54,2 Mio. von 64,3 Mio. oder 84,3 %) ¹⁾ sind sogenannte 'unselbständige Beschäftigte'. Diese bieten ihre Arbeitskraft z.B. privaten Wirtschaftsunternehmen an, um mit dem Entgelt für ihre Arbeitsleistungen ihre Konsumwünsche befriedigen zu können. Die Wirtschaftsunternehmen treten in dem Maße als Nachfrager nach Arbeitskräften auf, als sie diese zur Leistungserstellung benötigen.

Das Aufeinandertreffen von Angebot und Nachfrage am Arbeitsmarkt ist durch eine Reihe von Besonderheiten gekennzeichnet:

(1) Ein Arbeitsmarkt als homogenes Gebilde existiert in den USA nicht; es bestehen vielmehr Teilmärkte für die verschiedenen Wirtschaftszweige, Berufe, Qualitätsstufen, geografische Gebiete etc., zwischen denen sich Interdependenzen nachweisen lassen. ²⁾

(2) Diese Teilmärkte sind unvollkommen: auf der Angebotsseite ist die Arbeitsmobilität beschränkt (örtliche und arbeitsplatzmäßige Beharrung, ³⁾ schwieriger Übergang von einer Berufsgruppe zur anderen - non-competing groups -, gewisse rassische, religiöse Schranken etc.), auf der Nachfrageseite ist die Personalpolitik vieler - besonders kleinerer - Unternehmen oft durch außerökonomische Gesichtspunkte bestimmt. ⁴⁾ Lohndifferenzierungen verschiedener Art sind die Folge dieser Unvollkommenheit. ⁵⁾

(3) Partielle oder totale Ungleichgewichte entstehen auf den Märkten für Arbeitsleistungen häufig durch den Einfluß der wirt-

1) Quelle: Statistical Abstract of the United States, 1960, S. 216. Stand vom März 1960.

2) Kröllner, Edgar: Der amerikanische Arbeitsmarkt; Berlin 1956, S. 11.

3) "Trotz aller Umzugshemmnisse ist die Binnenwanderung in den USA relativ groß. Von den 148 Millionen Einwohnern, die im April 1951 über ein Jahr alt waren, wohnten 31 Millionen in anderen Orten als ein Jahr vorher, davon 10 Millionen in einem anderen Bundesstaat." Quelle: Kröllner, E.: ... Arbeitsmarkt; a.a.O., S. 16.

4) Ebenda, S. 15-23.

5) Ebenda, S. 23-25.

schaftlichen Wechselwirkungen; letztere wirken auf die Ertragswartungen und den Absatz der Unternehmen und damit auf die Höhe des Personalbestandes der einzelnen Unternehmen: zwischen einer Massenarbeitslosigkeit und dem scharfen Wettbewerb der Arbeitgeber um Arbeitskräfte als Grenzfälle zeigt die Arbeitsmarktlage als Folge konjunktureller Einflüsse im Zeitablauf eine Vielzahl von weniger extremen Konstellationen.

(4) Für das Verständnis der Ergebnisse des wirtschaftlichen Kräftespiels auf den Arbeitsmärkten der USA ist schließlich die Beachtung von Formen und Machtverhältnissen wichtig, in denen Angebot und Nachfrage einander gegenüber treten.

Exkurs: Lohnhöhe und Arbeitsbedingungen als Ergebnis der Machtverhältnisse am Arbeitsmarkt.

Bei einer geschichtlichen Betrachtung des Kräfteverhältnisses zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der USA kann man vereinfachend zwei Perioden unterscheiden: die Zeit bis 1932 und die Jahre danach.

Die erste Epoche ist charakterisiert durch ein Übergewicht der wirtschaftlichen Machtpositionen der Arbeitgeber über die der Arbeitnehmer. Während letztere meist ohne Vermögen waren und ihre Arbeitskraft anbieten mußten, um ihre existenziellen Bedürfnisse befriedigen zu können, hatten die Arbeitgeber meist einen genügenden finanziellen Rückhalt, der sie nicht zwang, um jeden Preis kontrahieren zu müssen.

Von der Kolonialzeit bis zum Bürgerkrieg fanden sich auf der Arbeitnehmerseite immer wieder Versuche, durch gemeinsame Aktionen der Gegenseite eine etwa gleichstarke Macht gegenüberzustellen und durch wirtschaftlichen Druck (Streikdrohung etc.) Arbeitsbedingungen und Löhne zu verbessern. Diese Zusammenschlüsse der Arbeitnehmer waren jedoch meist örtlicher Natur, auf Facharbeiter für bestimmte Berufe beschränkt und bestanden oft nur auf Zeit, d.h. nur bis zur Realisierung einer konkreten Forderung.¹⁾

Die vielen Handhaben der Arbeitgeber, die Organisation der Arbeitnehmer in eigenen Betrieb zu zerschlagen, die Haltung der Gerichte, die Arbeitnehmerzusammenschlüsse zur Erreichung höherer

1) Hierzu: Duiles, Foster R.: Die Arbeiterbewegung in den USA; Paderborn 1956, S.40-145.

rer Löhne etc. entsprechend dem Common Law als Verschwörungen (Conspiracies) verurteilten, und schließlich die weitgehend gewerkschaftsfeindliche Einstellung des Staates ließen den Arbeitnehmervereinigungen wenig Spielraum für umfassendere Aktionen. Es fehlte an jedwedem rechtlichen Schutz für die Bildung und Aufrechterhaltung von Gewerkschaften.¹⁾

Die Jahre nach dem Bürgerkrieg brachten mit dem wirtschaftlichen Aufschwung gleichzeitig einen Auftrieb für die Gewerkschaftsbewegung. Einzelne Arbeitnehmerorganisationen schlossen sich zur Stärkung ihrer Kampfkraft zu gewerkschaftlichen Dachorganisationen auf Bundesebene zusammen. Nach einigen mißglückten Versuchen dieser Art konnte sich schließlich im Jahre 1886 eine Vereinigung von Fachgewerkschaften, die 'American Federation of Labor' (AFL) etablieren. Den unpolitischen, ideologisch ungebundenen, nur an der Verbesserung der Wohlfahrt ihrer Mitglieder interessierten Gewerkschaften gelang es bis zur Weltwirtschaftskrise, ihre Verhandlungspositionen zeitweise auszubauen und in vielen Fällen Verbesserungen der Löhne und Arbeitsbedingungen zu erreichen. Dieser Bedeutungszuwachs wurde jedoch mehrmals von anhaltenden Rückschlägen unterbrochen. Es kam im Zusammenhang mit gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen immer wieder zu Auseinandersetzungen mit Unternehmensführern, die teilweise sogar Waffen gegen die im Ausstand befindlichen Arbeitnehmer einsetzten.²⁾ Die Haltung der Öffentlichkeit gegenüber den Gewerkschaften blieb weiterhin ablehnend: man befürchtete soziale Umstürze und Eingriffe in das Recht der freien Verfügbarkeit über privates Eigentum. Die Gerichte unterstützten die Arbeitgeber durch den Erlaß von 'einstweiligen Verfügungen' bei Streiks, wandten die Bestimmungen des Sherman Act zeitweise auf gewerkschaftliche Zusammenschlüsse und Aktionen an und stützten die Rechtmäßigkeit von 'Yellow Dog'-Arbeitsverträgen³⁾ mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit der Erhaltung der Vertragsfreiheit.⁴⁾ Der Einsatz von einzelstaatlicher Miliz gegen

1) Kröllner, E.:...Arbeitsmarkt; a.a.O., S. 64-66.

2) Dulles, F.R.: Die Arbeiterbewegung...; a.a.O., S. 250-397.

3) Bei diesen wird die Einstellung eines Arbeitnehmers von seiner Verpflichtung abhängig gemacht, sich keiner Gewerkschaft anzuschließen bzw. aus der Gewerkschaft auszutreten.

4) Kröllner, E.:...Arbeitsmarkt; a.a.O., S. 66-69.

breitende war bei größeren Ausstandsbewegungen keine Seitenhinzukamr interne Schwierigkeiten der Gewerkschafter: Großindustrielle Unternehmen lassen meist eine Vielzahl von Berufszweigen zusammen: da diese von verschiedenen Fachgewerkschaften vertreten wurden, minderte diese Zersplitterung die Position der Arbeitnehmervertreter gegenüber den Unternehmensleitungen.

Die zweite Periode brachte mit der sich wandelnden Einstellung des Staates zu den Gewerkschaften eine Abkehr von der bisherigen Einheitsfront gegen diese. Nachdem schon im 'Morris-Laguardia Anti-Injunction Act' von 1932¹⁾ die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft sowie eine Reihe gewerkschaftlicher Selbsthilfemaßnahmen geschützt worden waren, suchte der 'National Labor Relations Act' (Wagner Act) von 1935²⁾ die Gewerkschaften zu gleichberechtigten Verhandlungspartnern der Arbeitgeber zu machen und die Arbeitnehmer vor 'unfairen Arbeitspraktiken' der Unternehmer zu bewahren. Die Arbeitnehmer hatten nach diesem Gesetz das Recht, eine Gewerkschaft zu wählen, die ihre Interessen vertreten sollte. Als Bundesschiedsrichtungsbehörde für Arbeitsstreitigkeiten wurde zur Durchführung des genannten Gesetzes der 'National Labor Relations Board' innerhalb des Arbeitsministeriums eingesetzt.

Die Folge des 'Wagner Acts' war ein Erstarken der amerikanischen Gewerkschaften: das Problem der gewerkschaftlichen Organisierung ganzer Industrien, das bisher durch die fachgewerkschaftliche Struktur innerhalb der AFL kompliziert war, wurde durch die Entstehung einer Konkurrenzorganisation zur AFL, des 'Congress of Industrial Organizations' (CIO) ermöglicht, der alle Arbeitnehmer der verschiedenen Berufe - gelernte wie ungelernte - innerhalb eines Industriezweiges in Industriegewerkschaften zusammenfaßt.

Die Jahre unmittelbar nach dem zweiten Weltkrieg brachten eine Welle von Arbeitskämpfen in den USA: Die Gewerkschaften setzten ihre während des Krieges gewachsene Macht ein,³⁾ um durch umfas-

1) United States Department of Labor (Herausgeber): The American Workers' Fact Book 1960; Washington 1960, S. 280.

2) Ebenda, S. 280.

3) Kröllner, E.: ...Arbeitsmarkt; a.a.O., S. 71-75.

4) Mitgliederzahlen aller Gewerkschaften (mit kanadischen Mitgliedern von in den USA ansässigen Gewerkschaften): 1935=5,7 Mio., 1940=8,2 Mio., 1945=14,8 Mio. Quelle: Statistical Abstract of the United States, 1960, S. 237.

sende Streiks einige weitgehende Forderungen durchzusetzen. Die wachsende Beunruhigung der Öffentlichkeit über die hierdurch entstandenen Schäden für die Allgemeinheit führte im Jahre 1947 zum 'Labor-Management Relations Act' (Taft-Hartley Act). Neben dem weiterhin geltenden Verbot für bestimmte 'unfaire Arbeitspraktiken' der Arbeitgeber wurde ein umfassender Katalog derselben auch für Gewerkschaften aufgestellt. Der 'National Labor Relations Board' wurde zur unabhängigen Bundesbehörde für die Vermittlung bei Arbeitsstreitigkeiten und für Probleme der Kollektivverhandlungen erhoben. Bei Verletzung der Bestimmungen des 'Taft-Hartley Acts' wurden Schadensersatzklagen der geschädigten Marktpartei zugelassen. Von großer Bedeutung war in der Folgezeit die Bestimmung, daß Streiks und Aussperrungen, die den nationalen Wohlstand gefährdeten, vom Präsidenten der USA mit Hilfe einer einstweiligen Verfügung für 80 Tage ausgesetzt werden konnten, in welcher Zeit die Parteien die Verhandlungsmöglichkeiten ausschöpfen sollten.¹⁾ Schließlich bleibt zu erwähnen, daß sich im Jahre 1955 AFL und CIO zu einer gemeinsamen Dachorganisation für die meisten Gewerkschaften der USA zusammengeschlossen haben.

Die gegenwärtigen Machtverhältnisse am Arbeitsmarkt der USA sind durch ein Beinahe-Gleichgewicht unstabiler Art gekennzeichnet. Die Gewerkschaften sind in den USA eine wirkungsvolle Gegenmacht (Galbraith) zu den Arbeitgebern geworden. Das Verhandlungsergebnis beim Zusammentreffen von Angebot und Nachfrage an den Arbeitsmärkten erklärt sich in der Regel nach der Theorie des bilateralen Monopols; welche der hierbei denkbaren Möglichkeiten sich einstellen wird, wird sich nach den jeweiligen Machtpositionen der Verhandlungspartner auf dem betreffenden Teilmarkt richten.

Einige Zahlenangaben über die amerikanische Gewerkschaftsbewegung sollen den Exkurs abschließen.

(1) Mitgliederzahlen der Gewerkschaften (in 1000 bzw. v.H.)²⁾

	<u>1935</u>	<u>1940</u>	<u>1945</u>	<u>1950</u>	<u>1954</u>	<u>1958</u>
Mitglieder						
insgesamt.....	3.728	8.944	14.796	15.000	17.955	18.081

1) Kröller, E.:...Arbeitsmarkt; a.a.O., S. 76-79.

2) Mit kanadischen Mitgliedern von in den USA ansässigen Gewerkschaften. Quelle: Statistical Abstract of the United States, 1960, S. 233.

Fortsetzung der Tabelle von S.170:

	<u>1935</u>	<u>1940</u>	<u>1945</u>	<u>1950</u>	<u>1954</u>	<u>1958</u>
in v.H. aller Beschäftigten.....	6,7	15,5	21,9	22,0	25,1	23,9

Mitglieder in v.H.
aller nicht in
der Landwirtschaft

Beschäftigten.....	13,4	27,2	35,8	31,9	35,1	33,7
--------------------	------	------	------	------	------	------

AFL.....	3045	4247	6931	7143	10929	14993
----------	------	------	------	------	-------	-------

CIO.....	-	3625	6000	5000 ¹⁾	5200	
----------	---	------	------	--------------------	------	--

Von vorstehenden
Bundesorganisatio-
nen unabhängige Ge-
werkschaften.....

683	1072	1865	2600	1826	3088
-----	------	------	------	------	------

(2) Zahl der den Bundesorganisationen angeschlossenen Einzelge-
werkschaften:

AFL.....	109	105	102	107	109	
CIO.....	-	42	40	30	32	137

(3) Arbeitsniederlegungen 1933-1959²⁾

	<u>1933</u>	<u>1935</u>	<u>1945</u>	<u>1950</u>	<u>1955</u>	<u>1959</u>
Zahl.....	1695	2014	4750	4843	4320	3708
Hievon betroffene Arbeitnehmer (in 1000).....	1170	1120	3470	2410	2650	1980
in v.H. aller Be- schäftigten.....	6,3	5,2	12,2	6,9	6,2	4,3
Verlorene Arbeits- tage (in 1000)....	16900	15500	38000	38800	28200	69000

cc) Die Nachfrage der Haushalte nach Unternehmensleistungen und
ihre Fernwirkungen.

Ausgehend von den ihnen für eine Periode zur Verfügung stehenden
monetären Mitteln enthalten die Haushalte eine Nachfrage nach
Gütern, die in ihren Bedarfskreis fallen. In Erwartung dieser
Nachfrage haben die Unternehmen Güter produziert, von denen sie

1) Zahl für 1951.

2) Statistical Abstract of the United States, 1960, S.234.

3) Ende des Exkurses.

annehmen, daß ein Bedarf an ihnen besteht. Der Handel hat in gleicher Weise disponiert. Da die Haushalte nicht nur die freie Wahlmöglichkeit zwischen angebotenen Gütern haben, sondern auch weitgehend über Konsum oder Nichtkonsum entscheiden können, kann es für Produzenten und Händler eine Existenzfrage sein, ob es ihnen gelingt, die Konsumwünsche der Haushalte nach Art, Menge und Qualität in etwa im Voraus zu ermitteln. Durch Marktforschung soll die Stärke und Richtung des zukünftigen Bedarfs festgestellt, durch den Einsatz von Werbemitteln der Haushalt auf die einzelnen Angebote aufmerksam gemacht werden. Umfang und Art dieser Werbung haben bei kritischen Betrachtern den Verdacht geweckt, daß in der 'Überfluggesellschaft' der USA nicht mehr von der Nachfrage der entscheidende Produktionsimpuls ausgeht, sondern vielmehr die Produktion mit einer psychologisierten und massierten Werbung (Appell an den sozialen Anpassungswillen und an die Notwendigkeit einer Erhaltung des sozialen Status) neue Bedürfnisse erst künstlich schafft und sie dann befriedigt.¹⁾

Die Wahlfreiheit der Konsumenten erfährt Beschränkungen durch die Konzentration in der Wirtschaft; wo aus dieser Konzentration Oligopole entstehen, kann aus deren Qualitätswettbewerb sich ein Vorteil für die Konsumenten ergeben.

Die Konsumgüterkäufe der Haushalte beim Handel haben eine Vielzahl von Fernwirkungen. Zunächst entscheiden sie über Richtung und Umfang der Nachfrage des Handels bei Unternehmen der Konsumgüterproduktion und damit über Beschäftigung, wirtschaftlichen Ertrag und zukünftige Produktionsausrichtung dieses Bereichs. Diese Wirkungen auf die einzelnen Zweige der Konsumgüterproduktion beeinflussen deren abgeleitete Nachfrage nach Investitionsgütern und Dienstleistungen, wodurch wiederum die Nachfrage nach einzelnen Grundstoffen berührt werden kann. Alle die direkten und indirekten Wirkungen der Verbrauchernachfrage wirken - wie nach Vorgesagtem verständlich - zurück auf die Nachfrage der Haushalte: deren Verschiebungen oder ihre generelle Steigerung oder Abnahme können den Personalbestand der privaten Wirtschaftsunternehmen verändern und über den dadurch

1) Siehe hierzu u.a.: Galbraith, John Kenneth: Gesellschaft im Überfluß; München 1959, S.155-176.

veränderten Zufluß monetärer Mittel an die Haushalte weitere Wirkungen auf den Handels-, Produktions- und Dienstleistungsbereich haben.

d) Die Beziehungen zwischen Haushalten und Banken

werfen teilweise die gleichen Probleme auf wie die zwischen Haushalten und Unternehmen.

Einige Besonderheiten des Wirtschaftslebens der USA sorgen darüber hinaus für weitere Beziehungen zwischen Haushalten und Banken.

Hier sind zunächst die Zahlungssitten zu nennen. Die - im Vergleich zum kontinentalen Europa - stärkere Verbreitung des unbaren Zahlungsverkehrs macht die Banken zu Kassenhaltern der Haushalte und zu Verrechnungsstellen für deren finanziellen Transaktionen (Gehaltskonten, unbare Verrechnung aller Käufe von Gütern und Wertpapieren etc.).

Die Bedeutung von Teilzahlungskäufen in den USA läßt Geschäftsbanken und spezielle Konsumkreditinstitute zu wichtigen Geschäftspartnern der Haushalte werden. Diese erhalten von ersteren die Kredite, mit deren Hilfe sie ihre Kaufabsichten realisieren können. Die beiden Grundformen der Kreditgewährung sind dabei die "Gewährung eines bankmäßigen Darlehens, das in Teilzahlungen getilgt wird, und (die) Kreditierung bzw. Finanzierung des Preises für einen Kauf oder eine Dienstleistung."¹⁾

Das wachsende Ausmaß der Finanzierungen durch Konsumkredite²⁾ zeigt die folgende Aufstellung:

Gesamte ausstehende kurz- und mittelfristige Konsumkredite 1940 bis 1960 (in Millionen Dollar):³⁾

1940:	8.338	1955:	38.882	1958:	45.586
1945:	5.665	1956:	42.511	1959:	52.046
1950:	21.471	1957:	45.286	März 1960:	51.162

1) Rationalisierungskuratorium der deutschen Wirtschaft: Teilzahlungsfinanzierung in USA; München 1956, S.9.

2) Hierzu gehören: Teilzahlungskredite, Nichtraten-Kleinkredite, Kredite zur Bezahlung von Dienstleistungen (Ärzte, Versorgungsunternehmen etc.). Definition siehe ebenda, S.7.

3) Statistical Abstract of the United States, 1960, S.459.

Die Teilzahlungskredite i.e.S., soweit sie von Kreditinstituten gewährt wurden, beliefen sich im März 1960 auf 34.432 Mio.₯.¹⁾

Davon stammten:

von Geschäftsbanken.....	15.139 Mio.₯ = 43,9 %
von Spezialinstituten zur Verkaufsfinanzierung.....	10.357 Mio.₯ = 30,1 %
von Konsumfinanzierungsgesellschaften	3.811 Mio.₯ = 11,1 %
von Kreditgenossenschaften.....	3.331 Mio.₯ = 9,7 %
von anderen Kreditinstitutionen.....	1.794 Mio.₯ = 5,2 %

Zu erwähnen bleibt schließlich die Tätigkeit von öffentlichen Spezialbanken,²⁾ deren Aktivität auf den Gebieten des Landwirtschaftskredits, der Einlagenversicherung, des Hausbaukredits, der Altstadtsanierung, der landwirtschaftlichen Elektrizitätsversorgung etc. zum Teil starke Bedeutung erlangt hat.

e) Die Beziehungen zwischen Haushalten und Staat.³⁾

ea) Beziehungen wirtschaftlicher Art.

Der Staat erfüllt auf allen seinen Ebenen eine Vielzahl von Aufgaben, die sich entweder aus seiner Funktion als Hoheitsträger oder aus den Zielen erklären lassen, die er sich seit der Periode des New Deal auf ordnungspolitischem Gebiet gesetzt hat.

Zur Erfüllung aller dieser Aufgaben benötigt der Staat personelle und materielle Mittel in bedeutendem, ständig wachsendem Umfang:

Der Staat tritt am Arbeitsmarkt als Nachfrager nach Arbeitskräften auf. Im Jahresdurchschnitt 1959 beschäftigte er insgesamt 8,127 Millionen Personen (rund 12 % aller Beschäftigten), von denen 2,197 Millionen Beschäftigte auf den Bund und 5,930 Millionen auf Einzelstaaten und Gemeinden entfielen.⁴⁾

1) Statistical Abstract of the United States, 1960, S.459.

2) Siehe hierzu oben S.128-131 und 154/155.

3) Zur Vereinfachung der Darstellung soll in diesem Abschnitt unter 'Staat' hauptsächlich der Bund verstanden werden.

4) Quelle: Statistical Abstract of the United States, 1960, S.208 und 211. Hier finden sich auch Vergleichszahlen zu früheren Jahren. So beschäftigte der Staat auf allen Ebenen: 1919 =

Die erforderlichen finanziellen Mittel beschafft sich der Staat entweder durch Zwangsabgaben, indem er an bestimmte wirtschaftliche Tatbestände eine Steuer- oder Abgabepflicht knüpft, oder indem er - in Konkurrenz zur Privatwirtschaft - Mittel am freien Kapitalmarkt aufzunehmen sucht.

Bei der Einnahmenbeschaffung als Hoheitsträger ist die Exekutive an die Zustimmung der vom Volk gewählten Legislative gebunden, die sich auch die Genehmigung der vorgesehenen Mittelverwendung vorbehält. Die Netto-Budgeteinnahmen des Bundes beliefen sich im Fiskaljahr 1960²⁾ auf 77,763 Mrd. Dollar.²⁾³⁾ Davon erbrachten die individuelle Einkommensteuer mit 40,715 Mrd. \$, die Körperschaftssteuer mit 21,494 Mrd. \$ und die Umsatz- und Verbrauchssteuern mit 9,137 Mrd. \$ zusammen rund 90 %.⁴⁾ Die wichtigsten Einnahmequellen der Einzelstaaten und örtlichen Körperschaften sind die Vermögenssteuer und die Umsatz- und Verbrauchssteuern, die im Jahre 1958 53,8 % der Einnahmen der betreffenden Staatsebenen ausmachten.⁵⁾

Der Absatz von Staatsschuldverschreibungen am freien Kapitalmarkt hängt weitgehend von den vom Staat offerierten Bedingungen ab; allerdings gibt die unbedingte Sicherheit der punktliehen Rückzahlung und Verzinsung den Staatspapieren einen Vorrang vor anlagensuchenden Effekten der Privatwirtschaft.

Von den am 30.6.1960 untergebrachten Wertpapieren des Bundes im Gesamtbetrag von 286,5 Mrd. \$ befanden sich solche im Werte von 63,2 Mrd. \$ (22 %) bei Einzelpersonen, Personengesellschaften oder auf privaten Treuhandkonten.⁶⁾

Von außerordentlicher Bedeutung für die Beziehungen zwischen der Privatwirtschaft und dem Staat ist das ordnungspolitisch

2,671 Mio., 1929 = 3,066 Mio., 1940 = 4,202 Mio. und 1949 = 5,856 Mio. Personen.

1) Vom 1. Juli 1959 bis zum 30. Juni 1960.

2) Quelle: Annual report of the Secretary of the Treasury on the State of Finances for the Fiscal Year ended June 30, 1960; Washington 1961, S. 10.

Ebenda, S. 398: Netto-Budgeteinnahmen des Bundes 1930 = 4,178 Mrd. \$, 1940 = 5,144 Mrd. \$, 1950 = 36,422 Mrd. \$.

4) Ebenda, S. 10.

5) Statistical Abstract of the United States, 1960, S. 404.

6) Annual Report... on the State of Finances...; a.a.O., S. 40/41.

Element in der Finanzgebarung des Staates. So ist z.B. die bedeutendste Einnahmequelle des Bundes, die individuelle Einkommensteuer, progressiv ausgestaltet, was bewirkt, daß die interpersonellen Unterschiede beim verfügbaren Einkommen etwas geringer sind als beim Bruttoeinkommen.¹⁾²⁾ In Richtung auf eine Nivellierung der Vermögensunterschiede - durch die unterschiedliche Ausgestaltung allerdings in verschieden starkem Maße - wirken Nachlaß-, Schenkung-, Erbschaft- und Vermögensteuer.³⁾

Redistributionseffekte gemäß der staatlichen Ausgleichsidee bringt in gleicher Weise die staatliche Ausgabenpolitik mit sich. Zu nennen sind hier u.a. die Förderung benachteiligter Wirtschaftszweige (Landwirtschaft) und Teilbereiche (Small Business, Wegefinanzierung für Binnenschifffahrt, Straßenverkehr und Luftverkehr), die Finanzierung der Regulierungsaufgaben (Wettbewerbspolitik), Hilfen für bedürftige Bevölkerungsgruppen (Veteranenfürsorge, Volksgesundheit, Erziehung und Bildung, öffentliche Hausbauprogramme, Armenfürsorge) sowie die Erfüllung gesamtwirtschaftlicher Aufgaben (Nationale Sicherheit, Erhaltung der natürlichen Hilfsquellen).⁴⁾

Von dieser Einnahmen-Ausgabenpolitik des Staates, die beabsichtigt oder als Nebenprodukt Redistributionswirkungen zeigt, ist die Sozialpolitik des Staates i.e.S. zu trennen, die 'soziale Sicherheit' für alle Teile der Bevölkerung erreichen will.

Das gegenwärtig in den USA bestehende System von sozialpolitischen Einrichtungen ist verhältnismäßig jungen Datums.

Vor der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert fanden sich in den USA kaum Anzeichen für eine staatliche Sozialpolitik. Die meisten sozialen Einrichtungen (Armenhilfe, Unterstützung nicht Arbeitsfähiger, Waisenhäuser etc.) wurden bis dahin von privater

1) Solow, Robert M.: Income Inequality since the War; in: Freeman, Ralph E. (Herausgeber): Postwar Economic Trends in the United States; New York 1960, S. 109-113.

2) Wenn die Wirkung der Progression des Einkommensteuertarifs auf die Ausgleichung der Unterschiede beim verfügbaren Einkommen relativ gering ist, so ist dies darauf zurückzuführen, daß die Bezieher hoher Einkommen z.P. über die Investition von Einkommensteilen die Möglichkeit haben, sich der Anwendung extrem hoher EST-Sätze zu entziehen.

3) Eine Nachlaß- und Schenkungssteuer wird vom Bund. Vermögenssteuern, Erbschaftssteuern und z.T. auch Nachlaßsteuern werden von den Einzelstaaten erhoben. Quelle: Watson, D.S.: Economic Policy...; a.a.O., S. 618/619.

4) Siehe hierzu den Überblick über die Ausgaben des Bundes in:

Seite getragen und erhielten nur in Ausnahmefällen staatliche Unterstützung. Die Sozialphilosophie des 'Laissez-faire' und später des Darwinismus bestimmte in starkem Maße die Einstellung des Staates zu sozialen Problemen.¹⁾

Bis zur Weltwirtschaftskrise zeigten sich zwar in einzelnen Staaten und beim Bund Ansätze zu einer sozialpolitischen Gesetzgebung (Versicherungen gegen Arbeitsunfälle, Altersrentenversicherung, Vorschriften über Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen etc.), ohne daß sich hierdurch wirkungsvolle und weitreichende soziale Erleichterungen für die Masse der Bevölkerung ergeben hätten.

Die New Deal-Periode führte dann zu einer entscheidenden Kursänderung in der Einstellung des Staates zu sozialen Problemen. In einer Reihe von grundlegenden, bis zur Gegenwart ständig ausgebauten Gesetzen schufen Bund und Staaten gemeinsam ein System der sozialen Sicherheit, das - ohne vollkommen zu sein - in der Lage ist, den Einzelnen vor echter materieller Not zu bewahren.

Im folgenden wollen wir aus der Fülle sozialpolitischer Einrichtungen, die vom Verbot der Kinderarbeit über den Schutz der Heimarbeiter bis zur sehr weitgespannten Arbeitslosenversicherung reichen, nur einige uns wichtig erscheinende Punkte herausstellen und erläutern.

(1) Die Betriebsunfallversicherung - in beschränktem Umfang seit 1908 bestehend²⁾ - beruht auf Gesetzen der Einzelstaaten und des Bundes (für die bei ihm beschäftigten Arbeitnehmer). Sie sieht Entschädigungen für die Arbeitnehmer bei Betriebsunfällen vor, deren Höhe sich nach der Schwere des Unfalls und den Bestimmungen der einzelnen Gesetze richtet (maximal: volle Lohnfortzahlung). Bei zeitweiser Arbeitsunfähigkeit werden daneben Zuschüsse zu den Behandlungs- und Genesungskosten gewährt;

Annual Report...on the State of Finances...; a.a.O., S.452-455.

- 1) Zu Vorstehendem findet sich eine ausführliche Darstellung bei: Lurie, Harry L.: The Development of Social Welfare Programs in the United States; in: Kurtz, Russell H. (Herausgeber): Social Work Year Book 1960; New York 1960, S.19-30.
- 2) United States Department of Health, Education, and Welfare: Social Security Programs throughout the World 1958; Washington 1958, S.91.

bei Todesfällen erfolgen Zahlungen an die Hinterbliebenen über eine unterschiedliche Zeitspanne. Die Versicherungsbeiträge werden in voller Höhe vom Arbeitgeber aufgebracht. Knapp 80 % aller Arbeitnehmer werden gegenwärtig von der Betriebsunfallversicherung erfaßt.¹⁾

(2) Der gesetzliche Schutz von Arbeitszeit und Lohn, für Heimarbeiter, Frauen und Jugendliche vom Bund und der Mehrzahl der Einzelstaaten geregelt,²⁾ beruht für normale Mannerarbeit auf den mehrmals erweiterten Bestimmungen des 'Fair Labor Standards Act' des Bundes von 1938 und auf einzelstaatlichen Gesetzen mit unterschiedlicher Reichweite. Hauptgegenstand der gesetzlichen Regelungen ist die Festlegung von Mindeststundenlöhnen und der Höchstarbeitszeit je Woche bei normaler Bezahlung. Die Regelung durch den Bund legt seit Mai 1961 Mindeststundenlöhne - nach einer Übergangszeit von zwei bzw. vier Jahren - in Höhe von 1,25 \$ fest und sieht die 40-Stunden-Arbeitswoche vor. Für Überstunden ist ein Zuschlag von 50 % zu zahlen. Die Zahl der von dieser Regelung erfaßten Arbeitnehmer soll im Jahre 1965 rund 28 Millionen betragen.³⁾

Es finden sich daneben private Vereinbarungen über die Zahlung garantierter Jahreslöhne in verschiedenen Wirtschaftsunternehmen und Wirtschaftszweigen.⁴⁾

(3) Die gesetzliche Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenenversicherung beruht auf den mehrmals modifizierten Bestimmungen des 'Social Security Act' des Bundes von 1935. Daneben haben seit 1938 alle Einzelstaaten Altersversicherungssysteme, die vom Bund mitfinanziert werden.⁵⁾

Die Versicherungsbeiträge werden von den unselbständig Beschäftigten und ihren Arbeitgebern zu gleichen Teilen (z.Zt. je 5 % der Lohnsumme) sowie von Selbständigen (z.Zt. 4,5 % ihres Einkommens)⁶⁾ aufgebracht. Die Einkommenshöchstgrenze für die Teil-

1) ...Workers' Fact Book 1960; a.a.O., S. 178-195. Hier finden sich auch Übersichten über die unterschiedlichen Regelungen der Unfallentschädigung in den einzelnen Bundesstaaten.

2) Schiefer, Jack: Das System der sozialen Sicherheit in den Vereinigten Staaten; Frankfurt a.M. 1952, S. 73-84.

3) Facts on File Yearbook 1961, Band 21, S. 165.

4) Blick, Heinz: Der garantierte Jahreslohn in den USA; o.J. 1959, S. 60 ff.

5) Koontz, H.: und Gable, R.W.: Public Control...; a.a.O., S. 530/531.

6) ...Workers' Fact Book 1960; a.a.O., S. 257.

nahme liegt zur Zeit (1960) bei 4.000 \$ Jahreseinkommen. Die sämtlich von den Arbeitgebern an den Bund abzuführenden Beiträge (Quellenabzug) werden von diesen einem "Trust Fund" zugeführt. Aus diesem fließen die Mittel - teilweise über die Einzelstaaten - an die Empfangsberechtigten, deren Bedürftigkeit überprüft wird. Zu ihnen gehören:

bei der Altersversicherung: alle Versicherten, die das 65. Lebensjahr erreicht haben¹⁾ sowie ihre direkten Angehörigen unter bestimmten Voraussetzungen. Beim Todesfall der Versicherten erhalten diese direkten Angehörigen (Mutter, Frauen, Kinder unter 18 Jahren, sonstige vom Versicherten Abhängige) laufende Zahlungen aus der Hinterbliebenenversicherung.²⁾ Die von den Versicherten und ihren Arbeitgebern gezahlten Beiträge fließen zu einem Teil an die Invaliditätsversicherung (0,25 % der Lohnsumme der Arbeitnehmer und Arbeitgeberbeiträge in gleicher Höhe: 0,37 % vom Einkommen der Selbständigen), die Zahlungen an die vor Erreichung des 65. Lebensjahres ganz oder teilweise arbeitsunfähig gewordenen leistet, sofern diese das 50. Lebensjahr erreicht haben. Auch hier werden die abhängigen Angehörigen mit einbezogen.³⁾ Im Jahre 1957 wurden rund 77 Millionen lebende Frauen oder gegenwärtige Arbeitnehmer von dieser Versicherung erfasst. Nach neueren Schätzungen sind 90 % aller unselbständig Beschäftigten altersversichert, viele davon auch gegen Invalidität.⁴⁾ Für Beschäftigte der Eisenbahn besteht ein eigenes, dem vorerwähnten ähnliches System der Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenenversicherung.⁵⁾

(4) Die gesetzliche Versicherung der Arbeitnehmer gegen Arbeitslosigkeit, ab 1932 von einzelnen Staaten und 1935 vom Bund eingeführt, wird gegenwärtig vom Bund und allen Einzelstaaten gemeinsam getragen.⁶⁾ Sie erfasst nach Bundesgesetz alle Arbeitgeber in 'Industry and Commerce', die im Jahre vier oder mehr Ar-

1) Frauen können sich bereits mit der Erreichung des 62. Lebensjahres pensionieren lassen, erhalten dann jedoch zunächst drei Jahre lang reduzierte Bezüge.

2) ...Workers' Fact Book 1960; a.a.O., S. 256-260.

3) Vorstehendes auch: ...Social Security Programs...; a.a.O., S. 254.

4) ...Workers' Fact Book 1960; a.a.O., S. 257/258.

5) Asch, Sidney W.: Social Security and related Welfare Programs. 2. Auflage. New York 1957. S. 77-81.

6) ...Workers' Fact Book 1960; a.a.O., S. 261-262.

beitnehmer mindest zwanzig wochen lang beschäftigt haben, nach einzelstaatlichen Gesetzen alle Arbeitnehmer dieser Arbeitgeber sowie in der Hälfte aller Staaten auch Beschäftigte in Firmen mit 1 - 3 Mitarbeitern.¹⁾ Ausgenommen sind landwirtschaftliche und Hausarbeitskräfte, Beschäftigte in gemeinnützigen Institutionen, Angestellte der Einzelstaaten und Körperschaften örtlicher Art.²⁾

Die Versicherungsbeiträge sind - mit unbedeutenden Ausnahmen³⁾ - von den Arbeitgebern allein zu entrichten, und zwar in Höhe von 3 % der ersten, von den Arbeitnehmern im Monat verdienten \$ 3.000. Diese Mittel fließen zu 90 % an die einzelstaatlichen Arbeitslosenversicherungskassen, zu 10 % an den Bund, der auch Beiträge zu den Verwaltungskosten der staatlichen Versicherungskassen leistet.⁴⁾

Arbeitslosenunterstützungen fließen den unfreiwilligen Arbeitslosen nach einer Karenzwoche - hauptsächlich von den einzelstaatlichen Versicherungskassen - zu. Die Höhe der ausgezahlten Beträge richtet sich dabei nach dem Wochenverdienst in einer festgelegten Bezugsperiode und nach der Zahl der abhängigen Familienangehörigen des Arbeitslosen. Die Dauer der Zahlung ist in den Gesetzen der einzelnen Staaten unterschiedlich geregelt, sie schwankt zwischen 6 und 30 Wochen.⁵⁾

Neben der allgemeinen Arbeitslosenversicherung besteht ein entsprechendes Programm des Bundes für Eisenbahner, Bundesangestellte und Veteranen.⁶⁾

(5) Die Krankenversicherung ist in den USA - mit Ausnahme von vier Einzelstaaten und einer gesetzlichen Krankenversicherung für Eisenbahner⁷⁾ - nicht gesetzlich geregelt. Es ist dem Einzelnen überlassen, sich und seine Angehörigen privat gegen Krankheit zu versichern. Die Gewerkschaften haben teilweise eigene Krankenversicherungssysteme aufgebaut, die besonders den

1) ...Social Security Programs...; a.a.O., S.68.

2) Daneben die Arbeitnehmer in den meisten Kleinstbetrieben. Insgesamt waren 1959 22 % aller Beschäftigten von der Arbeitslosenversicherung ausgeschlossen. Quelle: ...Workers' Fact Book 1960; a.a.O., S.249/250.

3) So verlangen die Staaten Alabama, New Jersey und Alaska auch geringe Beiträge von den Versicherten. Quelle: ...Social Security Programs...; a.a.O., S.68.

4) ...Social Security Programs...; a.a.O., S.68.

5) Ebenda, S.68/69.

6) Ebenda, S.68.

7) Ebenda, S.58/59.

Arbeitnehmern mit geringen Einkommen wesentliche Hilfen bringen.

Zur Vorbeugung gegen Krankheiten stehen der Öffentlichkeit staatliche Gesundheitszentren zur Verfügung; für Bedürftige besteht die Möglichkeit zur Erlangung einer Beihilfe zu den Krankheitskosten aus Mitteln der öffentlichen Fürsorge.¹⁾

Schließlich gehen von den konjunkturpolitischen Maßnahmen des Staates (bzw. des 'Board of Governors of the Federal Reserve System') zur Beeinflussung der Gesamtwirtschaft zumindest indirekte Wirkungen auf die privaten Haushalte aus; desgleichen von der Politik des Staates zur Erhaltung des Wettbewerbs und zur Regulierung der Wirtschaft im Gemeininteresse (Regulierung von Industrie, Handel, Landwirtschaft, Public Utilities, Verkehr etc.).

Trotz der Vielzahl staatlicher Aktionen im Interesse des sozialen und gesamtwirtschaftlichen Ausgleichs zeigt sich in den USA ein Mangel darin, daß es dem Staat bisher nicht gelungen ist, Gemeinschaftsaufgaben in dem erforderlichen Umfang zu erfüllen. Gedacht sei hierbei besonders an Schulbauten, Krankenhäuser, Straßenbauten, eine ausreichende Lehrerbesehung, die diesen wichtigen Beruf wieder attraktiv machen könnte, an die Finanzierung der wissenschaftlichen Forschung unabhängiger Institutionen etc. Es fehlt nach der Meinung von Kritikern der amerikanischen Gesellschaft am sozialen Gleichgewicht zwischen der leistungsfähigen und ertragbringenden Privatproduktion und der notwendigen, aber nicht sofort sichtbare und direkte Erfolge bringenden Erstellung von Gemeinschaftsleistungen, deren Bedeutung zwar erkannt wird, deren ausreichende Finanzierung jedoch bisher am im System begründeten einseitigen Produktionsdenken und den Besonderheiten der politischen Struktur der Vereinigten Staaten gescheitert ist.³⁾

1) Vorstehendes nach einer Information von Herrn Prof.Dr.Hoeniger †, Frankfurt a.M.

2) International Labour Office: Systems of Social Security: United States; Genf 1954, S.10.

3) Siehe hierzu die Ausführungen von Galbraith, J.K.: Gesellschaft im Überfluß; a.a.O., S.267-281, 287-297 und 325-339.

eb) Die politischen Beziehungen.

Die Individuen bilden in ihrer Gesamtheit den Ursprung der politischen Herrschaft in den USA. Die Spitzen der Exekutive sowie die Legislativorgane auf allen Staatsebenen werden regelmäßig in freier und geheimer Abstimmung von der wahlberechtigten Bevölkerung gewählt: "Es gibt keine staatliche Tätigkeit, die nicht direkt oder indirekt aus Wahlen hergeleitet ist."¹⁾ Abgesehen von geringen, durch die Wahltechnik bedingten Ausnahmen ist es in den USA der Wille der Mehrheit der Wähler, der zur Besetzung bestimmter Staatspositionen durch bestimmte Personen führt. Die Wähler haben die Möglichkeit, sich bei ihrer Entscheidung entweder dem Kandidaten zuzuwenden, dessen Persönlichkeit und politisches Wollen ihnen die beste Vertretung ihrer Interessen verspricht, oder sich in erster Linie für den Kandidaten derjenigen Partei auszusprechen, deren Politik ihnen am meisten zusagt. Das in den USA seit langem institutionalisierte Zweiparteiensystem bietet eine gute Gewähr dafür, daß der erfolgreiche Volksvertreter wirklich der Repräsentant der Mehrheit der Wähler ist.

Der demokratische Modus der Staatsrepräsentation verpflichtet die Staatsbürger, die von der Mehrheit gewählten Vertreter als 'Obrigkeit auf Zeit' zu respektieren und die von ihnen getroffenen Anordnungen und beschlossenen Gesetze - soweit sie rechensind - zu befolgen. Eine Verbindung zwischen Wählern und Gewählten besteht prinzipiell während deren gesamter Amtsperiode. Viele Wähler nehmen in den Vereinigten Staaten ständig die Gelegenheit wahr, vor wichtigen Entscheidungen ihre Vertreter über ihre Einstellung zu den betreffenden Fragen zu unterrichten; die Repräsentanten müssen zudem - mit dem Blick auf ihre Wiederwahl - ihre Entscheidungen nach dem Willen der Mehrheit der von ihnen Vertretenen auszurichten suchen oder sich um die Anerkennung ihrer Gründe für unpopuläre Maßnahmen bemühen.²⁾ Neben dem Vorteil dieses Systems gegenseitiger Abhängigkeit, dem engen Kontakt zwischen Wählern und Gewählten, der es be-

1) Fraenkel, E.: Das amerikanische Regierungssystem; a.a.O., S. 42.

2) Die namentliche Veröffentlichung von Abstimmungsergebnissen in der Presse trägt dazu bei, die Wähler über die Richtung der politischen Aktivität ihrer Vertreter zu informieren.

wirkt. daß von der meisten staatlichen Maßnahmen die Zustimmung der Mehrheit der Regierten vermutet werden kann, besteht ein schwerwiegender Nachteil darin, daß unpopuläre, aber im Interesse der Gesamtheit notwendige Maßnahmen, die mit Lasten für die Staatsbürger verbunden sind, sich schwer durchsetzen lassen, weil vielen Wählern der politische Weitblick fehlt und die Repräsentanten fürchten müssen, durch ihre Zustimmung zu diesen Lasten in Mißkredit zu geraten und ihre Wiederwahl zu gefährden.

IV) Entwicklung und gegenwärtige Gestalt der Wirtschaftsordnung der USA: Versuch einer wirtschaftssystematischen Charakterisierung und eine diese ergänzende Wertung.

a) Charakterisierung mit Hilfe von Wirtschaftssystemen.

aa) Die Grundlage: Die Wirtschaftssysteme nach

Napp-Zinn.¹⁾²⁾

Napp-Zinn unternimmt den Versuch, konkrete Wirtschaftsordnungen dadurch zu analysieren, daß er die in ihnen 'im Gemenge liegenden' Wirtschaftssysteme aufzeigt und deren Merkmale hervorhebt. Unter 'Wirtschaftssystemen' versteht er "Wirtschaftsweisen, gekennzeichnet durch bestimmte Institutionen des Aufbaus und Ablaufs der Wirtschaft, die ihrerseits bestimmten geistigenhaltungen unterworfen und in einen Datenkranz eingeordnet sind."³⁾

(1) 'Institutionen' nach Napp-Zinn:⁴⁾

Eigenwirtschaft

Durch Verbraucher organisiert

Pluralgesteuerte Wirtschaft

priv. Eigentum öffentl. Eigent.

Mit oder ohne Kartellverbot

Ohne od. mit öffentl. Zulassung

Ohne od. mit öffentl. Preisbildung

Unterteilung nach Marktformen und Marktverhalten

Fremd- oder Lieferwirtschaft

Durch Produzenten organisiert

Zentralgeleitete Wirtschaft

private Eigent. öffentl. Eigent.

Voll- oder Teilplanung

Zentrale od. dezentrale Planung

Starre Planung od. Planung mit Zulassung pretialer Entscheidungen

Planung mit od. ohne Berücksichtigung von Konsumentenwünschen

1) Siehe hierzu auch den generellen Überblick über die Wirtschaftssystematik von Napp-Zinn: oben S.35/36.

2) Folgendes nach: Napp-Zinn, A. d.: Wirtschaftssysteme...; a. a. O., S. 20-25.

3) Ebenda, S. 20.

4) Ebenda, S. 20-23.

(2) 'Geisteshaltungen' nach Napp-Zinn:¹⁾

1. Bedarfsdeckungsgedanke oder Erwerbsgedanke
2. Traditionalismus oder Fortschrittsgedanke
3. Idee des Laissez faire oder Politischer Gestaltungswille
4. Individualismus oder Kollektivismus
5. Egalismus oder Differenzierungsgedanke.

(3) 'Datenkranz' nach Napp-Zinn:²⁾

1. Der Bedarf
2. Die Produktionsmittel
 - a) Bodenschätze und -fruchtbarkeit
 - b) Arbeitskräfte
 - c) Produzierte Produktionsmittel
3. Die Technik
4. Die Organisation
5. Die Größe der jeweiligen Volkswirtschaft (Bevölkerung, Flächenraum)
6. Der politische Aufbau des Staates (insbes. Einheitsstaat oder Bundesstaat; Kompetenzverteilung innerhalb eines Bundesstaates)
7. Die Rechtsordnung.

ab) Die Anwendung dieser Wirtschaftssystematik.

1) Der Ansatz.

Im folgenden soll die Aussagefähigkeit der vorstehenden Systematik und ihre Verwendbarkeit für die Analyse konkreter Wirtschaftsordnungen anhand von zwei Beispielen untersucht werden.

Wir fragen:

(1) Können die Wandlungen der Merkmale der einzelnen Wirtschaftssysteme und die Verschiebungen zwischen den Wirtschaftssystemen im Zeitablauf die Entwicklung einer konkreten Wirtschaftsordnung über einen Zeitraum befriedigend erklären?

(2) Ist die vorgegebene Wirtschaftssystematik in der Lage, die Gestalt einer konkreten Wirtschaftsordnung in einem Zeitpunkt umfassend zu deuten?

Zur Beantwortung beider Fragen wird jeweils eine Deutung von Entwicklung bzw. Stand der Wirtschaftsordnung der USA mit Hilfe

1) Napp-Zinn, A.F.: Wirtschaftssysteme...; a.a.O., S. 24/25.

2) Ebenda, S. 25.

Wirtschaftssystemen erfolgen, daran anschließend in beiden Fällen eine kritische Betrachtung der Aussagefähigkeit dieses Vorgehens.

- 2) Die Entwicklung der Wirtschaftsordnung der USA und ihr Wandel im Zeitablauf: wirtschaftssystematische Deutung anhand von zwei Beispielen ("Prozeßanalyse").

Ein wesentliches Kennzeichen der die Wirtschaftssysteme konstituierenden Merkmalsgruppen 'Institutionen', 'Geisteshaltungen' und 'Datenkranz' ist deren Interdependenz und - für eine fortschreitende Wirtschaft - ständig zu beobachtende gegenseitige Beeinflussung. Von der Änderung jeder Untergröße einer Merkmalsgruppe gehen Wirkungen auf die Untergliederungen der anderen Merkmalsgruppen aus, so daß der innere Gehalt jedes Wirtschaftssystems und die Proportionen zwischen den Wirtschaftssystemen ständigen Wandlungen unterworfen sind. Diese Wandlungen erklären sich 'aus der Systematik heraus', sofern der Impuls als Datum angesehen wird.

Ausgehend von diesen Feststellungen könnte man folgern, daß die Wirtschaftssystematik ein wichtiges und brauchbares Hilfsmittel zur Charakterisierung der Entwicklung einer Wirtschaftsordnung darstellt. Diese Vermutung soll - um Wiederholungen zu vermeiden - anhand von zwei Beispielen aus der amerikanischen Wirtschaftsgeschichte zu verifizieren versucht werden.

(a) Die Periode von 1810 bis 1860.

In der Wirtschaftsordnung der USA zu Beginn dieser Periode finden sich nebeneinander die Wirtschaftssysteme der Eigenwirtschaft der pluralgesteuerten Wirtschaft mit privaten Eigentümern sowie der zentralgeleiteten Wirtschaft mit öffentlichen und privaten Eigentümern.

Das Wirtschaftssystem der Eigenwirtschaft - zahlenmäßig in seiner Bedeutung nicht feststellbar - findet die Erklärung für sein Bestehen unter anderem im Datum 'Größe der Volkswirtschaft': Der riesige Flächenraum wies keine entsprechende Bevölkerungsstärke auf, so daß wagemutige Neulandpioniere, die die unergründliche Fruchtbarkeit des innerkontinentalen Bodens angezogen, mit ihrer Familie eine von der Außenwelt fast abgeschlossene autarke Wirtschaftsführung betreiben mußten.

Das Wirtschaftssystem der pluralgesteuerten Wirtschaft mit privaten Eigentümern erfuhr fördernde Impulse und geringe Beschränkungen. Fördernd wirkten neben dem starken Erwerbs- und Fortschrittsstreben aktiver Wirtschaftseinheiten die vom Staat weitgehend verfolgte wirtschaftspolitische Einstellung des Laissez faire, außerdem Ansätze eines staatlichen Gestaltungswillens, der sich überwiegend in der Begünstigung privater Wirtschaftseinheiten äußerte. Bremsen für privatwirtschaftliche Gestaltungs- und Expansionswünsche bildeten die wirtschaftlichen Gegebenheiten des Landes und der Umwelt: der Bedarf war wegen der Enge der Märkte, der mangelnden verkehrsmäßigen Erschließung des großen Wirtschaftsraumes, der relativ geringen Kaufkraft der Bevölkerung und der oft geringen Produktivität der Leistungserstellung noch schwach entwickelt, der Drang zur revolutionären Verbesserung von Organisation und Technik deshalb meist noch gering. Die pluralgesteuerte Wirtschaft mit privaten Eigentümern fand geringe Beschränkungen durch das Datum Rechtsordnung ('Common-Law'-Verbot von 'Verschwörungen' zur Beschränkung des Wirtschaftsverkehrs) und durch den auch restriktiv wirkenden Gestaltungswillen des Staates (Gebot öffentlicher Zulassung für Kapitalgesellschaften).

Das Wirtschaftssystem der zentralgeleiteten Wirtschaft war verkörpert in Form öffentlichen Eigentums an vielen Verkehrswegen, in Form überwiegend privaten Eigentums in der 'First Bank of the United States'.

Die weitere Entwicklung bis 1860 läßt sich wirtschaftssystematisch gut aus den Veränderungen innerhalb der einzelnen Kernmischungsgruppen und aus den Wirkungen der Interdependenz zwischen ihnen erklären.

Die zunehmende verkehrsmäßige Erschließung des Kontinents 'vergrößerte' allmählich die Volkswirtschaft, eine Bedarfsausweitung ergab sich hieraus und als indirekte Folge der verbesserten Technik sowie der besseren Versorgung mit Produktionsmitteln; zusammen mit dem Wirken des Erwerbs- und Fortschrittsstrebens und dem beibehaltenen 'Laissez faire' in der staatlichen Wirtschaftspolitik wuchs die pluralgesteuerte Wirtschaft mit privaten Eigentümern auf Kosten der Eigenwirtschaften, die allmählich vom Markt erfaßt wurden. Die Elemente zentralgeleiteter Wirtschaft

traten gleichfalls an Bedeutung zurück: infolge der Besonderheiten der Kompetenzverteilung zwischen Bund und Einzelstaaten und gemäß den politischen Gestaltungsvorstellungen besonders der Regierung Jackson gab der Bund die beiden 'Banks of the United States' auf, die Einzelstaaten zogen sich nach 1837 aus dem Betrieb von Eisenbahngesellschaften zurück, teilweise auch von der Gestellung von Verkehrswegen. Die zum dominierenden Wirtschaftssystem gewordene pluralgesteuerte Wirtschaft mit privaten Eigentümern nutzte die 'Laissez-faire'-Haltung des Staates teilweise zum Nachteil der Konsumenten aus, so daß der Staat gemäß seinem politischen Gestaltungswillen auf Teilgebieten lenkend einzugreifen begann. Beispiele hierfür sind Anfänge einzelstaatlicher Zulassungspolitik und der Überwachung der Geschäftsgebarung von Versicherungen, Eisenbahnen und Banken.

(b) Die Periode von 1870 bis 1900.

Ausgangspunkt war in dieser Periode das fast uneingeschränkte Dominieren der pluralgesteuerten Wirtschaft mit privaten Eigentümern, die praktisch nur im Bankwesen einer begrenzten öffentlichen Regulierung unterlag. Dieses Wirtschaftssystem erhielt noch mächtige Impulse durch das - zunächst noch - fast uneingeschränkte 'Laissez faire'-Prinzip des Staates, durch ein beinahe ungezügeltcs Erwerbs- und Fortschrittsstreben der privaten Einheiten, die durch die Bedarfsausweitung, die Entstehung einer Großraumwirtschaft, die Fortschritte der Technik, Organisation, Ausschöpfung von Bodenschätzen und die liberale Rechtsordnung noch unterstützt wurden.

Institutionen, Geisteshaltungen und Daten wirkten wiederum auf Änderungen dieser Merkmalsgruppen ein: Die fortschreitende Technik induzierte neue Erfolge auf diesem Gebiet, die Marktausweitung und die bessere Produktionsmittelausstattung wirkten belebend auf die Bedarfsentwicklung, ließen die gestärkten Großunternehmen zum Marktverhalten der "ruinösen" Konkurrenz greifen, um sich einen noch größeren Markt zu erobern.

Hieraus entwickelten sich neue Marktformen: An die Stelle einer Vielzahl von Anbietern traten auf vielen Gebieten Monopole und Teilmonopole, die neue Impulse zu Datenveränderungen gaben.

Diese Entwicklung rief wiederum den Staat auf den Plan und veranlaßte ihn, das beinahe uneingeschränkte 'Laissez faire'-Prinzip teilweise zu Gunsten eines repressiven politischen Gestaltungswillens aufzugeben. Das dominierende Wirtschaftssystem blieb zwar die pluralgesteuerte Wirtschaft mit privaten Eigentümern; Kartellverbote, Eingriffe in die Preisbildung und Zulassungsbeschränkungen begannen jedoch, den Bewegungsspielraum der privaten Einheiten einzuengen. Diese Wandlung zum aktiven politischen Gestaltungswillen des Staates wirkte wiederum auf die Daten 'politischer Aufbau' und 'Rechtsordnung' zurück: Der Bund trat aus organisatorischen Gründen in dieser Periode vielfach an die Stelle einzelstaatlicher Kompetenzträger, was ihm von der Rechtsprechung konzidiert wurde.

3) Kritische Beurteilung der Aussagefähigkeit einer "prozeß-analytischen" Verwendung der Wirtschaftssystematik.

Es gelingt mit der von Napp-Zinn entworfenen Wirtschaftssystematik, die Entwicklung einer Wirtschaftsordnung befriedigend zu deuten. Voraussetzung hierfür bleibt, daß die drei Merkmalsgruppen der Systematik und ihre Bestandteile - stärker als dies hier geschehen konnte - im einzelnen ausführlich erläutert werden, so daß Ursachen und Wirkungen von Gestaltveränderungen klar herausgestellt werden können. Die von den 'Anstoßfaktoren' ausgehenden direkten Wirkungen und Fernwirkungen auf die Entwicklung einer Wirtschaftsordnung gut erkennen zu lassen, ist das offenkundige Verdienst der verwendeten Systematik. Einzelne spezielle Einwände gegen deren Anlage¹⁾ bleiben zwar bestehen, haben jedoch für eine ausgebaute Deutung einer Entwicklung geringeres Gewicht als für eine wirtschaftssystematische Zeitpunktanalyse.

4) Die konkrete Gestalt der Wirtschaftsordnung der USA in der Gegenwart: Versuch einer Deutung mit Hilfe einer Wirtschaftssystematik ("Zeitpunktanalyse").

Die gegenwärtige Wirtschaftsordnung der USA zeigt eine breite Skala von Wirtschaftssystemen, die - mit mehr oder weniger gro-

1) Siehe hierzu unten S.193-195 u. 420.

dem Gewicht - nebeneinander bestehen. Struktur und Bedeutung der einzelnen Wirtschaftssysteme sowie die Proportionen zwischen ihnen werden bestimmt durch die der Wirtschaftsführung zugrundeliegenden Daten einerseits, die Geisteshaltungen andererseits, wobei in bezug auf letztere der politische Gestaltungswille des Staates und die Art und Richtung seiner Aktivität besonderes Gewicht haben.

Das Wirtschaftssystem der Eigenwirtschaft hat in der traditionellen Form des autarken, relativ kleinen Landwirtschaftsbetriebes praktisch keine Bedeutung mehr. Es besteht dagegen weiter in einer Vielzahl mit dem Markt verbundener Landwirtschaftsbetriebe, die einen mehr oder minder großen Teil ihrer Produktion selbst verbrauchen.

Diskutabel erscheint die Verwendung des Begriffes Eigenwirtschaft für Millionen von Haushalten in den USA, die, um nicht zur Heranziehung teurer und relativ knapper Handwerksleistungen gezwungen zu sein, bestimmte Erneuerungs- und Erweiterungsarbeiten - z.B. am eigenen Haus - im Familienverband selbst vornehmen und die dadurch erzielten 'Mehrleistungen' konsumieren. Desgleichen ist eine bestimmte Proportionalität zwischen der Entwicklung zu größeren Unternehmenseinheiten und der Entstehung neuer Formen von Eigenwirtschaften in den USA feststellbar: viele Großunternehmen haben sich Produktionsbetriebe angegliedert, die nur für die Befriedigung von Konsumwünschen der Belegschaft arbeiten und insofern Eigenwirtschaften im Unternehmensbereich darstellen. Fassen wir den Begriff der Eigenwirtschaft so weit wie im vorstehenden, so wird deutlich, daß dieses Wirtschaftssystem nicht als für die Gestalterklärung der Wirtschaftsordnung der USA unwesentlich beiseite gelassen werden kann.

Das Wirtschaftssystem der von Verbrauchern organisierten Lieferwirtschaft spielt in den USA 'als Lieferwirtschaft' eine nur unbedeutende Rolle. Fasst man jedoch den Begriff dieses Wirtschaftssystems weiter und zählt hierunter auch die genossenschaftlich betriebenen Kreditinstitutionen, Banken und bankähnlichen Institute, so gewinnt dieses Wirtschaftssystem für Teilbereiche der amerikanischen Volkswirtschaft (Landwirtschaft, Finanzwesen) eine etwas größere, bei einer Globalbetrachtung jedoch weiterhin sehr geringe, Bedeutung.

Die von Produzenten und - hier ist die Systematik wiederum zu ergänzen - vom Handel organisierte pluralgesteuerte Wirtschaft mit privaten Eigentümern ist das dominierende Wirtschaftssystem der USA. Ganz oder überwiegend gehören zu diesem Wirtschaftssystem die Bereiche Industrie, Handel, Verkehrswesen, Public Utilities, in Teilbereichen auch das Bankwesen.

Die innere Gestalt dieses Wirtschaftssystems wird wesentlich bestimmt durch die Daten und die mit ihnen verbundenen Geisteshaltungen, die Art und Richtung der Aktivität der autonom wirtschaftenden Einheiten festlegen.

Ausgehend von dem den Wirtschaftseinheiten zu unterstellenden Erwerbsstreben wird ein Fortschrittsstreben in soweit induziert, als ein Wettbewerb der Produzenten und Händler um den Bedarf und die zu seiner Befriedigung einzusetzenden Produktionsmittel erfolgt. Technik und innerbetriebliche Organisation sind für die einzelnen Wirtschaftseinheiten kurzfristig als Daten, längerfristig als Bereiche notwendigen Fortschritts anzusehen, der dazu dienen soll, die individuelle Marktposition zu verbessern.

Fördernde Impulse erfährt dieses Wirtschaftssystem als Ganzes durch die politischen Gestaltungsvorstellungen des Staates und ihre Konkretisierung in der Rechtsordnung in soweit, als die Entwicklung den Ordnungsvorstellungen des Herrschaftsträgers entspricht bzw. neue Ordnungsvorstellungen realisiert werden sollen (als Beispiele: Förderung des Small Business, des Luftverkehrs).

Da die privaten Einheiten dieses Wirtschaftssystems von ihrer prinzipiellen Gestaltungsfreiheit vielfach einen von den Ordnungsvorstellungen des Staates und denen anderer gesellschaftlichen Machtträger abweichenden Gebrauch gemacht haben, setzen diese den Bestrebungen der Privatwirtschaft Hemmnisse in vielerlei Gestalt entgegen. Hier ist zunächst für alle Bereiche dieses Wirtschaftssystems die vom Faktor 'Arbeitskraft' ausgehende Gegenkraft zu nennen: der organisatorische Zusammenschluß der Arbeitnehmer in Gewerkschaften hat seit 1935 den Bewegungsspielraum der Leitungen der privaten Wirtschaftseinheiten dieses Bereichs eingeengt. Eine noch stärkere repressive Wirkung geht vom politischen Gestaltungswillen des Staates aus: eine Vielzahl von Interventionen des Herrschaftsträgers in die innere Struk-

tur der Einzelbereiche dieses Wirtschaftssystems verfolgt die Ziele des Konsumentenschutzes, der Verwirklichung der Vorstellung des Staates von einem Wettbewerb zwischen unabhängigen Wirtschaftseinheiten und von einer Maximierung des Gemeinwohls.

Träger dieser Interventionen ist der Staat auf allen seinen Ebenen, wobei sich die Kompetenzverteilung aus organisatorischen Gründen in Richtung auf die Stärkung der Zentralverwaltung verlagert hat.

Die repressiven Eingriffe des Staates treffen die einzelnen Teilbereiche dieses Wirtschaftssystems in unterschiedlichem Umfang. Als Beispiele sind zu nennen:

Die Antitrustpolitik des Staates zur Verhinderung wettbewerbsbeschränkender Konzentrationen und Absprachen in allen Bereichen der Wirtschaft, die über ein Kartellverbot hinaus die Bewegungsfreiheit der Wirtschaftseinheiten einengt und speziell die Möglichkeit zu freier Preisbildung teilweise aufhebt; Zulassungsbeschränkungen, Preisfixierung bzw. Preisbildungsüberwachung im Bereich der Public Utilities, aller Zweige des Verkehrswesens und in Teilbereichen des Bankwesens.

Die Zielsetzungen dieser staatlichen Ordnungsinterventionen lassen sich bei globaler Betrachtung mit Hilfe der Antithesen Individualismus oder Kollektivismus, Egalismus oder Differenzierungsgedanke nicht befriedigend erfassen: ein 'Sowohl-als-auch' charakterisiert die Motive der staatseingriffe in die Wirtschaft der USA besser.

Eine wesentliche Unterteilung dieses Wirtschaftssystems ergibt sich schließlich noch aus den realisierten Marktformen. Hier öffnet sich eine weite Spanne von realisierten Formen, von (staatlich konzidierten) Monopolbetrieben im Public Utility-Sektor über Teilmonopole, Oligopole und Teiloligopole bis hin zum beinahe atomistischen Angebotsverhältnis in einzelnen Sparten von Industrie und Handel.

Aus charakteristisch für das Marktverhalten der privaten Wirtschaftseinheiten dieses Wirtschaftssystems erscheint deren Wunsch nach Ausbau ihrer Marktposition einerseits, nach Sicherung und Konsolidierung derselben andererseits. Aus diesen Verhaltensweisen ergeben sich in den meisten Fällen die den Gestaltungsvorstellungen des Staates in bezug auf den Wettbewerb entgegengerichteten Wirkungen.

Die pluralgesteuerte Wirtschaft mit öffentlichen Betrieben findet sich in der Wirtschaftsordnung der USA hauptsächlich bei den Public Utilities und im Verkehrssektor, in erster Linie im relativ engen Bereich der kommunalen Betriebe. Dieses Wirtschaftssystem kommt in den USA praktisch keine Bedeutung zu.

Zum Wirtschaftssystem der zentralgeleiteten Wirtschaft mit privaten Eigentümern sind in der Wirtschaftsordnung der USA diejenigen Teile der Privatwirtschaft zu rechnen, die im öffentlichen Auftrag arbeiten (Rüstungswirtschaft, Erschließung der natürlichen Hilfsquellen etc.) und deshalb von einer Planung durch staatliche Institutionen miteingefasst werden. Außer den 'Federal Reserve Banks' gehört zu diesem Wirtschaftssystem der überwiegende Teil der Landwirtschaft, und zwar alle diejenigen Wirtschaftseinheiten, die sich, unter dem Zwang der Verhältnisse, den staatlichen Stützungsprogrammen angeschlossen haben. Sie sind in einer Teilplanung zentraler und dezentraler Art (je nach der Art des Regulierungsbereichs) erfaßt, wobei private Entscheidungen der Produzenten zugelassen sind. Es mag dahingestellt bleiben, inwieweit Konsumentenwünsche, wie behauptet, bei den Aktionen zur Regelung des Agrarmarktes mitberücksichtigt werden.

Schließlich ist als nicht unbedeutend das Wirtschaftssystem der zentralgeleiteten Wirtschaft mit öffentlichen Eigentümern zu nennen. Hier seien die Spitzeninstitution des Zentralbanksystems genannt, die Mehrzahl der Wirtschaftsunternehmen des Bundes, der Einzelstaaten und Gemeinden,¹⁾ ferner die vom Bund geleiteten Kredit- und Lenkungsinstitutionen.

Insgesamt betrachtet hat in der Wirtschaftsordnung der USA das Wirtschaftssystem der pluralgesteuerten Wirtschaft mit privaten Eigentümern überragendes Gewicht, wobei die Zahl der Wirtschaftseinheiten, die in irgendeiner Form staatlicher Regulierung oder Förderung unterworfen sind, stark zugenommen hat und weiter zunehmen dürfte.

1) Die Wirtschaftsunternehmen der Einzelstaaten und Gemeinden sind nur insoweit diesem Wirtschaftssystem zuzurechnen, als sie auf ihren Tätigkeitsgebieten eine Monopolstellung einnehmen.

2) Kritische Betrachtung der Aussagefähigkeit der wirtschaftssystematischen "Zeitpunktanalyse".

Die vorstehend unternommene global- "Zeitpunktanalyse" zeigt gegenüber der in den Abschnitten BII und BIII durchgeführten historisch-erklärenden Untersuchung sowie gegenüber der vorhergehenden "Prozeßanalyse" neben Vorteilen einige prinzipielle Schwächen in bezug auf die Aussagefähigkeit. Kritische Bemerkungen lassen sich zum geringen Teil an die benutzte Wirtschaftssystematik anknüpfen, zum überwiegenden Teil an die Verwendung von Wirtschaftssystemen zur Erkenntnis der Gesamtgestalt einer konkreten Wirtschaftsordnung.

Zur vorgegebenen Systematik sei bemerkt, daß es ihr besser als den Systemgebäuden von Sombart und Eucken gelingt, eine Vielfalt von Gestaltungsmerkmalen zu erfassen. Sie läßt weitgehenden Spielraum für die ergänzende Deutung von Merkmalen und Verknüpfungen, wodurch eine überflüssige 'Kastchenbildung' verhindert und ein Verständnis des Ordnungsganzen erreicht werden kann.

Kritisch ist zur Systematik von Napp-Lint folgendes zu bemerken:

(1) Das Wirtschaftssystem der Eigenwirtschaft bedarf einer stärkeren Spezifizierung aus o.a. Gründen.¹⁾

(2) Die Bezeichnung 'Lieferwirtschaft' erscheint zu stark auf den Produktionssektor i.e.S. zugeschnitten, der nur einen Teil der hierunter zu subsumierenden Bereiche ausmacht. Unter Berücksichtigung z.B. der Kreditwirtschaft erscheint die Benennung 'Fremdleistungswirtschaft' diskutabel.

(3) Die 'Lieferwirtschaft' kann außer durch Verbraucher und Produzenten auch von Handel und von Dienstleistungs-'produzenten' organisiert werden. Daneben ist zu berücksichtigen, daß z.B. Finanzholdinggesellschaften die 'Lieferwirtschaft' indirekt organisieren können.

(4) Es erscheint sinnvoll, die pluralgesteuerte Wirtschaft zunächst nach Marktformen bzw. Marktverhaltensweisen zu gliedern, um die Spezialformen dieses Wirtschaftssystems herauszustellen. Erst im Anschluß daran sollte eine Verknüpfung der gefundenen Spezialformen mit einem Interventionsschema erfolgen.

1) Siehe hierzu oben S.188/189.

(5) In bezug auf die zentralgeleitete Wirtschaft stellt die Übersicht über die Institutionen auf die in die Planung einbezogenen Wirtschaftsformen ab. Daneben sollte jedoch der Interventionsapparat selbst in das Schema mit einbezogen werden. Hierdurch würden wesentliche Unterschiede zwischen den Elementen zentralgeleiteter Wirtschaft in verschiedenen Wirtschaftsordnungen deutlich werden.

(6) In der Merkmalsgruppe 'Geisteshaltungen' erweist sich die antithetische Form der Unterteilung als nicht in jedem Fall sinnvoll. Statt dessen könnte man eine Reihe von denkbaren Geisteshaltungen verschiedener Gestalter von Wirtschaftsordnungen (Haushalte, Unternehmer, Staat, Gewerkschaften) nebeneinanderstellen. Dem Anwender der Systematik verbliebe dann die Aufgabe, für jeden 'Ordnungsfall' jedem Gestaltträger bestimmte Geisteshaltungen zuzuordnen und das Verhältnis zwischen ihnen aufzuzeigen.

(7) Schließlich sollte beim Datenkranz auf die möglichen Unterschiede zwischen gesamt- und einzelwirtschaftlichen Daten hingewiesen und das Datum 'Organisation' näher umschrieben werden.

Zur Verwendung von Wirtschaftssystemen als Mittel zur Erkenntnis des Aufbaus und der Gesamtgestalt einer konkreten Wirtschaftsordnung ist andernorts kritisch Stellung genommen worden.¹⁾ Im Vergleich mit den historisch-erklärenden Ausführungen in früheren Teilen dieser Arbeit bietet die Systematisierung festere Anhaltspunkte und ein 'Strukturmosaik' mit feststehendem Rahmen, wodurch Globalvergleiche verschiedener Wirtschaftsordnungen möglich werden. Solche 'horizontalen' Vergleiche haben jedoch den prinzipiellen Nachteil, daß sie einmal nur an isolierte Merkmale anknüpfen und nicht Wirtschaftsordnungen als 'Strebungsgesamtheiten' zeigen können, aus denen heraus Elemente erst ihren vollen Sinn erhalten. Zum anderen ist zu bedenken, daß Wirtschaftsordnungen erst bei 'vertikaler' Betrachtung voll verständlich werden: während die Wirtschaftssystematik zur Erkenntnis der Entwicklung einer Wirtschaftsordnung recht brauchbare Ergebnisse zeigt, für Vergleichszwecke jedoch nur geringe Möglichkeiten bietet, kann sie in einer Zeit-

1) Siehe oben S. 31/32.

punktanalyse die Entstehung und die voraussichtliche weitere Entwicklung einer Wirtschaftsordnung, deren Stellung in der Zeit, nicht ohne zusätzliche historische Erläuterungen verständlich machen.

Die Anwendung einer Wirtschaftssystematik erscheint insgesamt gesehen brauchbar zur nachträglichen Heraushebung wesentlicher Gliederungsmerkmale einer Wirtschaftsordnung, wenn deren historische Herleitung dargestellt wurde, und die Systematisierung durch eine Wertung gestaltungskritischer Art ergänzt wird.

b) Gestaltungskritische Wertung der Wirtschaftsordnung der USA, vorgenommen nach ausgewählten Problembereichen.

(1) Wirtschaftspolitik im 'pluralgesteuerten Staat'.

Der demokratische Modus bei der Bestimmung der Staatsrepräsentation in den USA hat weitreichende Konsequenzen für die Ausrichtung der staatlichen Wirtschaftspolitik in diesem Land. Er läßt eine Legislative entstehen, die die Vertretung einer Vielzahl politischer und ökonomischer Einzel- und Gruppeninteressen darstellt; daneben eine Exekutive als oberstes staatliches Führungsorgan, die bei ihren wirtschaftspolitischen Beschlüssen die durch Wählerentscheidungen geschaffenen Kräftekonstellationen beachten muß.

Hieraus folgt, daß die wirtschaftspolitische Aktivität beider Institutionen nach Art und Zielsetzung - in starkem Maße die der Legislative, in geringerem Umfang die der Exekutive - bestimmt wird durch die Stärke und Richtung ökonomischer und politischer Interessen im Lande, deren wirtschaftspolitische Gestaltungsvorstellungen sowie durch Ausmaß und Gewicht der Vertretung dieser Interessen in den staatlichen Führungsgremien. Eine solche Verbindung zwischen Regierung und Regierten ergibt sich in demokratischen Staatssystemen beinahe zwangsläufig aus einer gewissen Abhängigkeit der Staatsvertretungen von ihren Wählern. Sie zeigt neben positiven Ergebnissen jedoch auch eine Reihe negativer Aspekte. So werden bei wirtschaftspolitischen Entscheidungen oftmals die Wünsche der am stärksten vertretenen Interessengruppen berücksichtigt werden, während andere Aufgaben zurückgestellt bleiben, weil ihre Verfechter sich nicht in ausreichendem Maße parlamentarisches Gehör verschaffen können.

Maßnahmen, die stark vertretenen einzelnen Gruppen oder Wirtschaftsbereichen direkte Vorteile bringen, lassen sich oft leichter durchsetzen als Projekte, die eine langfristige Hebung des Gemeinwohls zum Ziele haben, die aber mit erheblichen Kosten verbunden sind und deren Nutzeffekt meist nicht quantifizierbar ist. Gesetzentwürfe der Exekutive in dieser Richtung scheitern deshalb häufig am Widerstand der Legislative, deren Vertreter vielfach die Mittelbewilligung für kurzfristig unpopuläre Projekte scheuen, weil sie in der finanziellen Mehrbelastung ihrer Wähler bzw. in der Zurückstellung von deren Gestaltungswünschen eine Gefahr für ihre Wiederwahl sehen.

Diese wenigen Hinweise geben bereits einen Einblick in die Probleme der 'richtigen' Staatsführung in einer repräsentativen Demokratie. Offenbleiben muß die zentrale Frage, ob ein Kompromiß gefunden werden kann zwischen der Erhaltung des erwünschten engen Kontakts zwischen Staatsvertretung und Regierten, der korrekten Ausführung des Wählerauftrags durch die Repräsentanten und der Notwendigkeit, auch unpopuläre Maßnahmen zu beschließen, wenn durch sie der gesellschaftliche Wohlstand der Nation langfristig gesteigert werden kann.

(2) Die langfristige Maximierung des gesellschaftlichen Wohlstands.

Es gehörte in den USA bis vor kurzem zum wirtschaftlichen Glaubensbekenntnis, in dem Streben individueller Wirtschaftseinheiten nach Maximierung ihres persönlichen Wohlstands die Grundlage für den wirtschaftlichen Aufschwung der gesamten Nation zu sehen. Diese Anschauung, durch die rasche wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung der USA seit Mitte des 19. Jahrhunderts zweifellos bestätigt, hat bei Privaten wie beim Staat zu einer Denkweise geführt, die durch die Gleichung: Produktionsmaximierungsstreben der privaten Einheiten = Fortschritt + Hebung des gesamtwirtschaftlichen Wohlstands charakterisiert ist.

Mit dem Fortschreiten der Produktivität der amerikanischen Wirtschaft in Richtung auf die Sättigungsgrenze des elementaren und gehobenen Bedarfs ist diese Denkweise mehr und mehr fragwürdig geworden. Gewiß bildet ein hoher Stand wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit die Grundlage der Mehrung des gesellschaftlichen

Wohlstands; neben dem reinen Produktionsmaximierungsdenken privater Einheiten muß jedoch noch Raum bleiben für eine aktive Förderung des Wachstums 'unproduktiver' gesellschaftlicher Anlagen und Einrichtungen, deren Entwicklung mit dem Wachstum der 'produktiven Wirtschaft' zumindest Schritt halten, es nach Möglichkeit übertreffen sollte. Hierdurch könnte ein mögliches Stagnieren des Wachstums der 'produktiven Wirtschaft' verhindert und dieser durch die Erweiterung der 'external economies' der weitere Weg geebnet werden.

Der Anstoß zur verstärkten Entwicklung der gesellschaftlichen 'Hilfsquellen' muß in den USA zwangsläufig vom Staat ausgehen, da viele dieser Einrichtungen 'unrentabel' sind oder aus sozialen Gründen der Privatwirtschaft nicht überlassen werden sollten. Zu den 'gesellschaftlichen Hilfsquellen' sollen hier u.a. Krankenhäuser und Schulen, das Bildungswesen, Parks und andere Erholungsstätten, Kultureinrichtungen, Be- und Entwässerungsprojekte, Aufgaben der Städtesanierung gerechnet werden. Besonders seit dem Beginn des New Deal sind vom Staat vermehrte Anstrengungen zur Förderung der 'gesellschaftlichen Rahmenbedingungen' unternommen worden, ohne daß hier ein echter Durchbruch zur Neuorientierung mit umfassendem geistigen Konzept gelungen ist. Auch vielfältige private Bemühungen (Stiftungen für Krankenhäuser, Bibliotheken, Kulturstätten etc.) konnten nur begrenzte Fortschritte bewirken. Das relativ geringe Engagement des Staates ist u.a. auf die oben erwähnte Schwierigkeit der Mittelbewilligung durch die Legislative, auf gewisse Kompetenzstreitigkeiten zwischen den Staatsebenen und auf eine prinzipielle Furcht vor 'zuviel Staat' zurückzuführen. Gewichtige Hemmnisse bereitete den Ansätzen des Staates zur Verstärkung seiner internen Entwicklungspolitik auch die Rechtsordnung, speziell das Institut des Privateigentums: langwierige Auseinandersetzungen mit Grundstückseigentümern verzögerten u.a. die Programme zur Städtesanierung und erhöhten die Kosten dieser Projekte.

(3) Individueller Wohlstand und soziale Sicherheit in der 'kapitalistischen' Gesellschaft.

Leistungsprinzip, Messung des individuellen Lebenserfolgs an materiellen Maßstäben sowie ein 'Sozialdarwinismus' sind in

den USA bis zur Gegenwart in gewissem Umfang maßgebende geistige Grundhaltungen in bezug auf soziale Wertungen geblieben. Solche Einstellungen zu sozialen Grundfragen haben in der Vergangenheit mächtige Leistungsimpulse geschaffen und waren zweifellos ein gewichtiger Grund für die Leistungssteigerungen der amerikanischen Wirtschaft in der 'Periode des reinen Produktionsdenkens'. Die wirtschaftlichen Erfolge lösten jedoch nicht die sozialen Probleme des 'rough individualism', wenngleich hoher Durchschnittswohlstand auch am Rande die Lage ärmerer Schichten positiv beeinflusste.

Mit der Periode des New Deal kam es auf sozialem Gebiet zu einer Neuorientierung des Denkens. So begann man in der Armut, besonders der unverschuldeten, nicht mehr einfach die Folge eines unvermeidlichen Schicksals, einer Leistungsunfähigkeit und -unwilligkeit zu sehen, sondern eine Aufgabe für die Wirtschaftspolitik im Interesse der Gesamtheit. Die bisherigen geistigen Grundhaltungen in bezug auf die soziale Frage wurden überlagert von dem Wunsch der Mehrheit nach verstärkter sozialer Sicherheit.

Trotz einer Vielzahl staatlicher und privater Mehrleistungen zur Korrektur der Einkommensverteilung und einer allmählich eintretenden Verringerung der sozialen Differenzierung ist für die USA das soziale Problem nicht als gelöst zu betrachten. Partielle Korrekturen der staatlichen Wirtschaftspolitik in Richtung auf einen stärkeren sozialen Ausgleich konnten das Fehlen eines grundlegend neuen sozialen Konzepts nicht ersetzen, das notwendig erscheint, um in Millionen von Armutsfällen und bei mangelnder sozialer Sicherheit auch der Mittelschichten fördernd und systematisch ausgleichend eingreifen zu können, letztlich mit dem Ziel, auch langfristig den Gesamtwohlstand zu heben.

Echte Armut als unzulängliches Niveau der Lebenshaltung, das echte materielle Not bedeutet, findet sich heute in den USA nicht allgemein, sondern konzentriert auf bestimmte Regionen oder soziale Gruppen. Zu nennen sind hier die trotz ihrer wirtschaftlichen Misere abwanderungsunwilligen Kleinfarmer, die Wohlfahrtsempfänger und viele der Altersrentner, Arbeitnehmer, die nicht unter die Mindestlohngesetzgebung fallen, Arbeitslo-

se aus wachstumsschwachen Industriezweigen oder Regionen und schließlich viele Angehörige von Minderheiten, die unter der Rassendiskriminierung oder ihrer ungenügenden Ausbildung zu leiden haben.

Momente sozialer Unsicherheit finden sich in den USA auch bei den Mittelschichten. Ein nicht voll ausgebautes Sozialversicherungssystem sichert z.B. den aus den Arbeitsprozess ausscheidenden oft nicht die Beibehaltung ihres Lebensstandards, fast alle Staatsbürger haben bei Krankheitsfällen meist hohe Eigenleistungen zu erbringen, die die Familien oft lange belasten und eine vorbeugende Gesundheitsvorsorge vielfach aus finanziellen Gründen verhindern. Die privaten Versicherungsinstitutionen können als Erwerbsunternehmen in den genannten Fällen nicht den erforderlichen Schutz gewähren.

Der Aufbau eines umfassenden Sozialversicherungssystems, von Staat organisiert, mit Zwangsmitgliedschaft und 'angemessenen' Beiträgen und Leistungen, könnte wesentlich zur Verbesserung der sozialen Sicherheit in den USA beitragen, die zur langfristigen Maximierung des Gesamtwohlstands notwendig erscheint. Daneben verbleibt es die Aufgabe staatlicher Wirtschaftspolitik, regionale und sektorale Notstände durch eine positive Neuordnungspolitik zu beheben.

Der Widerstand der Legislative gegen viele Projekte der Exekutive in dieser Richtung - aus Furcht vor 'zuviel Zentralgewalt' und vor Zwangsverbänden - hat bisher eine umfassende Neuordnung im sozialen Bereich verhindert. Es steht jedoch zu erwarten, daß einvermehrtes Sicherheitsstreben in weiten Kreisen der Bevölkerung auch einen Wandel in der Einstellung der Legislative zum Ausbau des Sozialversicherungssystems bewirken wird. Eine Änderung der Politik erscheint dagegen fraglich im Bereich der echten Armut, da den Betroffenen meist das offizielle Sprachrohr fehlt, um ihre Wünsche durchsetzen zu können.

(4) Das Problem der Freiheit.

Die Erhaltung eines möglichst weitreichenden Freiheitsspielraums der Individuen und Gruppen auf wirtschaftlichem, sozialem, religiösem und kulturellem Gebiet ist in den USA bis zur Gegenwart das Grundanliegen der überwiegenden Mehrzahl der Bürger und auch der Staatsvertretung geblieben. Die 'freie Ent-

faltungsmöglichkeit' hat in der Vergangenheit die wirtschaftliche Expansion ermöglicht und weiter vorangetrieben und dadurch den hohen Wohlstandsgrad der Nation mitzuschaffen. Fast alle Eingriffe des Staates in private Freiheitssphären haben letztlich nur das Ziel verfolgt, die mißbräuchliche Ausnutzung der Freiheitsrechte auf Kosten der Freiheit anderer zu verhindern.

Die gegenwärtig erreichte wirtschaftliche und soziale Differenzierung hat die Aufgabe des Staates als Hüter der Freiheit außerordentlich kompliziert: in vielen Fällen müssen die staatlichen Bemühungen um die Erhaltung des Freiheitsbereichs in der Wirtschaft derart umfangreiche Formen annehmen, daß der Nettoeffekt in einer allgemeinen Zunahme der Beschränkung der wirtschaftlichen Freiheit besteht.

Problematisch wird die Gewährung an sich erhaltenswerter Freiheitsbereiche dort, wo das starre Festhalten an ihnen zu gesamtwirtschaftlichen Schäden führen kann. Gedacht ist hierbei an die Freiheit der Tarifpartner auf dem Arbeitsmarkt: Uneinigkeit zwischen ihnen kann zu schwerwiegenden Verlusten für die gesamte Volkswirtschaft oder auf Teilbereichen führen. Die gleiche Wirkung kann vom starren Festhalten an dem Grundsatz der freien Verfügungsmacht über Privateigentum ausgehen.

Es scheint in der Natur der Sache zu liegen, daß die Verfügung über Freiheit im privaten Sektor Beschränkung oder Aufhebung der Freiheit anderer induziert. Alle Bemühungen des Staates zur Erhaltung des Freiheitsspielraums engen den Freiheitsbereich in den betroffenen Teilgebieten von Wirtschaft und Gesellschaft gleichzeitig ein und verringern darüber hinaus die Freiheit der Einzelnen oder Gruppen gegenüber dem Staat. Angesichts des im historisch-erklärenden Teil dieser Arbeit aufgezeigten Fortschreitens des Staatsinterventionismus' erhebt sich die Frage, ob und wie es der Staatsführung der USA gelingen wird, zu verhindern, daß aus dem quantitativen Zuwachs der Staatseingriffe in die Wirtschaft eine neue Gestaltungsqualität mit zentralverwaltungswirtschaftlichen Merkmalen entsteht.

Erstarrung durch Wachstumserscheinungen?

Durch bloßes Wachstum oder durch Konzentrationsvorgänge sind in der Wirtschaft der USA im Laufe der Entwicklung auf Teilgebieten Riesen- und Großunternehmen entstanden, die entweder allein oder mit anderen Unternehmen ähnlicher Größe Teilmärkte beherrschen. Die hierin liegende Gefahr für eine bewegliche Wettbewerbswirtschaft ist nicht allein in der Verringerung der Zahl der Marktteilnehmer zu sehen, sondern gleichermaßen in der mit zunehmender Größe wachsenden 'Verbürokratisierung' der Unternehmenseinheiten, die diese schwerfälliger und unbeweglicher macht. Während der Schutz vor wirtschaftlichen Krisen in solchen Einheiten wegen ihrer Marktposition häufig auf Kosten der Verbraucher erfolgen kann, finden sich in den Großunternehmen meist vielfältige Bemühungen, die eigene Marktmacht auf Kosten von Konkurrenten zu erweitern.

Ein teilweise negativ zu beurteilender Aspekt des Wachstums der Unternehmensgrößen liegt im Gebiet der betrieblichen Sozialpolitik. Deren Ausweitung ist besonders finanzkräftigen Großunternehmen möglich; sie verringert die Fluktuationen der Arbeitnehmer und bindet diese fester an ihre Betriebe. Hierdurch werden gewisse Erstarrungsmomente in die Wirtschaft getragen.

(6) Freiheit und Verantwortlichkeit der Manager.

Der Zug zur Kapitalgesellschaft, die breitere Streuung der Aktien, die Entstehung von großen Markt- und Interessenverbänden und andere Entwicklungen haben in den USA die Rolle der Manager, der 'geschäftsführenden Leiter' von wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Institutionen, stark gefestigt. Das Wirtschaftsgeschehen wird wesentlich mitgeprägt vom Mit- und Gegeneinander der Manager von Wirtschaftsunternehmen, Gewerkschaften, Staatsabteilungen und Marktverbänden, die meist ohne an den von ihnen vertretenen Einheiten persönlich oder kapitalmäßig 'interessiert' zu sein, deren Geschäfte 'wie eigene' führen, wobei in vielen Fällen die Interessen der Eigentümer der Unternehmen, der Verbraucher, Verbandsmitglieder etc. zurückgedrängt werden. Hieraus ergibt sich nicht nur die Gefahr, daß beim Machtkampf von Spezialinteressen die Berücksichtigung des Gemeininteresses zu kurz kommt, sondern auch die, daß

aus dem Wettbewerb zwischen unabhängigen Wirtschaftseinheiten, deren Privateigentum letztlich im Wettbewerbskampf auf dem Spiel steht, ein Machtkampf und ein strategisches Spiel zwischen relativ unbeteiligten Verwaltern fremder Mittel zum Nachteil der von ihnen Vertretenen und der Allgemeinheit wird.

(7) Ungelöste Strukturprobleme im überwiegend marktwirtschaftlich organisierten Interventionsstaat.

Die Ausführungen im historisch-erklärenden Teil dieser Arbeit haben in bezug auf die Wirtschaftsordnung der USA eine Reihe von ungelösten Strukturproblemen in allen Teilbereichen der amerikanischen Wirtschaft aufgezeigt. Als Ursachen für diese Unvollkommenheiten wurden das Bekenntnis des Staates zu einer prinzipiell freien Gestaltung der Wirtschaft durch private Einheiten, die von diesen ausgehenden Gegenkräfte gegen staatliche Gestaltungsbemühungen sowie die unbefriedigende Anlage der Staatsinterventionen in die Wirtschaft genannt.

Es bleibt hier die Frage zu erörtern, ob und inwieweit der Staat unter den gegebenen Umständen in der Lage sein kann, seine Gestaltungsvorstellungen zumindest in den Grundzügen durchzusetzen. Voraussetzung hierfür muß sein, daß der Staat als handlungsfähige und finanzkräftige Einheit auftritt und seine Interventionen so angelegt sind, daß sie kaum noch Möglichkeiten für Gegenaktionen bieten. Dies dürfte in den USA bei der gegebenen Organisation der Staatsvertretung schwierig zu verwirklichen sein, kann jedoch nicht als unerreichbar ausgeschlossen werden.

Unterstellt man diese Bedingungen, so könnte der Staat in den USA bei der Bekämpfung der Konzentrationserscheinungen die Wirksamkeit seiner Maßnahmen wesentlich erhöhen, sofern er neben verschärften Strafbestimmungen die Förderung unabhängiger Klein- und Mittelbetriebe durch finanzpolitische Maßnahmen intensiviert und der Rechtsprechung klarere Richtlinien für die Antitrustpolitik an die Hand gibt, durch die die Abwicklung anhängiger Verfahren beschleunigt und die Rechtsunsicherheit beseitigt werden könnte.

Das Problem einer wirkungsvollen Lenkung des Versorgungsbereichs (Public Utilities) scheint dagegen nicht ohne eine Zurückdrängung der Privatwirtschaft in diesem Sektor lösbar zu sein. Der

Staat könnte hier Schlüsselmonopole in eigene Regie übernehmen und z.B. durch die Preisgestaltung Richtlinien für private Wettbewerber setzen. Voraussetzung für das Funktionieren einer solchen Neuordnung bleibt, daß es dem Staat gelingt, für eine wirkungsvolle Organisation der von ihm geleiteten Einheiten zu sorgen.

Schwierig erscheint die dem Staat gesetzte Aufgabe, die Effizienz seiner Lenkungsstätigkeit in Verkehrswesen und Landwirtschaft zu erhöhen.

Das angestrebte 'Nationale Verkehrssystem' wird sich auf dem gegenwärtig beschrittenen Weg unvollkommener und negativ-regulierender Interventionen nicht realisieren lassen. Grundbedingung für eine sinnvolle Neuordnung des Interventionssystems in diesem Bereich muß die Schaffung einer einheitlichen Verkehrsregulierungsbehörde für alle Verkehrsträger sein, die zunächst einmal die Unterschiede in den Belastungen und Förderungen der einzelnen Verkehrsträger aufhebt, sodann die Bereiche optimaler Wirksamkeit für diese feststellt und mit Hilfe finanzpolitischer Mittel jeden Verkehrsträger in das für ihn günstige Wirkungsfeld lenkt. Differenzierungen in der Abgabengestaltung könnten auch bisher unrentable Relationen attraktiv machen, elastische Zulassungsbestimmungen - basierend auf nationalen Erfordernissen - den Wettbewerb beleben oder ruinöse Konkurrenz verhindern. Die staatliche Preispolitik sollte auf sinnvollen Spannentarifen aufbauen und den Kundenschutz sowie die Schaffung gleicher Bedingungen für alle Verkehrsträger unter überregionalen Gesichtspunkten in den Vordergrund stellen.

Für den Agrarsektor ließe sich, unter Berücksichtigung der Konstellation in der Staatsvertretung, eine Wirtschaftspolitik denken, die die mengenmäßigen Beschränkungen der Anbauflächen, weil kompensierbar und nicht voll zu überwachen, beiseite läßt und lediglich einen mengenmäßig begrenzten Aufkauf von Agrarerzeugnissen durch den Staat zu Preisen vorsieht, die die Kosten fortschrittlicher Betriebe der verschiedenen erwünschten Größenklassen decken. Daneben müßte für eine Übergangszeit eine Politik der Strukturverbesserungshilfen treten, die die Bildung leistungsfähiger Familienbetriebe erhaltenswerter Größe fördert und den aus der Landwirtschaft ausscheidenden Farmern

Mittel zum Aufbau einer anderen Existenzgrundlage gewährt. Nach der Übergangsfrist könnte eine partielle Marktfreigabe erfolgen, die das Ausscheiden unrentabel gebliebener Einheiten bewirken würde; partiell wäre die Marktfreigabe insofern, als der Staat mit den Instrumenten der Finanzpolitik die Familienbetriebe, die wirtschaftlich arbeiten und eine bestimmte Größe nicht unterschreiten, vor einem Verdrängungswettbewerb durch die großen Agrar'fabriken' zu schützen hätte.

Diese Ausführungen zeigen bereits, daß die Situation in der Landwirtschaft wie im Verkehr - aus den genannten Umweltbedingungen und inneren Gegebenheiten dieser Bereiche heraus verständlich - nicht die Einführung einer vollständigen Wettbewerbsstruktur in diesen Sektoren zulassen kann, ohne daß dadurch schwerwiegende Schädigungen der Gesamtheit entstehen. Zentrale Aufgabe einer zielbewußten staatlichen Wirtschaftspolitik zur Ordnung der vorstehend genannten und aller anderen Sektoren sollte es sein, Mittel und Wege für eine positive Regulierung zu finden, die nicht nur spontane Entwicklungen korrigiert, sondern mit Hilfe der Struktur- und Finanzpolitik ihr genehme Wege und Tätigkeitsbereiche privater Initiative offen hält und gegen unerwünschte und illegale Aktionen privater Einheiten mit Härte und einer klaren Gesetzgebung vorgeht.

C) Hauptteil II: Die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der Sowjetunion.

I) Historische Grundlegung.

a) Vorbemerkungen.

Die zum Verständnis der gegenwärtigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der UdSSR¹⁾ unerlässliche Darlegung ihres geschichtlichen Werdens muß die politischen Ereignisse in Rußland vom Herbst 1917 in den Mittelpunkt der Betrachtung stellen. Zu dieser Zeit errang die kommunistische Partei Rußlands²⁾ auf revolutionärem Wege faktisch die Alleinherrschaft über das Land, und es gelang ihr, diese Machtstellung bis zur Gegenwart zu behaupten. Alle nach 1917 erfolgten Veränderungen in der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Struktur Rußlands (bzw. der Sowjetunion) können nur unter Berücksichtigung dieses revolutionären Umsturzes verstanden werden, der sich seinerseits - zumindest zum großen Teil - wiederum aus den Gegebenheiten der russischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte der vorangegangenen Dekaden erklären läßt.

Es soll im folgenden der Versuch einer solchen Erklärung durch Herausstellung einiger uns wesentlich erscheinenden Faktoren unternommen werden. Daran anschließend wird auf die Herrschaftsprinzipien der russischen Staatsführung nach der Oktoberrevolution sowie auf die wichtigsten Etappen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung in Rußland (bzw. der Sowjetunion) von 1918 bis zur Gegenwart eingegangen werden.

-
- 1) Die Namen 'UdSSR' (Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken) und 'Sowjetunion' dienen seit 1923 als offizielle Bezeichnungen für den Nachfolgestaat des kaiserlichen Rußland.
 - 2) Der offizielle Parteiname lautet ab März 1918: 'Kommunistische Partei Rußlands (Bolschewiki)'. Nach der Spaltung der 'Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands', die faktisch schon 1903 erfolgt war, hatte sich deren linker Flügel unter Lenin als 'Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands (Bolschewiki)' bezeichnet. Nach der Gründung der Sowjetunion im Jahre 1923 nannte sich die KPR(B) 'Kommunistische Partei der Sowjetunion (Bolschewiki)', abgekürzt 'KPdSU(B)'. Seit 1952 fehlt der Zusatz 'Bolschewiki'.

b) Triebkräfte des Umsturzes: Die Grundlagen der Februarrevolution von 1917.

ba) Der politische Widerstand gegen die unbeschränkte Herrschaftsgewalt der Zaren.

Die autokratische Herrschaftsführung der Zaren bildete seit dem Vordringen liberaler Ideen nach Rußland zu Beginn des 19. Jahrhunderts den Anlaß zur Entstehung und oppositionellen Betätigung politischer Gruppen der verschiedensten Richtungen. Besonders nach 1870 äußerte sich deren Unzufriedenheit mit der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung entweder in zunehmender politischer Untergrundtätigkeit oder in äußerem Widerstand (Attentate, politische Demonstrationen und Streiks, Bauernunruhen, Versuche von legalen Selbstverwaltungsorganen, Einfluß auf Regierung und Verwaltung zu nehmen).

Den Kern der oppositionellen Tätigkeit bildeten zunächst anarchistische Gruppen und die Bewegung der Narodniki¹⁾. Letztere glaubten, einen Sozialismus auf der Grundlage bestehender landwirtschaftlicher Kollektiveinrichtungen verwirklichen zu können.²⁾ Etwa seit der Wende zum 20. Jahrhundert wurde die politische Widerstand- bzw. Reformbewegung auf parlamentarischem und außerparlamentarischem Wege von der Sozialrevolutionären Partei als Nachfolgerin der Narodniki, von der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands, die auf dem Boden des Marxismus stand, und der liberalen - vergleichsweise gemäßigten - Partei der Konstitutionellen Demokraten (Kadetten)³⁾ getragen.

bb) Die Unzufriedenheit der Bauern.

Bauernunruhen von örtlicher Erstreckung fanden in Rußland während des ganzen 19. Jahrhunderts statt. Sie waren der äußere Ausdruck für die in der Agrarverfassung Rußlands begründeten Probleme.

Wurde zunächst das Institut der Leibeigenschaft und seine Folgen von den Bauern als drückende Last empfunden, so boten danach die Art der Durchführung der Bauernbefreiung (1861), die

1) Zu übersetzen als 'Volksleute', 'Volksfreunde'.

2) Gitermann, Valentin: Geschichte Russlands; 3. Band, Hamburg 1949, S. 231.

3) Ebenda, S. 380/381.

Beibehaltung der 'Mir'-Verfassung und beider Auswirkungen der Landbevölkerung neuen Anlaß zur Unzufriedenheit. Auch die 1906 eingeleitete Agrarreform, durch die der tüchtige Landwirt aus der 'Schicht der Unzufriedenen' (v.Rimscha) herausgelöst werden und bessere Leistungsanreize erhalten sollte,²⁾ konnte nur teilweise zur sozialen Befriedung beitragen.³⁾

bc) Probleme der Industrialisierung.

Periodische industrielle Aufwärtsentwicklungen⁴⁾ und eine sozialere Ausgestaltung des Arbeitsrechts gegen Ende des 19. Jahrhunderts in Rußland⁵⁾ konnten nicht verhindern, daß die Unzufriedenheit der sich emanzipierenden Industriearbeiterschaft allmählich wuchs. Die unbefriedigende soziale Lage, die starken Machtpositionen der Unternehmer, die arbeiterfeindliche Haltung der Regierung, das Koalitionsverbot für Arbeitnehmer⁶⁾ waren Ansatzpunkte der Kritik und Ursache von häufigen Streiks,⁷⁾ die durch die Agitation der Sozialisten um die Jahrhundertwende auch politischen Charakter annahmen und sich auf immer weitere Bereiche der Industrie ausdehnten.

Die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der russischen Industrie zu Beginn des 20. Jahrhunderts, die gewaltsame Niederschlagung von Generallstreik und Aufstandsversuch im Jahre 1905 sowie der danach stärker einsetzende Polizeiterror ließ die wirtschaftliche und politische Unzufriedenheit der Arbeiter weiter ansteigen, so daß diese schließlich im Jahre 1917 zum wichtigsten Träger der Februarrevolution wurden.

-
- 1) Nach der Gemeindeverfassung, des 'Mir' wurde sämtlicher Grundbesitz im Bereich einer Gemeinde von dieser verwaltet und auf die Gemeindeglieder nach Köpfen aufgeteilt. Siehe hierzu auch unten S.280-282.
 - 2) v.Rimscha, Hans: Geschichte Russlands; Wiesbaden o.J.(1960), S.498.
 - 3) Ebenda, S.498/499.
 - 4) Gittermann, V.: Geschichte Russlands; a.a.O., SS.193/194, 205-208 und 331 ff.
 - 5) Seton-Watson, Hugh: Der Verfall des Zarenreiches 1855-1914; München 1954, S.109-116.
 - 6) Ebenda, S.112-114. Und: Mavor, James: An Economic History of Russia; Band 2, 2.Auflage, London 1925, S.368-412.
 - 7) Mavor, J.: ...History of Russia; a.a.O., S.413-418.

bd) Die Nationalitätenfrage.

Im zaristischen Kaiserreich bestanden während des ganzen 19. Jahrhunderts Spannungen zwischen dem russischen Volksteil und den vielen im Reich zusammengefaßten Nationalitäten (Polen, Finnen, Ukrainer, Georgier, Balten etc.). Diese Differenzen verschärften sich, als nach 1880 innenpolitisch auf die Stärkung der Zentralgewalt hingewirkt und eine politische und kulturelle Russifizierungspolitik gegenüber den einzelnen Nationalitäten betrieben wurde.¹⁾

Zentrifugale Kräfte regten sich in den einzelnen Nationalitäten, konnten jedoch durch die Macht der zaristischen Autokratie bis 1916 im Zaume gehalten werden. Erst die 'bürgerliche Revolution' von 1917 in Rußland gab den separatistischen Kräften neuen Auftrieb.²⁾

de) Die innere Schwäche des Regimes.

Die Niederschlagung des Aufstandes von 1905, die vom Zaren konzedierte Schaffung eines gewählten Parlaments, die dadurch erfolgte Differenzierung der Opposition sowie die zweifellos erzielten Fortschritte in Industrie und Landwirtschaft haben es nicht entscheidend vermocht, das Staatsgefüge in Rußland zu festigen.

Die innere Schwäche der Volksvertretung und ihr geringes Mitspracherecht bei der Staatsführung, die Entschlußlosigkeit des Zaren sowie sein Unverständnis gegenüber den politischen und sozialen Strömungen im Lande trugen hieran ebenso Schuld wie die Einflußnahme einer reaktionären Hofkamarilla auf die Staatsgeschäfte und der Verfall der staatlichen Bürokratie.³⁾

Durch ein scharfes Polizeiregiment konnte bis zum Jahre 1916 besonders die Opposition der extremen Linken niedergehalten werden. Mit dem Eintritt Rußlands in den ersten Weltkrieg und den schweren Niederlagen an der Westfront wurde jedoch mit der Armee der letzte Stützpfeiler des Regimes angeschlagen. Die Nachrichten von der politischen Unruhe im Hinterland und der mangelhaften Belieferung der Bevölkerung mit Lebensmitteln

) v. Rimscha, H.: Geschichte Rußlands; a.a.O., S. 478-481.

) Trotzki, L.: Geschichte...; a.a.O., S. 536-541.

) Bruhat, Jean: Geschichte der Sowjetunion; Hamburg o.J. (1959?), S. 9-11.

und Brennstoffen - besonders im Norden des Landes - ,¹⁾ die unzureichende Versorgung und Betreuung der Truppen sowie die schweren Verluste und Niederlagen machten die Soldaten kriegsmüde und empfänglich für die Friedens- und Umsturzparolen der Parteien der Linken. Durch ihre Duldung der politischen Umwälzung vom Februar 1917²⁾ oder durch ihre aktive Teilnahme an dieser sicherten die Soldaten den Sturz der Zarenherrschaft.

c) Von der Februarrevolution zur Diktatur der Sowjets.

Die revolutionäre Erhebung, zu der die genannten Gegenkräfte gemeinsam hindrängten, begann schließlich im Februar 1917,³⁾ letztlich ausgelöst durch die Erbitterung der Bevölkerung über die Kriegsverluste, die Versorgungsschwierigkeiten - besonders im Bereich der Hauptstadt - und die Unfähigkeit der Staatsführung.⁴⁾ Aus Streiks und Straßendemonstrationen für Frieden und bessere Versorgung entwickelte sich eine Massenbewegung gegen das bestehende Regime; die Auseinandersetzung war entschieden, als die zur Unterdrückung des Aufstandes eingesetzten Truppen auf die Seite der Aufständischen übergingen.⁵⁾

Die Heterogenität der im Widerstand gegen die zaristische Autokratie einigen politischen Kräftegruppen bewirkte jedoch, daß die alte Herrschaftsordnung nicht durch eine stabile neue ersetzt werden konnte. Es entstand eine Doppelherrschaft, bestehend aus einem gewählten 'Obersten Rat der Arbeiter- und Soldatendeputierten' (Sowjet), in dem Menschewiki⁶⁾ und Sozialrevolutionäre die Mehrheit hatten, und einer aus Vertretern des alten Reichstages (Duma) gebildeten 'Provisorischen Regierung', die sich aus den prominentesten Vertretern des bürgerlichen Liberalismus (Oktobristen, Kadetten) und einem Sozialrevolutionär zusammensetzte.⁷⁾

1) Abgesehen von schweren Mängeln in der Organisation der Verteilung und einer unzureichenden Leistungsfähigkeit des - hauptsächlich nach Ausfuhr- und strategischen Gesichtspunkten angelegten - Eisenbahnnetzes, "war die wirtschaftliche Lage des Landes während der ersten 3 Jahre des Weltkrieges doch mehr oder weniger befriedigend." Quelle: Haensel, Paul: Die Wirtschaftspolitik Sowjetrusslands; Tübingen 1930, S.19.

2) Märzmitte 1917 nach der am 16.2.1918 in Rußland eingeführten neuen Zeitrechnung.

3) März 1917 neuer Zeitrechnung.

4) Seton-Watson, Hugh: Von Lenin bis Malenkov; München 1955, S.26.

5) v. Rimscha, H.: Geschichte Rußlands; a.a.O., S.508/509.

6) Bezeichnung der 'rechten', sozialdemokratisch orientierten,

Trotz mehrfacher Änderung ihrer parteipolitischen Zusammensetzung während des Jahres 1917 gelang es dieser Provisorischen Regierung nicht, sich uneingeschränkt in den Besitz der Staatsmacht zu setzen und die innen- und außenpolitischen Probleme Rußlands zu lösen. Das Aufschieben der meisten wirtschaftlichen Reformen, die Weiterführung des Krieges gegen den Willen der kriegsmüden Bevölkerung, die durch ihre Entschlossenigkeit bewirkte weitere Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage im Lande brachte die Provisorische Regierung in eine Isolierung vom Volk, an der sie schließlich im Herbst 1917 scheiterte.

Der Sowjet als die Spitzenvertretung der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte des Landes erlangte dagegen durch die Ausbreitung der Sowjetbewegung nach dem Februarumsturz 1917 eine steigende Bedeutung. Es kam hier seit der Mitte des Jahres 1917 jedoch zu heftigen Auseinandersetzungen über die Richtung der einzuschlagenden Politik zwischen den Menschewiki und Sozialrevolutionären einerseits, die inzwischen gemeinsam zu Trägern der Provisorischen Regierung geworden waren, und den Bolschewiki andererseits, die dieser den Kampf angesagt hatten und - gestützt auf die Sowjetorgane - seit April 1917 unter Führung von Lenin die sozialistische Revolution verwirklichen und eine 'Republik der Sowjets der Arbeiter-, Landarbeiter- und Bauerndeputierten im ganzen Lande' errichten wollten.¹⁾

Nach anfänglich starkem Übergewicht der Menschewiki und Sozialrevolutionäre begann sich ab September 1917 die Partei der Bolschewiki immer stärker durchzusetzen: erstere Parteien gerieten als Stützen der unpopulären Provisorischen Regierung langsam in Mißkredit, während die Bolschewiki dadurch an Boden gewannen, daß sie die sofortige Schaffung "einer festen revolutionären Staatsmacht" forderten,²⁾ die die drängendsten Nöte der Bevölkerung beseitigen, den Frieden bringen und eine aktive Politik zur Lösung aller wirtschaftlichen und sozialen

Fraktion der seit 1903 gespaltenen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands.

7) v.Rimscha, H.: Geschichte Rußlands; a.a.O., S.510/511.

1) Lenin, W.I.: Über die Aufgaben des Proletariats in der gegenwärtigen Revolution; in: Lenin, W.I.: Werke (deutsche Ausgabe) Band 24, Berlin 1959, S.3-8.

2) Lenin, W.I.: Eine feste revolutionäre Staatsmacht; in: Ebenda, S.355-357.

Probleme betreiben sollte. Gestützt auf ihre im Oktober 1917 vorhandene Mehrheit in den Sowjets und im Glauben an den fehlenden Rückhalt der Gegner im Volk, gab Lenin am 24. Oktober 1917¹⁾ das Zeichen zum Aufstand gegen die Provisorische Regierung,²⁾ der ohne bedeutenden Widerstand erfolgreich verlief.³⁾

Der 'Zweite Gesamtrussische Kongreß der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten' vom 25./26.10.1917⁴⁾ sah die Bolschewiki mit 390 von 650 Delegierten in der Mehrheit, die sich noch vergrößerte, als die Vertreter aller anderen Parteien - mit Ausnahme der der 'Linken Sozialrevolutionäre' - den Kongreß aus Opposition gegen das bolschewistische Programm verließen.⁵⁾ Der Rumpfkongreß beschloß die Bildung einer Regierung unter Lenin, die sich der Kontrolle des Sowjetkongresses unterwarf,⁶⁾ und erklärte die Sowjets zur herrschenden Staatsmacht in Rußland.

Eine Ende November 1917 gewählte Nationalversammlung, in der die Bolschewiki nur 175 von 707 Sitzen erhielten, trat im Januar 1918 zusammen. Da diese Nationalversammlung sich weigerte, den Sowjetkongreß und seine Regierung als ein ihr übergeordnetes Organ anzuerkennen, wurde sie von den Machtinstrumenten der Bolschewiki und des Sowjetkongresses als den Trägern der tatsächlichen Herrschaftsgewalt im Staate aufgelöst. Entsprechend den politischen Konzeptionen der (späteren) Bolschewiki vom Jahre 1902⁷⁾ war damit die 'Diktatur des Proletariats' in Rußland errichtet worden.

- d) Die Grundidee der Herrschaftsträger der UdSSR über die Gestaltung von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft in ihren Wandlungen von 1917 bis zur Gegenwart.

da) Die Konzeption Lenins.

Lenin sieht sich als exakten Interpreten und konsequenten Ver-

1) 6. November 1917 nach neuer Zeitrechnung.

2) Lenin, W.I.: Werke (deutsche Ausgabe) Band 26, Berlin 1961, S. 223/224.

3) Trotzki, L.: Geschichte...; a.a.O., S. 646 ff.

4) 7./8. November 1917 nach der neuen Zeitrechnung.

5) Trotzki, L.: Geschichte...; a.a.O., S. 721-750.

6) Beschluß über die Bildung der Arbeiter- und Bauernregierung; in: Lenin, W.I.: Werke (deutsche Ausgabe) Band 26; a.a.O., S. 254/255.

7) Lenin, W.I.: Entwurf des Programms der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands; (Jan./Febr. 1902); in Lenin, W.I.: Werke (deutsche Ausgabe) Band 6, Berlin 1956, S. 12-19.

fechter der Ideen von Marx und Engels, die seine Weltanschauung bestimmen.¹⁾ Ihre materialistische Geschichtsauffassung übernimmt er und ergänzt sie durch eine Erläuterung der Endphase des Kapitalismus aus der Sicht des beginnenden 20. Jahrhunderts.²⁾ Seine Interpretation der Anschauungen von Marx und Engels über die sozialistische Revolution und die nachfolgenden sozialistischen und kommunistischen Perioden³⁾ ist bis zur Gegenwart die wichtigste Grundlage der offiziellen Gesellschaftslehre in der Sowjetunion.

Die Verzögerung des von Marx vorhergesagten Zusammenbruchs des Kapitalismus⁴⁾ erklärt Lenin mit einer letzten Wandlung des Kapitalismus zum Finanzkapitalismus und Imperialismus. Zur Vertrustung in der industriellen Sphäre tritt seit 1900 die Monopolisierung im Bankwesen hinzu; die Großbanken beginnen die Industrie zu beherrschen: das Primat des Finanzkapitals wird kennzeichnend für diese Periode.⁵⁾

Das Finanzkapital findet nach Lenin in einigen hochindustrialisierten Ländern keine rentable Betätigung im Inland mehr;⁶⁾ es wandert ins rückständige Ausland, das von den Kapitalisten vorher verkehrstechnisch erschlossen worden ist: Die internationalen Kapitalistenverbände teilen die Welt unter sich auf.

Die Erschließung der neuen Märkte gibt dem Kapitalismus wieder eine Aufgabe und verzögert seinen Untergang. An ihre Expansionsgrenzen gestoßen, entfesseln die Kapitalisten einen Weltkrieg, um als potentielle Sieger neue Anlagemöglichkeiten auf Kosten der Besiegten zu bekommen.

Der Imperialismus als höchstes Entwicklungsstadium des Kapitalismus⁷⁾ bringt mit der Verflechtung von Banken und Industrie

-
- 1) Die orthodoxe Einstellung Lenins charakterisiert Lange sehr treffend: "Wenn es Lenin gelingt, einem Zitat... (seiner Gegner)... eins von Engels gegenüberzustellen, sieht er seine Aufgabe als erledigt an." Quelle: Lange, Max G.: Marxismus, Leninismus, Stalinismus; Stuttgart 1955, S. 98.
 - 2) Lenin, W. I.: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus; (1916); Berlin 1946.
 - 3) Hierzu besonders: Lenin, W. I.: Staat und Revolution; (1917); Moskau 1947.
 - 4) Marx, Karl: Das Kapital; 1. Band, Berlin 1960, S. 803.
 - 5) Lenin, W. I.: Der Imperialismus...; a. a. O., S. 40/41.
 - 6) Ebenda, S. 55.
 - 7) Ebenda, S. 78.

jedoch bereits neue Organisationsformen hervor, die eine erste Stufe der Vergesellschaftung darstellen und nach Meinung von Lenin auf ein Absterben des Kapitalismus hindeuten. Die privatwirtschaftlichen und die Privateigentumsverhältnisse stellen bereits eine Hülle dar, die ihrem Inhalt "nicht mehr entspricht und daher unvermeidlich in Fäulnis geraten muß, wenn ihre Beseitigung künstlich verzögert wird."¹⁾

Die Krise des Kapitalismus wird nach Ansicht von Lenin durch das im Krieg entstandene Elend zur "revolutionären Weltkrise, die...nicht anders enden kann als mit der proletarischen Revolution und deren Sieg."²⁾

Lenin, der - wie Marx und Engels -³⁾ in der marxistischen Gesellschaftslehre "kein Dogma, sondern eine Anleitung zum Handeln"⁴⁾ sieht, hat durch seine politische Aktivität in Rußland, besonders im Jahre 1917, auf diese proletarische Revolution hingearbeitet. Bereits vor ihrem Ausbruch befaßte er sich mit den theoretischen⁵⁾ und praktischen⁶⁾ Problemen, die nach seiner Meinung nach erfolgreicher Revolution zu lösen sein werden.

Die Revolution selbst muß nach Lenin von der Mehrheit des Volkes, den Klassen des Proletariats und der Bauernschaft, getragen werden,⁷⁾ die von der Avantgarde des Proletariats, der marxistisch erzogenen Arbeiterpartei, geführt wird, "die fähig ist, die Macht zu ergreifen und das ganze Volk zum Sozialismus zu führen, die neue Ordnung zu leiten und zu organisieren."⁸⁾ Durch die Revolution muß die 'burekratischen-militärischen Staatsmaschinerie' zerschlagen werden, die nach Ansicht der Marxisten vorher ein Instrument in den Händen einer Minderheit zur Unterdrückung der Mehrheit war.

1) Lenin, W.I.: Der Imperialismus...; a.a.O., S. 112.

2) Ebenda, S. 7.

3) Marx, Karl und Engels, Friedrich: Ausgewählte Briefe; Berlin 1953, S. 469.

4) Lenin, W.I.: Briefe über die Taktik; (April 1917); in: Lenin, W.I. Werke (deutsche Ausgabe) Band 24; a.a.O., S. 25.

5) In: Lenin, W.I.: Staat und Revolution; a.a.O.

6) In: Lenin, W.I.: Werden die Bolschewiki die Staatsmacht behaupten? (Sept./Oktober 1917); in: Lenin, W.I.: Werke (deutsche Ausgabe) Band 26; a.a.O., S. 72-115.

7) Lenin, W.I.: Staat und Revolution; a.a.O., S. 33.

8) Ebenda, S. 22. Diese Ansicht vertritt Lenin bereits in seinem 1902 erstmals erschienenen Werk: 'Was tun?' Neudruck Berlin 1954, S. 147-149, 163-167, 169/170 und 215.

Mit dem Erfolg der sozialistischen Revolution beginnt nach Lenin eine sozialistische Periode, in der der Übergang von der kapitalistischen zur kommunistischen Epoche der Menschheitsgeschichte vorbereitet wird. Der Staat wird in ihr zum Instrument der Mehrheit, mit dem die früheren Kapitalisten und Ausbeuter unterdrückt werden: Die 'Diktatur des Proletariats' sichert der Mehrheit die Demokratie.¹⁾ Die Produktionsmittel gehen in das Eigentum der Gesellschaft über, die Bezahlung der Arbeitskräfte erfolgt nach dem Prinzip 'Gleicher Lohn für gleiche Leistungen'. Nicht Arbeitende werden von der Verteilung ausgeschlossen. Ein Teil des Arbeitsertrages fließt in einen gesellschaftlichen Fonds für Investitionszwecke und zur Finanzierung von Verwaltungs- und sozialen Aufgaben des Staates.²⁾

Diese Übergangsperiode bringt also - nach der Auffassung von Lenin und Marx - noch Ungleichheit und Ungerechtigkeit in so weit, als bei der Bemessung der Arbeitsentgelte die sozialen Verhältnisse des Einzelnen (Familienstand, Kinderzahl etc.) noch nicht berücksichtigt werden können. Beseitigt ist jedoch bereits die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, da Produktionsmittel nicht mehr in Privateigentum gelangen können.³⁾

Die sozialistische Periode kann nach Lenin noch keine Epoche der Freiheit sein, da in ihr noch der Staat und ein Teil des bürgerlichen Rechts fortbestehen und die Minderheitsklassen der früheren Ausbeuter unterdrückt werden müssen.⁴⁾

Die Periode des Sozialismus oder des 'unvollkommenen Kommunismus' entwickelt sich nach Lenin dann langsam in Richtung auf die kommunistische hin, wenn die allseitige Entfaltung der Produktivkräfte immer schnellere Fortschritte macht und das gesellschaftliche Bewußtsein und Handeln der Menschen sich so weit gefestigt hat, daß eine Kontrolle ihrer Arbeitsleistung allmählich überflüssig wird, die Konsumtion sich von selbst auf das Lebensnotwendige beschränkt und alle zu tragenden Gliedern der Gesellschaft werden. Mit dieser Veränderung des Bewußtseins beginnen auch die Klassenschranken zu fallen. Der

1) Lenin, W.I.: Staat und Revolution; a.a.O., S.73/74.

2) Ebenda, S.77/78.

3) Ebenda, S.78.

4) Ebenda, S.80.

Staat verliert langsam seinen Sinn, da es kaum noch irgendwelche zu unterdrückenden Elemente gibt. Er beginnt abzusinken.

Die Periode des vollendeten Kommunismus ist nach Lenin¹⁾ dann erreicht, wenn die Produktivkräfte eine derart umfassende Entwicklung gefunden haben, daß eine Entfaltung nach den Bedürfnissen der Menschen möglich wird und der Gegensatz zwischen geistiger und körperlicher Arbeit verschwunden ist.³⁾ Das gesellschaftliche Bewußtsein der Menschen hat dann eine derartige Reife erlangt, daß die Arbeit für sie zum ersten Lebensbedürfnis geworden ist. Die Funktionen des 'abgestorbenen' Staates sind auf gesellschaftliche Institutionen übergegangen, die vom ganzen Volk getragen werden. "Die Notwendigkeit zur Einhaltung der unkomplizierten Grundregeln für jedes Zusammenleben von Menschen (wird) sehr bald zur Gewohnheit."⁴⁾

db) Die Interpretation der Grundidee unter Stalin.

Lenins Lehren über die Entwicklung von Staat und Gesellschaft beruhen auf der Voraussetzung, daß die sozialistische Revolution als Weltrevolution auftritt. Als der Revolution in Rußland jedoch keine sozialistischen Erhebungen in anderen Ländern folgen, verkündet Stalin im Jahre 1924 - hauptsächlich aus innen- und parteipolitischen Gründen - die These vom 'Sozialismus in einem Lande',⁵⁾ in welcher er den Aufbau des Sozialismus in einem Lande als nützlich und notwendig bezeichnet.

1) Lenin, W.I.: Staat und Revolution; a.a.O., S. 79ff.

2) Lenin stützt sich bei der Erörterung aller den Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus betreffenden Fragen auf die Ausführungen von Marx in dessen 'Kritik des Gothaer Programms' (der deutschen Sozialdemokratie, 1875). Quelle: Borke-nau, Franz (Herausgeber): Karl Marx; Frankfurt a.M. 1959, S. 199-211.

3) Lenin, W.I.: Staat und Revolution; a.a.O., S. 80.

4) Ebenda, S. 86.

5) Stalin will damit einmal Trotzki's These von der 'permanenten Revolution' entgegentreten und dessen Einfluß in der Partei schwächen, zum anderen den Kommunisten in der UdSSR mit konkreten Zielen einen Ansporn geben. Quelle: v. Rauch, G.: Geschichte...; a.a.O., S. 229-232.

6) Stalin, J.W.: Über die Grundlagen des Leninismus; in: Stalin, J.W. Fragen des Leninismus; Moskau 1946, S. 37.

Als Stalin im Jahr 1936 den vollen Sieg des sozialistischen Wirtschaftssystems in der Sowjetunion verkündet,¹⁾ setzt er sich mit der Frage des Absterbens des Staates auf dem Weg vom Sozialismus zum Kommunismus auseinander. Seit 1935 ist nach seiner Ansicht die sowjetische Wirtschaft vollsozialisiert, d.h. es gibt nur noch sozialistisches und genossenschaftliches Eigentum; die antagonistischen Klassen sind verschwunden, die noch bestehenden gesellschaftlichen Widersprüche sind nicht-antagonistischer Art.²⁾

Trotz dieser Voraussetzungen kann nach Ansicht von Stalin auf dem weiteren Weg zum Kommunismus der Staat solange noch nicht absterben, als die Gefahr kriegerischer Überfälle von außen noch nicht gebannt ist. Es ist nach Stalin möglich, sich langsam dem Kommunismus zu nähern, ohne daß der Staat abzusterben beginnt.³⁾

Die Gesellschaft braucht auf diesem Weg außer dem Staat die tätige Anleitung und Führung durch die Kommunistische Partei. Außerdem sind nach Stalin die folgenden drei Voraussetzungen Grundlage des 'Marsches zum Kommunismus':

- (1) "Das ununterbrochene Wachstum der gesamten gesellschaftlichen Produktion (ist) bei vorwiegender Steigerung der Produktion von Produktionsmitteln stetig zu gewährleisten."⁴⁾
- (2) Das kollektivwirtschaftliche Eigentum muß auf das Niveau des allgemeinen Volkseigentums gehoben werden.⁵⁾
- (3) Ein kulturelles Wachstum der Gesellschaft muß erreicht werden, das allen Mitgliedern der Gesellschaft eine allseitige Entwicklung ihrer körperlichen und geistigen Fähigkeiten gewährleistet, damit diese aktiv an der gesellschaftlichen Fortentwicklung mitarbeiten können.⁶⁾

Ferner ist nach Stalin die freie Berufswahl, die Verkürzung der Arbeitszeit zugunsten größerer Bildungsmöglichkeiten, die

-
- 1) Auf dem Außerordentlichen VIII.Sowjetkongreß 1936;Quelle: Stalin,J.W.:Fragen...;a.a.O.,S.616.
 - 2) Ebenda, S.721.
 - 3) Stalin,J.W.:Rechenschaftsbericht an den XVIII.Parteitag über die Arbeit des Zk der KPdSU(B)-10.3.1939-;in:Stalin, J.W.:Fragen...;a.a.O.,S.728.
 - 4) Stalin,J.W.:Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR (Anhang:Über die Fehler des Genossen L.D.Jaroschenko);Stuttgart 1952,S.66.
 - 5) Ebenda, S.66.
 - 6) Ebenda, S.68.

Einführung des polytechnischen Unterrichts, die grundlegende Verbesserung der Wohnverhältnisse und eine wesentliche Erhöhung des Reallohns¹⁾ Voraussetzung dafür, daß die Arbeit zum ersten Lebensbedürfnis wird, daß alle Mitglieder der Gesellschaft das gesellschaftliche Eigentum als unantastbare Grundlage der Existenz der Gesellschaft ansehen und daß man schließlich vom Leistungslohn zur Entlohnung nach den Bedürfnissen übergehen kann.²⁾ Die Gegensätze zwischen Stadt und Land und zwischen körperlicher und geistiger Arbeit werden nach der Meinung von Stalin im kommunistischen Endstadium im wesentlichen, aber nicht vollständig verschwinden.³⁾

Der I n t e r e s s e n gegensatz zwischen Stadt und Land ist nach Stalin seit der Erreichung des Sozialismus beseitigt, da sowohl Arbeiter wie Kollektivbauern im Sowjetstaat die gleichen Interessen haben.⁴⁾ Im Sozialismus ist nach Stalin gleichfalls der I n t e r e s s e n gegensatz zwischen körperlicher und geistiger Arbeit verschwunden; es muß nach seiner Meinung dagegen noch Aufgabe bleiben, den verbliebenen materiellen Unterschied durch "Hebung des kulturellen und technischen Niveaus (der körperlich Arbeitenden) auf das Niveau des technischen Personals" zu beseitigen.⁵⁾

dc) Die Grundidee in der Gegenwart.

Seit dem 20. Parteitag der KPdSU treten die Lehren von Lenin zur Grundidee wieder stärker in den Vordergrund. Stalins These vom 'Sozialismus in einem Lande' wird weiter akzeptiert, seine Auffassung vom Fortbestehen des Staates auf dem Weg zum Kommunismus wird dadurch modifiziert, daß als Begründung die Einkreisungspolitik feindlicher Mächte in den Hintergrund tritt gegenüber dem Hinweis auf die Wandlungen des Staates mit dem Fortschreiten des Kommunismus:⁶⁾ Der Staat organisiert

1) Stalin, J.W.: Ökonomische Probleme...; a.a.O., S. 68/69.

2) Ebenda, S. 69.

3) Ebenda, S. 29.

4) Ebenda, S. 26.

5) Ebenda, S. 28/29.

6) Chruschtschow, N.S.: Referat auf der Jubiläumstagung des Obersten Sowjets der UdSSR am 6.11.1957: Vierzig Jahre Große Sozialistische Oktoberrevolution; übersetzt und abgedruckt in: Meissner, Boris: Russland unter Chruschtschow; München 1960, S. 361.

jetzt die gesellschaftliche Produktion, die Leitung der Wirtschaft und das kulturelle Wirken; er übt im Interesse der Werktätigen die Kontrolle über das Maß der Arbeit und des Verbrauchs aus und wirkt auf die Erziehung der Werktätigen zu einer neuen Arbeitsdisziplin und einer kommunistischen Einstellung zur Arbeit hin.¹⁾

Die Sowjetführung hält in der Gegenwart weiter an der von oben beschriebenen Periodisierung der gesellschaftlichen Entwicklung fest. Chruschtschow ist jedoch der Meinung, daß der von Stalin in den Jahren 1936 und 1939 verkündete Abschluß des Aufbaus des Sozialismus²⁾ noch nicht den 'Marsch zum Kommunismus' hat beginnen lassen: der Sieg des Sozialismus ist nach Chruschtschow damals zwar vollständig, aber noch nicht endgültig gewesen. Das Land sei damals von kapitalistischen Staaten eingekreist und von Interventionen bedroht gewesen. Erst seit 1959 gebe es keine Kräfte mehr, die den Kapitalismus in der UdSSR wiederherstellen oder das sozialistische Lager zerschlagen könnten.⁴⁾ Mit dem XXI. Parteitag der KPdSU ist die Sowjetunion nach den Worten Chruschtschows in eine neue Phase ihrer historischen Entwicklung eingetreten, in "die Periode des uniaufgeklärten Aufbaus der kommunistischen Gesellschaft."⁵⁾

Eine von der Staatsführung der UdSSR verkündete langfristige Planung für den allmählichen Übergang zum Kommunismus berücksichtigt die folgenden Hauptaspekte des Kommunismus:

(1) Der Übergang vom Leistungsprinzip zu einer Verteilung der Konsumgüter nach den 'gesunden Bedürfnissen' eines kulturell entwickelten Menschen⁶⁾ soll durch die schnelle und umfassende Weiterentwicklung aller Produktivkräfte⁷⁾ ermöglicht werden.

1) Chruschtschow, N.S.: Referat... Vierzig Jahre...; a.a.O., S. 362.

2) Stalin, J.W.: Fragen...; a.a.O., S. 721 und 728.

3) Chruschtschow, N.S.: Referat auf dem 21. Parteitag der KPdSU am 27. J. 1959: Über die Kontrollziffern für die Entwicklung der UdSSR in den Jahren 1959 bis 1965; übersetzt und abgedruckt in: Meissner, B.: Russland unter Chruschtschow...; a.a.O., S. 623.

4) Ebenda, S. 624.

5) Ebenda, S. 559.

6) Ebenda, S. 615.

7) Chruschtschow, N.S.: Referat... Über die Kontrollziffern...; a.a.O., S. 615 nennt hierzu: "...eine hochentwickelte moderne Industrie; volle Elektrifizierung des Landes; wissenschaftlich-technischen Fortschritt in allen Zweigen der Industrie und der Landwirtschaft; Vollmechanisierung und Automatisierung aller Produktionsprozesse; allseitige Ausnutzung neuer Energiequellen und der reichen Naturschatze, der neuen synthetischen

Einen ersten Schritt zum Kommunismus sollen die (geplanten) kostenlosen Schulspeisungen bringen, die Möglichkeit der kostenlosen Inanspruchnahme von Verkehrsmitteln und der kostenlosen Benutzung von Wohnungen.

(2) Die Vollendung der Hebung des gesellschaftlichen Bewußtseins aller Bürger, ein starker technischer Fortschritt, der den Arbeiter zum "Kommandeur über die Maschine"¹⁾ macht, sind die Voraussetzungen dafür, daß die Arbeit von der Pflicht zum ersten Hauptbedürfnis der Menschen wird. Die Bewußtseinshebung muß gefördert werden durch eine verstärkte politische und geistige Erziehungsarbeit und durch die Heranziehung jedes Werktätigen zur aktiven Mitarbeit an gesellschaftlichen Aufgaben.²⁾

(3) Die Gegensätze zwischen geistiger und körperlicher Arbeit sollen durch eine Reform des Bildungswesens,³⁾ die Polytechnisierung der Ausbildung und die Fortschritte in der Produktionstechnik und -organisation aufgehoben werden.

(4) Die Gegensätze zwischen Stadt und Land sollen beseitigt werden

durch die Aufhebung des Nebeneinanders von Staats- und Genossenschaftseigentum. Letzteres soll durch die fortgesetzte Erhöhung der 'unteilbaren Fonds' der Kolchosen, durch die Investition in Gemeinschaftsanlagen mehrerer Kolchosen (Kraftwerke, Straßenbau etc.) allmählich zu gesellschaftlichem Eigentum werden und so mit dem sich vergesellschaftendem Staatseigentum verschmelzen;⁴⁾

und anderen Stoffe; die Hebung des kulturellen und technischen Niveaus aller Werktätigen; eine weitere Verbesserung der Organisation der Produktion und Steigerung der Arbeitsproduktivität."

- 1) Chruschtschow, N.S.: Referat... Über die Kontrollziffern...; a.a.O., S. 616.
- 2) Suslow, Michail: Diskussionsrede zum Referat von N.S. Chruschtschow: Über die Kontrollziffern...; übersetzt und abgedruckt in: Meissner, B.: Russland unter Chruschtschow; a.a.O., S. 636.
- 3) Siehe hierzu das Gesetz "Über die Festigung der Verbindung der Schule mit dem Leben und über die weitere Entwicklung des Volksbildungswesens in der UdSSR" vom 24.12.1958. Übersetzt und abgedruckt in: Meissner, B.: Russland unter Chruschtschow; a.a.O., S. 542ff.
- 4) Chruschtschow, N.S.: Referat... Über die Kontrollziffern...; a.a.O., S. 619/620.

durch die Elektrifizierung der Landwirtschaft und die Mechanisierung und Automatisierung der landwirtschaftlichen Produktion;¹⁾

durch eine aktive Kulturpolitik auf dem Lande, die die Dorfgemeinden zu Wohnzentren städtischen Typs. unter Ausnutzung aller zivilisatorischen und kulturellen Errungenschaften machen soll, in denen die in der Landwirtschaft beschäftigten Personen alle Vorteile städtischen Lebens haben werden.²⁾

(5) Die vorgesehene Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft soll auch die noch bestehenden nicht-antagonistischen Widersprüche zwischen Arbeitern, Bauern und der Intelligenz verschwinden lassen. Endziel ist die echte klassenlose Gesellschaft.

(6) Führer und tätiger Anleiter der Gesellschaft auf dem Weg zum Kommunismus soll der wirtschaftlich und technisch gut vorgebildete, im Leben vorbildliche und ideologisch feste Parteifunktionär sein, der in der Lage ist, die Politik der Partei zu verstehen und sie in der Praxis zu verwirklichen.³⁾

e) Wirtschaftsordnungen im Wandel: Etappen wirtschaftlicher Gestaltung von 1917 bis zur Gegenwart.

ea) Vorbemerkung: Die Ideen Lenins zur Neuordnung der Wirtschaft nach dem Sieg der Revolution.

Kurz vor dem Umsturz vom Oktober (November) 1917 präzisiert Lenin seine Vorstellungen über die Gestaltung der Wirtschaft nach dem Sieg der sozialistischen Revolution.⁴⁾

Diese wird nach Lenin die Diktatur des Proletariats bringen und die Zerschlagung des 'unterdrückenden' Teils des Staatsapparats.⁵⁾ Erhalten bleiben und voll verstaatlicht werden muß jedoch nach seiner Meinung der bisher weitgehend dem Staat

1) Chruschtschow, N.S.: Referat... Über die Kontrollziffern...; a.a.O., S. 619/620.

2) Ebenda, S. 620. Und: O.V.: Programm der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (angenommen auf dem XXII. Parteitag der KPdSU - 17.-31.10.1961 -); in: O.V.: Programm und Statut der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Angenommen auf dem XXII. Parteitag der KPdSU Oktober 1961; Berlin 1961, S. 81.

3) Leonhard, Wolfgang: Kreml ohne Stalin; Köln 1959, S. 406/407.

4) Hauptsächlich in: Lenin, W.I.: Werden die Bolschewiki...; a.a.O., S. 72-121.

5) Ebenda, S. 88/89.

denende kapitalistische Apparat, der - den Kapitalisten ent-
 rissen - die Grundlage der neuen sozialistischen Wirtschaft
 bilden soll." Lenin denkt hierbei besonders an die Banken,
 die Syndikate, die Post, die Konsumgenossenschaften und die
 Angestelltenverbände, deren 'Apparate' wichtige organisator-
 ische Aufgaben für den neuen Staat leisten können. "Eine ein-
 heitliche Staatsbank allergrößten Umfangs mit Zweigstellen in
 jedem Amtsbezirk, bei jeder Fabrik - das ist schon zu neun
 Zehnteln ein sozialistischer Apparat. Das be-
 deutet eine gesamtstaatliche Buchführung, eine ge-
 samtstaatliche Rechnungsführung über die Pro-
 duktion und die Verteilung der Produkte, das ist sozusagen ei-
 ne Art G e r i p p e der sozialistischen Gesellschaft.²⁾

Die Sowjets sollen daneben die Wirtschaftsunternehmen zwangs-
 weise zu Verbänden unter der Kontrolle des Staates vereinigen,
 was einen neuen und unbürokratischen 'Staatsapparat' schaffen
 wird.³⁾

Die sozialistische Volkswirtschaft wird nach Lenin nach der Re-
 volution zentralistisch und nach einem Plan geführt werden und
 so ausgerichtet sein, daß Zentralismus und Planung den Interes-
 sen der Werktätigen und früher Ausgebeuteten dienen.⁴⁾

Die praktische Durchführung der Neugestaltung der Wirtschaft
 hat nach Lenin in jedem Falle unter der Leitung und ständigen
 Überwachung durch das herrschende Proletariat zu geschehen.
 Vom Kapitalismus ist nach seiner Meinung die wirtschaftliche
 Organisation so vereinfacht worden, daß eine Vielzahl von
 wirtschaftlichen Funktionen, 'Rechnungsführung, Kontrolle'
 von jedem lese- und schreibkundigen Menschen bewältigt wer-
 den kann.⁵⁾ Die sofort nach der Revolution zu Staatsangestell-
 ten zu erklärenden Angestellten der Banken, Syndikate, Handels-
 unternehmen etc. sollen mit diesen einfachen Tätigkeiten be-
 traut werden.⁶⁾

Außerdem soll nach Lenin unmittelbar nach dem Umsturz von

1) Lenin, W.I.: Werden die Bolschewiki...; a.a.O., S. 89.

2) Ebenda, S. 89/90.

3) Ebenda, S. 91.

4) Ebenda, S. 102.

5) Ebenda, S. 90.

6) Ebenda, S. 90.

klassenbewußten Arbeitern und Soldaten damit beginnen werden, die ganze arme Bevölkerung dazu heranzubilden, daß sie in die Lage versetzt wird, gewohnheitsmäßige tägliche Verwaltungsarbeit zu leisten.¹⁾

Zur Aufstellung des gesamtwirtschaftlichen Plans, zur Erforschung von Lenkungs- und Kontrollmethoden und zur Organisation der praktischen Wirtschaftsarbeit sind jedoch die geschulten Fachleute nicht zu entbehren. Da diese - nach Lenin - in ihrer Mehrzahl nicht freiwillig bereit sein werden, dem neuen Staat zu dienen, müssen sie dazu gezwungen werden (Einführung eines Arbeitsbuches für alle Reichen und Fachleute).²⁾ Daneben wird diese Minderheit einer so umfassenden Kontrolle ihrer Arbeitsleistung unterstellt werden, daß sie keine andere Möglichkeit haben wird, als gute Arbeit zu leisten.³⁾ Da der neue Staat andererseits in wachsendem Maße Fachleute aller Art brauchen wird, soll der Grundsatz der gleichen Entlohnung zunächst nicht angewandt werden: die Experten sollen eine überdurchschnittliche Bezahlung erhalten.⁴⁾

eb) Von der Oktoberrevolution bis zum Ende der Periode des Kriegskommunismus (November 1917 bis März 1921).⁵⁾

Dieser Zeitabschnitt ist gekennzeichnet durch eine Vielzahl von Versuchen, die Leistungsfähigkeit der russischen Wirtschaft im Interesse der inneren Stabilität des neuen Staates zu erhöhen. Die ordnungspolitischen Maßnahmen dieser Periode bleiben jedoch uneinheitlich:

Grundlagen zur Schaffung einer sozialistischen Wirtschaftsordnung bildeten die Verstaatlichung aller Banken, des Wassertransports, des Binnen- und Außenhandels und - sukzessive - der meisten industriellen Unternehmen. In die gleiche Richtung wirkte die Aufhebung des Privateigentums an Grund und Boden,

1) Lenin, W. I.: Werden die Bolschewiki...; a.a.O., S. 97.

2) Ebenda, S. 92/93.

3) Ebenda, S. 90/91.

4) Ebenda, S. 94.

5) Als Periode des Kriegskommunismus bezeichnet man die Zeit vom Ausbruch des Bürgerkrieges (Frühsommer 1918) bis zum Übergang zur 'Neuen Ökonomischen Politik' (März 1921).

der Ausschluß Privater von der Gewinnung von Bodenschätzen und die Förderung der Entstehung staatlicher und genossenschaftlicher Betriebsformen in der Landwirtschaft durch den Staat. Hauptkomitees sollten einzelne Sektoren der Wirtschaft in einer Teilplanung erfassen, der neugeschaffene Oberste Volkswirtschaftsrat war als zentrale Planungs- und Lenkungsinstitution vorgesehen.¹⁾ Der gegen Ende der Periode unternommene Versuch des Aufbaus einer arbeitsfähigen marktlosen Wirtschaftsorganisation bedeutete bereits eine Annäherung an das angestrebte kommunistische Endstadium.

Daneben war eine Vielzahl von wirtschaftspolitischen Maßnahmen lediglich darauf abgestellt, wirtschaftliche Augenblicksschwierigkeiten zu überbrücken.

Insgesamt gesehen ist es der Staatsführung in dieser Periode nicht gelungen, die Wirtschaft zu stabilisieren und eine wirkungsvolle sozialistische Wirtschaftsorganisation aufzubauen. Dieser Umstand wird von offizieller Seite auf die Blockade Rußlands, die ausländische Intervention und den Bürgerkrieg zurückgeführt.²⁾ Nach Meinung westlicher Experten sind jedoch die Unzulänglichkeiten der neuen Ordnungspolitik und die Widerstände der Bevölkerung gegen diese zur Erklärung mit heranzuziehen.³⁾

Als Fazit dieser Periode bleibt festzuhalten, daß es der neuen Herrschaftsgewalt gelang, sich trotz kaum zu bewältigender politischer und militärischer Schwierigkeiten zu behaupten. Auf wirtschaftlichem Gebiet führte der 'Kriegskommunismus' - dessen Lenkungssystem im wesentlichen nur auf dem Papier bestanden hatte⁴⁾ - zum beinahe vollständigen Zusammenbruch und mußte im Jahre 1921 durch eine neue Wirtschaftsordnungspolitik ersetzt werden, als der wirtschaftliche Verfall den Bestand des Sowjetstaates zu gefährden drohte.⁵⁾

1) Boettcher, Erik: Sowjetunion: Wirtschaft: Hauptphasen der wirtschaftlichen Entwicklung; in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Band 9, Göttingen 1956, S. 335/336. Und: Pollock, Friedrich: Die planwirtschaftlichen Versuche in der Sowjetunion 1917-1927; Leipzig 1929.

2) Akademie der Wissenschaften der UdSSR: Politische Ökonomie; deutsch nach der 3. russischen Ausgabe, Berlin 1960, S. 399.

3) Hierzu u.a.: Pollock, F.: Die planwirtschaftlichen Versuche...; a.a.O., S. 29-115. Baykov, Alexander: The Development of the Soviet Economic System; Cambridge 1946, S. 2-48. Prokopowicz, S.N.: Russlands Volkswirtschaft unter den Sowjets; Zürich 1944, S. 248-251.

4) Pollock, F.: Die planwirtschaftlichen Versuche...; a.a.O., S. 96.

5) Golikow, G.N.: Geschichte: Die Epoche des Sozialismus; in: Die

ec) Die Periode der 'Neuen Ökonomischen Politik'
- NEP - (1921 - 1928).

Angesichts des offenkundigen Mißerfolgs der Wirtschaftspolitik des 'Kriegskommunismus' beschloß der X.Parteitag der KPR(B) im März 1921, eine grundlegende Neuorientierung der Wirtschaftsordnungspolitik vorzunehmen.¹⁾ Die 'Kommandohöhen' der Wirtschaft sollten weiterhin in der Hand des proletarischen Staates bleiben,²⁾ einzelne Wirtschaftsbereiche jedoch der privaten 'kapitalistischen' Organisation für eine Übergangszeit vorbehalten werden.³⁾ Wichtig erscheint die Abkehr von dem Versuch, eine marktlose Wirtschaft aufzubauen.

Durch die teilweise Reprivatisierung der Wirtschaft sollte die private Initiative angeregt und damit die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft erhöht werden.⁴⁾

Hervortretendes Merkmal der Periode der 'Neuen Wirtschaftspolitik' ist zunächst eine relativ rasche Besserung der wirtschaftlichen Lage Sowjetrußlands und - bis Herbst 1923 - ein Vormarsch der Privatwirtschaft in fast allen Wirtschaftszweigen.⁵⁾ Gleichzeitig stagnierte die Entwicklung im staatlichen Sektor.⁶⁾

Die zahlreichen Versuche, eine befriedigende Leitung des staatlichen Wirtschaftsbereichs sowie eine von diesem ausgehende Lenkung der Gesamtwirtschaft zu erreichen, schlugen fehl.⁷⁾ Eines der Hindernisse blieb der private Sektor, der durch seine Eigengesetzmäßigkeit nicht befriedigend in eine Planung einzubeziehen war.⁸⁾

UdSSR, Enzyklopädie der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken. Deutsche Ausgabe, herausgegeben von W. Fickenscher; Leipzig 1959, S. 269/270.

1) O.V.: Die Kommunistische Partei der Sowjetunion (KPdSU); in: Die UdSSR, Enzyklopädie...; a.a.O., S. 326/327.

2) ... Politische Ökonomie; a.a.O., S. 401.

3) Ebenda, S. 388.

4) Bauermeister, M.: Die russische kommunistische Theorie und ihre Auswirkung in den Planwirtschaftsversuchen der Sowjetunion; Jena 1930, S. 89.

5) Pollock, F.: Die planwirtschaftlichen Versuche...; a.a.O., S. 142-147.

6) Prokopowicz, S. N.: Russlands Volkswirtschaft...; a.a.O., S. 78-83.

Und: Haensel, P.: Die Wirtschaftspolitik...; a.a.O., S. 99-232.

7) Pollock, F.: Die planwirtschaftlichen Versuche...; a.a.O., S. 184-232.

8) Boettcher, Erik: Die sowjetische Wirtschaftspolitik am Scheidewege; Tübingen 1959, S. 8.

Diese Tatsache veranlaßte den Staat mit dem Fortschreiten der NEP-Periode, die Vorteile seiner wirtschaftlichen Schlüsse - stellung auszunutzen und den Privatbereich allmählich zurückzudrängen. Als Inhaber des Rohstoff- und Kreditmonopols, als Träger der Steuer- und Preispolitik und mittels direkter Repressalien gelang es ihm, dieses Vorhaben auszuführen. Gleichzeitig wurden die staatlichen Wirtschaftseinheiten und die halbstaatlichen Genossenschaften vom Staat in vieler Hinsicht begünstigt.

ed) Die Periode der Fünfjahrespläne (1928 bis 1958).

Die wirtschaftspolitischen Maßnahmen des Staates zur Zurückdrängung des privaten Bereichs in der Wirtschaft Sowjetru - lands nach 1924 ließen erkennen, daß man in Kreisen der Staats- und Parteiführung die Zeit der 'Neuen Ökonomischen Politik' nur als eine Übergangsperiode ansah und keineswegs gewillt war, den privaten Kräften langfristig Expansionsmöglichkeiten ein - zuräumen.

Seit dem Jahre 1924 blieb die Frage über die zukünftige Wirt - schaftsordnung der UdSSR ein Gegenstand heftiger Debatten zwis - chen den Wirtschaftsexperten der KPdSU(B).¹⁾ Die Entscheidung fiel schließlich im Frühjahr 1929 auf der politischen Ebene zu - gunsten einer raschen Sozialisierung der gesamten Wirtschaft, eines forcierten Aufbaus der Produktionsgüterindustrie auf Ko - sten der Konsumgüterproduktion und zugunsten einer volkswirt - schaftlichen Gesamtplanung.²⁾

Hinter dieser Neuorientierung der Wirtschaftsordnungspolitik stand die Autorität des 1. Parteisekretärs Stalin, der es ver - standen hatte, die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der

1) Siehe hierzu eine ausführliche Darstellung der verschiede - nen Standpunkte bei: Erlich, Alexander: The Soviet Industria - lization Debate, 1924 - 1928; Cambridge/Mass. 1960.

2) Im Gosplanentwurf zum ersten Fünfjahresplan war vorgesehen, daß der Anteil des Konsums am Sozialprodukt im ersten Plan - jahrfünft absolut steigen, aber relativ leicht zurückgehen sollte. Im Verlauf der Planperiode erwiesen sich jedoch Plan - revisionen als nötig und diese erfolgten fast durchweg auf Kosten des Konsumanteils. Quelle: Dobb, Maurice: Soviet Economi - Development since 1917; London 1948, S. 235-237.

Staats- und Parteiführung zu nutzen und sich - unter Ausschaltung sämtlicher Konkurrenten - die vorher von ihm bekämpften Argumente der 'Superindustrialisierer' unter ihnen zu eigen zu machen. Deren Ideen setzte er in wesentlich verstärktem Maße in die Tat um, ohne in der mehrmals 'gesäuberten' Parteispitze auf Widerstand zu stoßen.¹⁾

Die neue Politik der raschen Industrialisierung der Sowjetunion hatte als Grundlage einen Fünfjahresplan, der die gesamte Wirtschaft erfassen und als Perspektivplan die "Entwicklungsgeschwindigkeiten der Hauptzweige der Wirtschaft und ihre Verknüpfung untereinander und mit dem Gesamttempo der sozialistischen Akkumulation im gegebenen Zeitabschnitt" präzisieren²⁾ sollte. Die Aufstellung des ersten wie aller weiteren Fünfjahrespläne erfolgte durch die - 1921 geschaffene - Staatsplankommission (Gosplan),³⁾ die nach langen planungstechnischen Vorarbeiten⁴⁾ im Jahre 1927 den Entwurf eines Volkswirtschaftsplans vorlegte, der 1929 in modifizierter Form⁵⁾ angenommen wurde und im selben Jahr in Kraft trat.

Eine zentrale Planung und Lenkung der gesamten Volkswirtschaft, wie sie die Fünfjahrespläne der Sowjetunion vorsahen, setzt eine vollständige Manipulierbarkeit sämtlicher Wirtschaftsbereiche und -faktoren durch die Planungsinstanzen voraus, die ihrerseits gut organisiert sein und über eine perfekte Planungstechnik verfügen müssen, wenn ein reibungsloses Funktionieren des gesamtwirtschaftlichen Prozesses erreicht werden soll.

Dem Ziel der Beherrschung sämtlicher Wirtschaftsbereiche und -faktoren diene nach 1928 eine Vielzahl wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und politischer Maßnahmen.⁶⁾

- 1) Hierzu u.a.: Reshetar, John S.: A Concise History of the Communist Party of the Soviet Union; New York 1960, S. 219-231.
- 2) Materialien der Zentralkommission für den Fünfjahresplan: Entwicklungsperspektiven der Volkswirtschaft der UdSSR für 1926/27-1930/31; Moskau 1927, S. 3. Zitiert bei: Pollock, F.: Die planwirtschaftlichen Versuche...; a.a.O., S. 270.
- 3) Baykov, A.: The Development...; a.a.O., S. 425.
- 4) Pollock, F.: Die planwirtschaftlichen Versuche...; a.a.O., S. 236-278.
- 5) Baykov, A.: The Development...; a.a.O., S. 153.
- 6) Da auf diese an späterer Stelle eingegangen werden wird, sollen im folgenden die einzelnen Maßnahmen nur erwähnt werden.

So wurde der Druck des Staates auf die Privatwirtschaft nach 1928 noch wesentlich verstärkt: Privatindustrie, -gewerbe und -handel wurden durch wirtschaftspolitische Aktionen des Staates allmählich zum Verschwinden gebracht,¹⁾ unter Zwang wurde die Kollektivierung der Landwirtschaft in schnellem Tempo gegen den teilweise heftigen Widerstand der Bauern²⁾ vorangetrieben. Obwohl Stalin im Frühjahr 1930 - in Anbetracht der drohenden Hungersnot durch die Massenschlachtungen von Vieh seitens der kollektivierungsunwilligen Privatbauern - die Freiwilligkeit des Beitritts zu Kolchosen offiziell betonte und sich das Kollektivierungstempo dadurch etwas verlangsamt, konnte die Sozialisierung der Landwirtschaft - nach einigen wirtschaftlichen Zugeständnissen an die Genossenschaftsbauern - um die Mitte der 1930er Jahre als erfolgreich abgeschlossen gelten.³⁾⁴⁾ Gleichzeitig wurde die Zahl der Staatsgüter und die von ihnen bebaute Fläche wesentlich erhöht und ihre maschinelle Ausrüstung verbessert.⁵⁾

Neben der Sozialisierung aller privaten Wirtschaftsbereiche trugen Reformen des Steuer- und Bankwesens, des Freissystems⁶⁾ sowie bedeutende Investitionen in der Grundstoff- und Schwerindustrie⁷⁾ und eine Forcierung der technischen Ausbildung⁸⁾ dazu bei, das wirtschaftspolitische Ziel eines beschleunigten Aufbaus der Basisindustrien zu erreichen und die Wirtschaft 'planbar' zu machen. In die gleiche Richtung wirkten die Reformen der Betriebsführung (Ein-Mann-Führung-und-Verantwortlichkeit:1930) und der Lohn- und Arbeitspolitik (Betonung des Leistungslohnes zur Produktivitätssteigerung; Bindung der Arbeiter an ihre Arbeitsplätze; Einführung von Arbeitsbüchern: 1938).⁹⁾

1) Bruhat, J.: Geschichte...; a.a.O., S.75/76.

2) Magidoff, Robert: The Kremlin vs. the People; New York 1953, S.152-154.

3) Dobb, M.: Soviet Economic Development...; a.a.O., S.246-249. Und: Prokopowicz, S.N.: Russlands Volkswirtschaft...; a.a.O., S.112-133.

4) Den Kolchosbauern und ihren Familien verblieb durchschnittlich einhalber Hektar Land zur privaten Nutzung und private Viehhaltung in beschränktem Umfang. Sie durften ihre privaten Erzeugnisse am freien Kolchosmarkt verkaufen.

5) Dobb, M.: Soviet Economic Development...; a.a.O., S.249-253.

6) Boettcher, E.: Hauptphasen...; a.a.O., S.337/338.

7) Dobb, M.: Soviet Economic Development...; a.a.O., S.236, 242/243, 254-257.

8) Ebenda, S.258.

9) Klocke, Helmut: Die Wirtschaft und ihre Entwicklung; in: Koch, Hans (Herausgeber): Sowjetbuch; Köln 1957, S.145.

Daneben sorgte die Umformung des politischen und gesellschaftlichen Systems der Sowjetunion für eine straffe Zentralisierung der Entscheidungsgewalt: Alternativen zu Anordnungen der Staats- und Parteiführung waren nicht mehr gegeben. So wurden die Gewerkschaften nach 1930 zum "aktiven Vollstrecker der Politik der Partei", ¹⁾ was besagte, daß sie von echten Vertretern ihrer Mitglieder zu Befehlsempfängern und -übermittlern gemacht wurden. ²⁾ Das Gleiche galt von den anderen 'Massenorganisationen' (Jugendverband etc.), die - nach Stalins Worten - die Aufgabe gestellt bekamen, als 'Transmissionen' und 'Hebel' die Anordnungen der 'lenkenden Kraft' (KPdSU) in die Praxis umzusetzen und ihre Ausführung zu überwachen. ³⁾

Der Einzelne wurde so in ein Kontrollsystem einbezogen, in dem er keine andere Möglichkeit fand, als sich mit den Gegebenheiten abzufinden und im Sinne des Willens der Staatsführung die ihm gestellten Aufgaben zu erfüllen. Materielle Anreize sollten daneben die Individuen vom bloßen Gehorsam zu aktiver Mitarbeit am wirtschaftlichen Aufbau bewegen. ⁴⁾

Mit der sich perfektionierenden Manipulierbarkeit der Wirtschaftsbereiche und -faktoren durch die Planungs- und Staatsinstanzen konnte die Organisation der Planung nicht Schritt halten. Die Technik der Planung wurde zwar seit 1928 trotz der auftretenden Bewertungsprobleme schrittweise nach der Erfahrung vervollkommenet, der Planungsablauf und der Instanzenweg der Pläne scheinen dagegen bis heute noch nicht die gewünschte Gestaltung gefunden zu haben, wie die sich mehrmals wiederholenden Reformen des Planungssystems vermuten lassen, die entweder auf eine Dezentralisierung oder eine Rezentralisierung der Planung hinausliefen. ⁵⁾

Trotz der beim Aufbau eines funktionsfähigen Planungssystems sich ergebenden Probleme und der Verluste an Sachwerten und

-
- 1) Pankratowa, A.M.: Geschichte der Gewerkschaftsbewegung in der UdSSR; Berlin 1956, S.19.
 - 2) Towster, Julian: Political Power in the USSR 1917 - 1947; New York 1948, S.28.
 - 3) Stalin, J.W.: Zu den Fragen des Leninismus; in: Stalin, J.W.: Fragen...; a.a.O., S.148.
 - 4) Baykov, A.: The Development...; a.a.O., S.226/227.
 - 5) Wedensky, Georg: Vierzig Jahre Organisation der UdSSR-Industrieverwaltung und ihre jüngste Reform; in: 'Sowjetstudien' Nr.4/1957; S.45 ff.

Menschenleben durch innen- und außenpolitische Umstände hat die Staats- und Parteiführung der UdSSR seit 1929 im großen Ganzen das von Stalin gesetzte Ziel der beschleunigten Industrialisierung und wirtschaftlichen Erschließung der Sowjetunion beibehalten und hierbei bedeutende, wenn auch mit vielen Opfern erkaufte Erfolge errungen.

II) Die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der UdSSR in der Gegenwart.

a) Die formale und die reale Macht im Staate.

aa) Die formale Herrschaftsgewalt in der Sowjetunion in ihren Grundzügen.

Gemäß der Verfassung der UdSSR¹⁾ leiten die Staatsorgane der Sowjetunion die Legitimation ihrer Herrschaft vom Volkswillen ab, der in den Entscheidungen der Wahlberechtigten zum Ausdruck kommt. Höchstes Organ der Staatsgewalt der UdSSR ist nach der Verfassung der 'Oberste Sowjet der UdSSR' (Artikel 30), der allein die gesetzgebende Gewalt ausübt (Art.32) und dessen beide Kammern (Art.33)²⁾ auf jeweils vier Jahre (Art.36) vom Volk "auf der Grundlage des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts in geheimer Abstimmung" gewählt werden (Art.134).³⁾

Der Oberste Sowjet der UdSSR wählt seinerseits sein Präsidium, das als 'kollegiales Staatsoberhaupt'⁴⁾ anzusehen und dem Obersten Sowjet der UdSSR verantwortlich ist (Art.48); daneben bestellt er den Ministerrat (die Regierung) der UdSSR (Art.56) der als höchstes Exekutivorgan der Staatsmacht der UdSSR (Art. 64) gleichfalls dem Obersten Sowjet der UdSSR bzw. dessen Präsidium⁵⁾ verantwortlich und rechenschaftspflichtig ist (Art.65).

1) Dieser Arbeit liegt die Verfassung von 1936, Stand vom 22.12.1960, zugrunde. Textquelle: Hazard, John N.: The Soviet System of Government; 2. Auflage, Chicago 1961, S.207-230.

2) 'Sowjet der Union' und 'Sowjet der Nationalitäten'.

3) Nach dem gleichen Abstimmungsmodus werden auch die Sowjets der unteren Verwaltungsebenen gewählt.

4) Lewin-Trainin: Sowjetstaatsrecht; Moskau 1948, S.357. Zitiert bei: Maurach, Reinhart: Handbuch der Sowjetverfassung; München 1955, S.193.

5) Diesem in der Zeit, in welcher der Oberste Sowjet nicht tagt (Art.65).

Das Präsidium des Obersten Sowjet der UdSSR ist von der Verfassung mit den Rechten eines starken Staatsoberhauptes ausgestattet (Art.49): neben den Funktionen der Staatsrepräsentation nach außen und der Verkörperung der Staatsspitze nach innen erfüllt es viele Aufgaben des Obersten Sowjets der UdSSR während dessen sitzungsfreier Zeit.¹⁾

Der Ministerrat der UdSSR leitet seine umfassenden exekutiven und administrativen Vollmachten (Art.66-69,72,73) vom Auftrag der Volksvertretung (Oberster Sowjet, ab. Der Umfang des sowjetischen Staatsapparates, der neben der Staats- auch die gesamte Wirtschaftsverwaltung umfaßt, macht den Ministerrat auch nach dem äußeren Staatsrecht²⁾ zum entscheidenden Vollzugsorgan der Staats- und Wirtschaftslenkung für das Gesamtgebiet der Sowjetunion.

ab) Die Schwäche der (nach der Verfassung) höchsten Staatsgewalten.

1) Der Oberste Sowjet der UdSSR

ist seiner tatsächlichen Funktion nach nicht in der Lage, seine verfassungsgemäße Macht als Zentrum der Herrschaftsgewalt auszuüben. Er tritt nur in größeren Abständen und auch dann nur für kurze Zeit zusammen.³⁾

In diesen Sitzungsperioden befaßt er sich hauptsächlich mit der Beratung und Verabschiedung von Gesetzen. Da sowohl der Ministerrat⁴⁾ als auch das Präsidium des Obersten Sowjets die Befugnis haben, Rechtsverordnungen zu erlassen, die zwar formal keine Gesetze sind, wohl aber materielle Gesetzgebungsakte darstellen,⁵⁾ ist die gesetzgeberische Tätigkeit des Obersten

1) Siehe hierzu den Kommentar zum Artikel 49 in: Maurach, R.: Handbuch...; a.a.O., S.196-205.

2) Unter 'äußerem Staatsrecht' versteht Maurach (a.a.O., S.18-20) das Staatsverfassungsrecht, die formal gültigen Normen des Staatsrechts.

3) Der 'Report of the Committee on Government Operations' des Senats der USA registriert in einer Studie über 'National Policy Machinery in the Soviet Union' (Washington 1960, S.31) für die Zeit von Juni 1950 bis Oktober 1959 nur 15 Arbeitssitzungen mit insgesamt 69 Arbeitstagen.

4) Allein oder gemeinsam mit dem Zk der KPdSU.

5) Maurach, R.: Handbuch...; a.a.O., S.171-173.

Sowjets der UdSSR weitgehend auf die nachträgliche bloße Bestätigung dieser 'vorweggenommenen Gesetzgebungsakte'¹⁾ beschränkt.

Auch die Wahl seines Präsidiums und die Bestellung des Ministerrats gibt dem Obersten Sowjet nur eine scheinbare Macht: für beide Gremien werden von der Führung der KPdSU über einen ausgewählten Delegierten die der Partei genehmen Personen vorgeschlagen, die dann der Oberste Sowjet durch Akklamation und einstimmig 'wählt'.²⁾

Diese fast völlige Beschneidung seiner verfassungsmäßigen Rechte macht den Obersten Sowjet zu einem rein repräsentativen Zustimmungsgremium ohne wirkliche Eigeninitiative und Macht im Staat.

2) Das Präsidium des Obersten Sowjets,

nach der Verfassung ein starkes Staatsoberhaupt, hat trotz seiner effektiven Rechtsetzungsbefugnis³⁾ eine schwache und unselbständige Stellung gegenüber dem Willenszentrum der Kommunistischen Partei und verhält sich passiv gegenüber der Sowjetexekutive (Ministerrat).⁴⁾ Es bildet in praxi eine lediglich dekorative Staatsspitze ohne politisch bedeutsamen Einfluß.

3) Der Ministerrat der UdSSR

hat eine tatsächliche Machtstellung, die über seine verfassungsmäßig festgelegte hinausgeht. Neben seine umfassenden Befugnisse in der Staats- und Wirtschaftsverwaltung treten legislative Funktionen,⁵⁾ deren Verbindung ihn ins Zentrum der staatlichen Macht in der Sowjetunion stellt. Diese überragende Herrschaftsposition des Ministerrats und seiner - in der Verfassung nicht erwähnten - Spitzeninstitution, dem Präsidium des Ministerrats, ist ihm jedoch nicht als selbständiger Teil des Staatsapparats zugewachsen. Er verdankt sie der in ihm verkörperten Verschmelzung von Staats- und Parteiführung, auf die im folgenden einzugehen sein wird.

1) Maurach, R.: Handbuch...; a.a.O., S. 173.

2) Grottian, Walter: Das sowjetische Regierungssystem - Leitfaden Köln 1956, S. 153/154.

3) Maurach, R.: Handbuch...; a.a.O., S. 173.

4) Ebenda, S. 193/194.

5) Ebenda, S. 221/222.

ac) Die Kommunistische Partei der Sowjetunion als die führende Kraft des Sowjetstaats.¹⁾

Bereits die Verfassung der UdSSR gibt einen Hinweis auf die Bedeutung der KPdSU als der tatsächlichen Herrschaftsgewalt im Staate.

So bestimmt Artikel 141, daß das Recht der Nominierung von Wahlkandidaten nur gesellschaftlichen Organisationen zusteht, wobei ausdrücklich hierunter die Organe der Kommunistischen Partei, die Gewerkschaften, Genossenschaften, Jugendverbände und kulturellen Vereinigungen verstanden werden.

Die Möglichkeit, daß jede dieser Organisationen eigene Kandidaten benennt und die endgültige Entscheidung über die Vertretung der Bevölkerung in den Parlamenten den Wählern überlassen bleibt, besteht nicht: einmal sieht die Verfassung in ihrem Artikel 126 vor, daß "die Kommunistische Partei...den leitenden Kern aller Organisationen der Werktätigen...bildet"; schon aus Gründen der Parteidisziplin²⁾ erscheint eine Fronde gegen die -überdies noch von der Parteiführung bestätigten³⁾ - Kandidaten der KPdSU unmöglich. Zum andern ist es in der Sowjetunion üblich, daß in jedem Wahlbezirk jeweils nur ein Kandidat registriert wird, den die Wähler (auf von der KPdSU einberufenen und kontrollierten Wahlversammlungen⁴⁾) akzeptieren oder ablehnen können.⁵⁾

Die logische Folge dieses Wahlverfahrens ist es, daß praktisch dem Wahlvorschlag der KPdSU in jedem Falle gefolgt wird. Das besagt, daß der Oberste Sowjet der UdSSR, sein Präsidium sowie der von ihm bestellte Ministerrat nur aus Personen gebildet werden, die als Parteimitglieder oder Parteilose das Vertrauen der Kommunistischen Partei genießen und von ihr für die betreffenden Positionen ausgewählt wurden.

- 1) Titel eines Redaktionsbeitrages in der Zeitschrift 'Sowjetskoje Gosudarstwo i Prawo', Moskau, Nr. 8/1955; übersetzt und abgedruckt in: 'Ostprobleme', Nr. 4/1956, S. 119-122.
- 2) Siehe hierzu die Artikel 2, 9, 19 und 21 des Statuts der KPdSU von 1961. Nach der Textwiedergabe des Parteistatuts in: O.V.: Programm und Statut der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Angenommen auf dem XXII. Parteitag der KPdSU Oktober 1961; Berlin 1961, S. 136/137, 139/140 und 142.
- 3) Grottian, W.: ...Regierungssystem; a.a.O., S. 151.
- 4) Maurach, R.: Handbuch...; a.a.O., S. 414.
- 5) Lewin-Trainin: Sowjetstaatsrecht; a.a.O., S. 325. Zitiert bei Maurach, R.: Handbuch...; a.a.O., S. 414.

Ein weiteres Anzeichen für das Primat des 'inneren Staatsrechts'¹⁾ in der Sowjetunion sind die hierdurch möglichen Einflußnahmen der KPdSU auf "die tatsächliche Lenkung des staatlichen und wirtschaftlichen Machtapparates."²⁾ Diese geschehen u.a.:³⁾

- (1) durch die unmittelbare Mitwirkung der Partei in der staatlichen Gesetzgebung;⁴⁾
- (2) "durch das Recht der Parteidiinststellen auf unmittelbare Anweisung an die Organe der Staatsgewalt und wirtschaftlichen Behörden;"
- (3) durch die Personalunion von Partei- und Staatsfunktionären, hauptsächlich in der staatlichen Verwaltungshierarchie;
- (4) durch Ämterbesetzungen in Regierung, Verwaltung und Wirtschaft aufgrund von Anordnungen der Partei;
- (5) durch die Parteiorganisationen, die sich in allen gesellschaftlichen Institutionen der Sowjetunion, von den Ministerien bis zur Wehrmacht und Polizei, von den Universitäten bis zu Kolchosen und Einzelhandelsgeschäften, finden und dort zur Überwachung aller administrativen und exekutiven Tätigkeiten der jeweiligen Verwaltungen und Leitungen eingesetzt sind.⁵⁾

Die KPdSU als 'lenkende Kraft' der Sowjetunion bedient sich der Staatsorgane und gesellschaftlichen Massenorganisationen als 'Transmissionen',⁶⁾ um eine Politik zu verwirklichen, die "alle Lebensbereiche der sozialistischen Sowjetgesellschaft" umfaßt und die "Lebensgrundlage der Sowjetordnung, des Sowjet-

-
- 1) Hierunter versteht Maurach (siehe ebenda, S.19) im Gegensatz zum 'äußeren Staatsrecht' (Hierzu siehe oben S.230, Fußnote 2) das Recht der Partei, das - als Parteigewohnheitsrecht - auf dem Führungsanspruch der Parteileitung basiert und bestimmte 'Kraftübertragungen' von der Partei auf den Staatsapparat vorsieht.
 - 2) Klinge, Wolfgang: Im Räderwerk der Sowjet-Planwirtschaft; Pfaffenhofen/Illm 1957, S.73.
 - 3) Ebenda, S.73.
 - 4) Diese Mitwirkung geschieht nicht nur durch Beeinflussung der entsprechenden Staatsorgane durch die Partei, sondern die Parteispitze "ist stets auch formell und nach außen erkennbar als Gesetzgeber aufgetreten." Quelle: Maurach, R.: Handbuch...; a.a.O., S.172/173.
 - 5) Quelle: ...National Policy Machinery...; a.a.O., S.6.
 - 6) Stalin, J.W.: Zu den Fragen...; a.a.O., S.148.

staates und des Sowjetrechts" darstellt.¹⁾

"Die Partei arbeitet die allgemeine politische Linie aus. Sie koordiniert die Arbeit der Machtorgane, des Gerichts und der Verwaltung, lenkt ihre Tätigkeit, steht dank ihrer großen Autorität und ihrer außerordentlich reichen Arbeitserfahrung an der Spitze aller staatlichen und gesellschaftlichen Organisationen und verwirklicht hart und unnachgiebig ihre Generallinie."²⁾

"Die Einheit der Kommunistischen Partei und des Sowjetstaates... bedeutet jedoch nicht ihre Identität...Der Staat ist der offizielle Vertreter der sozialistischen Gesellschaft,...(er erfüllt)...die Funktionen der wirtschaftsorganisatorischen und kulturell-erzieherischen Arbeit, den Schutz des sozialistischen Eigentums und die Organisation der Landesverteidigung nach außen...Die Kommunistische Partei...(dagegen steht über dem Staatsapparat),...lenkt die Tätigkeit (seiner Organe),...vereinigt und koordiniert...,prüft und kontrolliert...ihre Arbeit."³⁾

ad) Der 'zentrale Wille' innerhalb der KPdSU und der gesamten Sowjetunion.

Nachdem wir die Kommunistische Partei als die führende, staatstragende Kraft in der UdSSR erkannt haben, bleibt noch zu untersuchen, welche Institution die Macht innerhalb der KPdSU ausübt und damit alle Macht in der Sowjetunion auf sich vereinigt.

Nach dem Parteistatut von 1961⁴⁾ ist der Parteitag das oberste Organ der KPdSU (Artikel 31).⁵⁾ Trotz seiner weitreichenden

1) Aus einem Leitartikel der Zeitschrift 'Sowjetskoje Gosudarstwo i Prawo': Unter Führung der Kommunistischen Partei für die weitere Festigung des sozialistischen Sowjetstaates; Moskau Nr. 8/1957. Übersetzt und abgedruckt in: 'Ostprobleme', Nr. 28/1957, S. 989.

2) Ebenda, S. 990.

3) Redaktionsbeitrag in der Zeitschrift 'Sowjetskoje Gosudarstwo i Prawo', Moskau, Nr. 8/1955: Die Kommunistische Partei...; a.a.O., S. 119-122.

4) Statut der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Angenommen auf dem XXII. Parteitag der KPdSU Oktober 1961; in: C.V.: Programm und Statut...; a.a.O., S. 135-157.

5) Ebenda, S. 146.

Vollmachten (Art. 35¹⁾ hat er in prakt. seit 1918 nur die Funktion eines Zustimmungsorgans zu Beschlüssen und Entscheidungen der Parteiführung. Dies geht schon aus der Tatsache hervor, daß er ein Massengremium ist und zu ordentlichen Sitzungen nur alle drei bis vier Jahre für kurze Zeit zusammentritt.

Für die sitzungsfreie Zeit hat ein vom Parteitag zu wählendes 'Zentralkomitee der KPdSU' (Zk) (Art. 33d) die laufenden Geschäfte zu führen und die gesamte Arbeit der Partei zu leiten (Art. 35).³⁾ Dieses Zentralkomitee, das mindestens einmal in sechs Monaten zu einer Vollsitzung zusammentritt (Art. 38) und zur Zeit über 170 Mitglieder hat,⁴⁾ ist wegen seiner nicht permanenten Arbeit und seines personellen Umfangs - trotz der politischen Ranghöhe seiner Mitglieder und seiner weitreichenden Vollmachten (Art. 35, 36, 39, 40) - nicht als das maßgebende Führungsgremium anzusehen. Eine Wertung seiner bisherigen Aktivität bestätigt dieses Urteil.⁵⁾

Die Herrschaftsspitze der UdSSR ist in Institutionen zu suchen, die als Organe der laufenden Geschäftsführung vom Zentralkomitee gebildet werden und dessen Spitzenfunktionäre enthalten. Es sind dies: das 'Präsidium des Zk der KPdSU', das 'Sekretariat des Zk' und das 'Komitee für Parteikontrolle'.⁶⁾

Das 'Präsidium' leistet die Arbeit des Zentralkomitees während dessen sitzungsfreier Zeit (Art. 39)⁷⁾ und ist als die höchste Parteinstanz anzusehen. Das 'Sekretariat' ist mit der Durchführung der Parteibeschlüsse und der Auslese der Kader zwischen den Vollsitzungen des Zentralkomitees beauftragt, welche

-
- 1) Unter anderem beschließt er über Änderungen des Programms und des Statuts der Partei, bestimmt ihre taktische Linie in den Grundfragen der laufenden Politik und wählt das Zentralkomitee der KPdSU und die Zentrale Revisionskommission. Quelle: Ebenda, S. 147.
 - 2) Mit 4800 Delegierten auf dem XXII. Parteitag 1961. Quelle: Meissner, Boris: Der XXII. Parteikongreß der Kommunistischen Partei der Sowjetunion: Parteiführung und Parteiorganisation; in: 'Osteuropa', Nr. 1, 2/1962, S. 3.
 - 3) O.V.: Programm und Statut...; a.a.O., S. 147.
 - 4) Stand nach der Wahl vom 30.10.1961: 175 Mitglieder, daneben 155 Kandidaten. Quelle: Meissner, B.: ... Parteiführung und Parteiorganisation; a.a.O., S. 14.
 - 5) Quelle: ... National Policy Machinery...; a.a.O., S. 12.
 - 6) Seit dem XXII. Parteitag 1961: Präsidium: 11 Vollmitglieder, 5 Kandidaten; Sekretariat: 9 Mitglieder; Komitee für Parteikontrolle: nur 2 Mitglieder bekannt. Quelle: Meissner, B.: ... Parteiführung und Parteiorganisation; a.a.O., S. 17-21.
 - 7) O.V.: Programm und Statut...; a.a.O., S. 147.

Aufgabe das Sekretariat zur mächtigsten Parteilinstanz macht. Das 'Komitee für Parteikontrolle' befaßt sich mit Fragen der Parteidisziplin (Art.40a).¹⁾

Vereinfachend könnte man sagen, "das Parteipräsidium arbeite die Richtlinien der Politik aus, während das Sekretariat als das Leitungsorgan des umfangreichen Apparates des Zentralkomitees mit seinen zahlreichen Abteilungen in der alltäglichen Arbeit die Verwirklichung der politischen Richtlinien überwacht."²⁾ Eine Untersuchung, inwieweit in der Gegenwart die Machtpositionen zwischen Präsidium und Sekretariat verteilt sind, erübrigt sich in Anbetracht der gegenwärtigen personellen Besetzung beider Gremien: vier Mitglieder des Präsidiums sind gleichzeitig Sekretäre des Zentralkomitees, ein weiteres Präsidiumsmitglied ist Vorsitzender des Komitees für Parteikontrolle.³⁾

In der Hand dieser Funktionäre, die bei der Bestimmung der Richtlinien der Politik im Präsidium mitwirken und daneben die machtpolitisch wichtige Kontrolle über die Parteiorganisation im Lande und deren Spitzen haben, dürfte zur Zeit die größte Machtfülle in der UdSSR liegen.

Unbestreitbar mächtigster Mann in der Sowjetunion ist aus ihrer Mitte N.S.Chruschtschow, der Mitglied des Präsidiums des Zentralkomitees, 1. Sekretär des Zentralkomitees, Vorsitzender des Zentralkomitee-Büros für die Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik und gleichzeitig Vorsitzender des Präsidiums des Ministerrats (Ministerpräsident) ist.⁴⁾⁵⁾

1) Quelle: ...National Policy Machinery...; a.a.O., S.15.

2) Hamm, Harry: Chruschtschow unterstreicht das weltrevolutionäre Konzept; in: 'Frankfurter Allgemeine' vom 2.11.1961, S.2.

3) Meissner, B.: ...Parteiführung und Parteiorganisation; a.a.O., S.17.

4) Ebenda, S.17.

5) Ebenfalls im Präsidium des Zentralkomitees der KPdSU und des Ministerrats befinden sich zwei weitere Spitzenfunktionäre der Partei. Ihre politische Macht ist jedoch wegen ihrer fehlenden Einwirkungsmöglichkeit auf die Unterinstanzen der Parteiorganisation über das Sekretariat nicht so hoch wie die der anderen fünf Doppelmitglieder einzuschätzen.

b) Die zentralgeleitete Wirtschaft:
genereller Überblick.

ba) Die Grundlagen.

Die Staats- und Parteiführung der Sowjetunion beschränkt ihre Herrschaft nicht auf den politischen Bereich. Durch ihre Einflußnahme auf alle Sektoren und Funktionen der Wirtschaft strebt sie die Realisierung ihrer Grundidee an: die Erreichung des gesellschaftlichen Stadiums des Kommunismus. Die Form der staatlichen Wirtschaftspolitik ist die zentrale Lenkung der Gesamtwirtschaft, gestützt auf die politischen Machtmittel des Staates.

Grundlage der zentralen Wirtschaftslenkung ist die fast vollständige Sozialisierung der Wirtschaft, die eine hinreichende Manipulierbarkeit aller Wirtschaftseinheiten ermöglicht; ihr Mittel sind die staatlichen Volkswirtschaftspläne¹⁾ mit Vollzugsverbindlichkeit, durch die das Wirtschaftsleben der UdSSR bestimmt und gelenkt wird.²⁾

Ein wesentliches Merkmal der sowjetischen Planwirtschaft ist das bisher festzustellende Fehlen einer langfristig effizienten Organisation des Lenkungs- und Planungsapparates. Die nach 40 Jahren des Experimentierens³⁾ im Jahre 1957 erfolgte Reform des Planungssystems, die die überzentralisierte Wirtschaftsleitung der Branchenministerien mit ihrer mangelhaften Koordination⁴⁾ ersetzt, durch eine dezentralisierte Wirtschaftsverwaltung mit weiterhin zentralisiertem Befehlsapparat,⁵⁾ erwies sich trotz mancher Vorteile⁶⁾ nicht als voll be-

1) In der Sowjetwirtschaft wird unterschieden zwischen 'Perspektivplanen', die die Hauptlinie der wirtschaftlichen Entwicklung für mehrere Jahre festlegen, und 'laufenden Plänen', die als Teile der Perspektivpläne wirtschaftliche Aufgaben für kürzere Zeiträume detailliert enthalten. Quelle: ... Politische Ökonomie; a.a.O., S. 552/553.

2) Siehe hierzu den Artikel 11 der Verfassung.

3) Wedensky, G.: Vierzig Jahre ...; a.a.O., S. 45 ff.

4) Boettcher, E.: ... Wirtschaftspolitik ...; a.a.O., S. 166-174.

5) Das Staatsgebiet der Sowjetunion wurde in zunächst 105, später 100 Wirtschaftsverwaltungsgebiete aufgeteilt, an deren Spitze Volkswirtschaftsräte (Gosplanrosen) gestellt wurden. Diese hatten die Aufgabe der operativen Leitung der Wirtschaft ihres Gebiets. Sie erhielten Planaufträge von den Planbehörden der Union, unter die der Republiken und verteilten diese auf die einzelnen Betriebe ihres Bereichs. Ihre Bindung an die politische Leitungshierarchie sollte der Überwachung ihrer Aktivität dienen.

6) Größere Proximität des Leitungsorgans, kürzerer Instanzenweg,

friedigende Lösung des Lenkungsproblems.¹⁾ Seit dem Jahre 1960 versucht die Staatsführung der UdSSR, unter Beibehaltung der Zentralisierung der grundlegenden wirtschaftlichen Entscheidungen, die 'operative Leitung' der Volkswirtschaft weiterhin zu dezentralisieren und in der Planung und zur Koordinierung der unteren Lenkungsinstanzen mit wirtschaftlichen Großräumen²⁾ zu arbeiten.

bb) Institutionen der Wirtschaftslenkung.³⁾

1) Der Ministerrat der UdSSR und sein Präsidium.

Zum Verständnis der Position, die der Ministerrat der UdSSR auf wirtschaftlichem Gebiet innehat, kann die Erläuterung der wirtschaftlichen Funktionen seiner Mitglieder wesentlich beitragen.

Ihm gehören u.a. an:⁴⁾

Der Vorsitzende sowie die Spitzenfunktionäre der zentralen Behörde für die laufende Planung (Gosplan UdSSR);

der Vorsitzende der für die langfristige Planung zuständigen Behörde (Gosekonomsozjet);⁵⁾

die Vorsitzenden von Staats- und sonstigen Komitees, die wichtige beratende, ausführende und kontrollierende Aufgaben bei der Durchführung der zentralen Wirtschaftslenkung haben;⁶⁾

bessere Ausnutzung der regionalen Möglichkeiten (räumliche Koordination, regionale Rohstoffversorgung, Wirtschaftsleitung ohne Einbeziehung der schwerfälligen Ministerialbürokratie etc.). Quelle: Klocke, Helmut: Das System der zentralen Verwaltungswirtschaft in der Sowjetunion; in: Jahn, Georg und v. Bissing, W.M. (Herausgeber): Die Wirtschaftssysteme der Staaten Osteuropas und der Volksrepublik China; 1. Band, Berlin 1961, S. 177/178.

1) Hier ist besonders der 'Lokalpatriotismus' der Volkswirtschaftsräte zu nennen, der ähnlich wie der frühere 'Ministerialegoismus' zu volkswirtschaftlichen Verlusten führte. Quelle: Boettcher, E.: ... Wirtschaftspolitik...; a.a.O., S. 189/190.

2) Siehe hierzu unten die Ausführungen über die 'Republikanischen Volkswirtschaftsräte' (S. 244/245) und über die Wirtschaftsgroßräume und ihre Wirtschaftsräte (S. 245).

3) Stand vom Sommer 1961.

4) Aufgeführt sind in obiger Darstellung nur die Vertreter der für die Wirtschaftslenkung wichtigen Bereiche. Nach einer ergänzenden Übersicht in: ... National Policy Machinery...; a.a.O., S. 34.

5) Staatlicher Wissenschaftlich-Wirtschaftlicher Rat.

6) Die Vorsitzenden des Rates der Staatsbank, der Zentralverwaltung für Statistik, der Zentralen Kommission für Staatskontrolle, der Staatskomitees für Automation und Maschinen-

die Minister für Außenhandel, Mittleren Maschinenbau, Eisenbahnen, Seeflotte, Bau von Kraftwerken und Verkehrseinrichtungen (Allunions-Ministerien);¹⁾

die Minister für Landwirtschaft, Post- und Fernmeldewesen, Finanzen, Höhere und Spezialausbildung (Unions-Republik-Ministerien);

die Vorsitzenden der Ministerräte der 15 Unionsrepubliken.

Die vorstehende Aufstellung zeigt, daß die Spitzenvertreter des 'wirtschaftlichen und technischen Sachverstands' den Kern des Ministerrats der UdSSR bilden. In ihrer Hand und der ihrer Behörden liegen praktisch alle leitenden Aufgaben bei der zentralen Lenkung der Volkswirtschaft der Sowjetunion: Planung, Beratung, Planausführung, Plankoordination und Plankontrolle werden entweder direkt von ihnen ausgeübt oder obliegen den ihnen unterstellten und verantwortlichen Unterinstanzen.

Die oberste Spitze des zentralisierten Wirtschaftsapparates ist jedoch in der Sowjetunion nicht im Ministerrat zu suchen. Mit seinen über 60 Mitgliedern²⁾ und den zwangsläufig nicht immer miteinander harmonisierenden Interessen der in ihm vertretenen Institutionen kann er nicht mehr sein als ein 'wirtschaftlicher Generalstab', der nach Weisungen tätig wird.

Als oberste Lenkungsinstanz für die gesamte Volkswirtschaft der UdSSR ist vielmehr das Präsidium des Ministerrats der UdSSR und sein Vorsitzender anzusehen. Diese Machtposition eines Organs des Staatsapparates schmälert nicht den der KPdSU nach dem 'inneren Staatsrecht' zukommenden Führungsanspruch: die faktische personelle Identität der obersten Parteiführung mit dem Präsidium des Ministerrats stellt sicher, daß dieses Organ lediglich den Parteiwillen auf den Staatsapparat überträgt und in die Verwaltungspraxis umsetzt.

bau, Baufragen, Arbeit und Löhne, Erziehungsfragen, Wissenschaft und Technologie, Flugtechnik, Chemie, Getreideprodukte, Schiffbau.

1) Die Bezeichnung 'Allunions-Ministerien' besagt, daß diese Ministerien nur für die Gesamtunion bestehen und keine gleichnamigen Ministerien in den einzelnen Unionsrepubliken vorhanden sind. Dagegen versteht man unter 'Unions-Republik-Ministerien' solche, die sowohl in der Gesamtunion als auch in jeder Unionsrepublik bestehen. Quelle: Maurach, R.: Handbuch...; a.a.O., S. 231/232.

2) Im Dezember 1954 bestand er (einschließlich Präsidium) aus 65 Personen. Quelle: ... National Policy Machinery...; a.a.O., S. 34.

Das Präsidium des Ministerrats als Spitze des zentralisierten wirtschaftlichen Befehlsapparats behauptet seine führende Position durch zwei wesentliche - ihm vom Parteiwillen delegierte - Kompetenzen:

(1) Es legt die allgemeinen Richtlinien für die wirtschaftliche Entwicklung der Sowjetunion vor Beginn einer neuen Planperiode fest, wobei es durch den im Ministerrat vertretenen 'wirtschaftlichen und technischen Sachverstand' hinsichtlich der gegebenen Möglichkeiten beraten wird, sich die endgültigen Entscheidungen jedoch vorbehält.

Die Richtlinien umfassen u.a. die Fixierung¹⁾ der planmäßigen Auflagen zur Produktionssteigerung in Industrie und Landwirtschaft,

des vorgesehenen Investitionsniveaus und der Prioritäten, der Ausgaben für militärische Zwecke,

der Konsumgüterproduktion und ihres Verhältnisses zur Produktion von Investitionsgütern,

der Produktionsauflagen für einige wichtige Grundprodukte.

(2) Es hat die Befugnis, die im Ministerrat vertretenen Institutionen durch Anweisungen an die von ihm verkündeten Richtlinien zu binden, ihre Arbeit zu überwachen und zu koordinieren, ihre Anordnungen seiner vorherigen Genehmigung zu unterwerfen und bei wesentlichen Mängeln ihrer Arbeit ihre Repräsentanten im Ministerrat zur Verantwortung zu ziehen.

Diese Machtfülle in den Händen der Mitglieder des Präsidiums des Ministerrats der UdSSR - und damit der höchsten Funktionäre der KPdSU - ist zu berücksichtigen, wenn die Funktionen der übrigen Lenkungsinstanzen der sowjetischen Wirtschaft zu behandeln sind. In deren Vertretung im Ministerrat der UdSSR offenbart sich gleichzeitig ihre relative Bedeutung für die Wirtschaftslenkung im Sowjetstaat und ihre absolute Abhängigkeit vom zentralen Willen der Parteiführung.

1) Folgendes nach: Campbell, Robert W.: Soviet Economic Power; Cambridge/Mass. 1960, S. 94. Und: Boettcher, E.: ...Wirtschaftspolitik...; a.a.O., S. 9.

2) Die obersten Planinstanzen.

2.1 Das 'Staatliche Plankomitee des Ministerrats der UdSSR (Gosplan UdSSR)',¹⁾

ist mit seinem umfangreichen Planungsapparat²⁾ das oberste Fachorgan der Sowjetunion für die laufende Planung.³⁾ Es berät das Präsidium des Ministerrats bei der Formulierung der generellen wirtschaftlichen Entwicklungsrichtlinien, die dann die Ausgangsposition für seine planerische Arbeit bilden.⁴⁾

Der Gosplan UdSSR hat⁵⁾

- unter Berücksichtigung der Errungenschaften von Wissenschaft und Technik - die laufenden Pläne für die Gesamtwirtschaft und für die einzelnen Wirtschaftszweige auszuarbeiten; den Gesamtplan nach den wichtigsten Kategorien des Gesamtwirtschaftsprozesses (Produktion, Finanzen, Investitionen, Arbeit, Technik etc.) aufzuschlüsseln, wobei die richtige Verteilung der Produktivkräfte im Lande und die proportionale Entwicklung aller Zweige der Volkswirtschaft gewährleistet sein soll; Kontrollbefugnisse im Hinblick auf die Plandurchführung und Weisungsbefugnisse gegenüber den ihm unterstellten Behörden auszuüben, deren Anordnungen von ihm revidiert werden können, wenn sie gesamtwirtschaftlichen Interessen zuwiderlaufen.⁶⁾

Die vom Gosplan UdSSR ausgearbeiteten 'Kontrollziffern' für die Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR in der kommen-

-
- 1) Dieses ist hervorgegangen aus der 1921 gebildeten Staatsplankommission, die seither mehrmals umorganisiert und mit unterschiedlichen Vollmachten betraut worden ist.
 - 2) Details siehe: ...National Policy Machinery...; a.a.O., S. 53/54.
 - 3) Die ihm im Zuge der Planungsreform von 1957 gestellte Aufgabe, auch für die Perspektivplanung Sorge zu tragen, ist 1960 dem 'Staatlichen Wissenschaftlich-Wirtschaftlichen Rat' übertragen worden. Quelle: Klocke, H.: Das System...; a.a.O., S. 180.
 - 4) O.V.: Les Méthodes Actuelles Soviétiques de Planification; in: Braudel, F. und Perroux, F. (Herausgeber der Reihe): Economies des Démocraties Populaires; Paris 1959, S. 18/19.
 - 5) Folgendes nach: Bettelheim, Charles: Sowjetunion: Verfassung: Wirtschaftsverfassung; in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Band 9: a.a.O., S. 332/333. Und: Artikel 18 des Reformgesetzes vom 10.5.1957. Textwiedergabe bei: Klinge, W.: Im Räderwerk...; a.a.O., S. 40. Die seit 1960 eingetretenen Veränderungen in den Aufgaben des Gosplan wurden im Text berücksichtigt.
 - 6) Boettcher, E.: ...Wirtschaftspolitik...; a.a.O., S. 184.

den Planperiode sind vom Ministerrat (in praxi von dessen Präsidium und der Führung der KPdSU) zu genehmigen. Durch ihre formale Bestätigung durch den Obersten Sowjet der UdSSR erhalten sie schließlich Gesetzeskraft.¹⁾

Der bestätigte Gesamtwirtschaftsplan wird vom Gosplan UdSSR - in den für sie wichtigen Teilen - an die ihm unterstellten Plankomitees der Republiken (Gosplanbehörden der Republiken) weitergereicht, die bereits bei der Planerstellung mitgewirkt haben.²⁾ Diese geben die Auflagen des Plans an die Behörden der Wirtschaftsexekutive auf Republikebene weiter, ferner an die ihnen untergeordneten Plankommissionen der Gaue und Gebiete, die die entsprechenden Plandaten den Wirtschaftsorganisationen ihrer Ebene vermitteln.³⁾

2.2 Der 'Staatliche Wissenschaftlich-Wirtschaftliche Rat (Gosekonomsowjet)'

ist seit Sommer 1960 mit der Aufgabe der Perspektivplanung betraut.⁴⁾ Über die Abgrenzung seines Arbeitsbereichs gegenüber dem des Gosplan UdSSR liegen noch keine eindeutigen Aussagen vor,⁵⁾ so daß zum Beispiel nicht klar ist, ob die Erstellung der Fünf- bzw. Siebenjahrespläne zu den Aufgaben des Gosplan oder des Gosekonomsowjet gehört.⁶⁾ Fest steht bisher lediglich, daß letztere Behörde die langfristige Planung (15 - 20 Jahre) nur auf Unionsebene übernimmt. Das wirft die Frage auf, ob die Gosplanbehörden der Republiken weiterhin für die kurz-, mittel- und langfristige Planung ihres Bereichs zuständig bleiben sollen.⁷⁾

3) Der zentrale Kontrollapparat.

Die Behörden für wirtschaftliche Staatskontrolle haben im Lenkungssystem der Sowjetunion einmal die Funktion von Rechnungsprüfungsinstanzen (Staatsrechnungshof), zum anderen haben sie

1) O.V.: Les Méthodes Actuelles...; a.a.O., S.23.

2) Ebenda, S.16 ff.

3) Boettcher, E.: Wirtschaftspolitik...; a.a.O., S.177/178.

4) Klocke, H.: Das System...; a.a.O., S.180.

5) Eitner, Hans-Jürgen: Chruschtschows Zwanzigjahresplan; in: 'Der Volkswirt', Nr.42/1961, S.2154.

6) Die von Klocke (Das System...; a.a.O., S.180) behauptete Zuständigkeit des Gosekonomsowjet für die Fünf-bis Siebenjahrespläne erscheint wegen der fehlenden Planungsunterbehörden dieser Institution zweifelhaft.

7) Eitner, H.-J.: Chruschtschows Zwanzigjahrespl.; a.a.O., S.2154.

die Planeinhaltung der wirtschaftlichen Institutionen zu kontrollieren. Sie dürfen hierzu jederzeit Revisionen vornehmen, Unterlagen einsehen und Amtspersonen zur Verantwortung ziehen.¹⁾

Die Staatskontrolle - 1957 durch die Trennung der Kontrollkommissionen für die einzelnen Unionsrepubliken von der Zentralen Kommission für Staatskontrolle dezentralisiert - ist seit Mitte 1961 wieder zentralisiert. Ein einheitlicher Instanzenweg besteht zur Zeit wieder von der im Ministerrat vertretenen Zentralen Kommission für Staatskontrolle über die Kontrollkommissionen der Republiken bis hinunter zu den diesen unterstellten Kontrollinstanzen der Gaue und Gebiete.²⁾

4) Wirtschaftslenkung und Koordination auf der mittleren Ebene.

4.1 Volkswirtschaftsräte (Sownarchosen).

Durch die Wirtschaftsverwaltungsreform des Jahres 1957 wurde - gleichzeitig mit dem Abbau der meisten Branchenministerien - das Gebiet der UdSSR in 106 Volkswirtschaftsgebiete eingeteilt, an deren Spitze Volkswirtschaftsräte (Sownarchosen) gestellt wurden, die mit der 'operativen Leitung' der Wirtschaft ihres Gebietes betraut waren, ihre Planaufgaben vom Gosplan UdSSR über die Gosplanbehörden ihrer Republik erhielten und sie auf die Wirtschaftsunternehmen ihres Wirkungsbereiches aufzuteilen hatten.³⁾

Ziel dieser Reform war es, einen besseren Kontakt zwischen den wirtschaftlichen Leitstellen und den unteren Plan- und Produktionseinheiten herzustellen, die regionale Koordination zu verbessern und die wirtschaftlich sinnvollen Selbstversorgungsmöglichkeiten der einzelnen Wirtschaftsgebiete stärker als zuvor zu nutzen.⁴⁾ Die Verfügung, daß die Einzelplanungen der Volkswirtschaftsräte vom Gosplan UdSSR genehmigt sein mußten⁵⁾

1) Pörzgen, Hermann: Nun Zentralisierung in Moskau; in: 'Frankfurter Allgemeine' vom 24.7.1961, S.3.

2) Ebenda, S.3.

3) Bordaz, Robert: La nouvelle économie soviétique 1953-1960; Paris 1960, S.111-119.

4) Boettcher, E.: ...Wirtschaftspolitik...; a.a.O., S.174-179.

5) Ebenda, S.184.

und der Ministerrat der Union ökonomisch unzweckmäßige Anordnungen der Volkswirtschaftsräte aufheben konnte,¹⁾ sollte die letzteren eng an die wirtschaftliche Befehlszentrale binden, konnte jedoch nicht verhindern, daß an die Stelle des vorher gerügten 'Branchenegoismus' der Ministerien ein 'Lokalpatriotismus' der Volkswirtschaftsräte trat, der den von Zulieferungen aus anderen Volkswirtschaftsgebieten abhängigen Wirtschaftsunternehmen Schäden zufügte und die Planerfüllung in vielen Fällen gefährdete.²⁾

4.2 Republikanische Volkswirtschaftsräte.

Die bis zum Jahre 1960 immer wieder aufgedeckten Mißstände in der Wirtschaftsleitung der Sownarchosen veranlaßte die Staats- und Parteiführung in diesem Jahre zu einer erneuten Reorganisation der Wirtschaftsverwaltung. In drei Republiken, die mehrere Volkswirtschaftsgebiete umfaßten,³⁾ wurden Mitte 1960 Republikanische Volkswirtschaftsräte eingesetzt, die die Arbeit der Volkswirtschaftsräte ihrer Republik koordinieren und kontrollieren sollen.⁴⁾ Die Bindung dieser Republikanischen Volkswirtschaftsräte an die wirtschaftlichen Zentralinstanzen soll dadurch gewährleistet sein, daß sie den Ministerräten ihrer Republiken - deren Vorsitzende im Ministerrat der Union Vertreter sind - unterstellt werden.⁵⁾ Sie erhalten die Planaufgaben für die Wirtschaft ihres Lenkungsbereichs von den Gosplanbehörden ihrer Republik und schlüsseln sie auf die ihnen unterstellten Volkswirtschaftsräte auf. Die gleiche Bindung an die Ministerpräsidenten der Republiken gilt gegenwärtig auch für die Volkswirtschaftsräte, die seit 1957 für die Gesamtgebiete ihrer Republik zuständig sind und für die Wirtschaftsverwaltung der Usbekischen SSR, deren fünf Volkswirtschaftsräte 1960 zu einem zusammengelegt wurden.⁶⁾

1) Boettcher, E.:...Wirtschaftspolitik...; a.a.O., S.178.

2) Ebenda, S.189/190.

3) Rußland, Ukraine und Kasachstan.

4) Knirsch, Peter: Sowjetische Wirtschaftspolitik im zweiten Jahr des Siebenjahresplans; in: 'Osteuropa', Nr.6/1961, S.415/416.

5) Ebenda, S.416.

6) Eitner, H.-J.: Chruschtschows Zwanzigjahresplan; a.a.O., S.2154.

4.3 Wirtschaftsrate.

Die schon in der Bildung der Republikanischen Volkswirtschaftsrate zum Ausdruck kommende Entwicklung zu einer großräumigen Wirtschaftslenkung wurde im Jahre 1961 fortgesetzt durch die Einteilung des Gesamtgebietes der Sowjetunion in 17 Wirtschaftsgroßräume und zwei administrative Wirtschaftsrayons. An deren Spitze stehen Wirtschaftsrate, deren Aufgabe es sein wird, "die Grundprobleme der komplexen Wirtschaftsentwicklung (zu) studieren sowie Empfehlungen und Vorschläge zur Vorlage bei den Gosplänen der Unionsrepubliken, beim Gosplan der UdSSR sowie beim Staatlichen Wirtschaftsrat der UdSSR¹⁾ (auszuarbeiten)."²⁾ Ihre Tätigkeit soll der Vervollkommnung der Planung dienen; die Wirtschaftsrate sollen außerdem zur Koordinierung der Tätigkeit der Volkswirtschaftsrate der Volkswirtschaftsgebiete beitragen.³⁾

Nach dem Stand vom Herbst 1961 befassen sich in der Sowjetunion mit der Planung und Verwaltung der Wirtschaft unter der Oberleitung des Ministerrats der UdSSR und besonders seines Präsidiums:

5 Ministerien, 9 Komitees des Ministerrats, der Gosplan der UdSSR, der Gosekonomsozjet der UdSSR, 19 Wirtschaftsrate der Wirtschaftsgroßräume, 15 Volkswirtschaftsrate der Unionsrepubliken, 102 Volkswirtschaftsrate der Volkswirtschaftsgebiete (von denen 12 gleichzeitig Volkswirtschaftsrate von Unionsrepubliken sind) und 142 Wirtschafts- und Planungsstellen der Bezirke.⁴⁾

-
- 1) Exakte Bezeichnung: 'Staatlicher Wissenschaftlich-Wirtschaftlicher Rat'.
 - 2) Alampijew, P. und Kistanow, W.: Im Interesse der komplexen Entwicklung der Volkswirtschaft. Ein neues Netz von Wirtschaftsgroßräumen; in: 'Ekonomitscheskaja gaseta, Moskau, 28.5.1961. Übersetzt und abgedruckt in: 'Ostprobleme', Nr. 15/1961, S. 479.
 - 3) Klocke, H.: Das System...; a.a.O., S. 180.
 - 4) Eitner, H.-J.: Chruschtschows Zwanzigjahresplan; a.a.O., S. 2154. Die Angaben dieser Quelle wurden in soweit korrigiert, als die Bezeichnung 'Volkswirtschaftsbezirke' durch 'Volkswirtschaftsgebiete' ersetzt wurde. Statt - wie die Quelle angibt - 11 sind in Wirklichkeit 12 Volkswirtschaftsrate gleichzeitig Republikanische Volkswirtschaftsrate.

bc) Die Probleme und Aufgaben der zentralen Wirtschaftslenkung in der Sowjetunion.

Die Darstellung der politischen und wirtschaftlichen Lenkungs-hierarchie sollte die Frage nach den Trägern der Macht in der Sowjetunion und ihrem Einflußbereich in Politik und Wirtschaft beantworten. Die folgenden Untersuchungen werden sich hauptsächlich mit der Praxis der zentralen Wirtschaftslenkung in der UdSSR befassen. Bevor in diesem Zusammenhang Teilbereiche der sowjetischen Wirtschaft, ihre Stellung und ihre Aufgaben im Plansystem sowie Teilfunktionen der Planung behandelt werden sollen, sind zunächst generell die Probleme und Aufgaben zu erörtern, vor die sich die wirtschaftlichen Leitungsinstanzen in der UdSSR gestellt sehen. Ihnen obliegt es, für die fortschreitende wirtschaftliche Entwicklung einer Volkswirtschaft von etwa 218 Millionen Menschen¹⁾ in einem Wirtschaftsraum, der 16,6 % der Erde umfaßt,²⁾ gemäß ihrer wirtschaftlichen Grundidee Sorge zu tragen.

Da die Führung der Sowjetunion diese Aufgabe mit Hilfe einer zentralen Lenkung der Gesamtwirtschaft lösen will, ist das Grunderfordernis ein gut informierter, auf Datenänderungen rasch reagierender Apparat für lang- und kurzfristige Planung, der mit einer beweglichen Wirtschaftsexekutive harmonisiert und dem ein vielgliedriges Kontrollsystem zur Seite steht. Die zentrale Planung muß lückenlos und darf nicht von individuellen Planungen einzelner Wirtschaftseinheiten durchkreuzbar sein. Sie wird diesen in der Regel jedoch ein gewisses Maß an Eigeninitiative belassen, die - gleichzeitig kontrolliert und materiell begünstigt - ein besonderes dynamisches Element in die zentralgeleitete Wirtschaft trägt.

Das Hauptproblem für die Lenkungsstellen der Wirtschaft ist die Koordinierung aller Einheiten der arbeitsteiligen Wirtschaft, zu einem homogenen und leistungsfähigen Ganzen, unter Beachtung der zwischen den ökonomischen Größen bestehenden Interdependenzen. Hierzu einige Beispiele.

Für die einzelnen Wirtschaftsbereiche (Handel, Industrie, Ver-

1) Statistisches Bundesamt (Herausgeber): Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden 1962, S.24.

2) Ebenda, S.24.

kehr, Landwirtschaft, Banken etc.) und ihre wirtschaftenden Einheiten genügt es nicht, detaillierte Planungsaufgaben festzulegen. Es müssen daneben in der Planung die Beziehungen zwischen den Wirtschaftseinheiten eines Bereiches und zwischen denen verschiedener Bereiche berücksichtigt werden, um keine Friktionen entstehen zu lassen.

Besonders wichtig ist eine möglichst exakte Abschätzung der wirtschaftlichen Größen, die nicht vollständig planbar sind, z.B. die Geldausgaben der Bevölkerung für Konsummittel in einer kommenden Periode sowie das Angebot an Arbeitskräften. Entsprechen nämlich die Angebote der Handelsorganisationen nach Preis, Art und Menge nicht der Bedarfsstruktur der Haushalte, so besteht die Möglichkeit, daß die Konsumgüter nicht absetzbar sind, was zu volkswirtschaftlichen Verlusten in Form von zusätzlichen Lagerkosten, Verderb von Erzeugnissen und einem Kaufkraftüberhang im Nicht-Staatssektor führen wird. Es gelingt in diesem Falle nicht, die Geldmittel der Bevölkerung wieder vollständig in den Wirtschaftskreislauf einzubeziehen und das angestrebte Gleichgewicht zwischen dem Wert der Konsumgüter und dem Lohnfonds herzustellen. Spezielle Probleme ergeben sich für regionale Teilmärkte.

In gleicher Weise kann es zu Spannungen am Arbeitsmarkt führen, wenn - infolge der formalen Freiheit der Arbeitsplatzwahl in der Sowjetunion - in einzelnen Betrieben die angenommene Zahl der Arbeitskräfte nicht mit der tatsächlichen Zahl übereinstimmt. Man sucht in der Praxis dieser Möglichkeit durch eine - allerdings volkswirtschaftlich kostspielige - Vorratshaltung an Arbeitskräften zu begegnen. Daneben wirkt der Mangel an disponiblen Wohnraum dem häufigen Arbeitsplatzwechsel entgegen. Eine gelenkte Erziehungspolitik soll gleichfalls eine Annäherung an ein Gleichgewicht auf dem Arbeitsmarkt bringen.

Ein besonderes Problem bildet in der Sowjetunion die Lohn- und Preispolitik des Staates. Bei der Festlegung der Lohnhöhe für eine immense Vielzahl an differenzierten Arbeiten ist nicht nur zu berücksichtigen, daß die Löhne (bzw. Leistungsprämien) ein geeignetes Mittel sind, Leistungssteigerungen zu erreichen. Werden die Löhne zu diesem Zwecke angehoben, so beeinflusst dies ceteris paribus die 'Rentabilität' der Betriebe,

die monetäre Nachfrage nach Konsumgütern und damit die Rate des volkswirtschaftlichen Wachstums, da - bei konstanten Preisen - mehr Konsumgüter bereitgestellt werden müssen. Der volkswirtschaftlichen Preisbildung kommt in der Sowjetunion - beim Fehlen eines preisgestaltenden Marktes - besondere Bedeutung zu. Durch die Festsetzung eines differenziierten Preissystems soll in der zentralgeleiteten Wirtschaft ein künstliches Gleichgewicht zwischen den einzelnen ökonomischen Größen etabliert werden, letztlich mit dem Ziel, den Preisen eine der wirtschaftlichen Grundidee entsprechende Lenkungs-funktion zu geben. So sollen die Preise für Konsumgüter die Nachfrage nach diesen im Interesse eines beschleunigten Wachstums der Investitionsgüterproduktion drosseln und die Kaufkraft des Publikums abschöpfen; dieser Politik ist jedoch eine Grenze gesetzt durch die Bestrebungen der Machtinstanzen, das Versorgungsniveau der Bevölkerung ständig zu heben. Die Preise im innerstaatlichen Wirtschaftssektor haben dagegen in erster Linie die Funktion, eine Wertrechnung zu ermöglichen, die der Verrechnung der zwischenbetrieblichen Leistungen dienen und eine Verbindung zwischen Produktions-, Handels-, Kredit- und staatlichem Finanzapparat herstellen soll. Um das Hauptziel der wirtschaftlichen Grundidee des Staates, die Erweiterung der materiellen Basis der Wirtschaft zu erreichen, sind umfangreiche Investitionsprogramme erforderlich. Diese werden in erster Linie aus Mitteln des Staatshaushalts finanziert. Der Staat beschafft die hierzu notwendigen Beträge durch eine systemgerechte und gezielte finanzielle Abschöpfung aus dem staatlichen, genossenschaftlichen und privaten Sektor. Auch hierbei stehen die Ziele des beschleunigten wirtschaftlichen Wachstums, der Erhaltung der finanziellen Stabilität der Betriebe und der allmählichen Verbesserung des Realeinkommens der Bevölkerung zumindest teilweise in Widerspruch zueinander. Für die Realisierung der staatlichen Investitionsprogramme ergeben sich - aus der Natur der nicht marktorientierten Lenkungswirtschaft erklärbar - weitreichende Probleme für die Planungsinstanzen hinsichtlich der ökonomischen Rationalität der geplanten Vorhaben in bezug auf die Prioritäten, die Standortwahl, die Dimensionen und die sinnvolle Koordination der einzel-

nen Entwicklungsvorhaben.¹⁾

Der Umfang und die Komplexität der im Vorstehenden nur teil- und andeutungsweise erwähnten Lenkungsaufgaben und -probleme wird deutlich, wenn man bedenkt, daß die wirtschaftlichen Planungs- und Exekutivinstanzen nicht nur Globalrichtlinien aufzustellen haben, sondern sich im Detail mit der Festlegung von verbindlichen Arbeitsauflagen für Zehntausende von Wirtschaftsunternehmen befassen und für deren Einordnung in den gesamtwirtschaftlichen Prozeß Sorge tragen müssen.

c) Die zentralgeleitete Wirtschaft: ihre Bereiche und Funktionen im gesamtwirtschaftlichen Lenkungssystem.

ca) Die Industrie.

1) Allgemeines.

"Wieviel sich auch immer seit der Oktoberrevolution in der Sowjetunion gewandelt hat, an der Überzeugung, daß das neue Regime aufgerufen ist, Rußland in schnellem Tempo zu industrialisieren und besonders die Schwerindustrie als das Fundament seiner Macht zu entwickeln, hat sich in den vier Jahrzehnten sowjetischer Herrschaft nichts geändert."²⁾

Diese Aussage beleuchtet treffend die Sonderstellung, die der industrielle Sektor unter allen Wirtschaftsbereichen des Landes einnimmt und die ihm von allen Sowjetführern - von Lenin bis Chruschtschow - bisher eingeräumt wurde. Deren Betonung der Notwendigkeit einer raschen Industrialisierung der Sowjetunion erklärt sich aus ihren politischen und gesellschaftlichen Zielvorstellungen. Die Existenz des "ersten sozialistischen Staates der Erde" erschien solange gefährdet, als seine wirtschaftliche Basis nicht ausreichte, einem eventuellen Angriff "kapitalistischer" Staaten ein ausreichendes militärisches Potential gegenüberzustellen. Dessen Erstellung verlangte jedoch eine leistungsfähige Industrie.

1) G.V.: Les Méthodes Actuelles...; a.a.O., S. 71-80. Und: Leptin, Gert: Methode und Effizienz der Investitionsfinanzierung durch Abschreibungen in der Sowjetwirtschaft; Berlin 1961, S. 21-28. Und: Hedtkamp, Günter: Instrumente und Probleme westlicher und sowjetischer Wirtschaftslenkung; Gießen 1958, S. 157-168.

2) Hildebrandt, Walter: Die industrielle Revolution der Sowjetunion; in: Hildebrandt, Walter und Böhme, Gisela (Herausgeber): Die Schwerindustrie in der Sowjetunion; Bad Homburg v.d.H., 1957, S. 13.

Die Verwirklichung der gesellschaftlichen Grundidee der Führung der Sowjetunion - Aufbau eines sozialistischen Staates mit zentralgeleiteter Wirtschaft und Anstreben der kommunistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung - setzt gleichfalls das Bestehen einer hochentwickelten Industrie voraus. Dieser fällt die Aufgabe zu, die sozialistische Wirtschaft möglich unabhängig von der Wirtschaft des Auslandes zu machen, um Störungen im planmäßigen Aufbau und Abhängigkeitsverhältnisse zu vermeiden. Daneben erscheint die Erreichung des kommunistischen Endstadiums mit seinen verschiedenen Merkmalen¹⁾ nicht denkbar ohne das Vorhandensein einer perfekt organisierten Industrie mit einer Leistungsfähigkeit, die die derzeitige erreichte noch um ein Vielfaches übertreffen muß. Zwei Besonderheiten der forcierten Industrialisierungspolitik sind gesondert hervorzuheben: die vorrangige Entwicklung der Investitionsgüterindustrien und die Organisation der Industrie in Großunternehmen.²⁾ 'Industrialisierung' besagt in der Sowjetunion bis zur Gegenwart - in Form eines ökonomischen Gesetzes formuliert -: "relativ schnellere Entwicklung der Zweige, die Produktionsmittel herstellen, verglichen mit der Entwicklung der Zweige, die Konsumtionsmittel erzeugen."³⁾ Diese Akzentuierung der sowjetischen Industrialisierungspolitik, die das Schwergewicht der Investitionen auf die Bereiche Maschinenbau, Ausrüstungen, Metall, Kohle, Erdöl, Baumaterialien etc.⁴⁾ legt, ist Ausdruck einer betont langfristigen Planung, die zunächst einmal eine breite schwerindustrielle Basis schaffen will, auf der aufbauend auf dem Weg zum Kommunismus in verstärktem Maße die mehr konsumnahen Zweige der Wirtschaft entwickelt werden sollen. Das Verhältnis der industriellen Bruttoproduktion von Produktionsgütern (Gruppe A) zu der von Konsumgütern (Gruppe B) wird von den obersten wirtschaftlichen Befehlsinstanzen jeweils vor Beginn einer Planperiode festgelegt.⁵⁾ Es betrug in den Jahren:⁶⁾

1) Hierzu siehe oben S.218-220.

2) ...Politische Ökonomie:a.a.O..S.417-418.

3) Ebenda, S. 529.

4) Ebenda, S. 418.

5) Bettelheim,Chr.:...Wirtschaftsverfassung;a.a.O.,S.332.

6) Nach einer Übersicht in:Statistisches Bundesamt (Herausgeber):Allgemeine Statistik des Auslandes:Länderberichte; Sowjetunion 1960; Stuttgart 1960, S.52.

	<u>Gruppe A</u>		<u>Gruppe B</u>
1928	39,5	:	60,5
1937	57,8	:	42,2
1950	68,8	:	31,2
1955	70,5	:	29,5
1958	71,6	:	28,4

Nach den Angaben im sowjetischen Siebenjahresplan für die Jahre 1959 bis 1965 soll die Bruttoproduktion der Gruppe A in dieser Zeit um 85 - 88 %, die der Gruppe B um 62 - 65 % wachsen.¹⁾

Dieser beschleunigte Aufbau der Schwerindustrie kann nur erreicht werden durch eine konsequente Ausrichtung aller wirtschaftspolitischen Maßnahmen auf dieses Ziel. Hierher gehört eine bewußte Drosselung der Konsumgüterproduktion, durch die Mittel für Investitionen in der Gruppe A freigesetzt werden; wichtigstes Instrument hierzu ist die Einzelhandels-Preispolitik des Staates, durch die ein Gleichgewicht zwischen den Geldmitteln in den Händen der Bevölkerung und dem - knappen - Angebot an Konsumgütern hergestellt wird.²⁾ Daneben sorgen u.a. die Planpreis-, Umsatzsteuer- und Gewinnabfuhrpolitik des Staates im gewerblichen Bereich für eine zentrale Erfassung der Erträge der einzelnen Betriebe, die in gezielten Investitionen entsprechend den Entwicklungsrichtlinien der Staatsführung wieder eingesetzt werden.³⁾ Ein System materieller Anreize für Leitung und Beschäftigte der Industriebetriebe zur Hebung von deren 'Rentabilität' soll gleichfalls dem Ziel dienen, durch eine möglichst wirtschaftliche Arbeitsweise Investitionsmittel freizusetzen.⁴⁾

Zum Credo der Sowjetführung gehört neben der Förderung der Schwerindustrie die Hochschätzung der großindustriellen Produktion. In der vom Kapitalismus entwickelten modernen maschi-

- 1) Lockschin, J.J.: Industrie: Die Hauptaufgaben der Industrie im Siebenjahresplan (1959-1965); in: Die UdSSR, Enzyklopädie...; a.a.O., S. 375.
- 2) Maisenberg, L.: Die Preisbildung in der Volkswirtschaft der UdSSR; Berlin 1954, S. 150 ff. Und: v. Bissing, W.M.: Theorie der sozialistischen (sowjetischen) Wirtschaft; in: Jann, G. und v. Bissing, W.M. (Herausgeber): Die Wirtschaftssysteme...; a.a.O., S. 26. Und: Boettcher, E.: ... Wirtschaftspolitik...; a.a.O., S. 198. Und: Klinge, W.: Im Räderwerk...; a.a.O., S. 62.
- 3) Klocke, H.: Das System...; a.a.O., S. 154-158.
- 4) Siehe hierzu unten S. 271-274.

nellen Großindustrie mit ihren vielfältigen technischen Möglichkeiten und ihrer darauf beruhenden hohen Arbeitsproduktivität sieht sie seit Lenin die notwendige materielle Grundlage für den Aufbau des Sozialismus.¹⁾

Waren bereits im zaristischen Rußland die Grund- und Schwerindustrien in großen Verbänden und Konzernen mit Verkaufsorganisationen zum Teil monopolartigen Charakters vereinigt,²⁾ so setzt sich der Zug zu großen industriellen Einheiten in der UdSSR verstärkt fort: "Die Produktivkräfte des Sozialismus sind durch die hochgradige Konzentration der Produktion, durch die Konzentration der Produktionsmittel, der Arbeitskräfte und des Produktionsausstoßes in immer größeren und technisch besser ausgestatteten Betrieben gekennzeichnet."³⁾

Ihre praktische Realisierung erfährt diese industrielle Konzentration - besonders seit den 1930er Jahren - in der Tendenz zur Kooperierung und Kombinierung. Ersteres bedeutet Herstellung langfristiger Produktionsbeziehungen zwischen Industriebetrieben, die gemeinsam ein und dasselbe Produkt erzeugen. Die Kooperierung wird in der Sowjetunion als notwendige Folge der industriellen Spezialisierung bezeichnet; sie betrifft in erster Linie Produktionsbeziehungen zwischen Betrieben, die Halbfabrikate für eine gemeinsame Endfertigung herstellen und solche zwischen diesen und ihrem gemeinsamen Abnehmer.⁴⁾

Unter 'Kombinierung' versteht man in der Sowjetunion mit Lenin die Vereinigung verschiedener Industriezweige in einem einzigen Unternehmen, wobei diese Industriezweige entweder aufeinanderfolgende Stufen der Verarbeitung der Rohstoffe bilden oder einzelne von ihnen Hilfsfunktionen für andere Produktionseinheiten erfüllen (Beispiel: Herstellung von Verpackungsmaterial etc.).⁵⁾ Ziel der Kombinierung ist "eine allseitige und umfas-

1) ...Politische Ökonomie; a.a.O., S. 377, 417, 419.

2) Klocke, H.: Das System...; a.a.O., S. 118.

3) ...Politische Ökonomie; a.a.O., S. 495.

4) Sabelin, B.: Fragen der Spezialisierung und Kooperierung in der Industrie; übersetzt und abgedruckt in: 'Sowjetwissenschaft-Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge', Nr. 4/1956, S. 398/399. Und: Lockschin, J. J.: Industrie: Entwicklungsetappen der Industrie; in: Die UdSSR, Enzyklopädie...; a.a.O., S. 365.

5) Kamenizer, S. E.: Organisation und Planung des sozialistischen Industriebetriebes; Berlin 1955, S. 34.

sende Ausnutzung des Rohmaterials."¹⁾ Als Ergebnis der Kombi-
nierung entstehen große Unternehmenseinheiten der Verbundwirt-
schaft (Kombinate), die - ähnlich den 'kapitalistischen' Kon-
zernen - aus mehreren Werken bestehen, die von der Geschäfts-
führung des Kombinats geleitet werden.

Eine andere Form industrieller Großorganisation bilden die
Trusts, die entweder mehrere Kombinate oder mehrere Einzel-
werke zu einer größeren wirtschaftlichen Verwaltungseinheit
zusammenfassen. Es kann sich bei einem Trust z.B. um eine Ver-
einigung von Kombinateneinheiten gleicher Produktionsrichtung handeln,
denen oft noch Hilfskombinate (z.B. Baukombinate für den inter-
nen Baubedarf des Trusts, Konsumkombinate zur Versorgung der
im Trust Beschäftigten mit Verbrauchsgütern) angegliedert
sind.²⁾

Kennzeichnend für die Eigentumsverhältnisse in der sowjetischen
Industrie ist die Tatsache, daß seit 1937 keine industriellen
Einheiten mehr dem privaten Bereich angehören. Im sozialisti-
schen Bereich dominieren die Staatsbetriebe, die im Jahre 1956
94,0 % der Industrieproduktion auf sich vereinigten; der Rest
wurde von genossenschaftlichen Betrieben erstellt.³⁾⁴⁾

Diese industriellen Produktionsgenossenschaften waren nach dem
zweiten Weltkrieg wegen ihrer Bedeutung für den wirtschaftli-
chen Wiederaufbau des Landes und ab 1953 (Malenkows Konsumgü-
terinitiative) zur schnellen Verbesserung der Versorgung mit
Konsumgütern staatlich gefördert worden.⁵⁾ Im Jahre 1956 er-

1) Kamenizer, S.E.: Organisation...; a.a.O., S.34.

2) Klinge, W.: Im Räderwerk...; a.a.O., S.47.

3) ...Länderberichte: Sowjetunion 1960; a.a.O., S.51.

4) Der Anteil der industriellen Produktionsgenossenschaften an
der Gesamtzahl der Beschäftigten betrug 1953 (neuere Zahlen
liegen nicht vor) rund 10%. Es bestanden in diesem Jahr rund
16.000 industrielle Produktionsgenossenschaften, von denen
entfielen: 7.000 auf die Textilindustrie, 4.500 auf die Nah-
rungs- und Genußmittelindustrie, 3.400 auf die Holz- und
Möbelindustrie, 600 auf die Spielwarenerzeugung und 500 auf
sonstige Bereiche.

Quelle: Becker, Rudolf: Die Gewerlegenossenschaften in der So-
wjetunion; in: 'Osteuropa-Wirtschaft', Nr.2/1961, S.124.

5) Becker, R.: Die Gewerlegenossenschaften...; a.a.O., S.119/120.

folgte dagegen ein Regierungsbeschuß über die Verstaatlichung aller großen Betriebe der gewerblichen Genossenschaften mit der Begründung, daß die in Frage kommenden Betriebe aus dem Handwerk herausgewachsen und von der staatlichen Industrie nicht mehr zu unterscheiden seien. Außerdem gelte es, das Niveau dieser Betriebe auf das des allgemeinen Volkseigentums zu heben.¹⁾

Die Verstaatlichungen von 1956 wurden in den beiden folgenden Jahren teilweise wieder rückgängig gemacht. 1959 begann eine neue Verstaatlichungswelle, die jedoch den Genossenschaftsstatus nur derjenigen Betriebe aufhob, bei denen durch diesen Wechsel keine wirtschaftlichen Verluste zu erwarten waren.²⁾ Durch die Dezentralisierungsreform des Jahres 1957 wechselten beträchtliche Teile der Industrie vom Zuständigkeitsbereich der Union in den der Republiken, Gebiete und Bezirke über. Während (gemessen an der Industrieproduktion) im Jahre 1952 auf den ersteren 70% entfielen, waren es 1958 nur noch 6%.³⁾

In bezug auf die Lenkung der Industrie ist zu unterscheiden zwischen zentral organisierten und lokalen Industrien. Erstere unterstehen den zentralen Planungs- und Exekutivorganen, von denen sie in den allgemeinen Volkswirtschaftsplan eingebaut werden. Die lokalen Industrien, die nur für bestimmte Teile des Konsumbedarfs ihrer engeren geografischen Umgebung arbeiten, sind den jeweils zuständigen staatlichen Verwaltungsbehörden auf unterer Ebene unterstellt. Wenngleich ihre volkswirtschaftliche Bedeutung gegenüber der der zentralgeleiteten Industrie gering ist, so ist sie seit 1955 doch ständig gewachsen. In diesem Jahre wurden einige Unternehmen aus der Zuständigkeit der Ministerien in die der Sowjets größerer Städte überführt. 1957 setzte sich diese Entwicklung in größerem Maßstab fort. So wurden allein in RSFSR 3.400 Betriebe mit insgesamt 400.000 Beschäftigten den örtlichen Sowjets übergeben. Zu Beginn des Jahres 1958 befand sich etwa ein Fünftel der sow-

1) Beschluß des Zk der KPdSU und des Ministerrats der UdSSR "Über die Reorganisation der gewerblichen Genossenschaften" vom 14.4.1956. Inhaltliche Wiedergabe siehe: Ebenda, S. 114.

2) Ebenda, S. 127.

3) ...Länderberichte: Sowjetunion 1960; a.a.O., S. 51.

jetischen Industriebetriebe unter deren Kontrolle.¹⁾²⁾

Die Budget- und Planungsbefugnisse der örtlichen Sowjets sind demgegenüber noch gering, da die Dezentralisation von 1957 in der Finanzgebarung nicht wesentlich über die Ebene der Unionsrepubliken hinausgegangen ist. So fließen die Gewinne der lokalen Industrien nur zum Teil in die Kassen der örtlichen Sowjets, die diese Mittel wiederum nur begrenzt für Zwecke der industriellen Expansion verwenden dürfen, da die jährlichen Zuweisungen für Investitionen in den Lokalindustrien auf Republikebene festgelegt werden.³⁾

Selbst die Exekutivkomitees der Provinzen sind gegenwärtig starr an den staatlichen Investitionsplan gebunden. Sie dürfen ohne Zustimmung des Ministerrats ihrer Unionsrepublik weder Investitionen von einem Zweig der Lokalindustrie auf einen anderen verlagern, noch den Amortisationsfonds ändern oder auch nur einen Zweig der Lokalindustrie in einen anderen überführen.⁴⁾

2) Die Industrie im Lenkungssystem, dargestellt am Beispiel eines Industriebetriebs.⁵⁾

2.1 Die Mitwirkung des sowjetischen Industriebetriebs bei der Planerstellung.

Wir haben bereits an anderer Stelle auf die Entstehung des sowjetischen Volkswirtschaftsplans in den Spitzengremien der Wirtschaftslenkungshierarchie hingewiesen.⁶⁾ Die dort gemachten Ausführungen gilt es hier zu ergänzen.

Die Volkswirtschaftsplanung für eine kommende Periode beginnt mit der Festlegung der einzuhaltenden Proportionen zwischen den einzelnen makroökonomischen Größen und der Angabe der Entwicklungsschwerpunkte (Hauptkettenglieder) seitens der politischen Entscheidungszentrale.⁷⁾ Auf der Grundlage dieser Richt-

1) Bei der Beurteilung dieser Zahl ist zu berücksichtigen, daß es sich hierbei meist um kleinere industrielle Einheiten handelt.

2) Vorstehendes nach: Churchward, L.G.: Lokalverwaltung und Räte in der Sowjetunion seit dem XX. Parteikongreß; in: 'Osteuropa', Nr.1/1960, S.9.

3) Ebenda, S.10.

4) Ebenda, S.9/10.

5) Ausgewählt wurde ein Industriebetrieb, der dem zentralen Lenkungssystem unterstellt ist.

6) Siehe hierzu oben S.238-242.

7) Kurski, A.: Die Planung der Volkswirtschaft in der UdSSR; Mos-

Linien entwerfen die zentralen Planungsbehörden einen Grobplan (Planentwurf), nachdem sie über Fragebogen von den Betrieben und den mittleren und unteren Planungs- und Exekutivinstanzen Auskünfte über deren Produktionskapazitäten erhalten haben. Diese Fragebogen waren vom Gosplan UdSSR über die mittleren Lenkungsinstanzen nach unten bis zu den einzelnen Betrieben gewandert. Von dort aus gingen sie ausgefüllt über die Zwischeninstanzen an die Planungszentrale zurück, wobei jeweils die übergeordnete Stelle die Angaben der ihr unterstellten addiert hatte.¹⁾

Der Planentwurf wird - für die laufende Planung - vom Gosplan UdSSR über den Instanzenweg den Betrieben zugeleitet, die eventuell Änderungsvorschläge zu den einzelnen Planansätzen machen und Berechnungen über die zur Planerfüllung erforderlicher personellen, monetären und sachlichen Mittel anstellen. Diese Angaben der Betriebe zum Planentwurf werden von ihnen den ihnen übergeordneten Planinstanzen mitgeteilt, von diesen zusammengefaßt und nach oben weitergereicht und treffen schließlich als modifizierter und detaillierter Planentwurf beim Gosplan UdSSR ein. Dieser legt aufgrund der erhaltenen Informationen den endgültigen Volkswirtschaftsplan²⁾ fest, der - über die ihm ihre

kau 1949, S.84 und 91/92. Zur Illustration siehe die Aufzählung der Entwicklungsschwerpunkte für den Siebenjahresplan 1959-1965 in: Chruschtschow, N.S.: Referat... über die Kontrollziffern...; a.a.O., S.484.

1) Hirsch, Hans: Mengenplanung und Preisplanung in der Sowjetunion; Tübingen 1957, S.1/2.

2) Diesen hat man sich als ein System durch Normen und Kennziffern verbundener Einzelbilanzen vorzustellen. Hedtkamp (H., G.: Instrumente und Probleme...; a.a.O., S.88) gibt folgende konsolidierte Übersicht über die Abteilungen des Kontensystems des sowjetischen Volkswirtschaftsplans:

1. Naturalrechnungen

- a) Materialbilanzen
- b) Arbeitskräftebilanzen

2. Wertrechnungen

A) Einzelbilanzen

- a) Einnahme- und Ausgabenbilanzen der Produktion und des Konsums
 - aa) für Betriebe und Organisationen
 - ab) für die Bevölkerung
- b) Bilanzen der Kreditinstitute
 - ba) Kassenplan der Staatsbank
 - bb) Kreditplan der Staatsbank
 - bc) Kredit- bzw. Finanzierungspläne der Spezialbanken
- c) Bilanz des Staates = Staatshaushalt

B) Allgemeine Gesamtrechnungen

- a) Gesellschaftliches Produkt
- b) Volkseinkommen

Planaufgaben entnehmenden mittleren und unteren Lenkungsinstanzen - schließlich den Betrieben zugeht und ihnen die für sie verbindlichen Planaufgaben für die kommende Periode mitteilt.¹⁾

Die Einbeziehung des sowjetischen Industriebetriebs in die Arbeit der Planerstellung soll nach dem Willen der zentralen Lenkungsorgane die Planung praxisnäher machen, sie den - für die übergeordneten Stellen meist nicht völlig durchschaubaren - ökonomischen Gegebenheiten des Betriebs anpassen. Durch die Beteiligung der Betriebsparteiorganisationen, der Gewerkschaften und ausgewählter Vertreter der Arbeitnehmerschaft neben den Betriebsleitungen an der Beratung über den Planentwurf und bei der Feststellung der Leistungsmöglichkeiten des Betriebs für die kommende Planperiode soll erreicht werden, daß die Betriebe sich 'fortschrittliche' Aufgaben stellen und nach Möglichkeit die im Planentwurf gesetzten Ziele durch Ausschöpfung aller Gegebenheiten zur Hebung der Arbeitsproduktivität, durch Einführung faktoreinsatzmengen sparender Verfahren etc. von sich aus nach oben korrigieren.²⁾

Der Realisierung dieses Wunsches der Staatsführung stehen jedoch institutionelle Hindernisse besonderer Art entgegen. Die sowjetischen Industriebetriebe bilden innerhalb gewisser Grenzen autonome wirtschaftliche Einheiten mit eigener Rechnungsführung,³⁾ durch die ein Interesse der Betriebe an einer möglichst exakten Erfüllung oder einer Übererfüllung des Plans gegeben ist. Setzt die Betriebsleitung aus gesamtwirtschaftlichem Verantwortungsbewußtsein oder auf Drängen der Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre des Betriebs beim Erkennen von Möglichkeiten zur betrieblichen Leistungssteigerung die Planzahlen höher an, als im Planentwurf vorgesehen, so setzt sie den Betrieb der Gefahr aus, beim Auftreten von - in der sowjetischen Wirtschaftspraxis allgegenwärtigen - Leistungsstörungen (nicht frist- oder sachgemäßer Zulieferungen von anderen

1) Vorstehendes nach: Kurski, A.: Die Planung...; a.a.O., S. 125-128. Und: Granick, David: Management of the Industrial Firm in the USSR; New York 1954, S. 64/65. Und: O.V.: Les Méthodes Actuelles...; a.a.O., S. 18-21. Und: Boettcher, E.: ...Wirtschaftspolitik...; a.a.O., S. 177/178.

2) Zyganow, W.M.: Die Gewerkschaften; in: Die UdSSR, Enzyklopädie...; a.a.O., S. 352-354.

3) Siehe hierzu unten S. 271-274.

Betrieben etc.) den Plan nicht erfüllen zu können oder die bei Übererfüllung ihm zustehenden materiellen Vergünstigungen zu verlieren. Da sich in ersterem Falle auch berufliche und finanzielle Nachteile für die Verantwortlichen in der Betriebsleitung ergeben können, betreiben diese in praxi häufig eine Politik der 'Sicherheitsmaximierung', die sie auf ein möglichst niedriges Plansoll und ein Verschweigen von Produktionsreserven hinwirken läßt.¹⁾

Das gelegentliche Bekanntwerden von Beispielen solcher 'Obstruktionspolitik' führt zu scharfen Protesten offizieller Organe gegen eine solche Einstellung²⁾, hat jedoch meist keine weiteren Folgen, da die betreffenden Betriebe - meist gerade wegen der betriebenen Sicherheitsmaximierungspolitik - ihre Pläne in der Regel ordnungsgemäß erfüllen können. In der Erkenntnis, daß man einer solchen Einstellung vieler Betriebsleitungen nur durch die Einschaltung von Instanzen begegnen kann, die den Zielen der Staatsführung völlig loyal gegenüberstehen und ausserdem die Verhältnisse des Einzelbetriebs genau kennen, entschloß man sich in den letzten Jahren, die Betriebsgewerkschaftskomitees und Betriebsparteiorganisationen bei der Planaufstellung und der Beratung des Planentwurfs mitwirken zu lassen. Im Rahmen einer allgemeinen Aufwertung der Stellung der Gewerkschaften³⁾ soll die noch im Jahre 1956 von Chruschtschow scharf kritisierte Einigkeit zwischen Betriebsführung und Betriebsgewerkschaftsleitung beseitigt⁴⁾ und sollen die Gewerkschaften zu einer im gesamtwirtschaftlichen Interesse notwendigen kritischen

-
- 1) Berliner, Joseph S.: Factory and Manager in the USSR; Cambridge/Mass. 1957, S. 75-87. Und: Granick, D.: Management...; a.a.O., S. 125-129.
 - 2) Ein Beispiel für viele Kritiken an dieser Haltung ist der Aufsatz von Tadewosjan, W.: Die Verantwortung des Wirtschaftsfunktionsärs; in: 'Ekonomitscheskaja gaseta', Moskau, 26.2.1961; übersetzt und abgedruckt in: 'Ostprobleme', Nr. 9/1961, S. 276/277.
 - 3) Hierzu: Fischer, Ruth: Die Umformung der Sowjetgesellschaft; Düsseldorf 1958, S. 78 ff. Und: Zyganow, W. M.: Die Gewerkschaften; a.a.O., S. 352-354. Und: Lewytskyj, Borys: Die gegenwärtige Lage in den Gewerkschaften der UdSSR; in: 'Osteuropa', Nr. 2/1961, S. 113 ff. Und: Leonhard, W.: Kreml...; a.a.O., S. 385-387.
 - 4) Lewytskyj, B.: Die gegenwärtige Lage...; a.a.O., S. 113.

Mitarbeit bei der Planaufstellung herangezogen werden.¹⁾ Das Gleiche wird - besonders seit dem Jahre 1956 - von den Betriebsparteiorganisationen gefordert.²⁾

Für die Sekretäre von Gewerkschaft und Partei im Betrieb ergibt sich aus diesen Forderungen eine schwierige Lage: sie sind zum unbedingten Gehorsam gegenüber ihren Organisationen verpflichtet, sind aber gleichfalls recht stark am Wohlergehen 'ihres' Betriebs und seiner Mitarbeiter interessiert. Ihre Haltung in dieser schwierigen Situation ist - nach Aussagen ehemaliger sowjetischer Wirtschaftspraktiker - nicht einheitlich: in vielen Fällen obsiegt jedoch ihre Loyalität zum Betrieb und seiner Leitung. Versuchen sie, die Pläne der Betriebsleitungen zu durchkreuzen und z.B. die Offenlegung aller Reserven des Betriebs zu erreichen, so besteht für sie die Gefahr, von den an der Planerfüllung 'ihres' Betriebs interessierten Gebietsparteiorganisationen oder den entsprechenden Gewerkschaftsstellen als "zum Bürokratismus neigende Nörgler" bezeichnet zu werden. Werden ihre Meldungen 'nach oben' positiv beurteilt und haben Konsequenzen für den Betrieb, dann schwächt das meist ihre Position in diesem: "denn von jetzt ab wird er (Der BetriebsparteiSekretär-D.Verf.) keine Geheimnisse im Betrieb mehr erfahren. Alle sind daran interessiert, daß der Plan erfüllt wird - der Direktor, der Oberbuchhalter, der (Gebiets-)ParteiSekretär, die Belegschaft, das Ministerium. Alle sind auf der Seite dessen, der den Plan erfüllt!"³⁾

1) Siehe hierzu den Beschluß des Plenums des Zk der KPdSU vom 17.12.1957: Über die Arbeit der Gewerkschaften der UdSSR; abgedruckt in: 'Trud', Moskau, 19.12.1957; übersetzt und abgedruckt in: 'Ostprobleme', Nr. 3/1958, S. 101/102. Außerdem den Leitartikel der 'Prawda', Moskau, 16.7.1958: Umfassende Rechte des Gewerkschaftskomitees; dieser befaßt sich mit dem Erlaß des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, der die Verordnung: Über die Rechte der Fabrik-, Werks- und Ortskomitees der Gewerkschaften bestätigt. Übersetzt und abgedruckt in: 'Ostprobleme', Nr. 14, 15/1958, S. 484/485.

2) Siehe hierzu den Aufsatz: O.V.: Die avantgardistische Rolle der Kommunisten muß erhöht werden; in: 'Partijnaja Shisnj', Moskau 1955, Nr. 16. Übersetzt und abgedruckt in: 'Ostprobleme', Nr. 4/1956, S. 127.

3) Mehnert, Klaus: 'Der Sowjetmensch'; Stuttgart 1958, S. 146/147. Und: Berliner, J.S.: 'Factory...'; a.a.O., S. 264-278.

2.2 Die Planaufgaben.

Der den Betrieb betreffende Teil des Volkswirtschaftsplans, der 'Betriebsplan', legt die Aktivität der sowjetischen Industriebetriebe weitgehend fest. Er umfaßt:¹⁾

- a) den Produktionsplan,
in dem das Sortiment der Fertigung, die Menge und die Qualität der herzustellenden Erzeugnisse festgelegt ist;
- b) den Arbeitskräfteplan,
in dem die Steigerung der Arbeitsproduktivität, die Anzahl der Arbeiter und Angestellten, die Kennziffern für den Lohnfonds u.ä. angegeben sind;
- c) den Plan für die Ausnutzung der Grundfonds,²⁾
der die Ausnutzung der Kapazität auch zeitlich bestimmt;
- d) den Plan für die Ausnutzung der Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe;
- e) den Selbstkostenplan,
der auch die Senkung der Selbstkosten des Betriebes sowie für einzelne Erzeugnisse bestimmt;
- f) den technischen Plan,
der den Plan zur Einführung neuer Erzeugnisse und neuer technologischer Prozesse sowie sonstige organisatorisch-technischen Maßnahmen umfaßt;
- g) den Kapazitätsplan,
der die Inbetriebnahme im Laufe der Planperiode erstellter Investitionen regelt und
- h) den Finanzplan."

Der Finanzplan, der die gesamte finanzielle Tätigkeit des Betriebs umfaßt, besteht aus den Hauptabschnitten:³⁾

- (1) Akkumulationsplan,
- (2) Plan für den Bedarf an eigenen Umlaufmitteln und dessen Deckung,
- (3) Kreditplan,
- (4) Bilanz der Einnahmen und Ausgaben des Betriebs.

1) Menz, Gertraud: Die Entwicklung der sowjetischen Besteuerung; Berlin 1960, S.197/198.
2) Zum Begriff des 'Grundfonds', der sich in etwa mit dem des Anlagekapitals deckt, siehe unten S.261.
3) Kamenizer, S.E.: Organisation...; a.a.O., S.463.

Grundlage und Vorstufe der Aufstellung der letztgenannten Bilanz ist die Aufstellung des sogenannten 'Realisierungsplans', in dem festgelegt werden:¹⁾

- "a) die zu realisierenden Erzeugnisse,
- b) ihre Selbstkosten,
- c) der Wert der zu realisierenden Erzeugnisse in Großhandelspreisen des Betriebes,
- d) die Akkumulation aus der Realisierung,
- e) die Verbraucher der zu realisierenden Erzeugnisse...
- f) die Realisierungstermine für jede Warenart."

2.3 Die Bereitstellung der Mittel zur Planausführung.

Um die ihm im Plan gestellten Aufgaben erfüllen zu können, bedarf der Betrieb einer Reihe finanzieller und sachlicher Vorleistungen.

Handelt es sich bei dem Industriebetrieb um eine neuerrichtete Anlage, so erhält er zur Ermöglichung der Produktionsaufnahme im Plan die notwendige materielle Ausrüstung (Grundfonds) in Form von Maschinen, Werkzeugen etc. zugewiesen, die Lieferquellen benannt und gleichzeitig aus dem Staatshaushalt unentgeltlich die notwendigen finanziellen Mittel, um - bei staatlich festgesetzten Verrechnungspreisen - die Produktionseinrichtung kaufen zu können.²⁾

Hat ein bereits bestehender Industriebetrieb im Plan Investitionsanlagen erhalten, so werden ihm gleichfalls die Bezugsquellen genannt und er erhält Anweisungen, woher er die zum Kauf der Investitionsgüter notwendigen Mittel zu nehmen hat. In Frage kommen hierbei ebenfalls Zuweisungen aus dem Staatshaushalt, Verwendung eigener, plangemäß aus früheren Verkaufserlösen zurückbehaltener Mittel (dem Betrieb belassener Gewinn aus früheren Perioden, Mittel aus dem Amortisations- und Betriebsfonds³⁾ etc.) und - in Ausnahmefällen - Kredite der Investitionsbanken.⁴⁾

1) Kamenizer, S.E.: Organisation...; a.a.O., S.480.

2) Voigt, Fritz: Sowjetunion: Wirtschaft: Industrie; in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Band 9, a.a.O., S.363.

3) Zum Begriff des Betriebsfonds siehe unten S.271-272.

4) Vorstehendes nach: Leptin, G.: Methode...; a.a.O., S.36 (Schema) und 43.

Der Betrieb erhält die Auflage, den ihm zugewiesenen Grundfonds wertmäßig auf gleicher Höhe zu halten, d.h. für die 'einfache Reproduktion' Sorge zu tragen. Das geschieht dadurch, daß er Abschreibungen für die technische Abnutzung und den 'moralischen Verschleiß'¹⁾ nach ihm vorgegebenen Sätzen zu bilden hat, die in seine Produktionskosten eingehen und von ihm aus dem Verkaufserlös auszusondern und auf speziellen Konten im Bankensystem gutzubringen sind.²⁾

Neben dem Grundfonds erhält der sowjetische Industriebetrieb zur Bewältigung seiner Produktionsaufgaben einen Fonds an Produktionsumlaufmitteln (Rohstoffe, Material, Brennstoffe, Halbfabrikate etc.) mengenmäßig im Plan zugewiesen.³⁾ Gleichfalls werden ihm die Bezugsquellen vorgeschrieben und die finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt, mit denen er - bei staatlich festgelegten Verrechnungspreisen - die Materialien kaufen kann. Auch diese Mittel hat der sowjetische Industriebetrieb ständig aus dem Erlös seiner Verkäufe auf der gleichen Höhe zu halten. Benötigt der Betrieb darüber hinaus weitere Mittel, um z.B. Saisonvorräte an Rohstoffen einzulagern oder um die Zeit zwischen Warenversand und Geldeingang zu überbrücken, so ist er auf kurzfristige Kredite der Staatsbank angewiesen. Die damit für den Betrieb auftretenden Kreditkosten belasten seinen Erfolg in bezug auf seine 'wirtschaftliche Rechnungsführung';⁴⁾ sie sollen ihm als Ansporn dienen, möglichst rationell zu wirtschaften, Sparsamkeit zu üben und den Warenumsatz zu beschleunigen.⁵⁾ Aus dem gleichen Grund wird die Zuteilung an Produktionsumlaufmitteln relativ knapp gehalten.⁶⁾

2.4 Die Planausführung.

24.1 Vom 'Betriebsplan' zum innerbetrieblichen Plan.

Aufgabe der Betriebsleitung ist es, vor Beginn der Produktionsperiode die dem Betrieb im Betriebsplan gestellten Aufgaben auf

1) Zum Problem des moralischen Verschleißens siehe:Ebenda,S.64-80.

2) Leptin,G.:Methode...;a.a.O.,S.61.Und:...Politische Ökonomie;a.a.O.,S.637.

3) ...Politische Ökonomie;a.a.O.,S.635.

4) Siehe hierzu unten S. 269-274.

5) ...Politische Ökonomie;a.a.O.,S.635.

6) Voigt,F:...Industrie;a.a.O.,S.363.

dessen einzelne Leistungseinheiten zu übertragen, wobei auf deren Koordination besonderer Wert gelegt werden muß. Aus der Vielzahl der Aufgaben der Betriebsleitung bei der "operativen Planung der Produktion"¹⁾ sind zu nennen:

"(a) Die Aufteilung des Produktionsplans auf die Betriebsabteilungen und des Plans der Betriebsabteilungen auf die Fertigungsgruppen, wobei jedem Arbeiter seine Aufgabe gestellt wird;

(b) die Aufstellung eines Monats- und Zehntageplans der Produktion und die Festlegung der Tages- und Schichtaufgaben;

(c) die Bestimmung der Normen, des Produktionszyklus, der Grösse des Vorrats an Einzelteilen für die Weiterverarbeitung und der Partien von Einzelteilen, die sich jeweils in Bearbeitung befinden;

(d) die laufende Regelung der Produktion und der Versorgung der Arbeitsstellen mit Produktionsmitteln und den notwendigen Belegen (technischen Zeichnungen, Fertigungsplänen und dergleichen mehr)." ²⁾

24.2 Die leitenden und mitwirkenden Instanzen und ihre Kompetenzen.

242.1 Der Betriebsdirektor.

Das Problem der systemgerechten und leistungsfähigen Betriebsleitung beschäftigt die Sowjetführung seit der Oktoberrevolution von 1917. Die in den 1920er Jahren praktizierte kollegiale Betriebsführung erfüllte zwar den Zweck, die aus dem Kaiserreich übernommenen Direktoren in jeder Beziehung zu überwachen, erwies sich jedoch schon nach kurzer Zeit als funktionsunfähig. Mit dem Übergang zur zentralgeleiteten Wirtschaft trat an ihre Stelle die 'Ein-Mann-Leitung-und-Verantwortlichkeit' in der Betriebsführung, die sich bis zur Gegenwart erhalten hat.

An der Spitze des sowjetischen Industriebetriebs steht in der Gegenwart meist ein in den Ingenieurwissenschaften ausgebildeter Akademiker, ³⁾ der in der Regel Mitglied der KPdSU ist ⁴⁾ und

1) Kurski, A.: Die Planung...; a.a.O., S.128.

2) Ebenda, S.128. Und: Joffe, J.: Die Planung der Industrieproduktion; Berlin 1948, S.18/19.

3) Granick, David: Der rote Manager; Düsseldorf 1960, S.62.

4) Ebenda, S.310/311.

vor seiner jetzigen Tätigkeit in der praktischen Produktionsarbeit Erfahrungen gesammelt hat.¹⁾ Er verdankt seine Leitungsposition sowohl seinen wirtschaftlichen und technischen Fähigkeiten als auch seiner parteipolitischen Zuverlässigkeit, die meist die Voraussetzung für seinen beruflichen Aufstieg bildet.²⁾

An den Rechten und Pflichten der Betriebsdirektoren und besonders an der Dienstausübungspraxis der letzteren hat sich seit der Einführung der Einmannleitung im sowjetischen Industriebetrieb manche Kontroverse entzündet. Der Betriebsdirektor ist persönlich verantwortlich für die Erfüllung der dem Betrieb auferlegten Pläne und ist befugt, seine ganze Autorität einzusetzen und verbindliche Weisungen an alle Betriebsangehörigen zu geben, damit dieses Ziel erreicht wird. Diese Vollmachten dürfen ihn jedoch nicht dazu bringen, gegen Parteirichtlinien in Verfahrensfragen zu verstoßen, also z.B. sinnvolle Ratschläge von Betriebsgruppen der Partei oder der Gewerkschaft oder von Arbeitern ungeprüft unbeachtet zu lassen. Er soll engen Kontakt 'mit den Massen' und ihren Organisationen halten, um deren schöpferische Mitwirkung zur Verbesserung der Betriebsleistung nutzen zu können.³⁾ Schließlich soll er seine Betriebspolitik zur Planerfüllung mit legalen Mitteln betreiben.

Die Kritik an der Haltung vieler Betriebsdirektoren richtet sich gegen deren Mißachtung der vorgenannten Gebote. Ihnen wird zum Beispiel häufig vorgeworfen, daß sie Anregungen 'von unten' nicht beachteten und selbstherrlich 'regierten'.⁴⁾ Besondere Kritik trifft Betriebsdirektoren, die auf vielen Wegen und mit unerlaubten Manipulationen versuchen, die Planerfüllung ihres Betriebes zu erreichen und die damit verbundene Lei-

1) Granick, D.: Der rote Manager; a.a.O., S. 92-97.

2) Ebenda, S. 168 und 198.

3) Granick, D.: Management...; a.a.O., S. 27/28.

4) O.V.: Den ständigen Produktionskonferenzen ist mehr Aufmerksamkeit zu widmen; in 'Partijnaja Shisnj', Moskau, Nr. 17/1959. Übersetzt und abgedruckt in: 'Ostprobleme', Nr. 22/1959, S. 701. Und: Charitonow, W.: Dem Direktor gefällt es nicht...; in: 'Sowjetskaja Latwija', Riga, 4.9.1959. Übersetzt und abgedruckt in: 'Ostprobleme', Nr. 22/1959, S. 695. Und: O.V.: Rede der Genossin A.M. Rybakowa; in 'Prawda', Moskau, 1.2.1959. Übersetzt und abgedruckt in: 'Ostprobleme', Nr. 4/1959, S. 123/124.

stungsprämie zu erhalten. Genannt werden hier besonders die Taktik des Niedrighaltens der Planaufgaben, die Schaffung von versteckten Zeit- und Materialreserven, Schwarzmarktmanipulationen zur Beschaffung von fehlendem Material auf dem Tauschwege etc.¹⁾

Mit besonderer Entrüstung wendet sich die offizielle Kritik gegen die "verbrecherische Pflichtvergessenheit, (die)... Täuschung und direkte Hintergehung des Staates"²⁾ durch einige Wirtschaftsführer, die durch gefälschte industrielle und finanzielle Arbeitsberichte und betrügerische Produktionsmanipulationen eine - nicht bestehende - Planerfüllung auszuweisen suchen.³⁾⁴⁾

Auf der anderen Seite finden sich viele Stimmen, die eine Stärkung der Stellung der Betriebsdirektoren fordern. Diese sollen in die Lage versetzt werden, Aktivität, Unternehmensgeist und Beweglichkeit im Interesse der Leistungserstellung entfalten zu können.⁵⁾ Hierzu sollen die Verantwortungsbewußten unter ihnen von den Betriebsparteiorganisationen vor kleinlichen Intrigen und Unterstellungen geschützt werden.⁶⁾

Viele Betriebsdirektoren beklagen sich öffentlich, daß man ihnen wohl die Verantwortung für die Planerfüllung überträgt, ihnen aber gleichzeitig durch Planvorschriften und lange Instanzenwege kaum die Möglichkeit gibt, bei Leistungsstörungen schnell reagieren zu können.⁷⁾ Sie fordern u.a. das Recht, frei und von der Bürokratie ungehindert sich ihre Lieferbetriebe selbst aus-

1) Berliner, J.S.: Factory...; a.a.O., S. 75-87, 182-230.

2) Tadewosjan, W.: Die Verantwortung...; a.a.O., S. 276.

3) Ebenda, S. 276. Und: Berliner, J.S.: Factory...; a.a.O., S. 114-181.

4) Daß solche Fälschungen keine Einzelfälle sind, dürfte die Tatsache belegen, daß nach einem Erlaß vom 24.5.1961 ('Gegen Fälscher von Planerfüllungsberichten') solche Tätigkeiten als staatsfeindliche Handlungen anzusehen und die Verantwortlichen mit Freiheitsentzug auf die Dauer bis zu drei Jahren zu bestrafen sind. Quelle: Eitner, Hans-Jürgen: Kreml ahndet falsche Planberichte; in: 'Der Volkswirt', Nr. 30/1961, S. 1505.

5) Hofmann, Werner: Wohin steuert die Sowjetwirtschaft? Berlin 1955, S. 51.

6) O.V.: Der sowjetische Wirtschaftsführer; in: 'Partijnaja Shisnj', Moskau, Nr. 4/1955. Übersetzt und abgedruckt in: 'Ostprobleme', Nr. 21/1955, S. 835.

7) Leonhard, W.: Kreml...; a.a.O., S. 147/148.

suchen und mit ihnen Lieferbedingungen aushandeln und Verträge abschließen zu können, um die Gewähr einer fristgerechten und qualitätsmäßig befriedigenden Zulieferung zu haben.¹⁾

Zum Anwalt der Rechte der Betriebsdirektoren machte sich im Jahre 1955 der damalige Vorsitzende des Ministerrats, Bulganin, in einer grundlegenden Rede, die die geringe Entscheidungsfreiheit der Betriebsdirektoren gut beleuchtet.²⁾

Die seither verfolgte Politik in bezug auf die Stellung der sowjetischen Betriebsdirektoren verläuft zweigleisig. Einmal wird versucht, Betriebsparteiorganisationen, Gewerkschaften und Werktätige stärker als zuvor zur positiven Mitarbeit bei Betriebsentscheidungen heranzuziehen, um unerwünschte Eigenmächtigkeiten von Betriebsdirektoren zu unterbinden und die Produktionsleistungen zu verbessern.³⁾ Daneben ist man bemüht, die Stellung der Betriebsdirektoren grundsätzlich zu stabilisieren. So zeigen die Dokumente der im Jahre 1960 in den einzelnen Unionsrepubliken abgehaltenen Gewerkschaftskongresse deutlich, daß sich die Stellung der Betriebsdirektoren seit 1957 erheblich gefestigt hat: "alle operativ-wirtschaftlichen Befehle der Verwaltung sind für die Arbeiter unbedingt verbindlich, unabhängig davon, welche Stellung sie in Partei-, Gewerkschafts- oder anderen Organisationen einnehmen."⁴⁾

242.2 Der Chefsingenieur und der Hauptbuchhalter

gehören neben dem Betriebsdirektor und seinem Stellvertreter zu den Leitungsorganen im sowjetischen Industriebetrieb.

Dem Chefsingenieur obliegt es, den Arbeitsprozeß zu organisieren und seine technische Durchführung mit dem Ziel der inner-

1) Boettcher, E.: ...Wirtschaftspolitik...; a.a.O., S.191.

2) Bulganin, N.A.: Über die Aufgaben für den weiteren Aufstieg der Industrie, des technischen Fortschritts und einer verbesserter Organisation der Produktion (Rede vor dem Plenum der KPdSU am 4.7.1955); in: Hildebrandt, W. und Böhme, G. (Herausgeber): Die Schwerindustrie...; a.a.O., S.103.

3) Fischer, R.: Die Umformung...; a.a.O., S.76-84. Und: Schwarz, S.: Keine einer Wirtschaftsdemokratie; in: 'Sozialistisches Westnik', New York-Paris, Nr.9/1958. Übersetzt und abgedruckt in: 'Ostprobleme', Nr.9/1959, S.298-301. Und: O.V.: Statut der Gewerkschaften der UdSSR; in: 'Trud', Moskau, 2.4.1959; übersetzt und abgedruckt in: 'Ostprobleme', Nr.9/1959, S.301-303. Und: Lewytskyj, B.: Die gegenwärtige Lage...; a.a.O., S.113-118.

4) Lewytskyj, B.: Die gegenwärtige Lage...; a.a.O., S.115.

betrieblichen Planerfüllung, für die er verantwortlich ist, zu leiten.¹⁾ Neben der Erfüllung der planmäßigen Produktionsleistung hängt es von dem Erfolg seiner Tätigkeit ab, ob die Produktion auch finanziell 'rentabel' ist und ob Pannen, die sich oft planwidrig ohne Verschulden des Betriebes einstellen, durch geschicktes Improvisieren überbrückt werden können.²⁾

Der Hauptbuchhalter, besser als 'Direktor der Finanzen' bezeichnet, hat seine Hauptaufgabe "in der Verwaltung und im Einsatz der nach Plan zugewiesenen Geldmittel entsprechend den hierfür im Plan vorgesehenen Weisungen."³⁾ Sämtliche finanziellen Transaktionen im Betrieb sind von seiner Zustimmung abhängig. Neben seiner Tätigkeit als Chef aller in der Berechnung der Normalarbeit und Entlohnung (Normierer) beschäftigten Angestellten leitet er die Verrechnung mit Liefer- und Abnehmerstellen "und ist der maßgebende Mann, der gegen Fehlkalkulationen im Plan, die mit der Wirklichkeit nicht vereinbar sind, anzukämpfen sowie für zukünftige Planberechnungen Vorschläge auszuarbeiten hat."⁴⁾

242.3 Die Partei- und Gewerkschaftsorganisationen auf Betriebsebene

sollen - wie im vorstehenden Abschnitt dargestellt - aktiven Anteil am betrieblichen Geschehen nehmen. Zu ihren Aufgaben gehören in diesem Zusammenhang:⁵⁾

- (1) Die Überwachung der Korrektheit der Arbeitsweise der Betriebsdirektoren;
- (2) die Vorsorge für das kulturelle und soziale Wohl der Arbeitnehmer; eine Aufgabe, die wie die beiden folgenden hauptsächlich den Gewerkschaften zufallen soll;
- (3) die erzieherische Betreuung der Werktätigen im sozialistischen und kommunistischen Geist;
- (4) die Organisation des 'sozialistischen Wettbewerbs' zwischen den einzelnen Betriebsabteilungen und mit anderen Betrieben;

1) Klinge, W.: Im Räderwerk...; a.a.O., S.104.

2) Ebenda, S.105.

3) Ebenda, S.105.

4) Ebenda, S.105.

5) Nachfolgendes wurde teilweise entnommen aus: O.V.: Statut der Gewerkschaften der UdSSR; a.a.O., S.301-303.

- (5) die aktive Mitwirkung bei der Planerstellung;
- (6) die Heranziehung der Arbeitnehmer zu schöpferischer Mitarbeit bei der Verbesserung der Produktionsleistung des Betriebs. Dies soll entweder durch individuelle Verbesserungsvorschläge seitens der Arbeiter und Angestellten geschehen oder durch die gemeinsame Erforschung von Möglichkeiten zur Leistungssteigerung im Rahmen der - früher nur sporadisch veranstalteten - Produktionskonferenzen,¹⁾ die 1957 zu ständigen Einrichtungen in den Betrieben ('Ständige Produktionsberatungen') gemacht wurden.²⁾

242.4 Die 'Ständigen Produktionsberatungen' in den Betrieben der UdSSR.

Diese finden in über 100.000 Wirtschaftseinheiten des Landes (1961)³⁾ unter Leitung der Gewerkschaften statt. Sie arbeiten "unter breitester Beteiligung der Arbeiter, der Spezialisten und der Angestellten ständig", stehen jeweils unter der Leitung eines Präsidiums und schließen Vertreter der Werksleitungen, der Partei- und Konsomolorganisationen und der Gesellschaften für Wissenschaft und Technik ein.⁴⁾ Sie haben das Recht, an der Erörterung der grundlegenden Fragen der Tätigkeit des Betriebs und der Abteilungen teilzunehmen, sind "beteiligt an der Ausarbeitung und der Diskussion der Entwürfe der laufenden sowie der Perspektiv-Produktionspläne und der Vorschläge zur Verbesserung der innerbetrieblichen Planung, (nehmen) Berichte der Leiter des Betriebs oder der Abteilung über die laufende Arbeit und über die Ergebnisse der wirtschaftlichen Tätigkeit entgegen. In zahlreichen Betrieben behandeln die Produktionsberatungen wichtige Fragen der Organisation der Produktion, der Arbeit, der Entlohnung und der technischen Arbeitsnormung,...der Einführung der neuen Technik, der komplexen Mechanisierung und der Automatisierung der Produktionsprozesse u.s.w."⁵⁾

1) Fischer, R.: Die Umformung...; a.a.O., S. 76-78.

2) Nach einem Beschluß des Dezemberplenums des Zk der KPdSU 1957. Quelle: Schtylko, A.: Wie die Produktionsberatungen entstanden und sich entwickelten; in: (Sammelband, ohne Angabe des Herausgebers): Die ständigen Produktionsberatungen in den Betrieben der UdSSR; Berlin 1961, S. 268.

3) Ebenda, S. 268.

4) Ebenda, S. 268.

5) Ebenda, S. 269.

Nach neuen Informationen, die auf dem Studium der Dokumente der unionsrepublikanischen Gewerkschaftskongresse des Jahres 1960 beruhen, scheinen die 'Ständigen Produktionsberatungen' bereits wieder erstarrt zu sein und sich - wie vorher die nicht ständigen Produktionskonferenzen - "in eine rein formelle, für die Arbeitnehmer uninteressante Angelegenheit verwandelt zu haben."¹⁾

Als Gründe hierfür werden die Stärkung der Stellung des Betriebsdirektors seit 1957 und die Tatsache genannt, daß das Bestreben nach einer vorzeitigen Erfüllung des Siebenjahresplans der Sowjetführung zur Zeit wichtiger sei als Experimente zur Erhöhung der Rolle der Werktätigen bei der Wirtschaftsleitung.²⁾

24.3 Die Betriebsautonomie in den Grenzen des Plans: die 'Wirtschaftliche Rechnungsführung' und das 'Prinzip der materiellen Interessiertheit'.

In der Erkenntnis, daß eine reine Befehlswirtschaft, in der den wirtschaftenden Einheiten periodisch allumfassende Leistungsaufgaben streng verbindlicher Art erteilt werden, beim Fehlen eines ausgebildeten 'sozialistischen Bewußtseins' nicht in der Lage ist, das Interesse der arbeitenden Menschen an einer Leistung über die Zwangsaufgaben hinaus zu wecken, und im Wissen um die Notwendigkeit der Mobilisierung aller im Menschen ruhenden schöpferischen Kräfte für eine sich schnell entwickelnde Volkswirtschaft, hat die Führung der Sowjetunion das Leitungssystem für die Wirtschaftseinheiten in fast allen Zweigen der Volkswirtschaft zweiseitig gestaltet. So erhalten die Industriebetriebe einmal eine Vielzahl verbindlicher Planaufgaben,³⁾ zum anderen haben sie im Rahmen dieser Aufgaben eine Autonomie der Wirtschaftsführung, durch die sie - im eigenen Interesse und damit zugleich in dem des Staates - ihre Arbeit selbständig organisieren und - im Falle des Erfolgs - ihren materiellen Wohlstand und den ihrer Beschäftigten aus eigener Kraft steigern können. Zunächst ein Beispiel für die Plandaten des sowjetischen Industriebetriebs.

1) Lewytskyj, B.: Die gegenwärtige Lage...; a.a.O., S. 115.

2) Ebenda, S. 115.

3) Siehe hierzu oben S. 260-262.

Ihm werden die zu erstellenden Produktionsmengen, differenziert nach einzelnen Güterarten und -qualitäten, vorgegeben. Durch die Festlegung der Löhne, der Materialverbrauchsnormen, der Preise für die zur Erstellung der Produktionsleistung erforderlichen Vorlieferungen etc. sind damit seine Produktions-selbstkosten fixiert. Daneben hat der Betrieb eine Abführung an Sozialversicherungsbeiträgen für seine Beschäftigten in Form einer Lohnsummensteuer (als Prozentsatz von der Gesamtsumme der Löhne) zu leisten.¹⁾

Ferner sind dem Betrieb vorgegeben die Preise für die von ihm zu realisierenden Produkte und deren planmäßige Mengen, damit sein Verkaufserlös. Die Spanne zwischen diesem und den Selbstkosten bildet die sogenannte Akkumulation des Betriebs.²⁾ Diese steht dem Staat als dem Eigentümer des Betriebs zu und er verfügt über sie entsprechend dem 'Zwei-Kanäle-System'.³⁾

Den ersten 'Kanal' bildet die sogenannte Umsatzsteuer, die neben ihrer Funktion als wichtigste Einnahmequelle des Staates auch ordnungspolitische Aufgaben zu erfüllen hat. Sie wird in der Hauptsache von Betrieben der Konsumgüterindustrie erhoben,⁴⁾ und zwar zu für die einzelnen Produktarten unterschiedlichen Sätzen.⁵⁾ Die in kurzen Abständen an den Staat abzuführende Umsatzsteuer⁶⁾ bemisst sich nach dem Planumsatz, ohne Rücksicht auf die tatsächlichen Selbstkosten des Betriebs.⁷⁾ Ordnungspolitisch hat die Umsatzsteuer die Funktion, einen Ausgleich zu schaffen zwischen den vom Staat festgelegten Produktionspreisen der Konsumgüter und deren - im Interesse der beschleunigten wirtschaftlichen Entwicklung wesentlich höher angesetzten Verteilungspreisen. Die sowjetische Umsatzsteuer wirkt somit nicht auf die Preishöhe ein, sondern richtet sich nach dieser.⁸⁾

1) Ozolins, Eizens-Adrians: Die Entwicklung des Steuersystems der UdSSR; Frankfurt a.M. 1960, S. 25.

2) Menz, G.: Die Entwicklung...; a.a.O., S. 170.

3) Ebenda, S. 170.

4) Ebenda, S. 173.

5) Ebenda, S. 174.

6) "Die Umsatzsteuer wird... z.B. in der Nahrungsmittelindustrie... täglich, bei anderen Industriezweigen alle 5-10 Tage über die Banken an den Staat abgeführt. Quelle: Klinge, W.: Im Räderwerk...; a.a.O., S. 62.

7) Birman, A.M.: Die Finanzen der Wirtschaftszweige der UdSSR-Teil I: Industrie; Berlin 1956, S. 86.

8) Hedtkamp, Günter: Das Steuersystem im Dienste der sowjetischen Staats- und Wirtschaftsordnung; in: 'Finanzarchiv' N.F., Nr. 2/1960, S. 193/194 und 198.

Den zweiten 'Kanal' bildet der dem Betrieb vorgegebene Plan-
gewinn, der gleichfalls dem Staat von den staatlichen Betrie-
ben zur Verfügung zu stellen ist. Er ergibt sich als Differenz
zwischen dem Verkaufserlös des Betriebs und den Produktions-
selbstkosten, der Lohnsummensteuer und der Umsatzsteuer.¹⁾
Der Staat verfügt über den Betriebsgewinn entsprechend sei-
nen langfristigen Planungen. In der Regel ist ein Teil des
Gewinns an den Staatshaushalt abzuführen, ein anderer Teil
wandert in den 'Betriebsfonds',²⁾ weitere Teile können dem
Betrieb für planmäßige Umlaufsmittelerhöhungen verbleiben
oder fließen den Investitionsbanken zu, falls sie für plan-
mäßige Investitionen im Betrieb in späteren Perioden benutzt
werden sollen.³⁾

Die vorstehend dargelegten Daten des Betriebs bilden einen
Rahmen, innerhalb dessen ihm eine vermögensmäßige und opera-
tive Selbständigkeit verbleibt, die in der Sowjetunion als
das Prinzip der 'Wirtschaftlichen Rechnungsführung' (Chos-
rastschot) bezeichnet wird.⁴⁾ Diese Betriebsführungsweise wur-
de bereits im Jahre 1921 auf dem Allunionskongreß der KPR(B)
als die notwendige Grundlage der Führung der gesamten staat-
lichen Industrie in Sowjetrußland bezeichnet, hat jedoch
erst seit dem Übergang der UdSSR zur zentralgeplanten Wirt-
schaft ihre eigentliche Bedeutung erlangt.⁵⁾

Die 'Wirtschaftliche Rechnungsführung' basiert im Prinzip auf
der Erkenntnis, daß man den arbeitenden Menschen zu Leistungs-
steigerungen veranlassen kann, wenn man diese für ihn mate-
riell (=finanziell) attraktiv macht (Prinzip der materiellen
Interessiertheit).

Die praktische Verwertung dieser Erkenntnis in der sowjeti-
schen Wirtschaftslenkung geschieht auf folgende Weise: Der
sowjetische Industriebetrieb erhält vom Plan diktiert, 'was'
geschehen soll. Ihm werden 'eigene' finanzielle Mittel zuge-
teilt, die es ihm ermöglichen, diesen Auflagen gerade nachzu-

1) Menz, G.: Die Entwicklung...; a.a.O., S. 181.

2) Zum Begriff des 'Betriebsfonds' siehe unten S. 272-274.

3) Leptin, G.: Methode...; a.a.O., S. 36.

4) Förster, Wolfgang: Chosrastschot-wirtschaftliche Rechnungs-
führung in der UdSSR; in: 'Osteuropa-wirtschaft', Nr. 2/1956,
1957, S. 109.

5) Ebenda, S. 107/108.

kommen. Das 'Wie' der Mittelverwendung ist ihm überlassen, allerdings mit der Einschränkung, daß er für die Erfüllung aller ihm übertragenen Verpflichtungen voll verantwortlich bleibt.¹⁾ Der Betrieb wird nun versuchen, mit diesen Mitteln ein möglichst großes Ergebnis zu erstellen oder die Planaufgaben mit geringeren als den ihm vorgegebenen Mitteln zu erfüllen. Gelingt ihm dies, so vergrößert sich sein Gewinn über die Gewinnaufgabe hinaus. Von diesem Überplangewinn verbleibt ihm ein beträchtlicher Teil, den er für Prämien an die Beschäftigten oder zur Erstellung von kulturellen oder sozialen Anlagen für die Belegschaft verwenden darf.²⁾

1) Förster, Wolfgang: Chosrastschot-wirtschaftliche Rechnungsführung in der UdSSR; in: 'Osteuropa-Wirtschaft'...; a.a.O., S. 109.

2) Hierzu ein Beispiel. Ein sowjetischer Industriebetrieb hat für die kommende Wirtschaftsperiode seine Planaufgaben erhalten, daneben eine finanzielle Gutschrift bei der Staatsbank, die die Finanzierung der ihm vorgegebenen Aufgaben ermöglicht. Der Betriebsleiter sowie alle Beschäftigten sind zunächst daran interessiert, den Plan zu erfüllen, um den planmäßigen Gewinn zu erzielen, von dem dem Betrieb - je nach Wirtschaftszweig - 1% bis 6% für interne Zwecke verbleiben, quasi als Belohnung für die Planerfüllung. Danach wird der Betrieb nach Möglichkeit versuchen, einen Überplangewinn zu erreichen. Dieser kann erzielt werden, indem der Betrieb entweder

- (1) die Ist-Selbstkosten unter die Soll-Selbstkosten drückt, oder
- (2) mit den vorhandenen Mitteln eine Mehrproduktion realisiert.

Die Betriebsleitung kann diesen Erfolg in beiden Fällen dadurch erzielen, daß sie das 'Prinzip der materiellen Interessiertheit' nach unten anwendet: für besondere Produktionsleistungen oder für geeignete Vorschläge der Beschäftigten zur Kostensenkung kann sie finanzielle Prämien gewähren, die einen Anreiz zu weiterem Durchdenken der Produktionsprobleme bilden.

Ist es dem Betrieb gelungen, einen überplanmäßigen Gewinn zu erzielen, so geht ein Teil davon an den Staat. Zwischen 50% (metallurgische Industrie) und 20% (Nahrungsmittelindustrie) verbleiben dem Betrieb, der diese Mittel seinem 'Betriebsfonds' zuführt. Die in diesem gesammelten Mittel sollen u.a. für die Verbesserung der kulturellen und materiellen Lebensbedingungen der Beschäftigten verwandt werden. Zur Zeit ist festgelegt, daß aus dem Betriebsfonds mindestens 20% für Maßnahmen, die der Einführung der 'neuen Technik' dienen, verwendet werden sollen, mindestens 40% für den Wohnungsbau und bis zu 40% für Einzelprämierungen.

Quellen: Menz, G.: Die Entwicklung...; a.a.O., S. 182. Und: Gebhard, Werner: Probleme des technischen Fortschritts in der sowjetischen Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspraxis; in: 'Osteuropa-Wirtschaft', Nr. 1/1961, S. 43.

Eine Beurteilung des Prinzips der 'Wirtschaftlichen Rechnungsführung' aus theoretischer Sicht muß zu der Frage Stellung nehmen, ob seine Einführung eine Durchbrechung des absoluten Zentralverwaltungsprinzips bedeutet. Diese viel diskutierte Frage¹⁾ ist wohl bejahend zu beantworten, was zeigt, daß es der Sowjetführung im Grunde nicht so sehr auf die Verwirklichung einer durchgängigen theoretischen Konzeption ankommt, sondern in erster Linie auf die Ergebnisse, die ein bestimmtes Vorgehen bewirkt. An einzelnen Grundvorstellungen, die den Hauptinhalt ihres gesellschaftlichen Dogmas bilden, hält sie dagegen unbeirrbar fest. Daß es ihr mit der Einführung des 'Chosrastschot'-Prinzips gelungen ist, die Zügel einer straffen Wirtschaftslenkung in der Hand zu behalten und gleichzeitig größere Erfolge zu erzielen als mit der Verwirklichung starrer Doktrinen, ist wohl nicht zu bezweifeln. Förster stellt anhand eingehender Untersuchungen fest, daß es durch die Einführung der Chosrastschot-Maßnahmen bisher wenigstens teilweise erreicht werden konnte, "die Reibungsverluste zu kompensieren, die aus dem starren Zentralverwaltungskonzept resultieren", bemerkt aber gleichzeitig, es sei mit ihrer Hilfe nicht gelungen, das Potential zu erweitern.²⁾

Auf eine Kehrseite des Problems sei hierzu abschließend noch hingewiesen. Die Betriebe werden im Normalfalle nicht geneigt sein, die Planübererfüllung - trotz eventuell gegebener Möglichkeiten - zu stark zu forcieren, da sie sonst höhere Planaufgaben für die kommende Periode zu erwarten haben.³⁾ Außerdem werden seit der Einführung der 'Wirtschaftlichen Rechnungsführung' von allen Beschäftigten eines Betriebes - vom Betriebsdirektor bis zum Arbeiter - Anstrengungen unternommen, die Planaufgaben nach Möglichkeit von vornherein nach unten zu drücken, um spätere Reserven zu haben, falls sich Leistungsstörungen irgendwelcher Art ergeben, oder um für spätere Perioden Materialreserven ansammeln zu können, die in den offiziellen Leistungsberichten nicht erwähnt werden.⁴⁾

1) Hierzu u.a.: Förster, W.: Chosrastschot...; a.a.O., S. 110. Und: Granick, D.: An Organizational Model of Soviet Industrial Planning; in: 'The Journal of Political Economy', Nr. 2/1959, S. 122-124.

2) Förster, W.: Chosrastschot...; a.a.O., S. 112.

3) Berliner, J.S.: Factory...; a.a.O., S. 78/79.

4) Ebenda, S. 76/77.

Die in der sowjetischen Wirtschaftsliteratur häufig anzutreffenden Klagen über die schlechte Qualität der abgelieferten Erzeugnisse sind gleichfalls aus dem Willen der Industriebetriebe zu erklären, den Plan unter allen Umständen wenigstens mengenmäßig zu erfüllen und aus dem eingesparten Material überplanmäßige Produktionsleistungen zu erzielen. Die vielseitigen Abwehrmaßnahmen des Handels hiergegen bestätigen die Häufigkeit der bestehenden Mängel.¹⁾

2.5 Bezugs- und Absatzprobleme des sowjetischen Industriebetriebs.

Die meisten sowjetischen Industriebetriebe sind zur Erfüllung ihrer Planaufgaben auf Zulieferungen von anderen Betrieben angewiesen, die ihnen genannt werden. Sie erhalten die finanziellen Mittel, um die benötigten Vorprodukte zum Planpreis kaufen zu können. Die Abhängigkeit von Zulieferbetrieben, die damit gegeben ist, erweist sich dann als problematisch und kann schwerwiegende Folgen für die Regelmäßigkeit ihrer eigenen Planerfüllung haben, wenn die Vorlieferungen nicht in den vorgegebenen Fristen, Mengen und Qualitäten eingehen.

Da der vorgeschriebene Behördenweg zur Reklamation oft langwierig ist, versuchen viele Industriebetriebe, mit Hilfe von 'Vertretern', die mit unplanmäßigen Geldmitteln von der Betriebsleitung ausgestattet sind, eine Beschleunigung der Zulieferung zu erreichen, oder die erforderlichen Materialien 'schwarz' zu beschaffen,²⁾ eine Tätigkeit, die offiziell streng verurteilt wird,³⁾ aber in den meisten Fällen keine für die Verantwortlichen nachteiligen Folgen hat, da hierdurch meist die Planerfüllung gewährleistet wird.

In neuester Zeit sind viele Industriebetriebe der Sowjetunion dazu übergegangen, soviel wie möglich an notwendigen Materialien, Ersatzteilen etc. in angegliederter Einzelfertigung selbst herzustellen. Auch dieses Vorgehen gilt als illegal, wird jedoch meist übersehen.⁴⁾

- 1) Lifiz, M.M.: Die Wechselbeziehungen zwischen Industrie und Handel in der Wirtschaft der UdSSR; in: 'Der Handel', Nr. 2/1960, S. 80-84.
- 2) Hierzu: Boettcher, E.: ... Wirtschaftspolitik...; a.a.O., S. 173/174. Und: Berliner, J.S.: Factory...; a.a.O., S. 209-224. Und: Mehnert, K.: Der Sowjetmensch; a.a.O., S. 144-148.
- 3) Mehnert, K.: Der Sowjetmensch; a.a.O., S. 149.
- 4) Boettcher, E.: ... Wirtschaftspolitik...; a.a.O., S. 174.

Um die mit dem laufenden Verstoß gegen staatliche Gesetze verbundene Unsicherheit ihrer Position abzubauen, fordern viele sowjetische Betriebsdirektoren, in Übereinstimmung mit offiziellen Stellen, daß die Industriebetriebe die Möglichkeit erhalten sollen, sich ihre Lieferfirmen selbst zu wählen, um die Garantie zu haben, daß sie auch wirklich die Vorprodukte in der notwendigen Qualität und Frist geliefert bekommen. Ferner sollte nach ihrer Meinung kein Betrieb mehr gezwungen werden, qualitativ unzureichende Lieferungen abnehmen und verarbeiten zu müssen.¹⁾

In den Beziehungen der Industrie zum Handel haben sich seit 1953 einige Praktiken des Handels eingebürgert, die dem reinen Mengendenken der Industrie bei der Zulieferung ohne Rücksicht auf die Qualität der Ware Einhalt gebieten sollen. Beispiele hierfür sind das Abnahmeverweigerungsrecht für Waren minderer Qualität, enge Vertragsverbindungen zwischen Handel und Industrie sowie die Gütekontrollen des Handels in der Industrie.²⁾

In neuer Zeit sind weitere Anregungen zu einer Verbesserung der Bezugs- und Lieferbeziehungen in der Wirtschaft gegeben worden. So wird u.a. vorgeschlagen, daß die Betriebe Kataloge der von ihnen zu erzeugenden Produkte herausgeben sollen, die es den Abnehmern ermöglichen, die Erzeugnisse kennenzulernen und auszuwählen, was produziert werden soll.³⁾ Es wird die Forderung nach einem 'Unionsgesetz über Lieferungen'⁴⁾ erhoben. Ferner soll bei Leistungsstörungen dem schuldigen Teil nicht mehr schematisch eine einheitliche Vertragsstrafe auferlegt werden; die Sanktionen sollen vielmehr nach dem Gegenstand der Lieferung, dem Charakter und den Bedingungen des vertraglichen Bezugs, nach der Schuld der Parteien und dem entstandenen Schaden differenziert werden.⁵⁾

1) Boettcher, E.: ...Wirtschaftspolitik...; a.a.O., S. 180/181.

2) Lifiz, M.M.: Die Wechselbeziehungen...; a.a.O., S. 80-84.

3) Chalfina, R.O.: Die Umgestaltung der Leitung der Industrie und die vertraglichen Beziehungen zwischen den sozialistischen Organisationen; übersetzt und abgedruckt in: 'Sowjetwissenschaft-Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge', Nr. 12/1957, S. 1563/1564.

4) Über den neuesten Schritt zur Straffung der Lieferbeziehungen durch gesetzliche Maßnahmen siehe unten S. 332, Fußnote 2.

5) Chalfina, R.O.: Die Umgestaltung...; a.a.O., S. 1565/1566.

2.6 Die Kontrolle der Arbeit des Industriebetriebs und seiner Planerfüllung.

Der sowjetische Industriebetrieb sieht sich einer Vielzahl von Kontrollinstanzen gegenüber, die die Ordnungsmäßigkeit seiner Arbeit zu überwachen beauftragt sind.

Als Kontrollinstanzen fungieren:

die Betriebs- und Gebietsorganisationen der Partei und der Gewerkschaft;

Organe des Staatsapparats (von örtlichen Einheiten bis zur Zentralen Kommission für Staatskontrolle beim Ministerrat der UdSSR);

die Planbehörden;

die Banken sowie

die Finanzbehörden.

Die in der sowjetischen Wirtschaftsliteratur häufig zu findende Kritik an der Arbeit der Kontrollorgane läßt darauf schließen, daß trotz deren Vielzahl eine wirklich effiziente Kontrolle der sowjetischen Industriebetriebe nicht oder nur in größeren Abständen stattfindet. Diese Tatsache dürfte folgende Erklärung finden:

Die Kontrolle durch innerbetriebliche Instanzen (Partei, Gewerkschaft) leidet darunter, daß die mit ihr Beauftragten vor einem Interessenkonflikt stehen: sollen sie vorübergehende Machinationen der Betriebsleitung, die ja meist nur im Interesse der Planerfüllung erfolgen, übersehen und damit ihren Betrieb decken, oder sollen sie Meldungen hierüber nach oben weiterleiten, mit dem Erfolg, daß sie bestenfalls ein Lob erhalten, oft aber als kleinliche Nörgler angesehen werden und das Vertrauen der im Betrieb Beschäftigten verlieren.¹⁾ Im letzteren Falle können sie im allgemeinen nicht mehr damit rechnen, auch weiterhin noch wesentliche Informationen aus dem Betrieb zu erhalten.²⁾

Vor dem gleichen Problem stehen die örtlichen Organe der Partei, der Gewerkschaft und des Staatsapparats. Ihnen wird oft vorgeworfen, daß sie 'lokalistisch' denken und handeln, und

1) Bulganin, N.A.: Über die Aufgaben...; a.a.O., S.120.

2) Siehe hierzu oben S.258/259 und 267/268.

daß ein Einvernehmen zwischen ihnen und der Betriebsführung besteht. Durch großzügige Kontrollen suchen sie häufig 'ihren' Betrieben eine reibungslose Planerfüllung zu ermöglichen, was auch ihre 'Überwachung' der Betriebsgebarung bei übergeordneten Stellen in einem guten Licht erscheinen läßt.¹⁾ Hierzu kommt noch, daß die örtlichen Staats-, Gewerkschafts- und Parteiorgane meist personalmäßig nicht in der Lage sind, fachkundige Kontrollen durchzuführen.²⁾

Die Kontrolle durch die oberen Planbehörden und die Zentrale Kommission für Staatskontrolle, die beide nicht durch örtliche Interessen mit den Betrieben verbunden sind, bietet die Möglichkeit sachkundiger und regelmäßiger Überwachung; meist besteht keine Aussicht für die Betriebe, die Abgesandten der Kontrollorgane in ihrem Sinne beeinflussen zu können.³⁾ Auch an dieser Kontrolltätigkeit wird jedoch von offizieller Seite Kritik geübt: die betreffenden Organe üben die Durchführungskontrolle von Beschlüssen der Partei und der Regierung nur unzureichend aus und beschränkten sich auf umfangreiche Berichte über offenkundige Mängel.⁴⁾

Als ein ideales Kontrollinstrument erscheint die Staatsbank.⁵⁾ Sie ist einmal an der Planerfüllung der Betriebe nicht direkt interessiert, hat jedoch eine Vielzahl von Belegen über deren Aktivität zur Verfügung, da alle Finanztransaktionen der Betriebe über die Konten der Staatsbank abzuwickeln sind.⁶⁾ Die Kontroll- und Prüfungseingriffe der Staatsbank erstrecken sich nicht nur auf die zweckgebundene Verwendung der eigenen und fremden Mittel der Betriebe, sondern auch auf die Überprüfung der Rechtmäßigkeit der Ausgaben sowie auf den Stand der Forderungen und Verbindlichkeiten überhaupt. Dazu gehört

1) Berliner, J.S.: Factory...; a.a.O., S. 268-274. Und: Leonhard, W.: Kreml...; a.a.O., S. 404. Und: Tschurajew, W.: Die Staatsinteressen gehen über alles; in: 'Prawda', Moskau, 14.8.1959. Übersetzt und abgedruckt in: 'Ostprobleme', Nr. 22/1959, S. 697/698.

2) Berliner, J.S.: Factory...; a.a.O., S. 282.

3) Ebenda, S. 290.

4) Bulganin, N.A.: Über die Aufgaben...; a.a.O., S. 104.

5) Das Folgende gilt in gleicher Weise für die Investitionsbanken.

6) Berliner, J.S.: Factory...; a.a.O., S. 282. Und: O.V.: Les Méthodes Actuelles...; a.a.O., S. 27/28. Und: Eitner, Hans-Jürgen: Sowjetische Staatsbank lenkt und kontrolliert; in: 'Der Volkswirt', Nr. 45/1960, S. 2466-2468.

auch die generelle Überwachung der Finanzpläne der Betriebe.¹⁾ Diese umfassenden Möglichkeiten der Staatsbank zur Überwachung der Betriebe haben bisher jedoch nicht verhindern können, daß die Betriebe Mittel für die 'Vertreter' freimachen konnten, die im Lande auf der Suche nach Komplementärgütern für die Planproduktion herumreisen und meist gut bezahlt werden.²⁾ Oft werden die Betriebe, die Mittel für außerplanmäßige Zwecke anfordern, von höheren Leitungsstellen gedeckt, wenn diese an der Planerfüllung der Betriebe interessiert sind, so daß der Staatsbank meist kein Weg bleibt, als diesen Wünschen gerecht zu werden.³⁾ Zur Erklärung der oft lässigen Kontrolle durch die Staatsbank kann die Tatsache herangezogen werden, daß diese mit ihren eigentlichen Geschäften voll ausgelastet ist und ein Interesse hat, so wenig wie möglich Kontrollaufgaben auszuführen. Das Ergebnis ist eine 'formalistische' Kontrolle.⁴⁾

Schließlich sind noch die Kontrollen durch die staatlichen Finanzorgane zu erwähnen, die diesen durch die regelmäßige Abführungspflicht der staatlichen Industriebetriebe bei der Umsatzsteuer und den geplanten Gewinnen möglich gemacht wird.

Da die Umsatzsteuer meist bei den Absatzorganisationen der industriellen Großunternehmen und nur selten bei den Produktionsbetrieben direkt erhoben wird, kann deren plangerechte Arbeit nur in Ausnahmefällen nachgeprüft werden.⁵⁾ Das Gleiche gilt für die Gewinnabführungen, die von den Betrieben zunächst an die ihnen übergeordneten Lenkungsorgane gelangen und von diesen an die Finanzbehörden. Diese haben dadurch meist nicht die Möglichkeit, eine Überwachung der internen Finanzgebarung der einzelnen Industriebetriebe vorzunehmen. Dies gilt besonders für die Schwerindustrie, die weitgehend keine Umsatzsteuer zahlt und auch nur geringe Kreditbeziehungen zur Staatsbank unterhält und infolgedessen nur unzureichend von Bank- und Finanzorganen kontrolliert wird.⁶⁾

1) Eitner, H.-J.: Sowjetische Staatsbank...; a.a.O., S. 2467.

2) Mehnert, K.: Der Sowjetmensch; a.a.O., S. 144-149.

3) Berliner, J.S.: Factory...; a.a.O., S. 283.

4) Ebenda, S. 285/286.

5) Menz, G.: Die Entwicklung...; a.a.O., S. 203.

6) Ebenda, S. 203/204.

Seit dem Jahre 1957 wird von offizieller Seite gefordert, die Umsatzsteuer und die Gewinnabführungen direkt bei den Betrieben zu erheben, um den Finanzorganen bessere Aufsichtsrechte über diese zu gewähren.¹⁾

cb) Die Landwirtschaft.

1) Die natürlichen Gegebenheiten.

Im Verhältnis zu der großen räumlichen Erstreckung des Staatsgebiets der UdSSR²⁾ ist die landwirtschaftlich nutzbare Fläche relativ gering. Bodenbeschaffenheit und Klima bewirken, daß nur etwa 10% des Landes für die Ackerwirtschaft in Betracht kommen und weitere 18% als Wiesen und Weiden für die Viehwirtschaft - allerdings teilweise nur in beschränktem Umfang - genutzt werden können.³⁾

Trotz des Vorherrschens des Flachlandes⁴⁾ und der Mannigfaltigkeit der Bodengestaltung sind die meisten Bodenzonen der UdSSR für eine landwirtschaftliche Nutzung nicht oder nur bedingt geeignet: langperiodische Vereisung, Vermoorung, ständige Überfeuchtung, Versalzung, geringer Humusgehalt, Oberflächenverkrustung, Bedeckung mit lockeren Sandmassen und Erosionsgefährdung sind - für jeweils bestimmte Gebiete zutreffend - die Haupthindernisgründe.⁵⁾

Hierzu kommen die besonderen klimatischen Verhältnisse in den einzelnen Regionen der Sowjetunion: Das Überwiegen des kontinentalen Klimas bewirkt in einigen Landesteilen harte und lange Winter, in anderen sehr warme Sommer, wobei in den meisten der für den Landbau wichtigen Gebiete die jährliche Niederschlagsmenge - wie saisonal auch die Temperaturen - stark schwankt und oft zu gering ist.⁶⁾

1) Menz, G.: Die Entwicklung...; a.a.O., S. 203/204.

2) 22,4 Mio. Quadratkilometer, rund ein Sechstel der Erdoberfläche. Quelle: ... Statistisches Jahrbuch... 1961; a.a.O., S. 24*

3) Rochlin, R. P.: Agrarpolitik und Agrarverfassung der Sowjetunion; Berlin 1960, S. 7.

4) Leimbach, W.: Sowjetunion: Demographisch-geographische Grunddaten: Land; in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Band 9; a.a.O., S. 312.

5) Rosow, N. N.: Die Natur: Die Böden; in: Die UdSSR, Enzyklopädie...; a.a.O., S. 77-84.

6) Leimbach, W.: ... Land; a.a.O., S. 313. Und: Rochlin, R. P.: Agrarpolitik...; a.a.O., S. 7/8. Und: Boettcher, E.: ... Wirtschaftspolitik...; a.a.O., S. 118.

Neben dem Problem des in einigen Regionen sehr niedrigen Grundwasserspiegels¹⁾ sind für den größten Teil der sowjetischen Landwirtschaft "die durch klimatische und Bodenverhältnisse bedingten kurzen Vegetationszeiten...typisch...,die einen besonders hohen Arbeitsaufwand in knapper Frist erfordern."²⁾

Die natürlichen Schwierigkeiten, die sich der sowjetischen Landwirtschaftspolitik seit 1954 bei ihrer Neulandgewinnungsaktion und bei der Verwirklichung ihres Maisprogramms entgegengestellt haben,³⁾ zeigen, welche engen Grenzen die natürlichen Gegebenheiten, besonders Bodenbeschaffenheit und Klima, in der Sowjetunion landwirtschaftlichen Expansionen und Umstrukturierungen ziehen. Dennoch sieht Schiller⁴⁾ für das Gebiet der UdSSR noch größere Möglichkeiten für eine räumliche Ausdehnung der Landwirtschaft, sofern alle Erkenntnisse moderner Agrartechnik angewendet werden.⁵⁾

2) Der Status der russischen Landwirtschaft vor der Oktoberrevolution von 1917.⁶⁾

Die im Jahre 1861 erfolgte Befreiung der Bauern aus der Leibeigenschaft führte nicht zu einer sozialen Befriedung der Bauernschaft, weil u.a. die Landzuteilungen unzureichend waren, und die Position der Großgrundbesitzer weiterhin stark blieb.⁷⁾ Außerdem wurde auch nach dieser Reform - hauptsächlich aus administrativen Gründen⁸⁾ - die besonders für die landwirtschaftliche Organisation im europäischen Rußland typische Mir-Verfassung⁹⁾ beibehalten, was sich in der Folgezeit, in

1) Boettcher,E.:...Wirtschaftspolitik...;a.a.O.,S.118.

2) Rochlin,R.P.:Agrarpolitik...;a.a.O.,S.8.

3) Schiller,Otto:Die neuen Agrarpläne der Sowjetunion in klimatologischer und agronomischer Sicht;in:'Osteuropa-Wirtschaft',Nr.1/1956,S.41-50.Und:Schiller,Otto:Die Mißerfolge im sowjetischen Agrarprogramm;in:'Agrarwirtschaft',Nr.9/1961,S.293/294.

4) Schiller,Otto:Das Agrarsystem der Sowjetunion;Tübingen 1960,S.90/91.

5) Ebenda, S.91,93-99.

6) Siehe hierzu auch oben S.213/214.

7) Schiller,O.:Das Agrarsystem...;a.a.O.,S.10.

8) Ebenda, S.11.

9) Hierzu siehe oben S.206/207.Und:Rochlin,R.P.:Agrarpolitik...;a.a.O.,S.9.Und:Schiller,O.:Das Agrarsystem...;a.a.O.,S.11-13.Und:Schiller,O.:Sowjetunion:Wirtschaft:Landwirtschaft;in:Handwörterbuch der Sozialwissenschaften;Band 9;a.a.O.,S.354.

Verbindung mit den Auswirkungen der Aufhebung der Leibeigenschaft und der starken Bevölkerungszunahme,¹⁾ außerordentlich nachteilig auf die Arbeits- und Lebensbedingungen des größten Teils der russischen Bauernschaft auswirkte. Neben die vielfach als drückend empfundene Ablösungslast trat eine ständige Verringerung des auf die einzelnen Bauernfamilien entfallenden Bodenanteils, wodurch viele der 'befreiten' Bauern veranlaßt wurden, als Landarbeiter auf den großen Gutshöfen zu arbeiten und sich damit wiederum in eine ökonomische Abhängigkeit zu begeben.²⁾

Weitere Charakteristika der russischen Landwirtschaft gegen Ende des 19. Jahrhunderts waren die fortschreitende Bodenzer-splitterung, der Verfall der Großfamilien in kleinere Einheiten, die 'unsichtbare Arbeitslosigkeit' und der Kapitalmangel der meisten Betriebe.³⁾ Die periodischen Landumverteilungen im Mir bewirkten, daß die Bauern kein Eigentumsinteresse an den von ihnen bebauten Ländereien hatten und dementsprechend wirtschafteten.⁴⁾

Neben den genannten Erscheinungen zeigte sich bereits seit den 1860er Jahren ein Fortschreiten der sozialen Differenzierung in der russischen Bauernschaft: Während sich die Lage der Klein- und Mittelbauern verschlechterte, vergrößerte sich der Wohlstand derjenigen, die sich nach der Aufhebung der Leibeigenschaft größere Areale hatten überschreiben lassen und durch eine wirtschaftliche Betriebsführung in der Lage waren, ihre beträchtlichen Schuldenlasten abzutragen und zum Teil noch weitere Ländereien zu pachten.⁵⁾

Dieser Prozeß setzte sich fort, als ab 1906 durch die Landreform unter Stolypin ein Ausscheiden aus dem Mir, eine Übernahme von Land in größeren Einheiten in Privateigentum und eine Aussiedlung aus der Gemengelage in größerem Umfange möglich wurde.⁶⁾

1) Die Geburtenziffern stiegen zeitweise auf über 60 v.T.
Quelle: Boettcher, E.: ...Wirtschaftspolitik...; a.a.O., S. 119.

2) Ebenda, S. 119/120.

3) Rochlin, R. P.: Agrarpolitik...; a.a.O., S. 10. Und: Schiller, O.: Das Agrarsystem...; a.a.O., S. 12.

4) Boettcher, E.: ...Wirtschaftspolitik...; a.a.O., S. 119.

5) Ebenda, S. 120.

6) Rochlin, R. P.: Agrarpolitik...; a.a.O., S. 9/10. Und: Schiller, O.: Das Agrarsystem...; a.a.O., S. 12/13.

Etwa 4,5 Millionen Bauern nutzten bis 1915 diese Chance:¹⁾ in Rußland begann eine neue Schicht von Großbauern mit leistungsfähigen Betrieben zu entstehen.²⁾ Die Bedeutung der Umverteilungsgemeinde (Mir) verringerte sich entsprechend: ihren Bindungen unterlagen Ende 1915 nur noch weniger als die Hälfte der bäuerlichen Betriebe im europäischen Rußland.³⁾

Die Masse der Landbevölkerung wurde von diesen Umstrukturierungen jedoch nicht berührt: sie verblieb in mißlichen ökonomischen Verhältnissen und zeigte ihre Unzufriedenheit in häufigen Unruhen, die sich in erster Linie gegen die großen Gutsherren richteten.⁴⁾

Im Jahre 1913 befanden sich 41 % der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche in den Händen der Krone, der Kirche und der Gutsherren, 22 % besaßen die wohlhabenden Bauern (15 % der Bauernwirtschaften) und 37 % die Klein- und Mittelbauern (85 % der Bauernwirtschaften).⁵⁾

Nach der Februarrevolution von 1917 erhöhte sich die Zahl der Bauernunruhen und ihre Heftigkeit: der Landhunger der Klein- und Mittelbauern begann sich offen auf die Übernahme der 'herrschaftlichen Böden' zu richten.⁶⁾ Trotz der zeitweise starken Beteiligung der auf die Landbevölkerung gestützten Partei der Sozialrevolutionäre an der Provisorischen Regierung unternahm diese jedoch keine wesentlichen Schritte zur Lösung der Agrarfrage.⁷⁾ Diese Aufgabe begannen die Bolschewiki dagegen sofort nach ihrer Machtübernahme anzupacken.

3) Die Grundidee der Bolschewiki in bezug auf die Ordnung der Landwirtschaft.

Die Stellungnahme Lenins zur Agrarfrage und seine Konzeption zur Umgestaltung der Landwirtschaft auf dem Wege zum Sozialismus basieren auf Äußerungen von Marx und Engels, die allerdings

1) Schiller, O.: Das Agrarsystem...; a.a.O., S. 12/13.

2) Boettcher, E.: ...Wirtschaftspolitik...; a.a.O., S. 120. Und: Rochlin, R.P.: Agrarpolitik...; a.a.O., S. 10.

3) Schiller, O.: Das Agrarsystem...; a.a.O., S. 13.

4) Rochlin, R.P.: Agrarpolitik...; a.a.O., S. 11.

5) Ebenda, S. 11 und: Karawajew, A.A.: Die Landwirtschaft; in: Die UdSSR, Enzyklopädie...; a.a.O., S. 387.

6) Rochlin, R.P.: Agrarpolitik...; a.a.O., S. 11.

7) Ebenda, S. 11.

in den meisten Fällen nicht speziell die Landwirtschaft betreffen. Er entnimmt ihnen den Hinweis, daß nach der 'Expropriation der Expropriateure' die Arbeitsmittel nur noch gemeinsam verwendet werden und im Eigentum der Gesellschaft stehen, daß die "primitiven zersplitterten Kleinbetriebe...durch die vervollkommnete kollektive Arbeit" ersetzt werden, d.h., der auf der Grundlage einer "bewußten technischen Anwendung der Wissenschaft" operierende sozialistische Großbetrieb wird auch in der Landwirtschaft dominieren.¹⁾

Auf dem Wege zu diesem Ziel liegen nach Lenin zwei Revolutionen: eine bürgerlich-demokratische und eine sozialistische. Zur Erreichung der ersteren sei ein Bündnis des Proletariats mit der Bauernschaft notwendig: ohne diese "wäre es um die Sache der 'Behauptung der Macht' hoffnungslos bestellt."²⁾ Der Erfolg der bürgerlich-demokratischen Revolution hat nach Lenin den Übergang des ganzen Grund und Bodens an die Bauern und damit implicite die Enteignung der Ländereien der Grundherren zum Ergebnis.³⁾ In soweit müßten die Bauern die volle Unterstützung des Proletariats finden,⁴⁾ nicht jedoch bei einer Verteilung des konfiszierten Landbesitzes auf eine Vielzahl bäuerlicher Kleinwirtschaften.⁵⁾

Die bürgerlich-demokratische Revolution ist nach Lenin die Basis für die spätere sozialistische Revolution, die sofort dann begonnen wird, wenn das Proletariat genügend gestärkt ist:⁶⁾

In dieser erneuten Revolution hat das Proletariat die Aufgabe, die Klassen Gegensätze innerhalb der Landwirtschaft aufzudecken und die Teile der Landbevölkerung zu bekämpfen, die antiproletarisch sind.⁷⁾ Die proletarischen Elemente in Stadt und Land

1) Verstanden nach: Lenin, W.I.: Karl Marx (Aufsatz, veröffentlicht 1914); in: Lenin, W.I.: Marx, Engels, Marxismus; 2. deutsche Ausgabe, Moskau 1947, S. 31. Und: Marx, K.: Das Kapital; Band 1, a.a.O., S. 332, 333.

2) Lenin, W.I.: Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der Demokratischen Revolution (Veröffentlicht August 1905); in: Lenin, W.I.: Ausgewählte Werke in zwei Bänden; Band I, deutsch Moskau 1946, S. 483.

3) Ebenda, S. 528.

4) Lenin, W.I.: Das Verhältnis der Sozialdemokratie zur Bauernbewegung (Veröffentlicht September 1905); in: Lenin, W.I.: Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Band I; a.a.O., S. 540.

5) Ebenda, S. 540.

6) Ebenda, S. 541.

7) Ebenda, S. 540/541.

schließen sich zu diesem Zweck zusammen und eliminieren die Bourgeoisie im Dorf.¹⁾

Die Kleinbauern sind nach Lenin - in Übereinstimmung mit der Meinung von Engels²⁾ - eher Subjekte als Objekte dieser Politik, die Mittelbauern sind zunächst zu schonen; sie sollen die Möglichkeit erhalten, sich freiwillig für den Sozialismus zu entscheiden.³⁾ Beide Gruppen sollen durch Überzeugung und beispielhafte Belehrung⁴⁾ freiwillig veranlaßt werden, sich genossenschaftlich zu landwirtschaftlichen Großbetrieben zusammenzuschließen, die die Elemente der Landwirtschaft im Sozialismus bilden werden.⁵⁾

Die politischen Forderungen Lenins in bezug auf die Landwirtschaft, wie er sie kurz vor der Oktoberrevolution aufstellte, und die Landwirtschaftspolitik seiner Regierung nach der Machtübernahme entsprachen voll und ganz dem vorstehenden Konzept.⁶⁾

Die dargestellte Grundidee Lenins hinsichtlich der Entwicklung der Landwirtschaft von Kapitalismus zum Sozialismus und weiter

- 1) Unter anderem in: Lenin, W.I.: Bericht über die Lage auf dem Lande (anlässlich des VIII. Parteitages der KPR(B), erstattet am 23. März 1919); in: Lenin, W.I.: Werke (deutsche Ausgabe) Band 29; a.a.O., S. 189.
- 2) Engels, Friedrich: Die Bauernfrage in Frankreich und Deutschland; in: 'Neue Zeit', 1. Band, 1894/95, S. 301/302. Wörtliche Teilwiedergabe in: Lenin, W.I.: Karl Marx; a.a.O., S. 34.
- 3) Lenin, W.I.: Bericht über die Lage...; a.a.O., S. 190-192.
- 4) So zum Beispiel durch die Anlage von staatlichen landwirtschaftlichen Musterwirtschaften auf Teilen des ehemaligen 'Herrschaftslandes'.
- 5) Lenin, W.I.: Rede auf der I. Gesamtrussischen Konferenz über die Parteiarbeit auf dem Lande (gehalten am 18. November 1919); in: Lenin, W.I.: Werke (deutsche Ausgabe) Band 30, Berlin 1961, S. 131-135.
- 6) So forderte Lenin z.B. bereits im April 1917 die Beschlagnahme der Ländereien der Gutsherren, die Nationalisierung des Bodens, die Errichtung von staatlichen Mustangütern etc. (Quelle: Lenin, W.I.: Über die Aufgaben des Proletariats in der gegenwärtigen Revolution; in: Lenin, W.I.: Ausgewählte Werke in zwei Bänden; Band II, deutsch Moskau 1947, S. 9. Sofort nach der Machtübernahme löste er diese Versprechungen ein. Desgleichen begann die Errichtung der ersten landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften nach der Oktoberrevolution auf völlig freiwilliger Basis (Quelle: Lenin, W.I.: Ökonomik und Politik in der Epoche der Diktatur des Proletariats; in: Lenin, W.I.: Werke (deutsche Ausgabe) Band 30, a.a.O., S. 93.

zum Kommunismus wurde bis zur Gegenwart in ihrem formalen Gehalt nicht angetastet.

Stalin akzentuierte Lenins Lehre von den zwei Revolutionen, als er - nach der Verdrängung seiner politischen Konkurrenten - zur theoretischen Fundierung der Zwangskollektivierung der sowjetischen Landwirtschaftsbetriebe ab 1929 die These von der 'Verschärfung des Klassenkampfes auf dem Dorfe' aufstellte. In der Landwirtschaft habe sich während des NEP eine neue kapitalistisch-großbäuerliche Ausbeuterschicht gebildet, die die ärmeren Bauern unterdrücke und sich offen der völligen sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft widersetze.¹⁾ Die Arbeiterklasse und die Dorfarmut seien deshalb aufzurufen, getreu der Lehre Lenins die antiproletarischen Kräfte auf dem Lande zu bekämpfen und mit den Mitteln des Klassenkampfes die Sozialisierung auch auf dem Dorfe zum Abschluß zu bringen.²⁾

Eine weitere Ergänzung erfährt die Grundidee in bezug auf die Landwirtschaft erst unter Chruschtschow. Dieser präzisiert die Ausführung von Marx³⁾ und Lenin⁴⁾ über den Übergang vom Sozialismus zum Kommunismus hinsichtlich der Landwirtschaft, indem er die Besonderheiten der Verschmelzung von Genossenschaftseigentum und allgemeinem Volkseigentum zu der höheren Form des "einheitlichen kommunistischen Eigentums" herausarbeitet.⁵⁾

1) Stalin, J.W.: Rede auf dem Plenum des Zk der KPdSU(B) im April 1929: Über die rechte Abweichung in der KPdSU(B); in: Stalin, J.W.: Fragen...; a.a.O., S. 282/283.

2) Ebenda, S. 283.

3) Marx, K.: Kritik des Gothaer Programms...; a.a.O., S. 204/205.

4) Lenin, W.I.: Staat und Revolution; a.a.O., S. 76-87.

5) Hierzu u.a.: O.V.: Programm der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (angenommen auf dem XXII. Parteitag der KPdSU -17. bis 31.10.1961 -); in: O.V.: Programm und Statut...; a.a.O., S. 71-81. Und: Chruschtschow, N.S.: Thesen vom 1. März 1958 zum Referat: 'Über die weitere Entwicklung der Kolchosordnung und die Reorganisation der Maschinen-Traktoren-Stationen'. Und: Chruschtschow, N.S.: Referat... Über die Kontrollziffern...; beide wiedergegeben in: Meissner, B.: Rußland unter Chruschtschow; a.a.O., S. 393 bzw. 619/620.

4) Die Ordnung der sowjetischen Landwirtschaft.

4.1 Merkmale und Probleme in der Periode des Übergangs (von der Oktoberrevolution bis zum Beginn der Zwangskollektivierung).

Die agrarpolitische Aktivität der Sowjetführung unter Lenin begann sofort nach ihrer Machtübernahme. Einem Dekret vom 8. November 1917¹⁾ über die Enteignung des Grundbesitzes der Guts-herren, der Krone und der Klöster, die nach dem Willen der Re-gierung in strenger Ordnung unter Aufsicht bäuerlicher Komitees durchgeführt werden sollte,²⁾ folgte am 19. Februar 1918 ein Ge-setz über die Aufhebung des gesamten Privateigentums an Land und Bodenschätzen. Der Grund und Boden ging danach 'für alle Zeiten' in das Eigentum des Staates ('allgemeines Volkseigen-tum') über;³⁾ er sollte nach dem Gleichheitsprinzip allen denen zur Nutzung zugewiesen werden, die imstande waren, ihn ohne Beschäftigung von Lohnarbeitern zu bebauen.⁴⁾ Verkauf oder Ver-pachtung des genutzten Landes sollten ausgeschlossen sein.⁵⁾

Beide vorgenannten Maßnahmen wurden in erster Linie aus takti-schen Erwägungen getroffen und hatten rein deklamatorischen Charakter: Die Führer der Kommunistischen Partei mußten ihre langfristigen Zielsetzungen in bezug auf die Ordnung der Land-wirtschaft vorerst zurückstellen, um die Staatsmacht behaupten zu können. Zu diesem Zweck mußten sie zunächst die landhungri-ge Bauernschaft als die zahlenmäßig bedeutendste Bevölkerungs-gruppe und ihre Vertretung in der Regierung⁶⁾ für sich gewin-nen.⁷⁾ Die geringe praktische Auswirkung der agrarpolitischen Anordnungen der Regierung Lenin geht aus der Tatsache hervor, daß die Bauern, ohne Rücksicht auf die einschränkenden Bestim-mungen des Bodendekrets, die Liquidierung des Großgrundbesitzes eigenmächtig und gewaltsam durchführten und Boden und Inventar

1) Neuer Zeitrechnung.

2) Prokopowicz, S.N.: Rußlands Volkswirtschaft...; a.a.O., S.56.

3) Karawajew, A.A.: Die Landwirtschaft; a.a.O., S.388.

4) Prokopowicz, S.N.: Rußlands Volkswirtschaft...; a.a.O., S.59.

5) Rochlin, R.P.: Agrarpolitik...; a.a.O., S.11.

6) Die Partei der Linken Sozialrevolutionäre.

7) Prokopowicz, S.N.: Rußlands Volkswirtschaft...; a.a.O., S.58-60.

der Grundherren nach ihrem Gutdünken unter sich aufteilten.¹⁾ Die Sowjetmacht konnte wegen ihrer schwachen Position auf dem Lande dem nicht Einhalt gebieten. Die Nationalisierung des Bodens hinderte die Bauern nicht, ihren Landbesitz als ihr Eigentum zu betrachten.²⁾ Die Umstrukturierung der russischen Landwirtschaft während der Periode des Kriegskommunismus wirkte sich äußerst nachteilig auf das Marktangebot an Nahrungsmitteln aus. An die Stelle leistungsfähiger Großbetriebe war eine Vielzahl von Kleinproduzenten getreten, die - infolge der starken Stadtflucht³⁾ und der Tatsache, daß bereits vor der Oktoberrevolution etwa die Hälfte des gutsherrlichen Landes als Pachtland von Einzelbauern bewirtschaftet worden war⁴⁾ - ihre Landanteile nicht wesentlich hatten vergrößern können und zur Marktproduktion keine oder nur geringe Beiträge leisteten.⁵⁾ Auch die seit 1918 entstandenen sozialistischen Betriebsformen in der Landwirtschaft - Staatsgüter und landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften - spielten für die Marktproduktion kaum eine Rolle.⁶⁾

Die Staatsgüter (Sowchosen), in denen die Kommunisten die landwirtschaftliche Organisationsform der Zukunft sahen,⁷⁾ entstanden auf den enteigneten Ländereien, die die Bauern noch nicht unter sich aufgeteilt hatten; trotz ihrer relativ geringen Zahl⁸⁾ gelang es dem Sowjetstaat lange Zeit nicht, sie zweckmäßig zu organisieren,⁹⁾ so daß ihre volkswirtschaftliche Bedeutung gering blieb.

1) Prokopowicz, S.N.: Rußlands Volkswirtschaft...; a.a.O., S. 59, 61-63. Und: Schiller, O.: Das Agrarsystem...; a.a.O., S. 14. Und: Rochlin, R.P.: Agrarpolitik...; a.a.O., S. 12.

2) Rochlin, R.P.: Agrarpolitik...; a.a.O., S. 12. Und: Prokopowicz, S.N.: Rußlands Volkswirtschaft...; a.a.O., S. 60/61.

3) Schiller (Schiller, O.: Das Agrarsystem...; a.a.O., S. 14) nennt einen Rückgang der Zahl der städtischen Bevölkerung von 25,1 Mio. (1916) auf 17,6 Mio. (1920).

4) Ebenda, S. 14.

5) Ebenda, S. 14/15.

6) Ebenda, S. 14.

7) Prokopowicz, S.N.: Rußlands Volkswirtschaft...; a.a.O., S. 65/69.

8) Die vorstehend genannte Quelle macht hierzu folgende Angaben (Sowchosenzahl zum jeweiligen Jahresende): 1918 = 3101; 1919 = 3547; 1920 = 4392; 1921 = 4316. Siehe: Ebenda, S. 69.

9) Ebenda, S. 69-71.

Landwirtschaftliche Betriebe auf genossenschaftlicher Basis (Kolchosen) entstanden nach der Oktoberrevolution in zwei Hauptformen: einmal gründeten ehemalige Stadtbewohner, Soldaten oder Landarbeiter Genossenschaften auf dem Besitz der ehemaligen Grundherren, wobei die Vergesellschaftung sich auf die Produktionsmittel sowie auf den Konsum erstreckte (Kommunen), zum anderen schlossen sich Bauern zu Genossenschaften zusammen, in denen entweder nur das Ackerland gemeinsam bearbeitet wurde (Tos) oder auch Teile des Privatbesitzes (Land, Vieh, Geräte) vergesellschaftet waren (Artele). Auch die Bedeutung der Kolchosen blieb zunächst gering: "sie waren winzige Inseln in dem Meere der Individualwirtschaften", ¹⁾ wie die folgenden Zahlenangaben bestätigen: ²⁾

Aufteilung von 22,8 Mio. Deßjatinen ³⁾ Grund und Boden in 36 früheren Gouvernements des Europäischen Rußland (Stand per 1. November 1920):

verteilt unter den Bauern	93,7 % =	21,4 Mio. Deßjat.
an Sowjetwirtschaften	4,6 % =	1,0 Mio. Deßjat.
an Kollektivwirtschaften	1,7 % =	0,4 Mio. Deßjat.

Die mangelhafte Marktproduktion aller Zweige der Landwirtschaft während der Periode des Kriegskommunismus - verursacht durch die starke Bevölkerungszunahme auf dem Lande, die schlechte Kapitalausstattung und geringe Größe der bäuerlichen Betriebe, die Inflation, die staatliche Festpreispolitik und das Desinteresse der Bauern an einer Marktbeflieferung, für die sie infolge des Daniederliegens der Industrie keine brauchbaren Gegenwerte erhalten konnten - veranlaßte den Staat, zur Deckung des Nahrungsmittelbedarfs der Städte, der Staatsangestellten und Soldaten, den Bauernwirtschaften durch die sogenannte 'Lebensmittelumlage' alle über den Familienbedarf hinausgehenden Nahrungsmittelvorräte abzunehmen, ⁴⁾ was teilweise mit Waffengewalt geschah und erhebliche Widerstände und Produktionsein-

1) Schiller, Otto: Die wirtschaftlichen und sozialen Probleme der Kollektivbewegung in der Sowjetunion; Königsberg 1930, S. 26.

2) Prokopowicz, S.N.: Rußlands Volkswirtschaft...; a.a.O., S. 69.

3) 1 Deßjatine = 1,0925 Hektar.

4) Menz, G.: Die Entwicklung...; a.a.O., S. 20-22.

beschränkungen seitens der Bauernschaft zur Folge hatte.¹⁾

Nachdem auch der Übergang zur naturalen Tauschwirtschaft keine Verbesserung der Produktionsleistungen der Landwirtschaft bewirkte, und sich die Zahl der Bauernaufstände gegen das Regime vermehrte,²⁾ begann mit dem Übergang zur Neuen Ökonomischen Politik eine Kursänderung auch in der sowjetischen Agrarpolitik. Die Zwangseintreibung von Nahrungsmitteln wurde ersetzt durch eine Naturalsteuer, die den Bauern die freie Verwertung ihrer Überschußproduktion ermöglichte; das Verbot der Landverpachtung und der Beschäftigung von Lohnarbeitskräften wurde gelockert.³⁾ Die Folge war eine grundlegende Umstrukturierung der Landwirtschaft in der UdSSR, deren Hauptmerkmale der Bedeutungsrückgang der sozialistischen Betriebsformen und eine soziale Differenzierung innerhalb der freien Bauernschaft waren.

Die den Bauern von der Regierung eingeräumte wirtschaftliche Handlungsfreiheit, die Wiederbelebung des Marktes und die - zumindest zeitweise vorhandene - Stabilität des Geldwertes bewirkten, daß der Wohlstand der tüchtigsten Bauern stieg und sich eine neue Schicht von Großbauern bildete.⁴⁾ Gleichzeitig verschlechterte sich der Status der kleineren Bauernwirtschaften: die durchschnittliche Größe der landwirtschaftlichen Betriebe sank infolge der starken Bevölkerungszunahme in jenen Jahren und des "Weiterwirkens der alten Unteilungsgebräuche."⁵⁾ Die Kleinbauern gerieten vielfach in Abhängigkeit von den Großbauern, auf deren Maschinenpark sie angewiesen waren, denen sie ihr Land verpachteten, von denen sie Saatgut und Kredite erhielten und für die sie in vielen Fällen gegen Entgelt arbeiteten.⁶⁾

1) Schapiro, Leonhard: Die Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion; o.O. 1961, S. 205-207. Und: Menz, G.: Die Entwicklung...; a.a.O., S. 21. Und: Rochlin, R.P.: Agrarpolitik...; a.a.O., S. 12.

2) Schapiro, L.: Die Geschichte...; a.a.O., S. 206/207.

3) Schiller, O.: Das Agrarsystem...; a.a.O., S. 16.

4) Ebenda, S. 17.

5) Ebenda, S. 17. Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe stieg von 18 Millionen (1916) auf 25,6 Millionen. Quelle: Laird, Roy D.: Collective Farming in Russia; Lawrence/Kansas 1958, S. 48.

6) Schiller, O.: Die wirtschaftlichen und sozialen Probleme...; a.a.O., S. 29/30.

Die sozialistischen Betriebsformen in der sowjetischen Landwirtschaft sahen sich während der Periode des NEP solange in die Defensive gedrängt, als der Staat ihnen nicht - wie vorher und gegen Ende dieses Zeitabschnitts - seine volle Unterstützung angedeihen ließ.¹⁾ Nachdem die Sowchosen - ebenso wie die Kollektivwirtschaften - dem Prinzip der Wirtschaftlichen Rechnungsführung unterstellt worden waren, zeigte sich die Unrentabilität ihrer Wirtschaftsführung, die viele staatliche Institute und Organisationen, die vorher zur Sicherstellung der Ernährung ihrer Beschäftigten Sowchosen betrieben hatten, veranlaßte, auf die Eigenproduktion zu verzichten und sich dem günstigeren Angebot des Marktes zuzuwenden.²⁾ Nach dem Wegfall der staatlichen Subsidien und Kredite mußten sich viele Artele auflösen, da sie mit dem Angebot der freien Bauern nicht konkurrieren konnten.³⁾ Die Zahl der Kommunen verringerte sich gleichfalls, da mit der Wiederbelebung der Industrie viele ihrer Mitglieder in die Städte zurückkehrten.⁴⁾ Lediglich die 'Genossenschaften zur gemeinsamen Bodenbestellung' verzeichneten ein ständiges Wachstum.⁵⁾

Die Marktleistung der sowjetischen Landwirtschaft stieg in der Periode des NEP zunächst an, da sich die Anreize hierzu erhöhten.⁶⁾ Im weiteren Verlauf erfolgte ein Rückschlag, der einmal auf die absinkende Leistungsfähigkeit der kleiner werdenden Einheiten zurückzuführen war, andererseits auf den Rückgang des Angebots der größeren Betriebe, die sich in eine ungünsti-

- 1) Im Jahre 1927, am Tiefpunkt der Entwicklung der sozialistischen Betriebsformen in der Landwirtschaft der UdSSR, "lieferten staatliche und kollektive Wirtschaften zusammen weniger als 2 % der gesamten Getreidemenge und bearbeiteten kaum mehr als 1 % des gesamten kultivierten Bodens." Quelle: Schapiro, L.: Die Geschichte...; a.a.O., S. 357/358.
- 2) Prokopowicz, S.N.: Rußlands Volkswirtschaft...; a.a.O., S. 75-77. Nach dieser Quelle sank die Zahl der Sowchosen von 5.318 (1921/22) auf 1921 (1928), wobei sich die von einer Sowchose im Durchschnitt bewirtschaftete Fläche im gleichen Zeitraum von 637 ha auf 1874 ha erhöhte.
- 3) Die Zahl der Artele sank von 10.165 (Ende 1921) auf 5.601 (Mitte 1927). Quelle: Ebenda, S. 79.
- 4) Die Zahl der Kommunen verringerte sich von 3.120 (Ende 1921) auf 1.078 (Mitte 1927). Quelle: Ebenda, S. 79.
- 5) Anstieg von 2.534 (Ende 1921) auf 4.627 (Mitte 1927). Quelle: Ebenda, S. 79.
- 6) Rochlin, R.P.: Agrarpolitik...; a.a.O., S. 13.

se Marktposition geangstigt sahen, da sich das Verhältnis zwischen Agrar- und Industriebereisen zu Ungunsten der Landwirtschaft verschoben hatte ('Scherenkrise').¹⁾

4.2 Die Neuordnung der sowjetischen Landwirtschaft entsprechend der Grundidee.

42.1 Der Grund für die Neuordnung.

Gegen Ende der Periode des NEP begann sich die Politik des Staates gegenüber der Landwirtschaft zu wandeln: die Förderung sozialistischer Betriebsformen wurde verstärkt,²⁾ die 'Dorfarmut' zum Kampf gegen die Großbauern aufgerufen, wobei die Wirtschafts- und Finanzpolitik des Staates als wirksame Hebel zu deren Entmachtung eingesetzt wurden.³⁾

Eine grundsätzliche wirtschaftsordnungspolitische Neuorientierung veranlaßte den Staat zu diesem erneuten Kurswechsel seiner Agrarpolitik. Seit dem XV. Parteitag der KPdSU(B) im Dezember 1927 war deutlich geworden, daß sich die sowjetische Führung unter Stalin für den Übergang zu einer zentralen Planwirtschaft und den beschleunigten Aufbau einer leistungsfähigen Schwerindustrie entschieden hatte.⁴⁾ Um dieses Ziel zu erreichen, galt es, der Spontaneität des 'privatkapitalistischen' Bereichs in der Wirtschaft ein Ende zu bereiten, die Marktleistung der Landwirtschaft zur Versorgung der wachsenden städtischen Industriearbeiterschaft zu erhöhen und den notwendigen Zuwachs der letzteren aus der zahlenmäßig übersetzten Landwirtschaft⁵⁾ zu rekrutieren. Nachdem man - in konsequenter Verfolgung der Grundidee - die privatwirtschaftlichen Elemente in den nichtlandwirtschaftlichen Wirtschaftssektoren zu verdrängen begonnen hatte,⁶⁾ hofften Stalin und seine Anhänger in

1) Laird, R.D.: Collective Farming...; a.a.O., S.47. Und: Schiller, O.: Das Agrarsystem...; a.a.O., S.17/18.

2) Prokopowicz, S.N.: Rußlands Volkswirtschaft...; a.a.O., S.79.

3) Schiller, O.: Die wirtschaftlichen und sozialen Probleme...; a.a.O., S.31 und 33.

4) Schapiro, L.: Die Geschichte...; a.a.O., S.360-362.

5) Im Jahre 1928 umfaßte die Bauernschaft 82 % der gesamten Bevölkerung und verfügte (1927) - nach sowjetischen Angaben - allein im europäischen Rußland über einen Arbeitskräfteüberschuß von über 23 Mio. Menschen. Quellen: Rochlin, R.P.: Agrarpolitik...; a.a.O., S.14. Und: Jasny, Naum: The Socialized Agriculture of the USSR; Stanford/Cal 1949, S.36.

6) Schapiro, L.: Die Geschichte...; a.a.O., S.353.

der Parteiführung, durch eine durchgängige Sozialisierung der Landwirtschaft der UdSSR sämtliche bisherigen Schwierigkeiten beseitigen zu können.¹⁾

42.2 Die Durchsetzung der Neuordnung in der sowjetischen Landwirtschaft.

Dem Beginn der sozialistischen Umgestaltung aller Bereiche der Volkswirtschaft der UdSSR und dem Übergang zur zentralgeplanten und -gelenkten Wirtschaft im Jahre 1929 waren heftige Auseinandersetzungen innerhalb der Führungsschicht der KPdSU(B) über die Richtung der einzuschlagenden Wirtschaftspolitik und speziell über die Haltung gegenüber der Landwirtschaft vorausgegangen.²⁾ Stalin, der sich schließlich gegen alle Widersacher durchsetzte, hatte noch im Dezember 1927 eine 'graduelle' Kollektivierung der Landwirtschaft als Voraussetzung für den Erfolg der Politik der beschleunigten Industrialisierung des Landes gefordert, ohne allerdings auf die bisher stets betonte Freiwilligkeit dieses Vorgangs hinzuweisen.³⁾ Seine Vormachtsstellung in der Parteiführung bewirkte, daß die 16. Parteikonferenz der KPdSU(B) im April 1929 einer Kollektivierung von 20 % des gesamten Bauernlandes zustimmte⁴⁾ und das Zentralkomitee der KPdSU(B) bereits im Januar 1930 beschloß, die 'enorme Mehrheit' der bäuerlichen Haushalte zu kollektivieren.⁵⁾ Die Aufhebung des freien Bauerntums in der Sowjetunion geschah unter Verweis auf die Lehren Lenins bezüglich der sozialistischen Revolution:⁶⁾ die starke soziale Differenzierung auf dem Lande während der Periode des NEP wurde von Stalin zum Vorwand genommen, um die 'Verschärfung des Klassenkampfes auf dem Dorfe' zur Einleitung der sozialistischen Revolution zu fordern: Arbeiterklasse und 'ausgebeutete' Bauernmassen sollten sich gemeinsam gegen die kapitalistischen Ausbeuter in der Landwirtschaft erheben.⁷⁾

1) Jasny, N.: The Socialized Agriculture...; a.a.O., S. 36.

2) Schapiro, L.: Die Geschichte...; a.a.O., S. 288-329, 351-362, 383-400.

3) Ebenda, S. 387.

4) Ebenda, S. 399/400.

5) Ebenda, S. 399/400.

6) Siehe hierzu oben S. 282/283.

7) Siehe hierzu oben S. 284.

wachdem man zunächst mit den Mitteln der Steuer-, Kredit- und Ablieferungspolitik¹⁾ die bestehenden Kollektivwirtschaften begünstigt und die Großbauern bekämpft hatte - in der Absicht, "ihre Wirtschaftskraft zu erschüttern, nicht aber sie als Produzenten auszuschalten"²⁾ - und damit erste Kollektivierungserfolge erzielen konnte, erklärte Stalin im Dezember 1929, daß die Kommunistische Partei zur Politik der 'Liquidierung des Kulakentums'³⁾ als Klasse' übergegangen sei, da nunmehr die Produktionsleistungen der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und der Sowchosen eine Basis hierfür böten.⁴⁾ Diese Politik bedeutete die Enteignung des gesamten Besitzes der Großbauern: in den meisten Fällen deren Vertreibung aus ihren Heimatgebieten, für viele den Tod.⁵⁾

Das enteignete Vermögen der 'Kulaken' wurde in die 'unteilbaren Fonds'⁶⁾ von Kolchosen eingebracht und bildete in vielen Fällen die Vorraussetzung für deren produktive Tätigkeit. Die Klein- und Mittelbauern wurden zwischen Herbst 1929 und Frühjahr 1930 nach starker propagandistischer Bearbeitung zum 'freiwilligen' Eintritt in die Kolchosen veranlaßt: während die ärmeren unter ihnen sich teilweise hiervon eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage versprachen,⁷⁾ vollzogen die wohlhabenden Mittelbauern diesen Schritt meist nur wegen der Anwendung von Repressalien gegen sie.⁸⁾

1) Grottian, Walter: Das Experiment der landwirtschaftlichen Kollektivierung und Kollektivwirtschaft in der Sowjetunion (1929-1950); in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, Nr. 2/1950, S. 136/137.

2) Ebenda, S. 134.

3) Als Kulak, wörtlich 'Faust', wurde bereits im zaristischen Rußland der seine Dorfgemeinschaften übervorteilende und ausbeutende Großbauer bezeichnet. Die Sowjets verwendeten diesen Ausdruck für die während des NEP zu Wohlstand gelangten Großbauern und während der Kollektivierungsperiode für alle Bauern, die sich dieser Bewegung widersetzen.

4) Stalin, J.W.: Zu den Fragen der Agrarpolitik in der UdSSR; in: Stalin, J.W.: Fragen...; a.a.O., S. 355.

5) Etwa 5 Mio. Bauernfamilien sollen nach Sibirien und den nördlichen Regionen zwangsverschickt und rund 25% von ihnen dabei getötet worden sein. Quellen: Prokopowicz, S.N.: Rußlands Volkswirtschaft...; a.a.O., S. 120. Und: Jasny, N.: The Socialized Agriculture...; a.a.O., S. 311/312.

6) Hierunter sind die unveräußerlichen Kapitalfonds der Kollektivwirtschaften zu verstehen. Hierzu: ... Politische Ökonomie; a.a.O., S. 661/662.

7) Domanewskaja, Olga: Agrarsozialismus in Sowjetrußland; Berlin o.J. (1931) S. 36-38.

8) Ebenda, S. 41-43.

Das Tempo der Kollektivierung¹⁾ wurde im März 1930 von Stalin verringert,²⁾ als infolge der Zwangsmaßnahmen gegen die Bauern deren Widerstand zu Aufständen und großen Verlusten für die Volkswirtschaft (Viehschlachtungen großen Ausmaßes, Vernichtung der Vorräte, Zerstörung des Inventars etc.) führte, die die Sicherstellung der Ernährung der Gesamtbevölkerung ernsthaft in Frage stellten.³⁾ Die spontane Reaktion vieler Bauern auf die (taktischen) Ausführungen Stalins waren Massenaustritte aus den Kolchosen.⁴⁾

Da die Kollektivierung in der Folgezeit mit indirektem Druck fortgesetzt wurde - die Privatbauern wurden u.a. höher als die Kolchosen besteuert und waren auf den Staat als die einzige Quelle zur Erlangung von Maschinen, Geräten, Krediten, Kleidung etc. angewiesen⁵⁾ - verringerte sich die Zahl der privaten landwirtschaftlichen Betriebe ständig; diese bildeten im Jahre 1938 nur noch einen unbedeutenden Rest.⁶⁾

42.3 Die neuen Ordnungsformen in der Landwirtschaft.

423.1 Die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (Kolchosen).

Nachdem sich nach der Oktoberrevolution mit den Tos', den Artelen und den Kommunen⁷⁾ drei Hauptformen kollektiver landwirt-

- 1) Der Prozentsatz der kollektivierten bäuerlichen Betriebe betrug: am 1.7.1928=1,7%; am 1.7.1929=3,9%; im Oktober 1929 = 4,1%; am 20.1.1930=21,0%; am 10.3.1930=58%. Quelle: Prokopowicz, S.N.: Rußlands Volkswirtschaft...; a.a.O., S.121.
- 2) Stalin machte hierbei die örtlichen Funktionäre für die 'unerwünschte' Übereilung der Kollektivierung verantwortlich und betonte die "Freiwilligkeit in der kollektivwirtschaftlichen Bewegung" Quelle: Stalin, J.W.: Vor Erfolgen von Schwindel befallen; in: Stalin, J.W.: Fragen...; a.a.O., S.363-369.
- 3) Rochlin, R.P.: Agrarpolitik...; a.a.O., S.18.
- 4) Diese umfaßten im September 1930 nur noch 21% aller bäuerlichen Betriebe. Quelle: Prokopowicz, S.N.: Rußlands Volkswirtschaft...; a.a.O., S.123.
- 5) Grottian, W.: Das Experiment...; a.a.O., S.137.
- 6) Zahl der privaten Einzelbauernhöfe (per 1. Juli jeden Jahres): 1929=24,5 Mio.; 1931=11,7 Mio.; 1938=1,3 Mio. Von der Gesamtzahl der Bauernwirtschaften waren kollektiviert: 1929=3,9%; 1931=52,7%; 1938=93,6%. Die nichtkollektivierten Bauernbetriebe, die am 1.7.1937 nur noch 7% aller Bauernhöfe umfaßten, bewirtschafteten nur 0,9% der gesamten Anbaufläche. Quellen: Prokopowicz, S.N.: Rußlands Volkswirtschaft...; a.a.O., S.132. Und: Schiller, O.: Das Agrarsystem...; a.a.O., S.25.
- 7) Hierzu siehe oben S.288.

schaftlicher Betriebsformen neben den Staatsgütern herauskristallisiert hatten. verkündete Stalin im Jahre 1930, daß allein die Artele als die sinnvolle Organisationsform von Kollektivwirtschaften anzusehen seien.¹⁾ Die Tos' und die Kommunen wurden daraufhin von den Artelen verdrängt, deren Organisation in den Jahren 1930 und 1935 in Musterstatuten festgelegt wurde.

Nach der Fassung von 1935²⁾ beruhte die Organisation der sowjetischen Kolchosen auf folgenden Hauptprinzipien:³⁾

- (1) Die Kolchose besteht aus dem zusammengelegten Landbesitz der Artelmitglieder, den vergesellschafteten Beständen an Vieh, Futtermitteln, Saatgut, Maschinen, Wirtschaftsgebäuden und Verarbeitungsbetrieben.
- (2) Die Produktionsmittel der Kolchose werden gemeinschaftlich und nach einem Plan genutzt.
- (3) Grundlage der Leistungskraft des Artels bildet ein 'unteilbarer Fonds'. Dieser wird gebildet aus den Eintrittsgebühren der Mitglieder und einem Prozentsatz vom Wert des vergesellschafteten Vermögens der Kolchosbauern; ihm sind jährlich zwischen 12 und 20% der Geldeinkünfte des Artels zuzuführen.
- (4) Aus den Mitteln des 'unteilbaren Fonds' sind die Käufe von Produktionsmitteln zu finanzieren.
- (5) Die Naturalerträge und Geldeinkünfte des Artels sind zunächst zur Erfüllung statutarisch festgelegter Verpflichtungen zu verwenden. Der Rest ist an die Artelmitglieder nach Maßgabe ihrer Leistungen im Gemeinschaftsbetrieb zu verteilen.
- (6) Jedes Artelmitglied erhält zur persönlichen Nutzung ein Bodenstück von höchstens einem halben Hektar Größe, ferner eine begrenzte Menge an Nutzvieh, Kleininventar und ein Wohnhaus.
- (7) Das Artelmitglied kann über die Erträge dieses Privatbesitzes frei verfügen.

1) Stalin, J.W.: Vor Erfolgen...; a.a.O., S. 367.

2) Angenommen auf dem Zweiten Unionskongreß der Stoßarbeiter der Kollektivwirtschaften und bestätigt vom Rat der Volkskommissare der UdSSR sowie vom Zentralkomitee der KPdSU(B) am 17.2.1935.

3) Quelle: O.V. Musterstatut des landwirtschaftlichen Artels; übersetzt und abgedruckt Berlin 1952.

423.2 Die Maschinen - Traktoren - Stationen (MTS).

Der von der Sowjetregierung mit der Kollektivierung der Landwirtschaft intendierte Übergang zur großbetrieblichen Organisation in diesem Wirtschaftssektor erforderte zwangsläufig eine ausreichende maschinelle Ausrüstung der Leistungseinheiten.¹⁾ Da die von den Einzelbauern in die Kolchosen eingebrachten Maschinen den hohen Anforderungen weder qualitativ noch quantitativ genügen konnten, ging man - nach günstigen Erfahrungen in einzelnen Gebieten²⁾ - dazu über, die landwirtschaftlichen Großmaschinen von den Kolchosen auf staatliche 'Maschinen-Traktoren-Stationen' (MTS) zu übertragen, allein diese mit neu-produzierten Ausrüstungen zu versehen und ihnen die Auflage zu erteilen, die maschinellen Arbeiten für jeweils mehrere Kolchosen zu erledigen.³⁾

Diese Politik brachte der Sowjetführung in wirtschaftlicher wie politischer Hinsicht Nutzen: Die Konzentration des Maschinenparks in relativ wenigen Schwerpunkten⁴⁾ gestattete es, das Problem der unzureichenden technischen Ausstattung der Landwirtschaft durch volle Ausnutzung der Leistungsfähigkeit der vorhandenen Maschinen wenigstens teilweise zu lösen. Der Technikerstamm der MTS konnte überdies die Instandhaltungsarbeiten besser ausführen als die technisch meist unerfahrenen Kolchosmitglieder.⁵⁾ Da die MTS von den Kolchosen für ihre Arbeitsleistungen hohe Naturalbezüge erhielten, die "nach Ertragsklassen progressiv gestaffelt waren, partizipierte der Staat ohne eigene Mehraufwendungen an höheren Ernteergebnissen der Kolchosen mit steigenden Prozentanteilen."⁶⁾

1) Gade, Hans: Die landwirtschaftliche Produktion der Sowjetunion; Berlin 1960, S. 29.

2) Jasny, N.: The Socialized Agriculture...; a.a.O., S. 269-278.

3) Schiller, O.: Das Agrarsystem...; a.a.O., S. 27-29. Und: Jasny, N.: The Socialized Agriculture...; a.a.O., S. 278-279.

4) Am Jahresende 1932 bestanden 2.446 MTS, 1940 waren es 7.069. Quelle: ...Länderberichte: Sowjetunion 1960; a.a.O., S. 43.

5) Allerdings hatten im Jahre 1938 erst 3.731 von den 5.819 MTS eigene Reparaturbetriebe. Quelle: Jasny, N.: The Socialized Agriculture...; a.a.O., S. 280/281.

6) Schiller, O.: Das Agrarsystem...; a.a.O., S. 28.

Die Abhängigkeit der Kolchosen von den MTS sicherte dem Staat die politische Beherrschung der ersteren: zeitweise bestand eine der Hauptaufgaben der MTS-Mitglieder, besonders der politischen Kader der MTS, darin, die Kolchosbauern politisch auszurichten.¹⁾

423.3 Die Staatsgüter (Sowchosen).

Nach ihrem Bedeutungsrückgang um die Mitte der 1920er Jahre profitierten die Sowchosen seit 1928 von der neuen Agrarpolitik Stalins.²⁾ Die landwirtschaftliche Neuordnung seit 1929 führte bei den Sowchosen zur Spezialisierung und zu überdimensionierten Betriebseinheiten. Neben großen Getreidesowchosen, die teilweise über 100.000 Hektar Land bearbeiteten, entstanden Sowchosen für die einzelnen Zweige der Viehzucht.³⁾

Die Investitionen in Sowchosen wurden seit 1929 erheblich verstärkt,⁴⁾ das von den Staatsgütern bewirtschaftete Areal stieg von 3,6 Mio. ha (1928) auf 93,5 Mio. ha (1.1.1935).⁵⁾ Neue Sowchosen wurden in bisher landwirtschaftlich nicht genutzten Gebieten geschaffen.⁶⁾ Kennzeichnend für die Sowchosen während der Periode des 1. Fünfjahresplans ist weiterhin der relativ hohe Grad ihrer Mechanisierung.⁷⁾

Mit dem Beginn der folgenden Planperiode ging die Sowjetführung von der Organisation der Sowchosen in zu großen Einheiten ab⁸⁾ und man gab - als die nachteiligen Folgen der Monokultur offenbar wurden - auch die übermäßige Spezialisierung der Betriebe auf⁹⁾ und befürstigte außerdem wieder die Verwendung von Tieren als Zugvieh.¹⁰⁾

1) Schiller, O.: Das Agrarsystem...; a.a.O., S. 27/28.

2) Ebenda, S. 30/31.

3) Ebenda, S. 31/32.

4) Die Investitionen betrugen: 1928=278 Mio. Rubel; 1930=1.190 Mio. Rubel; 1932=2.040 Mio. Rubel. Quelle: Jasny, N.: The Socialized Agriculture...; a.a.O., S. 241.

5) Ebenda, S. 241.

6) Ebenda, S. 243.

7) Ebenda, S. 246.

8) Nach einem Dekret von 1933 sollten die Getreidesowchosen nicht mehr als 20-25.000 ha Ackerland bewirtschaften. Quelle: Schiller, O.: Das Agrarsystem...; a.a.O., S. 31.

9) Ebenda, S. 31.

10) Jasny, N.: The Socialized Agriculture...; a.a.O., S. 256.

In ihrer Organisation blieben die Sowchosen große landwirtschaftliche Produktionsstätten, deren Beschäftigte Fabrikarbeiterstatus besaßen und nach festen Tarifen bezahlt wurden.¹⁾

42.4 Zur Charakterisierung der landwirtschaftlichen Neuordnung in der Periode von 1929 bis 1950.

Als wichtigstes Ergebnis der Umwälzungen im Agrarsektor der UdSSR in den 1930er Jahren ist festzuhalten, daß sich die neugeschaffene Agrarstruktur im Gesamtgebiet der Sowjetunion fest etabliert hat. Wenn die Umstrukturierung dennoch nicht die von der Sowjetführung erwarteten Erfolge bewirkte,²⁾ so hatte dies die folgenden Ursachen:

- (1) Die der Landwirtschaft zugeführten Mineraldüngermengen blieben unzureichend;³⁾
- (2) der Maschinenbesatz erwies sich trotz erheblicher Produktionsanstrengungen als zu gering.⁴⁾ Überdies entstand durch die starke Nutzung der vorhandenen Einheiten ein bedeutender Verschleiß.⁵⁾
- (3) Die lange Zeit betriebene Einseitigkeit der Bebauung minderte die Bodenerträge.⁶⁾
- (4) Die Leistungsfähigkeit der Sowchosen litt unter ihrer mangelhaften Organisation: hohe Produktionskosten, verursacht durch eine aufgeblähte Verwaltung⁷⁾ und eine geringe Arbeitsproduktivität,⁸⁾ die Rückschläge in den Neulandgebieten⁹⁾ so

1) Schiller, O.:...Landwirtschaft; a.a.O., S.355.

2) So entwickelte sich die landwirtschaftliche Produktion nur langsam vorwärts: Die Bruttoproduktion an pflanzlichen Erzeugnissen betrug (1913 = 100): 1929 = 116; 1931 = 126; 1933 = 121; 1935 = 138; 1937 = 150; 1939 = 125. Die Bruttoproduktion an tierischen Erzeugnissen (1913 = 100): 1929 = 129; 1931 = 93; 1933 = 65; 1935 = 86; 1937 = 109; 1939 = 119. Quelle: Gade, H.: Die landwirtschaftliche Produktion...; a.a.O., S.34. Die Hektarerträge für die einzelnen landwirtschaftlichen Erzeugnisse sanken - im Vergleich der Periode 1928 - 1940 mit der Periode 1909 - 1913 - für Kartoffeln, Zuckerrüben, Baumwolle, Flachs und Sonnenblumenkerne und stiegen nur unwesentlich bei Getreide. Quelle: Schiller, O.: Das Agrarsystem...; a.a.O., S.112.

3) Gade, H.: Die landwirtschaftliche Produktion...; a.a.O., S.37-39.

4) Ebenda, S.30/31.

5) Ebenda, S.31/32.

6) Ebenda, S.37.

7) Jasny, N.: The Socialized Agriculture...; a.a.O., S.46.

8) Ebenda, S.264 und 436-438.

9) Ebenda, S.263. Und: Schwartz, Harry: Russia's Soviet Economy; New York 1950, S.286.

wie Mangel in der Anbauplanung und ein relativ hoher Anteil an brachliegenden Boden bewirkten, daß der Anteil der Sowchosen an der gesamten landwirtschaftlichen Bruttoproduktion in den 1930er Jahren relativ bescheiden blieb.³⁾

(5) Die Entwicklung der Kolchosen in der zu untersuchende Periode ist das Ergebnis der überwiegend zwangsweise durchgeführten Kollektivierung und einer staatlichen Agrarpolitik, durch die die gesamte Landwirtschaft der staatlichen Planung und Kontrolle unterworfen wurde, ohne daß der Staat sich mit dem Betriebsrisiko belastete, das vollständig auf den Schwertern der Kolchosbauern lag.⁴⁾ Deren Interesse konzentrierte sich in der Hauptsache auf die sorgfältige Bewirtschaftung ihres privaten Hoflandes, aus dessen Erträgen der größte Teil ihrer Einkünfte stammte.⁵⁾

Die Arbeitsproduktivität der Kolchosen blieb gering,⁶⁾ da die Leistungsanreize fast völlig fehlten. Die mengenmäßig festgesetzten Zwangsablieferungen an den Staat zu extrem niedrigen Preisen, die Naturalabführungen an die MTS sowie die sonstigen Leistungsaufgaben der Kolchosen hatten zur Folge, daß der zur Entlohnung der Kolchosmitglieder zur Verfügung stehende Betrag nach dem Ernteergebnis schwankte und in vielen Fällen so gering war, daß die Bauern nur unter Druck ihr vorgeschriebenes Pensum an Gemeinschaftsarbeit erfüllten.⁷⁾

Die rege privatwirtschaftliche Aktivität der Kolchosbauern wird einmal durch die Tatsache unterstrichen, daß sie - obwohl ihr Privatland nur 6,6 % des gesamten bewirtschafteten Bodens ausmachte und ihre mechanischen Hilfsmittel gering waren - im Jahre 1937 53,7 % aller Kühe und 40 % aller Schafe hielten und ihre Gesamtproduktion auf ihrem privaten Hofland 21,5 % der ge-

-
- 1) Djakonow, N.: Die Sowchose und ihre Bedeutung für die Landwirtschaft in der UdSSR; in: 'Sowjetwissenschaft-Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge', Nr. 2/1958, S. 188
 - 2) Ebenda, S. 187.
 - 3) Dieser Anteil wird von Jasny auf etwa 10 % geschätzt. Quelle: Jasny, N.: The Socialized Agriculture...; a.a.O., S. 262/263.
 - 4) Schiller, O.: Das Agrarsystem...; a.a.O., S. 47.
 - 5) Ebenda, S. 37/38.
 - 6) Jasny, N.: The Socialized Agriculture...; a.a.O., S. 439.
 - 7) Schiller, O.: Das Agrarsystem...; a.a.O., S. 40-45.
 - 8) Ebenda, S. 36/37 und 45.

samten Agrarproduktion der Sowjetunion betrug.¹⁾ Zum anderen mehrten sich gegen Ende der 1930er Jahre die Fälle, in denen die Kolchosbauern ihr Privatland heimlich auf Kosten des Kolchoslandes ausdehnten, so daß der Staat mit gesetzlichen Mitteln dagegen einschreiten mußte.²⁾

4.3 Auf dem Wege zur kommunistischen Ordnung:

Merkmale und Probleme der sowjetischen Landwirtschaft und Agrarpolitik von 1950 bis zur Gegenwart.

43.1 Die Zielsetzungen der sowjetischen Agrarpolitik in dieser Periode.

Nach der Etablierung einer neuen Agrarstruktur gelten die Bemühungen der sowjetischen Führung seit etwa 1950 in erster Linie dem Ziel, die Leistungskraft der Landwirtschaft auf der Basis der neuen Ordnung zu stärken.

Die Notwendigkeit einer erheblichen Leistungssteigerung wird klar, wenn man bedenkt, daß nicht nur die Ernährungsgrundlage einer ständig wachsenden Bevölkerung sicherzustellen ist, sondern auch der 'Übergang zum Kommunismus' an die Marktproduktion der sowjetischen Landwirtschaft hohe Anforderungen stellt. Ein weiterer Impuls kommt von der Industrialisierungspolitik: Die Arbeitsmarktlage in den nichtlandwirtschaftlichen Bereichen der Sowjetwirtschaft zeigt seit dem Beginn der 1950er Jahre alle Anzeichen einer Arbeitskräfteknappheit,³⁾ während in der sowjetischen Landwirtschaft - im Vergleich zu der Lage in westlichen Industrienationen - noch ein überhöhter Prozentsatz der Bevölkerung gebunden ist,⁴⁾ der kurzfristig nicht wesentlich vermin-

1) Schapiro, L.: Die Geschichte...; a.a.O., S. 483.

2) Ebenda, S. 483/484.

3) Böttcher, E.: ...Wirtschaftspolitik...; a.a.O., S. 41-44.

4) In der Land- und Forstwirtschaft der UdSSR waren im Jahre 1937 56% aller Erwerbspersonen tätig, 1955 waren es 43%. Im Jahre 1960 waren in Kolchosen und Sowchosen zusammen etwa 40% aller Erwerbspersonen beschäftigt. Im Vergleich hierzu: USA: 1950 = 12,2%, 1961 = rund 8%. Bundesrepublik Deutschland: 1950 = 23,2%, 1959 = 15,1%. Quellen: ...Länderberichte: Sowjetunion 1960; a.a.O., S. 40. Und: ...Statistisches Jahrbuch... 1961; a.a.O., S. 26 und: ...1961; a.a.O., S. 40. Und: Wädekin, H.: ...Arbeitskräftepotential der sowjetischen Landwirtschaft; in: 'Osteuropa', Nr. 7, 8/1960, S. 538. Und: O.V.: Russia's Great Structures; in: 'The Economist', Nr. 6178/1962, S. 237.

gert werden kann.¹⁾ Eine Fortführung der Industrialisierungspolitik im bisherigen Tempo muß - neben einer beschleunigten Rationalisierung der nichtlandwirtschaftlichen Leistungserstellung - die Freisetzung einer größeren Zahl bisher in der Landwirtschaft tätiger Personen zur Grundlage haben, was wiederum nur möglich ist, wenn die Produktivität der sowjetischen Landwirtschaft erheblich gesteigert werden kann.²⁾

43.2 Die Wege zur Hebung der Leistungsfähigkeit der sowjetischen Landwirtschaft von 1950 bis zur Gegenwart.

432.1 Die Schaffung allgemeiner Grundlagen zur Erhöhung der landwirtschaftlichen Marktproduktion.

4321.1 Die Versorgung mit Kunstdünger und Maschinen.

Starker Nachdruck wird in der UdSSR in der gegenwärtigen Periode auf die Verbesserung der Produktionsgrundlagen der Landwirtschaft durch vermehrte Verwendung von Kunstdünger und Maschinen gelegt. So erhöhte sich die Belieferung der Landwirtschaft mit Kunstdünger von 3,2 Mio. t (1940) auf 10,6 Mio. t (1958);³⁾ im Jahre 1965 sollen bereits 31 Mio. t Kunstdünger zur Verfügung stehen.⁴⁾

1) Nach einer Berechnung von Schiller bestand im Jahre 1956 ein Arbeitskräfteüberbesatz von etwa 30 Mio. Personen. Wenn dennoch von westlichen Experten eine Arbeitskräfteknappheit in der sowjetischen Landwirtschaft festgestellt wird, so ist dies auf die geringe Arbeitsproduktivität und das geringe Arbeitsinteresse der landwirtschaftlichen Einheiten und ihrer Beschäftigten zurückzuführen. Weitere Gründe sind der bedeutende Frauenüberschuß, der ständig wachsende Anteil von Alten und Invaliden in der Landwirtschaft sowie die im Vergleich zu den Städten geringere Geburtenhäufigkeit. Quellen: Wädekin, K.-E.: Das Arbeitskräftepotential...; a.a.O., S. 538. Und: Schiller, O.: Das Agrarsystem...; a.a.O., S. 77 und: Schiller, Otto: The Resources and Performance of Soviet Agriculture; in: 'Journal of Farm Economics', Nr. 2/1956, S. 306.

2) Schiller, Otto: Betriebswirtschaftliche Betrachtungen über die sowjetische Kolchose; in: 'Osteuropa-Wirtschaft', Nr. 1/1958, S. 7/8.

3) Gade, H.: Die landwirtschaftliche Produktion...; a.a.O., S. 38.

4) ...Länderberichte: Sowjetunion 1960; a.a.O., S. 23.

Der Mechanisierungsgrad der sowjetischen Landwirtschaft ist bis zur Gegenwart gleichfalls beträchtlich gestiegen: die Zahl der eingesetzten Traktoren wurde von 1940 bis 1959 beinahe verdoppelt,¹⁾ der Bestand an anderen Maschinentypen erhöhte sich in einigen Fällen in noch stärkerem Maße.²⁾ Die maschinelle Ausrüstung der sowjetischen Landwirtschaft soll während des Siebenjahresplans weiterhin erheblich zunehmen.³⁾

4321.2 Die Vergrößerung der Kolchosen.

Beginnend mit dem Jahr 1950 und sich bis zur Gegenwart fortsetzend, ist in der sowjetischen Landwirtschaft ein Trend zur Bildung von Großkolchosen festzustellen. Die größeren Einheiten sollen die Möglichkeit einer rationelleren Nutzung der Ländereien, einer verstärkten Anwendung der Erkenntnisse der modernen Agrarwissenschaft und -technik, einer Senkung der Verwaltungskosten und einer besseren Ausnutzung des Arbeitskräftepotentials bieten.⁴⁾ Daneben erwartet die Staatsführung der UdSSR von dieser Maßnahme eine stärkere politische Aktivierung der Kolchosbauern.⁵⁾

Die Entwicklung zu Großkolchosen zeigt bisher die folgenden quantitativen Ergebnisse:

Die 'Gesellschaftliche Anbaufläche'⁶⁾ der Kolchosen stieg im Unionsdurchschnitt von 492 ha (1940) auf 967 ha (1950) und 1.881 ha (1958);⁷⁾ sie dürfte in der Gegenwart die Grenze von 2.000 ha pro Kolchose überschritten haben.

-
- 1) Von 0,53 Mio. auf 1,03 Mio. Einheiten. Quelle: Gade, H.: Die landwirtschaftliche Produktion...; a.a.O., S. 31.
 - 2) So stieg z.B. die Zahl der Getreide-Mähdrescher von 182.000 (1940) auf 510.000 (1959), die der in der Landwirtschaft eingesetzten Lastkraftwagen von 228.000 (1940) auf 720.000 (1959). Quelle: Ebenda, S. 32.
 - 3) Chruschtschow, N.S.: Referat...; Über die Kontrollziffern...; a.a.O., S. 502/503.
 - 4) Raupach, Hans: Die Agrarwirtschaft der Sowjetunion seit dem zweiten Weltkrieg; Göttingen 1953, S. 14/15.
 - 5) Ebenda, S. 15.
 - 6) Entspricht der Gesamtanbaufläche einer Kolchose nach Abzug des privaten Hoflandes der Kolchosbauern.
 - 7) Schiller, O.: Das Agrarsystem...; a.a.O., S. 137. Das Lehrbuch 'Politische Ökonomie' (a.a.O., S. 663) nennt für 1958 die Zahl von 2.128 ha.

Die Zahl der landwirtschaftlichen Kolchosen verringerte sich entsprechend von 235.500 (1940) auf 121.400 (1950) und 67.700 (1958).²⁾ Für 1961 wird die Zahl von rund 45.000 Einheiten genannt.³⁾

4321.3 Die Expansion der Sowchosen auf Kosten der Kolchosen.

Mit dem Beginn des Jahres 1957 setzt in der sowjetischen Landwirtschaft ein Prozeß der Verstaatlichung von genossenschaftlichen Teilen dieses Bereichs ein: eine größere Zahl von Kolchosen wurde in Sowchosen umgewandelt.⁴⁾ Wenn dieser Prozeß aus einer Reihe von Gründen⁴⁾ nach kurzer Zeit wieder zum Stillstand kam, so ist doch seine Bedeutung in Hinblick auf den beabsichtigten 'Übergang zum Kommunismus' nicht zu unterschätzen.⁵⁾ Er zeigt die offizielle Einstellung, daß den Sowchosen die absolute Vorrangstellung in der sowjetischen Landwirtschaft eingeräumt werden soll. Der seither zu beobachtende Verzicht auf eine Beschleunigung der Umwandlung von Kolchosen in Sowchosen erklärt sich daraus, daß man in der Zwischenzeit gangbare Wege gefunden zu haben glaubt, die Kolchosen den Staatsgütern anzugleichen.⁶⁾

Die Expansion der Sowchosen⁷⁾ geschah in der Weise, daß in einer Reihe von Fällen ein Teil des Bodens von "wirtschaftlich schwachen Kolchosen den bereits bestehenden Sowchosen zugeteilt" wurde; in anderen Fällen wurden neue Sowchosen durch

1) Schiller, O.: Das Agrarsystem...; a.a.O., S. 133.

2) O.V.: Russia's Green Pastures; a.a.O., S. 237.

3) Schiller, Otto: Die Verstaatlichung der sowjetischen Kolchose; in: 'Osteuropa', Nr. 3/1958, S. 157.

4) Hier spielte u.a. die Kostenfrage eine Rolle: aus finanziell selbstverantwortlichen Kolchosen wurden Sowchosen, für die der Staat letztlich die finanzielle Verantwortung übernehmen mußte.

5) Schiller, O.: Das Agrarsystem...; a.a.O., S. 80-82.

6) Beispiele: der Verkauf der MTB-Ausrüstungen an die Kolchosen, die Reform des Preis-, Erfassungs- und Lohnsystems, die Forderung der Zusammenarbeit zwischen Kolchosen zur gemeinsamen Bewältigung gesellschaftlicher Aufgaben etc.

7) Die Zahl der Sowchosen stieg von 4.159 (1940) auf 4.988 (1950), 6.496 (1959) und rund 7.400 (1961). Quellen: Rochlin, R.P.: Agrarpolitik...; a.a.O., S. 42. Und: Schiller, O.: Das Agrarsystem...; a.a.O., S. 125. Und: Eitner, H.-J.: Chruschtschow setzt auf das Agrarprogramm; in: 'Der Volkswirt', Nr. 18/1962, S. 817.

8) Nacu, Demosthenes: Die Verstaatlichung der sowjetischen Landwirtschaft von 1917 bis heute (2. Teil); in: 'Europa-Archiv' Nr. 11/1958, S. 10787/10788.

Auflösung oder Umwandlung von Kolchosen geschaffen.¹⁾ Daneben entstanden neue Sowchosen in größerer Zahl im Rahmen der Neulanderschließungsaktion.

4321.4 Die Neulandaktion und das Maisprogramm.

Da man sich in der Sowjetführung von der Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion in den traditionellen Anbaubereichen nicht die erwünschten spektakulären Erfolge versprechen zu können glaubte, versuchte man, die landwirtschaftliche Produktion durch eine Expansion der Anbauflächen mengenmäßig auf einen Stand zu bringen, der die Versorgung der Bevölkerung langfristig sichern sollte. Auf Initiative von Chruschtschow wurde im Jahr 1954 eine großangelegte Aktion zur Vergrößerung der landwirtschaftlichen Anbaufläche, hauptsächlich durch die Bebauung bisher nicht genutzten Bodens in Nordkasachstan und Südsibirien, gestartet.²⁾ Die Gesamtanbaufläche der UdSSR erhöhte sich im Verlauf dieser mit großem Aufwand betriebenen Kampagne von 166,1 Mio.ha (1954) auf 196,3 Mio.ha (1959).³⁾

Das Maisprogramm Chruschtschows verfolgt das Ziel, durch den verstärkten Anbau von Mais eine breitere Basis für die Ernährung des Viehbestandes zu schaffen und dadurch schließlich die Produktion von tierischen Erzeugnissen, besonders von Fleisch, die bis zur Gegenwart ein Sorgenkind der sowjetischen Agrarpolitik ist,⁴⁾ erheblich zu steigern.⁵⁾

4321.5 Die Vermehrung der Zahl der wissenschaftlichen Experten in der Landwirtschaft.

Nachdem Chruschtschow im Jahr 1953 auf den empfindlichen Mangel an Fachkräften in der Landwirtschaft hingewiesen und die Tatsache kritisiert hatte, daß die meisten Agrarfachleute in der Verwaltung, nicht jedoch in der Praxis zu finden seien,⁶⁾

- 1) Nacu, D.: Die Verstaatlichung...; a.a.O., S. 10788. Nacu schätzt, daß etwa 10-14.000 Kolchosen in Sowchosen umgewandelt wurden.
- 2) Schiller, O.: Das Agrarsystem...; a.a.O., S. 92/93.
- 3) Ebenda, S. 102 und 125.
- 4) Dies betonte Chruschtschow erneut in seiner Rede vor dem Plenum des Zk der KPdSU am 5. März 1962. Quelle: Eitner, H.-J.: Chruschtschow setzt auf das Agrarprogramm; a.a.O., S. 816.
- 5) Schiller, O.: Das Agrarsystem...; a.a.O., S. 97-99.
- 6) Auf einer Tagung des Zk der KPdSU im September 1953. Quelle: Leonhard, W.: Kreml...; a.a.O., S. 125/126.

konnte er 1958 als Erfolg seiner Politik berichten, daß sich die Zahl der landwirtschaftlichen Spezialisten mit abgeschlossener Fach- oder Hochschuleausbildung von 83.000 (1.7.1953) auf 277.000 (1.12.1957) erhöht habe und dadurch besonders die Kollektivwirtschaften fachlich gestärkt worden seien.¹⁾

432.2 Anreize zur Erhöhung der Marktleistung der Kolchosen.

4322.1 Preisanreize.

Ein wichtiger Grund für das mangelnde Leistungsinteresse der Kolchosbauern und die daraus resultierende Leistungsschwäche der Kolchosen seit dem Übergang zur zentralen Planung der Gesamtwirtschaft ist in der bis zum Jahre 1953 bestehenden Struktur des staatlichen Preis- und Erfassungssystems für landwirtschaftliche Produkte zu suchen. Die Kolchosen hatten den größten Teil ihrer Erzeugnisse zu extrem niedrigen Pflichtablieferungspreisen²⁾ an den Staat abzuführen, der auf diese Weise die Landwirtschaft zur 'inneren Kapitalakkumulation' heranzog.³⁾

Neben den Pflichtablieferungen bestanden zwei weitere, dem Umfang nach relativ unbedeutende Abgabekategorien:⁴⁾

(1) Die Vertragslieferungen, die im Prinzip auf freiwilliger Übereinkunft zwischen Staat und Kolchosen beruhten, in praxi jedoch gleichfalls obligatorisch waren;

(2) die Ablieferungen zu Aufkaufpreisen, die ebenfalls meist nicht ohne staatlichen Druck erfolgten und relativ hohe Preise erbrachten.

Die Preise dieser drei Gruppen von Ablieferungsarten standen etwa im Verhältnis 1:5:25 zueinander, wobei die 'Aufkaufpreise' noch unter den auf dem freien Kolchosmarkt erzielbaren lagen.⁵⁾

Die Reform des Abgaben- und Preissystems von 1953 verpflichtete die Behörden zur Einhaltung von 'ständigen Hektarnormen' als Basis der Pflichtablieferung. Die Verbindung von Kolchosfläche

1) Leonhard, W.: Kreml...; a.a.O., S. 395/396.

2) Die staatlichen Endverkaufspreise für Agrarerzeugnisse betrugen ein Vielfaches der den Kolchosen gezahlten Preise. Quelle: Rochlin, R.F.: Agrarpolitik...; a.a.O., S. 23/24.

3) Schiller, O.: Das Agrarsystem...; a.a.O., S. 44. Und: Laird, R.D.: Collective Farming...; a.a.O., S. 56 und 66.

4) Folgendes nach: Rochlin, R.F. Agrarpolitik...; a.a.O., S. 23.

5) Ebenda, S. 23.

und Ablieferungsnormen sollte die Kollektivwirtschaften zur Nutzung aller Flächen und zu intensiveren Landbau anregen, da für sie der Anreiz bestand, für Mehrprodukte höhere Erträge zu erzielen. Die Ablieferungsnormen wurden im Durchschnitt herabgesetzt,¹⁾ die Höhe der Naturalabgaben an die MTS für deren Leistungen etwas vermindert. Das Niveau der Preise für die drei Gruppen von Ablieferungsarten wurde zum Teil wesentlich erhöht.²⁾

Das Jahr 1958 brachte die Abschaffung der Pflichtablieferungen an den Staat in ihrer bisherigen Form. An ihre Stelle trat der staatliche Einkauf der landwirtschaftlichen Erzeugnisse bei den Kolchosen 'zu zonenweise differenzierten Einheitspreisen'.³⁾ Die Preise befinden sich jetzt auf einem Niveau, das etwa zwischen den vorherigen Zwangsablieferungs- und den Einkaufspreisen liegt. Durch die zonenweise regionale Differenzierung der Preise entfällt die bisherige Bevorzugung von Kolchosen auf günstigen Böden und von solchen, die Spezialkulturen anbauen.⁴⁾

Das neue System sichert dem Staat weiterhin den Bezug des größten Teils der Überschußproduktion der Kolchosen; es bietet diesen zwar nicht die Möglichkeit, über ihre Produktion frei verfügen zu können,⁵⁾ verstärkt durch höhere Abnahmepreise⁶⁾ jedoch die Anreize zur Erhöhung und Rationalisierung der Erzeugung.⁷⁾

4322.2 Lohnanreize.

Ein Kennzeichen des bis in die Nachkriegszeit üblichen Entlohnungssystems bildete die Tatsache, daß die Lohnzahlung lediglich am Jahresende und zum großen Teil in Naturalien er-

1) Schiller, O.: Das Agrarsystem...; a.a.O., S. 56.

2) Ebenda, S. 57-59.

3) Karajew, A. A.: Die Landwirtschaft; a.a.O., S. 402/403.

4) Redaktionsbeitrag o. V.: Abschaffung der Pflichtablieferung der Kolchose; in: 'Osteuropa-Wirtschaft', Nr. 1/1959, S. 67.

5) Schiller, Otto: Die Neuordnung des sowjetischen Erfassungssystems für Agrarerzeugnisse; in: 'Osteuropa-Wirtschaft', Nr. 10, 11/1958, S. 656.

6) Die neuen Einheitspreise liegen jedoch noch immer unter den auf den Kolchosmärkten erzielbaren Preisen. Quelle: Rochlin, R. P.: Agrarpolitik...; a.a.O., S. 24.

7) Ebenda, S. 24 und: Karajew, A. A.: Die Landwirtschaft; a.a.O., S. 403.

...ste, und daß die Lohnhöhe sich nicht nur nach der Gemeinschaftsarbeitseistung der Kolchosbauern, sondern auch nach den allgemeinen Leistungsverpflichtungen der Kollektivwirtschaft (Zuführungen an den 'unteilbaren Fonds', Naturalvergütung für die MTS-Arbeiten etc.) und nach den Produktionsergebnissen der Kolchosgemeinschaft richtete, die wiederum von äußeren Umständen (wetter.Klima) abhängig waren.¹⁾

Da die Unsicherheit des einzelnen Kolchosmitglieds über die Höhe des für ihn verfügbaren Einkommens seine 'materielle Interessiertheit' an der Gesamtleistung der Kolchose schmälerte, wurde das Entlohnungssystem ab 1956 in soweit modifiziert, als die Kolchosmitglieder monatliche Vorschüsse auf einen Teil des erwarteten Jahreseinkommens erhielten,²⁾ teilweise verbunden mit der Garantie eines festen jährlichen Arbeitsentgelts.³⁾ Nach offiziellen sowjetischen Angaben wurde bereits in "führenden Kollektivwirtschaften" damit begonnen. "die kollektivbauern - in Übereinstimmung mit den Arbeitsnormen oder der Menge der erzeugten Produkte - ohne Anwendung der Arbeitseinheit monatlich in Geldeform zu entlohnen."⁴⁾

Die in der sowjetischen Agrarpolitik zu beobachtende Tendenz zur Angleichung der Kolchosen an den Status der Sowchosen dürfte nur Folge haben, daß den Kolchosbauern in absehbarer Zeit ein Mindesteinkommen und ein fester Geldlohn garantiert werden wird. In der Gegenwart sind jedoch lediglich Ansätze in dieser Richtung zu erkennen.⁵⁾

Die Auflösung der Maschinen-Traktoren-Stationen (MTS).

Bis zum Jahre 1957 war in den offiziellen sowjetischen Stellungnahmen zu wirtschaftlichen Problemen die Bedeutung der MTS für die Mechanisierung der Landwirtschaft und für die

1) ...Politische Ökonomie;a.a.O.,S.668-671.

2) Schiller,O.:Das Agrarsystem...;a.a.O.,S.67.

3) ...Politische Ökonomie;a.a.O.,S.671.Und:Dmitrashko,I.: The Development of Forms of Remuneration in Collective Farms;übersetzt und abgedruckt in:'Problems of Economics', Nr.1/1959,S.83.

4) ...Politische Ökonomie;a.a.O.,S.671.

5) Schiller,O.:Das Agrarsystem...;a.a.O.,S.67/68

Stärkung des Kolchossystem in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht immer wieder hervorgehoben worden. Chruschtschow bekannte sich in den Jahren 1957 und 1958 zu dieser positiven Beurteilung der MTS für ihre Leistungen in der Vergangenheit,²⁾ betonte jedoch, daß sich bis 1958 "die sozial-ökonomische Lage auf dem Land grundlegend geändert" habe und die MTS begännen, "die Entwicklung der Produktivkräfte der Landwirtschaft zu hemmen."³⁾

Eine Reihe von wirtschaftlichen Gegebenheiten und Veränderungen in der Sowjetunion nach 1950 bot Anlaß, über den Sinn des Weiterbestehens der MTS zu diskutieren. Durch die Bildung von Großkolchosen nach 1950 war in vielen Fällen jeweils nur noch eine MTS für eine Kolchose zuständig, während erstere doch ausdrücklich geschaffen worden waren, um eine Mehrzahl kleinerer Kolchosen zu betreuen. Außerdem hatte sich in der Zwischenzeit die Kolchosordnung weitgehend stabilisiert, so daß die MTS-Aufgabe der 'politischen Ausrichtung' der Kolchosen an Bedeutung verlor.⁴⁾ Gegen das Fortbestehen der MTS wurden weiterhin betriebswirtschaftliche Erwägungen angeführt: aus dem Nebeneinander von MTS- und Kolchosleitung hatten sich im Lauf der Zeit erhebliche betriebswirtschaftliche Mängel ergeben,⁵⁾ die ungünstige Rückwirkungen auf die Ertragslage der Kolchosen hatten;⁶⁾ außerdem wurde die innere Organisation einer Reihe von MTS als sehr mangelhaft bezeichnet.⁷⁾

- 1) Merzalow, W.: Auf neuen Bahnen; in: 'Sowjetstudien', Nr. 5/1952, S. 46-51. Und: ... Politische Ökonomie; a.a.O., S. 652 und 665.
- 2) Merzalow, W.: Auf neuen Bahnen; a.a.O., S. 58/59. Und: Chruschtschow, N.S.: Rede auf einer Konferenz von Aktivisten der Landwirtschaft der Weißrussischen SSR in Minsk am 22.1.1958; Teilabdruck in: 'Osteuropa-Wirtschaft', Nr. 1/1958, S. 63/64. Und: Chruschtschow, N.S.: Thesen vom 1. März 1958...: über die weitere Entwicklung...; a.a.O., S. 388/389.
- 3) Chruschtschow, N.S.: Thesen vom 1. März 1958...: Über die weitere Entwicklung...; a.a.O., S. 389.
- 4) Vor allem deshalb, weil inzwischen die Parteiorganisationen in den Kolchosen gestärkt worden waren. Quelle: Laird, A.: Collective Farming...; a.a.O., S. 144 und 153.
- 5) Chruschtschow, N.S.: Rede... in Minsk...; a.a.O., S. 64/65. Und: Schiller, O.: Das Agrarsystem...; a.a.O., S. 63.
- 6) Merzalow, W.: Auf neuen Bahnen; a.a.O., S. 52 ff.
- 7) Ebenda, S. 51/52.

Die im Jahr 1958 begonnene Abschaffung der MTS und die damit den Kolchosen eröffnete Möglichkeit, die Maschinen der MTS zu erwerben,¹⁾ stellt - unter Berücksichtigung der in der Zeit nach Stalins Tode veränderten Interpretation der Grundidee über die gesellschaftliche Entwicklung und einer Reihe weiterer agrarpolitischer Maßnahmen aus der Zeit nach 1953 - keinen Rückschritt, sondern einen Fortschritt in der sozialen Entwicklung der sowjetischen Landwirtschaft dar. Hatte Stalin noch im Jahre 1952 den Verkauf der MTS-Ausrüstungen an die Kolchosen mit der Begründung abgelehnt, daß dadurch der staatliche Sektor der Wirtschaft geschwächt und der - nicht als Dauerzustand angesehene - genossenschaftliche Bereich durch diesen 'Rückschritt' in den Eigentumsformen gestärkt würde,²⁾ so ist die Festigung der Position der Kollektivwirtschaften durch die Übernahme der MTS-Ausrüstungen unter den Aspekten des Jahres 1958 zusammen mit anderen, gleichlaufenden Maßnahmen durch die damit erfolgte Annäherung der Kolchosen an den Status der Sowchosen als ein weiterer Schritt auf dem Wege zu einer einheitlichen Eigentumsform in der Landwirtschaft und damit - im Sinne der kommunistischen Entwicklungslehre - als ein Fortschritt und positiv zu werten.

432.3 Die agrarpolitische Behandlung des Privatlandes der Kolchosbauern.

Die scheinbare Unstetigkeit der Politik der Sowjetführung gegenüber dem - in der Verfassung festgelegten - Anrecht der Kolchosbauern auf die private Nutzung eines umfangmäßig begrenzten 'Hoflandes' und auf eine begrenzte Viehhaltung erklärt sich aus dem Widerstreit der Interessen der Staatsführung zwischen der Verfolgung der Grundidee und der Sicherung einer ausreichenden Marktproduktion.

Die Erkenntnis, daß die Leistungsfähigkeit der sowjetischen Kolchosen u.a. dadurch entscheidend geschwächt wird, daß die Kolchosbauern einen bedeutenden Teil ihrer Arbeitszeit auf

1) Chruschtschow, N.S.: Thesen vom 1. März 1958...: Über die weitere Entwicklung...; a.a.O., S. 389.

2) Stalin, J.W.: Antwort an die Genossen A.W. Sanina und W.G. Wensher; in: Anhang zu: Stalin, J.W.: Ökonomische Probleme...; a.a.O., S. 86-91.

die Pflege ihrer privaten Hoflandwirtschaften verwenden, sollte die Führung der UdSSR veranlassen, mit allen Mitteln auf das allmähliche Verschwinden dieser privaten Besitzform in der Landwirtschaft hinzuarbeiten, um dadurch die Leistungskraft der Kollektivwirtschaften zu heben. Der Verfolgung dieses Ziels steht jedoch die Tatsache entgegen, daß ein nicht unwesentlicher Teil der landwirtschaftlichen Marktproduktion vom Hofland der Kolchosbauern stammt¹⁾ und es - zumindest kurzfristig - nicht anzunehmen ist, daß bei einer Aufhebung der bäuerlichen Hoflandwirtschaften die zu erwartende Mehrleistung der Kolchosen die Angebotsverringerung durch den Ausfall der Anlieferungen aus den privaten Wirtschaften der Kolchosbauern ausgleichen wird. Hinzu kommt, daß die 'Nebengewirtschaften' eine wichtige Einnahmequelle der Kolchosmitglieder bilden: eine große Zahl von Kollektivwirtschaften ist bis zur Gegenwart nicht in der Lage, ihren Mitgliedern ein ausreichendes Einkommen zu garantieren.²⁾

Die wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Regierung der UdSSR gegenüber den Kolchosbauern und ihren Eigenwirtschaften spiegeln die aufgezeigte Problematik wider. Während sie fest entschlossen ist, eine Ausweitung des privaten Hoflandes auf Kosten des Gemeinschaftslandes und die Entstehung anderer 'bürgerlicher Neigungen' unter den Kolchosbauern zu verhindern³⁾ und die letzteren zur verstärkten Mitarbeit und Disziplin im Gemeinschaftsbetrieb heranzuziehen,⁴⁾ hat sie es einerseits an Vergünstigungen für die Kolchosbauern zur Steigerung von deren privater Produktion nicht fehlen lassen,⁵⁾ andererseits

- 1) Siehe hierzu oben S.299/300. Der Anteil der staatlichen Landwirtschaftsbetriebe und der Kolchosen an der Produktion von tierischen Erzeugnissen betrug im Jahre 1959: bei Milch 49,2%, bei Fleisch 52,5%, bei Wolle 77,5%, bei Eiern 17,2%. Quelle: Gade, H.: Die landwirtschaftliche Produktion...; a.a.O., S.45.
- 2) Budagova, E.: The Problem of Withering Away of the Collective Farmer's Personal Farm Plot; übersetzt und abgedruckt in: 'Problems of Economics', Nr.12/1960, S.29.
- 3) Raupach, H.: Die Agrarwirtschaft...; a.a.O., S.10/11.
- 4) Ebenda, S.11-14.
- 5) So wurde z.B. die Landwirtschaftssteuer, die Einkommensteuer für die Erträge der Kolchosbauern aus ihrem Privatland, durch das Landwirtschaftssteuergesetz von 1953 erheblich gesenkt; von der Besteuerungsgrundlage 'tatsächliche Nutzung'

die Kolchosbauern in neuerer Zeit mehrmals von den Vorteilen einer freiwilligen Aufgabe ihres Hoflandes und der Überführung ihres Viehs in die Bestände der Kolchosgemeinschaft zu überzeugen versucht.¹⁾

Da die Produktion des sozialistischen Sektors der Landwirtschaft noch nicht die Höhe erreicht, die eine Aufhebung der privaten Hoflandwirtschaften ohne Schwierigkeiten möglich wäre, bleibt der Sowjetführung zunächst nur der Weg des Appells an die Einsicht der Kolchosbauern unter Wahrung der Freiwilligkeit bei der Aufgabe der Nebenwirtschaften. Sie hat jedoch bereits mehrfach darauf hingewiesen, daß diese früher oder später verschwinden werden: "sie werden - nach der offiziellen Doktrin - dann "absterben", wenn der sozialistische Bereich der Landwirtschaft genügend erstarkt ist."³⁾

432.4 Maßnahmen zur Hebung der Leistungsfähigkeit der Sowchosen.

Die Arbeitsweise und die Produktivität der Sowchosen sowie die Mängel ihrer Organisation sind bis zur Gegenwart häufig Ansatzpunkte offizieller Kritik gewesen.⁴⁾

Im Jahre 1955 wurde der Versuch unternommen, durch die Einführung eines neuen Planungssystems die Initiative der Sow-

wurde zur Flächensteuer übergegangen, um die Intensivierung der Produktion anzuregen. Um zu verhindern, daß einzelne Kolchosbauernfamilien ihre Leistungen im Gemeinschaftsbetrieb deshalb vernachlässigen, wurde die Besteuerung für diejenigen, die die Jahresnormen für die Leistung in Gemeinschaftsbetrieb nicht einhalten, um 50% erhöht. Ferner wurde mit Wirkung vom 1.1.1958 die Ablieferungspflicht für Erzeugnisse aus den Nebenwirtschaften der Kolchosbauern abgeschafft. Quellen: Schiller, Otto: Die neue Landwirtschaftssteuer; in: "Osteuropa", Nr. 5/1955, S. 370/371. Und: Karawajew, A.A.: Die Landwirtschaft; a.a.O., S. 402.

1) Boettcher, E.: ...Wirtschaftspolitik...; a.a.O., S. 130/131.

2) Volin, Lazar: Soviet Agriculture under Khrushchev; in: "The American Economic Review", Nr. 2/1959, S. 17.

3) Budagova, E.: The Problem...; a.a.O., S. 31 und 63.

4) Ein Überblick über die Kritik der Parteiführung an der Arbeit der Staatsgüter von 1947 bis 1957 findet sich in: Kollektiv sowjetischer Agrarwissenschaftler: Die Ökonomik der sozialistischen Landwirtschaftsbetriebe; Berlin 1958. S. 377/378. Und: Djakonow, N.: Die Sowchose...; a.a.O., S. 187/188.

chosarbeiter anzuregen und eine bessere Flächenausnutzung zu erreichen. Die vorher äußerst weitgehende Reglementierung der Tätigkeit der Sowchosen wurde zugunsten einer Rahmenplanung aufgegeben, durch die den Sowchosen lediglich vorgeschrieben wurde:¹⁾

- (1) Der Ablieferungsplan für die erzeugten Produkte an den Staat;
- (2) die Größe des Personals und des Lohnfonds;
- (3) der Umfang der Investitionen und
- (4) die Höhe der Selbstkostensenkung.

Für alle übrigen Tätigkeitsbereiche sollten die Sowchosen operative Selbständigkeit im Rahmen der 'Wirtschaftlichen Rechnungsführung' erhalten.

Die im Jahre 1957 von offizieller Seite an die Sowchosen ergangene Aufforderung, Maßnahmen zur optimalen Nutzung der Ländereien zu ergreifen, die Agrikultur zu heben, die Hektarerträge zu steigern, die Struktur der Anbauflächen zu überprüfen etc.²⁾ läßt den Schluß zu, daß die Leistungsfähigkeit der Sowchosen bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht wesentlich gesteigert werden konnte und auch ihre Organisation noch Schwächen aufwies.

Trotz dieser Mängel hat sich das Gewicht der Sowchosen innerhalb der landwirtschaftlichen Leistungsgruppen erhöht: die Durchführung des Neulandprogramms fast ausschließlich mit Hilfe von Staatsgütern und die Übernahme bzw. die Umwandlung von Kolchosen in Sowchosen zeigen das Bestreben des Staates, sich stärker als vorher auf die Staatsgüter zu stützen.³⁾

"Die Weiterentwicklung der Sowchase geht dahin, daß diese Betriebe nicht nur Rohstoffe, sondern auch Fertigerzeugnisse liefern können." "Es ist nicht nur möglich, sondern auch notwendig, in den Sowchosen Betriebe für die Erstverarbeitung landwirtschaftlicher Produkte einzurichten. Dies gestattet es, den Verwaltungsapparat wesentlich zu verbilligen, die Produktionskosten zu senken und die Arbeitskräfte im Verlauf des ganzen Jahres optimaler und rationeller einzusetzen."⁴⁾

- 1) Folgendes nach: Kollektiv...; Die Ökonomik...; a.a.O., S. 396 und 425 ff.
- 2) Djakonow, N.: Die Sowchase...; a.a.O., S. 199/200.
- 3) Volin, L.: Soviet Agriculture...; a.a.O., S. 19.
- 4) Djakonow, N.: Die Sowchase...; a.a.O., S. 201.

1.3 Das Fazit. Die sowjetische Landwirtschaft nach dem zweiten Weltkrieg.

433.1 Die Ordnung.

Wenn im Vergleich zu den Umschichtungen in den 1930er Jahren in dieser Periode grundlegende Veränderungen in der Ordnung der sowjetischen Landwirtschaft kaum festzustellen sind, so lassen sich doch Ansätze zu wesentlichen Strukturveränderungen nicht übersehen. An erster Stelle ist hier die Stärkung der Stellung der Kollektivwirtschaften zu nennen, die durch die Auflösung der MTS, die stärkere Besetzung mit Fachkräften, die Bildung von Groseinheiten und das Bestreben der Regierung, die Nebenwirtschaften der Kolchosbauern allmählich zurückzudrängen, eine wesentliche Aufwertung erfahren haben. Nach den Intentionen der Sowjetführung scheint die Stabilisierung der Kolchosordnung jedoch lediglich eine Zwischenstufe auf dem Weg zu einer einheitlichen Eigentums- und Organisationsform in der Landwirtschaft zu sein. Durch die Einführung fester Geldlöhne, die Verfügungsmöglichkeit der Kolchosen über eigene Maschinen, ein einheitliches Erfassungs- und Preissystem etc. findet eine innere Angleichung der Kollektivwirtschaften an den Status der Staatsgüter statt.¹⁾ Die Einführung des Prinzips der wirtschaftlichen Rechnungsführung in den Kolchosen sowie die allmähliche Verringerung der Bedeutung der Kolchosmärkte für die Kollektivwirtschaften durch die Einschaltung von Genossenschaften, die die Überschüsse der Kolchosen zu 'Marktpreisen' aufkaufen und so eine selbstständige Vermarktung der Kolchoserzeugnisse durch die Kollektivwirtschaften verhindern sollen,²⁾ dienen dem gleichen Zweck.

Es ist im Augenblick nicht zu übersehen, ob die 'gesellschaftliche Aufwertung' der Kolchosen deren vollkommene Angleichung an die Sowchosform erreichen soll, oder ob beide

1) Schiller, Otto: Die Auflösung der sowjetischen MTS; in: 'Osteuropa', Nr. 4/1960, S. 323. Und: Wädek, K.-E.: Sowjetische Viehwirtschaft und Agrarpolitik im Jahre 1960; in: 'Osteuropa', Nr. 6/1961, S. 435-438.

2) Siehe hierzu unten S. 323/324. Und: Wädek, K.-E.: Sowjetische Viehwirtschaft...; a.a.O., S. 437/438.

Ordnungsformen zu einer neuen Form verschmolzen werden sollen, die von den Sowchosen die Produktionsweise, von den Kolchosen die - in der Praxis allerdings oft verletzte - Form der Betriebsdemokratie übernimmt.¹⁾ Letztere Lösung würde den Vorstellungen von der gesellschaftlichen Organisation im Kommunismus wohl am ehesten entsprechen.²⁾

Über die weitere Entwicklung der sowjetischen Landwirtschaft auf dem Weg zum Kommunismus lassen sich aufgrund programmatischer Äußerungen der Sowjetführung gewisse Entwicklungsrichtungen vorhersehen. Die Sowchosen sollen neben der landwirtschaftlichen Produktion auch die Verarbeitung ihrer Erzeugnisse wenigstens teilweise übernehmen und entsprechende Produktionsstätten errichten.³⁾ Die materiellen und kulturellen Lebensbedingungen in den Sowchosen sollen sich allmählich dem städtischen Standard annähern.⁴⁾

Die gesellschaftliche Weiterentwicklung der Kolchosen soll durch die ständige Erweiterung der 'unteilbaren Fonds' ermöglicht werden, mit deren Hilfe nicht nur die technischen Ausrüstungen ständig verbessert, sondern auch gemeinnützige und öffentliche Aufgaben erfüllt werden sollen.⁵⁾ Die Kollektivwirtschaften sollen in Zukunft untereinander und mit Sowchosen in Beziehung treten, gemeinsam Strukturverbesserungen durchführen und sich in enger Zusammenarbeit industriellen Aufgaben örtlicher Bedeutung widmen.⁶⁾ Durch diese, durch

- 1) Schlesinger, Rudolf: Zur Frage der Verwandlung von Kollektiv- in Sowjetwirtschaften; in: 'Osteuropa', Nr. 7, 8/1961, S. 514. Und: Schiller, O.: Das Agrarsystem...; a.a.O., S. 81/82.
- 2) O.V. Programm der Kommunistischen Partei...; a.a.O., S. 80.
- 3) Djakonow, N.: Die Sowchose...; a.a.O., S. 201.
- 4) O.V.: Programm der Kommunistischen Partei...; a.a.O., S. 80.
- 5) Pflüger, Gangolf: "Übergang zum Kommunismus" in der UdSSR und in China auf wirtschaftlichem Gebiet; in: 'Osteuropa-Wirtschaft', Nr. 1/1959, S. 62/63.
- 6) Beispiele: Gemeinsame Planungs- und Bauarbeiten, gemeinsame Anlage und Betrieb von Elektrizitätsversorgungsanlagen, Zusammenarbeit bei Landmeliorationen, bei Mechanisierungs- und Instandhaltungsfragen, Schaffung gemeinsamer Viehzuchtstellen und Saatzuchtanlagen etc. Quellen: Pflüger, G.: "Übergang zum Kommunismus"...; a.a.O., S. 62/63. Und: O.V. Programm der Kommunistischen Partei...; a.a.O., S. 79. Und: Pershin, P.: On the Means of Drawing Collective Farm-Cooperative Property Closer to Property belonging to the whole People; übersetzt und abgedruckt in: 'Problems of Economics', Nr. 5/1959, S. 10-16.

das ständige Wachstum der 'unteilbaren Fonds' der Kollektivwirtschaften ermöglichte Entwicklung soll das ursprünglich genossenschaftlich-kollektivwirtschaftliche Eigentum allmählich in allgemeines Volkseigentum übergehen, wodurch die Kolchosen dann in nichts mehr von den Sowchosen zu unterscheiden sein werden.¹⁾

Auch die Kolchosen sollen die sozialen Lebensbedingungen für ihre Mitglieder durch Investitionen in Kultur- und Sozialeinrichtungen zur allgemeinen Nutzung²⁾ laufend verbessern: Die Unterschiede zwischen dem Leben in den neuentstehenden Wohnzentren auf dem Lande mit hohem kulturellen Niveau (Agrostädte) und den städtischen Siedlungen werden sich dadurch immer stärker verringern,³⁾ desgleichen durch den raschen Fortschritt der Technisierung auf dem Lande die Unterschiede zwischen Stadt und Land in bezug auf die Arbeitsweise und die Unterschiede zwischen körperlicher und geistiger Arbeit. Der angestrebte rasche Produktivitätsfortschritt in der Landwirtschaft soll dazu beitragen, daß in der UdSSR allmählich zur 'Entlohnung nach den Bedürfnissen' übergegangen werden kann. Mit diesen von der Sowjetführung prophezeiten grundlegenden Veränderungen der Arbeits- und Lebenssphäre wird sich nach ihrer Auffassung auch das gesellschaftliche Bewußtsein der Sowjetmenschen soweit wandeln, daß für sie die Arbeit von der Pflicht zum ersten Lebensbedürfnis wird. Mit dem Abschluß dieses Prozesses soll dann das Endziel der Grundidee der Sowjetführung, die Phase des vollendeten Kommunismus, erreicht sein.

433.2 Die Produktionsleistung.

Die bekanntgewordenen Ergebnisse der agrarpolitischen Debatten der Führung der UdSSR über die Situation der landwirtschaftlichen Produktion zu Beginn des Jahres 1962 lassen erkennen, daß diese noch weit hinter den hochgesteckten Zielen

- 1) O.V.: Programm der Kommunistischen Partei...; a.a.O., S.80/81. Und: Golubkov, P. und Ovchinnikova, V.: Indivisible Funds of Collective Farms, Cooperation among Collective Farms in Matters of Production; übersetzt und abgedruckt in: 'Problems of Economics', Nr.12/1959, S.48.
- 2) Beispiele: Internatsschulen, Klubs, Krankenhäuser, Erholungsheime, Speisehallen, Sportanlagen, Bibliotheken etc. Quelle: O.V.: Programm der Kommunistischen Partei...; a.a.O., S.79 u.81.
- 3) Ebenda. S.80/81.

des Siebenjahresplanes zurückgeblieben ist.¹⁾

Die Versorgung der sowjetischen Landwirtschaft mit Düngemitteln und Maschinen hat in der zu behandelnden Periode nicht die erstrebte und notwendige Höhe erreicht,²⁾ die Neulandaktion und das Maisprogramm konnten und können - aus verschiedenen Gründen³⁾ - nicht langfristig die erhofften Ergebnisse bringen.⁴⁾

Die Sowchosen konnten ihre Marktproduktion absolut steigern, was jedoch in erster Linie auf ihre quantitative Expansion zurückzuführen ist. Die Produktivität und Rentabilität ihrer Arbeit läßt jedoch - von Ausnahmen abgesehen - noch immer zu wünschen übrig.⁵⁾

Trotz der aufgezeigten vielfältigen Leistungsanreize für die sowjetischen Kolchosen wurde der damit angestrebte Produktionsaufschwung nicht erreicht. Das Festhalten der Kolchosbauern an ihrem Privatbesitz und dessen gründlicher Pflege mindert weiterhin die Arbeitsdisziplin im Gemeinschaftsbetrieb, dessen Leistungsmöglichkeiten wohl erst dann voll ausgeschöpft werden könnten, wenn es gelänge, den bäuerlichen Privatbesitz auszuschalten, die Preisanreize noch weiter zu erhöhen und günstige Lohn-, Arbeits- und Lebensbedingungen für die Kolchosbauern zu schaffen. Dies erscheint jedoch angesichts der weiterhin notwendigen hohen Kapitalakkumulation, die zum großen Teil die Landwirtschaft zu tragen hat, nicht ohne Einbußen für das Gesamtwachstum der Wirtschaft denkbar, die die Sowjetführung kaum hinzunehmen geneigt sein wird. Die in der langfristigen Planung vorgesehene technische, kulturel-

1) Schiller, O.: Die Mißerfolge...; a.a.O., S. 294. Und: Eitner, H.-J.: Chruschtschow setzt auf das Agrarprogramm; a.a.O., S. 816 ff.

2) Gade, H.: Die landwirtschaftliche Produktion...; a.a.O., S. 30-32 und 37-39. Und: Unger, Helmut: Mineraldüngerproduktion und -verbrauch in den Ostblockländern; in: 'Osteuropa', Nr. 2, 3/1960, S. 174.

3) Schiller, O.: Die neuen Agrarpläne...; a.a.O., S. 41, 50. Und: Harris, Chauncey D.: Soviet Agricultural Resources Reappraised; in: 'Journal of Farm Economics', Nr. 2/1956, S. 258-273.

4) Schiller, O.: Die Mißerfolge...; a.a.O., S. 293/294.

5) Die offizielle Aussage, daß sich in neuerer Zeit "viele" Staatsgüter zu rentablen Betrieben entwickeln hätten, bedeutet unter Berücksichtigung der 'fortschrittlichen' Terminologie in der UdSSR-, daß der größte Teil der Sowchosen noch unproduktiv und unrentabel arbeitet. Quelle: Kollektiv...: Die Ökonomik...; a.a.O., S. 407. Und: Djakonow, L.: Die Sowchose...; a.a.O., S. 199/200.

ie und soziale 'Aufrüstung' der sowjetischen Landwirtschaft, durch die ständige Erhöhung der 'unteilbaren Fonds' der Kollektivwirtschaften, dürfte zwar die Kapitalausstattung der sowjetischen Landwirtschaft verbessern, allerdings wohl in erster Linie auf Kosten der Kolchosbauern, deren Einkommen bzw. dessen Wachstum durch die Vergrößerung der 'unteilbaren Fonds' in starkem Ausmaß zwangsläufig zunächst einmal zurückgehen muß.

Die im Frühjahr 1962 von der Staats- und Parteiführung zur Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion beschlossene Verstärkung der Überwachung der Leistungen der Kolchosen¹⁾ deutet darauf hin, daß der Staat nicht die wesentliche Verbesserung der materiellen Situation der Bauernschaft als Grundlage einer erhöhten Leistungsfähigkeit anstreben will oder kann. Inwieweit die zum gleichen Termin verkündeten sonstigen organisatorischen und agrarwissenschaftlichen Neuerungen²⁾ die Erträge der Landwirtschaft erheblich steigern werden, muß die Zukunft erweisen.

cc) Der Handel.

- 1) Die Grundformen des Handels in der UdSSR und ihre Stellung im sowjetischen Planungssystem.

1.1 Der Außenhandel.

Eine der ersten Maßnahmen der Regierung Lenin nach dem Erfolg der sozialistischen Oktoberrevolution bestand darin, den privaten Außenhandel zu verbieten und alle Außenhandelsgeschäfte dem Staat und seinen hierzu geschaffenen Organen vorzubehalten (Dekret vom 22.4.1918).³⁾ Dieses staatliche Außenhandelsmonopol besteht - bei mehrfacher Änderung seiner Organi-

-
- 1) Eitner-H.-J.: Chruschtschow setzt auf das Agrarprogramm; in: 'Der Volkswirt', Nr. 18/1962, S. 817/818.
 - 2) Ebenda, S. 817-819. Und: Beschluß des Zk der KPdSU und des Ministerrats der UdSSR vom 22. März 1962: Über die Umgestaltung der Leitung der Landwirtschaft; übersetzt und abgedruckt in: 'Ostprobleme', Nr. 8/1962, S. 229-233.
 - 3) Roginski, G.S., Kolpakow, B.T., Bakulin, S.N.u. Paromow, M.J.: Der Außenhandel; 3. deutsche Auflage, Berlin 1955, S. 26.

sationsform¹⁾ - im Prinzip unverändert bis zur Gegenwart und ist in der Verfassung der UdSSR verankert.²⁾ Es hat die Aufgabe, die innerwirtschaftlichen und außenpolitischen Zielsetzungen der Sowjetführung auch im Handelsverkehr mit ausländischen Staaten zu verfolgen.

So soll im wirtschaftlichen Bereich der Außenhandel den Erfordernissen der sowjetischen Planwirtschaft angepaßt und dienstbar gemacht werden; eine Einflußnahme privater Wirtschaftskräfte des Auslandes auf die sowjetische Wirtschaft soll verhindert und diese von den konjunkturellen Schwankungen auf den Weltmärkten und in einzelnen 'kapitalistischen' Ländern unabhängig gemacht werden.³⁾

Daneben sollen durch das Außenhandelsmonopol auch außenpolitische Effekte erzielt werden: eine gezielte Außenhandelspolitik der Sowjetunion gegenüber den Staaten des Ostblocks soll zur Stärkung von deren Volkswirtschaften beitragen, dadurch auch deren politische Position gegenüber Drittländern und ihre Beziehungen zur UdSSR festigen.⁴⁾ Die außenwirtschaftlichen Beziehungen zu Ländern mit unterentwickelten Volkswirtschaften außerhalb des Ostblocks sollen den 'Good Will' der Sowjetunion erhöhen und ihren (zunächst) wirtschaftlichen Einfluß in diesen Staaten langsam verstärken.⁵⁾

Da der Außenhandel der Sowjetunion fast ausschließlich in Form von langfristigen bilateralen Wirtschaftsabkommen mit anderen Staaten abgewickelt wird,⁶⁾ ist seine Einbeziehung auch in die langfristige Volkswirtschaftsplanung möglich. Dies erlaubt es den Planinstanzen, ihn für die Realisierung der Ziele einer beschleunigten wirtschaftlichen Entwicklung einzusetzen. So konnte und kann die UdSSR über den Import von Engpaßgütern (Spezialmaschinen etc.) z.B. die Produktivität ihrer Wirtschaft durch Heranziehung der Leistungsfähigkeit der fortgeschrittenen Industrienationen heben, ohne - dank des in die Gesamtplanung einbezogenen Außenhandelsmonopols - bei dringendem Bedarf auf die Kostenfrage Rücksicht nehmen zu müssen.

1) Zotschew, Theodor: Sowjetunion: Wirtschaft: Außenhandel; in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Band 9; a.a.O., S. 374.

2) In Artikel 14.

3) Zotschew, Th.: ...Außenhandel; a.a.O., S. 372.

4) ...Politische Ökonomie; a.a.O., S. 705/706.

5) Zotschew, Th.: ...Außenhandel; a.a.O., S. 373/374.

6) Ebenda, S. 374.

Das Gleiche gilt auch für die Erstellung der zum Ausgleich der Importe notwendigen Exportgüter, deren im Handelsvertrag vereinbarte Art und Menge in die Planung einbezogen werden kann. Der Verzicht auf die Berücksichtigung von Kostenkriterien erweist sich für die Sowjetunion oft als ein Zwang im Handelsverkehr mit Staaten des 'kapitalistischen' Auslands, in welchem für die Exportwaren der Sowjetunion meist nicht die innersowjetischen Kostenwerte, sondern Weltmarktpreise als Richtmaß verwendet werden.¹⁾

Über die zweiseitigen Warenlieferungsabkommen hinaus tritt die Sowjetunion in unregelmäßigen Abständen auf den Weltmärkten als Käufer von - für die Planausführung benötigten - Komplementärgütern auf. Da sie diese in Devisen zu bezahlen hat, und ihr solche aus den bilateralen Handelsabkommen nur in Ausnahmefällen zufließen, verkauft die UdSSR Gold, andere Metalle oder Rohstoffe aus eigener Produktion am Weltmarkt, um ihre Extrakäufe finanzieren zu können. Das Ergebnis sind meist Ungleichgewichte an den mühsam stabilisierten Weltmärkten.²⁾

Ein bedeutendes Problem ergibt sich für die Sowjetunion in neuerer Zeit aus der Umstrukturierung ihres Außenhandels. Exportierte sie vor dem zweiten Weltkrieg in erster Linie landwirtschaftliche, forstwirtschaftliche und bergbauliche Erzeugnisse und importierte industrielle Halb- und Fertigwaren zur Erweiterung ihrer Produktionsbasis,³⁾ so ergibt sich seit der Entstehung des 'sozialistischen Lagers', des Problems der Unterstützung von Entwicklungsländern und wegen der erhöhten schwerindustriellen Eigenproduktion der UdSSR ein völlig anderes Bild.⁴⁾

Letzterer Gesichtspunkt läßt die Bedeutung der Einfuhr von Investitionsgütern zugunsten eines erhöhten Imports von Erzen, Metallkonzentraten und Brennstoffen etwas in den Hinter-

1) Dies wird konzediert in: ...Politische Ökonomie; a.a.O., S. 705.

2) Aubrey, Henry G.: Soviet Trade, Price Stability and Economic Growth; in: 'Kyklos', Nr. 3/1959, S. 290 ff.

3) Zotschew, Th.: ...Außenhandel; a.a.O., S. 374.

4) ...Länderberichte: Sowjetunion 1960; a.a.O., S. 29/30.

grund treten.¹⁾ Die Politik zur Förderung der Volkswirtschaften der anderen sozialistischen Staaten und der Entwicklungsländer zwingt die Sowjetunion, zum Exporteur von Investitionsgütern in diese Staaten zu werden. Da diese meist devisenschwach sind und überdies nur gelegentlich für die Sowjetunion interessante Exportgüter zum Ausgleich ihrer Einfuhren anzubieten haben, sieht sich die UdSSR veranlaßt, die Einfuhr von industriellen Konsumgütern aus diesen Ländern zu gestatten und langfristige Kredite zu gewähren. Die Sowjetunion - selbst noch in der Entwicklung begriffen - sieht sich aus politischen Gründen in die Rolle einer 'Economie Dominante' gedrängt. Die ihrem innerwirtschaftlichen Entwicklungsstempo hierdurch entstehenden Nachteile hofft sie, durch politische Vorteile einer Erweiterung des 'sozialistischen Lagers' kompensieren zu können.

1.2 Der Binnenhandel.

12.1 Die Grundformen des sowjetischen Binnenhandels.

Der sowjetische Großhandel befaßt sich mit dem Verkauf von Waren für den nachfolgenden Weiterverkauf bzw. die Weiterverarbeitung, der in großen Partien erfolgt.²⁾

Er tätigt³⁾

- (1) den innerindustriellen Umsatz (Verkauf von Rohstoffen, Materialien etc. gemäß dem Volkswirtschaftsplan);
- (2) den 'Umsatz der Beschaffungsorganisationen' (Aufkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse und deren Verkauf an Industrie- und Handelsorganisationen) und
- (3) den Umsatz von Waren für den persönlichen Bedarf der Bevölkerung (Aufkauf von industriellen etc. Einheiten, Weiter-

-
- 1) ...Länderberichte:Sowjetunion 1960;a.a.O.,S.29.Dies gilt allerdings nur für die Gesamtstruktur des sowjetischen Außenhandels.An der Struktur des Außenhandels der Sowjetunion mit dem'kapitalistischen Ausland'hat sich in der Nachkriegszeit wenig geändert.Die UdSSR bleibt hier weiterhin am Bezug von Investitionsmitteln und fehlenden Rohstoffen interessiert.Hierzu siehe auch:Zotschew,Th....Ausßenhandel;a.a.O.S.376.
 - 2) Rubinstein,G.L.:Die Warenbewegung und der Großhandel;in: Lifiz,M.M.(Herausgeber):Die Ökonomik des Sowjethandels; Berlin 1953,S.386.
 - 3) Ebenda, S.387.

verkauf an Einzelhandelsorganisationen).

Die Großhandelsbetriebe kann man ferner gliedern¹⁾

- (1) nach ihrer Sortimentsbreite,
- (2) nach ihrem räumlichen Tätigkeitsbereich,
- (3) nach ihrem Unterstellungsverhältnis (Union, Republiken, örtliche Staatseinheiten),
- (4) nach der Art der Geschäftsvorfälle und der Aufgabe des Großhandelsgliedes im Prozeß der Warenbewegung.

Der Einzelhandelsbereich umfaßt in bezug auf den Umsatz den Warenverkauf an Institutionen, Betriebe und Organisationen sowie den Absatz von Massenkonsumgütern an die Bevölkerung. Bei letzterem sind zwei Hauptformen zu unterscheiden:

- (1) der 'organisierte Markt' und
- (2) der 'nichtorganisierte Markt'.²⁾³⁾

Zum 'organisierten Markt' zählen der staatliche und der genossenschaftliche Handel, zum 'nichtorganisierten Markt' gehört der kollektivwirtschaftliche Handel (Kolchoshandel).

Der staatliche Handel nimmt die stärkste Stellung im Einzelhandelssystem der Sowjetunion ein. Auf ihn entfielen im Jahre 1958 65,2 % des gesamten Einzelhandelsumsatzes der UdSSR.⁴⁾ Seine Organisationen beziehen ihre Waren zum größten Teil von der staatlichen Industrie, meist über den staatlichen Großhandel,⁵⁾ teilweise jedoch auch direkt von den industriellen Unternehmen.⁶⁾ Seit dem Jahre 1935 ist das staatliche Einzelhandelsnetz die einzige Form des 'organisierten Handels' in den Städten der UdSSR.⁷⁾ Seit 1948 befindet sich ein staatlicher Versandhandel im Aufbau, dessen Anteil am gesamten Einzelhandelsumsatz allerdings zur Zeit noch unbedeutend

1) ...Die Ökonomik des Sowjethandels...; a.a.O., S. 387.

2) ...Politische Ökonomie; a.a.O., S. 692.

3) Der private gewerbliche Binnenhandel ist in der Sowjetunion seit 1930 ausgeschaltet. Quelle: Voigt, Fritz: Sowjetunion: Wirtschaft: Binnenhandel; in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Band 9; a.a.O., S. 371.

4) ...Länderberichte: Sowjetunion 1960; a.a.O., S. 60.

5) ...Politische Ökonomie; a.a.O., S. 689.

6) Goldman, Marshall I.: Retailing in the Soviet Union; in: 'Journal of Marketing', Nr. 4/1960, S. 10.

7) Voigt, F.: ...Binnenhandel; a.a.O., S. 370.

ist.¹⁾

Der genossenschaftliche Handel obliegt den Handelsbetrieben der sowjetischen Konsumgenossenschaften. Deren Betriebsmittel gehören den Mitgliedern der Genossenschaftsverbände. Er untersteht - wie der staatliche Einzelhandel - der planmäßigen Lenkung durch den Staat, der auch seine Preise festsetzt. Den Genossenschaftsmitgliedern ist jedoch seit dem Jahre 1939 ein gewisser Spielraum zur Entfaltung von Eigeninitiative gegeben.²⁾ Der ursprünglich auch in den Städten organisierte Genossenschaftshandel ist seit dem Jahre 1935 auf den staatlichen Handelsbereich übergegangen;³⁾ ihm wurde 1938 jedoch das Gesamthandelsnetz auf dem flachen Land vorbehalten.⁴⁾ Im Jahre 1958 betrug der Anteil des genossenschaftlichen Handels am gesamten Einzelhandelsumsatz 29,1 %.⁵⁾

Der 'organisierte Markt' ist vollständig in die staatliche Planung eingegliedert. Zu seinem Bereich gehören auch die öffentlichen Speisebetriebe und Gaststätten, die entweder vom Staat oder genossenschaftlich betrieben werden und in der Entwicklung der sowjetischen Gesellschaft zum Kommunismus eine wesentliche Rolle spielen dürften.⁶⁾ Der Anteil des 'organisierten Marktes' am gesamten Einzelhandelsumsatz in der Sowjetunion betrug im Jahre 1958 94,3 %, am Nahrungsmittelumsatz allein 90,6 %.⁷⁾

Der 'kollektivwirtschaftliche Markt' (Kolchosmarkt), auf dem die Kollektivwirtschaften und Kolchosbauern Waren anbieten, die sie über die an den Staat abzuliefernden Mengen hinaus bzw. auf ihren Privatfeldern erzeugt haben, stellt in soweit einen Fremdkörper im sowjetischen Binnenhandelssystem dar, als

- 1) Der Anteil des staatlichen Versandhandels der UdSSR am gesamten Einzelhandelsumsatz betrug 1958 in der RSFSR 0,15 %; im UdSSR-Durchschnitt ist er jedoch noch wesentlich geringer. Quelle: Bessarabow, W.: Der Versandhandel in der UdSSR muß allseitig verbessert werden; in: 'Sowjetskaja Torgowlja', Moskau; übersetzt und abgedruckt in: 'Wirtschaftsdigest', Nr. 12/1959, S. 119-123.
- 2) Voigt, F.: ... Binnenhandel; a.a.O., S. 370.
- 3) Ebenda, S. 370.
- 4) Ebenda, S. 370.
- 5) ... Länderberichte: Sowjetunion 1960; a.a.O., S. 60.
- 6) ... Politische Ökonomie; a.a.O., S. 690-692. (Ergänzung): Gogol, B.I.: Die Speise- und Gaststättenbetriebe; in: Lifiz, M.M. (Herausgeber): Die Ökonomik...; a.a.O., S. 328/329.
- 7) ... Länderberichte: Sowjetunion 1960; a.a.O., S. 60.

sich auf ihm die Preise nach den Gesetzen von Angebot und Nachfrage bilden können. Die Duldung dieser Eigengesetzlichkeit in der sowjetischen Wirtschaft dürfte in erster Linie darauf zurückzuführen sein, daß der Sowjetführung viel an einer Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung ohne Schäden für das Gesamtplanungssystem gelegen ist, sowie an der Schaffung von Leistungsanreizen für die damit ohnehin dürrtig ausgestattete Landwirtschaft.¹⁾

Die Aktivität der etwa 9.000 Kolchosmärkte,²⁾ die sich in Stadt- und Landbezirken finden, wird beeinträchtigt durch die indirekte, regulierende ökonomische Einwirkung des Staates auf sie.³⁾ So bilden die Organisationen des staatlichen und genossenschaftlichen Handelsbereichs eine Konkurrenz zum Kolchosmarkt: sie verkaufen die gleichen Produkte zu festen Preisen, was praktisch die Setzung einer Preisobergrenze für das Angebot auf den Kolchosmärkten bedeutet. Wenn die Preise auf diesen jedoch meist etwas über denen des 'organisierten Marktes' liegen, so stellt dies in der Regel eine Prämie für bessere Qualität dar, die der Käufer zu zahlen bereit ist.⁴⁾

Im Jahre 1953 wurde der Kommissionshandel der Konsungenossenschaften mit freien Überschüssen der Kollektivwirtschaften und Kolchosbauern zugelassen und offiziell gefördert.⁵⁾ Durch ihn sollen die Anbieter veranlaßt werden, ihre freien Überschüsse den Konsungenossenschaften zum Verkauf in Kommission zur Verfügung zu stellen. Sie erhalten hierfür meist günstige Entschädigungen, die in freier Vereinbarung zwischen den Kolchoswirtschaften und -bauern und den Genossenschaften ausgehandelt werden.⁶⁾ Sinn der Einführung des Kommissionshandels ist es - neben dem Wunsch des Staates zur Preisstabilisierung und zur Ausweitung des 'organisierten Marktes' - die Kolchosbauern

1) Wiedergabe einer Stellungnahme Stalins hierzu in: Rubinstein, G.L.: Der Kolchoshandel; in: Lifschitz, N.M. (Herausgeber): Die (ökonomik...; a.a.O., S. 356, 357.

2) Stand vom Januar 1959. Quelle: Goldman, K.I.: Retailing...; a.a.O., S. 13.

3) ...Politische Ökonomie; a.a.O., S. 693.

4) Goldman, K.I.: Retailing...; a.a.O., S. 12.

5) O.V.: Le Commerce de Détail en U.R.S.S.; in: 'Études et Conjoncture', Nr. 10/1960, S. 863.

6) Ebenda, S. 864.

ehr auf ihre eigentliche Tätigkeit, die Produktion, hinzunehmen und ihnen mehr Zeit für diese einzuräumen. Außerdem sollen durch die Einführung des Kommissionshandels die Verkaufskosten gesenkt, die Transport-, Lagerungs- und Verkaufsbedingungen für die städtischen Konsumenten verbessert werden.¹⁾

Seit dem Jahre 1959 besteht neben dem Kommissionshandel der Genossenschaften für diese die Möglichkeit, über ihre planmäßigen Aufkäufe von landwirtschaftlichen Gütern hinaus, weitere Überschusserzeugnisse der Kolchosen und Kolchosbauern zu auszuhandelnden Preisen (die aber nicht über den staatlichen Einkaufspreisen liegen dürfen) zu kaufen und zu den staatlich festgelegten Endverkaufspreisen an die Konsumenten abzusetzen.²⁾

Ihr Anteil der kollektivwirtschaftlichen Märkte am gesamten Einzelhandelsumsatz ist von 14,3 % (1940) auf 5,7 % (1958) gesunken. Ihr Anteil am Nahrungsmittelumsatz fiel in dieser Zeit von 20,2 % auf 9,4 %.³⁾ Bei ausschließlicher Berücksichtigung der Güter, die gleichzeitig auf Kolchosmärkten und vom organisierten Handel angeboten wurden, setzten erstere 1940 1,0 % der Gesamtmenge um, 1957 waren es noch 19,0 %.⁴⁾ In einzelnen Gebieten der Sowjetunion haben die Kolchosmärkte noch heute eine große Bedeutung.⁵⁾

2.2 Der 'organisierte' sowjetische Binnenhandel und seine Stellung im Planungssystem der UdSSR.

Der organisierte Binnenhandel ist ein wesentliches Glied des Volkswirtschaftlichen Lenkungssystems der UdSSR. Seine besondere Stellung gegenüber der anderer Wirtschaftszweige besteht darin, daß er nicht - wie z.B. die Industrie - zwischen voll planbare Wirtschaftsbereiche eingebaut ist, sondern ein End-

¹⁾ Lifiz, M.M.: Binnenhandel; in: Die UdSSR, Enzyklopädie...; a.a.O., S. 450.

²⁾ Lifiz, M.M.: Certain Questions of Commodity Circulation in the USSR; in: 'Voprosy Ekonomiko', Nr. 11/1959. Übersetzt und abgedruckt in: 'Problems of Economics', Nr. 11/1960, S. 33.

³⁾ ...Länderberichte: Sowjetunion 1960; a.a.O., S. 60.

⁴⁾ Goldman, M.I.: Retailing...; a.a.O., S. 12.

⁵⁾ So tätigte der Kolchosmarkt von Odessa im Jahre 1955 60% und 1956 42% aller Lebensmittelumsätze in diesem Gebiet. Quelle: Ebenda, S. 12.

glied der Planwirtschaft darstellt und die Verbindung zu einem nicht voll durchplanbaren Wirtschaftsbereich herzustellen hat. Unsere bisherigen Einblicke in die Struktur der sowjetischen Wirtschaft zeigten, welche Bedeutung dieser Verbindung zukommt: Die schwerindustriellen Entwicklungsvorhaben der UdSSR können umso eher verwirklicht werden, je vollständiger es gelingt, die hierzu nötigen finanziellen Mittel freizusetzen. Dies geschieht - wie wir gesehen haben - durch die staatliche Preis- und Finanzpolitik, durch die die Preise für Konsumgüter künstlich erhöht werden. Dies gestattet eine Verschiebung von Produktionsmitteln vom Konsumgütersektor zum Investitionsgüterbereich. Eine solche ist in vollem Umfange jedoch nur möglich, wenn es der sowjetischen Wirtschaftsführung und den ausführenden Binnenhandelsorganisationen gelingt, ein Gleichgewicht herzustellen zwischen dem wertmäßigen Konsumgüterangebot einer Periode und den Geldmitteln, die der Bevölkerung als Entgelt für produktive etc. Leistungen zugeflossen sind und von ihr für Konsumzwecke in der gleichen Periode wieder verausgabt werden.¹⁾ Beide Größen sind makroökonomisch so geplant, daß sich ein solches Gleichgewicht einstellt, sofern die Ausgabereaktionen der Bevölkerung vollständig denen entsprechen, die in die - zu Beginn der Planung für die jeweilig bevorstehende Periode aufgestellte - 'Bilanz der Geldeinnahmen und -ausgaben der Bevölkerung' aufgrund von Erforschungen der zukünftigen und statistischen Auswertung der früheren Nachfrage als Schätzungen eingesetzt wurden.

Die Notwendigkeit einer Zuflucht zu Schätzungen anstelle von verbindlichen Planansätzen ergibt sich, weil die Bevölkerung der Sowjetunion Freiheit der Konsumwahl in soweit genießt, als sie aus dem vorhandenen Konsumgüterangebot diejenigen Dinge auswählen kann, die ihrer Bedarfsstruktur entsprechen, und überdies die Möglichkeit hat, teilweisen Konsumverzicht zu üben, falls die Waren des nichttäglichen Bedarfs qualitativ ihren Vorstellungen nicht entsprechen.

1) Partigul, S.: Demand and Supply under Socialism; in: 'Voprosy Ekonomiki', Nr. 1/1959. Übersetzt und abgedruckt in: 'Problems of Economics', Nr. 10/1960, S. 11.

tritt nun der Fall ein, daß Teile des Geldeinkommens der Bevölkerung, die in der Planung als konsumtive Ausgaben angesetzt und denen entsprechende Warenmengen gegenübergestellt wurden, von der Bevölkerung in privaten Horten in der Hoffnung auf spätere günstigere Kaufmöglichkeiten zurückbehalten werden, so bleiben die entsprechenden wertmäßigen Konsumgüterbestände zunächst unverkäuflich. Das bewirkt, daß die vom Staat in der Konsumgutherstellung investierten Mittel nur zum Teil in den staatlichen Geldkreislauf zurückfließen und die Finanzierung staatlicher Vorhaben gefährdet wird.¹⁾

Die Organisationen und Betriebe des Binnenhandels haben unter diesen Disproportionen besonders zu leiden. Ihre Unterstellung unter das Prinzip der Wirtschaftlichen Rechnungsführung verhindert im angenommenen Fall die für die Beschäftigten materiell vorteilhafte Planerfüllung bzw. -übererfüllung: die Kredit-²⁾ und Lagerhaltungskosten steigen über das vorgesehene Maß, wodurch sich die Selbstkosten des Betriebs erhöhen. Da der Umsatz hinter den Planansätzen zurückgeblieben ist, verringert sich die Spanne zwischen Verkaufserlös und Selbstkosten, der Gewinn erreicht nicht die geplante Höhe, der Plan ist nicht erfüllt, dem Betriebsfonds dürfen keine Mittel zugeführt werden.³⁾ Die Konsequenzen, die sich für das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht und für jeden einzelnen Binnenhandelsbetrieb des organisierten Marktes in der Sowjetunion ergeben, wenn es nicht gelingt, das planmäßige Konsumgüterangebot und die monetäre Nachfrage der Haushalte danach zur Deckung zu bringen, lassen nur den Schluß zu, daß es für die staatliche Wirtschaftsführung der UdSSR wie für die Leitungen der Handelsbetriebe des organisierten Marktes eine Hauptaufgabe sein muß, die Richtung der Konsumentennachfrage möglichst weitgehend und exakt in ihren Planungen zu berücksichtigen. Je besser es gelingt, die Kaufwünsche der Verbraucher vorherzusehen und zu erfüllen, desto reibungsloser wird die Planung funktionieren

1) Vorstehendes nach: Menz, G.: Die Entwicklung...; a.a.O., S. 207/208.

2) Die Umlaufsmittel der staatlichen Einzelhandelsbetriebe werden in der Sowjetunion nur zu 20-30% vom Staat zur Verfügung gestellt, der Rest ist durch kurzfristige Kredite der Staatsbank zu decken. Quelle: Voigt, F.: ... Binnenhandel; a.a.O., S. 371.

3) Ebenda, S. 371.

und desto schneller kann das Entwicklungstempo der gesamten Volkswirtschaft sein.¹⁾

Das Problem der Notwendigkeit einer starken Berücksichtigung der Struktur der Konsumentennachfrage erhebt sich in der Sowjetunion erst in neuerer Zeit. In den Jahren des Aufbaus einer ersten schwerindustriellen Basis war die Verbrauchernachfrage auch nach qualitativ ungenügenden Konsumgütern so stark, das Angebot so knapp und der Anteil von Waren des gehobenen Bedarfs am Gesamtangebot so gering, daß die Geldmittel in den Händen der Bevölkerung mit Unterstützung der Preispolitik ohne Schwierigkeiten abgeschöpft werden konnten. Durch Zwangsanleihen und Währungsreformen beseitigte man von Zeit zu Zeit die sich akkumulierende 'vagabundierende Kaufkraft' auf der Nachfrageseite.²⁾ Die seit der Mitte der 1950er Jahre festzustellenden Veränderungen im politischen und gesellschaftlichen 'Klima' der Sowjetunion lassen jedoch die Anwendung von Zwangsanleihen und Währungsreformen als Mittel einer Politik zur Abschöpfung von Kaufkraftüberhängen nicht mehr opportun erscheinen. Daneben hat sich die Bedarfsstruktur der sowjetischen Haushalte mit der allmählichen Verbesserung der Versorgung in soweit gewandelt, als Güter des gehobenen Bedarfs mehr und mehr in den Begehrsbereich der Verbraucher fallen und deren Nachfrage dadurch wesentlich elastischer geworden ist.

- 2) Das Bemühen um eine Steigerung der Effizienz des sowjetischen Binnennadels im Interesse der wirtschaftlichen Entwicklungspolitik der UdSSR.

2.1 Das Problem.

"Die Verwendung der Produktionsmittel regelt...ein geschlossenes System von miteinander in Übereinstimmung stehenden Anweisungen und Anordnungen...Die Zirkulation der Produktionsmittel beruht daher...auf einer sich auf zentrale Anweisung

-
- 1) Gatowski, L.: Die Rolle des Sowjethandels in der sozialistischen Reproduktion; in: 'Der Kommunist', Moskau, Nr. 9/1955, übersetzt und abgedruckt in: 'Die Presse der Sowjetunion', Nr. 115, 1955, S. 2470.
 - 2) Voigt, Fritz: Sowjetunion: Wirtschaft: Geld und Finanzen; in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Band 9; a.a.O., S. 348.

gen gründenden Naturalverteilung."¹⁾

Demgegenüber besteht in der Planwirtschaft "ein nichtantagonistischer Gegensatz zwischen der Planmäßigkeit der Erzeugung und der Wahlfreiheit (Souveränität) der Verbraucher... Gemäß der Verteilung des Nationaleinkommens in Geldform und dem individuellen Charakter der Käufe entsteht das Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage hinsichtlich der Warenzusammensetzung trotz des planmäßigen Charakters des Warenfonds und des Kaufkraftfonds nicht automatisch."²⁾

Wichtigste Aufgabe der sowjetischen Binnenhandelspolitik ist es, auf ein Gleichgewicht am Konsumgütermarkt hinzuwirken. Stellt sich dieses nicht ein, so ist der planmäßige Ablauf der erweiterten sozialistischen Reproduktion behindert, weil die in Konsumgütern vom Staat investierten Mittel nicht vollständig zurückfließen; eine nicht den Vorstellungen der Konsumenten entsprechende Versorgung deren Leistungsanreize mindert und ihnen eine falsche Vorstellung von der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Sozialismus in bezug auf die Konsumgüterversorgung gibt;³⁾ sich die unbefriedigte Nachfrage auf unkontrollierbare Weise Befriedigung sucht.⁴⁾

2.2 Die Lösungsversuche.

Einige Wege, auf denen man in der Sowjetunion ein Gleichgewicht auf dem Konsumgutsektor zu erreichen sucht, seien im Nachfolgenden aufgezeigt.

22.1 Die Nachfrage- und Marktforschung.

Ein Gleichgewicht auf dem Konsumgutsektor kann in einer zentralgeleiteten Wirtschaft sowjetischen Typs unter anderem da-

-
- 1) Bognár, Jozsef: Einige theoretische und praktische Probleme der sozialistischen Nachfrageforschung; in: 'Wissenschaftliche Zeitschrift der Hochschule für Binnenhandel, Leipzig', Nr. 1/1960, S. 88.
 - 2) Ebenda, S. 88.
 - 3) Stanislawsky, A. und Schtipelman, W.: On the Interrelation between effective Demand and Production under Socialism; ohne Angabe der sowjetischen Quelle übersetzt und abgedruckt in: 'Problems of Economics', Nr. 5/1959, S. 63.
 - 4) Bognár, J.: Einige theoretische...; a.a.O., S. 88.

durch angestrebt werden, daß eine intensive Nachfrageforschung betrieben wird, deren Ergebnisse zur Grundlage der Planung der Konsumgüterproduktion gemacht werden. Dies müßte dazu führen, daß - bei Verwirklichung der Produktionsprogramme, reibungsloser Zufuhr der Artikel zu den Orten der Nachfrage und Berücksichtigung von Ausführungswünschen der Verbraucher - die Nachfrage auf diejenigen Güter trifft, die sämtlich ihren Wünschen entsprechen. Daß sich hierbei ein 'time-lag' zwischen der Äußerung der Verbraucherwünsche und ihrer möglichen Realisierung ergibt, läßt sich dabei nicht vermeiden. Hierbei taucht das Problem auf, ob und inwieweit sich die Bedarfsstruktur in der Zwischenzeit gewandelt hat.

Die Intensivierung der Nachfrageforschung (Bedarfsforschung, Konjunkturforschung) gehört in der Sowjetunion zu den am häufigsten erhobenen wirtschaftspolitischen Forderungen aus Fachkreisen,¹⁾ scheint jedoch bis zur Gegenwart noch nicht in dem Maße systematisch und mit einheitlichen Methoden betrieben zu werden, wie es ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung zukommt.²⁾ Da keine verlässlichen Angaben über Umfang und Erfolg der Nachfrageforschung im sowjetischen Handel vorliegen, seien im folgenden einige der in der sowjetischen Fachliteratur zu findenden Richtlinien für die Nachfrageforschung genannt.

(1) Es sei zu beachten, daß die Individuen beim Einkauf von Konsumgütern zwar frei entscheiden könnten, daß ihre Handlungen jedoch bestimmten Gesetzmäßigkeiten unterworfen seien (z.B. Periodizität, Saisonalität).³⁾ Diese Gesetzmäßigkeiten gelte es, mit Hilfe der Statistik zu ermitteln und bei den Planungen zu berücksichtigen.⁴⁾

1) Hierzu u.a.: Serebrjakow, S.W.: Organisation und Technik des Sowjethandels; Berlin 1952, S. 274-283, S. 382-386. Und: ... Politische Ökonomie; a.a.O., S. 695-697. Und: Lifiz, M.M.: Die Weiterentwicklung der Theorie des Sowjethandels; in: O.V. Beiträge zu Fragen des Handels in der Sowjetunion; Berlin 1954, S. 28.

2) Jerschow, H.: Aus der Praxis der Bedarfsermittlung; in: O.V.: Beiträge...; a.a.O., S. 869. Und: Abutkowa, G.W.: Die Konjunkturforschung im Sowjethandel; Berlin 1956, S. 101/102.

3) Bognár, J.: Einige theoretische...; a.a.O., S. 90 und S. 93/94.

4) Abutkowa, G.W.: Die Konjunkturforschung...; a.a.O., S. 45-51.

- (2) Neben den objektiven Methoden der Bedarfsforschung sollten subjektive (Repräsentativbefragungen, Meinungsforschung) stärker herangezogen werden.¹⁾ Die Veranstaltung von Käuferkonferenzen ist gleichfalls hier zu nennen.²⁾
- (3) Die Nachfrageforschung müsse zur Dauereinrichtung werden, da sich die Bevölkerung in ihrer Zusammensetzung laufend ändere.³⁾
- (4) Sie müsse ein fester Bestandteil der Tätigkeit der einzelnen Verkäufer, der einzelnen Verkaufsstellen werden, deren Ermittlungen dann an übergeordneter Stelle zusammenzufassen, zu koordinieren und für die weitere Produktionsplanung heranzuziehen seien.⁴⁾
- (5) Die Besonderheiten der einzelnen Wirtschaftsregionen und Bezirke des Landes seien zu ermitteln und zu berücksichtigen,⁵⁾ daneben
- (6) die Aufteilung der Käuferwünsche auf die einzelnen Güterarten und deren Ausführungsmöglichkeiten (Sorten, Farben, Muster, Maße etc.).⁶⁾
- (7) Die Nachfrageforschung habe sowohl die befriedigte, als auch die nichtbefriedigte und entstehende Nachfrage zu erforschen.⁷⁾

22.2 Die Verbesserung des Bezugs der Handelsorganisationen.

Wie bereits oben dargestellt,⁸⁾ gehen die Bemühungen der Wirtschaftslenkungsinstanzen und die Wünsche der Handelsorganisationen dahin, die Beziehungen zwischen Konsumgüterindustrie und Binnenhandel zu verbessern, um dadurch im Interesse der Handelsbetriebe und des gesamtwirtschaftlichen Kreislaufs das Warenangebot der Richtung der Käufernachfrage anpassen zu können. Als Formen der Einflußnahme des Handels auf die Industrie

-
- 1) Bognár, J.: Einige theoretische...; a.a.O., S. 91.
2) Serebrjakow, S.W.: Organisation...; a.a.O., S. 282.
3) Bognár, J.: Einige theoretische...; a.a.O., S. 92.
4) Albrecht, Annelies, Dietrich, Hans und Matteredne, Esther: Organisation und Methoden der Bedarfsforschung in den Betrieben des sozialistischen Handels und im Staatsapparat; Berlin 1960.
5) Abutkowa, G.W.: Die Konjunkturforschung...; a.a.O., S. 39-45.
6) Lifiz, H.M.: Die Weiterentwicklung...; a.a.O., S. 28.
7) Serebrjakow, S.W.: Organisation...; a.a.O., S. 277-281.
8) Siehe hierzu oben S. 274-275.

in der UdSSR sind zu nennen:¹⁾

"Teilnahme der Handelsorganisationen und Betriebe an der Ausarbeitung der Produktionspläne, ferner an der Lösung von Fragen, die mit der Verteilung der Produktion bestimmter Arten von Konsumgütern und der Spezialisierung der Produktionsbetriebe zusammenhängen; Übergabe von Bestellungen und Warenanforderungen an die Industrie unter Berücksichtigung der Marktentwicklung, der Besonderheiten der Bevölkerungsnachfrage in den einzelnen Bezirken und Republiken sowie gemeinsame Produktionsberatungen der Mitarbeiter des Handels und der Industrie; Abschluß von Wirtschaftsverträgen über die Lieferung von Konsumgütern und strenge Kontrolle der beiderseitigen Erfüllung dieser Verträge;

genaue Prüfung der Qualität der von der Industrie gelieferten Waren gemäß den festgelegten staatlichen Standards (Normen) und technischen Bedingungen."²⁾

Die genannten Beziehungen bieten den Betrieben des Handels - bei Ausnutzung ihrer Möglichkeiten - die Gewähr, daß wirklich nur diejenigen Waren an sie geliefert werden, die sie auch absetzen können.³⁾ Voraussetzung hierfür ist jedoch, daß sie ihren Bestellungen eine exakte Markterforschung zugrunde legen. Ein Antrieb zur sorgfältigen Berücksichtigung der Nachfrage besteht in der Sowjetunion sowohl im Handel als auch in der Industrie im Prinzip der wirtschaftlichen Rechnungsführung, das in beiden Bereichen angewendet wird. Der Industriebetrieb läuft bei Nichteinhaltung der Lieferungsverträge Gefahr, mit Vertragsstrafen belastet zu werden oder seine Waren nicht abgenommen zu bekommen, wenn sie qualitativ mangelhaft sind.⁴⁾ Die hieraus folgende Erhöhung seiner Selbstkosten verringert den Gewinn und gefährdet die Planerfüllung bzw. Planübererfüllung des Betriebs und schmäkelt die Zuführungen an den Betriebsfonds oder läßt sie völlig in Wegfall kommen. Aus den gleichen Gründen hat der Handelsbetrieb ein besonderes Interesse daran, nur wirklich absetzbare Waren zu beziehen.

1) Lifiz, M.M.: Die Wechselbeziehungen...; a.a.O., S. 77.

2) Zur Technik der Güteprüfungen siehe: Serebrjakow, S.W.: Organisation...; a.a.O., S. 505-508.

3) Lifiz, M.M.: Die Wechselbeziehungen...; a.a.O., S. 85.

4) ...Politische Ökonomie; a.a.O., S. 697.

Trotz dieses allseitigen Interesses an der Verbesserung der Leistungen im Konsumgütersektor finden sich in der sowjetischen Presse ständig Klagen darüber, daß größere Mengen von schlecht verarbeiteten, unmodernen und praktisch unverkäuflichen Erzeugnissen bei den Einzelhandelsverkaufsstellen lagern.¹⁾ Die Forderung nach schärferen Sanktionen gegen säumige Lieferanten, der Ruf nach einem 'Unionsgesetz über Lieferungen',²⁾ zur Hebung der Vertragsdisziplin,³⁾ nach besseren Informationen der Einzelhandelsbetriebe und -organisationen über das beabsichtigte Produktionsprogramm der Konsumgüterindustrie⁴⁾ sowie nach langfristigen Verträgen zwischen Industrie und Binnenhandelsorganisationen⁵⁾ lassen darauf schließen, daß einmal die Marktforschung durch den Handel noch unvollkommen ist und zum anderen die Beziehungen zwischen Handel und Industrie noch nicht in der gewünschten Harmonie geregelt sind.

In neuerer Zeit sollen Kontrollkommissionen zur Vervollkommnung der Beziehungen zwischen beiden Wirtschaftsbereichen beitragen: Parteikontrollen in den Betrieben von Industrie und Handel sollen diese zur ordnungsmäßigen und plangerechten Arbeit anhalten, die Erfüllung von Staatsaufträgen und Lieferungen an andere Betriebe und wirtschaftliche Verwaltungsbezirke überwachen. In den Handels- und Speisebetrieben sollen die zu

- 1) Siehe hierzu eine Besprechung von diesbezüglichen Artikeln der 'Prawda' in: Knirsch, P.: Sowjetische Wirtschaftspolitik...; a.a.O., S. 424. Und: Knirsch, P.: Fragen der Sowjetwirtschaft; in: 'Osteuropa', Nr. 1, 2/1962, S. 87.
- 2) Einen ersten Schritt zur gesetzlichen Festlegung der Verfahren bei Lieferbeziehungen bilden die (englischer Titel): 'Regulations on Delivery of Products earmarked for Production and Technical Purposes and Deliveries of Consumer Goods', die am 1.7.1959 in Kraft traten. Sinn dieser Verordnung ist es, die Planmäßigkeit der Lieferbeziehungen zu betonen, das Vertragssystem zu stärken und die Promptheit der Lieferungen entsprechend dem Vertrag zu erreichen. Eine ausführliche Diskussion der neuen Bestimmungen findet sich bei: Baranow, I. und Liberman, F.: The Regulations on Product Delivery; in: 'Plannovoe Khoziaistvo', Nr. 9/1959; übersetzt und abgedruckt in: 'Problems of Economics', Nr. 8/1959, S. 38-42.
- 3) Chalfina, R.O.: Die Umgestaltung...; a.a.O., S. 1561, 1565/1566.
- 4) Ebenda, S. 1563.
- 5) Lifiz, M.M.: Die Wechselbeziehungen...; a.a.O., S. 82.

bildenden Kommissionen die Beachtung der Handelsvorschriften, die reibungslose Warenversorgung, die Lagerung und den Absatz der Waren kontrollieren.¹⁾

22.3 Maßnahmen zur Absatzförderung.

Neben den Bemühungen um eine Angebotserstellung, die der voraussichtlichen Richtung der Konsumentennachfrage gerecht wird, sollen die Bestrebungen zur Steigerung des Absatzes der vorhandenen Waren mithelfen, die Kaufkraft der Bevölkerung zu absorbieren.

Hier sind zu nennen die Bemühungen der Verkaufsstellen und ihrer Beschäftigten um die Käufer, deren Beratung und sorgfältige Bedienung. So soll eine 'Bewegung für ausgezeichnete Kundenbedienung' den Verkäufer veranlassen, seine Verkaufsleistungen zu verbessern,²⁾ die Verkaufsstellen sollen Kundendienst und Verkaufstechnik fördern,³⁾ die Waren sollen attraktiv verpackt und in hygienisch ausgestatteten Läden angeboten werden, staatliche Investitionen werden zur beschleunigten Erstellung von 'Verkaufsstellen mit modernen Handelsmethoden' eingesetzt.⁴⁾ Ferner sollen die Kunden in verstärktem Maße die Möglichkeit erhalten, Waren zu bestellen, die sie zu einem vereinbarten Zeitpunkt geliefert bekommen.⁵⁾

Über den Rahmen der einzelnen Verkaufsstelle hinaus greift der - seit 1948 im Aufbau befindliche - Versandhandel, dessen Anteil am Gesamtwarenumsatz des Handels zur Zeit noch minimal ist, dessen Bedeutung jedoch im Rahmen des sowjetischen Siebenjahresplans stark zunehmen soll.⁶⁾

1) Lifiz, M.M.: Die Wechselbeziehungen...; a.a.O., S.86/87.

2) Serebrjakow, S.W.: Organisation...; a.a.O., S.301/302.

3) Ebenda, S.302-307.

4) Die Zahl der 'Verkaufsstellen mit modernen Handelsmethoden' soll von 11.000 (Ende 1958) auf 40.000 (1965) erhöht werden. Siehe Diagramm in: 'Der Handel', Nr.2/1960, S.82.

5) Serebrjakow, S.W.: Organisation...; a.a.O., S.307/308.

6) Bessarabow, W.: Der Versandhandel...; a.a.O., S.120. Nach dieser Quelle sollen die Warensendungen des sowjetischen Versandhandels im Jahre 1965 6 Mio. Stück erreichen, mit einem Umsatzbetrag von 1,2 Mrd. Rubel. Vergleichszahlen: 1950: 183.000 Stück-77,4 Mio. Rubel; 1958: ohne Angabe-550,0 Mio. Rubel; 1959: 2,2 Mio. Stück-ohne Angabe.

Seit dem Jahre 1955 wird die Erstellung von Spezialgeschäften im sowjetischen Einzelhandel vorangetrieben. Man will auf diese Weise dem Konsumenten eine größere Warenauswahl bieten und hofft gleichzeitig, dadurch die Produktivität des Handels zu heben und die Verteilungskosten senken zu können.¹⁾ Die gleiche Wirkung sucht man seit 1954 durch die Einführung der Selbstbedienung in vielseitig sortierten Lebensmittelgeschäften zu erreichen.²⁾

Um den Absatz schlecht verkäuflicher Waren, deren weitere Lagerung die Selbstkosten des Handels erhöht und den volkswirtschaftlichen Kreislauf und die 'erweiterte Reproduktion' stört, zu ermöglichen, wird seit dem Jahre 1960 den Einzelhandelsorganisationen und -verkaufsstellen in ihren Finanzplänen ein Fonds in Höhe von 0,2 % ihres Umsatzes eingeräumt, um ihnen einen Ausgleich für den Verkauf dieser Waren zu herabgesetzten Preisen zu gewähren.³⁾

22.4 Die Hebung der Leistungsfähigkeit des sowjetischen Handelsbetriebs.

Wie der sowjetische Industriebetrieb, so sind in der UdSSR Groß- und Einzelhandelsbetriebe und Handelsorganisationen in die volkswirtschaftliche Gesamtplanung einbezogen. Sie wirken bei der Planaufstellung mit, erhalten detaillierte Planaufgaben und haben gleichzeitig durch das Prinzip der wirtschaftlichen Rechnungsführung die Möglichkeit, durch Planerfüllung und -übererfüllung materielle Vorteile zu erlangen.⁴⁾ Die Unterstellung unter dieses Prinzip soll den Handelsbetrieb dazu bewegen, in seinen Außenbeziehungen auf einen sach- und fristgerechten Bezug, auf die Erforschung des Absatzmarktes

1) Goldman, M.I.: Retailing...; a.a.O., S. 11.

2) Ebenda, S. 11 und 14. Nach Angaben dieser Quelle bestanden in der Sowjetunion im Januar 1959 1.500 Selbstbedienungsläden.

3) Lifiz, M.M.: Certain Questions...; a.a.O., S. 36.

4) Siehe hierzu ausführliche Darstellungen in: Genkina, L.S., Gogol, B.I., Kistanow, J.A., Kononow, N.N., Kulikow, A.G., Maximenko, F.A., Oblowazki, F.J.: Der Betriebsplan im Handel, Berlin 1957. Und: Rubinstein, G.L.: Prinzipien, Aufgaben und Organisation der Planung des Sowjet Handels; in: Lifiz, M.M. (Herausgeber): Die Ökonomik...; a.a.O., S. 170-198.

und auf eine Absatzsteigerung besonderes Gewicht zu legen. Die innerbetrieblichen Möglichkeiten zur Steigerung des Betriebserfolgs liegen hauptsächlich in der Senkung der Zirkulationskosten.¹⁾

Die Möglichkeiten des Handelsbetriebs, auf äußere Einflußfaktoren einzuwirken und dadurch die eigene wirtschaftliche Situation zu verbessern, sind denkbar gering. Als Endglied der Planwirtschaft bekommt er deren Mängel - unpünktliche und qualitativ unzureichende Lieferungen etc. - zu spüren, ohne auf seine Zulieferer im gewünschten Maße Einfluß nehmen zu können.²⁾ Die Tendenz geht jedoch dahin, die Stellung des Handels in seinem Bezugsbereich zu stärken.³⁾ Auf dem Absatzsektor kann der Betrieb zwar unter Umständen den Käufer durch intensive Beratung etc. zum Kauf veranlassen, die Kaufentscheidung wird aber letztlich vom vorhandenen Warenangebot abhängen, auf dessen Zusammensetzung die Handelsbetriebe nicht immer Einfluß haben. Die Bereitschaft des Verkäufers zu einer intensiven Beschäftigung mit der Kundschaft wird aber nur dann vorhanden sein, wenn er materielle Vorteile hieraus ziehen kann, was wiederum von der finanziellen Gesamtsituation des Betriebs abhängt. Da diese entscheidend von einer ordnungsgemäßen Zulieferung beeinflußt wird, auf die der Betrieb zur Zeit noch wenig Einfluß hat, ist das Interesse der Verkäufer an einer eingehenden 'Bearbeitung' der Kunden in praxi recht gering.

Der Betrieb hat ferner die Möglichkeit, durch ein rationelles internes Wirtschaften seine finanzielle Gesamtsituation günstig zu gestalten. Ihm werden die Verkaufspreise für die von ihm abzusetzenden Waren vorgegeben, die er unbedingt einzuhalten hat. Er bezieht seine Waren von der Industrie zu ebenfalls festgelegten Großhandelspreisen. Die Differenz zwischen dem Großhandelspreis und seinem Verkaufspreis bildet die 'Handelsspanne' des Betriebs, aus der seine Zirkulationskosten (Abschreibungen, Aufwendungen für die Lagerung, Sortierung,

1) ...Politische Ökonomie; a.a.O., S. 704.

2) Siehe hierzu oben S. 332/333.

3) Siehe hierzu oben S. 331/332.

Verpackung, Transport- und Lohnkosten etc.) gedeckt werden und sein Reineinkommen (Gewinn) gebildet wird.¹⁾ Sowohl die Handelsspanne als auch das Reineinkommen, das der Betrieb in einer Periode plangemäß erzielen soll, wird ihm vorgegeben; damit sind gleichzeitig die planmäßigen Zirkulationskosten festgelegt.²⁾ Deren Senkung, über die planmäßige Senkungsaufgabe hinaus, bietet den Handelsorganisationen und -betrieben der UdSSR neben der Möglichkeit des Mehrumsatzes den einzigen Weg, einen Übergewinn zu erzielen. Selbst wenn jedoch auf diesem Wege durch Übererfüllung der Warenumsatzpläne, Steigerung der Arbeitsproduktivität, bessere Ausnutzung der Handelsfläche, Kampf gegen Verluste etc.³⁾ Erfolge erzielt werden können, so bleibt doch fraglich, ob diese durch Verluste aus den 'Außenbeziehungen' nicht kompensiert werden, die sich nicht bezahlen lassen, aber schlechten und/oder unverkäuflichen Waren manifestieren.

d) Das Verkehrswesen.

1) Die Grundlagen der Verkehrsordnung in der UdSSR.

1.1 Zentralgeleitete Wirtschaft und Verkehr.

Wie in diesem Abschnitt zu untersuchende Gestaltung des Verkehrswesens in der Sowjetunion ist für die zentrale Planwirtschaft dieses Staates von besonderer Bedeutung: es "verbindet alle Zweige der Volkswirtschaft und die Wirtschaftsbeeinflussung des Landes zu einer Einheit und spielt im Prozeß der Produktion und der Verteilung der materiellen Güter eine wichtige Rolle."⁴⁾ Eine Vernachlässigung des Verkehrswesens zugunsten anderer Wirtschaftsbereiche eines Landes mit arbeitsteiliger Wirtschaft kann nicht nur deren Weiterentwicklung in Frage stellen, sondern auch die gesamtwirtschaftliche Leistungserstellung zum Schrumpfen oder gar zum Erliegen bringen. Hier-

¹⁾ Dieser 'Gewinn' ist zum größten Teil an den Staat abzuführen, ein Teil wird zur Finanzierung der Erweiterung des Handelsnetzes und ein Rest zur "Verbesserung der materiellen und kulturellen Lage der Werktätigen des Sowjethandels" verwendet. Quelle: ... Politische Ökonomie; a.a.O., S. 705.

²⁾ Vorstehendes siehe ebenda, S. 702-705.

³⁾ Ebenda, S. 704.

⁴⁾ Ebenda, S. 543.

aus ergibt sich die Notwendigkeit für die Lenkungsinstanzen einer zentralgeleiteten Wirtschaft, den gesamten Verkehrsapparat so zu beherrschen, zu erhalten und weiter zu entwickeln, daß er die mögliche Leistungsfähigkeit der übrigen Wirtschaftsbereiche nicht beeinträchtigt, sondern ihrem Entwicklungsstand entspricht.

Eine solche Politik beinhaltet einmal die vollständige Einbeziehung des Verkehrswesens in die gesamtwirtschaftliche Planung und Lenkung, zum anderen einen Verzicht auf die Verwendung aller verfügbaren Investitionsmittel in Wirtschaftszweigen, in denen die Neuanlagen sofort produktive Ergebnisse zeigen.

1.2 Verkehr und (Wirtschafts-)geografie.

Den geografischen Daten der Sowjetunion ist von den Planungsinstanzen in bezug auf die Entwicklung des Verkehrswesens besondere Beachtung zu schenken. Das Ausmaß des Staatsgebiets der UdSSR¹⁾ erfordert ein weitreichendes Verkehrsnetz, um alle Landesteile miteinander verbinden zu können. Ein solches Verkehrsnetz ist besonders wichtig für die Erfüllung der wirtschaftlichen Zielsetzungen des Sowjetstaates: die oftmals großen räumlichen Entfernungen zwischen einzelnen Industrieschwerpunkten, zwischen diesen und den Rohstoffvorkommen und zwischen den Stätten der Erzeugung von Fertigwaren und des Konsums²⁾ müssen die staatliche Planwirtschaft veranlassen, "die interne Verbundwirtschaft durch Ausgestaltung von Verkehrsanlagen aller Art zu stärken"³⁾ und daneben eine aktive Standortpolitik zu betreiben.

Die geografischen Voraussetzungen kommen in der UdSSR einer umfassenden verkehrsmäßigen Erschließung des Landes in summa nicht entgegen. Wenngleich der Höhengaufbau des Landes die Verkehrsentwicklung im allgemeinen begünstigt (Eisenbahnen, Binnenschifffahrt),⁴⁾ so wird dieser Vorteil durch eine Reihe von

1) Siehe hierzu oben S.279 Fußnote 2).

2) Zotschew, Theodor: Sowjetunion: Wirtschaft: Verkehr; in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Band 9; a.a.O., S.365.

3) Obst, Erich: Allgemeine Wirtschafts- und Verkehrsgeographie: Berlin 1959, S.553.

4) Hürlimann, Werner: Die Verkehrspolitik der UdSSR; in: 'Schweizerisches Archiv für Verkehrswissenschaft und Verkehrspolitik', Nr.4/1958, S.354.

verkehrshemmenden Faktoren überkompensiert: Unter dem rauen Kontinentalklima haben im (langen) Winter¹⁾ fast alle Verkehrsträger zu leiden: Die Eisenbahnen wie der Straßenkraftverkehr haben gegen Frostschäden und starke Schneeverwehungen zu kämpfen, die Wege der Seeschifffahrt sind in dieser Jahreszeit weitgehend zugefroren,²⁾ die Binnenwasserstraßen liegen infolge Vereisung zwischen rund 98 Tagen (Dnjepr bei Kiew) und rund 277 Tagen (nördliche Lena) im Jahr still.³⁾

Eine Folge des kalten Klimas ist der dauernd gefrorene Untergrund, der sich über 45 % der Gesamtfläche der UdSSR erstreckt, im Sommer - je nach Region - zwischen 30 cm und 2 m Tiefe auftaut⁴⁾ und vor allem den Straßenbau behindert.

Die in der Sowjetunion im Frühjahr und im Herbst regelmäßig auftretenden Schlamperioden machen die dort vorherrschenden Naturstraßen und Wege unbenutzbar.⁵⁾

Nachteilig für ihre Verwendung als Verkehrswege wirkt sich aus, daß die natürlichen Binnenwasserstraßen der UdSSR fast sämtlich Nord-Südverbindungen herstellen, während der Verkehrsbedarf hauptsächlich die Ost-Westverbindung sucht.⁶⁾ Die geografische Trennung der Küstengebiete der UdSSR in vier Teilbereiche⁷⁾ verhindert ein Zusammenwirken der einzelnen Teile der Seeflotte der UdSSR, die - auch wegen der relativ geringen Bedeutung des sowjetischen Aussenhandels- hauptsächlich Küstenschifffahrt betreibt.⁸⁾

1.3 Das Erbe aus dem Kaiserreich.

Der aus dem zaristischen Rußland vom Sowjetregime übernommene Verkehrsapparat konnte - auch ohne Berücksichtigung der Kriegsschäden und der Zerstörungen durch Bürgerkrieg und ausländi-

1) Die Frostperiode dauert im Westen der UdSSR 5, im Nordosten bis zu 10 Monaten. Quelle: Ebenda, S. 354.

2) Ebenda, S. 354.

3) Nach einer sowjetischen Statistik. Wiedergegeben bei: Hunter, Holland: Soviet Transportation Policy; Cambridge/Mass. 1957, S. 13.

4) Leimbach, W.: ... Land; a.a.O., S. 313.

5) Ebenda, S. 313.

6) ... Länderberichte: Sowjetunion 1960; a.a.O., S. 31.

7) Schwarzes Meer, Pazifik, Eismeer, Ostsee.

8) Schwerpunkte: Schwarzes und Kaspisches Meer. Quelle: v. Bissing, W.M.: Verkehrswesen und Verkehrspolitik in der Sowjetunion; in: 'Archiv für Eisenbahnen', Nr. 3/1959, S. 323.

sche Intervention - in keiner Weise den Anforderungen genügen, die die Verwirklichung der hochgesteckten Ziele der Sowjetmacht an ihn stellen mußte. Das überkommene Eisenbahnsystem Rußlands war in seiner Linienführung fast ausschließlich nach strategischen Gesichtspunkten angelegt worden,¹⁾ ohne selbst in dieser Hinsicht den Anforderungen genügen zu können (Krimkrieg, Russisch-Japanischer Krieg, erster Weltkrieg).²⁾ Ökonomische Gesichtspunkte bei der Streckenwahl und -anlage wurden nur in wenigen Fällen berücksichtigt;³⁾ hier waren es dann überwiegend die Interessen der ausländischen Kapitalgeber, die den Ausschlag bei der Entscheidung über die Streckenführung gaben.⁴⁾

Der Straßenkraftverkehr über längere Strecken hatte in Rußland vor 1917 praktisch keine Bedeutung.⁵⁾ Da keine eigene russische Automobilindustrie bestand, mußten sämtliche benötigten Kraftfahrzeuge importiert werden. Der Bau von Überlandstraßen mit fester Decke war fast völlig vernachlässigt worden,⁶⁾ so daß im Jahre 1913 nur 24.300 Km von diesen vorhanden waren.⁷⁾ Die übrigen Straßen waren während der jährlichen Schlamperioden für Kraftfahrzeuge praktisch unpassierbar.

Die Binnenschifffahrt sah sich hauptsächlich auf die großen Ströme des westlichen Rußland verwiesen, die unreguliert und mit keinen oder unzureichenden Hafen- und Umschlagsanlagen

1) Helander, Sven: Nationale Verkehrsplanung; Jena 1937, S. 82/83.

2) Witte, Bernhard: Eisenbahn und Staat; Jena 1932, S. 86. Und: v. Bissing, W.M.: Verkehrswesen...; a.a.O., S. 326/327.

3) Helander, S.: Nationale Verkehrsplanung; a.a.O., S. 83.

4) Ebenda, S. 84.

5) Im Jahre 1913 waren in Rußland 9.000 Kraftfahrzeuge registriert. In diesem Jahr wurden vom Straßenkraftverkehr 10 Mio. t Güter befördert, die Gütertransportleistung betrug bei einer mittleren Transportweite von 10 Km 0,1 Mrd. tkm. Quelle: Chatschaturow, T.S.: Verkehrswesen; in: Die UdSSR, Enzyklopädie...; a.a.O., S. 426 und 434.

6) Dies wird auf die fehlende Voraussicht der herrschenden Kreise, auf den Mangel an Steinen in den russischen Ebenen und auf die Unmöglichkeit zurückgeführt, bei den bestehenden Transportverhältnissen Steine in größeren Mengen aus den Randgebieten anzufahren. Quelle: v. Bissing, W.M.: Verkehrswesen...; a.a.O., S. 325.

7) Chatschaturow, T.S.: Verkehrswesen; a.a.O., S. 434.

ausgestattet waren.¹⁾ Der Seeschiffsverkehr beschränkte sich in der Hauptsache auf das Schwarze, das Asowsche und das Kaspische Meer mit einer Ergänzung durch einen geringen Auslandsverkehr.²⁾

Eine im Jahre 1906 eröffnete Pipeline von 883 Km Länge beförderte Rohöl von Baku nach Batumi, von wo es nach Europa verschifft wurde.³⁾ Bis 1914 entstanden zwei weitere Ölleitungen von zusammen 270 Km Länge, die Ölfelder und Raffinerien miteinander verbanden.⁴⁾

Von der Gesamtgütertransportleistung aller Verkehrszweige im Jahre 1913 entfielen auf den⁵⁾

Schienenverkehr	57,4 %	
Wasserverkehr	42,2 %	(hiervon: Binnenschifffahrt: 24,9% ⁶⁾
Straßenkraftverkehr	0,1 %	Seeschifffahrt: 17,3%
Ölleitungsverkehr	0,3 %	

2) Grundzüge und Probleme der sowjetischen Verkehrspolitik von 1917 bis zur Gegenwart.

Bei ihrer Übernahme der Staatsmacht im Jahre 1917 war den Führern der Kommunistischen Partei Rußlands die Richtung der zu verfolgenden Verkehrspolitik entsprechend ihren wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Zielsetzungen klar vorgezeichnet: es galt, den übernommenen Verkehrsapparat vollständig in den Einflußbereich des Staates zu bringen und ihn allmählich so umzugestalten und zu erweitern, daß er den Anforderungen, die an ihn im Laufe der vorgesehenen planwirtschaftlichen Neuordnung und der wirtschaftlichen Expansion gestellt werden würden, voll gerecht werden konnte. In dem zu schaffenden einheitlichen Verkehrssystem in Staatshand sollte die Konkurrenz der einzelnen Verkehrsträger durch eine enge Zusammenarbeit zwischen ihnen ersetzt werden, die es ermöglichen würde, zu ei-

1) v. Bissing, W.M.: Verkehrswesen...; a.a.O., S.325 und 327.

2) Hunter, H.: Soviet Transportation Policy; a.a.O., S.153.

3) Ebenda, S.9 und 155.

4) Ebenda, S.155.

5) Chatschaturow, T.S.: Verkehrswesen; a.a.O., S.424.

6) Eigene Berechnungen des Verfassers. Quellen: Ebenda, S.430 und 432. Und: ...Länderberichte: Sowjetunion 1960; a.a.O., S.72. Bezug: Gebietsstand bis 17.9.1939.

ner optimalen Ausnutzung des Verkehrsapparats zu gelangen und mit seiner Hilfe die Leistungsfähigkeit der Gesamtwirtschaft und ihr Wachstumstempo zu steigern.¹⁾

Zu den ersten Maßnahmen der Regierung Lenin gehörte die Zerschlagung des 'Allrussischen Vollzugsausschusses des Eisenbahnverbandes',²⁾ durch die die Gefahr einer nichtbolschewistischen Orientierung der Interessenvertretung der Eisenbahner beseitigt wurde. Die Übernahme der russischen Staatsbahnen durch die Sowjetregierung wurde ergänzt durch die Nationalisierung der privaten Eisenbahnen³⁾ (Dekret vom 28.6.1918) und die Unterstellung aller Eisenbahnen unter Kriegsrecht (Dekret vom 28.11.1918). Bereits am 26.1.1918 war die gesamte See- und Binnenhandelsflotte verstaatlicht worden, wodurch der Sowjetstaat schon im Sommer 1918 fast den gesamten Verkehrsapparat jener Zeit unter seiner Kontrolle hatte.⁴⁾

Diese Politik der Beherrschung des Verkehrswesens wurde in der Sowjetunion bis zur Gegenwart konsequent fortgesetzt: in der UdSSR stellen heute alle Zweige des öffentlichen Verkehrswesens (Eisenbahnen, Binnenschifffahrt, Seeschifffahrt, Luft- und Straßenkraftverkehr) staatliches sozialistisches Eigentum dar. Dies gilt auch für Teile des nichtöffentlichen Verkehrs (Erdölleitungen, Anschlußgleise der Industriebetriebe), während einzelne Bereiche desselben, die Verkehrsmittel von Kolchosen und anderen Genossenschaften, lediglich sozialistisches Eigentum verkörpern.⁵⁾

Wenn das Verkehrswesen der UdSSR die ihm zugedachte Rolle als leistungsstarkes Bindeglied zwischen den einzelnen Wirtschaftsbereichen und -einheiten des Landes spielen sollte, so ergab sich für die Sowjetregierung nach 1917 die Aufgabe des intensiven Wiederauf- und Ausbaus des technischen und or-

1) Siehe zu Vorstehendem: v. Bissing, W.M.: Verkehrswesen; a.a.O., S.327/328. Und: ... Politische Ökonomie; a.a.O., S.543/544. Und: Tverskoi, K.N.: The Unified Transport System of the U.S.S.R.; London 1935, S.14. Zitiert bei: Helander, S.: Nationale Verkehrsplanung; a.a.O., S.84.

2) Chatschaturow, T.S.: Verkehrswesen; a.a.O., S.425.

3) Deren organisatorische Eingliederung in das Staatsbahnsystem war allerdings erst 1930 abgeschlossen. Quelle: Hürli-
mann, W.: Die Verkehrspolitik...; a.a.O., S.362.

4) Chatschaturow, T.S.: Verkehrswesen; a.a.O., S.425.

5) Vorstehendes nach: Chatschaturow, T.S.: Verkehrswesen; a.a.O., S.423/424.

organisatorischen Transportapparats.¹⁾ Durch Weltkrieg, Bürgerkrieg und ausländische Intervention waren große Teile der Binnen- und Seeflotte Rußlands entweder versenkt oder ins Ausland verbracht worden.²⁾ Hinzu kam, daß aus den obengenannten Gründen³⁾ auch auf längere Sicht die Schifffahrt, der Straßen- und der Leitungsverkehr keinen wesentlichen Beitrag zur erforderlichen Transportleistung erbringen konnten. Durch diese Gegebenheiten sah sich die Führung der UdSSR veranlaßt, zunächst ihr Hauptaugenmerk auf die Instandsetzung und systemdienliche Erweiterung des vom Kaiserreich übernommenen Eisenbahnapparates zu richten, der ebenfalls schwere Kriegsschäden aufwies.⁴⁾

Ogleich die im Eisenbahnsektor in den zwanziger Jahren getätigten Investitionen weit hinter denen in der Industrie zurückblieben (im Kaiserreich waren sie in beiden Bereichen etwa gleichhoch gewesen)⁵⁾ und auch vielfach die Vorkriegshöhe nicht erreichten,⁶⁾ gelang es diesem Verkehrsträger bis zum Beginn des ersten Fünfjahresplans, den Verkehrsbedürfnissen der übrigen Wirtschaftszweige in etwa entsprechende Leistungen zu erstellen.⁷⁾

Die schon im Jahre 1913 bestehende Vorrangstellung der Eisenbahnen wurde durch die verkehrspolitischen Maßnahmen der Sowjetunion zur vorrangigen Förderung des Eisenbahnwesens in den 1920er Jahren noch wesentlich verstärkt. Bei gegenüber 1913 kaum veränderten Gesamtleistungen im Güterverkehr⁸⁾ betrug der

- 1) Zur organisatorischen Neuordnung des Eisenbahnwesens nach 1917 siehe: Witte, B.: Eisenbahn und Staat; a.a.O., S. 86-91.
- 2) Chatschaturow, T.S.: Verkehrswesen; a.a.O., S. 425.
- 3) Siehe hierzu oben S. 338-340.
- 4) Einen Eindruck von den erheblichen Zerstörungen im Eisenbahnwesen vermitteln Angaben bei: Terskoi, K.N.: The Unified.; a.a.O., S. 36. Zitiert bei: Helander, S.: Nationale Verkehrsplanung; a.a.O., S. 85. Und: Chatschaturow, T.S.: Verkehrswesen; a.a.O., S. 425.
- 5) Hunter, H.: Soviet Transportation Policy; a.a.O., S. 54.
- 6) Die jährliche Zuteilung von Schienen z.B. stieg zwar von 1920 bis 1928 laufend, erreichte aber in keinem dieser Jahre auch nur die Hälfte der Zuteilungen von 1913. Quelle: Ebenda, S. 61.
- 7) So konnte z.B. der maximale Rückstand des Gütertransportes der Eisenbahnen von 43.300 Wagenladungen (März 1926) relativ schnell reduziert werden (7.500 Wagenladungen Rückstand im März 1928). Quelle: Ebenda, S. 51.
- 8) Gebietsstand bis zum 17.9.1939: Güterverkehrsleistungen der Eisenbahnen: 1913=114,5 Mrd. tkm, 1928=119,5 Mrd. tkm. Nach Be-

Anteil der einzelnen Verkehrsträger an deren Erstellung im Jahre 1928:¹⁾

Eisenbahnen	78,2 %
Binnenschifffahrt	13,3 %
Seeschifffahrt	7,8 %
Straßenkraftverkehr	0,2 %
Ölleitungsverkehr	0,6 %

Mit dem Beginn der mehrjährigen Perioden gesamtwirtschaftlicher zentraler Planung und Lenkung der Wirtschaft ergaben sich für die Verkehrspolitik der UdSSR neue, schwerwiegende Probleme hinsichtlich der Adäquanz des Verkehrswesens in bezug auf die Anforderungen der übrigen Wirtschaftszweige und die volkswirtschaftliche Koordination. Der in die Gesamtplanung einbezogene Transportapparat erhielt Aufgaben zugewiesen, die alle bisherigen Anforderungen an ihn weit überstiegen, und für die er - infolge des Fehlens einer vorausschauenden und zielbewußten Investitionspolitik in der Vor-Planzeit²⁾ - nicht gerüstet war.

Zu den erhöhten Leistungsanforderungen an das Verkehrswesen - im besonderen an die Eisenbahnen - kam gegen Ende der 1920er Jahre ein bemerkenswertes Nachlassen von dessen Leistungsfähigkeit: das auf die Verkehrsbedürfnisse des zaristischen Rußland ausgerichtete Verkehrsnetz sowie das gleichfalls meist aus dem Kaiserreich übernommene und inzwischen überalterte Material erwiesen sich zu dieser Zeit als immer weniger brauchbar und konnten nur noch in begrenztem Maße genutzt werden.³⁾

rechnungen des Verfassers aus Zahlenangaben in: ...Länderberichte: Sowjetunion 1960; a.a.O., S. 72.

- 1) Berechnungen des Verfassers nach der gleichen Quelle. Rundungsdifferenz +0,1%.
- 2) Beispiele hierzu bei: Helander, S.: Nationale Verkehrsplanung; a.a.O., S. 86-89.
- 3) So bewirkte z.B. der schlechte Zustand des Streckenunterbaus und der Signaleinrichtungen bei den Eisenbahnen, daß die Güterzüge im Durchschnitt der Jahre 1926-1930 nur eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 8,2 Meilen/Std. entwickeln konnten, gegenüber 12,8 Meilen/Std. in den USA. Ohne Berücksichtigung der Zwischenhalte betrug in dieser Zeitspanne die Durchschnittsgeschwindigkeit der sowjetischen Güterzüge nur 21,16 Km/Std. Quelle: Hunter, H.: Soviet Transportation Policy; a.a.O., S. 138 und 399.

Zusammen mit den bestehenden Mängeln organisatorischer Art¹⁾ führte das Zusammentreffen der beiden vorgenannten Faktoren zu einer scharfen und langanhaltenden Transportkrise, durch die die Planerfüllung vieler Wirtschaftseinheiten und die Erreichung der Ziele der Volkswirtschaftspläne ernstlich gefährdet wurde.²⁾

Die für die Planwirtschaft schwerwiegendste Folge der Transportkrise war das von 1929 bis 1933 zu beobachtende ständige Ansteigen der Menge der auf Beförderung wartenden Güter, die in den Jahren 1932 und 1933 allein bei dem Schienenverkehr etwa 20 Mio. Tonnen betrug;³⁾ diese Zahl besagt, daß zum Beispiel im Dezember 1933 von den durch die Eisenbahnen zu befördernden Gütern nur 52,3 % tatsächlich abtransportiert wurden.⁴⁾

Obwohl die sowjetische Führung seit dem Anfang des Jahres 1927 mehrmals von Fachleuten auf die Überforderung des Verkehrswesens hingewiesen worden war, und sie sich der daraus entstehenden Folgen durchaus bewußt war,⁵⁾ trat bis zum Jahre 1934 keine grundlegende Änderung der staatlichen Investitionspolitik zugunsten des Verkehrswesens ein.⁶⁾ Die Forcierung der In-

1) Als Beispiele werden das Funktionalsystem in der Verwaltung des Verkehrswesens, die bürokratischen Methoden in der Leitung, der Mangel an Verantwortlichkeit für die Pflege des Materials und die Gleichmacherei in der Entlohnung der Verkehrsarbeiter genannt. Quelle: Chatschaturow, T.S.: Verkehrswesen; a.a.O., S. 425.

2) Helander, S.: Nationale Verkehrsplanung; a.a.O., S. 87/88.

3) Hunter, H.: Soviet Transportation Policy; a.a.O., S. 59.

4) Berechnungen des Verfassers nach Zahlenangaben der eben genannten Quelle. Diese gibt nicht an, ob und welche Restbestände aus Vormonaten in die Ziffer der Rückstände einbezogen worden sind.

5) Dies geht aus Äußerungen Stalins, von Diskussionsrednern auf dem XV. Parteitag der KPdSU(B), des Zk der KPdSU(B) und der Zentralen Kontrollkommission aus dieser Zeit klar hervor. Quellen: Hunter, H.: Soviet Transportation Policy; a.a.O., S. 54/55 und; Galizki, A.: Die Planung im sozialistischen Transportwesen; Berlin 1956, S. 8.

6) Hunter, H.: Soviet Transportation Policy; a.a.O., S. 55 und 393. Der Anteil der Investitionen im Eisenbahnsektor an den Gesamtinvestitionen in der Volkswirtschaft der UdSSR sank sogar von 17,9% (1928) auf 10,7% (1933), wobei die absoluten Investitionsbeträge allerdings von 731 Mio. Rubel (1928) auf 2,1 Mrd. Rubel (1933) anstiegen.

dustrialisierung sowie die Überwindung der durch die rasche Kollektivierung verursachten Agrarkrise beanspruchten fast alle Kräfte und Mittel des Sowjetstaates: das Verkehrswesen wurde in erster Linie auf seine internen Möglichkeiten zur Leistungssteigerung verwiesen.¹⁾ Zur Nutzung dieser Möglichkeiten leistete der Staat allerdings eine wesentliche Hilfestellung: im Eisenbahnwesen wurde die Differenzierung der Löhne wieder eingeführt, um die Eisenbahner zu wesentlichen Mehrleistungen anzuregen, das technische Verwaltungspersonal wurde in erhöhtem Maße im Streckendienst eingesetzt, um dem Mangel an Fachkräften abzuhelpfen.²⁾ Die daneben eingeführten organisatorischen Verbesserungen³⁾ trugen mit dazu bei, eine wesentliche Leistungssteigerung der Eisenbahnen zu erreichen.⁴⁾ Diese konnte jedoch einerseits den stark gestiegenen Anforderungen nicht voll genügen und führte andererseits zu einem überhöhten Materialverschleiß und einer Vervielfachung der Zahl der Unfälle⁵⁾ infolge der Überbeanspruchung der Ausrüstungen.⁶⁾

Das Jahr 1934 markiert einen Wendepunkt in der sowjetischen Verkehrspolitik. Nachdem die ersten, durch den Übergang zur zentralen Planwirtschaft entstandenen Anlaufschwierigkeiten in Industrie und Landwirtschaft überwunden waren, konnte die Führung der UdSSR die Atempause nutzen, um dem für die Gesamtwirtschaft wichtigen Bindeglied 'Verkehr', das gegen Ende des Jahres 1933 auf einem relativen Tiefpunkt seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit angelangt war und dadurch auch eine permanente Gefahr für die nationale Verteidigungsbereitschaft der UdSSR darzustellen begann,⁷⁾ mehr Aufmerksam-

- 1) Stellungnahme des Zk der KPdSU und der Zentralen Kontrollkommission vom August 1927. Quelle: Hunter, H.: Soviet Transportation Policy; a.a.O., S. 54.
- 2) Chatschaturow, T.S.: Verkehrswesen; a.a.O., S. 425.
- 3) Ebenda, S. 425.
- 4) Indexberechnungen zeigen, daß auf der Basis des Jahres 1928 (=100) die Eisenbahnen im Jahre 1933 ein wesentlich größeres Güter-(181,5) und Personenverkehrsvolumen (=307,0) bewältigen konnten mit einem wesentlich geringeren Zuwachs an Ausrüstungen (Streckenlänge=106,8; Zahl der Güterzuglokomotiven = 125,5; Zahl der Güterwagen=143,6). Quelle: Hunter, H.: Soviet Transportation Policy; a.a.O., S. 316.
- 5) Helander (H.S.: Nationale Verkehrsplanung; a.a.O., S. 89) nennt für 1934 62.000 Eisenbahnunfälle!
- 6) Überhöhte Geschwindigkeiten, Überbelastung der Güterwagen, mangelnde Pflege des Materials etc.
- 7) Siehe hierzu die Ausführungen des (damaligen) Kriegskommiss-

keit zu schenken. Im Anschluß an die Erörterung der Verkehrsprobleme auf dem XVII. Parteitag der KPdSU(B)¹⁾ begann eine Zeit intensiver Bemühungen um eine Steigerung der Effizienz des Verkehrswesens, mit dem Schwergewicht wiederum auf dem Eisenbahnsektor. Jährliche hohe Investitionen in diesem Bereich²⁾ sollten vor allem den technischen Standard der Bahnen erhöhen,³⁾ organisatorische Verbesserungen die neue Technik wirtschaftlich voll zur Geltung kommen lassen. Dem gleichen Ziel diente auch die Einführung von sozialistischen Wettbewerben unter den Eisenbahnern; auch die 'Stachanow-Bewegung' wurde in diesem Verkehrsbereich zur Erhöhung der Arbeitsleistungen herangezogen.⁴⁾

Das im Dezember 1935 von Molotow verkündete Ende der Transportkrise⁵⁾ bedeutete keinen Abschluß der Bemühungen um die Verbesserung der Leistungsfähigkeit des Verkehrswesens. Die besondere Förderung des Eisenbahnwesens ließ dieses bis zum Eintritt der UdSSR in den zweiten Weltkrieg den Anforderungen der übrigen Wirtschaftsbereiche in etwa gewachsen sein, ohne daß es, wie übrigens das gesamte Verkehrswesen, in dieser Zeit in der Lage war, den Verkehrsbedarf voll zu befriedigen.⁶⁾ Die Investitionen des Sowjetstaates im Eisenbahnsektor in der Zeit vor dem zweiten Weltkrieg erwiesen sich während dessen Verlaufs als außerordentlich nützlich: es gelang den Eisenbahnen, sowohl während der Rückzugs- als auch während der Offensivperiode, außergewöhnliche Leistungen zu vollbringen,⁷⁾ die sich nicht allein auf die Einsatzfreudigkeit des technischen Personals zurückführen lassen. Sie bewirkten zudem, daß die Be-

sars Woroschilow auf dem XVII. Parteitag der KPdSU(B). Wiedergabe bei: Hunter, H.: Soviet Transportation Policy; a.a.O., S. 55.

Und: Helander, S.: Nationale Verkehrsplanung; a.a.O., S. 90.

1) Hunter, H.: Soviet Transportation Policy; a.a.O., S. 53-55.

2) Zahlenangaben hierzu siehe bei: Hunter, H.: Soviet Transportation Policy; a.a.O., S. 393.

3) Meyer, Hans Reinhard: Die Eisenbahnen Sowjet-Rußlands; in: 'Schweizerisches Archiv für Verkehrswissenschaft und Verkehrspolitik', Nr. 2/1947, S. 179.

4) Chatschaturow, T. S.: Verkehrswesen; a.a.O., S. 425/426.

5) Hunter, H.: Soviet Transportation Policy; a.a.O., S. 74.

6) Meyer, H. R.: Die Eisenbahnen...; a.a.O., S. 180.

7) Ebenda, S. 182-184.

deutung des Eisenbahnwesens sich nach 1928 nochmals wesentlich erhöhte und daß dieser Stand bis 1954 erhalten blieb.

Die Anteile der Verkehrsträger an der Erstellung von Verkehrsleistungen im Güterverkehr der UdSSR (in Prozent des gesamten Gütertransportvolumens)¹⁾

	1928 -32	1933 -37	1938 -40	1945 -49	1950 -54	1956 ²⁾	1958	1960
EB	77,6	78,4	83,8	84,0	84,3	82,9	81,2	79,5
BSF	12,8	9,1	7,3	6,0	6,3	5,4	5,3	-
SeeSF	8,1	9,8	6,2	7,0	5,3	6,3	6,6	-
StrKV	0,4	1,7 ³⁾	1,9	2,2	3,2	3,7	4,8	-
ÖllV	1,1	1,0 ³⁾	0,8	0,8	0,9	1,6	2,1	-

Die Verkehrspolitik der Sowjetunion in der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg ist gekennzeichnet durch das Bemühen, das Verkehrswesen dem mit dem Entwicklungsstand der Volkswirtschaft ständig wachsenden Verkehrsbedarf der Gesamtwirtschaft anzupassen. Während direkt nach dem Kriege das Problem des raschen Wiederaufbaus des durch die Kriegshandlungen schwergeschädigten Verkehrsapparates im Vordergrund stand und die Eisenbahnen zur Lösung der Aufgaben, die die Fortführung der zentralen Planwirtschaft im Frieden mit sich brachte, wiederum in verstärktem Maße herangezogen wurden,⁴⁾ verlagerte sich mit der Überwindung der Kriegsschäden das Hauptgewicht der Verkehrspolitik auf die Bewältigung dreier Problemkreise:

(1) Schaffung eines einheitlichen Verkehrssystems mit mehreren, harmonisch zusammenarbeitenden Verkehrsträgern, das von zentraler Stelle im Interesse der optimalen Nutzung des gesamten Verkehrsapparates gelenkt wird.

(2) Aufbau dieses Verkehrssystems entsprechend den langfristigen Verkehrserfordernissen der Wirtschaft der UdSSR.

1) Zahlen bis 1954 nach: Hunter, H.: Soviet Transportation Policy; a.a.O., S. 344; für 1956 und 1958: ... Länderberichte: Sowjetunion 1960; a.a.O., S. 72 (Prozentzahlen vom Verfasser errechnet). Schätzung für 1960 nach: Wehde-Textor, Otto: Die sowjet-russischen Eisenbahnen im Jahre 1960; in: 'Archiv für Eisenbahnwesen', Nr. 4/1961, S. 546.

2) Rundungsdifferenz: -0,1%.

3) Die Differenz zwischen den hier angegebenen Zahlen und den entsprechenden Angaben bei Hunter beruht auf einem Berechnungsfehler dieses Autors.

4) Der relative Anteil des Eisenbahnwesens an der Erstellung

(3) Hebung der Leistungsfähigkeit der einzelnen Verkehrsträger und -betriebe.

Der Behandlung dieser drei Problemkreise sind die folgenden Ausführungen über das sowjetische Verkehrswesen gewidmet. Daneben wird auch noch rückblickend auf die Entwicklung der neben den Eisenbahnen bestehenden Verkehrsträger in den Planperioden einzugehen sein.

3) Verkehrswesen und Planwirtschaft in der UdSSR (spezielle Probleme).

3.1 Die Koordinierung der Verkehrsträger.

Die Konzentration des gesamten Transportwesens in der Hand des Staates schafft die Voraussetzung für die Entstehung eines einheitlichen Transportsystems, in welchem alle Transportarten planmäßig koordiniert sind.¹⁾

Ziel einer solchen Koordinierungspolitik ist eine sinnvolle Arbeitsteilung zwischen den Verkehrsträgern, die letztlich dazu führen soll, die bisher überlasteten Eisenbahnen auf die für sie wirtschaftlichsten Relationen zu beschränken und die anderen Verkehrsträger zur Bewältigung der ständig steigenden Anforderungen der Wirtschaft an den Verkehrsapparat im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit mit heranzuziehen.

Wenn in der UdSSR der Ruf nach Koordinierung und Arbeitsteilung im Verkehrssektor mit Nachdruck erst um die Mitte der 1950er Jahre ertönt und erst mit dem Jahre 1956 in den Verschiebungen der Leistungsanteile der einzelnen Verkehrsträger eine erste sichtbare Realisierung findet,²⁾ so hat dies seine Ursache in der vorher bestehenden relativen Bedeutungslosigkeit der neben den Eisenbahnen vorhandenen anderen Verkehrsträger, die erst in der Gegenwart durch die in den ersten Planjahrfünften begonnene Entwicklungspolitik gemildert wird.

Diese Entwicklungspolitik im Interesse der Verkehrskoordina-

der gesamten Güterverkehrsleistungen erreichte im Jahre 1945 den Höchststand von 85,2%. Quelle: Berechnungen des Verfassers nach Zahlenangaben bei: Hunter, H.: Soviet Transportation Policy; a.a.O., S. 344.

1) ... Politische Ökonomie; a.a.O., S. 543/544.

2) Siehe die Übersicht oben S. 347.

tion hatte bei den einzelnen Verkehrsträgern folgende Ausrichtung und erstrebt folgende Ziele:

(1) Binnenschifffahrt.

Trotz der oben geschilderten geografischen und klimatischen Hindernisse¹⁾ für die Ausnutzung der vollen Leistungsfähigkeit der sowjetischen Binnenschifffahrt ist seit dem ersten Fünfjahresplan Wesentliches zur Verwirklichung dieser Zielsetzung getan worden. Ausgehend von dem großen Energiebedarf der UdSSR dem Interesse an einer Verbesserung der Bodenbewässerung in einigen Landesteilen und an der Schaffung eines zusammenhängenden Binnenwasserstraßennetzes zur verkehrswirtschaftlichen Nutzung wurden bis zum Jahre 1952 mit dem Weißmeer-Ostseekanal dem Wolga-Donkanal und dem Moskwa-Wolgakanal bedeutende Kanalprojekte erstellt, die besonders dem ersten und dem dritten der oben genannten Gesichtspunkte Rechnung tragen.²⁾ Die gleichen Aufgaben soll der im Laufe des Siebenjahresplans fertigzustellende Wolga-Ostsee-Schiffahrtsweg erfüllen.³⁾ Bis zum Jahre 1980 ist ferner der Abschluß der Arbeiten an einer durchgehenden Kanalverbindung zwischen Ostsee und Schwarzem Meer vorgesehen.⁴⁾

Neben diesen Kanalbauten wurden und werden umfangreiche Ausbauarbeiten an den Flüssen der UdSSR vorgenommen, um eine vorhandene Schiffbarkeit zu erhöhen, neue Schiffahrtsmöglichkeiten zu erschließen⁵⁾ und die Navigationsverhältnisse grundlegend zu

1) Siehe hierzu oben S.337 u.339.

2) Weirich, A.: Die neuzeitliche Entwicklung der Binnenwasserstraßen in Europa, Rußland und Nordamerika; Basel 1953, S.19-22. Und: Heuser, H.: Die russische Binnenschifffahrt (1. Teil); in: 'Zeitschrift für Binnenschifffahrt', Nr.12, 1960, S.446-450.

3) Fetissow, T.: Ein Projekt des Siebenjahresplans der UdSSR: Wolga-Ostsee-Schiffahrtsweg; in: 'Die Schifffahrt', Nr.7/1959, S.13/14.

4) Diese Verbindung soll dem Lauf der Flüsse Dnjepr, Pripiet und Neman (=Memel) folgen. Quelle: Nach Ausführungen von Chruschtschow (Prawda v.l. 10.10.1961) und Masurow (Prawda 20.10.1961). Besprochen bei: Hirsch, Peter: Fragen der Sowjetwirtschaft; in: 'Osteuropa', Nr.1, 2, 1962, S.24.

5) So sollen in Kürze 2.500 km auf Dnjepr und Bug für 5.000 t Groß-Motorfrachtschiffe voll schiffbar sein. Im Endstadium der Projektierung bzw. bereits im Bau sind ein 5.300t Frachtschiff und ein dreiteiliges Sektionsmotorschiff mit einer Gesamtładefähigkeit von 8.370 t. Diese Zahlen machen bereits deutlich, in welchen Dimensionen sich der Ausbau der Wasserstraßen der UdSSR bewegt. Quelle: Heuser, H.: Die russische

verbessern.¹⁾ Dem Aus- und Neubau von Hafen- und Umschlagseinrichtungen, der Modernisierung der Binnenschiffahrtsflotte und der Navigationseinrichtungen wird in der UdSSR seit einigen Jahren steigende Beachtung geschenkt.²⁾

Trotz der steigenden Leistungsziffern der Binnenschiffahrt der UdSSR³⁾ ist ihr Anteil an den gesamten Güterverkehrsleistungen von 1913 (24,9%) bis 1958 (5,3%) laufend gesunken, was auf das erhebliche Wachstum des Gesamtgüterverkehrsvolumens zurückzuführen ist.

Die Aufgabe der sowjetischen Binnenschiffahrt im zukünftigen homogenen Transportsystem der UdSSR soll - bei etwa gleichbleibendem Leistungsanteil bis 1965⁴⁾ - in der verbesserten Zusammenarbeit mit den Eisenbahnen zur Schaffung eines schnellen und billigen gebrochenen Verkehrs liegen;⁵⁾ ferner soll sie in die Lage versetzt werden, die Transportdauer zu verkürzen, die Transportkosten zu senken und die Navigationsperioden durch Drei-Schichten-Betrieb besser zu nutzen.⁶⁾

Grenzen für eine stärkere Einspannung der sowjetischen Binnenschiffahrt in die Erstellung von Verkehrsleistungen liegen in den schon genannten klimatischen und geografischen Gegebenheiten, ferner in der geringen Geschwindigkeit der Transporte, der Einseitigkeit der Transportrichtungen und den gegenüber den Eisenbahnen auf einzelnen Flüssen und für den Transport bestimmter Güter (z.B. feste Massengüter) höheren mittleren Selbstkosten der Binnenschiffahrt, die sich auch in der staat-

Binnenschiffahrt (1. Teil); a.a.O., S. 448 und: ... (2. Teil); in: 'Zeitschrift für Binnenschiffahrt', Nr. 1/1961, S. 20/21.

1) Chatschaturow, T. S.: Verkehrswesen; a.a.O., S. 431.

2) Ebenda, S. 431/432. Und: Heuser, H.: Die russische Binnenschiffahrt (2. Teil); a.a.O., S. 17-28.

3) Transportmenge (Mio t): 1913 (derzeitige Grenzen) = 35,1; 1959 = 192,2. Transportleistung (Mrd. tkm): 1913 (derz. Gr.) = 28,9; 1959 = 93,6. Leistungsdichte auf den Binnenwasserstraßen (1000 tkm pro Km Wasserweg pro Jahr): 1950 = 353; 1959 = 703. Quellen: Chatschaturow, T. S.: Verkehrswesen; a.a.O., S. 430. Und: United Nations: Annual Bulletin of Transport Statistics for Europe, 11 th Year 1959; Genf 1960, S. 34/35 und 108.

4) Leistungsanteil der Binnenschiffahrt 1965 (Planzahl): 5,4%. Quelle: Heuser, H.: Die russische Binnenschiffahrt (1. Teil); a.a.O., S. 444.

5) v. Bissing, W. M.: Verkehrswesen...; a.a.O., S. 342/343.

6) Heuser, H.: Die russische Binnenschiffahrt (2. Teil); a.a.O., S. 17.

lichen Tarifpolitik bemerkbar machen.¹⁾

(2) Seeschifffahrt.

Zur Hebung der Leistungsfähigkeit der sowjetischen Seeschifffahrt wurden und werden vor allem die Hafen- und Umschlagseinrichtungen technisch verbessert und letztere teilweise vollmechanisiert.²⁾ Daneben wurde der Flottenpark beträchtlich modernisiert.³⁾ Durch diese Bemühungen und durch wirtschaftlich-organisatorische Verbesserungen soll erreicht werden, daß sich die Transportleistung der sowjetischen Seeschifffahrt von 1959 bis 1965 annähernd verdoppelt.⁴⁾

(3) Straßenkraftverkehr.

Er hat seinen relativen Anteil an der Erstellung von Gütertransportleistungen bis zur Gegenwart laufend erhöhen können. Grundlage hierfür war die Erweiterung des Straßennetzes mit fester Decke von 24.300 Km (1913) auf 235.900 Km (1958),⁵⁾ die Erhöhung des Kraftfahrzeugbestandes von 9.000 (1913)⁶⁾ auf 3,76 Mio. (1960),⁷⁾ wobei von dieser Zahl allein 3,15 Mio. auf Lastkraftwagen entfielen,⁸⁾ sowie die Entstehung einer leistungsfähigen Automobilindustrie.

Der Straßenverkehr soll in der UdSSR in erster Linie dem öffentlichen Güter- und Personenverkehr dienen. Ihm ist auf lange Sicht die Aufgabe zugedacht, den Nahverkehr im Bereich der Städte und Industriegebiete zu bewältigen, wobei er in diesen Gebieten den Eisenbahn-kurzstreckenverkehr ablösen soll.⁹⁾ Er soll daneben auch im Fernverkehr Zubringerdienste leisten und die Bedienung abseits der Bahn gelegener Gebiete, besonders

1) Wolter, Herbert: Die Binnenschifffahrt der UdSSR und ihre Wettbewerbsstellung; in: 'Zeitschrift für Binnenschifffahrt', Nr. 2/1961, S. 254-256. Und: Chatschaturow, T. S.: Ökonomik des Transportwesens; Berlin 1962, S. 64-68 bes. S. 67, 68.

2) Chatschaturow, T. S.: Verkehrswesen; a. a. O., S. 432.

3) Ebenda, S. 434.

4) Ebenda, S. 432.

5) Ebenda, S. 434 und: ... Länderberichte: Sowjetunion 1960; a. a. O., S. 72.

6) Siehe hierzu oben S. 339, Fußnote 5).

7) Nur Kraftwagen. Verband der Automobilindustrie e. V.: Tatsachen und Zahlen aus der Kraftverkehrswirtschaft 1959/60; Frankfurt a. M. 1960, S. 316/317.

8) ... Tatsachen und Zahlen... 1959/60; a. a. O., S. 316.

9) Hürlimann, W.: Die Verkehrspolitik...; a. a. O., S. 377.

m. Osten der Sowjetunion, übernehmen.¹⁾

durch Umorganisation der zahlreichen, mit ungenügendem Nutzgrad arbeitenden Kraftverkehrsdienste soll seine Leistungsfähigkeit bedeutend gesteigert werden.²⁾

4) Der Rohrleitungsverkehr

ist während der Sowjetherrschaft bedeutend erweitert worden und gehört wegen seiner Wirtschaftlichkeit in vielen Relationen zu den zukunftssträchtigen Verkehrsträgern der UdSSR. Neben den umfangreichen Leistungen im Ölleitungsbau wurden bis 1955 etwa 3.000 Km Erdgasleitungen in Betrieb genommen.³⁾ Die Pipelinenetze beider Arten sollen in Zukunft noch beträchtlich ausgebaut und ihre Leistungen erhöht werden,⁴⁾ um Eisenbahn und Binnenschifffahrt wirkungsvoll entlasten zu können und gleichzeitig die Transportkosten zu senken.

5) Der Luftverkehr,

seit der Mitte der 1930er Jahre in verstärktem Maße ausgebaut und bis zur Gegenwart durch die Erweiterung des Streckennetzes,⁵⁾ die Neuerrichtung und Verbesserung von Flughafenanlagen⁶⁾ und die starke Verwendung von Düsenmaschinen auf einen hohen Leistungsstand gebracht, hat in der Sowjetunion in erster Linie die Aufgabe der schnellen Beförderung von Passagieren, Post und wertvoller Fracht über größere Entfernungen.⁷⁾

1) Hürlimann, W.: Die Verkehrspolitik...; a.a.O., S. 377.

2) Ebenda, S. 377.-

3) Hunter, H.: Soviet Transportation Policy; a.a.O., S. 155/156.

4) Der Transportanteil der Pipelines soll von gegenwärtig 2,1% (1958) auf 7,4% (1965) gesteigert werden. Die Länge der magistralen Rohrleitungen soll bis zu diesem Zeitpunkt um das Dreifache zunehmen. Quellen: Chatschaturow, T. S.: Verkehrswesen; a.a.O., S. 436. Und: Heuser, H.: Die russische Binnenschifffahrt (1. Teil); a.a.O., S. 444. Und: O. V.: Über die Entwicklung des Verkehrs- und Fernmeldewesens in der Sowjetunion in den nächsten 7 Jahren; in: 'Internationales Archiv für Verkehrswesen', Nr. 3/1959, S. 94.

5) Das planmäßig beflogene Streckennetz der 'Aeroflot', die fast den gesamten Luftverkehr der UdSSR betreibt, betrug in In- und Auslandsstrecken Ende 1958 345.000 Km und war damit länger als das jeder anderen Gesellschaft der Welt. Quelle: Linicus, Klaus: Der sowjetische Luftverkehr; in: 'Zeitschrift für Verkehrswissenschaft', Nr. 4/1960, S. 203.

6) Ebenda, S. 196, 198

7) Ebenda, S. 189.

Er erfüllt in dieser Hinsicht eine wegen der Weiträumigkeit des Landes besonders wertvolle Funktion, da die Reichweite der anderen Verkehrsträger begrenzt ist und nur der Luftverkehr in der Lage ist, alle Gebiete der UdSSR in jeder Jahreszeit miteinander zu verbinden.¹⁾ Daneben wird er auch für nicht verkehrliche Zwecke eingesetzt.²⁾

Die Leistungen der Luftflotte der UdSSR in der Güter- und Personenbeförderung stehen zur Zeit noch wesentlich hinter denen der anderen Verkehrsträger zurück,³⁾ zeigen jedoch in der Vergangenheit ein schnelles Ansteigen⁴⁾ und sollen zukünftig noch weit schneller erhöht werden.⁵⁾

Die geschilderte Entwicklung der neben den Eisenbahnen bestehenden Verkehrsträger der UdSSR durch die staatliche Investitionspolitik soll eine Verkehrskoordination in der Sowjetunion ermöglichen, die in den Händen der zentralen Wirtschaftlenkungsinstitutionen dieses Staates liegen soll.

- 1) v.Gajzágó, Olivér: Der sowjetrussische Luftverkehr; in: 'Vierteljahresshefte zur Wirtschaftsforschung', Nr.1 1958, S.63.
- 2) So z.B. in der Land- und Forstwirtschaft (Schädlingsbekämpfung, Aussaat, Überwachung der Forsten etc.). Quelle: Linicus, Klaus: Der sowjetische Luftverkehr; a.a.O., S.189/190.
- 3) Zum Vergleich: Beförderte Personen 1958=7,5 Mio. Dagegen: Eisenbahnen=1.834 Mio., Straßenkraftverkehr=8.377 Mio., Binnenschifffahrt=102,2 Mio., Seeschifffahrt=12,1 Mio. Beförderte Güter (Fracht und Post): 1958=0,46 Mio.t. Dagegen: Eisenbahnen=1.617 Mio.t., Straßenkraftverkehr=6.474 Mio.t., Binnenschifffahrt=178,3 Mio.t., Seeschifffahrt=70,8 Mio.t., Ölleitungen=94,9 Mio.t. Güterverkehrsleistungen (Mrd. tkm): 1956=0,5. Dagegen (1958): Eisenbahnen=1.302, Straßenkraftverkehr=76,8, Binnenschifffahrt=85,5, Seeschifffahrt=106,3, Ölleitungen=33,8. Quelle: Linicus, K.: Der sowjetische Luftverkehr; a.a.O., S.205. Und: ... Länderberichte: Sowjetunion 1960; a.a.O., S.72.
- 4) Linicus, K.: Der sowjetische Luftverkehr; a.a.O., S.205.
- 5) So soll die Aeroflot 1965 sechsmal so viel Passagiere und viermal so viel Fracht- und Postsendungen befördern wie 1958. Quelle: Loginow, Jewgeni: Die Zivilluftfahrt der UdSSR und ihre Zukunft; in: 'Interavia', Nr.1/1960, S.36. Derselbe Autor (Leiter der sowjetischen Zivilluftfahrt) rechnet für 1980 mit 200 Mio. Fluggästen (zum Vergleich: 1958=7,5 Mio.). Quelle: Loginow, J.: Der Chef der Aeroflot rechnet für 1980 mit 200 Millionen Fluggästen; in: 'Interavia', Nr.2/1962, S.202.

3.2 Die Lenkung der Verkehrsströme.

32.1 Die staatliche Tarifpolitik.

Mit Hilfe der Tarifpolitik des Staates sollen die Verkehrsströme in der Sowjetunion in die den Leitungsinstanzen genehme Richtung gelenkt und damit ein Beitrag zur Verkehrskoordination geleistet werden. Einige Charakteristika des 'lenkenden Tarifsystems' der UdSSR seien im folgenden genannt:¹⁾

(1) 'Spezielle Staffeltarife' für Eisenbahnen. Kennzeichen: Hohe Einheitssätze für nahe Versandentfernungen, Absinken der Tonnenkilometer-Sätze bis zur - für die einzelnen Güterarten unterschiedlichen - als optimal angesehenen Versandweite, dann Gleichbleiben oder Wiederansteigen.²⁾ Lenkungseffekt: Nahstrecken sollen dem Straßenkraftverkehr vorbehalten bleiben, zu weite Entfernungen sollen bei einigen Gütern verhindert werden.³⁾

(2) 'Allgemeine Staffeltarife' für Eisenbahnen. Kennzeichen: Tarife differenziert nach der 'gesellschaftlichen Bedeutung der - meist zweitrangigen - (Konsum-)Güter. Tonnenkilometer-Sätze fallen bis 1.500 Km, bleiben dann gleich. Lenkungseffekt wie unter (1).

(3) Ausnahmetarife zu erhöhten Sätzen.⁴⁾ Beispiel: Höherbelastung von Massengütern, die in der Zeit, in der die Schifffahrtswege offen sind, auf den Schienenwegen befördert werden, die parallel zu den großen Strömen verlaufen. Lenkungseffekt: Entlastung der Eisenbahnen durch die Binnenschifffahrt soll erreicht werden.

(4) Ausnahmetarife zu ermäßigten Sätzen. Beispiel: verbilligter Kohlentransportpreis bei Bezug aus örtlichen Fundstellen anstatt aus den großen Kohlenrevieren. Lenkungseffekt: Entlastung der Eisenbahnen auf den Hauptlinien.

(5) Zu- und Ablauftarife zu ermäßigten Sätzen. Anwendung: im gebrochenen Verkehr zwischen Schiene und Wasserstraße bei Massengütern. Lenkungseffekt: Förderung des gebrochenen Verkehrs, Entlastung der Eisenbahnen.

1) v. Bissing, W.M.: Verkehrswesen...; a.a.O., S. 333-337.

2) Wiederansteigen dann, wenn die Verfrachter auf näherliegenden Bezugsquellen verwiesen werden sollen.

3) Beispiele: Kohle (Tkm-Satz steigt ab 3.000 Km), Erze (Wiederanstieg ab 1.500 Km), Baustoffe (Wiederanstieg ab 1.100 Km).

4) Erhöhung bis zu 25 % möglich.

- (6) Hohe Wagenstandsgelder und Prämien für Beschleunigung der Ladearbeiten sollen den Wagenumlauf beschleunigen.
- (7) Tarife sind differenziert nach Güterarten im Interesse der volkswirtschaftlichen Akkumulation. Konsumgüter werden dabei im allgemeinen über den Kosten tarifiert.
- (8) Binnenschiffahrtstarife: Transporte über große Entfernungen sind durch stark fallende Sätze je tkm gegenüber den Eisenbahntarifen verbilligt. Lenkungseffekt: weite Transporte sollen nach Möglichkeit auf die Wasserstraßen verwiesen werden.
- (9) Binnenschiffahrtstarife: Differenzierung aufgrund der verschiedenen Transportverhältnisse auf den einzelnen Binnenwasserstraßen. Lenkungseffekt: bestimmte Relationen sollen gefördert, andere entlastet werden.
- (10) Differenzierung nach Güterarten. Lenkungseffekt: Massengüter sollen stärker als bisher die Wasserstraßen als Transportwege benutzen.

32.2 Die Standortpolitik und die Wirtschaftsorganisation.

In beiden Problemkreisen spielen verkehrspolitische Zielsetzungen eine wichtige Rolle. Durch ihre sinnvolle Gestaltung soll - in erster Linie zur Entlastung der Eisenbahnen - Verkehr durch Produktion substituiert werden, um die durchschnittliche Transportentfernung zu verringern und unrationelle Transporte zu vermeiden.

Obwohl die Notwendigkeit, neuerrichtete Industrien im Interesse einer weitgehenden Entlastung des Verkehrsapparats möglichst nahe an den Rohstoffgewinnungsplätzen oder den Stätten der Verarbeitung bzw. des Konsums zu plazieren in der UdSSR schon frühzeitig erkannt wurde,¹⁾ haben sich bis zur Gegenwart viele Verstöße gegen dieses Prinzip bemerkbar gemacht²⁾ und zu gesamtwirtschaftlichen Verlusten geführt. Unrationelle Transporte ergaben sich ferner aus Planungsmängeln, aus der Art der Wirtschaftsorganisation sowie aus den Besonderheiten der Stellung der Betriebe in der Planung. Oft wurden

1) Hunter, H.: Soviet Transportation Policy; a.a.O., S.45.

2) Ebenda, S.23-38.

durch die Planung Lieferbeziehungen zwischen weit auseinanderliegenden Betrieben festgelegt, obgleich man näher aneinanderliegende Betriebe mit einem besseren Effekt hätte verbinden können.¹⁾ Die Organisation der Wirtschaft nach Fachministerien ließ diese oft Lieferungen zwischen ihnen angeschlossenen, weit auseinander liegenden Betrieben ausführen, statt auf näher gelegene Betriebe, die anderen Ministerien unterstanden, zurückzugreifen. Schließlich führt die Betonung der Leistungsgeichtspunkte bei der Arbeiterentlohnung und der Bewertung der Betriebsergebnisse dazu, daß Eisenbahnverwaltungseinheiten und Eisenbahner die Güterbeförderung auf Umwegen durchführten, um höhere Leistungssätze aufweisen zu können.²⁾

Man versucht in der Sowjetunion, die vorgenannten Mängel durch eine gründlichere, die Probleme der Verkehrswirtschaft berücksichtigende Standortplanung und eine solche der Lieferbeziehungen,³⁾ durch eine materielle Belohnung der Betriebe und ihrer Beschäftigten nur bei einer Senkung der Produktionskosten, nicht mehr bei quantitativer Leistungssteigerung, abzustellen.⁴⁾ Die Dezentralisierung der Wirtschaftsorganisation durch die Maßnahmen des Jahres 1957 sollte als Nebenwirkung die Verringerung der Transportentfernungen bewirken, wenngleich der teilweise entstandene Provinzegoismus hierbei oft zum anderen negativen Extrem führt.

3.3 Die Verbesserung der Verkehrsleistungen.

33.1 Die staatliche Investitionspolitik.

Die durchgeführten und im Rahmen der langfristigen Planungen vorgesehenen Verkehrsinvestitionen sollen das Verkehrswesen zu einem leistungsstarken Wirtschaftssektor entwickeln, der den langfristigen Anforderungen der Gesamtwirtschaft in verstärktem Maße gerecht zu werden in der Lage ist.

Nachdem auf die Programme zur Entwicklung der neben den Eisenbahnen bestehenden Verkehrsträger bereits eingegangen wurde,

) v.Bissing, W.M.: Verkehrswesen...; a.a.O., S.332.

) Ebenda, S.332.

) Ebenda, S.331.

) Harmstone, Richard C.: Industrial Management and Organization; in: Florinsky, Michael T. (Herausgeber): Encyclopedia of Russia and the Soviet Union; New York 1961, S.238.

soll hier lediglich die Entwicklung des Schienenverkehrs kurz skizziert werden. Die Streckenlänge der sowjetischen Eisenbahnen wurde von 71.700 Km (1913)¹⁾ auf 126.000 Km (1959)²⁾ erweitert und soll während des Siebenjahresplanes um weitere 11.000 Km wachsen.³⁾ Besonderer Nachdruck wurde und wird auf die technische Ausstattung der Eisenbahnanlagen gelegt, was sich bei der großen Verkehrsdichte auf den sowjetischen Schienenwegen als unerlässlich erweist.⁴⁾ Die seit längerer Zeit in Gang befindliche Ausrüstung der Eisenbahnen mit hochleistungsfähigen Lokomotiven und Waggons⁵⁾ erfolgt, ebenso wie die Erweiterung der verdieselten und elektrifizierten Strecken⁶⁾ und die nachdrückliche Betonung des Strebens nach Hebung der Arbeitsproduktivität bei den sowjetischen Eisenbahnen,⁷⁾ im Hinblick auf die hierdurch zu erzielenden Kosteneinsparungen und die zu erwartenden stärkeren Anforderungen an das Eisenbahnwesen. Im Jahre 1965 sollen 100.000 Km Streckenlänge elektrifiziert oder verdieselt sein und 85 - 87 % aller Lokomotiven mit diesen Antriebsarten fahren.⁸⁾

Der relative Anteil der Eisenbahnen an der Erstellung der Güterverkehrsleistungen soll - bei wachsenden absoluten Leistungen⁹⁾ - bei Erreichung der stärkeren Mitwirkung der anderen Verkehrsträger nur noch 72,9 % betragen.¹⁰⁾

1) In den derzeitigen Grenzen. Quelle: ... Länderberichte: Sowjetunion 1960; a.a.O., S. 72.

2) United Nations: Annual Bulletin... 1959; a.a.O., S. 47.

3) O.V.: Soviet Railways Plan for Growth; in: 'International Railway Journal', Nr. 1/1962, S. 30.

4) Chatschaturow, T.S.: Verkehrswesen; a.a.O., S. 429. Und: O.V.: Eine Studienreise in die Sowjetunion; in: 'Die Bundesbahn', Nr. 13, 14/1961, S. 609-620.

5) O.V.: Soviet Railways Plan...; a.a.O., S. 30/31.

6) Ende 1961 waren 15.000 Km Streckenlänge elektrifiziert und weitere 24.000 Km wurden von Dieselszügen befahren. Quelle: Ebenda, S. 30.

7) So soll die Arbeitsproduktivität um 34-37 % bis 1965 steigen und damit das Niveau der USA übertreffen. Quelle: Koldomasow, Yu.: The Rationalization of Inter-Regional Economic Relations in the Seven-Year-Plan; in: 'Problems of Economics', Nr. 1/1959, S. 19 übersetzt und abgedruckt.

8) O.V.: Soviet Railways Plan...; a.a.O., S. 30.

9) Die Menge der von den Eisenbahnen zu bewältigenden Güterverkehrsleistungen soll von 1.429 Mrd. tkm (1959) bis 1965 auf 1.800 bis 1.850 Mrd. tkm ansteigen. Quelle: ... Länderberichte: Sowjetunion 1960; a.a.O., S. 72.

10) Heuser, H.: Die russische Binnenschiffahrt (1. Teil); a.a.O., S. 444. Zum Vergleich: 1958=81,2 %, 1960=79,5 % (Schätzung).

33.2 Verkehrswirtschaft und Verkehrsbetrieb im Plan.

Wie die übrigen Wirtschaftszweige, so ist auch das Verkehrswesen der UdSSR in die zentrale Wirtschaftsplanung eingebaut. "Die Planung sämtlicher Transportzweige beruht auf den Produktionsplänen aller Volkswirtschaftszweige... Zwischen den Produktionsvolumen und der Transportmenge besteht ein enger Zusammenhang. Die Pläne der einzelnen Transportzweige werden vor allem deshalb aufgestellt, um den Bedarf der Volkswirtschaft an Güter- und Personenbeförderungen restlos und rechtzeitig zu decken und für die ständig zunehmende gesellschaftliche Produktion genügend Transportraum bereitstellen zu können. Auf der anderen Seite beeinflusst in der Planwirtschaft das Transportwesen einerseits den Umfang der Produktion in den übrigen Volkswirtschaftszweigen, da es Großverbraucher für ihre Erzeugnisse ist."¹⁾

Die als Teile des Volkswirtschaftsplans für die Wirtschaft der UdSSR aufgestellten Transportpläne für die einzelnen Verkehrsträger, die als Perspektiv-, Jahres- oder Quartalspläne auftreten,²⁾ enthalten den Verkehrsbedarfsplan und den Verkehrsleistungsplan.³⁾ Ersterer umfaßt den Plan für die Güter- und Personenbeförderung, letzterer⁴⁾

- (1) den Plan der betrieblichen Arbeiten (Plan für den Einsatz der Fahrzeuge);
- (2) den Fahrzeugreparaturplan;
- (3) den Investitionsplan;
- (4) den Arbeitskräfteplan;
- (5) den Plan der Materialversorgung;
- (6) den Betriebskostenplan;
- (7) den zusammengefaßten Finanzplan (Einnahmen-Ausgabenbilanz).

Die ferner im Verkehrsleistungsplan enthaltenen Kennziffern sind:⁵⁾

- (1) Die Art und Menge der in der Planperiode zu transportierenden Güter;

1) Galizki, A.: Die Planung...; a.a.O., S. 21/22.

2) Ebenda, S. 26.

3) v. Bissing, W.M.: Verkehrswesen...; a.a.O., S. 330.

4) Galizki, A.: Die Planung...; a.a.O., S. 22.

5) v. Bissing, W.M.: Verkehrswesen...; a.a.O., S. 330.

- (2) die mittlere Transportweite für die einzelnen Güter;
- (3) die Zahl der Güterwagen, die an den wichtigsten Verladeorten täglich zu stellen sind;
- (4) die tägliche Leistung der Lokomotiven und ihre täglich erforderliche Zahl;
- (5) die Stärke und Dichte des Verkehrs in den einzelnen Relationen u.a.m.

Die genannten Transportpläne sind territorial und fachlich gegliedert. Sie werden - wie dies auch bei den anderen Wirtschaftszweigen festgestellt wurde - bis auf die untersten Leistungseinheiten aufgeteilt, die dadurch in ihrer Arbeit weitgehend festgelegt sind. Die Verkehrsbetriebe haben jedoch gleichfalls einen Spielraum für wirtschaftliche Eigeninitiative durch das auch im Verkehrswesen eingeführte Prinzip der Wirtschaftlichen Rechnungsführung, das den Betrieben eine gewisse Finanzautonomie gewährt und ihnen durch die Möglichkeit zur Erlangung materieller Vorteile Leistungsanreize bietet.

'Fortschrittliche' Planansätze auf der einen und das Locken mit Prämien auf der anderen Seite bei der Erstellung überplanmäßiger Leistungen sollen neben den staatlichen Investitionen im Verkehrssektor Verbesserungen der Verkehrsleistungen aufgrund der Ausschöpfung des internen Leistungsreservoirs der einzelnen Verkehrsbetriebe hervorbringen.

ce) Geld, Finanzen und Kredit.

1) Allgemeines.

Die Rolle des Geldes, des Finanz- und Kreditwesens in einem Land mit arbeitsteiliger Wirtschaft ist der des Verkehrswesens in einem solchen in gewisser Hinsicht vergleichbar: Beide Bereiche haben die Eigenart, bei ihrem Einsatz im System der volkswirtschaftlichen Leistungserstellung zu Bindegliedern zwischen den einzelnen Wirtschaftseinheiten und -sektoren des Landes zu werden. Diese allgemeingültige Feststellung bedarf einer Ergänzung für die planwirtschaftliche Organisation der Sowjetunion, in der die genannten Bereiche nicht nur Bindeglieder, sondern darüber hinaus auch bewußt gestaltende Instrumente der Wirtschaftsordnungspolitik des

Staates sind, mittels derer dieser die Wirtschaftseinheiten und -sektoren seines Herrschaftsgebietes lenken und beherrschen will. Dies trifft in beschränktem Umfange für das Verkehrswesen zu, gilt jedoch in vollem Maße für den Funktions-träger 'Geld' und das Finanz- und Kreditwesen in der Sowjetunion. Nach den ersten Anlaufschwierigkeiten in der Zeit nach der Oktoberrevolution, die sich einmal aus den politischen Wirren, dem wirtschaftlichen und administrativen Chaos im Rußland jener Jahre, andererseits daraus erklären lassen, daß die Führung der Kommunistischen Partei sich nach Jahren destruktiver Kritik ohne praktische Erfahrungen und ohne detaillierte Wirtschaftslenkungsvorstellungen an die Spitze eines kaum noch funktionierenden Wirtschaftsapparates gestellt sah,¹⁾ gelang es der Sowjetunion etwa ab 1924, die Bereiche Geld, Finanzen und Kredit zur Erreichung ihrer langfristigen wirtschaftlichen Zielsetzungen einzusetzen. Mit der Konsolidierung der wirtschaftlichen Verhältnisse in der UdSSR schritt die systemgerechte Vervollkommnung der genannten Bereiche fort: letztere bilden in der Gegenwart trotz mancher Mängel gut funktionierende Hebel in der Hand des Staates, mit deren Hilfe er auf alle Wirtschaftssektoren und -einheiten des Landes einwirken kann, da sie von ihm zu integrierenden Bestandteilen dieser wirtschaftlichen Gliederungen gemacht wurden.

2) Das Geld und seine Funktion in der Sowjetwirtschaft.

2.1 Das Geld und die gesellschaftliche Grundidee der Führung der Sowjetunion.

Zur Erklärung der Rolle, die das Geld nach der Überwindung des Kapitalismus in der sozialistischen²⁾ und später in der kommunistischen Gesellschaftsordnung spielen sollte, waren die russischen Marxisten in der Zeit vor der Oktoberrevolution auf einige unzusammenhängende Äußerungen von Marx und Engels zu dieser Frage angewiesen.

1) Davies, R.W.: The Development of the Soviet Budgetary System; Cambridge 1958, S.10-13.

2) Das Begriffspaar 'sozialistische' und 'kommunistische Gesellschaftsordnung' findet sich in diesem Zusammenhang nicht bei Marx. Er spricht statt dessen von einer 'ersten' und einer 'höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft'. Siehe Marx, K.: Kritik des Gothaer Programms...; a.a.O., S.204/205.

Nach Marx fällt das Geld¹⁾ bei gesellschaftlicher Produktion²⁾ weg: "Die Gesellschaft verteilt Arbeitskraft und Produktionsmittel in die verschiedenen Geschäftszweige. Die Produzenten mögen meinetwegen papierne Anweisungen erhalten, wofür sie den gesellschaftlichen Konsumtionsvorräten ein ihrer Arbeitszeit entsprechendes Quantum entziehn. Diese Anweisungen sind kein Geld. Sie zirkulieren nicht."³⁾ Marx bezieht sich hierbei auf die sozialistische Phase der gesellschaftlichen Entwicklung, für die u.a. eine Entlohnung nach der Arbeitsleistung charakteristisch ist.⁴⁾ In der höheren Phase des Kommunismus ist nach Marx das Geld ohnehin entbehrlich, da hier die 'Verteilung nach den Bedürfnissen' die 'Entlohnung nach der Leistung' ersetzt hat.⁵⁾

Gewissen Ausführungen von Marx und Engels in ihrem 'Kommunistischen Manifest' von 1848 könnte man dagegen entnehmen, daß nach ihrer Meinung das Geld erst nach der Vervollendung der sozialistischen Entwicklungsphase, d.h. nach der Ausschaltung aller kapitalistischen Elemente, abgeschafft werden wird. Vorher gelte es für das durch die Arbeiterrevolution zur herrschenden Klasse gewordene Proletariat, mit Hilfe des Geldsystems der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, sie damit systematisch zu entmachten und zu unterdrücken und die Produktionsinstrumente in den Händen des proletarischen Staats zu zentralisieren.⁶⁾

Lenins Äußerungen aus der Zeit vor der Oktoberrevolution von 1917 ist zu entnehmen, daß er keine von der Marxschen Auffassung über das Wesen und die Funktionen des Geldes im kapitalistischen Produktionsprozeß abweichende Meinung vertritt.⁷⁾

Zur Frage der Rolle des Geldes nach dem Erfolg der proletarischen Revolution finden sich in seinen programmatischen

- 1) Marx spricht von 'Geldkapital'.
- 2) Bei Marx als Gegensatz zur 'kapitalistischen Produktion'.
- 3) Marx, K.: Das Kapital; 2. Band, Berlin 1961, S. 359/360.
- 4) Marx, K.: Kritik des Gothaer Programms...; a.a.O., S. 203/204.
- 5) Ebenda, S. 205.
- 6) Marx, Karl und Engels, Friedrich: Manifest der Kommunistischen Partei; Neudruck Berlin 1949, S. 31/32.
- 7) Siehe hierzu u.a.: Lenin, W.I.: Werke (deutsche Ausgabe), Band 3, Berlin 1956: "Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland".

Schriften der Vorrevolutionszeit keine detaillierten und klaren Angaben. Er nimmt zu diesem Problemkreis jedoch nach der Oktoberrevolution Stellung. Wie der Parteitheoretiker Bucharin und einige führende Gremien des Sowjetstaates¹⁾ ist Lenin der Meinung, daß das Geld als "Überbleibsel der gestrigen Ausbeutung" beseitigt werden muß.²⁾ Seine sofortige Abschaffung "in der ersten Zeit des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus" ist nach Lenin jedoch unmöglich:³⁾ wie einige Sozialisten bereits vor der sozialistischen Revolution festgestellt⁴⁾ und es die Erfahrungen der Bolschewiki nach 1917 bestätigt hatten, sind zur Beseitigung des Geldes "sehr viele technische und...organisatorische Errungenschaften notwendig," da man die "Organisation der Verteilung der Produkte für Hunderte Millionen Menschen in Gang...bringen" muß. "Einstweilen bleibt das Geld, und es wird während der Übergangszeit von der alten kapitalistischen zur neuen sozialistischen Gesellschaft ziemlich lange bleiben," da als Voraussetzung der Abschaffung des Geldes und der Liquidierung des Tausches "Jahre und Jahre stabiler Herrschaft des Proletariats" gegeben sein müßten.⁵⁾ "Solange die kommunistische Produktion und Verteilung der Güter noch nicht vollends organisiert sind, (ist) es unmöglich..., das Geld abzuschaffen."⁶⁾

Stalins - auf praktische Erwägungen gegründete - Lehrmeinung ist es, daß das Geld "bis zum Abschluß des ersten Stadiums des Kommunismus, des sozialistischen Entwicklungsstadiums... bestehen wird."⁷⁾ Bis dahin bleibe das Geld ein Instrument der

- 1) Deren Äußerungen in bezug auf die Rolle des Geldes in der nachkapitalistischen Periode sind teilweise wiedergegeben bei: Friebe, Siegfried: Der Kredit in der Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischen Typs; Berlin 1957, S.12/13.
- 2) Lenin, W.I.: Rede über den Volksbetrug mit den Lösungen Freiheit und Gleichheit, gehalten auf dem I. Gesamtrussischen Kongreß für außerschulische Bildung am 19. Mai 1919; in: Lenin, W.I.: Werke (deutsche Ausgabe), Band 29, Berlin 1961, S.346.
- 3) Lenin, W.I.: Entwurf des Programms der KPR(B); in: Lenin, W.I.: Werke (deutsche Ausgabe), Band 29; a.a.O., S.121/122.
- 4) Lenin macht hierzu keine näheren Angaben.
- 5) Vorstehendes nach: Lenin, W.I.: Rede über den Volksbetrug...; a.a.O., S.346-348 und 356.
- 6) Lenins Formulierung des auf dem VIII. Parteitag der KPR(B) im März 1919 angenommenen Programms der Kommunistischen Partei. Wiedergabe in: Gussakow, A.D. u. Dymshiz, I.A.: Geldumlauf und Kredit in der UdSSR; Berlin 1953, S.11/12.
- 7) Stalin, J.W.: Rechenschaftsbericht an den XVII. Parteitag über

Sowjetmacht, das diese den Interessen des Sozialismus angepaßt habe, "um den Sowjethandel aufs höchste zu entfalten und dadurch die Bedingungen für den direkten Produktaustausch vorzubereiten."¹⁾

In seinem Spätwerk²⁾ gibt Stalin hierzu eine Begründung und verlängert gleichzeitig die Existenzberechtigung des Geldes bis zur kommunistischen Periode: "Wenn an die Stelle der zwei grundlegenden Produktionssektoren, des staatlichen und des kollektiv-wirtschaftlichen, ein allumfassender Produktionssektor mit dem Verfügungsrecht über alle Konsumgüter des Landes getreten sein wird, dann wird natürlich die Warenzirkulation mit ihrer 'Geldwirtschaft' als unnötiges Element der Volkswirtschaft verschwinden. Solange dies aber nicht der Fall ist, solange die zwei grundlegenden Produktionssektoren bestehen bleiben, müssen Warenproduktion und Warenzirkulation als notwendiges und sehr nützliches Element im System unserer Volkswirtschaft in Kraft bleiben."³⁾

In der Nachstalinschen Epoche wird die Notwendigkeit des Bestehens des Geldes in der sozialistischen Gesellschaft aus dem Vorhandensein der 'Waren'produktion und dem Wirken des Wertgesetzes erklärt,⁴⁾ was der Auffassung Stalins entspricht. Im Sozialismus habe das Geld ein neues Wesen erhalten: "unter Beibehaltung der alten Formen (habe sich)...der soziale Inhalt und die Bestimmung der Funktionen des Geldes im Vergleich zu seinen Funktionen im Kapitalismus geändert: in der sozialistischen Wirtschaft ist das Geld...allgemeines Äquivalent und damit ökonomisches Instrument der Volkswirtschaftsplanung, Mittel der allgemeinen Erfassung und Kontrolle der Produktion und der Verteilung des gesellschaftlichen Produkts, Mittel der Kontrolle über das Maß der Arbeit und der Entlohnung."⁵⁾

die Arbeit des Zk der KPdSU(B) vom 26. Januar 1934; in: Stalin, J.W.: Fragen...; a.a.O., S. 560.

1) Ebenda, S. 560.

2) Stalin, J.W.: Ökonomische Probleme...; a.a.O.

3) Ebenda, S. 17

4) ...Politische Ökonomie; a.a.O., S. 597.

5) Ebenda, S. 598.

2.2 Das Geld in der Wirtschaftspraxis der UdSSR.

Nach der Oktoberrevolution trat zunächst kein Wandel in den Funktionen des Geldes gegenüber der Zeit vorher ein, wenn man von der schneller fortschreitenden Inflation, die zum größten Teil aus der staatlichen Finanzpolitik resultierte,¹⁾ absieht. Die 'Finanzierung durch Inflation' setzte sich fort, als die finanziellen Anforderungen an den Staat nach dem Beginn des Bürgerkrieges zunahmen, während gleichzeitig infolge des letzteren die industrielle und landwirtschaftliche Produktion noch weiter zurückging.²⁾ Der Sowjetstaat versuchte zunächst, die Geldwirtschaft durch Steigerung der Staatseinnahmen³⁾ und durch eine Währungsreform⁴⁾ zu stabilisieren, um sich ihrer weiterhin zur Bewältigung seiner Aufgaben bedienen zu können. Als diese Versuche erfolglos blieben bzw. nicht in die Praxis umgesetzt werden konnten und die Geldwirtschaft infolge der Inflation mehr und mehr verfiel,⁵⁾ begann sich der Staat in immer stärkerem Maße der naturalen Beschaffung der benötigten Mittel durch zwangsweise Eintreibung zu bedienen und - weniger aus grundsätzlichen Erwägungen als aus Mangel an einer Alternative - den Übergang zu einer geldlosen Wirtschaft vorzubereiten, die zwischen Ende 1919 und Anfang 1921 weitgehend verwirklicht war.⁶⁾

Die wichtigsten wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den einzelnen Sektoren wurden in dieser Zeit durch naturalen Austausch geregelt: Die Bauern mußten ihre über den Eigenbedarf hinausgehenden produzierten Mengen unentgeltlich an den Staat abliefern, der sie an die Arbeiter, Behördenangestellten und Soldaten verteilte, wobei die Rationen nach dem Klassenkampfprinzip bemessen wurden. Die Landwirtschaft sollte für ihre Ablieferungen unentgeltlich Industriewaren erhalten.⁷⁾ Mit der Vorbereitung der Schaffung einer Wert- und Verrechnungseinheit

1) Siehe hierzu unten S.368-370.

2) Davies, R.W.: The Development...; a.a.O., S.26.

3) Ebenda, S.26/27.

4) Zu den vorstehend genannten Projekten siehe u.a. Lenins Referat auf dem gesamtrussischen Kongreß von Vertretern der Finanzabteilungen der Sowjets am 18. Mai 1918; in: Lenin, W.I.: Werke (deutsche Ausgabe), Band 27, Berlin 1960, S.377-381.

5) Davies, R.W.: The Development...; a.a.O., S.26-45.

6) Ebenda, S.38-45.

7) Voigt, F.: ...Geld und Finanzen; a.a.O., S.346.

auf der Basis einer Arbeitseinheit wurde begonnen, ohne daß sich hierbei bis zum Ende der Periode des Kriegskommunismus praktische Ergebnisse zeigten.¹⁾

Der Übergang zum naturalen Warenaustausch war jedoch mit großen technischen Schwierigkeiten verbunden: es erwies sich als außerordentlich kompliziert, das Austauschverhältnis zwischen Industriewaren und landwirtschaftlichen Erzeugnissen unterschiedlicher Qualität in Natural-Aquivalenten auszudrücken;²⁾ zudem bestand die Schwierigkeit, Angebot und Nachfrage örtlich zusammenzubringen.³⁾ Hierzu kam, daß das Angebot auf beiden Seiten unzureichend blieb, wodurch der Schwarzmarkthandel außerordentlich begünstigt wurde.⁴⁾

Der drohende völlige Zusammenbruch der sowjetischen Wirtschaft zu Beginn des Jahres 1921 veranlaßte die Sowjetregierung, gleichzeitig mit der Aufnahme der Diskussion über die Art der notwendig gewordenen wirtschaftlichen Neuordnung auch ihre Einstellung zum Problem des Geldes zu überprüfen.

Mit dem Übergang zur Neuen Ökonomischen Politik fiel gleichzeitig die Entscheidung zugunsten der Wiedereinführung der Geldwirtschaft. Der Staat bemühte sich energisch um eine Stabilisierung des Geldwertes und es gelang ihm, dies bis zum Jahre 1924 zu erreichen.⁵⁾

Die schnelle Wiederbelebung der Geldwirtschaft zu Beginn der NEP-Periode hatte eine Ursache in der Wiedezulassung privatwirtschaftlicher Elemente in Handel, Landwirtschaft und Leichtindustrie. Daneben war die Tatsache von Bedeutung, daß der Staat begann, das Geld für die Erreichung seiner langfristigen wirtschaftspolitischen Zielsetzungen einzusetzen. Hierfür ist die seitherige Unterstellung der staatlichen Betriebe und Organisationen unter das Prinzip der wirtschaftlichen Rechnungsführung ein gutes Beispiel: Sie ermöglicht den Betrieben eine autonome Wirtschaftsrechnung auf Geldbasis im

1) Davies, R.W.: The Development...; a.a.O., S. 40-45.

2) Autorenkollektiv unter Leitung von Ikonnikow, W.W.: Geld- und Kreditwesen in der UdSSR; Berlin 1954, S. 176/177.

3) Ebenda, S. 177.

4) Friebe, S.: Der Kredit...; a.a.O., S. 15.

5) Gussakow, A.D. und Dymshiz, I.A.: Geldumlauf...; a.a.O., S. 84-94.

Rahmen der Planaufgaben, bietet materielle Anreize zu Leistungssteigerungen und bildet damit einen wirksamen Hebel des Staates zur Beschleunigung der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes.¹⁾ Außerdem wurde das Geld während der NEP-Periode ein wertvolles Hilfsmittel für die beginnende zentrale Volkswirtschaftsplanung und die makroökonomische Wirtschaftsrechnung.

Mit dem Übergang zur zentralen Planwirtschaft verlor der sich des Geldes autonom bedienende privatwirtschaftliche Bereich an Bedeutung und verschwand schließlich bis auf unbedeutende Reste. Damit büßte die Geldwirtschaft in der UdSSR zwar einen wesentlichen Impuls ein, der Staat intensivierte jedoch seine Bestrebungen um die Nutzung des Geldes für seine wirtschaftspolitischen Zielsetzungen. Das Prinzip der Wirtschaftlichen Rechnungsführung beginnt erst in dieser fortgeschrittenen Phase der zentralen Wirtschaftsplanung seine volle Bedeutung zu erlangen; es wird ergänzt durch das Prinzip der materiellen Interessiertheit, das in der Differenzierung der Geldlöhne und in weiteren Formen der Nutzung des Geldes als Anreizmittel zu Leistungssteigerungen der Arbeitnehmer seinen Ausdruck findet.

Der sich hieraus ergebende Erfolg bei den einzelnen Wirtschaftseinheiten, der gleichzeitig gesamtwirtschaftliche Vorteile in bezug auf das Wachstumstempo der Volkswirtschaft bewirkt, steht neben einem solchen aus der direkten Nutzung des Geldes für die zentrale Planung: diese, in erster Linie auf naturale Zuweisungen und Verfügungen abgestellt, erhält einen geldlichen Ausdruck, der nach der sowjetischen Wirtschaftslehre zwar lediglich eine rechnerische Hilfsgröße darstellt,²⁾ es

1) Djatschenko, W.P.: Finanzen und Kredit; in: Die UdSSR, Enzyklopädie...; a.a.O., S. 458.

2) ...Ikonnikow, W.W.: Geld- und Kreditwesen...; a.a.O., S. 21/22. Diese Beschränkung der Rolle des Geldes auf die Funktion einer rechnerischen Hilfsgröße läßt sich bei objektiver Beurteilung des sowjetischen Wirtschaftsprozesses nicht aufrechterhalten. Das Geld als Instrument der Finanzwirtschaft der UdSSR bildet z.B. bei der Finanzierung von Investitionen "kein sekundäres Element dieses Wirtschaftssystems, das etwa hinter der als primär angesehenen zentralen und naturalen Investitionsplanung zurücktreten könnte. Vielmehr sind der naturalen Investitionsplanung gerade von der Finanz-

der zentralen Wirtschaftslenkungsinstanz jedoch ermöglicht, alle Bereiche und Funktionen der Wirtschaft aufeinander abzustimmen, ein makroökonomisches Gleichgewicht festzulegen und zu einer ausgewogenen Wirtschaftsentwicklung 'auf erweiterter Stufenleiter' zu gelangen.

Neben die Funktion des Geldes als Mittel zur Leistungssteigerung und als Hilfsmittel bei der Wirtschaftsplanung und -lenkung tritt die des Geldes als Kontrollinstrument für die planmäßige Arbeit und Planerfüllung der Wirtschaftseinheiten, das den zahlreichen Kontrollinstanzen der sowjetischen Planwirtschaft ihre Tätigkeit erleichtert.¹⁾

3) Das Finanzwesen des Sowjetstaates.

3.1 Die Etappen der sowjetischen Finanzwirtschaft und Finanzpolitik.

31.1 Das Erbe aus der Zeit vor der Oktoberrevolution.

Das Finanzwesen des zaristischen Rußland zu Beginn dieses Jahrhunderts ist gekennzeichnet durch einen - für die Maßstäbe jener Zeit - stark ausgeweiteten, formal Überschüsse ausweisenden Staatshaushalt, hohe Staatsausgaben,²⁾ ein Steuersystem mit einem starken Überwiegen der indirekten über die direkten Steuern und der "Alleinherrschaft des Prinzips der Objektbesteuerung."³⁾

Die relative Ausweitung des Staatshaushalts und der Staatsausgaben hatte ihre Ursache in den bedeutenden Anstrengungen des Staates auf militärischem und wirtschaftlichem Gebiet sowie in den hohen Kosten der umfangreichen und schlecht organisierten Staatsverwaltung und des Schuldendienstes.⁴⁾ Der Ausweis von Budgetüberschüssen wurde ermöglicht durch die Einstellung der beträchtlichen jährlichen Zunahmen der Staatsschuld⁵⁾ in den

seite her echte Grenzen gesetzt. Wenn das auch nicht für ein einzelnes Investitionsvorhaben zutreffen mag...so gilt es doch gewiß für die Investitionsplanung als Ganzem."Quelle:Leptin,G.:Methode...;a.a.O.,S.37.

1) Varga,Stefan:Das Geld im Sozialismus;in:'Weltwirtschaftliches Archiv',Nr.2/1957,S.258.

2) Davies,R.W.:The Development...;a.a.O.,S.3-6.

3) Menz,G.:Die Entwicklung...;a.a.O.,S.11.

4) Davies,R.W.:The Development...;a.a.O.,S.3-5.

5) Diese betrug im Jahre 1913 mehr als die Hälfte des russischen Volkseinkommens.Quelle:Ebenda,S.3.

Einnahmenteil des Haushalts.¹⁾

Die Kriegsfinanzwirtschaft Rußlands ist charakterisiert durch eine Erhöhung der direkten und indirekten Steuern sowie die Einführung einer progressiven Einkommenssteuer und einer Kriegsgewinnsteuer am 1. Januar 1917.²⁾ Die hohen Kriegskosten wurden hauptsächlich durch innere und äußere Anleihen sowie durch Geldemission finanziert.³⁾ Die finanzielle Situation Rußlands vor dem Beginn der Februarrevolution von 1917 war gekennzeichnet durch Inflation, Unstabilität und Spekulation.⁴⁾

Die ernsthaften Bemühungen der Provisorischen Regierung, die finanzielle Misere zu beheben, scheiterten. Die drastische Erhöhung der Steuern - besonders der neuen Einkommen- und Kriegsgewinnsteuer- sowie die Erhebung einer einmaligen Abgabe von Beziehern hoher Einkommen brachten nicht die gewünschten Ergebnisse,⁵⁾ ein umfangreiches Steuerreformprogramm konnte bis zur Oktoberrevolution nicht mehr verwirklicht werden.⁶⁾

Da die Weiterführung des Krieges mit Hilfe der Notenpresse finanziert wurde, verstärkte sich die Inflation zwischen März und November 1917 noch beträchtlich.⁷⁾

31.2 Die sowjetische Finanzwirtschaft und Finanzpolitik bis zum Ende der Periode des Kriegskommunismus.

Die Regierung Lenin sah sich bei ihrer Machtübernahme einer akuten Wirtschaftskrise und einer schweren Inflation gegenüber. Die staatliche Finanzwirtschaft war unorganisiert, die Finanzpolitik blieb wirkungslos in bezug auf die Einnahmenerhebung.⁸⁾

Seit dem Beginn der hier zu behandelnden Periode setzte sich der zunehmende Verfall der Finanzwirtschaft Rußlands fort, der schließlich in dem Übergang zur naturalen Verteilungs-

1) Davies, R.W.: The Development...; a.a.O., S.3.

2) Menz, G.: Die Entwicklung...; a.a.O., S.12.

3) Davies, R.W.: The Development...; a.a.O., S.8.

4) Ebenda, S.7.

5) Ebenda, S.9/10.

6) Menz, G.: Die Entwicklung...; a.a.O., S.12.

7) Die umlaufende Banknotenmenge betrug in Geldeinheiten am 1.10.1917 17.175 Mio. Rubel gegenüber 1.530 Mio. Rubel am 1.7.1914. Quelle: Davies, R.W.: The Development...; a.a.O., S.9.

8) Ebenda, S.10.

wirtschaft seinen Höhepunkt fand. Erste Ansätze zu einer Neuordnung des Finanzwesens¹⁾ wurden durch den Beginn des Bürgerkrieges zunichte gemacht, der die Anspannung aller Kräfte erforderlich machte und eine Periode der ständigen finanzpolitischen Improvisationen, meist ohne Rücksicht auf die wirtschaftlichen Folgen,²⁾ einleitete.

Bis zum Verzicht auf das finanzwirtschaftliche Instrumentarium gegen Ende des Jahres 1919 wurden die infolge der Kriegsführung und der finanziellen Ausstattung der in Staatseigentum überführten Betriebe notwendigerweise hohen Staatsausgaben fast ausschließlich durch die Neuemission von Papiergeld finanziert,³⁾ da die Staatseinnahmen in Geld⁴⁾ trotz einiger Änderungen im Steuersystem⁵⁾ nur spärlich flossen und auch nur teilweise der Zentralgewalt zugute kamen.⁶⁾ "Der fiskalische Zweck der Besteuerung war hinter den ordnungspolitischen Zweck der Enteignung, der Überführung von Privateigentum in die Hand des Staates zum Zweck des Aufbaus einer neuen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, zurückgetreten."⁷⁾

Der Sowjetstaat bemühte sich in der geldwirtschaftlichen Phase dieser Periode um die Erstellung aussagefähiger Haushaltspläne. Deren Umfang begann sich mit dem Wachsen der staatlichen Bereiche in der Wirtschaft immer stärker auszudehnen, während sie materiell infolge der inflationistischen Entwicklung, dem wirtschaftlichen und politischen Chaos und dem Mangel an konkreten Unterlagen völlig bedeutungslos blieben.⁸⁾

- 1) Davies, R.W.: The Development...; a.a.O., S. 14 ff. und S. 39/40.
- 2) Förster, W. und Menz-Goller, G.: Die Rolle der Finanzwirtschaft im sowjetischen Wirtschaftssystem; Berlin 1955, S. 2.
- 3) Davies, R.W.: The Development...; a.a.O., S. 16, 17, 22, 28, 31.
- 4) Das Gegenstück hierzu bildeten die Staatseinnahmen in Naturalien, so die am 30.10.1918 geschaffene Naturalsteuer und die am 11.1.1919 durch Dekret eingeführte 'Lebensmittelumlage', die wichtige Einnahmequellen darstellten. Quelle: Menz, G.: Die Entwicklung...; a.a.O., S. 20-22.
- 5) Ebenda, S. 13/14 und 17-20.
- 6) Davies, R.W.: The Development...; a.a.O., S. 17-20.
- 7) Menz, G.: Die Entwicklung...; a.a.O., S. 22.
- 8) Beispiele: Budgets (in Mio. Rubel)

Periode	Plan	Erfüllung
1.1.-30.6.1919 Einnahmen	20.349,6	2.266,0
Ausgaben	50.703,0	13.383,0
1.7.-31.12.1919 Einnahmen	28.610,0	4.038,0
Ausgaben	164.699,0	27.248,0

Quelle: Davies, R.W.: The Development...; a.a.O., S. 42. Und hierzu: Schneider, Oswald: Die Etappen der sowjetischen Finanzwirtschaft; in: 'Finanzarchiv', N.F., Nr. 2/1950, S. 249.

Als nach dem Übergang von der Geld- zur Naturalwirtschaft auch diese funktionsunfähig blieb und der Fortbestand der Sowjetordnung wegen der fundamentalen Mängel der wirtschaftlichen Organisation bedroht schien,¹⁾ vollzog die russische Führung mit dem Übergang zur Neuen Ökonomischen Politik auch auf dem Gebiet der Finanzwirtschaft eine radikale Kursänderung: ihr war "aus den katastrophalen Ergebnissen der revolutionären Epoche²⁾ eine entscheidende finanzwirtschaftliche Erkenntnis zur Gewißheit...(geworden)...:die Erkenntnis, daß das Sowjetsystem ohne geordnete Finanzen keinen Bestand haben kann."³⁾

31.3 Das Finanzwesen des Sowjetstaates vom Beginn der NEP-Periode bis zum 'Sieg des Sozialismus'⁴⁾
(1921 bis 1936).

In dieser zweiten Etappe der sowjetischen Finanzpolitik wurden der Finanzwirtschaft zwei Hauptaufgaben gestellt:"eine klassenkämpferisch-destruktive, indem sie zur Liquidierung der Privatwirtschaft beiträgt, und eine planwirtschaftlich-konstruktive, indem sie zu einem Hebel der Volkswirtschaftsplanung wird."⁵⁾

Die Grundlage für den Aufbau eines geordneten Finanzwesens in dieser Periode bildete die allmähliche Beseitigung der Inflation bis zum Jahre 1924,⁶⁾ durch die eine sinnvolle Staatshaushaltsführung ermöglicht wurde, die rasche Gesundung der Wirtschaft durch die Wiederzulassung des privatwirtschaftlichen Elements, durch die - über das Abgabensystem - die Finanzkraft des Staates gestärkt wurde⁷⁾ und das Fehlen kriegereischer Auseinandersetzungen, das dem Sowjetstaat die Konzentration auf interne Wirtschaftsprobleme ermöglichte.

1) Golikow, G.N.:...Die Epoche des Sozialismus...; a.a.O., S.270.

2) Unter 'revolutionärer Epoche' wird hier die erste Phase der sowjetischen Finanzwirtschaft vom November 1917 bis zum März 1921 verstanden.

3) Förster, W. und Menz-Goller, G.: Die Rolle...; a.a.O., S.2.

4) Dieser wurde von Stalin auf dem VIII. Außerordentlichen Sowjetkongreß 1936 verkündet. Siehe: Stalin, J.W.: Fragen...; a.a.O., S.616.

5) Förster, W. und Menz-Goller, G.: Die Rolle...; a.a.O., S.3.

6) Diesen Prozeß schildern ausführlich Gussakow, A.D. und Dymshiz, I.A.: Geldumlauf...; a.a.O., S.84-94.

7) Schneider, O.: Die Etappen...; a.a.O., S.251.

Aufbauend auf einigen Ansätzen aus der Zeit des Kriegskommunismus¹⁾ entwickelte sich in Rußland mit dem Beginn der NEP-Periode eine öffentliche Finanzwirtschaft neuartigen Typs. Abgeschlossen von allen ausländischen Kapitalquellen,²⁾ mußte sich der Sowjetstaat vollständig auf die innere Kapitalakkumulation verlassen, wollte er seine umfassenden Entwicklungsziele verwirklichen.³⁾ Diese innere Akkumulation zu organisieren wurde Hauptaufgabe des sowjetischen Finanzsystems, in dessen Mittelpunkt der sowjetische Staatshaushalt gestellt wurde. Dieser, den Planzielen der Wirtschaftsführung der UdSSR untergeordnet und dienstbar gemacht,⁴⁾ wurde während des NEP zur Finanzierungsquelle des gesamten staatlichen Wirtschaftssektors und seiner Schwerpunkte, nach dem Übergang zur zentralen Planwirtschaft zum Finanzierungszentrum für beinahe die gesamte Volkswirtschaft, die weitgehend sozialistisch umgestaltet worden war. Die hierzu erforderlichen Einnahmen beschaffte sich der Staat auf klassenkämpferischem Wege: die Preis- und Steuerpolitik wurde ab 1925 - bis dahin wurde die Privatwirtschaft nach Möglichkeit geschont, um die Erholung der Gesamtwirtschaft nicht zu gefährden⁵⁾ - zur Verdrängung des Privatkapitals aus der Wirtschaft eingesetzt, während die staatlichen und genossenschaftlichen Betriebe eindeutig privilegiert wurden.⁶⁾ Ein in dieser Periode immer stärker an Bedeutung zunehmendes Einnahmenteil des Budgets bildeten die planmäßigen Abführungen der Betriebe des staatlichen Bereichs, die sich - in Form der Umsatzsteuer - aus der konsumbeschränkenden Preispolitik des Staates herleiteten und Investitionszwecken dienten und außerdem - in Form der Gewinnabführungen - zur Leistungskontrolle und als Instrument zur Verhinderung von

- 1) So wurden seit 1918 die staatlichen Industriebetriebe aus dem Staatshaushalt finanziert und hatten ihre Einnahmen an diesen abzuführen; Quelle: Davies, R.W.: The Development...; a.a.O., S.30u.32/33.
- 2) Die Zurückhaltung ausländischer Kapitalgeber ist u.a. dadurch zu erklären, daß Rußland am 21.1.(3.2.)1918 alle Auslandsschulden des Kaiserreichs und der Provisorischen Regierung annullierte. Quelle: Golikow, G.N.: ...Epoche des Sozialismus...; a.a.O., S.259.
- 3) Djatschenko, W.P. Finanzen und Kredit; a.a.O., S.259.
- 4) Hedtkamp, G.: Das Steuersystem...; a.a.O., S.184 und 186.
- 5) Menz, G.: Die Entwicklung...; a.a.O., S.24/25.
- 6) Siehe hierzu die ausführliche Darstellung der ordnungspolitischen Anwendung der Besteuerung in: Ebenda, S.25-142.

Selbstfinanzierungen der Betriebe eingesetzt wurden.¹⁾

Mit dem 'Sieg des Sozialismus' konnten die beiden Hauptaufgaben der sowjetischen Finanzwirtschaft in dieser Periode als erfolgreich gelöst betrachtet werden: die Liquidierung der Privatwirtschaft war praktisch abgeschlossen, die Finanzwirtschaft des Staates erfaßte beinahe die gesamte Volkswirtschaft und bildete eine wirkungsvolle Ergänzung der zentralen naturalen Volkswirtschaftsplanung.

31.4 Die Finanzwirtschaft des Sowjetstaates vom 'Sieg des Sozialismus' bis zur Gegenwart.

In diesem Zeitabschnitt zeigt die sowjetische Finanzwirtschaft keine grundlegenden Veränderungen gegenüber ihrer Ausrichtung gegen Ende der vorhergehenden Periode. Bemerkenswert bleibt einmal der Rückgang der Bedeutung ihrer klassenkämpferischen Aufgabe²⁾ wegen des fast völligen Verschwindens des privaten Elements in der Wirtschaft, ferner die Vollendung der Einbeziehung der Finanzen der dem Prinzip der Wirtschaftlichen Rechnungsführung unterstellten Wirtschaftseinheiten in das sowjetische Finanzsystem, das dadurch mit der Volkswirtschaftsplanung, -lenkung, -kontrolle und -entwicklungspolitik verschmilzt und universalen Charakter erhält.³⁾

Die Finanzierung der staatlichen Wirtschaftseinheiten wird jetzt in starkem Maße in die Verantwortlichkeit der nach dem Prinzip der Wirtschaftlichen Rechnungsführung wirtschaftenden Betriebe verlegt und mit deren Planaufgaben verbunden. Wie schon dargestellt,⁴⁾ sind diese Betriebe verpflichtet, aus dem erzielten Bruttoertrag die Ausgaben zu bestreiten, die mit der Produktion und deren Realisierung zusammenhängen,⁵⁾ d.h.

1) Hedtkamp, G.: Das Steuersystem...; a.a.O., S. 188-191.

2) Es erscheint nicht ganz zutreffend, wenn Förster und Menz-Goller (Die Rolle...; a.a.O., S. 4) von einem 'Wegfall' der klassenkämpferischen Aufgabe der sowjetischen Finanzwirtschaft in der dritten Phase seit 1936 sprechen; wie noch zu zeigen sein wird, ist der Klassenkampfcharakter z.B. der sowjetischen Steuerpolitik bis heute erhalten geblieben.

3) Förster, W. und Menz-Goller, G.: Die Rolle...; a.a.O., S. 4-6.

4) Siehe hierzu oben S. 261/262.

5) Djatschenko, W.P.: Finanzen und Kredit; a.a.O.; S. 464.

sie haben die ihnen zur Verfügung gestellten Fonds für laufende Ausgaben ständig auf der gleichen Höhe zu halten und auch plangemäß die Mittel für Ersatzinvestitionen anzusammeln.¹⁾ Diese Feststellungen machen deutlich, daß, obgleich aus dem Staatshaushalt über zwei Drittel der gesamten Investitionen der Volkswirtschaft finanziert werden, es sich bei der Haushaltsfinanzierung um eine Ergänzungsfinanzierung handelt, die dann eingesetzt wird, wenn zusätzliche Investitionen und/oder Umlaufsmittelerhöhungen der Betriebe im Plan vorgesehen sind.²⁾

Prinzipiell dürfen Investitionen in der Wirtschaft nur dann aus Mitteln des Staatshaushalts finanziert werden,

"1. wenn die eigenen Mittel der Wirtschaftsorganisation (Abschreibungen, Gewinne u.a.) für die Durchführung des Investitionsplans nicht ausreichen;

2. wenn die Bildung eigener Mittel der Wirtschaftsorgane zeitlich nicht mit den Investitionsterminen zusammenfällt;

3. wenn ein bestimmtes Bauprojekt unter allen Umständen zur Ausführung gelangen muß, und zwar ohne Rücksicht darauf, in welchem Umfang die Wirtschaftsorganisation eine Akkumulation bilden kann."³⁾

Die Einbeziehung der nach dem Prinzip der Wirtschaftlichen Rechnungsführung wirtschaftenden Betriebe und Organisationen in das System der staatlichen Finanzwirtschaft verringert die durch den Staatshaushalt fließenden Mittel, wie bereits aus dem Vorstehenden ersichtlich ist. Von ihnen fließen neben den Umsatzsteuerabführungen der konsumnahen Wirtschaftsbereiche nur die Teile des Plangewinns oder Überplangewinns in den Etat, die der Betrieb nicht zur Deckung der laufenden Ausgaben, für Ersatzinvestitionen oder zur Zuführung an den Betriebsfonds verwenden muß bzw. darf.⁴⁾

Die Bedeutung des neuen Finanzwesens der UdSSR läßt sich treffend mit den Worten eines sowjetischen Autors beschreiben:

"Mit Hilfe des Finanzsystems wirkt der Staat aktiv auf alle Wirtschaftszweige und auf die gesamte Produktionstätigkeit der

1) Leptin, G.: Methode...; a.a.O., S. 46.

2) Ebenda, S. 46.

3) Rowinski, N. N.: Der Staatshaushalt der UdSSR; 1. Band, Berlin 1951, S. 157.

4) Djatschenko, W. P.: Finanzen und Kredit; a.a.O., S. 464.

sozialistischen Betriebe ein, er organisiert und stimuliert die erfolgreiche Erfüllung der Produktionspläne, er verwirklicht die Verteilung und Umverteilung des Volkseinkommens sowie der Abschreibungen und kontrolliert die Verwendung der hierbei gebildeten Fonds...Der Hauptinhalt der Finanzen des sozialistischen Staates besteht darin, die erweiterte sozialistische Reproduktion zu sichern."¹⁾

Diese umfassende Aufgabenstellung macht fast jede wirtschaftlich-operative Tätigkeit in der UdSSR zu einem Bestandteil der staatlichen Finanzwirtschaft, durch deren Instrumentarium in der gegenwärtigen Epoche "eine totale Lenkung und Kontrolle der Wirtschaft gewährleistet...(werden soll)."²⁾ Der Inhalt der gegenwärtigen Finanzwirtschaft der Sowjetunion geht erheblich über das hinaus, "was im Sinne gewohnter Terminologie unter Finanzwirtschaft als Überordnungsbegriff für Etat-, Steuer-, Zoll-, Währungs-, Kredit- und Bankfragen verstanden wird;" er umfaßt zwar alle diese Sachgebiete, ist "jedoch in erster Linie als eine F u n k t i o n zu sehen, und zwar die der P l a n - u n d W i r t s c h a f t s k o n t r o l l e in staatlicher Hand."³⁾

3.2 Der Staatshaushalt der Sowjetunion in der Gegenwart.

32.1 Seine Stellung im gegenwärtigen Planungssystem.

In der Sowjetunion legt der Volkswirtschaftsplan für eine kommende Periode die Planziele fest. Ihm steht ein System von Finanzplänen⁴⁾ gegenüber, die in monetärer Form die Planaufgaben widerspiegeln und die hieraus sich ergebenden makroökonomischen Proportionen fixieren. Während diese Finanzpläne - mit Ausnahme des Staatshaushaltsplans - jeweils nur bestimmte Sektoren der Wirtschaft oder Institutionen der Zen-

1) Allachwerdjan: Die Rolle des Finanzsystems bei der Verteilung des Volkseinkommens der UdSSR; in: 'Woprossy Ekonomiki' Nr.2/1954. Deutsche Übersetzung in: 'Neue Welt', Nr.10/1954, S.1309 ff. Hier übernommen von: Förster, W. und Menz-Goller, G.: Die Rolle...; a.a.O., S.6.

2) Ebenda, S.6.

3) Förster, W.: Betriebspolitische Finanzwirtschaft; Berlin 1952, S.4.

4) Hierzu gehören: Der Staatshaushaltsplan, die Einnahmen- und Ausgabenbilanzen (der Bevölkerung, der Staatsbetriebe, der Organisationen, der Genossenschaften etc.), der Kassenplan der

tralplanung erfassen,¹⁾ geht die Bedeutung des Staatshaushaltsplans weiter: als zentraler Finanzplan für die gesamte Volkswirtschaft mit vollzugsverbindlichen Ansätzen stellt er eine Einnahmen-Ausgabenübersicht dar, die auf den Daten und Intentionen des Volkswirtschaftsplans basiert²⁾ und entsprechend diesen die Staatseinnahmen festlegt und die Staatsausgaben verteilt.

Die besondere Stellung des Staatshaushalts der UdSSR im sowjetischen Planungssystem zeigt sich in seinen Beziehungen zu den übrigen Teilfinanzplänen und dem zentralen Volkswirtschaftsplan sowie in seiner Bedeutung für das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht. Der Staatshaushalt "strahlt auf alle Einzelbilanzen aus und faßt sie zusammen."³⁾ Da die Teilfinanzpläne die gleiche Funktion auf Teilbereichen erfüllen und in ihrer Gesamtheit alle Wirtschaftseinheiten des Landes erfassen, sind die einzelnen Wirtschaftseinheiten mit dem zentralen Budget verbunden, das die Spitze des Finanzsystems bildet.⁴⁾ Gleichzeitig ist der Staatshaushalt der UdSSR ein wertvolles Instrument in der Hand des Staates zur Festlegung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts finanzieller Art: da in ihm "alle Fäden des gesamten wirtschaftlichen und kulturellen Aufbaus der Sowjetunion zusammenlaufen,"⁵⁾ bietet er

Staatsbank, die Investitions-, Kredit- und Finanzierungspläne. Quelle: Hedtkamp, G.: Das Steuersystem...; a.a.O., S. 184.

1) Ebenda, S. 186.

2) Rowinski, N.N.: Der Staatshaushalt...; 1. Band; a.a.O., S. 7.

3) Hedtkamp, G.: Das Steuersystem...; a.a.O., S. 186.

4) Ebenda, S. 186. Und: Rowinski, N.N.: Der Staatshaushalt...; 1. Band, a.a.O., S. 10.

5) Rowinski, N.N.: Der Staatshaushalt...; 1. Band, a.a.O., S. 11.

"Mit der Produktion ist er durch Gewinnabführungen und Steuern einerseits und durch die Finanzierung des größeren Teils der Gesamtinvestitionen andererseits verbunden, während der Verbrauch über die Manipulation der Preise (Umsatzsteuer) gelenkt und überschüssige Kaufkraft über die Einkommensteuer abgeschöpft werden soll. Staatsbank, Investitionsbanken, Versicherungen und Sparkassen sind durch Gewinnablieferungspflicht, Zwangsanleihen, Ablieferung der Nettoeinlagen usw. der Haushaltspolitik untergeordnet, oder, wie im Falle der Sozialversicherung, mit dem Budget ganz verschmolzen worden. Quelle: Hedtkamp, G.: Das Steuersystem...; a.a.O., S. 186/187.

die Möglichkeit, die volkswirtschaftlichen Proportionen für die betreffende Planperiode harmonisch zu gestalten. In dieser Funktion zeigen sich auch Rückwirkungen von ihm auf den Volkswirtschaftsplan, bei dessen Aufstellung die Auswirkung der vorgesehenen Maßnahmen auf das makroökonomische finanzielle Gleichgewicht, wie es sich im Budget ausdrückt, in toto zu beachten ist. Andererseits ist der Staatshaushalt, dessen Ansätze auf fortschrittlichen Normen für die einzelnen Wirtschaftseinheiten beruhen,¹⁾ ein Hilfsmittel zur Erfüllung des Volkswirtschaftsplans und zur Beschleunigung des gesamtwirtschaftlichen Wachstums.²⁾

Schließlich bietet die Detaillierung und strenge Zweckbindung seiner Mittel den Finanzorganen eine gute Möglichkeit der Kontrolle der planmäßigen Tätigkeit der einzelnen Wirtschaftseinheiten.³⁾

32.2 Der Aufbau des Staatshaushalts der UdSSR.

Der Umfang des sowjetischen Staatshaushalts und das Maß der Zentralisierung des Finanzwesens der UdSSR kommt in seinem Aufbau zum Ausdruck. Er enthält neben dem Unionshaushalt auch die Haushalte der einzelnen Unionsrepubliken, welche ihrerseits den Republikhaushalt und die zusammengefaßten Haushalte der autonomen Republiken und der örtlichen Sowjets umfassen.⁴⁾

Die Gewichtsverteilung zwischen Unionshaushalt und Republikhaushalten spiegelt in etwa die Aufgabenverteilung zwischen beiden Ebenen wider: Nach der Überzentralisierung der wirtschaftlichen und kulturellen Aktivität bei der Union in den dreißiger⁵⁾ und vierziger Jahren, die auch in dem damaligen hohen Anteil des Unionshaushalts am Staatshaushalt der UdSSR zum Ausdruck kommt,⁶⁾ beginnt mit den fünfziger Jahren eine

1) Zum Beispiel setzen die Ansätze für den Plangewinn einzelner Wirtschaftseinheiten in fast allen Fällen eine Selbstkostensenkung voraus, durch die die Betriebe zu rationellerer Arbeit angehalten werden.

2) ...Politische Ökonomie; a.a.O., S.709/710.

3) Rowinski, N.N.: Der Staatshaushalt...; 1. Band, a.a.O., S.11/12.

4) Djatschenko, W.P.: Finanzen und Kredit; a.a.O., S.465.

5) Schneider, O.: Die Etappen...; a.a.O., S.288.

6) Siehe hierzu für die Staatsausgaben: Davies, R.W.: The Development...; a.a.O., S.300/301. Der Anteil des Unionshaushalts am gesamten Staatshaushalt betrug im Jahre 1940 = 75,9%, 1946 = 79,5%. Quelle: Djatschenko, W.P.: Finanzen und Kredit; a.a.O., S.466.

Schwergewichtsverschiebung zugunsten der Republikhaushalte,¹⁾ die den erweiterten Aufgaben der Republiken und örtlichen Einheiten Rechnung trägt und besonders die Konsequenzen der Dezentralisierung der Wirtschaftsleitung von 1957 berücksichtigt.²⁾

Ein Gesetz vom Oktober 1959 regelt die Budgetrechte der Allunions- und der unionsrepublikanischen Organe in bezug auf die Einnahmen- und Ausgabenverteilung.³⁾ Ein wesentliches Kennzeichen dieses Gesetzes ist es, daß die finanzielle Dominanz der Unionsinstanzen in vollem Maße gewahrt bleibt;⁴⁾ die Zentralisierung der Finanzen bleibt die wichtigste Waffe in den Händen der Unionsorgane gegen lokalistische Tendenzen in der Sowjetwirtschaft.⁵⁾

32.3 Die Aufgaben des Staatshaushalts der UdSSR, dargestellt anhand seiner Einzelpositionen.

323.1 Die Ausgabenseite.

Die völlige Durchdringung aller wirtschaftlichen und sozialen Bereiche der sowjetischen Gesellschaft durch den Staat zeigt sich bei der Betrachtung der Positionen des sowjetischen Staatshaushalts. Sie bewirkt, daß die Ausgabeposten Allgemeine Staatsverwaltung, Justiz, Verteidigung, Schuldendienst etc. im Ausgabenteil des sowjetischen Staatshaushalts keine dominierende Rolle spielen.⁶⁾ Dessen wichtigste Positionen sind

1) Anteil der Unionsrepublikhaushalte am Staatshaushalt:

Jahr	Einnahmen	Ausgaben
1951	21,2 %	21,6 %
1955	21,5 %	22,6 %
1958	49,7 %	50,9 %
1960	50,2 %	52,0 %

Quelle: Glovinsky, E.: The new budgetary system of the USSR; in: 'Bulletin of the Institute for the Study of the USSR', Nr. 1/1960, S. 21

2) Ebenda, S. 20.

3) Hierzu Einzelheiten siehe: Ebenda, S. 24-27.

4) Dies geht unter anderem daraus hervor, daß der Oberste Sowjet der UdSSR die Macht behält, die Budgetrechte der Union wie der Republiken von sich aus festzulegen, zu erweitern oder einzuschränken, ohne die Zustimmung der unionsrepublikanischen Organe hierzu einholen zu müssen. Quelle: Ebenda, S. 23.

5) Glovinsky, E.: The new budgetary...; a.a.O., S. 29.

6) Hierzu ist allerdings zu bemerken, daß über die genaue Höhe

die Aufwendungen für die Finanzierung der Volkswirtschaft, die trotz ihres Charakters als Ergänzungs- und Erweiterungsfinanzierung den Hauptteil der Gesamtinvestitionsausgaben bilden,¹⁾ und die Ausgaben für 'Soziale und kulturelle Maßnahmen', die die Monopolstellung des Staates auf diesen Gebieten deutlich machen.²⁾ Beide Ausgabenbereiche beanspruchten in den Jahren 1957 bis 1960³⁾ rund 75 % aller auszugebenden Mittel, die Finanzierung der Volkswirtschaft allein stand mit 43,9 % (1957), 45,2 % (1958), 43,6 % (1959) und 44,0 % (1960) an der Spitze aller Ausgabeposten.⁴⁾

323.2 Die Einnahmenseite.

Auch hier stehen zwei Hauptposten im Vordergrund: die Umsatzsteuer, die die als Folge der staatlichen Preispolitik entstandene Differenz zwischen den Produktions- und den Verteilungspreisen der Konsumgüter abzuschöpfen hat,⁵⁾ und die planmäßigen Gewinnabführungen von Betrieben und wirtschaftlichen Organisationen. Beide schon besprochene Abgabearten⁶⁾ erbrachten in den Jahren 1957 bis 1960 zusammen zwischen 60 und 70 % aller Haushaltseinnahmen,⁷⁾ wobei die Erträge der Umsatzsteuer allein über 40 % ausmachten.⁸⁾

Bemerkenswert ist, daß in den Einnahmeteil des sowjetischen Staatshaushalts auch die von den Betrieben, Organisationen und Verwaltungen aufzubringenden und abzuführenden Sozialversicherungsbeiträge in voller Höhe eingehen.

der Verteidigungsausgaben keine Angaben gemacht werden, die tatsächlichen Ausgaben für diese Position die ausgewiesenen jedoch wesentlich übertreffen dürften.

1) Siehe hierzu oben S.372/373.

2) Siehe hierzu das folgende Kapitel: Die Arbeits- und Sozialverfassung.

3) 1957 = Haushaltsrechnung, 1958 = vorläufige Ergebnisse, 1959 und 1960 = Planansätze. Quelle: ...Länderberichte: Sowjetunion 1960; a.a.O., S.74.

4) Ebenda, S.74.

5) Hedtkamp, G.: Das Steuersystem...; a.a.O., S.193/194 und 198.

6) Siehe oben S.271. Und: Menz, G.: Die Entwicklung...; a.a.O., S.170-183.

7) ...Länderberichte: Sowjetunion 1960; a.a.O., S.74.

8) Ebenda, S.74.

Staatseinnahmen von geringerer Bedeutung sind die von der Bevölkerung direkt aufzubringenden Steuern und Abgaben,¹⁾ mit deren Ausgestaltung ordnungspolitische - wenn man will klassenkämpferische - Ziele verfolgt werden sollen: man setzt sie in erster Linie zur Beschneidung privatwirtschaftlichen Erwerbsstrebens ein.²⁾ Diese Zielsetzung zeigt sich bei der Einkommensteuer der Bevölkerung, durch die die Arbeiter und Angestellten - und damit auch alle hochbezahlten Partei-, Staats- und Wirtschaftsfunktionäre - am geringsten belastet werden und zahlreiche Vergünstigungen erhalten.³⁾ Die gleichen Vergünstigungen erhalten die genossenschaftlich organisierten Handwerker (Kategorie 2), die jedoch einen um 10 % höheren Steuerbetrag als die Zensiten der Kategorie 1 zu entrichten haben.⁴⁾ Die Gruppe der Künstler und Literaturschaffenden (Kategorie 3) unterliegt in der Sowjetunion zwar den gleichen niedrigen Durchschnittssätzen der Einkommensteuer wie die Kategorie 1, für sie entfallen jedoch die dieser Gruppe gewährten Freigrenzen und Vergünstigungen für Familienmitglieder.⁵⁾ Am schärfsten ist die Besteuerung der Personen mit Einkünften aus Privatpraxis und sonstiger selbständiger Tätigkeit (Kategorie 4) sowie der Hausbesitzer und nichtgenossenschaftlich organisierten Handwerker (Kategorie 5). Ohne Berücksichtigung der Vergünstigungen für die Kategorien 1 und 2 beträgt bei einem Einkommen von jährlich 24.000 Rubel⁶⁾ die Belastung durch die Einkommensteuer in den Kategorien 1 und 3 10,6 %, in Kategorie 2 11,7 %, in Kategorie 4 27,6 % und in Kategorie 5 35,7 %. Hinzu kommt, daß die Progression des Einkommensteuertarifs für die Kategorien 1 und 3 mit dem Grenzsteuersatz von 13 % für Einkommen über 12.000 Rubel jährlich abbricht, während sie für die Kategorien 4 und 5 bis zu Grenzsteuer-

-
- 1) Deren Erträge machen im Staatshaushalt 1960 nur 9,1% aller Einnahmen aus. Quelle: Hedtkamp, G.: Das Steuersystem...; a.a.O., S.185.
 - 2) Menz, G.: Die Entwicklung...; a.a.O., S.209.
 - 3) Hohe Freigrenze und Steuernachlaß für Familien, sehr milde Progression. Quelle: Ebenda, S.187.
 - 4) Ebenda, S.188.
 - 5) Menz, G.: Die Entwicklung...; a.a.O., S.188.
 - 6) Die Höhe der genannten Beträge bezieht sich hier und im folgenden auf den Standard vor der Währungsreform vom 1. Januar 1961.

sätzen von 69 % bzw. 81 % bei Einkommen von mehr als 70.000 Rubel im Jahr reicht.¹⁾

Die Einkommensteuer der Genossenschaften weist gleichfalls eine starke Progression auf; durch die ein zu stark privatwirtschaftlich orientiertes Erwerbsstreben der Genossenschaften verhindert werden soll. Die Landwirtschaftssteuer²⁾ soll durch ihre Ausgestaltung die Kolchosbauern davon abhalten, zuviel von ihrer Arbeitszeit auf ihrem Privatland zu verbringen und außerdem Einzelbauern veranlassen, in Kolchosen einzutreten.³⁾

4) Das Bank- und Kreditwesen in der UdSSR.

4.1 Bedeutung und Funktionen des Kredits in der sowjetischen Wirtschaft.

Wenngleich die Argumente, mit denen in sowjetischen Publikationen die Notwendigkeit der Kategorie 'Kredit' in einer sozialistischen, zentralgelenkten Volkswirtschaft zu begründen versucht wird, nicht sehr stichhaltig zu sein scheinen und die 'Beweisführung' den Eindruck erweckt, als wolle man den aus praktischen Erwägungen in der Sowjetwirtschaft notwendigen Kredit nachträglich 'systemwürdig' machen,⁴⁾ so soll damit keineswegs die Bedeutung des Kreditwesens für den Wirtschaftsprozeß der Sowjetunion herabgesetzt werden.

Nach Friebe ist der Kredit im System der Sowjetwirtschaft vor allem aus folgenden Gründen sinnvoll und der reinen Haushaltsfinanzierung vorzuziehen:⁵⁾

(1) Die alleinige Finanzierung der Betriebe aus dem Staatshaushalt würde ihnen zuviel finanziellen Spielraum und die Möglichkeit geben, sich den Planaufgaben zu entziehen. Zweck-

1) Vorstehendes nach Menz, G.: Die Entwicklung...; a.a.O., S. 188, 190 und 210.

2) Deren Steuersubjekte sind die privaten Nebenwirtschaften der Kolchosbauern, die Wirtschaften von Einzelbauern sowie von Arbeitern, Angestellten und Genossenschaftsmitglieder. Quelle: Ebenda, S. 190.

3) Ebenda, S. 210.

4) Eine ausführliche Auseinandersetzung mit der sowjetischen Lehre von der Notwendigkeit des Kredits im Sozialismus findet sich bei Friebe, S.: Der Kredit...; a.a.O., S. 32-38.

5) Ebenda, S. 38-40.

gebundene Kredite mit Rückzahlungsverpflichtung und kurzer Laufzeit schränken dagegen die finanzielle Beweglichkeit der Betriebe ein und zwingen sie - in Verbindung mit dem Prinzip der knappen Grundausstattung aus dem Haushalt - zu planmäßiger Arbeit und zur Sparsamkeit.

(2) Das Haushaltssystem ist relativ unbeweglich. Die Kreditfinanzierung kann den Betrieb bei durch ständig zu erwartenden Produktionsumstellungen bewirkten Änderungen des Finanzbedarfs schneller überschüssige Geldmittel abziehen oder zusätzliche Mittel bereitstellen.

(3) Bei Lieferbeziehungen zwischen Betrieben entsteht zwangsläufig eine zeitliche Verzögerung zwischen Kostengüterverbrauch und Bezahlung und damit eine Kreditbeziehung. Bei einer Haushaltsfinanzierung wäre eine Kontrolle dieses Kreditverhältnisses schwierig: die Betriebe könnten sich mit Hilfe des Lieferantenkredits dem staatlichen Einfluß zumindest teilweise entziehen.¹⁾ Der direkte Bankkredit an den Verkäufer beim Absenden der Ware schaltet die Staatsbank, die das totale Kreditmonopol besitzt,²⁾ als Kontrollinstanz zwischen Lieferanten und Bezieher.

(4) Die alleinige Finanzierung aus Budgetmitteln würde das volkswirtschaftliche Geldvolumen erhöhen, da die überschüssigen Mittel nicht regelmäßig zurückfließen würden. Die teilweise Finanzierung der Umlaufmittel auf dem Kreditwege schließt - bei Rückzahlbarkeit der Kredite - die Gefahr einer Aufblähung des Geldvolumens aus und sorgt außerdem für sparsamere Methoden der Betriebsführung.³⁾

(5) Die reine Haushaltsfinanzierung würde eine laufende direkte Verrechnung zwischen Haushaltsinstanzen und Betrieben erforderlich machen, durch deren Umfang die Finanzsphäre unübersichtlich werden könnte.

Aus Vorgesagtem lassen sich bereits Schlüsse auf die Bedeutung

1) ...Politische Ökonomie; a.a.O., S. 719/720.

2) Eitner, H.-J.: Sowjetische Staatsbank...; a.a.O., S. 2467.

3) Da der für den Kredit zu zahlende Zins die Selbstkosten des Betriebs erhöht und dadurch u.U. die Zuführung von Gewinnanteilen zum Betriebsfonds unmöglich gemacht wird, wenn keine anderweitigen Kosteneinsparungen erfolgen.

und die Funktionen des Kredits in der Sowjetwirtschaft ziehen. Der Kredit ist in dieser "das Mittel, mit dessen Hilfe auf ökonomisch-gesetzmäßiger Grundlage versucht wird, den Geldumlauf den Planaufgaben und dem Warenlaufsvolumen anzupassen."¹⁾ "Das Wesen des sowjetischen Kredits liegt in der zweckmäßigen Finanzierungsform, die dem Staate eine ökonomische Bewirtschaftung der staatlichen Eigentumsfonds im Bereiche der laufenden Produktion und Zirkulation ermöglicht."²⁾

4.2 Prinzipien, Arten und Technik des Kredits in der sowjetischen Wirtschaft.

Vier Prinzipien kennzeichnen nach sowjetischer Wirtschaftslehre die besondere Form des Kredits in der UdSSR: Zweckgebundenheit, Rückerstattungspflicht, Befristung und Sicherheit der aus gegebenen Darlehen.³⁾⁴⁾ Sie sollen bewirken, daß die kreditnehmenden Betriebe streng an die Planaufgaben gebunden und der Überwachung durch den Kreditapparat unterworfen bleiben, und schließlich, daß die Kreditnahme für sie ein Ansporn zur Sparsamkeit und zur Beschleunigung des Mittelumschlages wird.⁵⁾

Es sind zwei Hauptarten des Kredits zu unterscheiden: der langfristige Kredit, der Anlagezwecken dient, und der kurzfristige Kredit, der als Überbrückungskredit zu klassifizieren ist und in Zusammenhang mit der Bewegung der Umlaufmittel gewährt wird.⁶⁾ Während letzterer in der sowjetischen Wirtschaft eine große Bedeutung besitzt und in starkem Maße von den Wirtschaftseinheiten des staatlichen Sektors in Anspruch

1) Friebe, S.: Der Kredit...; a.a.O., S. 40.

2) Ebenda, S. 41.

3) Djatschenko, W.P.: Finanzen und Kredit; a.a.O., S. 466.

4) Die praktische Handhabung der Kreditpolitik läßt zumindest zwei dieser Prinzipien als zweifelhaft erscheinen: Mit dem Fristablauf wird immer dann eine Kreditverlängerung gewährt werden, wenn ohne diese die Weiterführung der Arbeit und des Betriebs gefährdet ist. Eine Sicherheit des Kredits ist wohl zumindest dann zweifelhaft, wenn er von Handelsbetrieben aufgenommen wird, die wegen der schlechten Absatzbarkeit ihrer Waren nicht liquide sind und die unverkäuflichen Waren als Sicherheit bieten. Quellen: Friebe, S.: Der Kredit...; a.a.O., S. 81. Und: Nove, Alec: Banking in the Soviet Economy; in: 'The Banker', Nr. 417/1960, S. 725.

5) ... Ikonnikow, W.W.: Geld- und Kreditwesen...; a.a.O., S. 382-392.

6) Djatschenko, W.P.: Finanzen und Kredit; a.a.O., S. 466.

genommen wird, ist der Bereich des langfristigen Kredits in der UdSSR in soweit begrenzt, als fast alle Neuinvestitionen im staatlichen Wirtschaftsbereich aus Budgetmitteln ohne Rückzahlungsverpflichtung finanziert werden.¹⁾ Er findet deshalb hauptsächlich Anwendung bei der langfristigen Finanzierung von Anlagefonds der Kollektivwirtschaften und anderer Genossenschaften; daneben können langfristige Kredite an die Bevölkerung²⁾ und die einzelnen Kolchosbauern³⁾ vergeben werden.⁴⁾

Die Technik des sowjetischen Kredits soll im folgenden am Beispiel des kurzfristigen Kredits dargestellt werden. Hauptprobleme sind hierbei die Mittelaufbringung, die Mittelverteilung nach gerechtfertigten Kreditanlässen sowie die Kreditusancen, ferner die ökonomischen Auswirkungen des Kreditgeschäfts auf Kreditnehmer und Kreditgeber.

Da in der Sowjetwirtschaft kommerzielle Kredite zwischen einzelnen Wirtschaftseinheiten, also z.B. Lieferantenkredite, unstatthaft sind, weil dadurch die "Kontrolle der Banken über die Wirtschaftstätigkeit der Betriebe geschwächt und die Möglichkeit geschaffen...(würde), ungeplant und unkontrolliert Mittel zwischen den Betrieben umzuverteilen,"⁵⁾ beschränken sich die Kreditmöglichkeiten für die Wirtschaftseinheiten auf direkte Kredite von der Staatsbank. Deren Verfügungsmöglichkeit über Kreditmittel beruht auf der besonderen Art der Organisation des Geld- und Zahlungsverkehrs in der UdSSR, durch die sämtliche Betriebe, Wirtschafts- und Gesellschaftsorganisationen, Kollektivwirtschaften und andere Genossenschaften, Sparkassen und Versicherungsanstalten sowie öffentliche Ver-

-
- 1) Ausnahmen bilden lediglich die langfristige Kreditfinanzierung der sogenannten Kleinmechanisierung ('Einführung der neuen Technik') und der Erweiterung der Massenbedarfsgüterproduktion. Quellen: Djatschenko, W.P.: Finanzen und Kredit; a.a.O., S. 466. Und: Gruner, Gerhard: Kredite zur Einführung der neuen Technik in der UdSSR; in 'Deutsche Finanzwirtschaft', Ausgabe 'Geld und Kredit', Nr. 10, 1959, S. G 302-G 305 und: derselbe: Kredite zur Förderung der Massenbedarfsgüterproduktion in der UdSSR; in: Ebenda, Nr. 12/1959, S. G 365-G 366.
 - 2) Für den Bau von Eigenheimen.
 - 3) Für die Anschaffung von Vieh.
 - 4) Djatschenko, W.P.: Finanzen und Kredit; a.a.O., S. 466.
 - 5) ... Politische Ökonomie; a.a.O., S. 720.

waltungen gehalten sind, Konten bei der Staatsbank zu unterhalten, auf denen ihre jeweiligen finanziellen Mittel bis auf geringe Reste zu deponieren sind. Die genannten Institutionen sollen nach Möglichkeit bargeldlos darüber verfügen.¹⁾ Auf diese Art bieten sich der Staatsbank nicht nur gute Gelegenheiten zur Überwachung der plangemäßen Arbeit der Wirtschaftseinheiten,²⁾ es verbleibt ihr auch ständig ein 'Bodensatz' an disponiblen Mitteln, die die Grundlage ihrer kurzfristigen Kreditgewährung bilden.

Zu den genannten Kreditmittelquellen sind noch die Reserven des Staatshaushalts³⁾ zu zählen, ferner die umfangreichen Eigenmittel der Staatsbank.⁴⁾

Die Gewährung von kurzfristigen Krediten an Wirtschaftsunternehmen kann aus verschiedenen Gründen gerechtfertigt sein. In der Produktions- und Zirkulationssphäre können kurzfristige Kredite erforderlich sein, wenn⁵⁾

(1) von den Produktionsbetrieben die Erstellung von über die Planaufgaben hinausgehenden Mengen an Fertig- und Halbfertigwaren und Materialien etc. vorgesehen ist, und hierfür zusätzliche finanzielle Mittel benötigt werden;

(2) aus saisonbedingten Gründen eine Produktion während eines Zeitraumes besonders hohe Aufwendungen erfordert und der Eingang von Mitteln in dieser Zeit erheblich hinter dem Bedarf zurückbleibt. Das Gleiche gilt für die saisonbedingte Beschaffung;

(3) ein Teil der Umlaufmittel ersetzt werden muß, die finanziellen Beträge hierzu jedoch wegen des Auseinanderfallens von Verbrauchs- und Zahlungstermin nicht rechtzeitig zur Verfügung stehen;

1) Vorstehendes nach: Nove, A.: Banking...; a.a.O., S. 720.

2) Zur Frage des bargeldlosen Zahlungsverkehrs als Kontrollinstrument siehe: Schabanowa, N.: Besonderheiten und Vorzüge des sowjetischen Systems bargeldloser Verrechnung; in: Institut für Finanzwesen an der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Humboldt-Universität Berlin (Herausgeber): Finanzen und Kredit; Band 2, Berlin 1952, S. 464.

3) Hierunter besonders der planmäßige Budgetüberschuß, der zum größten Teil der Staatsbank überwiesen wird. Quelle: Nove, A.: Banking...; a.a.O., S. 721.

4) Hierzu Näheres bei: Batyrjow, W.M. und Ussoskin, M.M.: Der kurzfristige Kredit und die Organisation der Geldzirkulation in der UdSSR; Berlin 1954, S. 82-87. Und: Eitner, H.-J.: Sowjetische Staatsbank...; a.a.O., S. 2467.

5) Gussakow, A.D. u. Dymisch, I.A.: Geldumlauf...; a.a.O., S. 287-300.

4) sich der Umlauf der finanziellen Mittel im Betrieb wegen Störungen in anderen Wirtschaftseinheiten verlangsamt.

Ein besonderer, gerechtfertigter Anlaß zur Kreditgewährung liegt dann vor, wenn Handels- und Produktionsbetriebe Umlaufsmittelzuweisungen erhalten, die in ihrer Höhe nicht dem planmäßigen Umlaufsmittelbedarf entsprechen. Der Sinn dieser zu knappen Mitteldotierung liegt darin, daß die betreffenden Betriebe, wenn sie ihre Planaufgaben erfüllen wollen, gezwungen sind, Kredite von der Staatsbank anzufordern. "Hier setzt dann die entscheidende Hebelwirkung der Staatsbank ein: Jeder Betrieb und jede Wirtschaftsorganisation ist also gezwungen, sich durch Hereinnahme von Kredit der Kontrolle der Staatsbank zu fügen. Daraus entsteht dann das in sich aufs feinste verzahnte System, um das Geld als Werkzeug der Planung zu benutzen."¹⁾

Während Betriebe, die für gute und pünktliche Planerfüllung und Einhaltung der Kreditbedingungen bekannt sind, seit 1954 großzügiger Kredite erhalten dürfen, werden solche, die die planmäßigen Kreditgrenzen nicht einhalten oder kurzfristige Kredite nicht rechtzeitig zurückzahlen, schärferen Bedingungen unterworfen: sie haben zunächst höhere Zinsen für die Kredite zu zahlen, können von der Teilnahme am Clearingverkehr ausgeschlossen werden und weitere Kredite können von der Garantie übergeordneter Leitungsinstanzen abhängig gemacht werden. Im schlimmsten Fall kann über den Betrieb eine völlige Kreditsperre verhängt werden, wenn die übergeordneten Behörden dem zustimmen.²⁾

Problematisch an den Sanktionen bleibt jedoch die Tatsache, daß ein finanziell schlecht arbeitender Betrieb, der auch noch von den Kreditmöglichkeiten ausgeschlossen wird, große Schwierigkeiten bei der Planerfüllung haben wird. Da dies Rückwirkungen auf andere Wirtschaftseinheiten und das gesamte volkswirtschaftliche Verteilungssystem mit sich bringt,

-
- 1) Eitner, H.-J.: Sowjetische Staatsbank...; a.a.O., S. 2468. Und: Djatschenko, W.P.: Finanzen und Kredit; a.a.O., S. 466. Und: Friebel, S.: Der Kredit...; a.a.O., S. 72.
 - 2) Vorstehendes nach: Nove, A.: Banking...; a.a.O., S. 722/723. Und: Eitner, H.-J.: Sowjetische Staatsbank...; a.a.O., S. 2467.

wird in der Wirtschaftspraxis der Sowjetunion bei Kreditverlängerungen etc. durch die Staatsbank eher großzügig als kleinlich verfahren und man zieht meist die Ersetzung des Führungsstabes eines Betriebes seiner 'finanziellen Aushungerung' vor.

Der Zins ist in der Sowjetwirtschaft gleichfalls als Lenkungsinstrument eingesetzt. Der für die Einräumung eines Kredits zu zahlende Zins¹⁾ geht als Kostenfaktor²⁾ in die Selbstkostenrechnung des kreditnehmenden Betriebes ein und wirkt ceteris paribus gewinnschmälernd. Er soll die Betriebe zu verstärkter Sparsamkeit veranlassen und zur Beschleunigung des Mittelumschlags anregen, wodurch eventuell ein Verzicht auf Kreditnahme und dadurch eine günstigere Kostenlage des Betriebs erreicht werden kann. Ferner soll der Zins bewirken, daß aufgenommene Kredite möglichst rationell verwendet werden.³⁾

Für die Banken, die auf der Grundlage der Wirtschaftlichen Rechnungsführung arbeiten, ist der Zins in soweit von Bedeutung, als ihr Reineinkommen aus dem Differenzbetrag zwischen den erhaltenen Zinsen einerseits und den bezahlten Zinsen und den Ausgaben für den Unterhalt des Bankapparates andererseits besteht.⁴⁾

Da die Vergrößerung des Reineinkommens materielle Vorteile für die Banken und ihre Beschäftigten bringt, haben sie ein berechtigtes Interesse an einer Senkung der Verwaltungskosten, an einer Verringerung ihrer Zinsen kostenden Transaktionen sowie an einer Ausdehnung des aktiven Kreditgeschäfts.

4.3 .Der Kreditapparat: Die Banken der UdSSR.

Das Bankensystem der UdSSR ist vollständig in staatlicher Hand, nachdem die Regierung Lenin die Privatbanken sofort nach der Oktoberrevolution von 1917 verstaatlicht und die Staatsbank des Kaiserreichs übernommen hatte.⁵⁾ Nach einer Vielzahl von

1) Dieser betrug 1960 für Kredite auf Verrechnungskonten 2%.
Quelle: Rybczynski, T.M.: Die Banken in der UdSSR; in: Auburn, H.W. (Herausgeber): Das internationale Bankwesen; Frankfurt a.M. 1960, S. 149.

2) ... Ikonnikow, W.W.: Geld- und Kreditwesen...; a.a.O., S. 92.

3) Ebenda, S. 92.

4) ... Politische Ökonomie; a.a.O., S. 724.

5) Davies, R.W.: The Development...; a.a.O., S. 15.

Gestaltungen hat der Bankenapparat in der Gegenwart (1960) folgende Gestalt:

Das zentrale Kreditinstitut der Sowjetunion ist die Staatsbank der UdSSR (Gosbank), die mit 50 regionalen Hauptfilialen und rund 5.000 Zweigstellen das ganze Land überzieht.¹⁾

Sie ist ihren Funktionen nach:

- (1) Organ der kurzfristigen Kreditierung,
- (2) Kassen- und Verrechnungszentrum der Volkswirtschaft,
- (3) Emissionszentrum des Landes,
- (4) Organ der Verrechnung mit dem Ausland.²⁾

Ihre wichtigsten Inlandsaufgaben sind nach offizieller sowjetischer Darstellung:³⁾

- (1) Die Gewährung kurzfristiger Kredite an alle Wirtschaftszweige,
- (2) die Mobilisierung der freien Geldmittel der Betriebe, Organisationen etc.,
- (3) die Abwicklung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs innerhalb der Volkswirtschaft,
- (4) die Wahrnehmung der Kassengeschäfte des Staatshaushalts der UdSSR,
- (5) die Lenkung des Geldumlaufs und der Vollzug der Emissionsgeschäfte,
- (6) die Kontrolle der richtigen Verwendung der Umlaufmittel und Lohnfonds⁴⁾ seitens der Betriebe und Wirtschaftsorganisationen, der laufenden Erfüllung der Produktions-, Zirkulations-, Finanz- und Akkumulationspläne sowie der Festigung der Wirtschaftlichen Rechnungsführung und der Zahlungsdisziplin.

Der Umfang dieser Tätigkeit der Staatsbank macht sie zu dem

1) Djatschenko, W.P.: Finanzen und Kredit; a.a.O., S.467.

2) Ebenda, S.467.

3) Ebenda, S.467.

4) Der Kontrolle über die Verausgabung der Lohnfonds soll von der Staatsbank besonderes Gewicht beigelegt werden, da die Lohnsumme in starkem Maße die Kaufkraft der Bevölkerung beeinflusst, die im Volkswirtschaftsplan als Schätzung eingestellt ist. Veränderungen der Lohnfonds, soweit sie unkontrolliert sind, können das gesamtwirtschaftliche Plangleichgewicht in der Realität verhindern. Quelle: Winkel, Gothelm: Wie arbeitet die Staatsbank der UdSSR? in: 'Zeitschrift für das Kreditwesen', Nr.20/1960, S.931.

Organ der gesamtwirtschaftlichen Rechnungsführung und Kontrolle, wie es Lenin vorschwebte.¹⁾²⁾

Neben der Staatsbank steht seit dem Jahre 1959 die 'Unionsbank für die Finanzierung von Investitionen' (Aufbaubank der UdSSR). In ihrer Hand liegt die Finanzierung und langfristige Kreditgewährung für Investitionen der Industrie, des Verkehrs, des Post- und Fernmeldewesens, des Wohnungsbaus, des kommunalen Bauwesens und der Bauten für kulturelle Zwecke.³⁾

Die Finanzierung und Kreditierung durch die Aufbaubank ist gekennzeichnet durch die Tatsache, daß die Mittel hierzu teilweise aus dem Staatshaushalt stammen und - im Falle der Investitionsfinanzierung - planmäßige Zuweisungen darstellen. Weitere bedeutende Posten stammen aus den planmäßigen Abschreibungen der Betriebe, die diese - mit geringen Ausnahmen - an die Aufbaubank abzuführen haben, oder aus betrieblichen Gewinnanteilen, die der Bank bis zur Inanspruchnahme für Investitionen vom Plan zugewiesen werden.⁴⁾ Da die langfristige Kreditgewährung an die Wirtschaftsbetriebe des staatlichen Sektors aus den genannten Gründen unbedeutend bleibt, gehen die meisten Kredite der Aufbaubank in die aufgezeigten Kanäle.⁵⁾

Die Bewegungsfreiheit dieser Bank ist deshalb, verglichen mit der der Staatsbank, recht gering: ihre Geldmittel hat sie meist plangemäß zu empfangen und zu verausgaben. Desgleichen ist die ihr übertragene Überwachungsfunktion über Kosten, Löhne, Preise etc. der mit ihr in Beziehungen stehenden Wirtschaftseinheiten relativ begrenzt ausübbar.⁶⁾

1) Lenins Konzeption siehe oben S.220/221.

2) Die Staatsbank übt Kontrollen besonders bei drei Arten von Wirtschaftsvorgängen aus: bei der Kreditgewährung an sich, im Rechnungseinzugsverfahren (Netto Kasse gegen Dokumente; Belastung bei deren Vorlage, ohne einen Auftrag des Kontoinhabers abzuwarten, des laufenden Pflichtbankkontos des Empfängers der Ware) und in der Regelung des Zahlungsmittelumschlages. Quelle: Eitner, H.-J.: Sowjetische Staatsbank...; a.a.O., S.2468.

3) ...Politische Ökonomie; a.a.O., S.723.

4) Nove, A.: Banking...; a.a.O., S.723.

5) Siehe hierzu oben S.382/383.

6) Nove, A.: Banking...; a.a.O., S.723.

Schließlich sind noch die etwa 50.000 Sparkassen zu nennen, die mit der Staatsbank verbunden sind und dieser ihre Einlagemittel, die aus den verzinsten Ersparnissen der Bevölkerung stammen, zur Kreditgewährung zur Verfügung zu stellen haben. Das große Interesse des Staates an der laufenden Verwertung der in den Händen der Bevölkerung befindlichen überschüssigen Kaufkraft äußert sich in wiederholten Kampagnen zur Hebung der Sparwilligkeit der Bevölkerung, wobei durch die Höhe der Verzinsung Anreize geboten werden. Im Juli 1957 bestanden in der Sowjetunion 40 Millionen Sparkassenkonten mit einer Gesamteinlagensumme von 73 Milliarden Rubel.¹⁾²⁾

cf) Die Arbeits- und Sozialverfassung.

- 1) Der Mensch, die Grundidee des Staates und die Wirtschafts- und Gesellschaftsverfassung der UdSSR.

Die Realisierung der in der Grundidee der Führung der UdSSR über die Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft enthaltenen Entwicklungsziele sowie der Teilaufgaben der sowjetischen Wirtschaftspolitik hängt entscheidend davon ab, inwieweit es gelingt, den Menschen als die Triebkraft und den Träger alles Wirtschaftens zu einer aktiven Mitarbeit zu bewegen. Letzteres erweist sich wegen der wirtschaftsordnungspolitischen Vorstellungen der sowjetischen Führung als ein Problem besonderer Art: es ist hierzu nämlich erforderlich, das gesellschaftliche Bewußtsein der Menschen so zu wandeln, daß das Gemeininteresse beim Einzelnen an die Stelle der individuellen wirtschaftlichen Bewegungsfreiheit und des Strebens nach maximalem Eigennutzen tritt. Welche Schwierigkeiten sich in der Sowjetunion bis zur Gegenwart bei diesem Bemühen ergaben, haben die bisherigen Ausführungen von Teilordnungen der Sowjetwirtschaft gezeigt.³⁾

- 1) Verzinsung der Einlagen der Bevölkerung(1960):3% für Sichtdepositen, 5% für Terminepositen. Quelle: Rybczynski, T.M.: Die Banken...; a.a.O., S.145.
- 2) Vorstehendes nach S.145.Und:Nove, A.: Banking...; a.a.O., S.720.
- 3) Als Beispiele seien genannt: Die Manipulationen in den staatlichen Wirtschaftsunternehmen zum Ausweis eines möglichst günstigen Betriebsergebnisses, die Widerstände der Bauern gegen die Kollektivierung der Landwirtschaft, das Festhalten der Kolchosbauern an ihrem Privatland, das man-

Die hieraus entstandenen Disproportionalitäten und Wachstumsschwierigkeiten der sowjetischen Wirtschaft werden von offizieller Seite damit erklärt, daß "auch nach dem Sieg der sozialistischen Ordnung...sich im Bewußtsein und Verhalten der Menschen Überreste des Kapitalismus...erhalten...(haben), die die Vorwärtsbewegung der Gesellschaft hemmen."¹⁾

Die noch vorhandene 'Rückständigkeit des gesellschaftlichen Bewußtseins' bei vielen Bürgern der UdSSR aufzuheben, gehört zu den dringlichen Aufgaben, die die Kommunistische Partei der Sowjetunion sich gestellt hat.²⁾ Erst der volle Erfolg dieser ideologischen Arbeit wird - neben anderen Voraussetzungen - die Erreichung des kommunistischen Endzustandes ermöglichen, in welchem die Arbeit für den einzelnen Staatsbürger von einer Pflicht zu einem 'inneren Bedürfnis' geworden ist.³⁾

Aus dem Vorstehenden ergibt sich, daß die sowjetische Führung bei ihren umfassenden Maßnahmen zur Umstrukturierung der Wirtschaft der UdSSR seit dem Ende der 1920er Jahre nicht auf die freiwillige Mitarbeit breiter Bevölkerungskreise rechnen konnte. Um trotz dieses Tatbestandes den Übergang zur zentralen Wirtschaftslenkung zu erreichen und deren Lebensfähigkeit zu erhalten, mußte die Staatsführung der UdSSR eine Wirtschafts- und Gesellschaftsverfassung schaffen, durch die alle Menschen ihres Herrschaftsbereiches einer 'gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Regulierung ohne Alternativen' unterworfen wurden, gleichzeitig aber durch materielle Anreize die Möglichkeit erhielten, innerhalb der abgesteckten Grenzen ihre Leistungsfähigkeit in systemkonformer Aktivität voll zur Geltung zu bringen. Das wesentlichste Merkmal dieses Regulierungssystems ist das Primat des obersten Parteiwillens über alle sonstigen Willensträger in Wirtschaft und Gesellschaft. Die Einheitspartei, streng hierarchisch organisiert, duldet keine politischen Machtfaktoren neben sich: sie durchdringt die übrigen gesellschaftlichen Organisationen und verhindert eine eigenständige Willensäußerung der in ihnen Vertretenen;⁴⁾ sie be-

gelnde Interesse der Sowchosarbeiter und Kolchosbauern an der Arbeitsleistung im Gemeinschaftsbetrieb.

1) O.V.: Programm der Kommunistischen Partei...; a.a.O., S. 110.

2) Ebenda, S. 110.-119.

3) ...Politische Ökonomie; a.a.O., S. 781.

4) Siehe hierzu oben S. 232/233.

herrscht den Staatsapparat, der lediglich ausführendes Organ des Willens ihrer Führung ist.¹⁾

Eine von der jeweiligen Generallinie der Parteiführung abweichende wirtschaftliche Aktivität der Organisationsformen in den einzelnen Wirtschaftszweigen ist nicht nur deshalb ausgeschlossen, weil die Mehrzahl von ihnen in Staatseigentum steht und bindende Tätigkeitsanweisungen von zentralen Planstellen erhält, die wiederum nur die Handlungsrichtlinien der Staats-(=Partei)föhrung ausföhren. Ein System von Kennziffern über die wirtschaftliche Tätigkeit der einzelnen Einheiten ermöglicht daneben deren weitgehende Kontrolle durch Staats- und Parteiinstanzen, die ihrerseits Überwachungen unterworfen sind. Auch die Wirtschaftseinheiten des nichtstaatlichen Bereichs (Genossenschaften etc.) sind in ihren Handlungen nach allen Seiten durch strenge staatliche Anordnungen gebunden.

Die für die Organisationsformen in Wirtschaft und Gesellschaft festgestellte Abhängigkeit vom obersten Parteiwillen gilt in gleicher Weise für die Staatsbürger der UdSSR. Diese sind durch die Wirtschaftsverfassung und die allgemeine Rechtsordnung in fast jeder Hinsicht in ihren Lebensinteressen auf den Staat angewiesen: dieser bindet sie an das Staatsgebiet der UdSSR und erschwert - meist auf indirekte Art - ihre Mobilität in demselben und zwischen einzelnen Berufen. Er ist der alleinige Träger von Wohlfahrtseinrichtungen, in den meisten Fällen der einzige Nachfrager nach Arbeitsleistungen. Hieraus ergibt sich die Sinnlosigkeit jeglichen Widerstands gegen bestimmte, vom Staat gesetzte Arbeits- und Entlohnungsbedingungen. Das Bildungsmonopol des Staates ermöglicht ihm eine einseitige ideologische Ausrichtung der Jugend und eine Auswahl der für eine gehobene Ausbildung Vorzusehenden und materiell zu Begünstigenden, deren weiterer beruflicher Aufstieg neben ihrer Leistung entscheidend von ihrer politischen 'Linientreue' bestimmt wird. Das Gleiche gilt für alle in gehobenen Positionen in Wirtschaft, gesellschaftlichen Organisationen und Verwaltung Tätigen.

1) Siehe hierzu oben S.232-234.

Der Sowjetbürger findet gegen diese allumfassende Einwirkung des Staates in seine private Sphäre, die von der Erziehung im staatlichen Kindergarten bis zur staatlichen Altersversorgung, von der Festlegung der Konsumgüterpreise bis zur Organisierung seines Urlaubs reicht, im Falle seiner Unzufriedenheit mit bestehenden Institutionen oder Maßnahmen keine unabhängige Appellationsinstanz: von der sowjetischen Rechtsprechung wird die Objektivität bewußt abgelehnt, man bekennt sich offen "zur Manipulierung sowohl der Tatsachen wie der Theorie je nach der politischen Zweckmäßigkeit."¹⁾ Das sowjetische Recht gilt als "ein Reflex der Staatsmacht," als "ein Hebel zur weiteren Entwicklung,"²⁾ wie sie von der Parteiführung festgelegt wird. "Es gibt keine Normen im Sinne bindender allgemein gültiger Gegebenheiten, sondern es gibt nur Justizpolitik, d.h. unbedingte Anpassung der Rechtsanwendung an das im jeweiligen Stadium der sozialen Dynamik nach Ansicht der Partei Erforderliche und Opportune."³⁾

Will das skizzierte 'gesellschaftliche Regulierungssystem ohne Alternativen' die Aktivität der sowjetischen Zweckgebilde und Staatsbürger in gewisse Bahnen zwingen, so bietet es dem zur positiven Mitarbeit am Aufbau des Kommunismus Entschlossenen und dem die politische Generallinie einhaltenden und vertretenden Sowjetmenschen bei entsprechender Leistung sehr gute Chancen des beruflichen und gesellschaftlichen Aufstiegs, allerdings mit der Auflage der ständigen politischen Bewährung.

Auch dem sich politisch nicht exponierenden 'Normalbürger' bietet sich in der Sowjetunion - bei voller Ausschöpfung seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit - individuell durch die umfassende Anwendung des Prinzips der 'materiellen Interessiertheit' bei der Festlegung der Leistungsentgelte oder bei überdurchschnittlicher kollektiver Leistung seiner Arbeitseinheit (Betrieb, Betriebsabteilung, Gruppe) Möglichkeiten zur Steigerung seiner realen Bezüge über das Durchschnittsmaß hinaus.

1) Lange, Richard: Das Problem der Objektivität im Recht; in: Freie Universität Berlin (Herausgeber): Universitätstage 1961: Marxismus-Leninismus. Geschichte und Gestalt; Berlin 1961, S. 114.

2) Ebenda, S. 115.

3) Ebenda, S. 115.

Dem Ausmaß der Sondervergütungen für 'sozialistische Leistungen' sind jedoch durch die innere Entwicklungspolitik der Sowjetunion Grenzen gesetzt: einmal dürfen die gesamten Mehr-entlohnungen nicht die festgelegten Proportionen zwischen Konsum- und Investitionsgüterproduktion verschieben, zum anderen besteht in der sowjetischen Wirtschaftsführung die Neigung, bei anhaltendem Überbieten der Normleistungssätze durch die Produzenten die Anforderungen zu erhöhen, um auf diese Weise von allen Beschäftigten höhere Leistungen verlangen zu können.

Nach dieser Darstellung der Grundzüge des 'gesellschaftlichen Regulierungssystems ohne Alternativen' soll im folgenden dieses System anhand von drei Einzelaspekten behandelt werden: der Arbeitspolitik, der Erziehungs- und Bildungspolitik und der Sozialpolitik des Sowjetstaates.

2) Einzelaspekte der gesellschaftlichen Regulierung in der UdSSR.

2.1 Die Arbeitspolitik.

Die Arbeitspolitik der Sowjetführung von 1917 bis zur Gegenwart spiegelt exakt die allgemeine wirtschaftliche und politische Situation in den einzelnen Etappen der wirtschaftlichen Entwicklung der Sowjetunion wider.

Die Jahre von der Oktoberrevolution bis zum Übergang zur zentralen Wirtschaftslenkung sind in bezug auf die Arbeitspolitik als eine Periode der Experimente zu werten: nach Ansätzen einer kommunistischen Arbeitsverfassung (allgemeine Arbeitspflicht ab 10.7.1918,¹⁾ Arbeiterkontrolle in den Betrieben und kollektive Betriebsführung, teilweise Naturalentlohnung, Verteilung nach dem Klassenkampf - oder Gleichheitsprinzip²⁾), entstanden vereinzelt demokratische Formen in Arbeitsrecht (Freiheit der Arbeitsaufnahme in der Privatwirtschaft, Regelung der Arbeitsbedingungen durch Kollektivverträge,³⁾ Bildung von Schlichtungsstellen bei Arbeitsstreitigkeiten, Arbeitslosenversicherung etc.).

1) Niedermeier, Hans: Elemente des Arbeitsrechts in der UdSSR; in: 'Recht der Arbeit', Nr. 5/1955, S. 117.

2) Siehe hierzu oben S. 263, 364/365.

3) Björk, Lief: Wages, Prices and Social Legislation in the Soviet Union; London 1953, S. 12 und 23.

Die Tendenz der staatlichen Arbeitspolitik zu einer straffen Regulierung, wenn nicht Ausschaltung, des Arbeitsmarktes konnte in dieser Periode nicht durchgesetzt werden: die Wirren des Bürgerkrieges, die notwendigen Konzessionen an die privatwirtschaftlichen Elemente während der NEP-Periode sowie die starke Arbeitslosigkeit zwangen den Staat, sich auf partielle Eingriffe in den Arbeitsmarkt zu beschränken (Durchsetzung einer 'Gleichschaltung' der Gewerkschaften,¹⁾ Arbeitspflicht, Benutzungszwang der Arbeitsnachweise²⁾ etc.).

Der Übergang zur zentralen Planwirtschaft mußte, wenn er erfolgreich verlaufen sollte, von einer Neuorientierung der staatlichen Arbeitspolitik begleitet sein. Die rasche Industrialisierung verlangte eine starke Zunahme der Beschäftigtenzahlen in der Industrie, die überplanmäßig erfolgte.³⁾ Es galt nun, diese neuen, in der Industriearbeit meist unerfahrenen Arbeitskräfte zu strenger Arbeitsdisziplin zu zwingen, um das Funktionieren der Planwirtschaft nicht zu gefährden, und ihnen gleichzeitig Leistungsanreize zu gewähren, um die Produktivität der Arbeit zu erhöhen.

Zur Festigung der Arbeitsdisziplin griff die sowjetische Führung zu Maßnahmen von teilweise drakonischer Strenge: Neben dem 'Recht auf Arbeit' (Art.118 der Verfassung) wurde der aus der Arbeitsgesetzgebung der 1920er Jahre übernommene Grundsatz 'Wer nicht arbeitet, der soll auch nicht essen' (Art.12 der Verfassung) in voller Härte angewendet.

Die Verschärfung des Zwanges zur Arbeitsdisziplin zeigte sich einmal in dem Übergang von der kollektiven Betriebsführung zur 'Ein-Mann-Führung-und-Verantwortlichkeit' mit starker Position des Betriebsdirektors,⁴⁾ zum anderen in der Arbeitsgesetzgebung:

-
- 1) Shub, Anatole: Von Petersburg bis Budapest; o.O. 1957, S. 15-20.
 - 2) "D.h. die Verpflichtung für die Arbeitgeber, Arbeitskräfte nur durch Vermittlung von Arbeitsnachweisen einzustellen und für die Arbeitnehmer, Arbeit nur durch Arbeitsnachweise anzunehmen..." Quelle: Schwarz, Salomon M.: Arbeiterklasse und Arbeitspolitik in der Sowjet-Union; Hamburg 1953, S. 49.
 - 3) Die Zahl der Industriebeschäftigten sollte plangemäß von 3,1 Mio. (1928) auf 4,1 Mio. (1932/33) ansteigen. Sie erreichte jedoch 1932 bereits 6,3 Mio. Quelle: Ebenda, S. 20.
 - 4) Siehe hierzu oben S. 227 und 263 ff.

Die Verordnungen vom 30.12.1931 und vom 15.11.1932 sahen bei einmaligem Fehlen des Arbeitnehmers seine fristlose Entlassung vor, ferner die Entlassung bei 'Arbeitsbummelei' sowie den mit der Entlassung verbundenen Entzug der Lebensmittelkarten, der Dienstwohnung etc.¹⁾ Für widerrechtliche Aneignung von Staatseigentum sahen die Verordnungen Strafen von zehn bis fünfundzwanzig Jahren Zwangsarbeitslager, bei fahrlässiger Beschädigung von Staatseigentum (Werkzeuge etc.) Lohnabzüge bis zum zehnfachen Betrag des Sachwertes vor.²⁾ Die Bekämpfung der unerwünschten starken Fluktuationen der Belegschaft³⁾ erfolgte durch eine Reihe von indirekt wirkenden Druckmitteln.⁴⁾

Da die genannten Verordnungen allem Anschein nach nicht die erwünschte Arbeitsdisziplin bewirkten, griff die Sowjetführung in den Jahren 1938 und 1940 zu noch drastischeren Mitteln.

Durch die Verordnung vom 20.12.1938 wurde die Bewegungsfreiheit der Arbeiter durch die Einführung von Arbeitsbüchern erheblich eingeschränkt.⁵⁾ Die Verordnung vom 20.12.1938 gab dem Betriebsleiter das Recht, den Arbeiter für jeden Augenblick des Zuspätkommens zur Arbeit ohne 'anerkannten Grund', für jedes zu zeitige Verlassen des Arbeitsplatzes, jede Art von 'Bummelei' bei der Arbeit zu bestrafen. Als Strafen waren vorgesehen: Warnung; Verweis; strenger Verweis mit Androhung weiterer Schritte, besonders Entlassung; Versetzung an einen anderen Arbeitsplatz mit schlechter bezahlter Tätigkeit bis zu drei Monaten. Durch eine 'klarende Entscheidung' vom 8.1.1939 wurde festgelegt, daß ein Zuspätkommen von mehr als 20 Minuten unbegründetes Fernbleiben bedeutet.⁶⁾

Die Verordnung des Obersten Sowjets vom 26.6.1940 beinhaltete den Übergang zum achtstündigen Arbeitstag, zur Siebentage-Arbeitswoche und das Verbot des eigenmächtigen Arbeitsplatz-

1) Niedermeier, H.: Elemente...; a.a.O., S. 178.

2) Ebenda, S. 178.

3) Hierzu: Schwarz, S. M.: Arbeiterklasse...; a.a.O., S. 98-102.

4) Ebenda, S. 102-112.

5) Niedermeier, H.: Elemente...; a.a.O., S. 179.

6) Vorstehendes siehe: Ebenda, S. 179.

wechsels bei Arbeitern und Angestellten in Betrieben und Behörden.¹⁾

Der Arbeitnehmer konnte jetzt sein Arbeitsverhältnis nicht mehr von sich aus lösen. "Unerlaubte Beendigung des Arbeitsverhältnisses und 'Fernbleiben' (Zuspätkommen zur Arbeit von mehr als 20 Minuten ohne anerkannten Grund) waren seither nach dem Strafgesetzbuch Vergehen, die mit Gefängnis oder mit Strafarbeit geahndet werden konnten. Strafarbeit am Beschäftigungsort...ist eine charakteristische Maßnahme des sowjetischen Arbeitsrechts. Verletzungen der Disziplin werden dabei ähnlich streng bestraft wie in Gefängnissen."²⁾ Eine Verurteilung zur Strafarbeit hatte - neben strenger Aufsicht und geringem Lohn - die Folge eines zeitweisen Wegfalls der Ausgleichszahlungen im Krankheitsfall.³⁾

Zu Beginn der 1930er Jahre waren überdies die Schlichtungs- und Vermittlungsausschüsse für den Fall von Arbeitsstreitigkeiten⁴⁾ sowie die Arbeitslosenversicherung⁵⁾ abgeschafft worden, desgleichen die Kollektivverträge.⁶⁾

Neben dem Druck auf die Arbeitnehmer zur Festigung der Arbeitsdisziplin wurden ihnen materielle Anreize zur vollen Ausschöpfung ihrer Arbeitskraftreserven geboten. Hier ist die konsequente Anwendung des Leistungslohnes zu nennen,⁷⁾ die ihren übersteigerten Ausdruck in der 'Stachanow-Bewegung' fand, durch die ausgewählte Arbeiter mit offizieller Hilfe zu Spitzenleistungen veranlaßt wurden, mit dem Erfolg einer wesentlichen materiellen Besserstellung für sie und der Anhebung der Leistungsgrundnormen für alle übrigen Arbeiter unter Hinweis auf die durch die Stachanow-Arbeiter aufgezeigten Leistungsreserven.⁸⁾

1) Niedermeier, H.: Elemente...; a.a.O., S.179.

2) Ebenda, S.179.

3) Ebenda, S.179.

4) Ebenda, S.181.

5) Graf, Ernst-Richard: Sozialversicherung und Sozialfürsorge in der Sowjetunion (I); in: 'Deutsche Versicherungszeit', Nr.11/1956, S.255.

6) Niedermeier, H.: Elemente...; a.a.O., S.181

7) Björk, L.: Wages...; a.a.O., S.54-60 und: Raupach, Hans: Sowjetunion: Wirtschaft: Arbeit und Entlohnung; in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Band 9; a.a.O., S.352/353.

8) Raupach, H.: ...Arbeit und Entlohnung; a.a.O., S.352.

Das im Vorstehenden geschilderte System von 'Zuckerbrot und Peitsche' in der sowjetischen Arbeitspolitik der 1930er Jahre erfuhr eine wesentliche, jedoch erst allmähliche Veränderung in der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg. Folgende Gründe dürften maßgebend für diesen Wandel gewesen sein:

(1) Soziale und kulturelle Veränderungen in der Struktur der Arbeitnehmerschaft: Der Sowjetstaat stand nach dem zweiten Weltkrieg nicht mehr vor dem Problem, unerfahrene Hilfsarbeiter zu industrieller Arbeitsdisziplin zwingen zu müssen. Es war in der Zwischenzeit eine selbstbewusste Arbeitergeneration herangewachsen, die weitgehend urbanisiert war und deren Ausbildungsniveau sich seit dem Beginn der 1930er Jahre wesentlich erhöht hatte.¹⁾

(2) Der durch Kriegsverluste und nachlassendes Bevölkerungswachstum eingetretene Arbeitskräftemangel zwang die Sowjetführung, von dem vorhandenen Potential eine erhöhte Arbeitsproduktivität zu verlangen. In Anbetracht der komplizierter gewordenen Ausrüstung der sowjetischen Industrie als Folge des technischen Fortschritts und der dadurch zwangsläufig eintretenden stärkeren Spezialisierung der Arbeit sind die Anforderungen an den Leistungswillen, die Eigeninitiative und die technische Findigkeit der Arbeitnehmer wesentlich gestiegen. Dergleichen Leistungsanforderungen lassen sich jedoch kaum an einen in vieler Hinsicht in seiner Bewegungsfreiheit geengten Arbeiter stellen: materielle Anreize zur Leistungssteigerung und ein durch größere persönliche Freiheit und erhöhte soziale Sicherheit bewirktes Eigeninteresse der Arbeiter an schöpferischem Mitdenken in der Produktion erscheinen erforderlich, um die Arbeitsproduktivität wesentlich zu heben.²⁾

Einen ersten, allerdings mehr demonstrativen Ansatz zur Auflockerung der drakonischen Arbeitsverfassung der Vorkriegs- und Kriegszeit brachte 1947 die Wiedereinführung der Kollekt-

1) Gliksman, Jerzy. A.: Recent Trends in Soviet Labor Policy; in: 'Monthly Labor Review', Nr. 7/1956, S. 771.

2) Ebenda, S. 771. Und: Boettcher, E.: ...Wirtschaftspolitik...; a.a.O., S. 57-60 und 68-70. Und: Nove, A.: Toward a "Communist Welfare State"? - Social Welfare in the USSR; in: 'Problems of Communism', Nr. 1/1960; übersetzt und abgedruckt in: 'Ostprobleme', Nr. 6/1960, S. 180.

tivverträge. Neben ihrer produktionspolitischen Aufgabe "als wichtigstes Mittel zur Erfüllung und Übererfüllung der Produktionspläne..., zur Steigerung der Produktivität, zur besseren organisatorischen Erfassung der Arbeitnehmer" wird ihnen ein sozialpolitisches Ziel gesetzt: sie sollen "zur Hebung des Verantwortungsgefühls der Betriebsleitungen und Gewerkschaften für die Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen und (die) Befriedigung der kulturellen Bedürfnisse der Arbeitnehmer"¹⁾ beitragen.

Es handelt sich bei der Wiederzulassung der Kollektivverträge jedoch weder um die Genehmigung freier Kollektivverhandlungen, noch durften Abmachungen über Lohntarife getroffen werden. Das betreffende Ministerium setzte vielmehr nach Rücksprache mit dem Zentralsekretariat der Gewerkschaft einen Vertragsentwurf auf, der den in Frage kommenden Unternehmen zugestellt wurde und an dem in praxi nichts mehr geändert werden konnte.²⁾ Interessant erscheint der Hinweis auf die Verantwortung der Gewerkschaften für das soziale Wohl der Arbeitnehmer. Dieser Gesichtspunkt trat 1958 bei der 'Aufwertung' der sowjetischen Gewerkschaften noch wesentlich stärker in den Vordergrund.³⁾

Besonders seit dem Jahre 1956 wurde die Arbeitsverfassung der Sowjetunion in Richtung auf eine größere Bewegungsfreiheit der Arbeitnehmer, auf die Erhöhung der materiellen Anreize und bessere soziale Lebensbedingungen modifiziert. Diese Entwicklung hält noch an, wie die Diskussion um 'neue Grundlagen der Arbeitsgesetzgebung' seit 1960 zeigt.⁴⁾

Folgende Schwerpunkte der neuen Entwicklung der Arbeitsverfassung erscheinen erwähnenswert:

- (1) Die Lohnreform des Jahres 1956 brachte die Kürzung der hohen Löhne einiger privilegierter Arbeiter und die Anhebung des Lohnniveaus der nichtprivilegierten Arbeitnehmer.
- (2) Der Abschluß von Kollektivverträgen zwischen Gewerkschaften und Betriebsleitungen soll in Zukunft zwingend vorgeschrieben sein. Neben produktionspolitischen Zielen sollen sie in

1) Niedermeier, H.: Elemente...; a.a.O., S. 180.

2) Ebenda, S. 180.

3) Fischer, R.: Die Umformung...; a.a.O., S. 78-82.

4) Niedermeier, Hans: Die neuen "Grundlagen für die Arbeitsgesetzgebung" in der Sowjetunion; in: 'Recht der Arbeit', Nr. 6/1961, S. 237 ff.

verstärktem Maße die soziale und kulturelle Betreuung der Arbeitnehmer verbessern helfen.¹⁾

(3) Der Arbeitnehmer erhält ein Kündigungsrecht bei Einhaltung einer Frist von 12 Arbeitstagen.

(4) Die Zwangsversetzung von Arbeitskräften, 1956 formell beseitigt, soll generell aufgehoben werden. Versetzungen auf einen anderen Arbeitsplatz ohne Zustimmung des Arbeitnehmers sollen nur noch erlaubt sein, wenn es aus 'Gründen der Produktion notwendig' ist. In diesem Falle muß jedoch eine Lohnausgleichszahlung erfolgen.²⁾

(5) Seit 1956 darf der Arbeitstag vor gesetzlichen Feiertagen nur noch 6 Stunden (in Zukunft: 5 Stunden) betragen. Dieser Sechsstudentag gilt generell für Jugendliche. In Zukunft soll die Arbeitswoche nicht mehr als 40 Stunden, der Arbeitstag für Arbeiter und Angestellte nicht mehr als 7 Stunden betragen.³⁾

(6) Der bezahlte Jahresurlaub beträgt für Arbeiter und Angestellte 12 Arbeitstage, für Jugendliche unter 18 Jahren einen Monat.⁴⁾

(7) Die Bemühungen um die Verbesserung des (bisher mangelhaften) Arbeitsschutzes sollen verstärkt, die Arbeitsbedingungen für Frauen und Jugendliche erleichtert werden.⁵⁾

(8) Seit 1956 entfällt die strafrechtliche Verfolgung von Verstößen gegen die Arbeitsdisziplin. Diese sollen durch einfache Disziplinarmaßnahmen der Betriebsleitung geahndet werden.⁶⁾ Einen Schritt auf dem Wege zur kommunistischen Gesellschaftsordnung bildet in diesem Zusammenhang die Einführung von 'Kameradschaftsgerichten' in der UdSSR: die Betriebsleitung erhält bei Verletzungen der Arbeitsdisziplin die Möglichkeit, von der Verhängung von Strafen abzusehen und die Regelung des Falles 'gesellschaftlichen Organisationen' zu übertragen, die über die Einhaltung der 'Regeln des sozialistischen Gemeinschaftslebens' zu wachen haben.⁷⁾ Für Wirtschaftsbetriebe be-

1) Niedermeier, H.: ...Grundlagen...; a.a.O., S. 237 und 239.

2) Ebenda, S. 238.

3) Ebenda, S. 238.

4) Ebenda, S. 239.

5) Ebenda, S. 240.

6) Ebenda, S. 239.

7) Niedermeier, Hans: Die Kameradschaftsgerichte in der UdSSR; in: 'Recht der Arbeit', Nr. 7/1961, S. 275.

deutet das, daß von den Betriebsangehörigen ein Ausschuß gewählt wird, "der mit einzelnen quasi-richterlichen Funktionen ausgestattet ist."¹⁾ Diese Kameradschaftsgerichte fällen keine Urteile, sondern 'entscheiden', sie verhängen keine Strafen, sondern 'treffen Maßnahmen'. Ihre Entscheidungen sind endgültig;²⁾ sie können von der Aufforderung zur Entschuldigung des Sünders beim Geschädigten bis zu seiner Entlassung oder zum Ausschluß aus der Gewerkschaft reichen.³⁾

(9) Für die Entscheidung bei Arbeitsstreitigkeiten soll vor einer Klage beim Volksgericht eine friedliche Einigung innerhalb des Betriebes vor einer gewählten innerbetrieblichen Schlichtungskommission versucht werden.⁴⁾

(10) Arbeitnehmern, die mit Erfolg an einer weiterbildenden Ausbildungsstätte studieren, soll in Zukunft ein verkürzter Arbeitstag oder eine verkürzte Arbeitswoche gewährt werden.⁵⁾

(11) Erfolge in der Arbeit sollen durch mündliche Anerkennung der Leistung, Geschenke, Urkunden und Auszeichnungen belohnt werden.⁶⁾

(12) In den letzten Jahren wurde die Altersversorgung verbessert, die Leistungen für die Invaliden erhöht, der Wohnungsbau stärker gefördert und mehr Dienstleistungsbetriebe geschaffen.⁷⁾

Die vorstehende Auswahl der geplanten und bereits durchgeführten arbeits- und sozialpolitischen Verbesserungen in der Sowjetunion zeigt deutlich, auf welche Art und mit welchen Mitteln die Sowjetführung eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität in der Wirtschaft zu erreichen sucht. Wenngleich diese Neuorientierung der sowjetischen Arbeitspolitik dem Arbeiter - im Vergleich zu den Verhältnissen in westlichen Ländern - noch relativ wenig Freiheit läßt,⁸⁾ so werden doch für ihn die Verbesserungen gegenüber der harten Arbeitspolitik seit den 1930er Jahren deutlich: er spürt den Fortschritt und wird auf eine Fortsetzung dieser Liberalisierungspolitik hoffen.⁹⁾

1) Niedermeier, H.: Die Kameradschaftsgerichte...; a.a.O., S. 275.

2) Ebenda, S. 277.

3) Ebenda, S. 277.

4) Niedermeier, H.: Die neuen "Grundlagen...; a.a.O., S. 241.

5) Ebenda, S. 241.

6) Ebenda, S. 239.

7) Nove, A.: "...Communist Welfare State"?...; a.a.O., S. 179.

8) Gliksman, J. G.: Recent Trends...; a.a.O., S. 775.

9) Niedermeier, H.: Die neuen "Grundlagen...; a.a.O., S. 243.

2.2 Die Erziehungs- und Bildungspolitik.

Die Realisierung der Zielsetzungen der Grundidee der sowjetischen Führung über die Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft ist nur auf der Grundlage einer systematischen Erziehungs- und Bildungspolitik denkbar.

Diese Politik muß in zwei Richtungen wirksam werden: einmal muß die Bevölkerung der UdSSR systematisch ideologisch geschult werden, damit ihr Denken nicht in Widerstreit zu den Intentionen der Parteiführung gerät und der jeweiligen Generallinie folgt. Zum anderen ist eine Hebung des Ausbildungsniveaus und eine gezielte Ausbildungspolitik eine entscheidende Voraussetzung für das Funktionieren einer zentralgeleiteten Wirtschaft. Erst der volle Erfolg beider Richtungen der sowjetischen Erziehungs- und Bildungspolitik kann die Grundlage bilden für einen Übergang vom sozialistischen zum kommunistischen Entwicklungsstadium der Gesellschaft: Das gesellschaftliche Bewußtsein des sowjetischen Bürgers muß ein Niveau erreicht haben, auf dem ihm die Arbeit zum inneren Lebensbedürfnis, und die Einhaltung der Regeln des kommunistischen Gemeinschaftslebens zur Selbstverständlichkeit geworden ist. Daneben muß sein Ausbildungsgrad eine solche Höhe erreicht haben, daß die Erfüllung der komplexen Leistungsaufgaben in einer höchstentwickelten kommunistischen Wirtschaft keine Schwierigkeiten bietet.

Während sich die Darstellung der sowjetischen Erziehungspolitik auf ideologischem Gebiet auf die Feststellung beschränken soll, daß die geistig-politische Ausrichtung der Lernenden vom Kindergarten¹⁾ bis zur Universität²⁾ reicht, und der Alltag aller Sowjetbürger in vielerlei Gestalt durch ideologische Beeinflussungsversuche seitens des Staates und materielle Vorteile bei unbedingter 'Linientreue' mitgeprägt wird, wird

1) Der Kindergarten soll die Liebe zum Sowjet-Vaterland, zu seinem Volk, zu seinen Führern und zur Roten Armee entwickeln." Quelle: Borinski, Fritz: Erziehung und Bildung in der Sowjetunion; in: ... Universitätstage 1961: Marxismus-Leninismus...; a.a.O., S. 124.

2) Verbindlich für alle Studenten und materielle Grundlage ihrer Ausbildung ist die Teilnahme und der Erfolg in sozialökonomischen Kursen, die u.a. das Studium der Geschichte der KPdSU, der Politökonomie, des Historischen und Dialektischen Materialismus umfassen. Quelle: Bude, Roland u. Lemberg, Klaus T.: Hochschulen und Studenten in der UdSSR; in: 'Osteuropa', Nr. 10, 11/1958, S. 711.

die folgende Darstellung in erster Linie auf die Entwicklung der Ausbildungspolitik in der Sowjetunion eingehen. Wenn- gleich hierbei das Interesse des Staates an der Leistungsstei- gerung der zentralen Planwirtschaft im Vordergrund steht, so wird doch auf die gleichzeitige Weiterbildung des gesell- schaftlichen Bewußtseins der Bevölkerung in starkem Maße ein- gewirkt.

Die Erziehungslehre der Sowjetführung basiert auf der Marx- schen Forderung der "Vereinigung der Erziehung mit der mate- riellen Produktion"¹⁾, dem polytechnischen Erziehungsprinzip. Nach Marx ist bei einem ausreichenden sozialpolitischen Schutz der Jugendlichen eine "frühzeitige Verbindung produk- tiver Arbeit mit Unterricht eines der mächtigsten Umwandlungs- mittel der heutigen Gesellschaft..."²⁾

Nach Meinung von Engels³⁾ setzt die planmäßig von der ganzen Gesellschaft betriebene Industrie Menschen voraus, "deren Anla- gen nach allen Seiten hin entwickelt sind, die imstande sind, das ganze System der Produktion zu überschauen."

Bei der Übernahme der Staatsmacht in Rußland durch die Regie- rung Lenin hatte diese - außer allgemeinen Vorstellungen über die Notwendigkeit der Einführung einer Verbindung von Unter- richt und produktiver Arbeit - keine konkreten Pläne für die Neugestaltung des Bildungswesens.⁴⁾ Die sich allmählich ent- wickelnden Konzeptionen waren gekennzeichnet durch stark ide- alistische Reformprogramme und die Forderung nach einer Poli- tisierung der Bildung. Erstere beinhalteten den Kampf gegen das Analphabetentum, u.a. durch die Einführung des Schul- zwanges bis zum 17. Lebensjahr, die Unentgeltlichkeit des Un- terrichts,⁵⁾ die Koedukation, die soziale Betreuung der Schü- ler und Studenten.⁶⁾ Die Schule sollte eine 'Stätte des Le- bens' und nicht nur des Lernens werden, die 'Arbeitsschule'

1) Marx, K. und Engels, F.: Manifest...; a.a.O., S. 32.

2) Marx, K.: Kritik des Gothaer Programms...; a.a.O., S. 214/215.

3) In seinem 1847 veröffentlichten Werk: Grundsätze des Kom- munismus. Wiedergabe nach dem Neudruck Offenbach 1947, S. 29.

4) Anweiler, Oskar und Meyer, Klaus: Die sowjetische Bildungs- politik seit 1917; Heidelberg 1961, S. 23.

5) Auch für das Universitätsstudium.

6) Volpicelli, Luigi: Die sowjetische Schule; Heidelberg 1958, S. 20/21.

und nicht die 'Buchscheule', die 'Schulkommune' und nicht die 'isolierte Unterrichtsanstalt' waren das Ideal der pädagogischen Reformatoren.¹⁾ Die produktive Arbeit im Unterricht und in der Praxis sollte im Zentrum des gesamten Bildungsprozesses stehen.²⁾

Ein starkes Gegengewicht gegen die zunächst verkündete 'Bildungsfreiheit für Alle' bildete die Stellungnahme der Kommunistischen Partei zum Erziehungsproblem. In ihrem Parteiprogramm von 1919³⁾ beharrte sie auf ihrem Bildungsmonopol, bekannte sich zu einer Einschränkung der Bildungsfreiheit aus politischen Gründen ("Die Schule(ist)...in ein Werkzeug der kommunistischen Umgestaltung der Gesellschaft zu verwandeln"⁴⁾), forderte eine Bekämpfung des Analphabetentums und eine weitergehende Bildungsarbeit in Verbindung mit Parteipropaganda. "Die Kommunistische Partei begnügte sich nicht bloß mit der obersten ideellen und politischen Leitung, sondern dehnte ihren Einfluß auch unmittelbar auf die unteren Verwaltungsorgane, die einzelne Schule und vor allem auf die Lehrerschaft aus."⁵⁾ Die Polytechnisierung des Unterrichts wurde von ihr aus ideologischen und praktischen Gründen gefordert.⁶⁾

Die Praxis der sowjetischen Erziehungs- und Bildungspolitik in den 1920er Jahren basierte zunächst auf zwei grundlegenden Verordnungen des Jahres 1918,⁷⁾ durch die die 'Einheits-Arbeitsschule' als Ganztagschule geschaffen wurde. Diese sollte alle Kinder vom sechsten bis siebzehnten Lebensjahr erfassen, und zwar in einem zweijährigen Kindergarten und einem daran

1) Anweiler, O. und Meyer, K.:...Bildungspolitik...; a.a.O., S. 27.

2) Ebenda, S. 27.

3) Folgendes nach dem Teilabdruck des Programms der Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki), angenommen auf dem VIII. Kongreß der KPR(B) vom 18. bis 23.3.1919 in: Anweiler, O. und Meyer, K.:...Bildungspolitik...; a.a.O., S. 91 ff.

4) Ebenda, S. 91.

5) Ebenda, S. 25.

6) Ebenda, S. 91.

7) Dekret des Allrussischen Zentralausführungsausschusses der Sowjets: 'Ordnung für die Einheits-Arbeitsschule', veröffentlicht am 16.10.1918; und: 'Die Grundprinzipien der Einheits-Arbeitsschule', veröffentlicht von der staatlichen Kommission für das Bildungswesen am 16.10.1918. Übersetzung und Abdruck der Texte siehe: Ebenda, S. 66-73 und 73-89.

anschließenden neunjährigen Schullehrgang mit polytechnischer Ausbildung,¹⁾ dem der fakultative Hochschulbesuch (mit zunächst freiem Zugang für alle Bürger ohne Rücksicht auf Geschlecht und Vorbildung²⁾) folgen sollte.

Dieses Erziehungsreformprogramm konnte jedoch nur teilweise verwirklicht werden: "Zu groß war der Abstand von Idee und Wirklichkeit, zu sehr mangelte es an den primitivsten äußeren Voraussetzungen für ein normales Schulleben, allzu schwer lastete das Erbe von Revolution, Bürgerkrieg und Hungersnot auf Kindern und Lehrern."³⁾

Während widrige Umwelteinflüsse eine gedeihliche Entfaltung der polytechnischen Einheitsschule erschwerten⁴⁾ und auch die Hochschulausbildung - zusammenwirkend mit dem politischen Druck der Einheitspartei - einengten,⁵⁾ verlor das sowjetische Schulsystem seinen Einheitscharakter, bevor es ihn vollends gewonnen hatte. Obwohl das Statut der Einheits-Arbeitsschule von 1923 noch an der Fiktion einer einheitlichen Ausbildung festhielt, begann bereits zu dieser Zeit die Errichtung von selbständigen Spezialanstalten der Erziehung: es entstanden Schulen für die Bauernjugend, siebenjährige Fabrik- und Werk-schulen für Lehrlinge in den Städten, industrielle, pädagogische, kooperative und landwirtschaftliche Berufsrichtungen in den beiden obersten Schulklassen. Diese 'Tendenz zur Professionalisierung der allgemeinbildenden Schule' fand eine Parallele in der Hierarchie der neuen Berufsausbildungsinstitute: als unterste Stufe fungierten die in den Betrieben errichteten Fabrik- und Werkschulen, auf denen Technika als mittlere und Hochschulen als höchste Stufe aufbauten.⁶⁾

Die entstandene Vielfalt unkoordinierter Art im Bildungs- und Erziehungswesen der Sowjetunion, in dem trotz aller Bemühungen von einer gründlichen polytechnischen Ausbildung der Jugend

1) Volpicelli, L.: Die sowjetische Schule; a.a.O., S. 21.

2) Nach einem Dekret vom 2.8.1918. Quelle: Anweiler, O. und Meyer, K.: ... Bildungspolitik...; a.a.O., S. 31/32.

3) Ebenda, S. 27.

4) Volpicelli, L.: Die sowjetische Schule; a.a.O., S. 34-48.

5) Ebenda, S. 49-55.

6) Vorstehendes nach: Anweiler, O. und Meyer, K.: ... Bildungspolitik...; a.a.O., S. 27/28 und 30/31.

nicht die Rede war,¹⁾erfuhr durch den Übergang der Wirtschaft zur zentralen Planung und Lenkung und die damit verbundenen Bildungserfordernisse einen repressiven Impuls: Stalin begann, die Schule in den Dienst der Planwirtschaft einzuspannen.²⁾"Man brauchte so schnell, so breit und so zuverlässig wie möglich ein solides Wissen in der wirtschaftenden Bevölkerung. Die polytechnischen Versuche und der Gesamtunterricht wurden weitgehend aufgehoben. Die Lernschule verdrängte die allgemeinbildende Arbeitsschule."³⁾

Der Wiedereinführung der Einmannleitung in Schule und Hochschule im Jahre 1930⁴⁾folgte nach einem richtungsweisenden Beschluß des Zk der KPdSU(B) vom 5.9.1931⁵⁾eine grundlegende Umorganisation des sowjetischen Erziehungswesens. Ohne die formale Ablehnung des Prinzips des polytechnischen Unterrichts wurden die Mängel von dessen bisheriger Durchführung (Fehlen der Vermittlung eines ausreichenden Allgemeinwissens, unzureichende Vorbereitung auf die Hochschule durch mangelhafte Vermittlung der 'Grundlagen der Wissenschaften',⁶⁾keine Erziehung der Kinder "zu allseitig entwickelten Erbauern des Sozialismus, die die Theorie mit der Praxis verbinden und die Technik beherrschen"⁷⁾)herausgestellt. Hauptinhalt der Stalinschen Erziehungsreform bildete die Wiedereinführung der traditionellen Unterrichtsfächer, strenge, detaillierte und einheitliche Arbeits-, Studien- und Prüfungspläne, starke Spezialisierung der Ausbildung unter Vorrang der naturwissenschaftlichen Fächer, Einführung eines weitgehenden Noten- und Prüfungswesens, eine straffe Lehr- und Arbeitsdisziplin sowie die Schaffung eines Auszeichnungssystems als Leistungsanreiz.⁸⁾

-
- 1) Anweiler, O. und Meyer, K.:...Bildungspolitik...; a.a.O., S.28.
 - 2) Anweiler, Oskar: Die Reform des sowjetischen Erziehungswesens; in: 'Osteuropa', Nr.2,3/1959, S.128/129.
 - 3) Borinski, F.: Erziehung und Bildung...; a.a.O., S.121.
 - 4) Anweiler, O. und Meyer, K.:...Bildungspolitik...; a.a.O., S.33/34.
 - 5) Titel: 'Über die Grund- und Mittelschule'. Übersetzt und abgedruckt in: Ebenda, S.178 ff.
 - 6) Physik, Chemie, Mathematik, Muttersprache, Geografie usw.
 - 7) ...'Über die Grund- und Mittelschule'; a.a.O., S.179.
 - 8) Borinski, F.: Erziehung und Bildung...; a.a.O., S.121. Und: Anweiler, O. und Meyer, K.:...Bildungspolitik...; a.a.O., S.37/38.

Durch eine Verordnung vom Mai 1934 erhielt das neue allgemeinbildende Schulwesen eine Struktur, die fast 25 Jahre lang im Prinzip erhalten blieb: Die Basis bildete eine staatliche Vorschulerziehung für Kinder von drei bis sieben Jahren. Es folgte eine vierjährige Grundschulausbildung und eine siebenjährige 'unvollständige' Mittelschulausbildung, daneben eine zehnjährige 'vollständige' Mittelschulerziehung,¹⁾²⁾ an die sich eine Hochschulausbildung anschließen konnte. Ein Kennzeichen dieser Hochschulerziehung in der UdSSR in den 1930er Jahren bildete neben ihrer sprunghaften Ausweitung (siehe unten) die Tatsache, daß sich etwa 50 % der Studierenden ihr Wissen im Abend- und Fernstudium aneigneten; schließlich ist die starke ideologische Ausrichtung der Studierenden bemerkenswert.³⁾

In der gleichen Periode wurde auch die mittlere Fachschulbildung (Technika etc.) stark gefördert.

Das Ergebnis bzw. die Voraussetzung dieser Erziehungsreform war eine starke Zunahme der Lehranstalten und Schülerzahlen:⁴⁾

Zahl der Grund-, Siebenjahres- und Zehnjahresschulen und ihrer Schüler (Schülerzahl in 1000).

	<u>1914/15</u>	<u>1927/28</u>	<u>1940/41</u>
Schulen	105.524	118.558	191.545
Schüler	7.896	11.466	34.784

Zahl der mittleren Fachschulen und ihrer Schüler (Schülerzahlen in 1000).

Schulen	450	1.037	3.773
Schüler	54,3	189,4	974,8

1) Der Begriff 'Mittelschule' deckt sich weitgehend mit dem in Deutschland üblichen Begriff der 'Oberschule'.

2) Borinski, F.: Erziehung und Bildung...; a.a.O., S. 122. Und: Anweiler, O. und Meyer, K.: ...Bildungspolitik...; a.a.O., S. 37.

3) So bezeichnet das (im Prinzip bis heute gültige) Normalstatut der sowjetischen Hochschule vom 5.9.1938 als die Aufgabe der Hochschule: "Kader heranzubilden, die fähig sind, wissenschaftliche und technische Vorrangstellungen einzunehmen, dazu ausgestattet mit den Kenntnissen des wissenschaftlichen Sozialismus, bereit, das sowjetische Vaterland zu verteidigen und der Sache des Aufbaus der kommunistischen Gesellschaft restlos ergeben." Quelle: Borinski, F.: Erziehung und Bildung...; a.a.O., S. 121/122.

4) Anweiler, O. und Meyer, K.: ...Bildungspolitik...; a.a.O., S. 36.

Zahl der Universitäten und Hochschulen und ihrer Studenten
(Studentenzahlen in 1000).

	<u>1914/15</u>	<u>1927/28</u>	<u>1940/41</u>
Lehranstalten	105	148	817
Studenten	127,4	168,5	811,7

Trotz des Erfolges der Vereinheitlichung des Erziehungswesens in der UdSSR und der offenkundigen zahlen- und bildungsmaßi- gen Fortschritte begannen noch zu Lebzeiten Stalins Diskussio- nen über die Zweckmäßigkeit des neuen Erziehungssystems, die sich in den Jahren 1939 bis 1941 mit dem Widerspruch zwischen der meist theoretisches Wissen vermittelnden Lernschule und der als Ideal weiterhin hochgehaltenen polytechnischen Erzie- hung auseinanderetzten.¹⁾

Auf dem XIX. Parteitag der KPdSU(B) im Jahre 1952 wurde - an- gesichts der erhöhten Anforderungen der fortschreitenden Wirt- schaft an die mittleren Fachkräfte - die 'technologische Durchdringung' der Unterrichtsfächer und die Einführung von Schulwerkstätten verlangt.²⁾ Nach dem XX. Parteitag 1956 wurden die Erörterungen um den Sinn der Wiedereinführung der polytech- nischen Ausbildung zahlreicher. Nachdem Versuche, die polytech- nische Ausbildung in den Rahmen des überkommenen Schulsystems einzubauen, fehlgeschlagen waren,³⁾ gab Chruschtschow 1958 in einer richtungsweisenden Rede den Anstoß zu einer erneuten Re- form des Erziehungs- und Bildungssystems in der UdSSR.⁴⁾

Seine Kritik am bisherigen Ausbildungssystem (Der Lehrplan der Zehnklassenschule sei vom Leben losgelöst; die nichtstu- dierenden Absolventen dieses Schultyps seien für eine prakti- sche Arbeit nicht gerüstet; der Unterricht müsse deshalb in Zukunft mit der praktischen Arbeit verbunden werden. Das bis- herige Erziehungssystem lasse die körperliche Arbeit bei vie- len Bürgern als etwas Minderwertiges erscheinen) führte noch

1) Anweiler, O.: Die Reform...; a.a.O., S. 129.

2) Ebenda, S. 129/130.

3) Ebenda, S. 130.

4) Rede von N.S. Chruschtschow auf dem XIII. Kongreß des Komso- mol am 18.4.1958: 'Aktive und bewußte Erbauer der kommuni- stischen Gesellschaft erziehen!' Übersetzt und abgedruckt in: Meissner, B.: Russland unter Chruschtschow; a.a.O., S. 398-407.

im gleichen Jahr zur Verkündung eines neuen Reformprogrammes, mit dessen Verwirklichung sofort begonnen wurde.

Die Hintergründe dieser Neuordnung lassen sich etwa in folgender Weise zusammenfassen:

(1) ideologische Gründe.

Der Übergang zur kommunistischen Gesellschaftsordnung erfordert eine neue Ausbildung der Menschen. Die Schule "soll in ihrer neuen Gestalt den Menschen der künftigen kommunistischen Gesellschaft erziehen, der in seinen Lebensgewohnheiten und Anschauungen dem Bild der Gesellschaft entspricht. Deshalb muß sie gleichsam im kleinen das Modell der Gesellschaft der Zukunft verkörpern."¹⁾

Durch eine Verbindung von geistiger und körperlicher Arbeit sollen die Schüler auf das anthropologische Endziel des Kommunismus, in dem alle Teilnehmer am Produktionsprozeß sowohl körperliche als auch geistige Arbeitsfunktionen in ihrer organischen Einheit verrichten, vorbereitet werden.²⁾

(2) soziale Gründe.

Hier ist die von Chruschtschow scharf kritisierte, bisher festzustellende verächtliche Einstellung zur körperlichen Arbeit und die Lebensfremdheit vieler Schüler der Zehnklassenschule und vieler Studenten zu nennen, denen durch die obligatorische körperliche Arbeit aller Jugendlichen entgegenge- wirkt werden soll.³⁾

(3) wirtschaftliche Gründe.

Die Erziehungsreform mit ihrer frühzeitig einsetzenden Berufsspezialisierung soll eine Qualitätssteigerung in den betreffenden Fachgebieten erreichen. In der neuen Schule sollen die Arbeiter für eine mittlere und untere Qualifikation geschult werden, was bisher vernachlässigt wurde, während gleichzeitig ein Überschuß an Hochschulabsolventen bestand.⁴⁾

(4) pädagogische Gründe.

Die Stalinsche Lernschule mit dem auf abfragbaren verbalen Leistungen aufgebauten Unterricht entsprach vielfach nicht

1) Anweiler, O.: Die Reform...; a.a.O., S.135.

2) Ebenda, S.135.

3) Ebenda, S.136/137.

4) Ebenda, S.138.

modernen pädagogischen Methoden.¹⁾

Die im Dezember 1958 durch Gesetz festgelegte Bildungsreform²⁾ enthält die folgenden Hauptmerkmale:

(1) Die allgemeine achtklassige Pflichtschulbildung wird eingeführt. Die Achtklassenschule ist eine vollständige allgemeinbildende polytechnische Schule, in der das Grundlagensstudium der Wissenschaften, die polytechnische Bildung, die Arbeitserziehung und die - dem Alter angepaßte - gesellschaftlich nützliche Arbeit miteinander kombiniert werden (Artikel 2).³⁾

(2) Die vollständige Oberschulbildung der Jugendlichen umfaßt die achtklassige Pflichtschule und den anschließenden Besuch einer der folgenden drei Schultypen:

(2.1) Die Schulen der Arbeiter- und Landjugend (allgemeinbildende Abend-(Schicht-)Oberschulen) von dreijähriger Dauer. Gedacht für Schüler, die nach dem Besuch der Pflichtschule im Beruf stehen. Verkürzte tägliche oder wöchentliche Arbeitszeit ist vorgesehen (Art.4a).⁴⁾

(2.2) Allgemeinbildende polytechnische Arbeitsoberschule mit Produktionsunterricht. Drei Jahre Ausbildung nach der Pflichtschule. Schüler erhalten Oberschulbildung und Berufsausbildung in einem Zweig der Volkswirtschaft oder Kultur (Art.4b).⁵⁾

(2.3) "Technika und andere mittlere Fachschulen, an denen Absolventen der Achtklassenschule eine allgemeine und spezielle Oberschulbildung erhalten"(Art.4c).⁶⁾

(3) Um den Einfluß der Gesellschaft auf Kinder und Jugendliche zu verstärken, ist ein Netz von Internats- und Tagesheimschulen zu errichten, die nach dem Muster der Achtklassenschule oder der neuen Oberschule mit Produktionsunterricht organisiert werden (Art.5).⁷⁾

1) Anweiler, O.: Die Reform...; a.a.O., S.139.

2) Gesetz vom 24.12.1958: 'Über die Festigung der Verbindung der Schule mit dem Leben und über die weitere Entwicklung des Volkssystem in der UdSSR'. Übersetzt und abgedruckt in: Meissner, B.: Russland unter Chruschtschow; a.a.O., S.542 ff.

3) Ebenda, S.543.

4) Gesetz... 'Über die Festigung...; a.a.O., S.543.

5) Ebenda, S.543.

6) Ebenda, S.544.

7) Ebenda, S.544.

(4) Die berufstechnische Weiterbildung der Absolventen der Achtklassenschule erfolgt in technischen Berufsschulen unter Verbindung von Produktions- und Bildungsarbeit (Art.13).¹⁾

(5) "Die Ausbildung von Spezialisten an den mittleren Speziallehranstalten hat auf der Grundlage der Achtklassenschule und in den einzelnen Spezialberufen auf der Basis der allgemeinen Oberschulbildung zu erfolgen." Auch hier ist eine Verbindung von theoretischer und praktischer Produktionsarbeit vorgesehen (Art.22-24).²⁾

(6) Die Hochschulausbildung erfolgt auf der Basis der vollständigen Oberschulbildung; das Studium ist mit 'gesellschaftlich nützlicher Arbeit' zu verbinden. Bei der Zulassung zur Hochschule werden diejenigen Bewerber bevorzugt, die sich in der Produktion bewährt haben (Art.28).³⁾

(7) Das Abend- und Fernstudium für mittlere Spezialausbildung (Art.25) und für die Hochschulausbildung (Art.29) ist wesentlich zu erweitern.⁴⁾

(8) "Im Zuge der 'Polytechnisierung' der Sowjetschule soll nun auch die Vorschulerziehung zur Vorbereitung auf die industrielle Praxis eingesetzt werden, wobei der Vorschulpädagogik lediglich die Aufgabe verbleibt, kindgemäße Formen einer solchen polytechnischen Erziehung zu finden."⁵⁾

Eine neue Institution des sowjetischen Bildungswesens stellen die sogenannten 'Volksuniversitäten' dar, die breite Bevölkerungsschichten erfassen und mit kulturellen Fragen vertraut machen sollen.⁶⁾

Seit 1959 sind rund 2.000 dieser neuen Bildungsstätten eröffnet worden, zu denen ab Oktober 1960 eine 'Fernseh-Volksuniversität' kam.⁷⁾

1) Gesetz... 'Über die Festigung...; a.a.O., S.545.

2) Ebenda, S.547.

3) Ebenda, S.548.

4) Ebenda, S.547/548.

5) Wittig, Horst E.: Die Neuorganisation der sowjetischen Vorschulerziehung; in: 'Osteuropa', Nr.1/1960, S.42.

6) Redaktion der Zeitschrift 'Osteuropa': Chronik: Kultur- und Bildungswesen; in: 'Osteuropa', Nr.7,8/1959, S.502.

7) Redaktion der Zeitschrift 'Osteuropa': Chronik: Wissenschaft und Technik, Kultur und Bildungswesen; in: 'Osteuropa', Nr.5/1960, S.353.

Die Kürze des zeitlichen Abstandes zu dieser neuesten Reform des Erziehungs- und Bildungswesens der Sowjetunion erlaubt noch keine Beurteilung ihrer Auswirkungen. An möglichen Schwierigkeiten und Problemen erscheinen erwähnenswert:¹⁾

(1) Es erhebt sich die Frage, ob sich genügend Arbeitsplätze für die Schüler und Studenten finden werden, die am praktischen Produktionsunterricht teilnehmen sollen.

(2) Werden sie auch Gelegenheit haben, aktiv produktiv tätig zu werden? Wie wird das ausbildende Werk für die zu erwartende Ausschußproduktion entschädigt werden?

(3) Es muß ein Stamm qualifizierter Lehrer herangebildet werden, die in der Lage sind, die Schüler auch in der Produktion anzuleiten bzw. sie auf die produktive Arbeit vorzubereiten.

(4) Besteht nicht die Gefahr einer Überbeanspruchung der Kinder und Jugendlichen durch die Anforderungen der neuen Ausbildung?

(5) Werden sich nicht Spannungen zwischen dem polytechnischen Unterricht und einer sinnvollen Begabtenauslese ergeben?

(6) Besteht nicht die Gefahr eines Absinkens des allgemeinen Bildungsniveaus durch das neue Reformprogramm?

2.3 Die Sozialpolitik.

Einer staatlichen Sozialpolitik kommt in der Sowjetunion infolge ihrer besonderen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Organisation große Bedeutung zu. Die geringe Möglichkeit privater Selbstvorsorge für Krankheit, Alter, Invalidität etc. bringt den einzelnen Sowjetbürger aus vielen Anlässen in eine starke Abhängigkeit vom Staat, der, offiziell aus "Sorge um das Wohl des Volkes",²⁾ in erster Linie wohl aber aus wohlverstandenen langfristigem Eigeninteresse, ein System der sozialen Sicherheit errichtet hat.

Die Einrichtungen zur sozialen Sicherung der Bevölkerung in Notfällen waren im Kaiserreich - auch nach den Maßstäben der damaligen Zeit - völlig unzureichend.³⁾ Während sich dieser Zustand zur Zeit der Herrschaft der Provisorischen Regierung

1) Folgendes nach: Anweiler, O.: Die Reform...; a.a.O., S. 139-143.

2) Manewitch, J. L.: Volkswirtschaft: Hebung des Lebensstandards der Werktätigen; in: Die UdSSR, Enzyklopädie...; a.a.O., S. 476.

3) Müller-Dietz, Heinz: Die Sozialversicherung in der UdSSR; Berlin 1959, S. 11/12.

kaum änderte,¹⁾ begann die Regierung Lenin sofort nach ihrer Machtübernahme mit einer regen sozialpolitischen Aktivität. Die Sozialversicherung wurde für alle Lohnarbeiter und Armen in Stadt und Land eingeführt, Erlasse über Unfallrenten folgten. Für alle Lohnempfänger und ihre Familienangehörigen wurde eine Arbeitslosenversicherung und eine Krankenversicherung geschaffen.²⁾

Nach manchen Änderungen in Umfang und Wirkungsweise dieser sozialpolitischen Maßnahmen, ihrer teilweisen Abschaffung, teilweisen Wiedereinführung und Ergänzung (z.B. Altersversicherung ab 1927³⁾),⁴⁾ hat sich in den 1930er Jahren ein umfassendes System der sozialen Sicherheit in der Sowjetunion etabliert, das auch in der Verfassung verankert ist.⁵⁾

Oberste Instanz des gesamten Sozialversicherungsapparates der UdSSR sind seit 1933 - nachdem sie vorher bereits Teilaufgaben auf diesem Gebiet zu erfüllen hatten⁶⁾ - die sowjetischen Gewerkschaften, bzw. ihre Führung.⁷⁾ Zur praktischen Mitarbeit und zur Durchführung der Aufgaben des Sozialversicherungssystems sind in den Betrieben, Genossenschaften und Verwaltungseinheiten der Sowjetunion örtliche Sowjets für Sozialversicherung, Werksozialversicherungskommissionen und 'Delegierte der Versicherten' eingesetzt.⁸⁾

Das sowjetische Sozialversicherungssystem i.w.S. ist dreiteilig. Es besteht aus:⁹⁾

- (1) Der Sozialversicherung i.e.S. als Träger der geldlichen Leistungen bei Krankheit, Unfall, Schwangerschaft, Sterbefall etc.
- (2) Der staatlichen Sozialfürsorge, die die geldliche Versorgung der Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenenrentner zu übernehmen hat und
- (3) dem staatlichen Gesundheitswesen, das Sachleistungen

1) Müller-Dietz, H.: Die Sozialversicherung...; a.a.O., S. 12.

2) Ebenda, S. 12.

3) Graf, E.-R.: Sozialversicherung... (I); a.a.O., S. 255.

4) Müller-Dietz, H.: Die Sozialversicherung...; a.a.O., S. 12-15.

5) Artikel 118: Recht auf Arbeit; Artikel 119: Recht auf Erholung; Artikel 120: Recht auf materielle Versorgung im Alter sowie im Fall von Krankheit und Invalidität.

6) Müller-Dietz, H.: Die Sozialversicherung...; a.a.O., S. 13-15.

7) Graf, E.-R.: Sozialversicherung... (I); a.a.O., S. 256.

8) Ebenda, S. 256.

9) Ebenda, S. 255.

(ärztliche Behandlung, Krankenhausversorgung, Kurbehandlung, Heilmittelversorgung etc.) erbringt.

Die Aufgaben der beiden letztgenannten Instanzen überschneiden sich dabei mehrfach.¹⁾

Ein wesentliches Kennzeichen der sowjetischen Sozialversicherung i.w.S. ist ihr Umfang und die Art ihrer Finanzierung. Sie umfaßt alle Arbeiter und Angestellten²⁾ sowie deren Familien ohne Rücksicht auf die Dauer und Art des betreffenden Arbeitsverhältnisses.³⁾ Die Mittel zur Finanzierung der Sozialversicherungsleistungen kommen aus dem Staatshaushalt, stammen jedoch letztlich aus den Pflichtbeiträgen der Betriebe, Behörden und Organisationen (zu 98%), während die Versicherten nur mit geringfügigen Gebühren (zu 2 %) belastet sind, im Regelfall jedoch nicht direkt an der Aufbringung der Kosten der sozialen Leistungen teilhaben.⁴⁾

Ohne auf Einzelheiten des sowjetischen Sozialversicherungssystems eingehen zu wollen, seien doch einige seiner Merkmale herausgehoben:

(1) Es ist kennzeichnend für die sowjetische Krankenversicherung, daß die Unterstützungen vom ersten Tage an gezahlt werden und nach dem Alter, der Dauer der Betriebszugehörigkeit und der Gewerkschaftsmitgliedschaft gestaffelt sind.⁵⁾⁶⁾ Mit dieser Regelung sucht man einmal die Fluktuation der Arbeitskräfte zu verringern, zum anderen die Arbeitnehmer zum Eintritt in die Gewerkschaft zu bewegen. Ein Gewerkschaftsmitglied erhielt bei zwölfjähriger ununterbrochener Betriebszugehörigkeit nach der Neuregelung von 1957 90 % seines vollen Lohnes als Krankengeld ausbezahlt.⁷⁾

(2) Arbeitenden Frauen steht vor und nach der Entbindung ein bezahlter Urlaub von je 56 Tagen zu. Die Höhe der Zahlungen

1) Graf, E.-R.: Sozialversicherung... (I); a.a.O., S. 255.

2) Für andere Beschäftigtengruppen gelten besondere Bestimmungen.

3) Müller-Dietz, H.: Die Sozialversicherung...; a.a.O., S. 7.

4) Ebenda, S. 29.

5) Graf, E.-R.: Sozialversicherung... (I); a.a.O., S. 256.

6) Nicht-Gewerkschaftsmitglieder erhalten in der Regel nur 50 % der Zahlungen, die Organisierten zustehen.

7) Müller-Dietz, H.: Die Sozialversicherung...; a.a.O., S. 43.

richtet sich gleichfalls nach der Beschäftigungsdauer und der Gewerkschaftszugehörigkeit.¹⁾ Daneben wird eine Entbindungsbeihilfe und ein Kindergeld gezahlt.²⁾

(3) Für eine Behandlung in Sanatorien und Heilbädern wird ein detaillierter Jahresplan aufgestellt. Bei der Belegungsplanung werden die Beschäftigten der wichtigsten Wirtschaftszweige besonders berücksichtigt. Seit 1958 sind Barentschädigungen anstelle von Sanatoriumsaufenthalt möglich.³⁾

(4) Die Rentenversorgung ist seit 1956 erheblich verbessert worden. Die bis dahin äußerst niedrigen Alters- und Invalidenrenten⁴⁾ wurden verdoppelt oder noch stärker erhöht.⁵⁾ Die Rentenhöhe richtet sich nach dem Durchschnittseinkommen der letzten 12 Arbeitsmonate und der Höhe des weiterhin erzielten Einkommens;⁶⁾ die Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft hat dagegen auf die Höhe der Rente keinen Einfluß. Die Höhe der Invalidenrenten ist nach Art und Schwere der Arbeit gestaffelt.⁷⁾

(5) Anfang 1955 wurde in der Sowjetunion - in Anbetracht der bis dahin laufend gestiegenen Inanspruchnahme von Versicherungsleistungen - eine Kampagne "zur Senkung der Erkrankungshäufigkeit, zur Verbesserung der ärztlichen Versorgung der Arbeiter und zur Besserung der arbeitshygienischen Bedingungen begonnen, die von den Gewerkschaften mit der Sozialversicherung, den Gesundheitsorganen und den Betrieben getragen wurde" und als Dauereinrichtung gedacht ist.⁸⁾

Eine Beurteilung des umfassenden Sozialversicherungssystems der Sowjetunion muß dessen Bedeutung für die soziale Sicherheit der Arbeitnehmer und ihrer Familien anerkennen. Kritisch ist zu bemerken, daß vom Umfang noch nicht auf eine befriedigende Leistungshöhe und Arbeitsweise geschlossen werden kann. Die noch immer relativ geringe Höhe der Rentenversorgung, Män-

1) Müller-Dietz, H.: Die Sozialversicherung...; a.a.O., S. 46-48.

2) Ebenda, S. 48-51.

3) Ebenda, S. 52-54.

4) Bis 1956 erhielten die meisten Rentner eine Monatsrente von etwa 45 DM Kaufkraft. Quelle: Graf, E.-R.: Sozialversicherung... (I); a.a.O., S. 258.

5) Ebenda, S. 258.

6) Müller-Dietz, H.: Die Sozialversicherung...; a.a.O., S. 60-62.

7) Ebenda, S. 65.

8) Ebenda, S. 77.

gel bei der Schwangerschaftsbetreuung,¹⁾ ein schwerfällig arbeitender bürokratischer Sozialversicherungsdienst²⁾ sind als Leistungsschwächen des Systems zu nennen, die auch in der sowjetischen Presse gerügt werden. Es ist jedoch wahrscheinlich, daß die staatlichen Leistungen für die Sozialversicherten wesentlich höher liegen als die sozialen Sicherungsmöglichkeiten bei privater Selbstvorsorge, auch bei einem erhöhten Realeinkommen der Bevölkerung, des Durchschnittsbürgers beitragen könnten, denn eine gesunde und arbeitsfreudige Bevölkerung stellt schließlich die notwendige Grundlage eines Funktionierens einer zentralgeleiteten Wirtschaft dar. Die seit 1956 erkennbaren Verbesserungen der Sozialversicherungsleistungen lassen erkennen, daß der Staat auch auf diese indirekte Art bemüht ist, die Arbeitsproduktivität in der Wirtschaft zu steigern.

1) Müller-Dietz, H.: Die Sozialversicherung...; a.a.O., S. 83-86.
2) Ebenda, S. 80-83.

III) Die konkrete Gestalt der Wirtschaftsordnung der UdSSR in der Gegenwart: Versuch einer Deutung mit Hilfe einer wirtschaftssystematischen Zeitpunktanalyse und eine diese ergänzende Wertung.

a) Charakterisierung mit Hilfe von Wirtschaftssystemen.

Die gegenwärtige Wirtschaftsordnung der UdSSR erhält ihren wesentlichsten Akzent vom kollektivistisch orientierten politischen Gestaltungswillen der Staatsführung. Dieser gelingt es, durch die von ihr festgelegte politische Organisationsform des Einheitsstaates mit starker Staatsspitze und abhängigem Instanzenzug, durch ihr Gestaltungsmonopol der Rechtsordnung und durch die Beherrschung der meisten einzelwirtschaftlichen Daten, Art, Form und Gewicht der wirtschaftlichen Institutionen zu bestimmen und die gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen des Ökonomischen nach eigenen Vorstellungen zu gestalten. Diese Machtvollkommenheit der Staatsführung der UdSSR hat dazu geführt, daß das ihren Zielen am meisten dienliche Wirtschaftssystem der zentralgeleiteten Wirtschaft mit öffentlichen Eigentümern in der Wirtschaftsordnung der UdSSR absolut dominiert, und daß die anderen realisierten Wirtschaftssysteme nur ein unbedeutendes Eigengewicht haben, lediglich Randgebiete der Wirtschaftsordnung erfassen und in ihrer Existenz vom politischen Gestaltungswillen des Staates abhängig sind.

Die zentralgeleitete Wirtschaft mit öffentlichen Eigentümern umfaßt den Großteil der Wirtschaftsunternehmen von Industrie, Handel, Verkehr, Geld-, Bank- und Kreditwesen, Teile der Landwirtschaft sowie fast alle Bereiche des Sozial- und Bildungswesens. Die zentrale Leitung erfolgt durch eine prinzipiell starre, zentrale Vollplanung ohne Berücksichtigung von Konsumentenwünschen. Abweichungen von diesem Planungsmodus ergeben sich aus speziellen Erfordernissen der Planung sowie aus praktischen Maximierungserwägungen:

(1) Die zentrale Volkswirtschaftsplanung ist nur als eine unvollständige Vollplanung zu bezeichnen, da die voraussichtlichen Geldausgaben der Bevölkerung und das zu erwartende Ange-

bot an Arbeitskräften in die Gesamtplanung nur als Schätzungen aufgrund von Erfahrungswerten eingestellt werden. Die Konsumtion der Bevölkerung wird nur indirekt über die Planung der Konsumgüterproduktion und - bereitstellung in den Gesamtplan einbezogen. Schließlich bleibt zu erwähnen, daß in die zentrale gesamtwirtschaftliche Vollplanung auch spezielle Teilplanungen eingehen, die deren Ergänzung durch Schätzungen erforderlich machen.

(2) Neben die zentrale Planung tritt in der Sowjetunion eine dezentrale Planung in soweit, als die Zentrale in den meisten Fällen unteren, regionalen Planinstanzen Globalauflagen macht, die diese für die ihnen unterstellten Wirtschaftseinheiten nach bestimmten Richtlinien oder in eigener Verantwortung spezifizieren.

(3) Die starre Planung wird in der UdSSR in steigendem Maße ergänzt oder ersetzt durch eine elastischere Planung, die in begrenztem Rahmen pretiale Entscheidungen der Wirtschaftseinheiten zuläßt, ohne ein Abweichen von speziellen Globalauflagen zu ermöglichen.

(4) Die Planung im Bereich der zentralgeleiteten Wirtschaft muß aus Leistungsmaximierungserwägungen in begrenztem Maße auch Konsumentenwünsche berücksichtigen. Aus dem Bestreben, innerhalb des fixierten Konsumgüterangebots den Anteil der nichtabsetzbaren Produkte möglichst gering zu halten und die volkswirtschaftlichen Verluste aus solchen Kreislaufstörungen zu minimieren, stellt der Staat den Handelsorganisationen die Aufgabe, durch Markterforschung die Konsumentenwünsche zu ermitteln und durch enge Kontakte zur Industrie dafür zu sorgen, daß die Produktion die Nachfragerichtung der Verbraucher berücksichtigt.

Das Wirtschaftssystem der zentralgeleiteten Wirtschaft mit öffentlichen Eigentümern ist in der UdSSR straff organisiert, so daß sich auf dem Wege über Datenveränderungen durch die einzelnen Wirtschaftseinheiten kaum Möglichkeiten zu einer Annäherung an andere systematische Institutionsformen ergeben. Das Staatsmonopol über Boden, Bodenschätze und produzierte Produktionsmittel sowie die besondere Form der Organisation

der Wirtschaft durch den Staat schließen zwar gelegentliche illegale 'Ausflüge' in das Wirtschaftssystem der pluralgesteuerten Wirtschaft nicht aus, der Umfang des öffentlich gelenkten Bereichs sowie die Interdependenz zwischen den Wirtschaftseinheiten dieses Systems sorgen jedoch über eine Vielzahl von Kontrollmöglichkeiten dafür, daß der Rahmen des vom Staat Gewollten nicht gesprengt wird.

Die Zielsetzung des staatlichen Gestaltungswillens ist in bezug auf das Wirtschaftssystem der zentralgeleiteten Wirtschaft mit öffentlichen Eigentümern in soweit kollektivistisch, als die Grundmaxime staatlicher Lenkungs politik die Maximierung des Wohlstands des Gesamtkörpers 'Gesellschaft' beinhaltet. Andere, daneben verfolgte Zielsetzungen (Familienwohlstand etc.) sind nur Mittel zur Erreichung des Hauptzwecks. Das gleiche gilt für gewisse individualistische Zielsetzungen (gezielte Förderung des individuellen Wohlstands bei Erfüllung bestimmter Leistungsnormen).

Egalismus oder Differenzierungsgedanke als Zielrichtungen staatlicher gesellschaftspolitischer Interventionen bilden bei globaler Betrachtung der Wirtschaftsordnung der UdSSR keine Alternativen, sondern werden von der Staatsführung der Sowjetunion nebeneinander verfolgt. Prinzipiell wird ein Egalismus, im Sinne von 'Verhinderung der Entstehung zu großer Einkommensunterschiede innerhalb oder zwischen sozialen Gruppen, soweit sie nicht leistungsbedingt und gesellschaftspolitisch erwünscht sind', angestrebt. Innerhalb dieses Rahmens findet sich jedoch die Anwendung des Differenzierungsgedankens in vielfältiger Form: Durch eine Politik der Einkommensdifferenzierung werden dem Arbeitnehmer Anreize geboten, seine Arbeitsleistungen zu erhöhen bzw. sich weiterzubilden. Auf die gleiche Art gelingt es der Staatsführung, für gesellschaftlich wichtige Führungspositionen viele Bewerber zu interessieren, aus deren Zahl sie dann die qualifiziertesten auswählen kann.

Die übrigen, in der Wirtschaftsordnung der UdSSR realisierten Wirtschaftssysteme lassen sich wie folgt charakterisieren:

(1) Das Wirtschaftssystem der Eigenwirtschaft findet sich in der traditionellen Form des autarken landwirtschaftlich-hand-

werklichen Selbstversorgungsbetriebs in der UdSSR nur noch in einzelnen, von der Kollektivierung nicht erfaßten Betrieben in Randgebieten der Sowjetunion (Nordkaukasus). Zu diesem Wirtschaftssystem sind ferner die kleinen Privatwirtschaften der Kolchosbauern sowie die Kolchosen selbst zu zählen, soweit es sich um den Eigenverbrauch der selbstproduzierten Erzeugnisse handelt. Schließlich finden sich Eigenwirtschaften als Teile zentralverwaltungswirtschaftlich geleiteter Unternehmen, die in angegliederten Hilfsbetrieben Waren für den Konsum der Belegschaft produzieren.

(2) Der durch Verbraucher organisierten Lieferwirtschaft waren die sowjetischen Konsumgenossenschaften zuzurechnen. Die Vielzahl der lenkenden Eingriffe des Staates in deren Organisation macht jedoch die Eigeninitiative der Genossen zu einem sekundären Element, so daß die Konsumgenossenschaften wohl besser zu dem Wirtschaftssystem der zentralgeleiteten Wirtschaft mit privaten Eigentümern zu zählen sind, da die staatliche Lenkung das für eine pluralgesteuerte Wirtschaft mit privaten Eigentümern, öffentlicher Zulassung und Preisbildung anzunehmende Maß der Eingriffe wohl übersteigt.

(3) Zum Wirtschaftssystem der pluralgesteuerten Wirtschaft mit privaten Eigentümern sind die Gewerbe-genossenschaften zu rechnen; daneben die kleinen Hoflandwirtschaften der Kolchosbauern und die Kolchosen selbst, soweit beide Gruppen ihre Überschüßerzeugnisse am freien Markt absetzen. Einschränkungen sind hier in soweit zu machen, als die Kolchosbauern nicht Eigentümer ihres Privatlandes sind und die Kolchosen darüber hinaus auch nur Teile ihrer Betriebsmittel als privates Eigentum bezeichnen können. Indirekte staatliche Eingriffe in die Preisbildung auf den freien Kolchosmärkten begrenzen die Handlungsfreiheit der genannten Gruppen. Daneben finden sich weitere staatliche Versuche zur Einengung der privaten Initiative (Einschaltung der Konsumgenossenschaften in den Einkauf von Überschüßerzeugnissen etc.).

(4) Eine Sonderform der zentralgeleiteten Wirtschaft stellen die sowjetischen Kolchosen als plangebundene Wirtschaftsein-

heiten dar. Sie stehen in bezug auf ihre Produktionsmittelausstattung teils im unteilbaren kollektiven Privateigentum, teils in begrenzt teilbarem Privateigentum. Der Boden befindet sich im kollektiven Privatbesitz und im staatlichen Eigentum. Die Kolchosen sind unter Beachtung aller Umstände wohl dem Wirtschaftssystem der zentralgeleiteten Wirtschaft mit privaten Eigentümern zuzurechnen. Sie werden vom Staat in einer Teilplanung erfaßt, wobei neben einem zentralen Planungsrahmen eine dezentrale Spezialplanung angewendet wird, bei der pre-tiale Entscheidungen in steigendem Maße zugelassen werden sollen.

Dieses und einige der früheren Beispiele zeigen die Problematik einer Abstellung der Systematik auf Eigentumsverhältnisse in bezug auf eine zentralgeleitete Wirtschaft. Hier erscheint in erster Linie eine Berücksichtigung der tatsächlichen Verfügungsmacht angebracht, da sich aus der Frage nach den Eigentumsverhältnissen keine wesentlichen Erkenntnisse ableiten lassen.

b) Gestaltungskritische Wertung der Wirtschaftsordnung der UdSSR, vorgenommen nach ausgewählten Problemkreisen.

(1) Die Möglichkeiten staatlicher Wirtschaftspolitik in der Sowjetunion.

Die im historisch-erklärenden Teil dieser Arbeit gemachten Ausführungen über die formale und die reale Staatsmacht in der UdSSR lassen erkennen, in welchem starkem Maße die Herrschaftsgewalt in diesem Lande in den obersten Führungsgremien der KPdSU und einer kleinen Zahl von Spitzenfunktionären dieser Monopolpartei konzentriert ist. Der organisatorische Aufbau von Staats- und Parteiapparat, die Verzahnung von beiden sowie ihre Leitungshierarchien sind so angelegt, daß Widerstände gegen die jeweilige oberste Staatsführung praktisch ausgeschlossen sind. Eine Leitungskonzentration dieser Art hat wichtige Auswirkungen auf die Gestaltung der staatlichen Wirtschaftspolitik. Die Staatsführung ist bei der Vorlage von Gesetzesentwürfen, bei der Ausführung von Großprojekten, die bedeutende finanzielle Mittel erfordern, nicht auf die

Zustimmung einer echten Repräsentation der Staatsbürger angewiesen und muß nicht auf eine Vielzahl von speziellen Gestaltungswünschen Rücksicht nehmen oder solche als Gegenleistungen für die Zustimmung der Legislative zu ihrem Vorhaben erfüllen. Die Initiative der Staatsführung auf wirtschaftspolitischem Gebiet ist deshalb in der Sowjetunion lediglich begrenzt durch die Knappheit der Mittel, die insgesamt zur Finanzierung oder realen Erstellung neuer Projekte zur Verfügung stehen. Daneben wird sie - im Interesse eines gleichmäßigen wirtschaftlichen Wachstums - die Interdependenz aller gesamtwirtschaftlichen Größen, die Wirtschaftlichkeit und die Erfordernisse der Komplementarität bei ihren Maßnahmen zu beachten haben.

(2) Der Staat und seine Bürger.

Die geschilderte Herrschaftsgestaltung in der UdSSR verhindert eine echte Repräsentation der Staatsbürger und ihrer besonderen Interessen in den von ihnen gewählten Organen. Diese Tatsache beinhaltet einmal, daß in bezug auf die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik das geschieht, was der Herrschaftsführung notwendig und sinnvoll erscheint; spezielle Gestaltungswünsche einer Mehrheit der Staatsbürger bleiben deshalb solange unberücksichtigt, als die Staatsführung die Verwirklichung dieser Vorstellungen für inopportun hält. Zum anderen ergeben sich hieraus und aus dem staatlichen Rechtsetzungs- und Rechtsprechungsmonopol Rückwirkungen auf die individuelle Freiheit der sowjetischen Bürger. Diese finden, wenn sie sich in ihrer Bewegungs- und Gestaltungsfreiheit beeengt fühlen, keine unabhängige richterliche Appellationsinstanz, keine ihnen verantwortlichen Volksvertreter, die ihre Interessen gegen die Intentionen der Staatsführung zu vertreten wagen würden. Die von der Staatsgewalt selbst gesetzten Axiome, daß des Volkes Wille und Bedürfnis ist, was Regierung und Legislative beschließen, und daß alle Gegenkräfte gegen Maßnahmen der obersten Staatsführung Ausfluß eines Denkens in überholten bürgerlich-kapitalistischen Kategorien sind, schließen offensichtlich jeden Widerstand gegen 'höchste Anordnungen' aus und damit einen Verzicht auf staatsbürgerliche Freiheiten ein, soweit die Staatsführung diese nicht durch tatsächliche Gewährung ver-

wirklicht sehen will.

Gleichsam als Gegengewicht gegen den Zwangsverzicht der sowjetischen Bürger auf die Gewährung von Freiheitsrechten besteht die Staatsführung der UdSSR ihnen ein relativ hohes Maß sozialer Sicherheit zu. Ein ausgebautes Sozialversicherungssystem sorgt dafür, daß Alte, Invalide, Hinterbliebene und Kranke keine echte materielle Not leiden müssen. Die Möglichkeiten zur privaten Selbstvorsorge für solche Notfälle sind in der Sowjetunion bewußt eingeschränkt, so daß der Bedürftige gezwungen ist, sich auf die Hilfe des Staates zu verlassen, der die Höhe der Ausgleichszahlungen und die Art der Leistungen zwar generell, aber nach eigenem Gutdünken und gesellschaftspolitischen Interessen festlegt.

Mit Hilfe eines solchen Systems sozialer Sicherheit gelingt es dem Staat, echte Not zu bannen. Gleichzeitig wird damit - und dies ist kein unbedeutendes Motiv für den Umfang der staatlichen Sozialpolitik in der UdSSR - die Gesundheit und Arbeitsfähigkeit der Bevölkerung gehoben und damit eine Voraussetzung für eine hohe Arbeitsproduktivität geschaffen.

(3) Soziale Differenzierung in der sozialistischen Gesellschaft.

Nach mißglückten egalitären Versuchen in den 1920er Jahren wurde unter Stalin ab etwa 1930 die Entstehung einer sozialen Differenzierung in der UdSSR bewußt gefördert. Man erwartete sich hiervon eine wesentliche Steigerung der Leistungsbereitschaft und des Fortbildungswillens, da mit dem erhöhten sozialen Geltungsstand der Mehrleistenden zum Teil erhebliche materielle Vorteile verbunden waren. Die soziale Differenzierung bewirkte die erwarteten Erfolge und hat sich von 1930 bis zur Gegenwart eher noch verstärkt. Als Ergebnis läßt sich festhalten, daß sich heute die Bevölkerung der UdSSR in eine Reihe sozialer 'Klassen' gliedert, die zwar nicht durch unterschiedlich große Eigentumsrechte an Produktionsmitteln von einander abgegrenzt sind, wohl aber durch eine Reihe äußerer Wohlstandsmerkmale. Diese Unterschiede bewirken weiterhin einen Antrieb, durch Mehrleistungen einen höheren sozialen und materiellen Standard zu erreichen. Daneben findet

sich jedoch bereits das Bestreben, den Nachkommen ein 'soziales Abrutschen' in tiefere Schichten zu ersparen, die oft als nicht standesgemäß angesehen werden. Derartige Einstellungen werden in der sowjetischen Presse mit gelegentlichen Rückfällen Einzelner in nichtsozialistische Denkweisen erklärt und von offizieller Seite scharf verurteilt. Es fragt sich, ob durch die Förderung der sozialen Differenzierung in der Sowjetunion nicht solche Vorstellungen gezüchtet wurden und ob ein eigenständiges Weiterwachsen dieser standesegoistischen Kräfte noch verhindert werden kann, nachdem die soziale Differenzierung die materiellen Unterschiede schon stark hat werden lassen.

Für den einzelnen Sowjetbürger gilt daneben, daß neben seinen Leistungen seine Einstellung zu Staat und Partei entscheidende Bedeutung für sein materielles Wohlergehen haben. Abweichungen von der Parteilinie etc. können besonders den höhergestellten Sowjetbürger schnell in tiefere soziale Schichten verschwinden lassen, während andere, linientreue Bürger gute Aufstiegsmöglichkeiten hat. Auf diese Art sichert sich die Staatsführung eine unbedingte Gefolgschaft, die ihre höhere soziale Stellung ständig durch das unbedingte Bekenntnis zur jeweiligen Parteianschauung zu verteidigen gezwungen ist.

(4) Die Erfüllung gesellschaftlich relevanter Aufgaben.

Die absolut dominierende Position der Staatsführung der UdSSR im politischen und ökonomischen Bereich stellt sicher, daß gesellschaftlich notwendige Gemeinschaftsaufgaben ohne Konzessionen zugunsten privater Interessengruppen durchgeführt werden können. Hieraus ergibt sich jedoch eine Problematik, die der in der Wirtschaftsordnung der USA festgestellten genau entgegengesetzt ist. Droht in letzterer eine Vernachlässigung von notwendigen Gemeinschaftsaufgaben, weil privates Produktionsmaximierungsdenken und Erfolgsstreben besonders in der Legislative eine gewichtige Vertretung finden, so wird in der Sowjetunion auf wirtschaftspolitischem Gebiet das verwirklicht werden, was der Staatsführung als 'gesellschaftlich notwendig' erscheint. Die Pläne der Staatsführung werden sich

dabei an langfristigen Entwicklungszielen orientieren, die in erster Linie auf das Wachstum der Gesamtwirtschaft abstellen und individuelle Wünsche nur insoweit berücksichtigen, als durch ihre Erfüllung ein ständiges Wachsen auch des privaten Wohlstands und eine Hebung des Niveaus der sozialistischen Umweltbedingungen demonstriert werden kann.

Das in der UdSSR hieraus entstehende Problem ist das einer Vernachlässigung von Gemeinschaftsaufgaben, die von einer Vielzahl von Staatsbürgern als dringlich erachtet werden, die der Staat aber kraft seiner Omnipotenz zurückstellen kann, weil sie ihm nach Richtung und staatlicher Dringlichkeitsskala nicht verwirklichungsreif zu sein scheinen.

(5) Probleme der Lenkungswirtschaft in der UdSSR.

Die sowjetische Führung sucht die exakte Befolgung ihrer - in vollzugsverbindliche Planaufgaben umgesetzten - wirtschaftspolitischen Zielsetzungen durch die einzelnen Wirtschaftseinheiten dadurch zu erreichen, daß sie den überwiegenden Teil der Wirtschaftsunternehmen des Landes in Form von Staatsbetrieben führt und diese durch Planung, Lenkung und Kontrolle in starker Abhängigkeit vom zentralen Leitungsapparat hält. Da dieser auf vielerlei Art auch die nichtstaatlichen Wirtschaftseinheiten beherrscht und lenkt, scheinen Diskrepanzen zwischen den Gestaltungsvorstellungen des Staates und der tatsächlichen Ausprägung des wirtschaftlichen Geschehens zunächst kaum möglich.

In praxi ergeben sich jedoch in der sowjetischen Planwirtschaft Friktionen verschiedener Art, die den Wirtschaftsablauf stören. Da hierauf an anderer Stelle bereits eingegangen wurde, sei im folgenden auf einzelne Probleme der Lenkungswirtschaft in der Sowjetunion lediglich kurz hingewiesen:

(a) Die Planungszentrale hat trotz ihres Unterbaus und der 'operativen Dezentralisierung' der Wirtschaftsführung seit 1957 keinen vollständigen Einblick in die Organisation und den Stand der tatsächlichen Leistungsfähigkeit der Wirtschaftseinheiten und ihrer Teilfunktionen.

(b) Betriebsleitung und Beschäftigte sind nicht wie die Leitungszentrale an einer optimalen Betriebsleistung und einer

vollen ökonomischen Ausnutzung der Produktionsreserven interessiert, da hierdurch die materiellen Interessen beider Gruppen langfristig beeinträchtigt werden können.

(c) Vielfältigen regionalen Autonomiebestrebungen und 'Kameraderien' gelingt es häufig- wenn auch in begrenztem Maße - , eine optimale räumliche Arbeitsteilung und wirkungsvolle Kontrollen der Unternehmenseinheiten zu verhindern.

(d) Produktionsausfälle in einzelnen Wirtschaftseinheiten führen oft zu Leistungsstörungen in nachgelagerten Stufen, da die eingeplanten Reserven häufig zu knapp bemessen sind.

(e) Die Betriebe versuchen vielfach, bei Leistungsstörungen die Planerfüllung mit illegalen Mitteln zu erreichen. Dies wird von den regionalen und betrieblichen Kontrollinstanzen in der Regel stillschweigend geduldet, da die Planerfüllung als wichtigstes Ziel der Betriebsarbeit angesehen wird.

(f) Die Konsumfreiheit der Verbraucher und die relative Freiheit der Arbeitsplatzwahl stellen die Planungsinstanzen häufig vor schwierige Probleme und führen - besonders im ersten Fall - zu volkswirtschaftlichen Verlusten.

Vergleicht man die Aufgaben, die in der UdSSR eine mit der Kontrolle und Überwachung der Planausführung betraute Behörde zu erfüllen hat, mit denen einer Regulierungsinstitution in den USA, so zeigt sich, daß beide Instanzen zumindest zum Teil vor ähnlichen Problemen stehen. Wenngleich in der UdSSR die Beherrschung der zu regulierenden Wirtschaftseinheiten viel weitgehender ist als in den USA und sich der Ausweichspielraum deshalb wesentlich verengt, so bleibt die Gemeinsamkeit festzustellen, daß der Erfolg der Lenkungsmaßnahmen in der Regel umso geringer sein wird, je schematischer sie angelegt sind und je weiter sie sich von den Intentionen der zu regulierenden Wirtschaftseinheiten entfernen.

(6) Leistungsmaximierung, Komplementarität und Dringlichkeit. Mit der wachsenden Komplexität der sowjetischen Wirtschaft und der beginnenden Knappheit des Faktors 'Arbeitskraft' erhält der Zwang zu rationellerer Wirtschaftsführung, zur Anwendung einer gesamtwirtschaftlichen Wirtschaftlichkeitsrechnung, überragendes Gewicht. Die lebhaften Diskussionen unter den

sowjetischen Wirtschaftswissenschaftlern über den Nutzwert von Investitionen sowie die vielfachen Klagen über Fehlinvestitionen und -planungen in sowjetischen Publikationen geben Zeugnis von bestehenden Mängeln grundsätzlicher Art im Planungssystem der UdSSR.

Wenngleich heute kaum noch bestritten wird, daß eine sinnvolle Wirtschaftsrechnung auch in einer Zentralverwaltungswirtschaft erstellbar ist, so bleibt für die sowjetische Führung doch das Problem einer Diskrepanz zwischen wirtschaftlich-politischem Wollen und ökonomischer Rationalität. Sucht man letztere bedingungslos zu verwirklichen, so induziert dies eine Kette komplementärer Bindungen als Folge einer Ausgangsentscheidung, die den Spielraum autonomer wirtschaftspolitischer Beschlüsse der Führung weitgehend einengt. Ein Primat des wirtschaftlich-politischen Wollens führt dagegen zu einer außerrationalen Dringlichkeitsskala, die das Prinzip der ökonomischen Rationalität verletzen und eine Maximierung der gesamtwirtschaftlichen Leistung verhindern muß. Die Versuche der sowjetischen Führung, einen Kompromiß zwischen beiden Gestaltungsmöglichkeiten zu finden, scheinen insoweit zum Scheitern verurteilt zu sein, als die von einer Vielzahl wirtschaftlicher Entscheidungen aufgrund einer politischen Dringlichkeitsskala ausgehenden Komplementärerfordernisse auch bei rationeller Erfüllung irgendwo kollidieren müssen, wodurch wiederum Disproportionen entstehen.

D) Zusammenfassende Schlußbetrachtung: Die Wirtschaftsordnungen der Weltmächte.

Nach einer Klärung der Arbeitsgrundlagen, umfassenden Darstellungen der Teilbereiche der Wirtschaftsordnungen der USA und der UdSSR und dem Versuch einer wirtschaftssystematischen Charakterisierung und Wertung beider Wirtschaftsordnungen verbleibt die Aufgabe, deren wichtigste Merkmale nochmals herauszustellen, Übereinstimmungen und Unterschiedlichkeiten festzuhalten, nach dem Sinn eines Vergleichs zu fragen sowie die These von der allmählichen Annäherung der beiden Wirtschaftsordnungen auf ihren konkreten Gehalt zu untersuchen.

Einen ersten Ansatzpunkt zu einer Herausarbeitung der Wesensmerkmale beider Wirtschaftsordnungen bietet die in dieser Arbeit verwendete Definition des Begriffs Wirtschaftsordnung,¹⁾ einen weiteren die Konzeption der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Grundidee der jeweiligen Staatsführung.²⁾

Wir hatten 'Wirtschaftsordnung' definiert als 'die Gestaltung des Wirtschaftsprozesses und der Wirtschaftsstruktur einer Volkswirtschaft, wie sie sich aus dem Kräftespiel der die Wirtschaft formenden Faktoren ergibt' und hatten dabei den Staat als den potentiell stärksten Gestaltungsfaktor bezeichnet.³⁾

Betrachten wir - ausgehend von dieser Rekapitulation der Arbeitsgrundlagen - die Wirtschaftsordnung der USA, so können wir generell feststellen, daß hier der Staat - entsprechend seiner Grundidee - dem Gestaltungswillen der einzelnen wirtschaftenden Einheiten seines Herrschaftsbereichs prinzipiell freien Raum läßt und nur in den Fällen korrigierend eingreift, in denen er es im Interesse der Erhaltung und Erhöhung der Wohlfahrt des Ganzen für notwendig erachtet.

Diese Einstellung des Staates ist im wesentlichen das Ergebnis zweier Komponenten. Einmal des Fortwirkens eines geschichtlich-politisch zu verstehenden, verbrieften und gewohnheitlichen

1) Siehe oben S. 27.

2) Siehe oben S. 41.

3) Siehe oben S. 41.

Freiheitsideals, das in der Staatsorganisation durch das System der 'checks and balances' Bestand gefunden hat und durch rechtsschützende Institutionen die einzelnen wirtschaftenden Einheiten vor Übergriffen des Staates in ihre Individualsphäre bewahrt. Zum anderen sorgt die besondere Art der Repräsentation des Staates in den USA dafür, daß der Staat kein mit Macht ausgestatteter Willensträger außerhalb der Gemeinschaft ist und werden kann, der dieser seine Gestaltungsvorstellungen aufzwingen könnte. Unter dem Begriff 'Staat' ist in den USA die Gesamtheit der das Staatsvolk in dessen Auftrag repräsentierenden obersten politischen Körperschaften in ihrer gruppen- und parteimäßigen Zusammensetzung zu verstehen. Die einzelnen Repräsentanten sind dabei Beauftragte jeweils eines Teils des Staatsvolkes und stehen mit ihrer Gruppe in ständigem Kontakt, sind ihr rechenschaftspflichtig und können von ihr - falls ihre bisherige Aktivität nicht den Beifall der Mehrzahl der Mitglieder der Gruppe gefunden hat - nach Ablauf ihrer Repräsentationsperiode abberufen werden. Auf diese Art spiegelt die Vertretung des Staates der USA langfristig gesehen die jeweils dominierenden politischen, wirtschaftlichen und sozialen Strömungen in der Volkswirtschaft der USA wider. Daraus folgt, daß die Grundidee des Staates über die Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft ceteris paribus stets prinzipiell die Freiheit des Individuums hinsichtlich seiner Betätigung enthalten und naheliegende konkrete Zielsetzungen, die im Interesse der überwiegenden Mehrheit der Vertretenen liegen, verfolgen wird.

Gemäß dieser Grundeinstellung hat sich der Staat in der Vergangenheit als Faktor im Kräftespiel um die Gestaltung der Wirtschaft verhalten. Im Ringen der privaten Kräfte und Kräftegruppen um die Ordnung der Wirtschaft nach ihren Vorstellungen ist er erst dann zu einer teilweise repressiven Tätigkeit übergegangen, als das freie Spiel der Kräfte im Wirtschaftsleben Elemente der Unfreiheit entstehen ließ.

Er hat neben dieser regulierenden Aktivität im Interesse der Erhaltung bzw. Wiederherstellung der vollen wirtschaftlichen Bewegungsfreiheit die Funktion eines Förderers von wirtschaft-

tenden gesellschaftlichen Gruppen und von Einzelnen übernommen, als ihm die Wiederherstellung der 'Gleichheit der Chancen' auf diesem Wege erforderlich erschien und die Mehrheit der Bevölkerung aufgrund der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung von ihren Repräsentanten eine aktive Politik des Ausgleichs und der generellen Hilfe für die notleidende Wirtschaft verlangte. Die Eingriffe des Staates in die Struktur und den Prozeß der Wirtschaft ließen hinsichtlich seiner im übrigen auf freie Betätigung der Individuen und Gruppen gerichteten Politik und hinsichtlich der Art der Staatsrepräsentation eine Reihe von Problemen entstehen. Die Interventionen konnten nicht nach ihrer objektiven Dringlichkeit und Richtung erfolgen, sondern liefen nach der Dringlichkeit und Richtung ab, die die den Staat repräsentierenden Gruppen festlegten. Neben dieser Entwicklung, die die ganze Problematik der Willensbildung in einer repräsentativen Demokratie widerspiegelt, ist die Folge der prinzipiell freiheitlichen Ausrichtung der Wirtschaftspolitik von Bedeutung: Die in der Wirtschaftsverfassung des Staates festgelegten Verhaltensregeln und -vorschriften können praktisch niemals alle Ausweichmöglichkeiten frei wirtschaftender Individuen vorhersehen und deren Erfindungsreichtum in dieser Hinsicht unterdrücken. Das Ergebnis sind regelmäßig festzustellende Fehlwirkungen der Gesetze oder unerwünschte und unvorhergesehene Nebenwirkungen auf andere Gebiete.

Die notwendige Folge dieses partiellen und unvollkommenen Interventionismus' ist die Schaffung neuer, ergänzender Regulierungen, die wiederum erst auf dem meist langwierigen und kompromißreichen parlamentarischen Weg durchgesetzt werden müssen und neue Ausweichreaktionen hervorrufen werden, denen wiederum entgegengetreten werden muß.

Diese Entwicklung zeigt sich praktisch in allen dargestellten Teilbereichen der Wirtschaft der USA. Das Ergebnis sind so unbefriedigende Teilordnungen, wie sie z.B. im Verkehrswesen, in der Landwirtschaft und in der Industrie (Konzentrationsproblem) entstanden und noch bestehen.

Der Knappheit der finanziellen Mittel des Staates, die wiederum meist erst in langwierigen parlamentarischen Mühen zur Durchführung einer bestimmten wirtschaftspolitischen Aufgabe bereitgestellt werden können, stehen oft erhebliche Summen gegenüber, die von nach eigenen Gestaltungsvorstellungen handelnden privaten Wirtschaftseinheiten eingesetzt werden, um der staatlichen Zielsetzung entgegenzuwirken. Neben den Beziehungen zwischen Staat und Privaten sind diejenigen zwischen den Trägern von Staatsfunktionen auf verschiedenen Ebenen und zwischen privaten Einheiten oder Gruppen wesentlich für die Gestaltung von Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftsprozess in den USA. Die im Laufe der Zeit stark gewachsenen Gemeinschaftsaufgaben des Bundes harmonisieren nicht immer mit den wirtschaftlichen Gestaltungsinteressen der Einzelstaaten, die der Einzelstaaten nicht immer mit denen der Gemeinden und Gemeindeverbände. Hieraus entsteht die Notwendigkeit oft langwieriger Verhandlungen und von Kompromißentscheidungen, was im Interesse der 'objektiv richtigen' Ansetzung der Interventionen zu bedauern ist.

Innerhalb des privaten Wirtschaftsbereichs findet sich eine unübersehbare Vielzahl von Einzelbeziehungen in Form von Positionskämpfen. Erwähnt seien hier lediglich die Auseinandersetzungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, geführt von den jeweiligen Verbänden, die Positionskämpfe zwischen den einzelnen Unternehmungen und Betrieben um die Stellung am Markt, wobei sich in immer stärkerem Maße die gewachsenen Groseinheiten durchsetzen. Schließlich ist der Wettbewerb um wirtschaftliche und gesellschaftliche Positionen zwischen Individuen zu nennen, der sich auf allen Ebenen und in allen Bereichen täglich millionenfach abspielt und in dem gleichfalls Startvorteile eine zunehmende Rolle spielen.

Zusammenfassend können wir die Wirtschaftsordnung der USA beschreiben als das Ergebnis eines permanenten Wettbewerbs, der sich zwischen Repräsentationsorganen und wirtschaftenden Einheiten und innerhalb dieser abspielt und zur Durchsetzung der jeweiligen Gestaltungsvorstellungen geführt wird. Dieser Wettbewerb hat bis zur Gegenwart einen erfreulichen allgemeinen

Leistungsaufschwung bewirkt und die Dynamik der Wirtschaft der USA stark gefördert. Daß dieser Wettbewerb mit zum Teil ungleichen Mitteln geführt wird, beeinträchtigt seine positive Bewertung, wenn auch der darin liegende besondere Leistungsanreiz für den schwächeren Teil nicht unterschätzt werden soll. Der Staat versucht, die Ungleichheit des Wettbewerbs durch Repression und Förderung auszugleichen, hat dazu jedoch wegen des gleichfalls in seiner Repräsentation anzutreffenden Pluralismus' der Gestaltungsvorstellungen oft nicht die erforderliche Schlagkraft und Reagibilität, so daß in vielen Fällen die objektiv beste Methode der Intervention in einem bestimmten Fall hinter der von der Mehrheit geforderten zurückstehen muß. Es scheint, daß diese Schwäche der Preis für eine weitgehende wirtschaftliche Freiheit ist. Man ist in den USA bereit, diesen Preis für alle sonstigen Vorteile dieses Systems zu zahlen.

Das wesentlichste Kennzeichen der Wirtschaftsordnung der UdSSR ist die überragende Position, die der Staat als gestaltender Faktor von Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftsprozeß einnimmt. Formal wird der Staat in der Sowjetunion von den gewählten Vertretern des Staatsvolks repräsentiert, materiell werden jedoch alle Machtbefugnisse des Staates von einem, vom Willen des Staatsvolkes unabhängigen Verband, der Kommunistischen Partei, ausgeübt. Diese durchdringt sämtliche gesellschaftliche Organisationen des Landes mit ihren Kadern und bildet ihre Spitze. Der strenge hierarchische Aufbau dieser Partei sichert ihrer Führung die absolute Macht im Staate.

Das Vorhandensein einer in ihrer Macht praktisch unbeschränkten Staatsführung hat zur Folge, daß diese Wirtschaft und Gesellschaft des Landes ohne Rücksichtnahmen nach ihren eigenen Zielvorstellungen ausrichten kann. So kann neben dem (uneingeordneten) obersten Ziel, der Erhaltung dieser Macht und der Unterdrückung aller potentiellen Konkurrenten, die offizielle Grundidee auf langfristige ideelle Ziele abgestellt sein, wobei alle kurzfristigen und praktischen Zwischenziele nur Mittel zur allmählichen Verwirklichung der umfassenden Konzeption sind.

Nach dem Vorgesagten liegt hier der Extremfall einer Wirtschaftsordnung vor: die gestaltenden Kräfte von Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftsprozess sind auf eine einzige Kraft (Die Machtspitze der KPdSU) reduziert. Diese baute - nach Beseitigung aller mitformenden Gewalten bis zum Beginn der 1930er Jahre - eine Wirtschaftsstruktur ohne echte Alternativen auf und ordnete alle wirtschaftenden Einheiten in einen fast bis in alle Einzelheiten festgelegten Wirtschaftsprozess ein. In diesem Wirtschaftsprozess bleiben den wirtschaftenden Einheiten zwar Gestaltungsmöglichkeiten, aber entweder nur solche, die den Wirtschaftlern eigene Vorteile bringen, aber von dem Gestaltungsmonopolisten geduldet werden, weil sie seinen Zielen entgegenkommen, oder solche, die die Pläne des obersten Gewaltenträgers zwar teilweise durchkreuzen, aber wegen ihrer 'Illegalität' mit erheblichen Risiken verbunden sind und langfristig nicht verwirklicht werden können. Auf keinen Fall können die Gestaltungsmöglichkeiten von außerhalb der Staatsführung stehenden wirtschaftenden Einheiten am Prinzip der 'von oben' gewollten Wirtschaftsordnung rühren, da die Führung alle Machtmittel zu ihrer Unterdrückung besitzt.

Dies gilt besonders von den in neuerer Zeit von der Staatsführung konzeditierten Gestaltungsfreiheiten (relative Freizügigkeit innerhalb des Staatsgebiets, Möglichkeit der Kündigung von Arbeitsverträgen seitens der Arbeitnehmer, Konsumfreiheit etc.). Hier sind die Grenzen der Freiheit so scharf gezogen, daß das prinzipielle Gestaltungsmonopol der Staatsführung nicht angetastet werden kann.

Zusammenfassend ist die Wirtschaftsordnung der UdSSR beinahe vollständig als das Ergebnis der vom Staat gesetzten Wirtschaftsverfassung zu bezeichnen, die zu modifizieren die wirtschaftenden Einheiten praktisch nicht in der Lage sind. Eine langfristige ideale Grundidee zu verfolgen und die Individuen durch Anreize materieller Art und sozialen Prestigegewinn zum Mitanstreben dieses Ziels zu bewegen, fällt dem Staat (der Staatspartei) als dem Träger des Gestaltungsmonopols deshalb nicht schwer.

Der Vorteil einer so gearteten Wirtschaftsordnung liegt darin, daß die Verfolgung bestimmter ökonomischer und sozialer Zielsetzungen dem Staat wesentlich leichter fällt und er sie auf direkterem Wege erreichen kann als die Repräsentation des Staates in einer pluralistischen Gesellschaft. Nachteile sind vom individualistischen Standpunkt darin zu sehen, daß allein der Staat bestimmt, welche Zielsetzungen mit welcher Dringlichkeit angestrebt werden. Ferner scheint im Fehlen eines tatsächlichen Wettbewerbs zwischen allen gesellschaftlichen Einheiten ein echter Mangel an Anreiz zu Leistungssteigerungen zu liegen, der auch durch Schaffung vieler künstlicher Wettbewerbssysteme in der Wirtschaft bisher nicht zu beseitigen war.

Nach den in den Einzeldarstellungen und in den vorstehenden Zusammenfassungen deutlich gewordenen Unterschieden zwischen den Wirtschaftsordnungen der USA und der UdSSR, die schon von der Anlage her bestehen, muß noch auf ein Merkmal bestehender Gemeinsamkeiten hingewiesen werden. Es bestehen für jede Form wirtschaftlicher Organisation von außen wirkende Gesetzmäßigkeiten ökonomischer und naturwissenschaftlicher Art (Gesetz vom abnehmenden Bodenertragszuwachs, Gesetz der Massenproduktion, die optimale Betriebsgröße, technische, biologische, klimatische etc. Gesetzmäßigkeiten), die die Gestaltungsfreiheit von Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftsprozess durch die handelnden Faktoren einengen und die nicht ohne nachteilige wirtschaftliche Rückwirkungen außer Acht gelassen werden können.

Wie die - von der jeweiligen Grundidee und dem politischen, geistigen und sozialen Rahmen des Ökonomischen ausgehenden - Betrachtungen der Wirtschaftsordnungen der USA und der UdSSR gezeigt haben dürften, sind Vergleiche von Wirtschaftsordnungen verschiedener Länder nur in Form von getrennten Einzeldarstellungen mit anschließender Herausstellung der jeweiligen Wesensmerkmale sinnvoll. Ein Vergleich zweier Wirtschaftsordnungen, dem nicht eine ausführliche Darlegung der Rahmenbedingungen des Ökonomischen zugeordnet ist, erscheint aus diesem Grunde verfehlt. Fast jede Aussagekraft fehlt partiellen Vergleichen von Teilgebieten verschiedener Wirtschafts-

ordnungen ohne eine umfassende Schilderung des Gesamtzusammenhangs ('Die Einkommensteuer in den USA und der UdSSR'), sofern damit nicht lediglich ein billiger politischer Effekt erzielt werden soll.

Eine Auseinandersetzung mit der landläufigen These von der Annäherung des kapitalistischen und des sozialistischen Wirtschaftssystems ('Wirtschaftssystem' dabei verstanden als Summe der charakteristischen Organisations- und Leistungsmerkmale einer Volkswirtschaft, als Gestaltungsprinzip) erübrigt sich weitgehend nach allem Vorgesagten. Aus einer Vermehrung der Staatseingriffe und der Vergesellschaftung mancher Strukturformen in der Wirtschaft der USA sowie aus der in jüngster Zeit in der UdSSR festzustellenden Lockerung des wirtschaftlichen und politischen Drucks auf die individuellen Wirtschaftseinheiten ('Liberalisierung') auf die allmähliche Entstehung eines Mischsystems aus kapitalistischen und sozialistischen Elementen schließen zu wollen, erscheint völlig abwegig. Fragen wir mit Eucken: "Wer lenkt?", so zeigt sich sofort, daß "es aus...morphologischen Gründen keinen dritten, keinen 'goldenen' Mittelweg gibt"¹⁾ und geben kann. Was bleibt, ist die Möglichkeit der Angleichung des einen 'Systems' an den wirtschaftlichen Lenkungsmodus des anderen. Hierfür zeigen sich in der Gegenwart jedoch keinerlei Anzeichen.

Die Feststellung der Unvereinbarkeit der zur Zeit in den USA und der UdSSR realisierten Gestaltungsprinzipien des Wirtschaftens schließt jedoch nicht die Aussage ein, daß auch eine Annäherung der in den Wirtschaftsordnungen beider Staaten verwirklichten Elemente unmöglich ist, ohne daß die betreffenden Gestaltungsprinzipien aufgegeben werden müßten.

Eine Prüfung der für eine solche Annäherung gegebenen Voraussetzungen zeigt, daß die elastische Grundidee des Staates in den USA über die Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft einen relativ weiten Rahmen für wirtschaftsordnungspolitische Variationen läßt, während die ideellen und materiellen Entwicklungsziele der Führung der Sowjetunion sowie deren Festhalten an den Grundprinzipien der zentralen Planwirtschaft den ordnungspolitischen Spielraum stark einengen.

1) Hensel, Paul K.: Strukturgegensätze oder Angleichungstenden-

Es soll im folgenden die Frage geprüft werden, ob und in wie weit es theoretisch denkbar erscheint, daß die Wirtschaftsordnung der USA dergestalt verändert werden kann, daß sie Merkmale der Wirtschaftsordnung der UdSSR übernimmt, ohne daß auf ihre bisherigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gestaltungsprinzipien ganz oder teilweise verzichtet werden müßte, und welche Wahrscheinlichkeit für derartige Wandlungen zur Zeit gegeben erscheint. Anschließend soll eine entsprechende Untersuchung für die Wirtschaftsordnung der UdSSR erfolgen.

Zur Untersuchung für die Wirtschaftsordnung der USA sind die Gestaltungselemente der Wirtschaftsordnung der UdSSR aufzuführen und auf ihre Übertragbarkeit auf die Wirtschaftsordnung der USA unter der gegebenen einschränkenden Prämisse zu prüfen; entsprechendes hat für die Betrachtung der möglichen Wandlungen der Wirtschaftsordnung der UdSSR zu geschehen.

Als Elemente der Wirtschaftsordnung der UdSSR lassen sich herausstellen:

- (1) Dominanz des Gemein-(Staats-)eigentums an den Produktionsmitteln;
- (2) Bestehen eines zentralen Planungs- und Lenkungsapparates mit der Macht zur Setzung vollzugsverbindlicher Anordnungen;
- (3) Setzung und Überwachung der Einhaltung solcher Anordnungen durch einen zentralen Herrschaftsapparat für fast alle wirtschaftenden Einheiten;
- (4) Grundlage der Setzung vollzugsverbindlicher Anordnungen sind langfristige gesellschaftliche und gesamtwirtschaftliche Entwicklungsziele allgemeiner und spezieller Art;
- (5) Beherrschung der meisten wirtschaftlichen Lebensäußerungen nichtstaatlicher Einheiten durch ein ausgebautes staatliches Interventionssystem;
- (6) Übernahme der sozialen Betreuung der Staatsbürger während ihrer gesamten Lebenszeit;

zen der Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme von Ost und West in: 'Ordo', 12. Band, Düsseldorf 1961, S. 328. Vergleiche auch hierzu: Bosch, Werner: Marktwirtschaft - Befehlswirtschaft; Heidelberg 1960, S. 185-191.

(7) der wirtschaftliche und gesellschaftliche Freiheitsspielraum ist meist vom Staat konzidiert und so bemessen, daß eine Annäherung an die Erreichung der staatlichen Entwicklungsziele gefördert wird.

Überprüfen wir die vorstehend genannten Elemente der Wirtschaftsordnung der UdSSR auf ihre teilweise und annäherungsweise Übertragbarkeit auf die Wirtschaftsordnung der USA, so ist festzustellen:

Zu 1: Eine Verstärkung des Staatseigentums an den Produktionsmitteln erscheint bei fallweiser Anwendung in einigen Bereichen der Wirtschaft der USA (Public Utilities, Banken) ohne Verzicht auf die 'Steuerung der Wirtschaft von unten' denkbar. Voraussetzung hierfür wäre jedoch, daß der Staat nur jeweils einzelne Einheiten eines Wirtschaftssektors übernimmt, sie nicht hoheitlich führt, sondern im Wettbewerb mit den anderen Einheiten dieses Sektors unter gleichen Bedingungen arbeiten läßt, und daß die staatlichen Unternehmen sich dem 'Diktat des Marktes' unterwerfen. Trotz dieser Einschränkung bleibt die Frage offen, wie sich der Staat beim drohenden Untergang eines seiner Unternehmen verhalten würde und ob die Beschäftigten der staatlichen Unternehmenseinheit den gleichen Leistungswillen zeigen werden wie bei einer Betriebsführung unter privater Leitung. Überlegungen der vorstehenden Art erscheinen jedoch als theoretische Spekulationen, da keinerlei Anzeichen für ein Eindringen des Staates als Unternehmer in die Sphäre der Privatwirtschaft zu erkennen sind.

Von größerer Aktualität erscheint jedoch die Diskussion der Frage, in wieweit eine steigende 'Vergesellschaftung' des Kapitals der Privatwirtschaft durch das immer stärker zunehmende 'Sparen in Aktien' sich abzeichnet, in wieweit eine zunehmende Streuung der Eigentumsrechte an Aktiengesellschaften sich aus den wachsenden Kapitalerfordernissen der amerikanischen Wirtschaft ableiten wird. Es könnte sich eine Entwicklung ergeben, die bewirkt, daß ein bedeutender Prozentsatz der Haushalte der USA an den großen und größer werdenden Kapitalgesellschaften des Landes beteiligt ist, seine Stimmrechte durch gewählte Aktionärsvertreter ausüben läßt, und daß neben den politischen auch wirtschaftliche Wahlvorgänge die Mitbestim-

nung der Bevölkerung auch in wirtschaftlichen Dingen dokumentieren. Es könnte hier die Entwicklung zu einem gesellschaftlichen Eigentum an den Produktionsmitteln prognostiziert werden, wie sie in der UdSSR - freilich unter ganz anderen Aspekten - in der Entwicklung zum Kommunismus verwirklicht werden soll.

Zu 2 und 3: Eine Annäherung an eine vollzugsverbindliche gesamtwirtschaftliche Planung und Lenkung der Wirtschaft erscheint für die USA - außer vielleicht in Kriegszeiten - ausgeschlossen, weil hierdurch die 'Steuerung von unten' aufgehoben werden würde. Denkbar erscheint eine solche Entwicklung jedoch auf Teilbereichen. So könnte z.B. die Landwirtschaftspolitik des Staates die Produzenten noch wesentlich stärker als bisher binden, indem sie ihnen weitgehende Vorschriften hinsichtlich des Anbaus, der Brachen, der Verkaufspreise, -mengen und -bedingungen setzt und deren Einhaltung streng überwacht. Der Staat könnte gleichfalls den Verkauf der landwirtschaftlichen Erzeugnisse selbst übernehmen. Eine solche 'planwirtschaftliche' Reglementierung der Landwirte ist theoretisch und praktisch denkbar, wird im Anwendungsfall wohl aber nur die Produzenten erfassen, die an der staatlichen Ausgleichsfinanzierung teilnehmen wollen. Nach den bisherigen Erfahrungen wird es jedoch für die Landwirte kaum Alternativen zu einer solchen Teilnahme geben.

Zu 4: Neben langfristigen staatlichen Entwicklungszielen allgemein-gesamtwirtschaftlicher Art (Sicherung eines stetigen Wirtschaftswachstums, Streben nach Stabilität etc.) finden sich in den USA nur in wenigen Bereichen solche spezieller Art. Hier ist besonders an die Politik zur Erhaltung der natürlichen Hilfsquellen sowie an die Steigerung der militärischen Abwehrbereitschaft zu denken. Im ersten Fall wird der Staat allen mit Erhaltungsprojekten in Berührung kommenden Wirtschaftseinheiten durch eine Setzung vollzugsverbindlicher Verhaltensanordnungen Auflagen machen, im zweiten Fall kann die Vergabe von Rüstungsaufträgen an Private an so strenge Leistungsbedingungen gebunden werden, daß die privaten Wirtschaftler für diese Aufträge kaum noch irgendwelche Gestaltungs-

freiheiten haben. Eine Entwicklung in dieser Richtung hat sich in den USA in beiden Bereichen bereits angebahnt.

Zu 5: Hier ist an die noch wesentlich intensiviertere Fortführung der staatlichen Interventionen in den Bereichen Industrie, Verkehr, Geldwesen, Public Utilities etc. zu denken. Ein energischeres Eintreten des Staates zur Erhaltung seiner Ordnungsidee in den genannten Bereichen ist zu erwarten, eventuell eine Straffung des Interventionsapparates durch die Übertragung aller Regulierungsfunktionen auf zentrale Bundesinstitutionen mit weitreichenden Vollmachten.

Zu 6: Auf diesem Gebiet zeigt sich ebenfalls eine Tendenz zur wachsenden Betätigung des Staates. Wenngleich das amerikanische System der sozialen Sicherheit im Vergleich zu europäischen Vorbildern noch nicht voll entwickelt ist, so ist doch nicht zu verkennen, daß der Staat, und besonders der Bund, seine mittelbaren und unmittelbaren Aufwendungen für soziale Leistungen in den letzten 30 Jahren wesentlich erhöht hat und sie weiter zu steigern im Begriffe ist.

Zu 7: Die Beschränkung der wirtschaftlichen Bewegungsfreiheit der Einzelnen durch staatliche Interventionen ist in den USA seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts laufend gestiegen, in verstärktem Tempo seit den Anfängen des New Deal. Selbst eine noch weitergehende Einmischung des Staates in wirtschaftliche Unternehmungen von Privaten wird jedoch in absehbarer Zeit kaum dazu führen, die Möglichkeiten privater Eigeninitiative in nennenswerter Weise erlahmen zu lassen; für deren Erhaltung wird schon durch die besondere Art der Staatsrepräsentation in den USA Sorge getragen werden.

Eine Einengung der Bewegungsfreiheit der Privaten erfolgt außer durch den Staat auch durch private Gruppierungen, wie z.B. durch die Koalitionen am Arbeitsmarkt und die Konzentration in der Wirtschaft, durch die die Wahl- und Gestaltungsmöglichkeiten von Einzelnen eingeschränkt werden können. Im Gegensatz zu den letztgenannten Beschränkungen der privaten Beweglichkeit in wirtschaftlichen und sozialen Dingen haben die Staatsinterventionen das Ziel, über eine Erhöhung des Wettbewerbsgrades auch die Bewegungsfreiheit der Wirtschaftseinheiten zu erhöhen, allerdings bisher oft mit dem Ergebnis,

daß das Mehr an Interventionen die durch sie erzielten Wettbewerbsfortschritte ausglich oder sogar überwog.

Als Elemente der Wirtschaftsordnung der USA sollen herausgestellt werden:

- (1) Dominanz des Privateigentums an Produktionsmitteln;
- (2) autonome Entscheidungen privater Wirtschaftseinheiten bestimmen das Wirtschaftsgeschehen;
- (3) der Staat betrachtet die Freiheit der Individuen im Normalfall als förderlich für den Fortschritt der Gesamtwirtschaft;
- (4) Die Leistungskraft wirtschaftender Einheiten bestimmt ihr Wohlergehen, wobei die Gesamtheit der Endverbraucher über den Markt letztlich als Richter auftritt;
- (5) der Staat interveniert in private Gestaltungen entsprechend seiner Ordnungsidee, gestaltet die Wirtschaft als Träger von Wirtschaftsunternehmen aber kaum selbst;
- (6) die Vorsorge des Staates für die soziale Sicherheit seiner Bürger ist begrenzt;
- (7) das Votum der relativen Mehrheit der Staatsbürger bestimmt die Art der Staatsrepräsentation.

Im folgenden wird geprüft werden, in wieweit sich die vorstehend genannten Merkmale der Wirtschaftsordnung der USA teiler oder annäherungsweise auf die Wirtschaftsordnung der UdSSR übertragen lassen, ohne deren Gestaltungsprinzipien zu ändern.

Zu 1: Die Wiedereinführung des Privateigentums an Produktionsmitteln könnte in der Sowjetunion teilweise erfolgen, wenn die neuen privaten Wirtschaftseinheiten vollständig dem bisherigen Planungs- und Lenkungssystem verhaftet bleiben würden. Eine solche Lösung erscheint ohne wesentlichen praktischen Wert und ist für die Sowjetführung nicht akzeptabel, da sie sich hiervon - zumindest in den wirtschaftlichen Großunternehmen - keine Leistungsfortschritte versprechen könnte.

Anders wäre ein Zurücktreten des Eigentümers 'Staat' zugunsten gesellschaftlicher Organisationen zu werten, sofern diese eine echte Repräsentation der betreffenden Bevölkerungsgruppen darstellten und weitgehende Handlungsbefugnisse zuge-

sprochen erhielten. Eine Entwicklung in dieser Richtung könnte sich mit dem Entstehen von Leistungsreserven und dem Fortschreiten des gesellschaftlichen Bewußtseins der Bürger auf dem Weg zum Kommunismus anbahnen.

Zu 2: Die Autonomie der Wirtschaftseinheiten könnte nach der Schaffung einer breiteren materiellen Basis erhöht werden, um den weiteren wirtschaftlichen Fortschritt zu beschleunigen. In der Forderung der Betriebe nach selbständiger Wahl der Lieferanten, nach der Bestellung nach Katalogen etc. zeigen sich erste Ansätze in dieser Richtung.

Zu 3: Die Führung der Sowjetunion hat erkannt, welche Möglichkeiten für die Beschleunigung der wirtschaftlichen Entwicklung in der Nutzung der privaten Initiative liegen. Es steht zu erwarten, daß sie dieser im Rahmen einer Grobplanung größeren Spielraum gewähren wird, wenn die allseitige Güterknappheit zumindest zum Teil überwunden ist.

Zu 4: Hierfür zeigen sich innerhalb des Prinzips der wirtschaftlichen Rechnungsführung bereits Ansätze, die nach der Überwindung der allgemeinen Knappheitssituation mit Sicherheit noch erweitert werden dürften. Im Handelsbereich tritt bereits heute der Endverbraucher als 'Richter' auf, wobei der Handel in steigendem Maße versucht, im Sinne der Richtung der Nachfrage auf die vorgelagerten Stufen einzuwirken.

Zu 5: Es zeigt sich die Möglichkeit, daß die einzelnen Wirtschaftseinheiten, die zwar weiterhin in Staatseigentum bleiben, eine größere Autonomie erhalten, wobei der Staat dort interveniert, wo diese Autonomie in Handlungen mißbraucht wird, die den Zielen der Staatsführung zuwiderlaufen.

Zu 6: Es steht zu erwarten, daß der Staat das System sozialer Sicherheit weiterhin in vollem Umfang aufrechterhalten wird. Eine knappe Dotierung der Versorgungssätze könnte jedoch die privaten Einheiten zu Leistungssteigerungen (z.B. mit dem Ziel eines selbstverantwortlichen Alterssparens etc.) veranlassen, was in vielen Fällen den wirtschaftlichen Interessen der Staatsführung der UdSSR entsprechen würde.

Zu 7: Hier würde sich - ohne das politische System zu erschüttern - eine Verbesserung zeigen, wenn die Wähler die Auswahl

zwischen mehreren, allerdings der KPdSU sämtlich genehmen Kandidaten erhielten. Auf diesem Gebiet könnten sich Veränderungen abzeichnen, wenn auf dem Weg zum Kommunismus gesellschaftliche Organisationen an die Stelle des Staates treten würden, unter der Voraussetzung der 'Hebung des gesellschaftlichen Bewußtseins' der Staatsbürger.

Die in den vorstehenden Ausführungen aufgezeigten Möglichkeiten einer Annäherung der Elemente der Wirtschaftsordnungen der USA und der UdSSR dürfen nicht überbewertet werden. Es können sich rein formal Angleichungen ergeben, die jedoch bedeutungslos sind, sofern der Geist der jeweiligen Gestaltungsprinzipien unverändert bleibt. Immerhin könnte man die Frage aufwerfen, ob sich nicht in modernen, hochtechnisierten Massengesellschaften zwangsläufig ähnliche Lebens- und Tätigkeitsformen herausbilden werden, wenn diese Gesellschaften einen fast gleichen, sehr hohen Stand der Zivilisation erreicht haben. Es erscheint denkbar, daß sich - von Umwelteinflüssen bedingt - eine Konformität der Probleme, Gewohnheiten und Aufgaben einstellt, die dogmatische Bindungen sprengen muß, wenn ihr Rahmen nicht elastisch genug ist, um sich sozialen Veränderungen anpassen zu können.

L i t e r a t u r v e r z e i c h n i s

(Enthält nur die zitierten Bücher und Artikel)

- | | |
|--|---|
| Abutkowa, G.W. | Die Konjunkturforschung im Sowjet-handel; Berlin 1956. |
| Adams, James T.
(Herausgeber) | Dictionary of American History;
2.Auflage, New York 1951. |
| Adams, Walter und
Gray, Horace M. | Monopoly in America; New York 1955. |
| Adams, Walter | The Role of Competition in the Regu-
lated Industries; in: 'The American
Economic Review', Nr. 2/1958. |
| Adelman, M.A. | The Measurement of Industrial Concen-
tration; in: 'The Review of Economics
and Statistics', Nr. 4/1951. |
| Akademie der Wissen-
schaften der UdSSR
(Herausgeber) | Politische Ökonomie; deutsch nach der
dritten russischen Ausgabe,
Berlin 1960. |
| Alampijew, P und
Kistanow, W. | Im Interesse der komplexen Entwicklung
der Volkswirtschaft. Ein neues Netz
von Wirtschaftsgroßräumen; in: 'Ekono-
mitscheskaja gaseta', Moskau, 28.5.1961.
Übersetzt und abgedruckt in: 'Ostprole-
me', Nr. 15/1961. |
| Albrecht, Anneliese,
Dietrich, Hans und
Matterne, Esther | Organisation und Methoden der Bedarfs-
forschung in den Betrieben des sozia-
listischen Handels und im Staatsappa-
rat; Berlin 1960. |
| Americana Corporation
(Herausgeber) | Encyclopedia Americana; New York 1959. |
| American Economic As-
sociation, The
(Herausgeber) | Readings in the Social Control of In-
dustry; Philadelphia 1942 und Neu-
druck ebendort 1947. |
| Anderson, Thomas J., jr. | Our Competitive System and Public
Policy; Cincinnati 1958. |
| Anweiler, Oskar und
Meyer, Klaus | Die sowjetische Bildungspolitik seit
1917; Heidelberg 1961. |
| Anweiler, Oskar | Die Reform des sowjetischen Bildungs-
wesens; in: 'Osteuropa', Nr. 2, 3/1959. |
| Asch, Sidney H. | Social Security and related Welfare
Programs; 2.Auflage, New York 1957. |
| Aubrey, Henry G. | Soviet Trade, Price Stability and Eco-
nomic Growth; in: 'Kyklos', Nr. 3/1959. |
| Auburn, H.W.
(Herausgeber) | Das internationale Bankwesen;
Frankfurt a.M. 1960. |
| Bank Holding Company
Act of 1956 | Textwiedergabe in: 'Federal Reserve
Bulletin', Nr. 5/1956. |

- Baranow, I. und Liberman, F. The Regulations on Product Delivery; in: 'Planovoe Khoziaistvo', Nr. 9/1959. Übersetzt und abgedruckt in: 'Problems of Economics', Nr. 8/1959.
- Barnes, Irston R. The Economics of Public Utility Regulation; New York 1947.
- Barnes, Wendell What Government Efforts are being made to assist Small Business; in: 'Law and Contemporary Problems', Nr. 1/1959.
- Batyrjow, W.M. und Ussoskin, M.M. Der kurzfristige Kredit und die Organisation der Geldzirkulation in der UdSSR; Berlin 1954.
- Bauermeister, M. Die russische kommunistische Theorie und ihre Auswirkung in den Planwirtschaftsversuchen der Sowjetunion; Jena 1930.
- Baumann, Wolfgang Expansionsprobleme amerikanischer Banken; in: 'Sparkasse', Nr. 8/1959.
- Baykov, Alexander The Development of the Soviet Economic System; Cambridge/Mass. 1946.
- Beard, Charles A. An Economic Interpretation of the Constitution of the United States; New York 1925.
- Becker, Rudolf Die Gewerbe genossenschaften in der Sowjetunion; in: 'Osteuropa-Wirtschaft', Nr. 2/1961.
- v. Beckerath, Erwin u.a. (Herausgeber) Handwörterbuch der Sozialwissenschaften; geplant 12 Bände, Göttingen 1956 bis....
- v. Beckerath, Erwin, Meyer, F.W., Müller-Armack, A. (Herausgeber) Wirtschaftsfragen der freien Welt; 2. Auflage, Frankfurt a.M. o.J. (1958)
- Bell, James W. und Spahr, Walter E. (Herausgeber) A proper Monetary and Banking System for the United States; New York 1960.
- Benedict, Murray R. The Supply, Price and Income Dilemma; in: 'Journal of Farm Economics', Nr. 2/1959.
- Benisch, Werner US-Antifusions-Verfahren; in: 'Wirtschaft und Wettbewerb', Nr. 10/1961.
- Berle, Adolf und Means, Gardiner C. The modern Corporation and private Property; New York 1932.
- Berliner, Joseph S. Factory and Manager in the USSR; Cambridge/Mass. 1957.
- Beschluß des Plenums des Zk der KPdSU vom 17.12.1957 Über die Arbeit der Gewerkschaften der UdSSR; abgedruckt in: 'Trud', Moskau, 19.12.1957. Übersetzt und abgedruckt in: 'Ostprobleme', Nr. 3/1958.

- Beschluß des Zk der KPdSU und des Ministerrats der UdSSR vom 22.März 1962 Über die Umgestaltung der Leitung der Landwirtschaft;übersetzt und abgedruckt in:'Ostprobleme', Nr.8/1962.
- Beschluß über die Bildung der Arbeiter- und Bauernregierung in:Lenin,W.I.:Werke (deutsche Ausgabe)Band 26,Berlin 1961.
- Bessarabow,W. Der Versandhandel in der UdSSR muß allseitig verbessert werden;in: 'Sowjetskaja Torgowlja',Moskau.Übersetzt und abgedruckt in:'Wirtschaftsdigest',Nr.12/1959.
- Bettelheim,Charles Sowjetunion:Verfassung:Wirtschaftsverfassung;in:Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Band 9.
- Bigham,Truman C. Transportation.Principles and Problems.New York 1947.
- Birman,A.M. Die Finanzen der Wirtschaftszweige der UdSSR,Teil I:Industrie;Berlin 1956.
- v.Bissing,W.M. Theorie der sozialistischen(sowjetischen)Wirtschaft;in:Jahn,Georg u. v.Bissing,W.M.(Herausgeber):Die Wirtschaftssysteme der Staaten Osteuropas und der Volksrepublik China;l.Band,Berlin 1961.
- v.Bissing,W.M. Verkehrswesen und Verkehrspolitik in der Sowjetunion;in:'Archiv für Eisenbahnwesen',Nr.3/1959.
- Björk,Lief Wages,Prices and Social Legislation in the Soviet Union;London 1953.
- Blick,Heinz Der garantierte Jahreslohn in den USA;o.O.,1959.
- Blodgett,Ralph H. und Kemmerer,Donald L. Comparative Economic Development; New York 1956.
- Board of Governors of the Federal Reserve System(Herausgeber) The Federal Reserve Act;Washington o.J.
- Board of Governors of the Federal Reserve System Forty-Seventh Annual Report(Covering Operations for the Year 1960); Washington 1961.
- Board of Governors of the Federal Reserve System Regulations A-Y;Washington verschiedene Daten(in der Zusammenstellung der Deutschen Bundesbank für den internen Dienstgebrauch).
- Böckli,Hans Rudolf Was ist Antitrust? Rüschnikon 1959.

- Böhm, Franz Die Ordnung der Wirtschaft als geschichtliche Aufgabe und rechtsschöpferische Leistung; Stuttgart 1937.
- Boettcher, Erik Die sowjetische Wirtschaftspolitik am Scheidewege; Tübingen 1959.
- Boettcher, Erik Sowjetunion: Wirtschaft: Hauptphasen der wirtschaftlichen Entwicklung; in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Band 9.
- Bogart, Ernest L. und Kemmerer, Donald L. Economic History of the American People; New York 1947.
- Bognár, Jozsef Einige theoretische und praktische Probleme der sozialistischen Nachfrageforschung; in: 'Wissenschaftliche Zeitschrift der Hochschule für Binnenhandel, Leipzig', Nr. 1/1960.
- v. Borch, Herbert Die unfertige Gesellschaft; München 1960.
- Bordaz, Robert La nouvelle économie soviétique 1953-1960; Paris 1960.
- Borkenau, Franz (Herausgeber) Karl Marx; Frankfurt a.M. 1959.
- Borinski, Fritz Erziehung und Bildung in der Sowjetunion; in: Freie Universität Berlin (Herausgeber): Universitätstage 1961: Marxismus-Leninismus. Geschichte und Gestalt; Berlin 1961
- Bosch, Werner Marktwirtschaft-Befehlswirtschaft; Heidelberg 1960.
- Brandow, G.E. Reflections on Farm Policy, Past and Future; in: 'Journal of Farm Economics', Nr. 2/1959.
- Braudel, F. und Perroux, F. (Herausgeber der Reihe) Economies des Démocraties Populaires; Paris...
- Brandt, Karl Guidelines for a Constructive Revision of Agricultural Policy in the Coming Decade; in: 'Journal of Farm Economics', Nr. 1/1961.
- Brandt, Leo Schiene und Straße 1959; Dortmund 1959.
- Bruckberger, Raymond L. Amerika-die Revolution des Jahrhunderts; Frankfurt a.M. 1960.
- Bruhat, Jean Geschichte der Sowjetunion; Hamburg o.J. (1959?).
- Budagova, E. The Problem of Withering Away of the Collective Farmer's Personal Farm Plot; übersetzt und abgedruckt aus einer sowjetischen Quelle in: 'Problems of Economics', Nr. 12/1960.

- Bude, Roland und
Lemberg, Klaus T.
Bulganin, N.A.
Hochschulen und Studenten in der
UdSSR; in 'Osteuropa', Nr. 10, 11/1958.
Über die Aufgaben für den weiteren
Aufstieg der Industrie, des techni-
schen Fortschritts und einer verbes-
serten Organisation der Produktion.
Rede vor dem Plenum der KPdSU am
4.7.1955. Übersetzt und abgedruckt in:
Hildebrandt, Walter und Böhme, Gisela
(Herausgeber): Die Schwerindustrie in
der Sowjetunion; Bad Homburg v.d.H.
1957.
- Burnham, James
Das Regime der Manager; Stuttgart
1951.
- Burns, Arthur
The Decline of Competition; New York
1936.
- Burns, Joseph W.
A Study of the Antitrust Laws;
New York 1958.
- Cahn, Ernst I.
Der Segen der Depositenversicherung;
in: 'Zeitschrift für das gesamte Kre-
ditwesen', Nr. 17/1953.
- Campbell, Robert W.
Soviet Economic Power; Cambridge/Mass.
1960.
- Chalfina, R.O.
Die Umgestaltung der Leitung der In-
dustrie und die vertraglichen Bezie-
hungen zwischen den sozialistischen
Organisationen; übersetzt und abge-
druckt in: 'Sowjetwissenschaft-Gesell-
schaftswissenschaftliche Beiträge';
Nr. 12/1957.
- Chamberlin, E.H.
(Herausgeber)
Monopoly and Competition and their
Regulation; London 1954.
- Charitonow, W.
Dem Direktor gefällt es nicht...;
in: 'Sowjetskaja Latwija', Riga,
4.9.1959. Übersetzt und abgedruckt
in: 'Ostprobleme', Nr. 22/1959.
- Chatschaturow, T.S.
Verkehrswesen; in: Die UdSSR, Enzyklo-
pädie der Union der Sozialistischen
Sowjetrepubliken. Deutsche Ausgabe,
herausgegeben von W. Fickenscher,
Leipzig 1959.
- Chatschaturow, T.S.
Ökonomik des Transportwesens; Berlin
1962.
- Chruschtschow, N.S.
Referat auf der Jubiläumstagung des
Obersten Sowjets der UdSSR am 6.11.
1957: 'Vierzig Jahre Große Sozialisti-
sche Oktoberrevolution'; übersetzt
und abgedruckt bei: Meissner, Boris:
Rußland unter Chruschtschow;
München 1960.

- Chruschtschow, N.S. Rede auf einer Konferenz von Akti-
visten der Landwirtschaft der Weiß-
russischen SSR in Minsk am 22.1.
1958; Teilabdruck in: 'Osteuropa-Wirt-
schaft', Nr.1/1958.
- Chruschtschow, N.S. Thesen vom 1. März 1958 zum Referat:
'Über die weitere Entwicklung der
Kolchosordnung und die Reorganisa-
tion der Maschinen-Traktoren-Sta-
tionen; übersetzt und abgedruckt in:
Meissner, Boris: Rußland unter
Chruschtschow; München 1960.
- Chruschtschow, N.S. Rede auf dem XIII. Kongreß des Kom-
somol am 18.4.1958: Aktive und be-
wußte Erbauer der kommunistischen
Gesellschaft erziehen! Übersetzt und
abgedruckt in: Meissner, Boris: Ruß-
land unter Chruschtschow; München
1960.
- Chruschtschow, N.S. Referat auf dem XXI. Parteitag der
KPdSU am 27.1.1959: Über die Kontroll-
ziffern für die Entwicklung der UdSSR
in den Jahren 1959 bis 1965; über-
setzt und abgedruckt in: Meissner,
Boris: Rußland unter Chruschtschow;
München 1960.
- Churchill, Betty C. Size of Business Firms; in: United
States Department of Commerce, Office
of Business Statistics (Herausgeber):
Survey of Current Business, Septem-
ber 1959.
- Churchward, L.G. Lokalverwaltung und Räte in der Sow-
jetunion seit dem XX. Parteikongreß;
in: 'Osteuropa', Nr.1/1960.
- City Managers' Association, The Interna-
tional The Municipal Year Book 1959, Chicago
1959; und 1960, Chicago 1960.
- Civil Aeronautics Board Annual Report 1959; Washington 1960.
- Clark, John Maurice Toward a Concept of Workable Compe-
tition; in: The American Economic As-
sociation (Herausgeber): Readings in
the Social Control of Industry; Neu-
druck Philadelphia 1947.
- Commager, Henry St. Documents of American History; Band I
(Herausgeber) und II, 6. Auflage. New York 1958.
- Corwin, Edward S. und Understanding the Constitution;
Peltason, Jack W. New York 1949.
- Council of State Govern- The Book of the States 1960-61;
ments, The (Herausgeber) Chicago 1960.
- Curti, Eugen Das Antitrustrecht der Vereinigten
Staaten von Amerika; Zürich 1955.

- Saggett, Stuart Principles of Inland Transportation; 4.Auflage, New York 1955.
- Davies, R. W. The Development of the Soviet Budgetary System; Cambridge 1958.
- Davis, Kingsley, Bredemeier, Harry C. und Levy, Marion J. jr. Stability and Instability in American Society; in: Davis, K., Bredemeier, H.C. und Levy, Marion J. jr. (Herausgeber): Modern American Society; New York 1949.
- Diller, Oliver D. Our Forest Resources; in: Smith, Guy-Harold (Herausgeber): Conservation of Natural Resources; New York 1950.
- Djakonow, N. Die Sowchose und ihre Bedeutung für die Landwirtschaft in der UdSSR; übersetzt und abgedruckt in: 'Sowjetwissenschaft-Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge', Nr. 2/1958.
- Djatschenko, W.P. Finanzen und Kredit; in: Die UdSSR, Enzyklopädie der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken. Deutsche Ausgabe, herausgegeben von W. Fickenschner, Leipzig 1959.
- Dmitrashko, I. The Development of Forms of Remuneration in Collective Farms; übersetzt und abgedruckt aus einer sowjetischen Quelle in: 'Problems of Economics', Nr. 1/1959.
- Dobb, Maurice Soviet Economic Development since 1917; London 1948.
- Domanewskaja, Olga Agrarsozialismus in Sowjetrußland; Berlin o.J. (1931).
- Dorfman, Joseph The Economic Mind in American Civilization; Band III; New York 1959.
- Dulles, Foster R. Die Arbeiterbewegung in den USA; Paderborn 1956.
- Edwards, Corwin D. Maintaining Competition; New York 1949.
- Eisenhower, Dwight D. Public Papers of the Presidents of the United States: 1957; Washington 1958.
- Eisenhower, Dwight D. Annual Budget Message to the Congress for Fiscal Year 1958, 16.1.1957; in: Eisenhower, Dwight D.: Public Papers of the Presidents of the United States: 1957; Washington 1958.
- Eisenhower, Dwight D. Annual Message Transmitting the Economic Report to the Congress, vom 23.1.1957. In: Eisenhower, Dwight D.: Public Papers of the Presidents of the United States: 1957; Washington 1958.

- Eisenhower, Dwight D. Economic Report of the President. Transmitted to the Congress January 20, 1960; Washington 1960.
- Eitner, Hans-Jürgen Sowjetische Staatsbank lenkt und kontrolliert; in: 'Der Volkswirt', Nr. 45/1960.
- Eitner, Hans-Jürgen Kreml ahndet falsche Planberichte; in: 'Der Volkswirt', Nr. 30/1961.
- Eitner, Hans-Jürgen Chruschtschows Zwanzigjahresplan; in: 'Der Volkswirt', Nr. 42/1961.
- Eitner, Hans-Jürgen Chruschtschow setzt auf das Agrarprogramm; in: 'Der Volkswirt', Nr. 18/1962.
- Engelmann, Fritz Der Kampf gegen die Monopole in den USA; Berlin 1951.
- Engels, Friedrich Grundsätze des Kommunismus; Neu-druck Offenbach 1947.
- Erdmann, F.K. Staatliche Förderung von Klein- und Mittelbetrieben in USA; in: RKW-Auslandsdienst (Herausgeber): Sicherung des Marktanteils für Klein- und Mittelbetriebe; München 1959.
- Erlich, Alexander The Soviet Industrialization Debate, 1924-1928; Cambridge/Mass. 1960.
- Eucken, Walter Die Grundlagen der Nationalökonomie; 7. Auflage, Berlin 1959.
- Europäische Wirtschaftsrat in Paris (OEEC), Der Agrarpolitik in Europa und Nordamerika; Bad Godesberg 1956.
- Europäische Wirtschaftsrat in Paris (OEEC), Der Agrarstruktur-Marktregelung-Preisstützung in Europa und Nordamerika; Bonn 1959.
- European Productivity Agency of the O.E.E.C. Guide to Legislation on Restrictive Business Practices; Vol. II, Teil U.S.; Paris 1960.
- Facts-on-File Inc., New York (Herausgeber) Facts-on-File-Yearbook; Vol. V/1945; Vol. IX/1949; Vol. XXI/1961.
- Fainsod, Merle und Gordon, Lincoln Government and the American Economy; New York 1941.
- Fair, Marvin L. und Williams, Ernest W. jr. Economics of Transportation; revised Edition, New York 1959.
- Falk, Baldhard G. Diskonthandel wird gesellschaftsfähig; in: 'Der Volkswirt', Nr. 38/1962.
- Faulkner, Harold U. Geschichte der amerikanischen Wirtschaft; Düsseldorf 1957.
- Federal Deposit Insurance Corporation Report to insured Banks, December 31, 1960; Washington 1961

- Fetissow, T. Ein Projekt des Siebenjahresplans der UdSSR: Wolga-Ostsee-Schiffahrtsweg; in: 'Die Schiffahrt', Nr. 7/1959.
- Fickenscher, W.
(Herausgeber der deutschen Ausgabe) Die UdSSR, Enzyklopädie der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken; Leipzig 1959.
- Fischer, Ruth Die Umformung der Sowjetgesellschaft; Düsseldorf 1958.
- Förster, Wolfgang Betriebspolitische Finanzwirtschaft; Berlin 1952.
- Förster, Wolfgang und Menz-Goller, Gertraud Die Rolle der Finanzwirtschaft im sowjetischen Wirtschaftssystem; Berlin 1955.
- Förster, Wolfgang Chosrastschot-Wirtschaftliche Rechnungsführung in der UdSSR; in: 'Osteuropa-Wirtschaft', Nr. 2/1956, 1957.
- Fraenkel, Ernst Das amerikanische Regierungssystem; Köln 1960.
- Freeman, Ralph E.
(Herausgeber) Postwar Economic Trends in the United States; New York 1960.
- Freie Universität Berlin
(Herausgeber) Universitätstage 1961: Marxismus-Leninismus. Geschichte und Gestalt; Berlin 1961.
- Friebe, Siegfried Der Kredit in der Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischen Typs; Berlin 1957.
- Fritsch, Bruno New Deal; in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Band 7; Göttingen 1961.
- Furth, J. Herbert Nationale Banksysteme VI: Vereinigte Staaten von Amerika; in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Band I, Göttingen 1956.
- Gade, Hans Die landwirtschaftliche Produktion der Sowjetunion; Berlin 1960.
- Gajzágó, Olivér v. Der sowjetrussische Luftverkehr; in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, Nr. 1/1958.
- Galbraith, John K. Gesellschaft im Überfluß; München 1959.
- Galizki, A. Die Planung im sozialistischen Transportwesen; Berlin 1956.
- Gatowski, L. Die Rolle des Sowjethandels in der sozialistischen Reproduktion; in: 'Der Kommunist', Nr. 9/1955. Übersetzt und abgedruckt in: 'Die Presse der Sowjetunion', Nr. 113/1955.

- Gebhard, Werner Probleme des technischen Fortschritts in der sowjetischen Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspraxis; in: 'Osteuropa-Wirtschaft', Nr. 1/1961.
- Geisler, Rudolf Notenbankverfassung und Notenbankentwicklung in USA und Westdeutschland; Berlin 1953.
- General Services Administration, Federal Register Division, National Archives and Records Service (Herausgeber) United States Statutes at Large 1953; Washington 1953.
- General Services Administration, Federal Register Division, National Archives and Records Service (Herausgeber) United States Government Organization Manual 1959-1960; Washington 1959. Und: ... Manual 1960-61; Washington 1960.
- Genkina, L.S., Gogol, B.I., Kistanow, J.A., Kononow, N.N., Kulikow, A.G., Maximenko, F.A., Oblowazki, F.J. Der Betriebsplan im Handel; Berlin 1957.
- Gesetz v. 24.12.1958. Über die Festigung der Verbindung der Schule mit dem Leben und über die weitere Entwicklung des Volksschulungssystems in der UdSSR; übersetzt und abgedruckt in: Meissner, Boris: Rußland unter Chruschtschow; München 1960
- Gibson, George D. How Fixed are Class Shareholder Rights? in: 'Law and Contemporary Problems', Nr. 2/1958.
- Gittermann, Valentin Geschichte Rußlands; Hamburg 1949.
- Glaeser, Martin G. Public Utilities in American Capitalism; New York 1957.
- Gliksman, Jerzy G. Recent Trends in Soviet Labor Policy; in: 'Monthly Labor Review', Nr. 7/1956.
- Glovinsky, E. The new Budgetary System of the USSR; in: 'Bulletin of the Institute for the Study of the USSR', Nr. 1/1960.
- Gogol, B.I. Die Speise- und Gaststättenbetriebe; in: Lifiz, M.M. (Herausgeber): Die Ökonomie des Sowjethandels; Berlin 1953.
- Goldman, Marshall I. Retailing in the Soviet Union; in: 'Journal of Marketing', Nr. 4/1960.
- Goldsmith, Selma F. Size Distribution of Personal Income 1956-1959; in: United States Department of Commerce, Office of Business Statistics (Herausgeber): Survey of Current Business, Januar 1960.

- Golikow, G.N. Geschichte: Die Epoche des Sozialismus; in: Die UdSSR, Enzyklopädie der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken. Deutsche Ausgabe, herausgegeben von W. Fickenscher, Leipzig 1959.
- Golubkow, P. und Ovchinnikova, V. Indivisible Funds of Collective Farms Cooperation among Collective Farms in Matters of Production; übersetzt und abgedruckt aus einer sowjetischen Quelle in: 'Problems of Economics', Nr. 12/1959.
- Goodrich, Carter Government Promotion of American Canals and Railroads 1800-1890; New York 1960.
- Goodrich, Carter The Revulsion Against Internal Improvements; in: 'The Journal of Economic History', Nr. 2/1950.
- Gorer, Geoffrey Die Amerikaner. Eine völkerpsychologische Studie; 3. Auflage, Hamburg 1958.
- Graf, Ernst-Richard Sozialversicherung und Sozialfürsorge in der Sowjetunion (I); in: 'Deutsche Versicherungszeitschrift', Nr. 11/1956.
- Granick, David Management of the Industrial Firm in the USSR; New York 1954.
- Granick, David Der rote Manager; Düsseldorf 1960.
- Granick, David An Organizational Model of Soviet Industrial Planning; in: 'The Journal of Political Economy', Nr. 2/1959.
- Gray, Horace M. The Passing of the Public Utility Concept; in: The American Economic Association (Herausgeber): Readings in the Social Control of Industry; Philadelphia 1942.
- Griliches, Zvi Estimates of the Aggregate U.S. Farm Supply Function; in: 'Journal of Farm Economics', Nr. 2/1960.
- Grottian, Walter Das sowjetische Regierungssystem (Leitfaden und Quellenbuch); Köln 1956.
- Grottian, Walter Das Experiment der landwirtschaftlichen Kollektivierung und Kollektivwirtschaft in der Sowjetunion (1929-1950); in: 'Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung', Nr. 2/1950.
- Grüner, Gerhard Kredite zur Förderung der Massenbedarfsgüterproduktion in der UdSSR; in: 'Deutsche Finanzwirtschaft, Ausgabe Geld und Kredit', Nr. 12/1959.
- Grüner, Gerhard Kredite zur Einführung der neuen Technik in der UdSSR; in: 'Deutsche Finanzwirtschaft, Ausgabe Geld und Kredit', Nr. 10/1959.

- Gussakow, A.D. und
Dymschiz, I.A.
Haensel, Paul
Haller, Heinz
Halm, George N.
Hamilton, Alexander
Hamm, Harry
Harbeson, Robert W.
Harmstone, Richard C.
Harper, Donald V.
Harper, Lawrence A.
Harris, Chauneay D.
Harris, William B.
Hart, Albert G.
Hartz, Louis
Hathaway, Dale E.
Hax, Karl und
Wessels, Theodor
(Herausgeber)
- Geldumlauf und Kredit in der UdSSR;
Berlin 1953.
Die Wirtschaftspolitik Sowjetruß-
lands; Tübingen 1930.
Ordnungspolitische Vorstellungen im
Wandel; in: 'Der Volkswirt', Sonder-
heft: Die deutsche Wirtschaft an der
Jahreswende 1959/1960.
Wirtschaftssysteme; Berlin 1960.
'Report on the Public Credit' vom
9.1.1790 und 'Report on the Subject
of Manufacturers' vom 5.12.1791. Bei-
de wiedergegeben in: Morris, Richard,
B. (Herausgeber): Alexander Hamilton
and the Founding of the Nation; New
York 1957.
Chruschtschow unterstreicht das
weltrevolutionäre Konzept; in: 'Frank-
furter Allgemeine' vom 2.11.1961.
The Clayton Act: Sleeping Giant of
Antitrust? in: 'The American Economic
Review', Nr. 1/1958.
Industrial Management and Organiza-
tion; in: Florinsky, Michael T. (Heraus-
geber): Encyclopedia of Russia and
the Soviet Union; New York 1961.
Economic Regulation of the Motor
Trucking Industry by the States;
Urbana/Ill. 1959.
Recent Contributions to American
Economic History; in: 'The Journal of
Economic History', Nr. 1/1959.
Soviet Agricultural Resources Reap-
praised; in: 'Journal of Farm Econo-
mics', Nr. 2/1956.
The Urge to Merge; in: Mulcahy, Richard
E. (Herausgeber): Readings in Economics
from Fortune; New York 1957.
Money, Debt and Economic Activity;
New York 1948.
The Liberal Tradition in America;
New York 1955.
Migration from Agriculture: The Hi-
storical Record and its Meaning; in:
'The American Economic Review',
Nr. 2/1960.
Handbuch der Wirtschaftswissenschaf-
ten; Band I und II, Köln 1959.

- Hazard, John N. The Soviet System of Government; 2.Auflage, Chicago 1961.
- Hedtkamp, Günter Instrumente und Probleme westlicher und sowjetischer Wirtschaftslenkung; Gießen 1958.
- Hedtkamp, Günter Das Steuersystem im Dienste der sowjetischen Staats- und Wirtschaftsordnung; in: 'Finanzarchiv' N.F., Nr.2/1959.
- Heflebower, R.B. Monopoly and Competition in the United States; in: Chamberlin, E.H. (Herausgeber): Monopoly and Competition and Their Regulation; London 1954.
- Heimes, Anton Marktgerechte Verkehrsrentgelte; in: 'Der Güterverkehr', Nr.2/1961.
- Helander, Sven Nationale Verkehrsplanung; Jena 1937.
- Hensel, Paul K. Strukturgegensätze oder Angleichungstendenzen der Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme von Ost und West? in: 'Ordo' Band 12, Düsseldorf 1961.
- Heuser, H. Die russische Binnenschifffahrt (1. Teil); in: 'Zeitschrift für Binnenschifffahrt', Nr.12/1960. Und 2. Teil; ebenda, Nr.1/1961.
- Hildebrandt, Walter Die industrielle Revolution der Sowjetunion; in: Hildebrandt, Walter und Böhme, Gisela (Herausgeber): Die Schwerindustrie in der Sowjetunion; Bad Homburg v.d.H. 1957.
- Hildebrandt, Walter, Böhme, Gisela (Herausgeber) Die Schwerindustrie in der Sowjetunion; Bad Homburg v.d.H. 1957.
- Hirsch, Hans Mengenplanung und Preisplanung in der Sowjetunion; Tübingen 1957.
- Hofmann, Werner Wohin steuert die Sowjetwirtschaft? Berlin 1955.
- Hohlfeld, Hans H. Ausländische Banksysteme; in: Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, 3. Auflage, Band 1, Stuttgart 1956.
- Hoover, Calvin B. The Economy, Liberty and the State; New York 1959.
- Hoover Commission, The Report on Organization of the Executive Branch of the Government; New York o.J. (1955?).
- House of Representatives: United States Code, 1952 Edition; Committee on the Judiciary (Herausgeber) Washington 1953.
- House of Representatives: United States Code Annotated (USCA); Committee on the Judiciary (Herausgeber) Stand 1959.

- Hudson, William J. und
Constantin, James A.
Hürlimann, Werner
Hughes, Harold
Hunter, Holland
Ikonnikow, W.W. (Leiter
eines Autorenkollek-
tivs)
Institut für Finanzwesen
an der wirtschaftswissen-
schaftlichen Fakultät
der Humboldt-Universität
Berlin (Herausgeber)
International Labour
Office
Ith, Hans
Jahn, Georg und
v. Bissing, W.M.
(Herausgeber)
Jasny, Naum
Jefferson, Thomas
Jerschow, N.
Jesness, O.B.
Joffe, J.
Johnson, E.A.J. und
Kroos, Herman E.
Kamenizer, S.E.
Kaplan, A.D.H.
Motor Transportation. Principles and
Practices; New York 1958.
Die Verkehrspolitik der UdSSR; in:
'Schweizerisches Archiv für Ver-
kehrswissenschaft und Verkehrspoli-
tik'; Nr. 4/1958.
Public Utilities; in: The Encyclope-
dia Americana, Band 22, New York 1959.
Soviet Transportation Policy;
Cambridge 1957.
Geld- und Kreditwesen in der UdSSR;
Berlin 1954.
Finanzen und Kredit; Band 2, Berlin
1952.
Systems of Social Security; United
States; Genf 1954.
Das Diskonthaus in den USA; Freiburg/
Schweiz 1961.
Die Wirtschaftssysteme der Staaten
Osteuropas und der Volksrepublik
China; 1. Band, Berlin 1961.
The Socialized Agriculture of the
USSR; Stanford/Cal. 1949.
Briefe an Jay (1785), Hogendorp (1785),
Madison (1787), Say (1804) und 'Notes
on Virginia'; in: Padover, Saul K.
(Herausgeber): Democracy by Thomas
Jefferson; New York 1939.
Aus der Praxis der Bedarfsermittlung;
in: o.V.: Beiträge zu Fragen des Han-
dels in der Sowjetunion; Berlin 1954.
Changes in the Agricultural Adjust-
ment Program in the Past 25 Years;
in: 'Journal of Farm Economics',
Nr. 2/1958.
Die Planung der Industrieproduktion;
Berlin 1948.
The Origins and Development of the
American Economy; New York 1953.
Organisation und Planung des soziali-
stischen Industriebetriebes; Berlin
1955.
Big Enterprise in a Competitive Sys-
tem; Washington 1954.

- Karawajew, A.A. Die Landwirtschaft; in: Die UdSSR, Enzyklopädie der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken. Deutsche Ausgabe, herausgegeben von W. Fickenscher, Leipzig 1959.
- Kaskell, Joseph Überblick über das Antitrustrecht der USA; in: Müller-Henneberg, Hans und Schwartz, Gustav (Herausgeber): Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen. Kommentar; Köln 1958.
- Kaysen, Carl The Corporation: How much Power? What Scope? in: Mason, Edward S. (Herausgeber): The Corporation in Modern Society; Cambridge/Mass. 1960.
- Kaysen, Carl und Turner, Donald F. Antitrust Policy. An Economic and Legal Analysis; Cambridge/Mass. 1959.
- Kemmerer, Donald L. The Proper Structure of the System: Member Institutions; in: Bell, James W. und Spahr, Walter E. (Herausgeber): A Proper Monetary and Banking System for the United States; New York 1960.
- Keyes, Lucile S. The Protective Functions of Commission Regulation; in: 'The American Economic Review', Nr. 2/1958.
- Klebaner, B.J. The Bank Holding Company Act of 1956; in: 'The Southern Economic Journal', Nr. 3/1958.
- Klinge, Wolfgang Im Räderwerk der Sowjet-Planwirtschaft; Pfaffenhofen/Ilm 1957.
- Klocke, Helmut Das System der zentralen Verwaltungswirtschaft in der Sowjetunion; in: Jahn, Georg und v. Bissing, W.M. (Herausgeber): Die Wirtschaftssysteme der Staaten Osteuropas und der Volksrepublik China; 1. Band, Berlin 1961.
- Klocke, Helmut Die Wirtschaft und ihre Entwicklung; in: Koch, Hans (Herausgeber): Sowjetbuch; Köln 1957.
- Knirsch, Peter Sowjetische Wirtschaftspolitik im zweiten Jahr des Siebenjahresplans; in: 'Osteuropa', Nr. 6/1961.
- Knirsch, Peter Fragen der Sowjetwirtschaft; in: 'Osteuropa', Nr. 1, 2/1962.
- Koch, Hans (Herausgeber) Sowjetbuch; Köln 1957.
- Koldomasow, Ju. The Rationalization of Inter-Regional Economic Relations in the Seven-year Plan; übersetzt und abgedruckt aus einer sowjetischen Quelle in: 'Problems of Economics', Nr. 1/1959.
- Kollektiv sowjetischer Agrarwissenschaftler Die Ökonomik der sozialistischen Landwirtschaftsbetriebe; Berlin 1958.

- Koontz, Harold und Gable, Richard W. Public Control of Economic Enterprise; New York 1956.
- Kröller Edgar Der amerikanische Arbeitsmarkt; Berlin 1956.
- Kroos, Herman E. The Historical Background of the American Banking System; in: Prochnow, Herbert V. (Herausgeber): The Federal Reserve System; New York 1960.
- Kurski, A. Die Planung der Volkswirtschaft in der UdSSR; Moskau 1949.
- Kurtz, Russel H. (Herausgeber) Social Work Year Book 1960; New York 1960.
- Laird, Roy D. Collective Farming in Russia; Lawrence/Kansas 1958.
- Land, James N. The Federal Reserve Act; in: Prochnow, Herbert V. (Herausgeber): The Federal Reserve System; New York 1960
- Lange, Richard Das Problem der Objektivität im Recht; in: Freie Universität Berlin (Herausgeber): Universitätstage 1961: Marxismus-Leninismus. Geschichte und Gestalt; Berlin 1961.
- Lange, Max G. Marxismus, Leninismus, Stalinismus; Stuttgart 1955.
- Laslett, Peter (Herausgeber) John Locke: Two Treatises of Government; Cambridge 1960.
- Lauterbach, Albert Sicherheit und Freiheit in Wirtschaft und Gesellschaft; 2. Auflage, Stuttgart 1957.
- Leimbach, Werner Sowjetunion: Demographisch-geographische Grunddaten: Land; in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Band 9.
- Lenin, W.I. Was tun? Neudruck Berlin 1954.
- Lenin, W.I. Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus; Neudruck Berlin 1946.
- Lenin, W.I. Staat und Revolution; Neudruck Moskau 1947.
- Lenin, W.I. Marx, Engels, Marxismus; 2. deutsche Ausgabe, Moskau 1947.
- Lenin, W.I. Karl Marx; in: Lenin, W.I.: Marx, Engels, Marxismus; 2. deutsche Ausgabe, Moskau 1947.
- Lenin, W.I. Ausgewählte Werke in 2 Bänden; deutsch Moskau 1946.
- Lenin, W.I. Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der Demokratischen Revolution; in: Lenin, W.I.: Ausgewählte Werke in 2 Bänden; deutsch Moskau 1946.

- Lenin, W.I. Das Verhältnis der Sozialdemokratie zur Bauernbewegung; in: Lenin, W.I.: Ausgewählte Werke in 2 Bänden; deutsch Moskau 1946.
- Lenin, W.I. Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland; in: Lenin, W.I.: Werke (deutsche Ausgabe), Band 3, Berlin 1956.
- Lenin, W.I. Entwurf des Programms der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands; in: Lenin, W.I.: Werke (deutsche Ausgabe), Band 6, Berlin 1956.
- Lenin, W.I. Briefe über Taktik; in: Lenin, W.I.: Werke (deutsche Ausgabe), Band 24, Berlin 1959.
- Lenin, W.I. Über die Aufgaben des Proletariats in der gegenwärtigen Revolution; in: Lenin, W.I.: Werke (deutsche Ausgabe), Band 24, Berlin 1959.
- Lenin, W.I. Eine feste revolutionäre Staatsmacht; in: Lenin, W.I.: Werke (deutsche Ausgabe), Band 24, Berlin 1959.
- Lenin, W.I. Werden die Bolschewiki die Staatsmacht behaupten? in: Lenin, W.I.: Werke (deutsche Ausgabe), Band 26, Berlin 1961.
- Lenin, W.I. Brief an die Mitglieder des Zk; in: Lenin, W.I.: Werke (deutsche Ausgabe), Band 26, Berlin 1961.
- Lenin, W.I. Referat auf dem Gesamtrussischen Kongreß von Vertretern der Finanzabteilungen der Sowjets am 18. Mai 1918; in: Lenin, W.I.: Werke (deutsche Ausgabe), Band 27, Berlin 1960.
- Lenin, W.I. Rede über den Volksbetrug mit den Losungen Freiheit und Gleichheit, gehalten auf dem I. Gesamtrussischen Kongreß für außerschulische Bildung am 19. Mai 1919; in: Lenin, W.I.: Werke (deutsche Ausgabe), Band 29, Berlin 1961.
- Lenin, W.I. Entwurf des Programms der KPR(B); in: Lenin, W.I.: Werke (deutsche Ausgabe), Band 29, Berlin 1961.
- Lenin, W.I. Bericht über die Lage auf dem Lande; in: Lenin, W.I.: Werke (deutsche Ausgabe), Band 29, Berlin 1961.
- Lenin, W.I. Rede auf der I. Gesamtrussischen Konferenz über die Parteiarbeit auf dem Lande; in: Lenin, W.I.: Werke (deutsche Ausgabe), Band 30, Berlin 1961.

- Lenin, W.I. Ökonomik und Politik in der Epoche der Diktatur des Proletariats; in: Lenin, W.I.: Werke (deutsche Ausgabe), Band 30, Berlin 1961.
- Leonhard, Wolfgang Kreml ohne Stalin; Köln 1959.
- Leptin, Gert Methode und Effizienz der Investitionsfinanzierung durch Abschreibungen in der Sowjetwirtschaft; Berlin 1961.
- Lerner, Max Amerika - Wesen und Werden einer Kultur; Frankfurt a.M. 1960.
- Lewytzkyj, Borys Die gegenwärtige Lage in den Gewerkschaften der UdSSR; in: 'Osteuropa', Nr. 2/1961.
- Lifiz, M.M.
(Herausgeber) Die Ökonomik des Sowjethandels; Berlin 1953.
- Lifiz, M.M. Binnenhandel; in: Die UdSSR, Enzyklopädie der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken. Deutsche Ausgabe, herausgegeben von W. Fickenscher, Leipzig 1959.
- Lifiz, M.M. Die Weiterentwicklung der Theorie des Sowjethandels; in: O.V.: Beiträge zu Fragen des Handels in der Sowjetunion; Berlin 1954.
- Lifiz, M.M. Die Wechselbeziehungen zwischen Industrie und Handel in der Wirtschaft der UdSSR; in: 'Der Handel', Nr. 2/1960.
- Lifiz, M.M. Certain Questions of Commodity Circulation in the USSR; in: 'Voprosy Ekonomiki', Nr. 11/1959. Übersetzt und abgedruckt in: 'Problems of Economics', Nr. 11/1960.
- Linicus, Klaus Der sowjetische Luftverkehr; in: 'Zeitschrift für Verkehrswissenschaft', Nr. 4/1960.
- Locke, John Two Treatises of Government; 1. Auflage London 1690. In: Laslett, Peter (Herausgeber): John Locke: Two Treatises of Government; Cambridge 1960.
- Locklin, D. Philip Economics of Transportation; 5. Auflage, Homewood/ Ill. 1960.
- Lockschin, J.J. Industrie: Entwicklungsstadien der Industrie; in: Die UdSSR, Enzyklopädie der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken. Deutsche Ausgabe, herausgegeben von W. Fickenscher, Leipzig 1959.

- Lockschin, J.J. Industrie: Die Hauptaufgaben der Industrie im Siebenjahresplan (1959-1965); in: Die UdSSR, Enzyklopädie der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken. Deutsche Ausgabe, herausgegeben von W. Fickenschner, Leipzig 1959.
- Loewenstein, Karl Verfassungsrecht und Verfassungspraxis der Vereinigten Staaten; Berlin 1959.
- Loginow, Jewgeni Die Zivilluftfahrt der UdSSR und ihre Zukunft; in: 'Interavia', Nr. 1/1960.
- Loginow, Jewgeni Der Chef der Aeroflot rechnet für 1980 mit 200 Millionen Fluggästen; in: 'Interavia', Nr. 2/1962.
- Loucks, W.N. und Hot, J.W. Comparative Economic Systems; 1. Auflage New York 1938 und 3. Auflage New York 1948.
- Lübkes, Ilse Die amerikanischen Federal Home Loan Banken; in: 'Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen', Nr. 14/1957.
- Lurie, Harry L. The Development of Social Welfare Programs in the United States; in: Kurtz, Russell H. (Herausgeber): Social Work Year Book 1960; New York 1960.
- MacDonald, Austin F. State and Local Government in the United States; New York 1955.
- Macneil, Neil und Metz, Harold W. The Hoover Report 1953-1955; New York 1956.
- Magidoff, Robert The Kremlin vs. The People; New York 1953.
- Maier, Karl Friedrich Transformation der Wirtschaftsordnung; in: v. Beckerath, Erwin, Meyer, F.W., Müller-Armack, A. (Herausgeber): Wirtschaftsfragen der freien Welt; 2. Auflage, Frankfurt a.M. o.J. (1958).
- Maisenberg, L. Die Preisbildung in der Volkswirtschaft der UdSSR; Berlin 1954.
- Manewitsch, J.L. Volkswirtschaft: Hebung des Lebensstandards der Werktätigen; in: Die UdSSR, Enzyklopädie der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken. Deutsche Ausgabe, herausgegeben von W. Fickenschner, Leipzig 1959.
- Mavor, James An Economic History of Russia; 2. Auflage, London 1925.
- Martin, David D. Mergers and the Clayton Act; Berkeley/Cal. 1959.

- Marx,Karl
Marx,Karl und Engels,Friedrich
Marx,Karl und Engels,Friedrich
Marx,Karl
Mason,Edward S.
(Herausgeber)
Maurach,Reinhart
Maurer,H.
McDonald,Forrest
McLaughlin,Andrew
Mehnert,Klaus
Meissner,Boris
Meissner,Boris
Menz, Gertraud
Merzalow,W.
Meyer,Hans Reinhard
Meyer,Hans Reinhard
Minzlaff,Werner
Misch,Hans-Horst
Morris,Richard B.
(Herausgeber)
- Das Kapital;3 Bände,Berlin 1960.
Manifest der Kommunistischen Partei;Neudruck Berlin 1949.
Ausgewählte Briefe;Berlin 1953.
Kritik des Gothaer Programms (der deutschen Sozialdemokratie 1875); in:Borkenau,Franz(Herausgeber):Karl Marx;Frankfurt a.M. 1959.
The Corporation in Modern Society; Cambridge/Mass.1960.
Handbuch der Sowjetverfassung; München 1955.
The Age of the Managers;in:Mulcahy, Richard E.(Herausgeber):Readings in Economics from Fortune;New York 1957.
We The People.The Economic Origins of the Constitution;Chicago 1958.
A Constitutional History of the United States;New York 1935.
Der Sowjetmensch;Stuttgart 1958.
Rußland unter Chruschtschow; München 1960.
Der XXII.Parteikongreß der Kommunistischen Partei der Sowjetunion:Parteiführung und Parteiorganisation; in:'Osteuropa',Nr.1,2/1962.
Die Entwicklung der sowjetischen Besteuerung;Berlin 1960.
Auf neuen Bahnen;in:'Sowjetstudien', Nr.5/1958.
Der Verkehr und seine grundlegenden Probleme;Basel 1956.
Die Eisenbahnen Sowjet-Rußlands;in: 'Schweizerisches Archiv für Verkehrswissenschaft und Verkehrspolitik',Nr.2/1947.
Die Beziehungen zwischen dem Schatzamt und dem Zentralbanksystem der Vereinigten Staaten von 1933-1953; Berlin 1960.
Die öffentliche Wirtschaft des Auslandes;in:Osterkamp Karl(Herausgeber): Handbuch der öffentlichen Wirtschaft; 1.Band,Stuttgart 1960.
Alexander Hamilton and the Founding of the Nation;New York 1957.

- Müller-Dietz, Heinz Die Sozialversicherung in der UdSSR; Berlin 1959.
- Müller-Henneberg, Hans und Schwartz, Gustav (Herausgeber) Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen. Kommentar; Köln 1958.
- Mulcahy, Richard E. (Herausgeber) Readings in Economics from Fortune; New York 1957.
- Nacu, Demosthenes Die Verstaatlichung der sowjetischen Landwirtschaft von 1917 bis heute (2. Teil); in: 'Europa-Archiv', Nr. 11/1958.
- Napp-Zinn, Anton Felix Wirtschaftssysteme und Verkehr; in: Berkenkopf, Paul (Herausgeber): Der Verkehr in der wirtschaftlichen Entwicklung des Industriezeitalters (Festschrift zum 40-jährigen Jubiläum des Instituts für Verkehrswissenschaft an der Universität Köln); Köln 1961.
- Nelson, James R. Prices, Costs and Conservation in Petroleum; in: 'The American Economic Review', Nr. 2/1958.
- Nevins, Allan Articles of Confederation; in: Adams, James T. (Herausgeber): Dictionary of American History; 2. Auflage New York 1951.
- Niedermeier, Hans Elemente des Arbeitsrechts in der UdSSR; in: 'Recht der Arbeit', Nr. 5/1955.
- Niedermeier, Hans Die neuen 'Grundlagen für die Arbeitsgesetzgebung' in der Sowjetunion; in: 'Recht der Arbeit', Nr. 6/1961.
- Niedermeier, Hans Die Kameradschaftsgerichte in der UdSSR; in: 'Recht der Arbeit', Nr. 7/1961.
- Niehaus, Fred R. The Central Banking System and the Government: Fundamental Principles and their Application for the United States; in: Bell, James W. und Spahr, Walter E. (Herausgeber): A Proper Monetary and Banking System for the United States; New York 1960.
- Niessner, Richard Zur Geschichte des amerikanischen Bankwesens; in: 'Österreichisches Bank-Archiv', Nr. IX/1954.
- Nove, Alec Banking in the Soviet Economy; in: 'The Banker', Nr. 417/1960.
- Nove, Alec Toward a 'Communist Welfare State'? - Social Welfare in the USSR; in: 'Problems of Communism', Nr. 1/1960. Übersetzt und abgedruckt in: 'Ostprobleme', Nr. 6/1960.

- Obst,Erich Allgemeine Wirtschafts- und Verkehrs-
geographie;Berlin 1960.
- O.V. Musterstatut des landwirtschaftlichen
Artels;Berlin 1952.
- O.V. Beiträge zu Fragen des Handels in
der Sowjetunion;Berlin 1954.
- O.V. Staff Report on Federal Aid to Air-
ports;o.O.1955.
- O.V. Les Méthodes Actuelles Soviétiques
des Planification;in:Braudel,F. und
Perroux,F.(Herausgeber der Reihe):
Economies des Démocraties Populai-
res;Paris 1959.
- O.V. Programm und Statut der Kommunisti-
schen Partei der Sowjetunion.Ange-
nommen auf dem XXII.Parteitag der
KPdSU,Oktober 1961;Berlin 1961.
- O.V. Die Kommunistische Partei der Sowjet-
union(KPdSU);in:Die UdSSR,Enzyklopä-
die der Union der Sozialistischen
Sowjetrepubliken.Deutsche Ausgabe,
herausgegeben von W.Fickenschner,
Leipzig 1959.
- O.V. The Fortune Directory;Teil I;in:
'Fortune',Juli 1961.Und:Teil II;in:
'Fortune',August 1961.
- O.V. Abschaffung der Pflichtablieferung
der Kolchose;in:'Osteuropa-Wirt-
schaft',Nr.1/1959.
- O.V. Die amerikanische Bundesregierung
als Bankier;in:'Zeitschrift für das
gesamte Kreditwesen';Nr.22/1957.
- O.V. Financial and Business Statistics;
in:'Federal Reserve Bulletin',Nr.2/
1961.
- O.V. Le Commerce de Détail en U.R.S.S.;
in:'Études et Conjoncture',Nr.10/
1960.
- O.V. Eine Studienreise in die Sowjetunion;
in:'Die Bundesbahn',Nr.13,14/1961.
- O.V. Soviet Railways Plan for Growth;in:
'International Railway Journal',Nr.
1/1962.
- O.V. Über die Entwicklung des Verkehrs-
und Fernmeldewesens in der Sowjet-
union in den nächsten 7 Jahren;in:
'Internationales Archiv für Ver-
kehrswesen',Nr.3/1959.

- O.V. Die Zahl der Verkaufsstellen mit modernen Handelsmethoden in der Sowjetunion; Diagramm in: 'Der Handel', Nr.2/1960.
- O.V. American Telephone and Telegraph Co.; in: 'Der Volkswirt', Nr.29/1959.
- O.V. General Motors - über 11 Mrd. Dollar Umsatz; in: 'Der Volkswirt', Nr.28/1960.
- O.V. Du Pont unter Gewinndruck; in: 'Der Volkswirt', Nr.17/1961.
- O.V. General Electric: Guter Ruf litt Schaden; in: 'Der Volkswirt', Nr.18/1961.
- O.V. American Telephone and Telegraph Comp.; in: 'Der Volkswirt', Nr.26/1961.
- O.V. Der sowjetische Wirtschaftsführer; in: 'Partijnaja Shisnj', Moskau, Nr.4/1955. Übersetzt und abgedruckt in: 'Ostprobleme', Nr.21/1955.
- O.V. Die kommunistische Partei ist die führende Kraft des Sowjetstaates; in: 'Sowjetskoje Gosudarstwo i Prawo', Moskau, Nr.8/1955. Übersetzt und abgedruckt in: 'Ostprobleme', Nr.4/1956.
- O.V. Die avantgardistische Rolle der Kommunisten muß erhöht werden; in: 'Partijnaja Shisnj', Moskau, Nr.16/1955. Übersetzt und abgedruckt in: 'Ostprobleme', Nr.4/1956.
- O.V. Unter Führung der Kommunistischen Partei für die weitere Festigung des sozialistischen Sowjetstaates; in: 'Sowjetskoje Gosudarstwo i Prawo', Nr.8/1957. Übersetzt und abgedruckt in: 'Ostprobleme', Nr.28/1957.
- O.V. Umfassende Rechte des Gewerkschaftskomitees; in: 'Prawda', Moskau, 16.7.1958. Übersetzt und abgedruckt in: 'Ostprobleme', Nr.14,15/1958.
- O.V. Rede der Genossin A.M. Rybakowa; in: 'Prawda', Moskau, 1.2.1959. Übersetzt und abgedruckt in: 'Ostprobleme', Nr.4/1959.
- O.V. Statut der Gewerkschaften der UdSSR; in: 'Trud', Moskau, 2.4.1959. Übersetzt und abgedruckt in: 'Ostprobleme', Nr.9/1959.
- O.V. Den ständigen Produktionskonferenzen ist mehr Aufmerksamkeit zu widmen; in: 'Partijnaja Shisnj', Moskau, Nr.17/1959. Übersetzt und abgedruckt in: 'Ostprobleme', Nr.22/1959.

- O.V. Russia's Green Pastures; in: 'The Economist', Nr. 6178/1962.
- Oxenfeldt, Alfred R. Economic Systems in Action; New York 1952.
- Ozolins, Eizens-Adrians Die Entwicklung des Steuersystems der UdSSR; Frankfurt a.M. 1960.
- Padover, Saul K. (Herausgeber) Democracy by Thomas Jefferson; New York 1939.
- Pankratowa, A.M. Geschichte der Gewerkschaftsbewegung in der UdSSR; Berlin 1956.
- Papandreou, Andreas und Wheeler, John T. Competition and its Regulation; New York 1954.
- Partigul, S. Demand and Supply under Socialism; in: 'Voprosy Ekonomiki', Nr. 10/1959. Übersetzt und abgedruckt in: 'Problems of Economics', Nr. 10/1960.
- Pegrum, Dudley F. Public Regulation of Business; Homewood/Ill. 1959.
- Penn, R.J. Federal Agricultural Price and Income Policy 1955-1959; in: 'Journal of Farm Economics', Nr. 2/1959.
- Perry, Ralph B. Amerikanische Ideale; Band I und II, Nürnberg 1947.
- Pershin, P. On the Means of Drawing Collective Farm-Cooperative Property Closer to Property belonging to the whole People; übersetzt und abgedruckt aus einer sowjetischen Quelle in: 'Problems of Economics', Nr. 5/1959.
- Pflüger, Gangolf 'Übergang zum Kommunismus' in der UdSSR und in China auf wirtschaftlichem Gebiet; in: 'Osteuropa-Wirtschaft', Nr. 1/1959.
- Pollock, Friedrich Die planwirtschaftlichen Versuche in der Sowjetunion 1917-1927; Leipzig 1929.
- Port of New York Authority, The (Herausgeber) The Port of New York; New York 1956.
- Precht, Georg M. Eine Interstate Commerce Commission für Europa; in: Brandt, Leo (Herausgeber): Schiene und Straße 1959; Dortmund 1959.
- Prochnow, Herbert V. (Herausgeber) The Federal Reserve System; New York 1960.
- Prokopowicz, S.N. Rußlands Volkswirtschaft unter den Sowjets; Zürich 1944.

- Rationalisierungskuratorium der deutschen Wirtschaft Teilzahlungsfinanzierung in USA; München 1956.
- Rationalisierungskuratorium der deutschen Wirtschaft:Auslandsdienst (Herausgeber) Sicherung des Marktanteils für Klein- und Mittelbetriebe; München 1959.
- Rauch, Georg v. Geschichte des bolschewistischen Rußland; Wiesbaden 1955.
- Raupach, Hans Die Agrarwirtschaft der Sowjetunion seit dem zweiten Weltkrieg; Göttingen 1953.
- Raupach, Hans Sowjetunion: Wirtschaft: Arbeit und Entlohnung; in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Band 9.
- Redaktionsbeitrag Chronik: Wissenschaft und Technik, Kultur und Bildungswesen; in: 'Osteuropa', Nr. 5/1960.
- Redaktionsbeitrag Chronik: Kultur- und Bildungswesen; in: 'Osteuropa', Nr. 7, 8/1959.
- Report of the Committee on Government Operations, United States Senate, made by its Subcommittee on National Policy Machinery National Policy Machinery in the Soviet Union; Washington 1960.
- Reshetar, John S. A Concise History of the Communist Party of the Soviet Union; New York 1960.
- Riesman, David Die einsame Masse; Hamburg 1958.
- Rimscha, Hans v. Geschichte Rußlands; Wiesbaden o.J. (1960).
- Ritschl, Hans Die Grundlagen der Wirtschaftsordnung; Tübingen 1954.
- Ritschl, Hans Die Prinzipien der Gemeinwirtschaft; in: Weddigen, Walter (Herausgeber): Untersuchungen zur sozialen Gestaltung der Wirtschaftsordnung; Berlin 1950.
- Rochlin, R.P. Agrarpolitik und Agrarverfassung der Sowjetunion; Berlin 1960.
- Roginski, G.S., Kolpakow, B.T., Bakulin, S.N., Paromow, M.J. Der Außenhandel; dritte deutsche Auflage. Berlin 1955.
- Rosenbluth, Gideon The Trend in Concentration and its Implications for Small Business; in: 'Law and Contemporary Problems', Nr. 1/1959.
- Rosenman, Samuel I. (Herausgeber) The Public Papers and Addresses of Franklin D. Roosevelt; Band 1938; Washington 1941.

- Rosow, N.N. Die Natur: Die Böden; in: Die UdSSR, Enzyklopädie der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken. Deutsche Ausgabe, herausgegeben von W. Fickenscher, Leipzig 1959.
- Rostow, Eugene V. To whom and for what Ends is Corporate Management responsible; in: Mason, E.S. (Herausgeber): The Corporation in Modern Society; Cambridge/Mass. 1960.
- Rowinski, N.N. Der Staatshaushalt der UdSSR; 2 Bände. Band I, Berlin 1951.
- Rubinstein, G.L. Prinzipien, Aufgaben und Organisation der Planung des Sowjethandels; in: Lifiz, M.M. (Herausgeber): Die Ökonomik des Sowjethandels; Berlin 1953.
- Rubinstein, G.L. Der Kolchoshandel; in: Lifiz, M.M. (Herausgeber): Die Ökonomie des Sowjethandels; Berlin 1953.
- Rubinstein, G.L. und Moskwins, W.I. Der Einzelhandel und seine Planung; in: Lifiz, M.M. (Herausgeber): Die Ökonomik des Sowjethandels; Berlin 1953.
- Rubinstein, G.L. Die Warenbewegung und der Großhandel; in: Lifiz, M.M. (Herausgeber): Die Ökonomik des Sowjethandels; Berlin 1953.
- Runge, Hans Joachim Versicherte Bauspareinlagen in den USA; in: 'Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen' Nr. 4/1958.
- Rybczynski, T.M. Die Banken in der UdSSR; in: Auburn, H.W. (Herausgeber): Das internationale Bankwesen; Frankfurt a.M. 1960.
- Sabelin, B. Fragen der Spezialisierung und Kooperierung in der Industrie; übersetzt und abgedruckt in: 'Sowjetwissenschaft-Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge', Nr. 4/1956.
- Secretary of the Interior Partnership in Resource Conservation and Development. 1955 Annual Report; Washington 1955.
- Secretary of the Treasury Annual Report of the Secretary of the Treasury on the State of Finances for the Fiscal Year ended June 30, 1960; Washington 1961.
- Seischab, Hans und Schwantag, Karl (Herausgeber) Handwörterbuch der Betriebswirtschaft; 3. Auflage, Band I, Stuttgart 1956.
- Seraphim, Hans-Jürgen Theorie der allgemeinen Volkswirtschaftspolitik; Göttingen 1955.
- Serebrjakow, S.W. Organisation und Technik des Sowjethandels; Berlin 1952.

- Seton-Watson, Hugh
Shepherd, Geoffrey
Shub, Anatole
Smith, Guy-Harold
(Herausgeber)
Smith, Guy-Harold
Solow, Robert M.
Sombart, Werner
Sombart, Werner
Soule, George
Surányi-Unger, Theo
Suslow, Michail
Schapiro, Leonhard
Schiefer, Jack
Schiller, Otto
Schiller, Otto
Schiller, Otto
Schiller, Otto
Schiller, Otto
Schiller, Otto
- Von Lenin bis Malenkov; München 1955.
Farm Programs for Farm Incomes; in:
'Journal of Farm Economics', Nr. 3/
1960.
Von Petersburg bis Budapest; O.O.
1957.
Conservation of Natural Resources;
New York 1950.
Vorwort des Herausgebers in: Smith,
Guy-Harold (Herausgeber): Conserva-
tion of Natural Resources; New York
1950.
Income Inequality since the War; in:
Freeman, Ralph E. (Herausgeber): Post-
war Economic Trends in the United
States; New York 1960.
Die Ordnung des Wirtschaftslebens;
2. Auflage Berlin 1927.
Die drei Nationalökonomien;
München 1930.
Prosperity Decade; New York 1947.
Comparative Economic Systems;
New York 1952.
Diskussionsrede zum Referat von N.S.
Chruschtschow auf dem XXI. Parteitag:
Über die Kontrollziffern für die
Entwicklung der UdSSR in den Jahren
1959 bis 1965; Übersetzt und abge-
druckt in: Meissner, Boris: Rußland
unter Chruschtschow; München 1960.
Die Geschichte der Kommunistischen
Partei der Sowjetunion; o.O., 1961.
Das System der sozialen Sicherheit
in den Vereinigten Staaten; Frank-
furt a.M. 1952.
Die wirtschaftlichen und sozialen
Probleme der Kollektivbewegung in
der Sowjetunion; Königsberg 1930.
Das Agrarsystem der Sowjetunion;
Tübingen 1960.
Die neue Landwirtschaftssteuer; in:
'Osteuropa', Nr. 5/1953.
Die neuen Agrarpläne der Sowjetunion
in klimatologischer und agronomi-
scher Sicht; in: 'Osteuropa-Wirtschaft',
Nr. 1/1956.
The Resources and Performance of So-
viet Agriculture; in: 'Journal of Farm
Economics', Nr. 2/1956.

- Schiller, Otto Sowjetunion:Wirtschaft:Landwirtschaft;in:Handwörterbuch der Sozialwissenschaften,Band 9.
- Schiller, Otto Betriebswirtschaftliche Betrachtungen über die sowjetischen Kolchosen; in:'Osteuropa-Wirtschaft',Nr.1/1958.
- Schiller, Otto Die Verstaatlichung der sowjetischen Kolchose;in:'Osteuropa',Nr.3/1958.
- Schiller, Otto Die Auflösung der sowjetischen MTS; in:'Osteuropa',Nr.4/1958.
- Schiller, Otto Die Neuordnung des sowjetischen Erfassungssystems für Agrarerzeugnisse;in:'Osteuropa',Nr.10,11/1958.
- Schiller, Otto Die Mißerfolge im sowjetischen Agrarprogramm;in:'Agrarwirtschaft',Nr.9/1961.
- Schlesinger,Arthur M. Das New Deal am Werk.1933-1939; Offenbach 1947.
- Schlesinger,Rudolf Zur Frage der Verwandlung von Kollektiv-in Sowjetwirtschaften;in:'Osteuropa',Nr.7,8/1961.
- Schneider,Hans K. Public-Utility-Kontrolle in den Vereinigten Staaten - ihre leitenden Prinzipien und die Ergebnisse ihrer Anwendung;in:'Wirtschaftspolitische Chronik des Instituts für Wirtschaftspolitik an der Universität Köln; Nr.2/1958.
- Schneider,Oswald Die Etappen der sowjetischen Finanzwirtschaft;in:'Finanzarchiv' N.F., Nr.2/1950.
- Schoeck,Helmut USA - Motive und Strukturen;Stuttgart 1958.
- Schtylko,A. Wie die Produktionsberatungen entstanden und sich entwickelten;in:(Sammelband,ohne Angabe des Herausgebers):Die ständigen Produktionsberatungen in den Betrieben der UdSSR; Berlin 1961.
- Schultz,Theodore W. Production and Welfare of Agriculture;New York 1950.
- Schwartz,Harry Russia's Soviet Economy;New York 1950.
- Schwarz,S. Keime einer Wirtschaftsdemokratie; in:'Sozialistischeski Westnik', New York-Paris,Nr.9/1958.Übersetzt und abgedruckt in:'Ostprobleme', Nr.9/1959.
- Schwarz,Salomon M. Arbeiterklasse und Arbeitspolitik in der Sowjetunion;Hamburg 1953.

- Stalin, J.W. Fragen des Leninismus; Moskau 1946.
- Stalin, J.W. Zu den Fragen des Leninismus; in: Stalin, J.W.: Fragen des Leninismus; Moskau 1946
- Stalin, J.W. Über die Grundlagen des Leninismus; in: Stalin, J.W.: Fragen des Leninismus; Moskau 1946.
- Stalin, J.W. Rede vor dem Plenum des Zk der KPdSU (B) im April 1929: Über die rechte Abweichung in der KPdSU(B); in: Stalin, J.W.: Fragen des Leninismus; Moskau 1946.
- Stalin, J.W. Zu den Fragen der Agrarpolitik in der UdSSR; in: Stalin, J.W.: Fragen des Leninismus; Moskau 1946.
- Stalin, J.W. Vor Erfolgen von Schwindel befallen; in: Stalin, J.W.: Fragen des Leninismus; Moskau 1946.
- Stalin, J.W. Rechenschaftsbericht an den XVII. Parteitag über die Arbeit des Zk der KPdSU(B) vom 26.1.1934; in: Stalin, J.W.: Fragen des Leninismus; Moskau 1946.
- Stalin, J.W. Rechenschaftsbericht an den XVIII. Parteitag über die Arbeit des Zk der KPdSU(B) vom 10.3.1939; in: Stalin, J.W.: Fragen des Leninismus; Moskau 1946.
- Stalin, J.W. Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR; Stuttgart 1952.
- Stanislawsky, A. und Schtipelmann, W. On the Interrelation between effective Demand and Production under Socialism; übersetzt und abgedruckt aus einer sowjetischen Quelle in: 'Problems of Economics', Nr. 5/1959.
- Statistisches Bundesamt (Herausgeber) Allgemeine Statistik des Auslandes: Länderberichte: Sowjetunion 1960; Stuttgart 1960.
- Statistisches Bundesamt (Herausgeber) Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, Jahrgänge 1952-1962, Wiesbaden 1952 bis 1962.
- Steiner, George A. Government's Role in Economic Life; New York 1953.
- Tadewosjan, W. Die Verantwortung des Wirtschaftsfunktionärs; in: 'Ekonomitscheskaja gaseta', Moskau, 26.2.1961. Übersetzt und abgedruckt in: 'Ostprobleme', Nr. 9/1961.
- Taff, Charles A. Commercial Motor Transportation; Revised Edition, Homewood/Ill. 1957.

- Taylor, George R. The Transportation Revolution 1815-1860; New York 1958.
- Towster, Julian Political Power in the U.S.S.R. 1917-1947; New York 1948.
- Trotzki, Leo Geschichte der russischen Revolution; Berlin 1960.
- Truman, Harry 21-Punkte-Programm an den Kongreß vom 6.9.1945; in: Facts on File Yearbook, Band V, 1945.
- Truman, Harry State-of-the-Union-Botschaft an den Kongreß vom 5.1.1949; in: Facts on File Yearbook, Band IX, 1949.
- Tschurajew, W. Die Staatsinteressen gehen über alles; in: 'Prawda', Moskau, 14.8.1959. Übersetzt und abgedruckt in: 'Ostprobleme' Nr.22/1959.
- UdSSR, Die Die UdSSR, Enzyklopädie der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken. Deutsche Ausgabe, herausgegeben von W. Fickenscher, Leipzig 1959.
- Unger, Helmut Mineraldüngerproduktion und -verbrauch in den Ostblockländern; in: 'Osteuropa', Nr.2/3/1960.
- United Nations Annual Bulletin of Transport Statistics for Europe, 11 th Year, 1959; Genf 1960.
- United Nations (Report of a Study Group of Experts) Inland Water Transportation in the Union of Soviet Socialist Republics and Hungary; New York 1961.
- United Research Incorporated Federal Regulation of the Domestic Air Transport Industry; Cambridge/Mass. 1959.
- United States Department of Agriculture (Herausgeber) Compilation of Statutes relating to Soil Conservation, Marketing Quotas and Allotments, Soil Bank, Commodity Credit Corporation, Price Support, Export and Surplus Removal, Crop Insurance, Sugar Payments and Quotas, Marketing Agreements and Orders, and related Statutes as of January 1, 1959; Washington 1959.
- United States Department of Agriculture (Herausgeber) Directory of Organization and Field Activities of the Department of Agriculture 1960; Washington 1960.
- United States Department of Agriculture Agricultural Statistics 1959; Washington 1960.
- United States Department of Commerce, Bureau of the Census (Herausgeber) Statistical Abstract of the United States 1960; Washington 1960.

- United States Department of Commerce, Office of Business Economics (Herausgeber) Survey of Current Business; Washington 1959 und 1960.
- United States Department of Health, Education, and Welfare Social Security Programs throughout the World 1958; Washington 1958.
- United States Department of Labor (Herausgeber) The American Workers' Fact Book 1960; Washington 1960.
- US-Korrespondent der Zeitschrift 'The Statist' Credit Reform in the United States; in: 'The Statist', Nr. 4348 vom 8.7. 1961.
- Varga, Stefan Das Geld im Sozialismus; in: 'Weltwirtschaftliches Archiv', Nr. 2/1957.
- Verband der Automobilindustrie e.V. Tatsachen und Zahlen aus der Kraftverkehrswirtschaft 1959/60; Frankfurt a.N. 1960.
- Voigt, Fritz Sowjetunion: Wirtschaft: Geld und Finanzen; in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Band 9.
- Voigt, Fritz Sowjetunion: Wirtschaft: Binnenhandel; in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Band 9.
- Voigt, Fritz Sowjetunion: Wirtschaft: Industrie; in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Band 9.
- Volin, Lazar Soviet Agriculture under Khruschchev; in: 'The American Economic Review', Nr. 2/1959.
- Volpicelli, Luigi Die sowjetische Schule; Heidelberg 1958.
- Wädekin, K.-E. Das Arbeitskräftepotential der sowjetischen Landwirtschaft; in: 'Osteuropa', Nr. 7, 8/1960.
- Wädekin, K.-E. Sowjetische Viehwirtschaft und Agrarpolitik im Jahre 1960; in: 'Osteuropa', Nr. 6/1961.
- Watson, Donald S. Economic Policy: Business and Government; Boston 1960.
- Weber, Adolf Marktwirtschaft und Sowjetwirtschaft; 2. Auflage, München 1951.
- Weber, Max Wirtschaft und Gesellschaft; 4. Auflage, Tübingen 1956.
- Weddigen, Walter (Herausgeber) Untersuchungen zur sozialen Gestaltung der Wirtschaftsordnung; Berlin 1950.

- Wedensky, Georg Vierzig Jahre Organisation der UdSSR-Industrieverwaltung und ihre jüngste Reform; in: 'Sowjetstudien', Nr. 4/1957.
- Wehde, Textor, O. Die sowjetrussischen Eisenbahnen im Jahre 1960; in: 'Archiv für Eisenbahnwesen', Nr. 4/1961.
- Weiler, E.T. und Martin, W.H. The American Economic System; New York 1957.
- Weirich, A. Die neuzeitliche Entwicklung der Binnenwasserstraßen in Europa, Rußland und Nordamerika; Basel 1953.
- Welch, Frank The Evolving Low-Income Problem in Agriculture; in: 'The American Economic Review', Nr. 2/1960.
- Wessels, Theodor Einführung in die Volkswirtschaftslehre; in: Hax, Karl und Wessels, Theodor (Herausgeber): Handbuch der Wirtschaftswissenschaften, Band II, Köln 1959.
- Whyte, William H. The Organization Man; London 1959.
- Wiegand, Carl G. The Central Banking System and the Government: Lessons taught by the Experience of other Central Banks; in: Bell, James W. und Spahr, Walter E. (Herausgeber): A proper Monetary and Banking System for the United States; New York 1960.
- Wilson, C.W. Regulations of the Board of Governors; in: Prochnow, Herbert V. (Herausgeber): The Federal Reserve System; New York 1960.
- Winkel, Gothelm Wie arbeitet die Staatsbank der UdSSR? in: 'Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen'; Nr. 20/1960.
- Witte, Bernhard Eisenbahn und Staat, Jena 1932.
- Wittig, Horst E. Die Neuorganisation der sowjetischen Vorschulernziehung; in: 'Osteuropa', Nr. 1/1960.
- Wolter, Herbert Die Binnenschifffahrt der UdSSR und ihre Wettbewerbsstellung; in: 'Zeitschrift für Binnenschifffahrt', Nr. 8/1961.
- Woytinski, Wladimir S. und Woytinski, Emma S. Vereinigte Staaten von Amerika; in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Band 11, Göttingen 1960.
- Wright, Alfred J. The Development of Conservation in America; in: Smith, Guy-Harold (Herausgeber): Conservation of Natural Resources; New York 1950.

- Wright, Chester W. Economic History of the United States; New York 1941.
- Zotschew, Theodor Sowjetunion: Wirtschaft: Außenhandel; in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Band 9.
- Zotschew, Theodor Sowjetunion: Wirtschaft: Verkehr; in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Band 9.
- Zwicky, J. Friedrich Public Utilities; Jena 1937.
- Zyganow, W.M. Die Gewerkschaften; in: Die UdSSR, Enzyklopädie der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken. Deutsche Ausgabe, herausgegeben von W. Fickenscher, Leipzig 1959.

Lebenslauf

Lebensdaten: Geboren wurde ich am 13. September 1931 in Dresden als Sohn des Justizinspektors Herbert Hruschka und seiner Ehefrau Charlotte geborene Seidler. Ich lebte bis zum Jahre 1948 in Dresden, anschließend kurze Zeit in Honerdingen bei Walsrode in Niedersachsen und von 1950 bis 1953 in Pforzheim/Baden. Seit 1953 wohne ich in Frankfurt am Main und bin hier seit 1960 verheiratet.

Ausbildungsdaten: 1938 bis 1942: Besuch der Volksschule in Dresden.

1942 bis 1951: Schüler verschiedener Oberschultypen, nacheinander in Dresden, Walsrode/Han. und Pforzheim.

1951 bis 1953: kaufmännische Lehre in Pforzheim.

Vom Wintersemester 1953/54 bis zum Beginn des Sommersemesters 1957 studierte ich in der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Frankfurt. Mein Hauptstudienfach war Volkswirtschaftslehre.

1.11.1957 bis 30.6.1958: Beschäftigung als Revisionsassistent in einem Unternehmen der Reifenindustrie. Aufgabe dieser Tätigkeit auf eigenen Wunsch, da mir Herr Prof.Dr.Napp-Zinn die Möglichkeit bot, als Verwalter einer wissenschaftlichen Assistentenstelle in dem von ihm mitgeleiteten Institut für Verkehrswissenschaft wissenschaftlich zu arbeiten und bei ihm zu promovieren.

Prüfungsdaten: Abitur am 7. Juli 1951 am Realgymnasium Pforzheim.

Kaufmannsgehilfenprüfung am 31.März 1953 bei der Handelsschule und der Industrie- und Handelskammer in Pforzheim.

Volkswirtschaftliche Diplomprüfung am 18.Mai 1957 an der Universität Frankfurt.

Als meine akademischen Lehrer möchte ich vor allem Herrn Prof. Dr.Napp-Zinn nennen, ferner die Herren Professoren Dr.Möller, Dr.Neumark, Dr.Sauermann, Dr.Hagenmüller und Dr.Koch.

Schreib-Druck
Chemoprint^{OHG}
Gießen